

Noch ist der Streit um Berlin nicht entschieden. Als Augenzeuge berichtet der Autor, wie es dazu kam, wie der Kampf zwischen den Mächten auf Leben und Tod geführt wird, wie sich der Mensch zu behaupten sucht in einer Zeit ungewisser Bedrohung. Es ist die erste zusammenfassende dokumentarische Darstellung von 1945 bis zur Mauer und danach.

WOLFGANG PAUL



KAMPF UM BERLIN



LANGEN-MÜLLER

Im gleichen Programm erscheinen

Jacques Picard

Zur tiefsten Tiefe

F. A. Brockhaus

Paul Sethe

Geschichte der Deutschen

Scheffler

Bernhard Grzimek

Wir Tiere sind ja gar nicht so

Franckh

Rolf Strehl

Der Himmel hat keine Grenzen

Econ

Bernard Myers

Die Malerei des Expressionismus

Dumont-Schauberg

»Wer Berlin hat, besitzt Deutschland«, sagte Lenin 1918. Damals gelang es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht, in der Hauptstadt des geschlagenen Deutschen Reiches die geplante Räteregierung nach russischem Vorbild einzurichten. Niemand ahnte, welche Bedeutung Lenins Ausspruch ein Menschenalter später annehmen würde.

Das Jahr 1945 hat Europa und der Welt zwar ein Kriegsende, aber keinen Frieden gebracht. Die Verbündeten gegen Hitler sind zu Gegnern in einem gigantischen Ringen geworden, dessen Ende nicht abzusehen ist. Das Gespenst eines Atomkrieges bedroht die Menschheit.

In diesem Kampf nimmt Berlin eine einmalige Stellung ein. Die Stadt zwischen den Machtblöcken ist zu einem Symbol geworden. Wie an einem Seismographen kann man dort jedes Grollen des »Kalten Krieges«, jede Verschiebung der Machtverhältnisse ablesen. Seit am 13. August 1961 die gespaltene Stadt durch eine Mauer wahrhaft geteilt wurde, hat sich die Aufmerksamkeit der Welt in stärkstem Maße auf Berlin konzentriert. Wie hatte es so weit kommen können, und wie wird es weitergehen? Als Antwort auf diese Frage re-

konstruiert Wolfgang Paul die Ereignisse in Berlin seit den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges. Aus eigenem Miterleben und sorgfältigen Quellenstudien schildert er die Geschichte eines Kampfes ohne Helden, die tägliche Bewährung einer Bevölkerung, die 1945 hungernd und frierend den Trümmern entstieg und doch noch genügend Widerstandskraft besaß, um sich zur Freiheit zu bekennen. Noch einmal erstehen vor uns das Ringen des großen Bürgermeisters Ernst Reuter um die Hilfe der westlichen Alliierten, Luftbrücke und Blockade, der Aufstand des 17. Juni 1953 und die Unruhen von 1956. Die Gründung der Bundesrepublik und die Aufrüstung der »DDR« spiegeln sich in diesen Ereignissen, die weit über die Bedeutung einer Stadtgeschichte hinausführen.

Berlin ist zu einem Kulminationspunkt des Zeitgeschehens geworden, und niemand, der an seiner Gegenwart Anteil nimmt, kann den Ereignissen in dieser Stadt gegenüber gleichgültig bleiben. Der Kampf um Berlin ist ein Kampf um die Ostzone und die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieses Buch ist die erste zusammenfassende dokumentarische Darstellung von 1945 bis zur Mauer und danach.

ALBERT LANGEN · GEORG MÜLLER
MÜNCHEN · WIEN

ALBERT LANGEN · GEORG MÜLLER
MÜNCHEN · WIEN

WOLFGANG PAUL

KAMPF UM BERLIN



ALBERT LANGEN • GEORG MULLER
MÜNCHEN • WIEN

Das moderne Sachbuch Band 5

© Copyright 1962 by
Albert Langen Georg Müller Verlag GmbH, München • Wien
Gesamtherstellung: Mohn & Co GmbH, Gütersloh
Umschlagentwurf: Dorothee Tilgner
Printed in Germany

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Nun gilt's. Noch einmal, hätt' ich bald gesagt, allein ich seh'
kein Ende ab. Ich gleiche dem Mann der Fabel, den der Löwe
vorn, der Tiger hinten packte, dem die Geier mit Schnäbeln
und mit Klaun von oben drohten, und der auf einem Schlan-
genklumpen stand. Gleichviel. Ich wehre mich, so gut ich
kann. Wie lang' es dauern wird, mich soil's nicht kümmern,
wenn idi nur bis ans Ende mich behaube und nichts verliere,
was ich mein genannt.

Friedrich Hebbel «Herodes und Mariamme»

Ich weiss, sobald ich anfangen, meine guten Berliner zu loben,
so hat mein Ruhm bei ihnen schon ein Ende, und sie zucken die
Achseln und flüstern einander zu: Der Mensch wird seicht, uns
sogar lobt er. Keine Stadt hat nämlich weniger Lohipatriotismus
als Berlin . . .

Heinrich Heine 1830

Überhaupt haben mich meine Beobachtungen in der Meinung
bestärkt, dass mit dem Berliner Volk, seit jener Unglücksperi-
ode, als ein frecher, übermütiger Feind das Land über-
schwemmte, und sich vergebens mühte, den Geist zu unterdrü-
cken, der bald wie eine gewaltsam zusammengedrückte Spiral-
feder mit erneuter Kraft emporsprang, eine merkwürdige Ver-
änderung vorgegangen ist. Mit einem Wort: das Volk hat an
äusserer Sittlichkeit gewonnen.

E. Th. A. Hoffmann 1822

INHALT

Vorwort.....	9
1. Ende einer Schlacht – Beginn eines Kampfes (April-Mai 1945).....	11
2. Zwei Monate für Stalin und Ulbricht (Mai-Juni 1945).....	23
3. Die Westalliierten treffen ein (Juli 1945).....	47
4. Potsdamer Gipfelkonferenz und Kultur aus der Asche (Juli-August 1945).....	54
5. Was heisst hier Demokratie? (August-Dezember 1945).....	64
6. Abwehr einer tödlichen Umarmung (November 1945-April 1946).....	79
7. Entscheidung durch Wahlen (Mai-Oktober 1946).....	92
8. Ursprünge der deutschen Spaltung (November 1946-Juli 1947).....	109
9. Kalter Krieg in der Stadt (August-Dezember 1947).....	128
10. Wer die Währung hat, besitzt die Macht (Januar-Juni 1948).....	142
11. Blockade oder Krieg (Juni-Juli 1948).....	163
12. Die Berliner machen Geschichte (August-September 1948).....	172
13. Das Bündnis mit den Westmächten (Oktober-Dezember 1948).....	196
14. Ein Sieg, der nicht genutzt wurde (Januar-Mai 1949).....	206
15. Jahre der Unsicherheit (Juni 1949-Juni 1953).....	212

16. Marsch zum Regierungssitz und Aufstand (16.-17. Juni 1953).....	228
17. Die «glücklichen» Jahre (Herbst 1953-Sommer 1958).....	248
18. Vom Ultimatum zur Mauer (November 1958-August 1961).....	263
19. Auf die Folter gespannt (August-Oktober 1961).....	281
20. Auch während des Waffenstillstandes wird geschossen (November 1961-Sommer 1962).....	299
21. Vor einem Sonderfrieden (Juli-September 1962).....	314
22. Wohin, Berlin.....	326
Nachwort.....	331
Zeittafel.....	334
Opfer der Mauer.....	347
Namensregister.....	352
Literaturverzeichnis.....	356
Quellennachweis der Abbildungen.....	358

VORWORT

Eine wahre Geschichte soll erzählt werden, der nichts fehlt, was Elend und Grösse des Menschen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ausmacht. Sie wurde von der Weltgeschichte erfunden. Ihr Schauplatz heisst Berlin. Den Kurfürsten von Brandenburg, den Königen in Preussen diente Berlin als Residenz und Hauptstadt. Friedrich der Grosse wurde hier geboren. Russische und Napoleonische Truppen eroberten die Stadt. Bismarck war in ihr Kanzler des Norddeutschen Bundes und Reichskanzler. In der Reichshauptstadt residierten drei deutsche Kaiser. Zwei Reichspräsidenten repräsentierten hier das Deutsche Reich, das eine unteilbare Republik war. Ein Führer und Reichskanzler machte Berlin zur Hauptstadt seines Grossdeutschen Reiches, das nach anderthalb Jahren einen europäischen Krieg, dann einen Weltkrieg führte und zerstört wurde. Die Rote Armee der Sowjetunion eroberte die Stadt und teilte sie danach mit den Besatzungsmächten Grossbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Nun war Berlin nicht mehr Reichshauptstadt, es wurde die alte deutsche Hauptstadt genannt. 1948 zerfiel sie in zwei Stadthälften, deren grössere jetzt West-Berlin hiess, die kleinere wurde 1949 zur «Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik» erklärt. Diese Republik war weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik, aber sie hiess so.

West-Berlin stand unter dem Schutz der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs. Ost-Berlin wurde von der Sowjetunion beherrscht.

Seit dem 13. August 1961 trennt eine Mauer das östliche vom westlichen Berlin. Sie ist weder für Ostberliner noch für Westberliner passierbar. Nur wenige Ausnahmen werden gemacht.

Wie kam es dazu? Wohin führt das alles?

Die Geschichte Berlins seit der Schlacht um die Stadt im April und Mai 1945 ist die Geschichte eines Kampfes. Sie handelt von Männern, die längst ihren Platz in den Archiven der Historie erhielten: Hitler, Stalin, Churchill, Eisenhower oder Truman. Von russischen und amerikanischen Generalen wurde sie vorangetrieben. Weltmächte konzentrierten ihre Truppen in der Stadt, rings um die Stadt, im Hinterland bis zum Atlantik und zum Bug. Sie liessen Wasserstoff- und Atombomben explodieren, um ihre Stärke im Kampf um diese Stadt der drei Millionen Berliner vorzuzeigen.

Diese aber fügten dem Kampf der Weltmächte ihren Freiheitskampf hinzu. So war immer Grund, zu kämpfen.

Ein Kampf fordert Opfer. Er macht den Menschen zum Feind des Menschen. Er verbittert und tröstet, denn solange gekämpft wird, gibt es Ziele, für die der Mensch etwas wagt.

Zwei Ziele hat der Freiheitskampf der Berliner. Sie wollen in der ganzen Stadt als freie Menschen leben. Berlin soll die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland werden.

Das sind einfache Ziele, aber sie zu erreichen ist schwer geworden.

Was die Weltmächte mit dieser Stadt noch vorhaben, weiss niemand. Aber mehr als siebzehn Jahre ihres Kampfes um Berlin sind übersehbar. Es ist nicht wahr, dass die Zeit Wunden heilt. Die Wunde ist die Zeit. Deshalb wird die Beschreibung eines Kampfes zur Diagnose einer Krankheit, an der Europa, die Welt zugrunde gehen können.

Die Wahrheit Berlins, des Kampfes dieser Stadt, des Kampfes um diese Stadt ist einfach: Selbstbehauptung des Menschen in einer Epoche der Ratlosigkeit, der schrecklichen Drohungen, der mangelnden Liebe.

Eine einfache Wahrheit? Die schwierigste Wahrheit.

Erstes Kapitel

ENDE EINER SCHLACHT – BEGINN EINES KAMPFES

Mit einem Befehl, der am 28. April 1945 in der Stadt angeschlagen wurde, begann die Geschichte Berlins in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und damit der Kampf um Berlin.

Befehl des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin Nr. 1:

«Heute bin ich zum Chef der Besatzung und zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden. Die gesamte administrative und politische Macht geht laut Bevollmächtigung des Kommandos der Roten Armee in meine Hände über.

In jedem Stadtbezirk werden gemäss der bisher existierenden administrativen Einteilung militärische Bezirks- und Revierkommandanturen eingerichtet ...»

Unterzeichnet war das Dokument von dem Oberbefehlshaber der N-ten Armee, Nikolai E. Bersarin, und dem Stabschef der Besatzung, Generalmajor Kuschtschow.

Dieser Befehl, der 11 Punkte umfasste, sollte die Eroberung Berlins besiegeln, die jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen war. Unter Punkt 2 wurden die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) und alle ihr angeschlossenen Organisationen für aufgelöst erklärt. Weiter hiess es:

«Das gesamte führende Personal aller Dienststellen der NSDAP, Gestapo, Gendarmerie, des Sicherheitsdienstes, der Gefängnisse und allen übrigen Dienststellen hat sich binnen 48 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls in den militärischen Bezirks- und Revierkommandanturen zwecks Registrierung zu melden.

Binnen 72 Stunden haben sich ebenfalls alle in der Stadt Berlin verbliebenen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, der SS und der SA zwecks Registrierung zu melden.

Wer sich zu der festgesetzten Frist nicht meldet oder wer sich der Verbergung solcher Personen schuldig macht, wird gemäss den Gesetzen der Kriegszeit zu strenger Verantwortung gezogen.»

An diesem 28. April 1945 führte im Führerbunker der Reichskanzlei der letzte Generalstabschef des Heeres (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt), General Hans Krebs, ein Telefongespräch mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der sich ausserhalb Berlins befand.

Krebs: «Der Führer erwartet schnellste Hilfe. Es sind nur noch höchstens 48 Stunden Zeit. Wenn bis dahin keine Hilfe kommt, ist es zu spät. Das lässt der Führer nochmals sagen.»

Kurz darauf riss die Fernsprechverbindung mit Berlin ab. Der innere Verteidigungsring um das Berliner Regierungsviertel war durchbrochen. Der Kampf um den Stadtkern tobte. Strassenkämpfe fanden längs der Potsdamer Strasse und am Belle-Alliance-Platz statt. Die russischen Eroberer standen in Sichtweite der Reichskanzlei.

Im Luftschutzbunker unter der Reichskanzlei erfuhr an diesem Tage Adolf Hitler, Führer und Reichskanzler, Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, Oberbefehlshaber des Heeres, dass ein sowjetischer Generaloberst Stadtkommandant von Berlin geworden sei und alle führenden Nationalsozialisten zur Registrierung befehle. Hitler wurde gemeldet, der Reichsführer SS Heinrich Himmler habe ein Kapitulationsangebot an die Westmächte gerichtet. Ihm sagte man auch, Benito Mussolini, einst Duce des faschistischen Italiens, sei von Partisanen erschossen worden.

In der Nacht zum 29. April 1945 machte Hitler sein politisches und persönliches Testament, während zur gleichen Stunde, gegen vier Uhr morgens, die letzte Ausgabe der Berliner Frontzeitung «Der Panzerbär» gedruckt wurde, in der es hiess:

«Unsere Aufgabe ist klar. Wir stehen und halten. Bei uns ist der Führer.

Wo aber der Führer ist, ist der Sieg.»

An diesem 28. April 1945 standen die amerikanische Erste und Neunte Armee an Elbe und Mulde. Ihre Vorhutten waren am 12. April 1945 an der Elbe eingetroffen, und vor ihnen löste sich das deutsche Heer auf, wie Winston Churchill in seinen Memoiren schreibt.

General Dwight D. Eisenhowers Armeen hatten an dem Tage die Elbe erreicht, als Präsident Franklin D. Roosevelt in Warm Springs, 'Georgia, plötzlich starb. «Präsident Roosevelt starb in einem Moment», schreibt Winston Churchill in seinen Memoiren, «da militärische und politische Entscheidungen von grösster Tragweite heranreiften. Hitlers Westfront war zusammengebrochen. Eisenhower hatte den Rhein überschritten und stiess tief nach Deutschland und Mitteleuropa hinein vor, und wenn der Gegner auch an manchen Orten zähen Widerstand leistete, war er doch ausserstande, das Vorstürmen unserer siegreichen Armeen einzudämmen, so dass die Einnahme Berlins durch die westlichen Verbündeten nur noch eine Frage von Tagen schien. Auch die Russen standen nur noch sechzig Kilometer von der Stadt entfernt, waren aber noch nicht angriffsbereit. Zwischen ihnen und Berlin lag die Oder, vor der sich die Deutschen eingegraben hatten, und die Rote Armee sollte noch schwere Kämpfe zu führen haben, ehe sie den Übergang erzwingen und den letzten Vormarsch beginnen konnte.»

Sechzehn Tage bevor Generaloberst Bersarin sowjetischer Stadtkommandant von Berlin wurde, hatten die Amerikaner die Elbe bei Wittenberg erreicht. Sie

drangen in Stendal und Tangermünde ein. Der westlich Magdeburg gelegene Flugplatz wurde genommen. Zwischen Magdeburg und Schönebeck setzten die Amerikaner über die Elbe und bildeten einen Brückenkopf, in dessen Schutz der Brückenbau eingeleitet wurde. Widerstandsfähige deutsche Truppen lagen ihnen nicht gegenüber.

Zwischen der Elbe und Berlin befanden sich zwei Divisionen («Scharnhorst» und «Hutten») in Aufstellung. Sie waren noch nicht einsatzbereit. Es hätte eines Panzervorstosses über hundert Kilometer durch fast feindfreies Gebiet bedurft, um Tage vor dem 20. April 1945, Adolf Hitlers Geburtstag, Berlin vom Westen her zu nehmen. Hitler schwankte zu diesem Zeitpunkt noch, ob er mit dem Flugzeug nach Süddeutschland fliehen oder das Ende in Berlin suchen sollte.

Der Tod Roosevelts und das Verharren der amerikanischen Armeen an der Elbe in den folgenden Tagen wirkte, bei der Neigung Hitlers, sich mit Friedrich dem Grossen zu vergleichen, im Führerbunker wie eine gewonnene Schlacht nach so vielen Niederlagen. Goebbels erging sich in historischen Vergleichen. Er wies auf den Tod der Zarin Elisabeth hin, durch den Friedrich II. die Möglichkeit erhielt, den unglücklichen Ausgang des Siebenjährigen Krieges zu vermeiden. Hitler schien überzeugt zu sein, dass ihm nun die Westmächte den Waffenstillstand anbieten würden, damit er den Kampf gegen die Sowjets bis zum siegreichen Ende weiterführen könnte.

Nur so ist es zu verstehen, dass bis zum 20. April 1945 jene Euphorie im Führerhauptquartier herrschte, in der vom kurz bevorstehenden «Endsieg» geprahlt wurde.

Weshalb blieben die Amerikaner an der Elbe stehen? Warum marschierten sie nicht weiter vorwärts, um in kürzester Frist den Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden mit der Einnahme von Berlin zu beenden?

Josef Stalin hatte Dwight D. Eisenhower im März mitteilen lassen, dass er «ungefähr in der zweiten Maihälfte» zum Grossangriff über die Oder antreten könne. Die Rote Armee hatte Anfang April, nach der Eroberung des deutschen Gebiets bis zur Oder ausschliesslich der Widerstandszentren an der Ostseeküste, die Verbände neu für die letzte Schlacht zu ordnen, aufzufrischen und mit Munition und Material zu versorgen. Auch Hitler und sein Oberkommando rechneten Ende März mit einer letzten Frist bis Mitte Mai. Als Hitler den Generalobersten Guderian am 28. März 1945 zwar nicht seines Postens als Generalstabschef des Heeres (mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt) enthob, aber ihn zur Kur schickte, sagte er zu ihm: «In sechs Wochen wird die Lage sehr kritisch sein. Dann werde ich Sie dringend brauchen.»

Eisenhower hatte, nach Churchills Memoiren, am 28. März 1945 Stalin in einem direkten Telegramm seinen Feldzugsplan bekanntgegeben, ohne darüber

mit seinem Stellvertreter, dem britischen Oberluftmarschall Tedder, oder mit den Kombinierten Stabschefs Rücksprache genommen zu haben. Darin hatte er mitgeteilt, dass er sich bei Dresden mit den Russen vereinigen wolle. Gleichzeitig habe er die Absicht, auch bei Linz mit der Roten Armee zusammenzutreffen.

Stalin antwortete: «Dieser Plan entspricht völlig den Plänen des Sowjetoberkommandos. Berlin hat seine frühere strategische Bedeutung verloren. Das Sowjetoberkommando plant daher, in der Richtung auf Berlin nur zweitrangige Kräfte einzusetzen.»

Es lag hier eine bewusste Täuschung des alliierten Oberbefehlshabers vor, denn die Sowjets versammelten zwei Heeresgruppen mit Eliteverbänden zum letzten Angriff, für die Schlacht um Berlin, hinter der Oder.

Die britischen Stabschefs erfuhren von diesem neuen Feldzugsplan, der sie nicht überzeugte. Sie informierten Winston Churchill. Am 31. März 1945 übermittelte Churchill Eisenhower ein Memorandum, am 1. April dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt ein Telegramm. In beiden Dokumenten verwahrte sich der britische Premierminister gegen die Abänderung des Feldzugplans.

In dem Telegramm an Roosevelt vom 1. April 1945 hiess es unter anderem: «Bisher zielte unser Vormarsch auf Berlin. Jetzt will General Eisenhower auf Grund seiner Einschätzung des feindlichen Widerstandes, deren grosses Gewicht ich durchaus anerkenne, die Vormarschrichtung weiter nach Süden verlagern, um auf Leipzig und vielleicht noch südlicher nach Dresden zu zielen. Er detachiert dazu die amerikanische Neunte Armee von der nördlichen Armeegruppe, die infolgedessen ihre Front weiter nach Süden erweitern muss. Ich würde es sehr bedauern, wenn der feindliche Widerstand so gross wäre, dass er das Gewicht und den Schwung der britischen Einundzwanzigsten Armeegruppe brechen würde und diese vor oder an der Elbe mehr oder weniger zum Stillstand käme.

Idi sage ganz offen, dass Berlin immer noch eine grosse strategische Bedeutung zukommt. Nichts wird in den noch widerstehenden deutschen Kräften solche Verzweiflung hervorrufen wie der Fall Berlins.

In ihm sähe das deutsche Volk das Fanal seiner Niederlage. Andererseits wird es den Widerstand aller waffentragenden Deutschen anfeuern, solange das deutsche Banner über Berlin weht und sich die Ruinenstadt gegen eine russische Belagerung behauptet.

Es gibt noch einen weiteren Gesichtspunkt, den Sie und ich im Auge behalten müssen. Zweifellos werden die russischen Armeen in Wien einmarschieren und ganz Österreich überrennen.

Wenn sie auch noch Berlin nehmen, müssen dann die Russen nicht den Ein-

druck gewinnen, zu unserem gemeinsamen Sieg in überwältigender Weise beigetragen zu haben, und wird sich dieser Eindruck nicht so ungebührlich in ihrem Denken festsetzen, dass sie dadurch in eine Stimmung geraten, die für die Zukunft die grössten und ernstesten Schwierigkeiten erwarten lässt?

Es ist daher meine Meinung, dass wir vom politischen Standpunkt aus so weit wie nur möglich nach dem Osten Deutschlands vormarschieren und *Berlin unbedingt nehmen* müssen, sollte es in unserem Zugriff liegen. Aber auch vom militärischen Standpunkt aus erscheint mir das vernünftig und richtig.»

Franklin D. Roosevelt war krank. Sein Stabschef, General George C. Marshall, liess das Telegramm durch General Eisenhower beantworten.

Die Würfel waren jedoch gefallen. Am 16. April 1945 begann bei Frankfurt an der Oder und Küstrin der Grossangriff der sowjetischen Heeresgruppe des Marschalls Grigorij K. Schukow. Der Kampfauftrag lautete, zusammen mit der weiter südlich angreifenden Heeresgruppe des Marschalls Konjew Berlin zu umfassen, gegen Westen (Elbe) abzuriegeln und in einer Kesselschlacht die IX. deutsche Armee zwischen der Oder und Berlin zu vernichten, die Reichshauptstadt zu erobern.

Auch jetzt, da General Eisenhower sehen musste, dass die Rote Armee um vier Wochen verfrüht mit stärksten Kräften zur Schlacht um Berlin antrat, blieb er mit seinen Verbänden untätig an der Elbe stehen. Er wollte mit seinen Erdtruppen weder den sowjetischen Angriff unterstützen noch mit ihnen zum letzten Gefecht gegen den Mann antreten, dem letzten Endes sein «Kreuzzug in Europa» (Titel seiner Kriegsmemoiren) gegolten hatte: Adolf Hitler. Der Mann, gegen den die Westmächte in diesen fürchterlichen Krieg gezogen waren und den sie hassten wie nichts auf dieser schreckenerfüllten Welt, wurde mit seiner Hauptstadt den Sowjets überlassen. Nur alliierte Luftwaffenverbände setzten die Bombardierung Berlins fort, die nun fast ununterbrochen zur Unterstützung der gegen die Reichshauptstadt vordringenden Sowjettruppen anhielt. Erst am 21. April 1945 endeten diese Luftangriffe, als sich die Spitzen der Roten Armee der Stadt näherten.

Am 20. April 1945 wurde Berlin durch das Stichwort «Clausewitz» in den Verteidigungszustand gesetzt. Die gesamte vollziehende Gewalt ging auf den Stadtkommandanten über. Einen Tag später, am 21. April 1945, waren die Würfel auch im Führerbunker gefallen. Hitler hatte noch einmal mit seiner Umgebung Geburtstag gefeiert. In der Nacht fragte der Gesandte Hewel in den Raum hinein, in dem der Diktator sass: «Mein Führer, haben Sie für mich noch Befehle?» Hitler verneinte. Hewel: «Mein Führer, es ist fünf Sekunden vor zwölf Uhr. Wenn Sie mit Politik noch irgend etwas erreichen wollen, dann ist es al-

lerhöchste Zeit.» Darauf Hitler: «Politik? Ich mache keine Politik mehr. Das widert mich so an. Wenn ich tot bin, werdet ihr noch genug Politik machen müssen.» Am Morgen erreichte das Störungsfeuer der sowjetischen Artillerie die äusseren Stadtteile. Ein Signal «Feindalarm» wurde eingeführt. Es bestand aus einem Heulton der Luftschuttsirenen von drei Minuten Dauer. Jeder Verbrauch von Strom und Gas wurde verboten. Ausgenommen waren Krankenhäuser, Lazarette und lebenswichtige Betriebe. Rundfunkgeräte durften nur während des Fliegeralarms betrieben werden. Im Berliner Westhafen traf der letzte mit Kohle beladene Güterzug ein. Berlin, die Hauptstadt des Grossdeutschen Reiches, war seit 1943 zerbombt worden. Nun näherten sich Truppen der Roten Armee, um die Ruinenstadt einzunehmen. Sie drangen am 22. April 1945 von Nordosten her in die Stadtbezirke Pankow, Weissensee und Lichtenberg ein. Zum letztenmal erschien die Wochenzeitung «Das Reich». In einem Leitartikel, «Widerstand um jeden Preis», forderte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, der Reichsverteidigungskommissar der Stadt, Dr. Joseph Goebbels, dazu auf, dass der Widerstand «auch in der Zivilbevölkerung von Mann und Frau und Knabe und Mädchen mit einem Fanatismus ohnegleichen» aufgenommen werde. «Es wartet auf uns die Stunde letzten Triumphes. Sie wird unter Tränen und Blut erkaufte, aber sie wird auch alle Opfer, die wir gebracht haben, rechtfertigen.»

Dann verstummte Goebbels. Mit vierzehnhundert Löschfahrzeugen verliess an diesem Tage der grösste Teil der Feuerwehr befehlsgemäss die angegriffene Stadt. Als es Nacht geworden war, erschossen SS-Männer am Lehrter Bahnhof zwanzig politische Gefangene, unter denen sich Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 befanden. Einer von ihnen, der Universitätsprofessor Albrecht Haushofer, hielt in den Fingern das Manuskript eines Gedichtbandes, an dem er im Gefängnis geschrieben hatte. Eines dieser Gedichte, «Untergang», schien für diese Tage zu gelten:

Wie hört man leicht von fremden Untergängen,
wie trägt man schwer des eignen Volkes Fall.
Vom fremden ist's ein ferner Widerhall,
im eignen ist's ein lautes Todesdrängen.

Ein Todesdrängen, aus dem Hass geboren,
in Rachetrotz und Übermut gezeugt –
nun wird vertilgt, gebrochen und gebeugt,
und auch das Beste geht im Sturz verloren.



Am 30. April 1945 hissen Sowjetsoldaten die Siegesfahne über der Ruine des Reichstagsgebäudes

NACHRICHTENBLATT

für die deutsche Bevölkerung

3. Mai 1945

Nr. 15

BERLIN GENOMMEN

(Aus dem Bericht des Informationsbüros der Sowjetunion vom 3. Mai 1945)

Die Truppen der 1. Bjelorussischen Front unter dem Kommando des Marschalls der Sowjetunion Stukow, schlossen mit Unterstützung der Truppen der 1. Ukrainischen Front unter dem Kommando des Marschalls der Sowjetunion Konew nach hartnäckigen Straßenkämpfen die Zerschlagung der Berliner Kräftegruppe der deutschen Truppen ab und besetzten heute, am 3. Mai, vollständig die Hauptstadt Deutschlands, die Stadt BERLIN, das Zentrum des deutschen Imperialismus und die Brutstätte der deutschen Aggression.

Die die Stadt verteidigende Berliner Besatzung stellte um 15 Uhr des 3. Mai mit dem Befehlshaber der Verteidigung von BERLIN, General der Artillerie Weidling und seinem Stab an der Spitze, den Widerstand ein, streckte die Waffen und ließ sich gefangen.

Bis 21 Uhr des 2. Mai nahmen die Sowjettruppen in Berlin mehr als 70 000 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen. Unter den Gefangenen befinden sich die Generale z. B. V. bei dem Befehlshaber der Verteidigung von Berlin Generalleutnant Kurt Weisach und Generalleutnant Walter Schmidt-Dankwart, der Vertreter des Hauptquartiers, Vizeadmiral Voss, der Stabschef der Verteidigung von Berlin, Oberst Hans Reehor, der Stabschef des XXVI. Panzerkorps, Oberst Theodor von Diffwing. Es wurden auch der erste Stellvertreter von Goebbels für Propaganda und Presse, Dr. philos. u. phil. Fritsche, Presseleiter Dr. philos. u. phil. Klick sowie Regierungsrat Dr. philos. u. phil. Heinrichdorff gefangen. Fritsche sagte bei seinem Verhör aus, daß Hitler, Goebbels und der neue Generalstabschef, General der Infanterie Krebs, Selbstmord bezangen haben.

Südöstlich von BERLIN schlossen die Truppen der 1. Bjelorussischen und der 1. Ukrainischen Front die Liquidierung der eingekesselten deutschen Kräftegruppe ab.

In den Kämpfen vom 24. April bis 2. Mai wurden in diesem Raum mehr als 120 000 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen genommen. In derselben Zeit verloren die Deutschen allein an Gefallenen über 10 000 Mann. Unter den Gefangenen befinden sich der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der 9. Armee, Generalleutnant Bernhardt, der Kommandeur des V. SS-Korps, Generalleutnant Ekkel, der Kommandeur der 21. SS-Panzerdivision, Generalleut-

nant Marx, der Kommandeur der 169. I.D., Generalleutnant Ratsch, der Festungskommandant von PRANAFURT a. O., Generalmajor Biel, der Artillerie Kommandeur des XI. SS-Panzerkorps, Generalmajor Strammier und General der Luftwaffe Zander. In derselben Zeit wurde von unseren Truppen folgende Kriegsbeute eingebracht: 304 Panzer und Sturmgeschütze, über 1500 Feldgeschütze, 2180 MG's, 17 600 Kraftfahrzeuge und zahlreiche andere Waffen und Kriegsgut.

Nordwestlich BERLIN entwickelten die Truppen der 1. Bjelorussischen Front die Offensive weiter und nahmen die Städte NEURUPPIN, KYRITZ, WÜSTERHAUSEN, NEUSTADT, FEHRBELLIN, FRIFSACK.

Die Truppen der 2. Bjelorussischen Front entwickelten ihre Offensive weiter und nahmen am 2. Mai die Städte ROSTOCK und WARNE-MÜNDE - bedeutende Häfen und wichtige deutsche Marinestützpunkte an der Ostsee und besetzten die Städte RIEB NITZ, MARLOW LAAGE, TETEROW, MIEROW sowie die bedeutenden Ortschaften ALTENPLEN, RECHTENBERG, FRANZBURG, FRIEWESS, SULZE, DARGUN, TURKOW, LABEL, ZECHLIN, HERZSPRUNG. In den Kämpfen des 1. Mai nahmen die Truppen dieser Front 5450 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen und erbeuteten 78 Flugzeuge und 178 Feldgeschütze.

Die Truppen der 4. Ukrainischen Front entwickelten ihre Offensive in den Waldkarpaten und nahmen die bedeutenden Ortschaften PASSKOW, ORLOWA, DEMBOWETZ, GÖRDISCHUW, TURSOWKA DULGE POLE, WELIKOE ROWNE, STAWNIK, PO PRADNO, MODLATIN. In den Kämpfen des 1. Mai nahmen die Truppen dieser Front über 5000 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen und erbeuteten 196 Geschütze.

Die Truppen der 2. Ukrainischen Front entwickelten ihre Offensive ostlich BRUNN und nahmen die bedeutenden Ortschaften BRUNOV, WALASCHSKF, KLOBOKI, SLAWJTSCHIN, LUGATSCHOWJE, BRSHA SUWKI, LUGERESKI, GRADISCHTEW, NAPAJDIA.

An den übrigen Frontabschnitten keine besonderen Veränderungen.

37 deutsche Panzer wurden am 1. Mai vernichtet oder außer Gefecht gesetzt. In Luftkämpfen und durch Flakartillerie wurden 10 Feindflugzeuge abgeschossen.

Dass dieses Volk die Siege nicht ertrug –
die Mühlen Gottes haben schnell gemahlen.
Wie furchtbar muss es nun den Rausch bezahlen.

Es war so hart, als es die andern schlug,
so taub für seiner Opfer Todesklagen –
Wie mag es nun das Opfer-Sein ertragen ...

Am 24. April 1945 sprach das Parteiorgan der NSDAP, der «Völkische Beobachter», ein letztes Wort. Auf der Titelseite war eine Warnung Hitlers an die Bevölkerung von Berlin abgedruckt:

«Merkt Euch! Jeder, der Massnahmen, die unsere Widerstandskraft schwächen, propagiert oder gar billigt, ist ein Verräter! Er ist augenblicklich zu erschiessen oder zu erhängen! Das gilt auch dann, wenn angeblich solche Massnahmen im Auftrage des Gauleiters Reichsminister Dr. Goebbels oder gar im Namen des Führers befohlen werden sollten, gez. Adolf Hitler.»

An diesem Tage bat der Generaldirektor der Staatlichen Museen, Dr. Otto Kummel, das Sowjetkommando um Schutz für die Berliner Museen, und die Rote Armee eroberte die Bezirke Zehlendorf, Tempelhof und Neukölln.

Am 25. April 1945 befahl die sowjetische Besatzungsmacht den Wiederbeginn der deutschen Verwaltungstätigkeit in Berlin-Karlshorst, während der U-Bahn-Verkehr endgültig zum Erliegen kam.

Einen Tag später war Berlin eingeschlossen. Der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht meldete am 26. April 1945:

«Im Südteil der Reichshauptstadt toben schwere Strassenkämpfe in Zehlendorf, Steglitz und am Südrand des Tempelhofer Feldes. Im Osten und Norden leisten unsere Truppen, tapfer unterstützt von Einheiten der Hitler-Jugend, der Partei und des Volkssturms, am Schlesischen und Görlitzer Bahnhof sowie zwischen Tegel und Siemensstadt erbitterten Widerstand. Auch in Charlottenburg ist der Kampf entbrannt.»

Zehlendorf erhielt schon einen neuen Bezirksbürgermeister durch den sowjetischen Kriegskommandanten, und es wurde bestimmt, dass die Kirchenglocke täglich um acht Uhr zu läuten habe, da die Bevölkerung zum grössten Teil ihre Uhren bei der Eroberung eingebüsst hatte.

Das Schicksal Berlins, das von sowjetischen Truppen der 1. Weissrussischen Front des Marschalls Schukow und der 1. Ukrainischen Front Marschall Konjews eingeschlossen war, erfüllte sich rasch. In der Stadt kämpften nur einige zehntausend Soldaten, die von der Oderfront abgedrängt wurden. Die Masse des deutschen Ostheeres war entweder südöstlich von Berlin (IX. Armee) auf engstem Raum zusammengedrängt und zu einem Entsatz der Hauptstadt unfähig.

hig, oder sie kämpfte nördlich Berlins (3. Panzerarmee) verzweifelt darum, von dem Rückzug auf die im Westen stehenden Briten und Amerikaner nicht abgedrängt zu werden. In dieser Lage klammerte sich Hitler an die rasch aufgestellte XII. Armee des Generals Wenck, die sich zwischen der Elbe und dem südlichen Autobahnring bildete. Sie sicherte bisher mit Teilen gegenüber den Amerikanern an der Elbe. Nun sollte sie der Westfront den Rücken kehren und über Potsdam einen Korridor nach Berlin öffnen.

Am 28. April 1945 rückten die schlecht bewaffneten und schwachen deutschen Truppen des Generals aus der Elbestellung und unternahmen den hoffnungslosen Versuch, den russischen Ring um die Reichshauptstadt aufzubrechen. General Eisenhower liess seine Truppen nicht folgen, um mit den Sowjets in Berlin einzuziehen. Dort aber hatte Generaloberst Bersarin schon die Geschäfte des Stadtkommandanten übernommen. Er ordnete an, dass alle Waffen, Munition, Rundfunkgeräte, Radiosender, Fotoapparate, Kraftfahrzeuge, Krafträder sowie alle Treib- und Schmierstoffe an die Bezirkskommandanturen abzuliefern seien. Eine nächtliche Ausgangssperre wurde verfügt, Besatzungsgeld eingeführt, die Finanzgeschäfte der Banken mussten eingestellt werden, die Abhaltung von Gottesdiensten in den Kirchen und der Betrieb von Vergnügungsstätten und Restaurants war bis 21 Uhr erlaubt. Die Verdunklung blieb bestehen.

Diese Anordnungen griffen jedoch vor. Noch lebte Hitler, und noch wurden ihm, dem gezeichneten Diktator, Menschenopfer in den Strassen Berlins gebracht. Noch starben Zivilisten und Soldaten für den Führer, der seinen Selbstmord vorbereitete.

Inzwischen waren sowjetische Truppen mit den an der Elbe verharrenden Amerikanern bei Torgau (25. April 1945) zusammengetroffen. Zwei Wochen hatten die Amerikaner an der Elbe Gewehr bei Fuss gestanden. Die letzte Phase eines Koalitionskrieges, die Vereinigung der Koalitionsarmeen auf dem Schlachtfeld zum letzten Kampf gegen den Feind, fand nicht statt. Jene zwei Wochen des Abwartens, des Verharrens an Elbe und Mulde kosteten den Amerikanern, den Westmächten den Ruhm, Berlin erobert zu haben.

Churchills Ahnung, dass daraus die Sowjets einmal Gewinn schlagen würden, musste sich erfüllen, denn noch während der Schlacht um Berlin wurde die Ausgangslage für den Kampf um Berlin bezogen, der die folgenden Jahre und Jahrzehnte anhalten sollte.

Die Westmächte hatten zwar die Bestätigung in der Hand, dass Berlin von allen Grossmächten besetzt und verwaltet werden würde; aber das «Erstgeburtsrecht» der Eroberung konnten sie nun den Sowjets nicht mehr streitig machen.

Kurz gesagt: General Eisenhower hatte es in der Hand, nach dem 12. April 1945 Berlin zu nehmen, ehe die Russen angetreten waren. Ein amerikanischer Stadtkommandant hätte Mitte April 1945 in Berlin sich einrichten können. Die Angloamerikaner waren längst über ihre zukünftigen Besatzungszonen hinausgeprellt. Ein weiterer Vormarsch wäre militärisch zu verantworten gewesen. Aber Geschichte wird gemacht, nicht erdacht.

Als Stalin wusste, dass seine Heeresgruppen allein die Schlacht um Berlin gewinnen würden, liess er in Moskau zwei Zehnergruppen aus deutschen Emigranten der Kommunistischen Partei Deutschlands bilden. Eine Zehnergruppe unter Führung von Walter Ulbricht bereitete sich auf den Flug zur Heeresgruppe Schukow vor, die andere unter Anton Ackermann wurde der Heeresgruppe Konjew zugeteilt.

Am 27. April fragte Walter Ulbricht während einer kurzen Besprechung seiner Zehnergruppe: «Alle bereit, alles fertig?»

Am Abend des 29. April 1945 feierte die Gruppe als Gast Wilhelm Piecks im Hotel «Lux» Abschied von Moskau.

Zur selben Stunde, 23 Uhr Mitteleuropäischer Zeit, erhielt Generaloberst Jodl in Dobbins den letzten Funkspruch Hitlers aus dem Führerbunker der Reichskanzlei.

«Es ist mir sofort zu melden:

1. Wo sind die Spitzen von Wenck?
2. Wann greifen sie weiter an?
3. Wo ist die 9. Armee?
4. Wohin bricht die 9. Armee durch?
5. Wo sind die Spitzen von Holste?»

Zwei Stunden später, am 30. April 1945, 1 Uhr, meldete Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel zum letztenmal seinem Führer:

- « 1. Spitze Wenck liegt südöstlich Schwielow-See fest.
2. 12. Armee kann daher Angriff auf Berlin nicht fortsetzen.
3. 9. Armee mit Masse eingeschlossen.
4. Korps Holste in die Abwehr gedrängt.»

Nun wusste auch Hitler, dass auf Entsatz nicht mehr zu hoffen war.

Am Morgen des 30. April 1945, 6 Uhr früh, fuhr die «Gruppe Ulbricht» vom Hotel «Lux» zum Flughafen durch Moskau, das schon für die Feier des 1. Mai mit Losungen, Transparenten und Blumen geschmückt war. Ein von Russen gesteuertes amerikanisches «Douglas»-Transportflugzeug startete mit ihr nach Deutschland. Nach eineinhalbstündiger Flugzeit landete die Maschine auf einem Feldflughafen zwischen Frankfurt an der Oder und Küstrin. Ulbricht erklärte nach der Landung, man sei hier an der neuen deutsch-polnischen Grenze. Ein Lastwagen nahm die Gruppe auf und fuhr in eine kleinere Ortschaft, wo das

Mittagessen in der sowjetischen Kommandantur eingenommen wurde. Ein Sowjetoffizier begrüßte Ulbricht und seine Genossen als «Mitglieder der neuen deutschen Regierung».

Anschließend fuhr die Gruppe in amerikanischen und sowjetischen Limousinen nach Küstrin. Dort sagte ihr ein sowjetischer Chauffeur auf die Frage, wohin es denn nun gehe: «Pojedem na sapad, na Berlin» («Wir fahren nach dem Westen, nach Berlin»).

Um die gleiche Stunde, 15 Uhr 30, verübte Hitler im Führerbunker Selbstmord, wie er es in seiner Reichstagsrede vom 1. September 1939 für den Fall der Niederlage vorausgesagt hatte, und sowjetische Truppen, die unter ihrem General Tschuikow 1942/43 Stalingrad verteidigt hatten, hissten auf der Ruine des Reichstagsgebäudes, wenige hundert Meter von der Reichskanzlei entfernt, die rote Fahne der Sowjetmacht.

Als die Leichen Hitlers und Eva Brauns, seiner Geliebten, die er kurz zuvor geheiratet hatte, im Garten der Reichskanzlei verbrannt wurden, traf die Gruppe Ulbricht in Bruchmühle, dreissig Kilometer östlich Berlins, ein, wo sich der politische Stab des Marschalls Schukow befand.

Am Morgen des 1. Mai 1945 fuhr Walter Ulbricht von Bruchmühle nach Berlin. Der Bezirkssekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands von Gross-Berlin der Jahre 1929 bis 1933, der ehemalige Reichstagsabgeordnete und nunmehrige Beauftragte Stalins und Dimitroffs, erreichte in dem Augenblick die Stadt, die sein Schicksal werden sollte, als der Gauleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei von Gross-Berlin, der Reichstagsabgeordnete Dr. Joseph Goebbels, sich umbrachte.

Das braune totalitäre Regime der Jahre 1933 bis 1945 war tot. Der Mann, der das rote totalitäre Regime in Berlin errichten sollte, traf, wie zur Ablösung, pünktlich auf der Walstatt ein.

Abends teilte Grossadmiral Dönitz über den Rundfunk mit, Adolf Hitler sei gefallen, der Führer habe ihm seine Nachfolge als Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber übertragen.

Walter Ulbricht kehrte zu dieser Zeit aus Berlin nach Bruchmühle zurück. Er sagte kaum etwas über das, was er gesehen hatte. Er bezeichnete seinen Genossen als Aufgabe der Gruppe Ulbricht den Aufbau der deutschen Selbstverwaltungsorgane in Berlin, mit dem am 2. Mai 1945 begonnen werden solle.

Am Morgen dieses 2. Mai 1945 sprengte ein SS-Kommando den Stadtbahntunnel unter dem Landwehrkanal. Das Wasser überflutete den Tunnel bis zum nördlichen Ausgang am Stettiner Bahnhof. Rund tausend verwundete deutsche Soldaten und Zivilpersonen ertranken.

In Berlin-Tempelhof jedoch unterzeichnete der deutsche Stadtkommandant, General Weidling, die ihm vom sowjetischen Armeegeneral Tschuikow, dem

Sieger von Stalingrad, vorgelegte Kapitulationsurkunde. Um 6 Uhr morgens trat die Kapitulation in Kraft, aber bis in die Mittagsstunden kämpften einzelne deutsche Gruppen noch, ehe sie, zum Teil vom deutschen Stadtkommandanten dazu aufgefordert, die Waffen niederlegten.

Bis 21 Uhr hatten sich mehr als 70'000 Wehrmacht- und Volkssturmangehörige den Russen ergeben. In Berlin waren nur Reste von aktiven Verbänden der Wehrmacht im Einsatz gewesen: Kampfgruppen der 18. und 20. Panzergrenadierdivision, der SS-Division «Nordland» (etwa 1'500 Norweger, Schweden, Dänen und Franzosen) und der (französischen) Freiwilligen Sturmbrigade «Charlemagne», Fallschirmjäger, Berliner Ersatzeinheiten der Waffen-SS, Marine, Volkssturm und Hitlerjugend.

Gegen Mitternacht gab das Informationsbüro der Sowjetunion in Moskau einen Tagesbefehl Marschall Stalins bekannt, in dem es hiess:

«Die Truppen der 1. Bjelorussischen Front unter dem Kommando des Marschalls der Sowjetunion Schukow schlossen mit Unterstützung der Truppen der 1. Ukrainischen Front des Marschalls der Sowjetunion Konjew nach hartnäckigen Strassenkämpfen die Zerschlagung der Berliner Kräftegruppe der deutschen Truppen ab und besetzten heute, am 2. Mai, vollständig die Hauptstadt Deutschlands.»

Die Verluste der Roten Armee betrug etwa 10'000 Gefallene.

An diesem 2. Mai 1945 nahm Walter Ulbricht mit seiner Gruppe in den Bezirken Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof und Treptow Verbindung zu Genossen auf, wobei Protokolle angelegt wurden, in denen die politische Haltung der ehemaligen KPD-Mitglieder provisorisch umrissen werden musste. Der von den sowjetischen Offizieren vorgenommene Aufbau der örtlichen deutschen Selbstverwaltungen wurde durch erste Eingriffe Ulbrichts und seiner Leute abgeändert.

Gross-Berlin hatte am Tage der militärischen Kapitulation noch rund 2,5 Millionen Einwohner. Die Stadt hatte im Kriege rund 1,3 Millionen Bürger verloren, die evakuiert, in die Wehrmacht eingezogen und geflüchtet waren oder bei den Bombardierungen und während der Eroberung getötet wurden.

Die Stadtmitte zwischen dem Kurfürstendamm und dem Alexanderplatz war ein rauchendes Trümmerfeld.

Die Stadt, ihre Einwohner, besonders aber die Frauen und Mädchen wurden von den Eroberern als Kriegsbeute angesehen. Es wurde geplündert, vergewaltigt und gemordet wie bei der Einnahme von Städten des Altertums.

Von der Diktatur Hitlers und der Geissel des Krieges wurden die Berliner unter Umständen befreit, die ihnen unfassbar, ja, von einer Befreiung allzu weit ent-

fernt zu sein schienen. Von diesem Schock erholten sie sich nie mehr. Was damals mit der hilflosen Zivilbevölkerung geschah, musste von dieser auf das sowjetische System übertragen werden.

So war Berlin für eine kommunistische Eroberung seiner Menschen in dem Augenblick verloren, als Moskau den höchsten Triumph feierte.

An diesem 2. Mai 1945 bot Grossadmiral Dönitz dem britischen Feldmarschall Bernard Law Montgomery die Kapitulation der deutschen Kräfte vor der britischen Front an.

Die Stadt Berlin hatte mit dem Tode Hitlers ihre Funktion als Regierungssitz verloren.

Volkskomitees, die von der sowjetischen Armee genehmigt wurden, begannen ein System von Block-, Strassen- und Hausvertrauensleuten einzurichten, das ein ähnliches System der Nationalsozialisten ablöste. Diese untersten Organe einer deutschen Selbstverwaltung erhielten auch polizeiliche Funktionen übertragen. Sie hatten Befehle der Roten Armee und Anordnungen der deutschen Verwaltungsstellen durchzuführen.

Die Schlacht um Berlin war zu Ende.

Aber mit dem Eintreffen Walter Ulbrichts hatte ein neuer Kampf um die Reichshauptstadt begonnen.

Zweites Kapitel

ZWEI MONATE FÜR STALIN UND ULBRICHT

Als Berlin kapitulierte, war ungewiss, wann die Westmächte ihre Rechte in der eroberten Reichshauptstadt wahrnehmen würden. Ein Termin für den Einmarsch war noch nicht ausgehandelt. Stalin verfügte nunmehr über eine gewisse Zeitspanne, in der er allein Herr Berlins war. Es lag nahe, dass seine Beauftragten, vom Chef der politischen Verwaltung der Heeresgruppe, Marschall Schukows, General Galadshjew, bis zu Walter Ulbricht, die Zeit nutzen würden, um die Weichen für die künftige Entwicklung zu stellen.

Während der Eroberung hatten sowjetische Kommandanten ziemlich wahllos Deutsche, die sich als Antifaschisten oder alte Kommunisten bezeichneten, in Ämter eingesetzt. Sie lasen hier einen neuen Bezirksbürgermeister von der Strasse auf, dort setzten sie den Schauspieler Walter Franck als stellvertretenden Unterbürgermeister in Schmargendorf ein. In diese provisorische «Ordnung des Chaos» hatte nun die Gruppe Ulbricht einzugreifen.

Noch war der Zweite Weltkrieg nicht beendet. Am 4. Mai 1945 meldete der deutsche Wehrmachtbericht mit zwei Sätzen das Ende der Schlacht um Berlin: «Der Kampf um die Reichshauptstadt ist beendet. In einem einmaligen, heroischen Ringen haben Truppen aller Wehrmachtteile und Volkssturmeinheiten, ihrem Fahneeid getreu, bis zum letzten Atemzug Widerstand geleistet und ein Beispiel besten deutschen Soldatentums gegeben.»

Am gleichen Tage nahm der Berliner Rundfunk in der Charlottenburger Masurenallee seine Sendungen wieder auf. Es wurden Nachrichten aus dem russischen Parteiorgan «Prawda» verbreitet. Bisherige Mitarbeiter des Berliner Rundfunks waren von Mitgliedern der Gruppe Ulbricht übernommen worden. Sie hatten sich bereit erklärt, die Sendungen nunmehr nach den «neuen Erfordernissen» zu gestalten. Inzwischen hatten die Trophäenkommissionen des Sowjetischen Oberkommandos mit dem Abtransport der im Zoobunker und an anderen Stellen der Stadt lagernden Kunstschatze der Berliner Museen in die Sowjetunion begonnen.

Die Einwohnerzahl Berlins hatte sich seit Januar 1945 noch einmal um 300'000 Menschen verringert. Die Lebensmittelversorgung war zusammengebrochen. Am 5. Mai 1945 setzte der sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, Lebensmittelrationen fest, die jedoch erst in der zweiten Maihälfte ausgeliefert wurden. Um die Lebensmittelverteilung rasch zu organisieren, ernannte Bersarin den Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes zum Beauftrag-

ten des Ernährungswesens. Hermes hatte sich als Fachmann sofort zur Verfügung gestellt. Er sollte bald darauf die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Berlin mitbegründen. Mit seinem ersten Mitarbeiter, Dr. Franz Mendelson, dem früheren Direktor der Landwirtschaftskammer Brandenburg, begann er in der ehemaligen Reichsgetreidestelle im Bezirk Wilmersdorf mit der Arbeit als erster für ganz Berlin zuständiger deutscher Verwaltungsfachmann.

Aber auch die Protestanten Berlins traten an diesem 7. Mai 1945 auf den Plan. Im Pfarrhaus der Zehlendorfer Pauluskirche versammelten sich Anhänger der vom nationalsozialistischen Regime verfolgten «Bekennenden Kirche». Sie wählten den Generalsuperintendenten der Kurmark, D. Dr. Otto Dibelius, zu ihrem Vorsitzenden und konstituierten eine provisorische neue Kirchenleitung der Evangelischen Kirche für Berlin und Brandenburg. Berlin-Zehlendorf wurde damit wieder einmal der Schauplatz kirchlicher Entscheidungen. In demselben Bezirk wohnte der «Reichsbischof Müller», der mit seinen «Deutschen Christen» dem NS-Regime gedient hatte. Pastor Niemöllers «Bekennende Kirche» hatte sich ebenfalls im Zehlendorfer Ortsteil Dahlem vor dem Zweiten Weltkriege so widerstandsfähig erwiesen.

Otto Dibelius nahm den Titel «Bischof» an, da die Russen den «Generalsuperintendenten» für einen militärischen Rang hielten.

Zum neuen Konsistorialpräsidenten wurde Dr. Hans von Arnim gewählt. Generaloberst Bersarin empfing wenig später den neuen Bischof von Berlin und Brandenburg und bestätigte ihn als Vorsitzenden der evangelischen Kirchenleitung.

Somit waren von der sowjetischen Besatzungsmacht schon wenige Tage nach der Eroberung Berlins drei Männer anerkannt, die bald führende Rollen im neuen Kampf um Berlin übernehmen sollten: Der evangelische Bischof Dibelius, der christlich-demokratische Reichsminister a. D. Andreas Hermes und der kommunistische Parteifunktionär Walter Ulbricht.

Der Zweite Weltkrieg auf europäischem Boden fand einen Tag später, in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945, in Berlin-Karlshorst sein Ende.

Die Kapitulation aller deutschen Streitkräfte war zuerst im Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte in Reims am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr abgeschlossen worden. Sie sollte ab 9. Mai 1945, 0.01 Uhr in Kraft treten. Die Sowjetunion verlangte jedoch, obwohl ein sowjetischer Bevollmächtigter, General Susloparow, der Unterzeichnung beigewohnt hatte, dass eine formal präziser gefasste zweite Kapitulationsurkunde unterzeichnet wurde. Zu diesem Akt der militärischen Kapitulation wurden Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpff nach Berlin geflogen.

In Anwesenheit von Marschall Schukow, Luftmarschall Tedder, Generalleutnant Spaatz und General de Lattre de Tassigny unterzeichneten sie in der ehemaligen Pionierschule in Berlin-Karlshorst die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (9. Mai 1945, 0.16 Uhr).

Diese militärische Kapitulationserklärung erhielt unter Punkt 4 den Hinweis, dass sie «kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen» darstelle, «die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden».

Zu diesen «allgemeinen Kapitulationsbestimmungen» ist es jedoch nicht gekommen. Weder als «Vereinte Nationen» noch «in deren Namen» sprachen vier Wochen später die vier verbündeten Siegermächte, als sie die «Deklaration über die Niederlage Deutschlands» erliessen.

Anlässlich der in Reims unterzeichneten Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht hatte sich Reichsminister Lutz Graf von Schwerin aus Mürwik bei Flensburg über den letzten Rundfunksender, der noch in deutschen Händen war, am 7. Mai 1945 an das deutsche Volk gewandt. Graf von Schwerin war mit anderen Mitgliedern der bisherigen Reichsregierung vor der Einschliessung Berlins nach Norden gegangen. Grossadmiral Dönitz ernannte ihn nach Hitlers Selbstmord zum «Leitenden Minister». In dieser Rundfunkansprache sagte er unter anderem:

«Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiss des Grossadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. Als leitender Minister der Reichsregierung, die der Grossadmiral zur Abwicklung der Kriegsaufgaben bestellt hat, wende ich mich in diesem tragischen Augenblick unserer Geschichte an das deutsche Volk. Nach einem fast sechsjährigen heldenmütigen Kampf von unvergleichlicher Härte ist die Kraft Deutschlands der überwältigenden Macht unserer Gegner erlegen. Die Fortsetzung des Krieges hätte nur sinnloses Blutvergiessen und unnütze Zerstörung bedeutet. Eine Regierung, die Verantwortungsgefühl vor der Zukunft unseres Volkes besitzt, musste aus dem Zusammenbruch aller physischen und materiellen Kräfte die Folgerung ziehen und den Gegner um Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen.»

Weiter hiess es dann: «Niemand darf sich über die Schwere der Bedingungen hinwegtäuschen, die unsere Gegner dem deutschen Volk auferlegen werden. Es gilt, ihnen ohne jede Phrase klar und nüchtern entgegenzusehen. Niemand kann im Zweifel darüber sein, dass die kommende Zeit für jeden von uns hart sein und auf allen Lebensgebieten Opfer von uns fordern wird. Wir müssen sie auf uns nehmen und loyal zu den Verpflichtungen stehen, die wir übernommen haben. Wir dürfen aber auch nicht verzweifeln und uns einer stummen Resignation ergeben.»

Ferner hiess es:

«Wir müssen das Recht zur Grundlage unseres Volkslebens machen. In unserem Volk soll Gerechtigkeit das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur sein. Wir müssen das Recht auch als Grundlage der Beziehungen zwischen den Völkern aus innerer Überzeugung anerkennen und achten. Die Achtung vor geschlossenen Verträgen soll uns ebenso heilig sein wie das Gefühl der Zusammengehörigkeit unseres Volkes zur europäischen Völkerfamilie, als deren Glied wir alle menschlichen, moralischen und materiellen Kräfte aufbieten wollen, um die furchtbaren Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat. Dann können wir hoffen, dass die Atmosphäre des Hasses, die heute Deutschland in der Welt umgibt, einem Geist der Versöhnung in den Völkern weicht, ohne den eine Gesundung der Welt gar nicht möglich ist, und dass uns die Freiheit wieder winkt, ohne die kein Volk ein erträgliches und würdiges Dasein führen kann.»

Diese Rede, der letzte Wehrmachtsbericht vom 9. Mai 1945 sowie eine kurze Ansprache des Grossadmirals Dönitz über den Rundfunksender Flensburg waren die letzten Verlautbarungen der Regierung Dönitz.

Der Wehrmachtbericht schloss mit den Worten: «Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feind gebliebenen Kameraden. Die Toten verpflichtet zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.» Damit erlosch das, was von einer Regierungsgewalt in Deutschland noch übriggeblieben war. Mit dem Selbstmord Adolf Hitlers und der militärischen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht endeten das Hitlerregime, Grossdeutschland, das «Dritte Reich».

Die deutsche Reichshauptstadt Berlin war Schauplatz der letzten Schlacht gewesen. Sie hatte den Tod des Diktators gesehen. Hier war die militärische Kapitulation zum zweitenmal vollzogen worden.

Als Regierungszentrale war Berlin mit Hitlers Tod am 30. April erledigt.

Es lag nahe, dass jene Männer und Frauen, die Widerstand gegen das Hitlerregime geleistet hatten, sich nunmehr vor allem in Berlin zusammenfanden, um zu versuchen, demokratische deutsche Einrichtungen zu schaffen, durch die sie zuerst Befehlsempfänger, später vielleicht Partner der Besatzungsmächte wurden.

Ihr Ziel aber musste die Herausbildung einer neuen demokratischen Regierung sein, die unter den Besatzungsmächten amtierte, um so mehr, als sie in jenen Tagen erfuhren, dass in Wien im wiederaufgerichteten Staate Österreich derartiges rasch geschah.

Berlin hatte jedoch nach dem Willen des sowjetischen Stadtkommandanten schnell eine deutsche Selbstverwaltungsspitze zu finden.

Generaloberst Bersarin beauftragte zuerst Gustav Gundelach mit der Neubildung des Magistrats von Gross-Berlin. Gundelach gehörte zur Gruppe Ulbricht. Er war mit achtundfünfzig Jahren ihr ältestes Mitglied. Dieser kommunistische Funktionär erwies sich als unfähig. Er wurde im April 1946 nach Hamburg geschickt, wo er bald darauf Abgeordneter der KPD in der Bürgerschaft wurde. Als KPD-Abgeordneter gehörte er später zum ersten Deutschen Bundestag.

Die Neubildung eines Magistrats duldete jedoch keinen Aufschub. Sie war vor allem notwendig, um die Rationierung und Verteilung der Lebensmittel durchzuführen, denn am 15. Mai 1945 sollten die neuen Lebensmittelkarten verteilt werden. In Berlin waren Antifaschistische Komitees, Anti-Nazi-Gruppen, Sozialistische Büros, Nationalkomitees entstanden. In ihnen sammelten sich alte Berliner Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch Bürgerliche.

Diese Gruppierungen boten sich für die Selbstverwaltung an. Die Sowjets legten Wert darauf, alle antifaschistischen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Gruppe Ulbricht fiel jedoch die Aufgabe zu, die neuen Selbstverwaltungsorgane mit Männern ihrer Wahl zu durchsetzen. Dabei wurde vom politischen Beauftragten der Heeresgruppe des Marschalls Schukow, General Galadshijew, besonders auf die zwölf Berliner Bezirke Wert gelegt, die in absehbarer Zeit unter die Verwaltung der Westmächte geraten mussten. Walter Ulbricht und seine Leute hatten inzwischen in jedem Bezirk «Aktivs» aus ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der KPD zusammengestellt, auf die sie sich nun stützen konnten.

Kommunisten als Bürgermeister sollten höchstens in Wedding und in Friedrichshain auftreten. In den Arbeiterbezirken sollten nach Weisung der Sowjets möglichst Sozialdemokraten Bürgermeister werden. Bürgerliche Antifaschisten aber hatten in den «bürgerlichen Vierteln» wie Zehlendorf, Wilmersdorf und Charlottenburg das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen.

Praktisch gab es in den ersten Maitagen des Jahres 1945 in Berlin nur drei miteinander rivalisierende «Mächte»: Einmal die sowjetische Kriegslegalität, vertreten durch die sowjetischen Kommandanten und ihre Mitarbeiter in den Bezirken und Ortsteilen; über diesen regierte Generaloberst Bersarin, der Stadtkommandant; zweitens die Politische Hauptverwaltung der Heeresgruppe des Marschalls Schukow mit General Galadshijew, der die Gruppe Ulbricht unterstand, und drittens die sowjetischen Truppen, deren Disziplin nach dem Sieg abhanden gekommen war.

Letztere beherrschten in Wirklichkeit die Ruinenstadt. Immer schrecklicher wurden die Vergewaltigungen, die ein unbeschreibbares Ausmass annahmen.

Im Bezirk Kreuzberg hatte der sowjetische Kommandant ein Bezirksamt ernannt, das ausschliesslich aus Russen bestand. Es waren russische Emigranten, die nun in Berlin von der Roten Armee eingesetzt wurden. Sie kannten die Berliner Verhältnisse gut, denn sie kamen nach dem Ersten Weltkrieg auf der Flucht vor dieser Roten Armee in die deutsche Reichshauptstadt. Einer dieser Russen war zum Gesundheitsdezernenten ernannt worden. Er schlug dem Kommandanten vor, den Vergewaltigungen zu begegnen, indem entsprechende Häuser eingerichtet würden. Der sowjetische Kommandant lehnte jedoch diesen Vorschlag ab. Er fasste ihn als Provokation der Armee auf.

Auch manche alte Berliner Kommunisten warfen das Problem der Vergewaltigungen in Besprechungen auf. Walter Ulbricht ging jedoch nicht auf ihre Fragen ein.

Am 11. Mai 1945 traf Anastas Mikojan, der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, in Berlin ein, um eine Besprechung über die Ernährungslage der Berliner Bevölkerung zu leiten. Vortrag hielt der mit dem Wiederaufbau des Ernährungswesens beauftragte Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes. Es wurden nach sowjetischem Muster fünf Ernährungsgruppen festgelegt: I) für Schwerarbeiter, Wissenschaftler und Künstler, II) für Arbeiter, III) für Angestellte, IV) für Kinder bis zu 15 Jahren, V) für die «nichtarbeitende Bevölkerung» wie Hausfrauen, Rentner und so weiter. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten sollte durch die zuständigen Vertrauensleute erfolgen.

Es kam nun in den folgenden Tagen zu einigen Besprechungen zwischen Generaloberst Bersarin und Anwärtern auf Posten in dem neuen Magistrat. Walter Ulbricht redigierte die Liste der künftigen Magistratsmitglieder.

Zum Oberbürgermeister machte er im Einvernehmen mit den Sowjets den ehemaligen Regierungsbaumeister Architekt Dr. Arthur Werner, der ein Mann ausgesprochen bürgerlichen Zuschnitts war, den er nie verleugnete. Erster Stellvertreter Dr. Werners wurde Karl Maron von der Gruppe Ulbricht. Maron war damals vierundvierzig Jahre alt. Im Organ des «Nationalkomitees Freies Deutschland» in der Sowjetunion hatte er die militärischen Kommentare geschrieben – er kam aus der kommunistischen Sportbewegung. Maron verfügte über organisatorische Fähigkeiten. Als «Innenminister der DDR» sollte er sechzehn Jahre später die Verordnungen unterschreiben, die zum Bau der Berliner Mauer führten. Von Beruf war er Schlosser. Karl Maron wurde in Berlin geboren.

Dr. Andreas Hermes (früher Zentrumsabgeordneter) wurde zweiter stellvertretender Oberbürgermeister. Sein nächster Mitarbeiter im Ernährungsamt war nun Theodor Steltzer.

Zwei Schlüsselpositionen erhielten Mitglieder der Gruppe Ulbricht. Die Perso-

nalabteilung übernahm Arthur Pieck, der Sohn Wilhelm Piecks. Stadtrat für Volksbildung wurde Otto Winzer, der als eiskalter Funktionär zu den «Apparatschiks» stalinistischer Prägung gehörte. Winzer wurde später stellvertretender Aussenminister der «DDR».

Das Gesundheitswesen leitete Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch, der Direktor der Charité. Sein Stellvertreter wurde Professor Dr. Erwin Gohrbandt. Als Stadtrat für das Bau- und Wohnungswesen war der Architekt Professor Hans Scharoun gewonnen worden, der später Präsident der Westberliner Akademie der Künste wurde. Die Abteilung «Arbeitseinsatz» leitete der Kommunist Hans Jendretzky. Er war wie der Stadtrat für Sozialfürsorge, Ottomar Geschke, ein KPD-Funktionär, der aus dem nationalsozialistischen Konzentrationslager befreit worden war. Zum Beirat für kirchliche Angelegenheiten war Pfarrer Buchholz vorgesehen, als Stellvertreter der Pfarrer Heinrich Grüber. Für Post- und Fernmeldewesen wurde Ernst Kehler zuständig, der auf einer sowjetischen Antifa-Schule gewesen war. Zum Leiter der Kommunalbetriebe machte Ulbricht den Ingenieur Jirack, der dem kommunistischen Jugendverband angehört hatte. Als Sozialdemokrat wurde Joseph Orlopp in den Magistrat aufgenommen. Er erhielt die Abteilung für Handel und Handwerk. Das Finanz- und Steuerwesen sollte der Kommunist Edmund Noortwyck leiten. Die Abteilung für Wirtschaft bekam ein Bürgerlicher, Dr. Hermann Landwehr.

Als dieser Magistrat der Stadt Berlin im Neuen Stadthaus in der Parochialstrasse im Bezirk Mitte am 19. Mai 1945 durch den Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin ernannt und in die Stadtverwaltung eingeführt wurde, hielt der neue Oberbürgermeister Dr. Werner eine Ansprache, in der es unter anderem hiess:

«Es gibt heute kaum einen Zweig des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der nicht ganz neu aufgebaut werden muss. Hitler hat Berlin zu einer Stadt der Zerstörung gemacht. Wir werden Berlin zu einer Stadt des Fortschritts machen. Wir danken den antifaschistischen Kameraden, die sich schon während der Naziherrschaft für unsere Ideen eingesetzt und für sie gekämpft haben. Ein Geist ehrlicher Liebe und Eintracht wird und muss wieder durch das Deutsche Reich wehen. Unsere antifaschistische Einheit hat uns zu den ersten sichtbaren Erfolgen geführt, sie ist das Unterpfand des neugeborenen deutschen Volkes.»

An diesem Tage hatten dreissig Filmtheater wieder mit der Vorführung von Filmen begonnen. Es wurden sowjetische und amerikanische Filme und Wochenschauen in Originalfassung gezeigt. Eine Brauerei stellte schon wieder Bier her, und die Verkehrs Verbindungen wurden in fieberhafter Eile in Ordnung gebracht. Die Oberleitungen der Strassenbahnen waren zu 95 Prozent zerstört. Die U-Bahn-Tunneldecke wies 437 Einschläge auf. Die Hochbahnbrü-

cken waren bis zu 90 Meter Länge eingestürzt und vernichtet. Die Sparkasse der Stadt Berlin öffnete wieder für den Publikumsverkehr.

Auch das kulturelle Leben setzte schnell ein. Am 18. Mai 1945, zehn Tage nach der Kapitulation, fand im Sendesaal I des Funkhauses in der Masurenallee ein erstes öffentliches Konzert des Orchesters des Deutschen Opernhauses unter Leitung von Leopold Ludwig statt. Aufgeführt wurden Werke von Mozart, Beethoven und Tschaikowski. Es sangen Irma Beilke, Karl Schmitt-Walter und Günther Treptow.

Am folgenden Tage, dem 19. Mai 1945, hatte Generaloberst Bersarin nach Berlin-Friedrichsfelde bekannte Schauspieler und Theaterleiter eingeladen. Unter ihnen befanden sich Gustaf Gründgens, Ernst Legal, Paul Wegener, Viktor de Kowa und Willi Schaeffers.

Die Schauspieler und Regisseure wünschten die baldige Wiedereröffnung der durch Goebbels' Erklärung des «Totalen Krieges» stillgelegten Bühnen. Sie betonten die Notwendigkeit, ehemalige Nationalsozialisten von den Bühnen fernzuhalten.

Ihnen kam es darauf an, keine Zeit verstreichen zu lassen, sie wollten das Berliner Theater wiedererwecken wie einst in den zwanziger Jahren. In diesem Bemühen trafen sie sich mit den zum Teil hochgebildeten sowjetischen Kulturoffizieren, die Wert darauf legten, dass in der von der Sowjetunion eroberten deutschen Hauptstadt die Kultur eine wichtige Rolle spielte.

Gleichzeitig waren die Sowjets bemüht, alle greifbaren Potenzen des alten Berliner Kulturlebens zu aktivieren, um auch auf diesem Gebiet vor dem Eintreffen der westlichen Verbündeten in Berlin vollendete Tatsachen zu schaffen.

Als erste Bühne begann das Volksvariete «Roter Stern» unter der Leitung von Schemjakin und Nasaroff am 19. Mai 1945 mit Darbietungen im Bürgersaal des Schöneberger Rathauses. Der letzte Generalsekretär der «Freien Volksbühne» vor 1933, Dr. Siegfried Nestriepke, verfasste eine Denkschrift über die Neuordnung des Berliner Theaterwesens, in der er eine Besucherorganisation nach dem Muster der alten Volksbühne vorschlug.

Auch die Mitglieder der Berliner Philharmonie sammelten sich wieder. Leo Borchard übernahm die Leitung der Philharmoniker. Er war während des nationalsozialistischen Regimes geächtet worden. Am 26. Mai 1945 gaben die Philharmoniker ihr erstes Konzert im Titaniapalast, einem Kino in der Schlossstrasse von Berlin-Steglitz.

Die erste Theateraufführung nach dem Kriege fand jedoch am 28. Mai 1945 im Renaissance-Theater in der Hardenbergstrasse statt. Direktor des Hauses war Ernst Legal geworden. Aufgeführt wurde der Schwank «Raub der Sabinerin-

nen». Unter den Schauspielern sah man Ilse Fürstenberg, Walter Gross und Hans Hermann Schauffuss.

Inzwischen wurden Berliner für die in schnellem Tempo sich vollziehenden Demontagen zugunsten der sowjetischen Besatzungsmacht herangezogen. Auch die Frauen sollten «erfasst» werden, um arbeiten zu können. Im Bezirk Lichtenberg erhielten nur solche Berliner Lebensmittelkarten, die nachweisen konnten, dass sie bis zum 25. Mai 1945 mindestens 150 Stunden gearbeitet hatten.

Bürgermeister Karl Maron erklärte, dass die gestaffelte Lebensmittelzuteilung durch die sowjetischen Militärbehörden den Zweck verfolge, zur Arbeit anzureizen. Hausfrauen und Hausangestellte, die auf die Karte 5, die «Hungerkarte», gesetzt waren, sollten, so meinte der Bürgermeister, ihre Kochtöpfe verlassen und am Aufbau mithelfen.

Da sich die Berliner Arbeiter gegen die Demontagen öffentlich auszusprechen begannen, hielt ihnen Karl Maron vor, sie «bereiteten den dritten Weltkrieg vor».

Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch erliess eine Verordnung, nach der die Bevölkerung für die einwandfreie Beseitigung menschlicher Leichen und Tierkadaver verantwortlich sei.

Aus dem Handel mussten «alle faschistischen Elemente» entfernt werden, da, wie es in einer Bekanntmachung des Stadtrates für Handel und Handwerk, Joseph Orlopp, hiess, «täglich Millionen Menschen durch die Geschäfte gingen und die dadurch entstehenden engen Beziehungen zwischen Kunden und Geschäftsinhabern von diesen zur Verbreitung von Unzufriedenheit und nationalsozialistischer Propaganda benutzt werden könnten».

Die Ernährungslage in Berlin wurde von Dr. Andreas Hermes während der letzten Maiwoche in vielen Besprechungen mit der Besatzungsmacht erörtert. Hermes wies unter anderem darauf hin, dass der Anbau auf den Gütern in und um Berlin trostlos sei. Es fehlte an Gespannen, Geräten und Arbeitskräften. Die Bezirke sollten Patenschaften über die umliegenden Dörfer Brandenburgs übernehmen. Für Herbst und Winter sah Hermes grosse Ernährungsschwierigkeiten voraus. Manche Lebensmittelbetriebe waren völlig demontiert worden.

Obwohl der Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, ihm den Schutz von Molkereien vor russischen Demontagetrupps zugesagt habe, seien unentbehrliche Geräte ab transportiert worden. Dadurch sei der Beginn der Milchversorgung gefährdet. Die Milch könne nicht keimfrei gemacht werden.

Am 15. Mai 1945 war als erste deutschsprachige Tageszeitung die «Tägliche Rundschau» erschienen, ein Blatt der sowjetischen Armee für die deutsche Bevölkerung. Sie wurde auf den Rotationsmaschinen des nationalsozialistischen

Zentralorgans «Völkischer Beobachter» gedruckt. Der Chefredakteur, Oberst Sokolow, lud am 27. Mai 1945 rund 200 Journalisten und Schriftsteller aus denjenigen westlichen Bezirken, die für die Westmächte vorgesehen waren, zu einer Aussprache ein. Er erklärte, sein Blatt habe sich zur Aufgabe gestellt, das von der nationalsozialistischen Propaganda irreführende deutsche Volk über das wahre Wesen des sowjetischen Volkes und seiner Armee aufzuklären. Im Gegensatz zu General Eisenhowers Erklärung beim Einmarsch in Deutschland («Wir kommen nicht als Befreier, sondern als Eroberer») betonte Sokolow, die sowjetischen Soldaten seien nicht als Vernichter, sondern als Befreier nach Deutschland gekommen.

Die Zeitung hatte Berliner Journalisten in ihren Redaktionsstab aufgenommen. Das Ressort Theaterkritik leitete der Student Wolfgang Harich, der von einem Mitglied der Gruppe Ulbricht auf Anweisung Walter Ulbrichts für die Mitarbeit beim Wiederaufbau gewonnen wurde., Harich war Mitglied einer illegalen Berliner Studentengruppe gewesen, die fahnenflüchtige Wehrmachtangehörige mit Dokumenten versorgt hatte. Er sollte bald eine wichtige Rolle im Kulturleben der Stadt spielen, bis er später von Walter Ulbricht fallengelassen und zu zehn Jahren Gefängnis wegen Konspiration gegen das spätere Ulbrichtregime verurteilt wurde.

Am 19. Mai 1945 hatte Berlin auch wieder einen Polizeipräsidenten erhalten: den ehemaligen Wehrmachtsoffizier und Ritterkreuzträger Paul Markgraf. Am 26. Mai 1945 gab Markgraf die Neuaufstellung der Berliner Polizei bekannt. Er versicherte, dass die Polizei alles tun werde, um den polizeilichen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Sie werde im «Sinne einer wahren Volkspolizei» arbeiten. Haussuchungen dürften nun nur noch von dieser neuen Berliner Polizei durchgeführt werden.

Sitz des Polizeipräsidenten wurde der Bezirk Mitte, was sich später als entscheidend für die innenpolitische Lage der Stadt herausstellen sollte.

«Moskauer Zeit» wurde eingeführt, gleichzeitig ordnete Generaloberst Bersarin an, dass Fahnen der Sowjetunion, Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs in der Grösse von 80 mal 180 cm für jedes öffentliche Gebäude, jeden Betrieb und jedes Haus in Berlin anzufertigen seien. Bis zum 2. Juni 1945, 22 Uhr, sollte die Ausführung des Befehls dem Stadtkommandanten gemeldet werden.

Dies war der erste Hinweis für die Berliner, dass westliche Besatzungstruppen einmarschieren würden. Oberbürgermeister Dr. Werner erliess eine Bekanntmachung, in der vor Anschlägen auf Angehörige der sowjetischen Besatzungstruppen und Funktionäre der Stadtverwaltung gewarnt wurde. Jedes Attentat und jede Sabotage würden den Tod von fünfzig inhaftierten ehemaligen Nationalsozialisten nach sich ziehen. Ein sowjetisches Militärtribunal hatte am 31.



In der ehemaligen Pionierschule Berlin-Karlshorst unterzeichnen Feldmarschall Keitel, Generaloberst Stumpf und Generaladmiral von Friedeburg am 9. Mai 1945 um 0.16 Uhr die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht



In diesem Splitterschutzgraben im Garten der Reichskanzlei wurden am 30. April 1945 die Leichen Adolf Hitlers und Eva Brauns verbrannt

Mai 1945 zwei Berliner wegen Waffenbesitzes zum Tode verurteilt. Die Urteile waren sofort durch Erschiessen vollstreckt worden.

Einen Tag später wurde das Kabarett der Komiker am Lehniner Platz wiedereröffnet. Heino Gaze hatte ein Orchester zusammengestellt. Ingeborg von Kusserow, Eva Busch, Brigitte Mira, Peter Kreuder und Georg Thomalla traten auf. Ein Kleinkunstprogramm bot am gleichen Abend das Theater «Tribüne» am Knie, das als letztes Theater Berlins bis zur Schlacht um die Stadt geöffnet gewesen war und Lesungen aus Goethes «Hermann und Dorothea» mit Horst Caspar veranstaltet hatte. Nun wirkten Ilse Werner, Michi Tanaka, Viktor de Kowa, Karl Schönböck und Günther Lüders mit. Die meisten bekannten und prominenten Schauspieler und Schauspielerinnen Berlins waren von der Schlacht um Berlin bei Dreharbeiten für die Ufa überrascht worden. So standen sie nun in der Reichshauptstadt sofort zur Verfügung. Ihr Wille, die Depression unter den Berlinern durch kulturelle Leistungen zu bekämpfen, verwirklichte sich schnell. An diesem Tag verfügte, zum Beispiel, die Stadt über keinen einzigen Krankenwagen. Zum Krankentransport mussten mit Fahrradrädern versehene Luftschutztragen herhalten.

Am 3. Juni 1945 wurde ein Hauptausschuss «Opfer des Faschismus» gegründet. Zu dem Festakt im Grossen Sendesaal des Funkhauses kam Generaloberst Bersarin. Unter den Rednern der von klassischer Musik umrahmten Veranstaltung war Dr. Andreas Hermes, der vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und im April 1945 in Berlin befreit worden war. Er forderte Sühne und Gerechtigkeit als Grundlage des künftigen Aufbaus in Berlin.

Generaloberst Bersarin fuhr anschliessend zu einem Volkssportfest in Schöneberg.

Am 5. Juni 1945 empfing auf dem Flugplatz Tempelhof der stellvertretende Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Armeegeneral Wassili Sokolowski, die Oberbefehlshaber der westalliierten Besatzungstreitkräfte: Armeegeneral Dwight D. Eisenhower, Feldmarschall Bernard L. Montgomery und Armeegeneral Jean de Lattre de Tassigny. Die Oberbefehlshaber waren nach Berlin gekommen, um eine Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der höchsten Regierungsgewalt durch die Alliierten zu unterzeichnen.

Die Schattenregierung des Grossadmirals Dönitz war am 23. Mai 1945 auf sowjetisches Drängen gefangengesetzt worden. Am 1. Juni 1945 hatte Präsident Truman den britischen Premierminister Winston Churchill verständigt, dass Marschall Stalin einer am 15. Juli 1945 in Berlin abzuhaltenden Dreierkonferenz zugestimmt habe.

Churchill befand sich im Wahlkampf. Er war wegen des späten Termins überrascht und kabelte an Truman zurück: «Warum nicht der 1., 2. oder 3. Juli?» Es ging ihm darum, die Dreierkonferenz vor den britischen Unterhauswahlen am 5. Juli 1945 zu beginnen. Truman erwiderte, Stalin habe nicht den Wunsch, das Datum vorzuverlegen, und er, Truman, könne nicht vor dem 15. Juli 1945 in Berlin sein.

Churchills Hauptgrund, die Dreierkonferenz so bald wie möglich stattfinden zu lassen, war aber die Furcht des britischen Premierministers, Truman könne sich unversehens entschliessen, die amerikanische Armee aus der von ihr erkämpften Linie vorzeitig auf die im Besatzungsabkommen vorgeschriebene Demarkationslinie zurückzunehmen. Er wollte, dass die politischen Probleme zu einem Zeitpunkt besprochen und geregelt würden, da die britischen und amerikanischen Armeen noch machtvoll in Deutschland standen, ehe sie demobilisiert oder nach Ostasien abtransportiert wurden. Churchill wollte die «Generalbereinigung» jetzt. Er fürchtete, Deutschlands Kern und Herz (einen gewaltigen eroberten Raum von über sechshundert Kilometer Länge und stellenweise bis zu zweihundert Kilometer Tiefe) ohne Gegenleistung aufzugeben. Zu diesem Zeitpunkt zählte die amerikanische Armee in Deutschland drei Millionen Mann, die britische eine Million.

In einem Telegramm Churchills vom 4. Juni 1945 an Präsident Truman hiess es:

«Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit grösstem Unbehagen entgegen, ist doch damit der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden. Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muss, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten.»

Hier war nun das Wort vom «Eisernen Vorhang» gefallen. Genügend Grund für solche Befürchtungen gaben Churchill die Ereignisse in Wien. Dort hatte der sowjetische Marschall Tolbuchin den britischen und amerikanischen Missionen befohlen, am 10. oder 11. Juni 1945 abzureisen ...

General Eisenhower, der am 5. Juni 1945 in Berlin landete, war Churchills Gegenspieler gewesen, als der Vormarsch auf Berlin im April 1945 eingestellt wurde. Nun fuhr er durch die in Trümmern liegende, von der Roten Armee eroberte Stadt, in der die Sowjets die Herren waren. Im Bezirk Köpenick, im Wendenschloss, wurden sowohl die Deklaration über die Niederlage Deutschlands als auch die früher getroffenen Vereinbarungen unterzeichnet. Es handelte sich hierbei um ein Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland,

ein Abkommen über das Kontrollverfahren in Deutschland und eine Vereinbarung über eine Reihe anderer Deutschland aufzuerlegenden Forderungen. Es wurde die Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen bestätigt und die Errichtung eines aus den vier Oberbefehlshabern der alliierten Besatzungsarmeen gebildeten Kontrollrats als oberstes Regierungsorgan in Deutschland festgelegt.

Churchills Forderungen blieben unberücksichtigt.

Die Berliner erfuhren das für sie Wichtigste am Tage darauf:

«Das Gebiet von Gross-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung dieses Gebietes wird eine interalliierte Behörde (russisch: Kommandantura) errichtet, die aus vier von den entsprechenden Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten besteht.» Die Behörde wurde dem Kontrollrat unterstellt.

Diese Abkommen und Vereinbarungen sowie die Deklaration über die Niederlage Deutschlands gingen auf die Londoner Vereinbarungen vom 12. September 1944 und die Zusatzvereinbarungen vom 14. November 1944 und 1./2.Mai 1945 zurück.

Danach wurde Deutschland innerhalb seiner Grenzen vom 31. Dezember 1937 in vier Zonen eingeteilt, von denen jede einer der vier Besatzungsmächte zugeeignet war, und zwar eine Östliche Zone der Sowjetunion, eine nordwestliche Zone Grossbritannien, eine südwestliche Zone den Vereinigten Staaten von Amerika, eine westliche Zone Frankreich.

In den Londoner Vereinbarungen über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 14. November 1944 lautete die besondere Bestimmung für Gross-Berlin:

«7. Die Verwaltung des Gebiets von Gross-Berlin wird von einer interalliierten Behörde geleitet, die unter Leitung des Kontrollrats arbeitet und aus vier Kommandanten besteht, deren jeder abwechselnd als Hauptkommandant fungiert. Sie werden von einem Stab von Sachbearbeitern unterstützt, der die Tätigkeit der örtlichen Behörden überwacht und kontrolliert.»

Nach der Unterzeichnung der Deklaration und der verschiedenen Abkommen, in Ausführung der Londoner Vereinbarungen und auf Grund eines besonderen Schriftwechsels zwischen Präsident Truman und Marschall Stalin hatten nunmehr die amerikanischen und britischen Streitkräfte Thüringen, Westsachsen, Sachsen-Anhalt westlich der Elbe und Mulde sowie den westlichen Teil von Mecklenburg zu räumen. Sie gaben damit ein Gebiet von etwa 35'000 Quadratkilometern mit rund 8 Millionen Einwohnern auf. Dafür hatte sich die Sowjetunion mit ihren Streitkräften aus 12 der 20 Berliner Bezirke zurückzuziehen.

Die Sowjetunion gab ein Gebiet von nur 487 Quadratkilometern mit ungefähr 1,5 Millionen Einwohnern auf. In diesem Gebiet jedoch durfte die Sowjetunion über die Interalliierte Kommandantur mitregieren.

Churchill kommentiert das Ergebnis dieses «Bevölkerungsaustausches» in seinen Memoiren mit den lapidaren Sätzen des enttäuschten Staatsmannes:

«Am 1. Juli begannen die amerikanischen und britischen Armeen den Rückzug auf die ihnen zugeteilten Zonen. Massen von Flüchtlingen folgten ihnen auf dem Fuss. Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war ein für die Menschheit verhängnisvoller Tag.»

Die Berliner jedoch atmeten auf, als sie erfahren hatten, dass ihr Schicksal künftig von allen vier Siegermächten bestimmt würde. Sie konnten nicht ahnen, was ihnen trotzdem bevorstand. Aber mit neuem Mut gingen sie nun an die unvorstellbare Aufbauarbeit.

Inzwischen war aus Moskau eine zweite Gruppe kommunistischer Funktionäre in Berlin eingetroffen. Vor dem Haus in der Prinzenallee 80, in dem die Gruppe Ulbricht Quartier bezogen hatte, stiegen aus den grossen Personenwagen: Wilhelm Pieck, Fred Oelssner, Paul Wandel, Johannes R. Becher, Edwin Hörnle, Martha Arendsee und einige andere, die nicht zum inneren Führungskreis der Kommunisten gehörten, wie der ehemalige Major im Generalstab Bernhard Bechler, der in der Sowjetunion umgeschult worden war. Diese Spitzenfunktionäre sollten nicht beim Aufbau der Berliner Verwaltung verwendet werden. Ihnen standen grössere Aufgaben zu. Sie waren vorgesehen, in einer zukünftigen deutschen Regierung eine Rolle zu spielen.

Vorerst musste jedoch die Kommunistische Partei Deutschlands wiedergegründet werden. Zu Vorbesprechungen trafen auch Mitglieder der «Gruppe Ackermann» aus Dresden ein.

Es war in Berlin von alten Kommunisten und Sozialdemokraten erwartet worden, dass die einheitliche Partei der Arbeiterklasse geschaffen würde, über die man in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern soviel geredet hatte. Auch die Berner Konferenz der illegalen KPD hatte Anfang 1939 beschlossen, eine «einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen», wenn es an der Zeit wäre.

Wolfgang Leonhard, dem österreichischen Publizisten und Schriftsteller, damals Mitglied der Gruppe Ulbricht, verdanken wir nicht nur viele Auskünfte über die Tätigkeit Ulbrichts in den Berliner Maitagen; in seinem Buch «Die Revolution entlässt ihre Kinder» führt er an, dass er selbst zusammen mit Ulbricht vor der Abreise nach Berlin Direktiven erhalten hätte, wonach eine «politische Betätigung des deutschen Volkes zunächst nur im Rahmen einer grossen, allgemein antifaschistischen Bewegung, dem ‚Block der kämpferischen Demokratie‘, zu entfalten» sei.

Nun sollte die KPD neu gegründet werden. Es ist möglich, dass Stalin sich entschloss, politische Parteien in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone so rasch zuzulassen, um den Demokratisierungsbestrebungen der Westmächte zuvorzukommen. Er hatte wohl früh genug erkannt, dass sich ihm durch die Eroberung Berlins die grosse Chance bot, die Deutschen nach seinem Willen zu organisieren, um sie später gegen die Westmächte auszuspielen, die ja Berlin mitbesetzen würden.

Hierfür hatte die Gruppe Ulbricht Vorarbeit geleistet. Darüber informierte ein Brief Walter Ulbrichts an Dimitroff vom 9. Mai 1945, das einzige in der Zone jemals veröffentlichte Dokument über die Tätigkeit der Gruppe. In Ulbrichts gesammelten Reden und Aufsätzen «Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung» (Berlin, 1953) ist dieser Brief enthalten.

Aus einem Brief an Genossen Dimitroff:

«9. Mai 1945

Wir haben unsere Arbeit in erster Linie auf die Auswahl von Antifaschisten für die Kreisverwaltungen und für die Stadtverwaltung konzentriert. In vielen Kreisen waren die aus der Illegalität hervorgetretenen Kommunisten anfangs von den sich organisierenden Kreisverwaltungen isoliert. Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben *diese Büros geschlossen* und den Genossen klargemacht, dass jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Stadtverwaltungen konzentriert werden müssen. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen ebenfalls zur Arbeit in die Stadtverwaltungen übergeführt und die Ausschüsse selbst liquidiert werden. Im Zusammenhang mit der Bildung der Verwaltungsorgane gelingt es, einen breiten Zusammenschluss der antifaschistischdemokratischen Kräfte herbeizuführen... In einer Reihe von Kreisen ist noch die Abgeschlossenheit der Illegalität spürbar. Die Kommunisten haben dort noch wenig Verbindung zu den Menschen der anderen Schichten und politischen Richtungen. Da es weder Zeitungen noch politische Schulung gibt, ist eine genügende Orientierung der Genossen für längere Zeit erforderlich. Wir denken, ungefähr zwei Wochen nach der Organisation der Stadtverwaltung mit der Herausgabe einer antifaschistisch-demokratischen Zeitung zu beginnen. Eine Reihe leitender Genossen ist aus den Gefängnissen gekommen.»

Mit Wilhelm Piecks Eintreffen war die Tätigkeit der Gruppe Ulbricht beendet. Es bleibt erstaunlich, wie sie sich in den chaotischen Zuständen der ersten Maiwochen 1945 durchsetzte. Die meisten Mitglieder beherrschten die russische Sprache. Sie waren der politischen Hauptverwaltung der Heeresgruppe Schu-

kov zugeteilt. Es schien, als gingen diese Männer mit unverbrauchten Nerven an eine Arbeit, die sie in die höchsten Ämter der neu zu bildenden» Organe einer deutschen Selbstverwaltung führen sollte. Wer zur Gruppe gehörte, hatte den politischen «Marschallstab» in der Tasche.

Wie hart diese Männer Ulbrichts waren, ging aus ihrem Verhalten gegenüber dem Elend Berlins und der Berliner hervor. Zu vergleichen ist ihre Härte gegenüber der Umwelt nur mit derjenigen, die von den Männern um Hitler in den letzten Wochen des nationalsozialistischen Regimes gezeigt wurde. Die Unempfindlichkeit gegenüber Not und Tod, Schrecken und Vergewaltigungen, Ausplünderungen und Demontagen war bedeutend. Es gibt in den Schilderungen Wolfgang Leonhards, des einzigen Abtrünnigen dieser Gruppe, kaum einen überzeugenden Hinweis, dass Ulbricht und die meisten seiner Leute einmal Gefühle gegenüber den Menschen und der Stadt gezeigt hätten, deren Schicksal sie nun mitbestimmen sollten.

Die Macht über Deutschland, die 1933 durch Hitler und dessen «Machtergreifung» für zwölf Jahre gewonnen worden war, besaßen nun die vier Besatzungsmächte, aber im Bereich der sowjetischen Macht bestand die Chance, diese Macht einmal gegen eine deutsche kommunistische Herrschaft einzutauschen. Dabei spielte eine Rolle, dass auf längere Sicht auch das gesamte Deutschland den Kommunisten Zufallen könnte. Bisher hatte jedoch Ulbricht mit seinen Leuten nur die Berliner Selbstverwaltung entscheidend bei ihrer Errichtung beeinflusst. Nun waren grössere und viel weiter gesteckte Ziele zu erreichen. Hierzu brauchte man eine neue Kommunistische Partei.

Wilhelm Pieck brachte aus Moskau die Weisung mit, diese Partei sofort zu gründen. Damit diese Neugründung nicht durch die in Deutschland verbliebenen alten Genossen beeinflusst würde, war der Gründungsauftrag in Moskau unter Leitung von Dimitroff verfasst worden.

Diesen Gründungsauftrag las Walter Ulbricht am 10. Juni 1945 in einem Lokal an der Prinzenallee, Ecke Hohenlohestrasse, etwa achtzig Genossen vor. An diesem Tage war der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland verkündet worden, in dem die Gründung und Tätigkeit antifaschistischer und gewerkschaftlicher Organisationen auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gestattet wurde.

Dieser Schachzug Stalins überraschte die Westmächte. An Parteineugründungen hatten sie noch nicht gedacht. General Eisenhower hatte am 21. Mai 1945 von seiner Regierung die Direktiven JCS 1 067/6 und JCS I 067/8 (JCS: Joint-Chiefs of Staff) erhalten, die von der Denazifizierung, Demilitarisierung und der industriellen Abrüstung Deutschlands handelten. Die Verwaltungstätigkeit

der amerikanischen Militärregierung sollte darauf gerichtet sein, die bisher vorhandene politische, verwaltungsmässige und wirtschaftliche Struktur in Deutschland zu dezentralisieren, das heisst, weitgehend zu zerschlagen und die örtlichen Selbstverwaltungen zu unterstützen. Im schroffen Gegensatz hierzu stand der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militärverwaltung.

In dem aus Moskau von Wilhelm Pieck mitgebrachten KPD-Gründungsaufruf hiess es unter anderem:

«Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreuussischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den *gegenwärtigen* Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen *anderen* Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.»

Zu beachten war die Betonung der «gegenwärtigen Lage», die damals den meisten Deutschen, die den Gründungsaufruf lasen, entging. Gleichzeitig wurde deutlich, dass dieser in Moskau verfasste, also von Stalin legitimierte Aufruf von Zielen sprach, die von der Zukunft Deutschlands handelten. Ihr Gegensatz zu den Direktiven für General Eisenhower war mehr als eklatant. Hier wurde schon die Zukunft Deutschlands angesprochen, während die Amerikaner nur den Augenblick sahen, der ihnen wichtig war.

Der Kampf um Deutschland musste mit diesem Befehl Nr. 2 ganz folgerichtig entbrennen. Es wurde deutlich, dass dieser Kampf um Deutschland zuerst in Berlin ausgetragen würde, denn in dieser Stadt sollten bald die Westmächte Verantwortung übernehmen. Ehe sie diese Verantwortung aber übernehmen konnten, mussten die Weichen so gestellt werden, dass die Westmächte sich einer systematischen Neugründung von deutschen Organisationen und Parteien gegenübersehen, mit denen sie von nun an zu rechnen hatten.

Ulbricht verlas als Forderung der neuen KPD die Enteignung der Naziführer, Kriegsverbrecher und Grossgrundbesitzer. Die «ideologische Umerziehung» des deutschen Volkes sollte durchgeführt werden. Die anderen neu zu gründen-

den antifaschistischen Parteien hätten in einem «Antifaschistisch-demokratischen Block» mit der KPD zusammenzuarbeiten.

Der freie Handel und die private Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums sowie der Boden und das Eigentum der Grossbauern sollten nicht angetastet werden.

Am nächsten Tag, dem 11. Juni 1945, lag der Gründungsaufruf gedruckt vor. Er war von sechzehn Genossen unterzeichnet. Dreizehn von ihnen hatten die Hitlerjahre in der Moskauer Emigration verbracht.

Die «Deutsche Volkszeitung – Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands» erschien erstmalig am 13. Juni 1945. Chefredakteur Paul Wandel war mit Pieck eben erst aus Moskau zurückgekehrt.

Die Sozialdemokraten waren schon am 16. Mai 1945 mit Vertretern der freien Gewerkschaften und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes zusammengekommen. Ein «Organisationskomitee der II. Internationale» wurde gebildet. Weitere Gruppen ehemaliger SPD-Mitglieder konstituierten sich in den Stadtteilen. Mit christlichen Gewerkschaftspolitikern wie Jakob Kaiser wurde erwogen, eine deutsche «Labourpartei» zu gründen, in der sich ehemalige Sozialdemokraten und christliche Politiker finden sollten. Da aber die KPD zuerst mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit trat, liess man von diesem Plan ab. Am 17. Juni 1945 fand die erste vom Zentralausschuss der SPD einberufene Funktionärsversammlung im Bezirk Kreuzberg statt. Dieser Zentralausschuss hatte sich am 15. Juni 1945 konstituiert. Er erliess an diesem Tage einen Gründungsaufruf, der mehr nach links orientiert war als der Gründungsaufruf der neuen KPD. Demokratie in Staat und Gemeinde wurde gefordert, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft, Aufteilung des Grossgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Grossstädter, Verstaatlichung der Banken, Versicherungen, der Bodenschätze und der Energiewirtschaft. In der Wirtschaft wurde die Beschränkung des Erbrechtes auf die unmittelbaren Verwandten verlangt. Ausserdem forderte man die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Unterzeichnet war der Gründungsaufruf von Max Fechner, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf und anderen Sozialdemokraten, die während des Hitlerregimes in Deutschland inhaftiert gewesen waren. In der Funktionärsversammlung vom 17. Juni 1945 erhielt Gustav Dahrendorf den Auftrag, Verbindung zur KPD-Führung aufzunehmen.

Damit waren die Sozialdemokraten auf den Plan getreten. Die anderen beiden Parteien, die von Bürgerlichen zu bilden waren, hatten zu den beiden sozialistischen Parteien im «Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien» zu stossen. Die Sowjets wünschten, dass eine «Demokratische Partei» sowie das «Zentrum» neu gegründet würden.

Vorbesprechungen hierzu fanden erstmalig am 16. Juni 1945 statt. Professor Dr. Waldemar Koch gründete eine «Deutsche Demokratische Partei». Aber es dauerte noch mehrere Wochen, bis Koch Männer fand, die mitmachen wollten. Um die Bildung dieser Partei zu beschleunigen, wurde der Hamburger Kommunist Richard Gyptner von der Gruppe Ulbricht eingesetzt. Er unterhielt sich mit den Männern, die sich nun um Koch zu sammeln begannen.

Am 16. Juni 1945 traf sich eine Gruppe christlicher Politiker im Hause Platanenallee 11 in Westend. Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes, der zweite Stellvertreter des Oberbürgermeisters, führte den Vorsitz. Zur Bildung eines neuen «Zentrums», also einer katholischen Partei, wie Ulbricht gehofft hatte, kam es nicht.

Die Teilnehmer an der Besprechung legten den Namen der zu gründenden Partei auf «Christlich-Demokratische Union Deutschlands» fest. Sie wollten eine grosse Massenpartei der christlichen Bevölkerungskreise. Eine Rolle dürfte hierbei auch die Religionsfreundlichkeit des sowjetischen Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, gespielt haben. Als es nämlich am 11. Juni 1945 zwischen einzelnen Magistratsmitgliedern zu Meinungsverschiedenheiten über den Religionsunterricht in den Schulen gekommen war, griff Generaloberst Bersarin ein und forderte ausdrücklich, «die Berliner Kinder in einem Geist zu erziehen, dass es einen Gott gibt».

Der kommunistische Stadtrat für Volksbildung, Otto Winzer, wandte sich sofort leidenschaftlich gegen Generaloberst Bersarin.

Die moralische Unterstützung für die christlichen Parteigründer in Berlin durch den sowjetischen Stadtkommandanten hörte jedoch am gleichen Tage, da die CDU beschlossen wurde, auf; denn Generaloberst Bersarin verunglückte auf einer Spazierfahrt mit dem Motorrad tödlich.

Am 26. Juni 1945 machte die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ihren Gründungsauf ruf bekannt, der unter anderem von Andreas Hermes, Rudolf Pechei, Ferdinand Sauerbruch, Otto Nuschke, Heinrich Vockel, Heinrich Krone, Jakob Kaiser, Emil Dovifat, Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer, Theodor Steltzer und Walther Schreiber unterzeichnet war.

Sie forderten zur Sammlung der christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte des deutschen Volkes auf; sie verlangten einen auf strenge Sparsamkeit, weitgehend auf Selbstverwaltung und ehrenamtliche Mitarbeit gegründeten Aufbau des öffentlichen Lebens, einen von der Kirche geleiteten Religionsunterricht als Bestandteil der Erziehung, die Verstaatlichung der Bodenschätze unter Bejahung des Privateigentums, die klare Unterwerfung der monopolartigen Schlüsselunternehmen der Wirtschaft unter die Staatsgewalt.

Andreas Hermes und seine Mitgründer waren sich bewusst, dass ihre Partei ebenso eine Reichspartei werden müsste wie die Sozialdemokratische oder die Kommunistische Partei. Deshalb wurde die CDU in Berlin in der Absicht gegründet, hier die Reichsführung dieser christlichdemokratischen Massenpartei einzurichten.

Nur so konnte die CDU mit SPD und KPD konkurrieren. An eine örtliche Gründung allein dachte damals niemand.

Audi der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund trat an die Öffentlichkeit. Im Stadthaus fand am 17. Juni 1945 eine erste Kundgebung statt, auf der Roman Chwalek von der Mitschuld der deutschen Arbeiter am Machtantritt Hitlers sprach, aus der nun die Lehren gezogen werden müssten. Jakob Kaiser, der am 20. Juli 1944 beteiligt gewesen war und sich bis Kriegsende in einem Vorort Berlins versteckt gehalten hatte, betonte, die Kraft der vereinigten Gewerkschaften werde das deutsche Volk wieder in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker stellen. Auch der Journalist und ehemalige Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer aus Klein-Machnow bei Berlin sprach.

Es galt nun, diese Parteigründungen in einen «Block» zusammenzubringen. Um diesen Block vorzubereiten, wurde am 19. Juni 1945 von KPD und SPD ein «Gemeinsamer Arbeitsausschuss» gegründet. Er sollte die «Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes schaffen».

Ulbricht (KPD) und Grotewohl (SPD) gehörten diesem Ausschuss an. Am 25. Juni 1945 sprach Walter Ulbricht auf der ersten Funktionärkonferenz der KPD von Gross-Berlin im Kino Colosseum. Er erklärte, vor der Errichtung des Sozialismus müsste zuerst die ideologische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung einer grossen einheitlichen Partei der Werktätigen und die Entfaltung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in *allen* Teilen des Reiches verwirklicht werden. Er verlangte einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und eine einheitliche Jugendbewegung. Um letztere zu erhalten, war er bereit, auf die Gründung eines kommunistischen Jugendverbandes zu verzichten.

In den Gewässern des Bezirks Köpenick schwammen in jenen Tagen noch zahlreiche Menschenleichen und Tierkadaver. Es herrschte in Berlin eine Ruhrepidemie. Der Bezirk Friedrichshain war seit vier Monaten ohne Wasserversorgung.

Ebenfalls am 25. Juni 1945 wurde die Gründung eines «Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands» beschlossen. Teilnehmer an dieser Zusammenkunft waren der Berliner Universitätsprofessor Dr. Eduard Spranger, der Schauspieler Paul Wegener, Pfarrer Otto Dilschneider, der Schauspieler Ernst Legal, der sozialdemokratische Politiker Gustav Dahrendorf, der christlich-demokratische Politiker Dr. Ferdinand Friedensburg, der aus der Moskauer

Emigration heimgekehrte kommunistische Schriftsteller Johannes Robert Becher, Otto Winzer von der Gruppe Ulbricht und der Schauspieler Gustav von Wangenheim. Dieser Kulturbund sollte alle künstlerisch und geistig Schaffenden sammeln. Die Gründung war vorher zwischen kommunistischen Funktionären und der Sowjetischen Militärverwaltung abgesprochen und beschlossen worden.

Statuten und Organisationsschema hatte Johannes R. Becher schon in Moskau mit Walter Ulbricht festgelegt.

Am Tage nach der Gründungsversammlung für diesen Kulturbund, am 26. Juni 1945, wurde das Deutsche Theater in der Schumannstrasse, an dem einst Max Reinhardt gewirkt hatte, mit Friedrich Schillers Lustspiel «Der Parasit» eröffnet. Es spielten neben anderen Elsa Wagner, Antje Weissgerber, Paul Bildt, Walter Franck und Aribert Wäscher.

Am 28. Juni 1945 traf auf dem Schlesischen Bahnhof der erste Expresszug Moskau-Berlin ein.

Um die Berliner Künstler zu organisieren, wurde zur Ablösung der nationalsozialistischen Reichstheater- bzw. Reichsschrifttumskammer eine «Kammer der Kunstschaffenden» am 6. Juni 1945 eingerichtet, deren Vorsitz der Schauspieler Paul Wegener übernahm. Im Präsidialamt betätigte sich der Journalist Fritz Erpenbeck, der zur Gruppe Ulbricht gehörte. Ein Filmausschuss dieser «Kammer» wurde am 10. Juni 1945 eingesetzt. Ihm gehörten Schauspieler, Regisseure und Persönlichkeiten der Filmwirtschaft an, darunter Alf Teichs, Heinz Rühmann, Dr. Hans Cürlis, Peter Pewas und Dr. Wolff von Gordon. Dieser Ausschuss sollte die Aufsicht über die in der Filmwirtschaft tätigen Firmen und Personen führen.

Am 18. Juni 1945 war die Hochschule für bildende Künste unter Leitung des Malers Professor Carl Hofer wiedereröffnet worden.

Während sich diese Neuorganisation der Deutschen in Berlin schneller, als einer der Beteiligten in seinen kühnsten Träumen erhofft hatte, vollzog, erreichten die Demontagen der grossen Wirtschafts- und Industriebetriebe wie Siemens, AEG, Borsig oder Osram ihren Höhepunkt. Die Ernährung der Stadtbevölkerung wurde immer schwieriger. Sie setzte bei einigen Nahrungsmitteln ganz aus. Nach der Kapitulation hatte die Rote Armee Viehherden und beschlagnahmte Getreidevorräte an die Stadtverwaltung verkauft. Nun wurde der Magistrat angewiesen, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in eigene Verantwortung zu übernehmen. Der Magistrat regte an, die Kaninchenzucht zu fördern und in den grösseren Parks der Stadt mit der Ziegenzucht zu beginnen. Eine Ruhrepidemie breitete sich aus. Stromsperrungen wurden verfügt. Der Schwarze Markt für Lebensmittel forderte für ein Pfund Butter 400 Reichs-

mark, für eine Zigarette 15 Reichsmark, während man für die Lebens- und Genussmittel der Karte II im Monat Juni nur 13,32 Reichsmark benötigte.

Die Bevölkerung wurde zu Aufräumungsarbeiten herangezogen. Durch Hunger und Krankheit geschwächte Menschen starben auf den Arbeitsplätzen.

Nun aber stand der Einmarsch der Westmächte kurz bevor. Stalin hatte in einem Telegramm vom 16. Juni 1945 an Präsident Truman noch einmal die Truppenverlegung nach Berlin hinauszögern können. Er verwies auf eine noch starke Verminung der Stadt, was den Tatsachen nicht entsprach. Auf Wunsch Stalins sollte der Rückzug der amerikanischen und britischen Divisionen hinter die Demarkationslinie und der Einzug dieser Truppen in Berlin in der Zeit vom 1. bis 4. Juli 1945 erfolgen.

Kurz vor diesem Termin kam es zu einer Sitzung von Vertretern der drei Besatzungsmächte (Sowjetunion, Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika) in Berlin. Auch die französische Besatzungsmacht wollte vertreten sein. Marschall Schukow lehnte jedoch die Teilnahme einer französischen Delegation ab, weil noch kein französischer Sektor von Berlin festgelegt worden sei. So kam es, dass die Vereinbarungen für die Verbindungswege vom Westen nach Berlin ohne Mitwirkung der französischen Besatzungsmacht getroffen wurden.

Am 29. Juni 1945 trafen sich Marschall Schukow, Generalleutnant Clay und der britische Generalleutnant Weeks, um nun auch formell die Einmarschzeit der westalliierten Truppen auf sowjetischen Wunsch auf den 1. bis 4. Juli 1945 festzulegen. General Clay wurde von Robert Murphy und Generalmajor Floyd Parks begleitet, General Weeks von Sir William Strang.

Über die Verbindungswege nach Berlin gab es keine Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission in London 1944. Nun verlangten die Vertreter der USA und Grossbritanniens drei Eisenbahnlinien, zwei Landstrassen und den notwendigen Luftraum. Diese Forderung lehnte Marschall Schukow ab. Er verwies auf die Demobilisierung der Roten Armee, für die alle verfügbaren Verkehrswege benötigt würden. Endlich gestand die Sowjetunion die unbeschränkte Benutzung der Eisenbahnlinie Goslar-Berlin über Magdeburg sowie der Autobahn Hannover-Magdeburg-Berlin zu. Die Amerikaner hatten auf die Benutzung der Autobahn Frankfurt-Berlin gedrängt. Aber Schukow lehnte ab. Hinzu kamen zwei Luftkorridore.

Diese Vereinbarungen oder besser sowjetischen Zugeständnisse wurden in keinem schriftlichen Protokoll niedergelegt. Deshalb vermerkte nur General Clay in seinen Notizen:

«Es wurde vereinbart, dass aller Verkehr – Luft, Strasse, Schiene – frei von

Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden sein soll.»

Die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle der Bahnlinie und der Autobahn behielten die Russen. Das Einfliegen von Flugzeugen in die beiden Luftkorridore war den Russen eine Stunde vorher mitzuteilen. Notwendig war es auch, dass die westalliierten Kraftfahrer den russischen Verkehrszeichen Folge leisteten und sich einer Ausweiskontrolle unterzogen. Marschall Schukow erklärte: «Die Sowjets interessieren sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind.» Damit war der Zugang nach Berlin für die Westmächte geöffnet. Die Umstände freilich, unter denen diese wenigen Zugänge zugestanden wurden, mussten die alliierten Offiziere demütigen. Deshalb behielten sie sich vor, die Frage der Zugänge nach Berlin im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.

Am gleichen Tage ordnete Arthur Pieck als Personalchef des Magistrats an, auf Dienstsiegeln die Behördenbezeichnung «Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin» durch «Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin» zu ersetzen. Einen Tag später, am 30. Juni 1945, verfügte der Magistrat auf Befehl des Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung die Entlassung sämtlicher ehemaliger Mitglieder der NSDAP aus dem Dienst der Stadtverwaltung binnen drei Tagen.

Abends fand im Deutschen Theater die feierliche Eröffnung der Staatsoper unter ihrem neuen Intendanten Ernst Legal statt. Es sangen Margarete Klose, Tiana Lemnitz, Erna Berger und Peter Anders.

Mitglieder der Staatsoper, unter ihnen Tiana Lemnitz, hatten noch Anfang April 1945 im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt letzte Konzerte gegeben.

Während nun die Westmächte weite Teile Mitteldeutschlands preisgaben, setzten sich die Voraustruppen ihrer jeweils 25'000 Mann umfassenden Besatzungstruppen für Berlin in Marsch.

Die zwischen ihnen und den Sowjets auf geteilte Stadt war in den wenigen Wochen seit der Kapitulation von Walter Ulbricht und seiner Gruppe mehr oder weniger organisiert worden. Ob freilich alle Personen, die in das russische Schachspiel einbezogen worden waren, sich im Sinne der frühen Direktiven der Sowjetmacht bewähren würden, musste sich erst noch herausstellen. Auf jeden Fall mussten die Westmächte in Berlin auf eine politische und kulturelle Neuorganisation der Deutschen treffen, mit der es sich auseinanderzusetzen galt.

Somit hatte eine neue Phase des Kampfes um Berlin zu beginnen, der ein Kampf um Deutschland zu werden versprach.

Die in Trümmern liegende Stadtmitte mit dem Regierungsviertel war in den Händen der Sowjets. Dort amtierte der Magistrat. Dort war der Sitz der politischen Parteien. Von dort sollte die Stadt auch unter interalliiertes Besatzung geführt werden.

Die Sowjets glaubten, ihre hektische Arbeit hätte sich nun gelohnt. Sie waren bereit, die Westmächte in «ihrer» Stadt zu empfangen.

Am 2. Juli 1945 übernahmen die Amerikaner den Flughafen Tempelhof.

Drittes Kapitel

DIE WESTALLIIERTEN TREFFEN EIN

Als Anfang Juli 1945 die Amerikaner und Briten mit dreimonatiger, selbstverschuldeter Verspätung endlich die zerschlagene feindliche Hauptstadt des besiegten Grossdeutschen Reiches Adolf Hitlers betreten, begrüßte sie Generalissimus Josef Wissarionowitsch Stalin auf zahllosen Bildern, die zum Teil mehrstöckig über Häuser- und Ruinenfronten angebracht waren. Wer von den Briten der 7. Panzerdivision, die seit El Alamein in Ägypten gekämpft hatte, oder den Männern der 82. amerikanischen «Airborn», der Luftlandtruppen, die deutsche Sprache erlernt hatte, konnte unter den Stalinbildern lesen:

Stalin, der weise Lehrer und Beschützer der werktätigen Bevölkerung, Holzschilder waren in den Strassen aufgestellt:

Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.

Auf Transparenten, die über den einrollenden amerikanischen und britischen Panzergruppen im Sommerwind schaukelten, konnten sie lesen:

Die Rote Armee hat Berlin gerettet.

Aus vielen Fenstern wehten die roten Fahnen des nationalsozialistischen Regimes, aus denen das Hakenkreuz herausgeschnitten war. Sie sahen auch wenige Fahnen der Westmächte.

Sollten sie annehmen, Stalin sei nach der Eroberung Berlins der Beschützer der arbeitenden Deutschen geworden? Vor wem hatte die Rote Armee Berlin gerettet? Und welchen Staat der Deutschen meinten die Propagandatransparente? Die britischen und amerikanischen Soldaten kamen als Sieger nach Berlin. Die Berliner waren für sie geschlagene Feinde. Hatte General Eisenhower nicht befohlen, dass die Alliierten nicht als Befreier, sondern als Eroberer nach Deutschland kämen? Nun war Deutschland erobert worden, aber die Sowjets spielten sich als Befreier auf. Wozu hatten sie die Berliner befreit? Die alliierten Soldaten erfuhren manches über diese Befreiung, als sie die Macht in den zwölf westlichen Bezirken der Stadt übernahmen.

Als sie genug wussten, luden sie Frauen und Mädchen auf Armeelastkraftwagen und fuhren sie in die Krankenhäuser, um sie auf Geschlechtskrankheiten untersuchen zu lassen. Im Übrigen bestand das Verbot, sich mit den Deutschen auf nichts einzulassen. «Fraternisation» war verboten. Für die Deutschen herrschte von 23 Uhr bis 5 Uhr morgens Ausgehverbot, und es wurde nun auch von den alliierten Nachtstreifen geschossen. Die Berliner hatten «Luft» für die Armee zu sein. Auf Fraternisation standen 64 Dollar Geldstrafe.

Die Berliner hatten seit Ende März 1945 auf die Alliierten gewartet. Was erhofften sie sich nicht alles, als sie am 6. Juni 1945 endlich erfuhren, die Amerikaner und Briten kämen nun doch. Nun war ihre Enttäuschung gross. Aber was galt diese Enttäuschung damals in einer Stadt, deren nun schon wieder knapp drei Millionen Einwohner fast verhungerten. Die einzige für Berlin zuständige Margarinefabrik in Pretttau an der Elbe produzierte täglich 600 Tonnen, doch die Rote Armee nahm davon allein 360 Tonnen für den Eigenbedarf. Die Magazine aus dem Dritten Reich aber, die von den Russen an die Berliner verkauft wurden, waren nun fast leer. Die Lebensmittelrationen sollten im Juli 1945 1'345 Kalorien enthalten, aber in einigen Bezirken war man mit den Junilieferungen noch im Rückstand.

Die Ernährung von Flüchtlingen, Kriegsgefangenen und Kranken war ernstlich gefährdet. Flüchtlinge sollten für einen Tag nicht mehr als eine Suppe und hundert Gramm Brot als Verpflegung erhalten, dann waren sie aus der Stadt abzuschieben. Im Bezirk Friedrichshain hatten die Einwohner nur ein Viertel der zugeteilten Fettmengen erhalten. Aber die sowjetische Militärverwaltung liess nicht zu, dass die Lebensmittelkarten eine längere Zeit gültig waren. Was nicht rechtzeitig beliefert wurde, war verfallen.

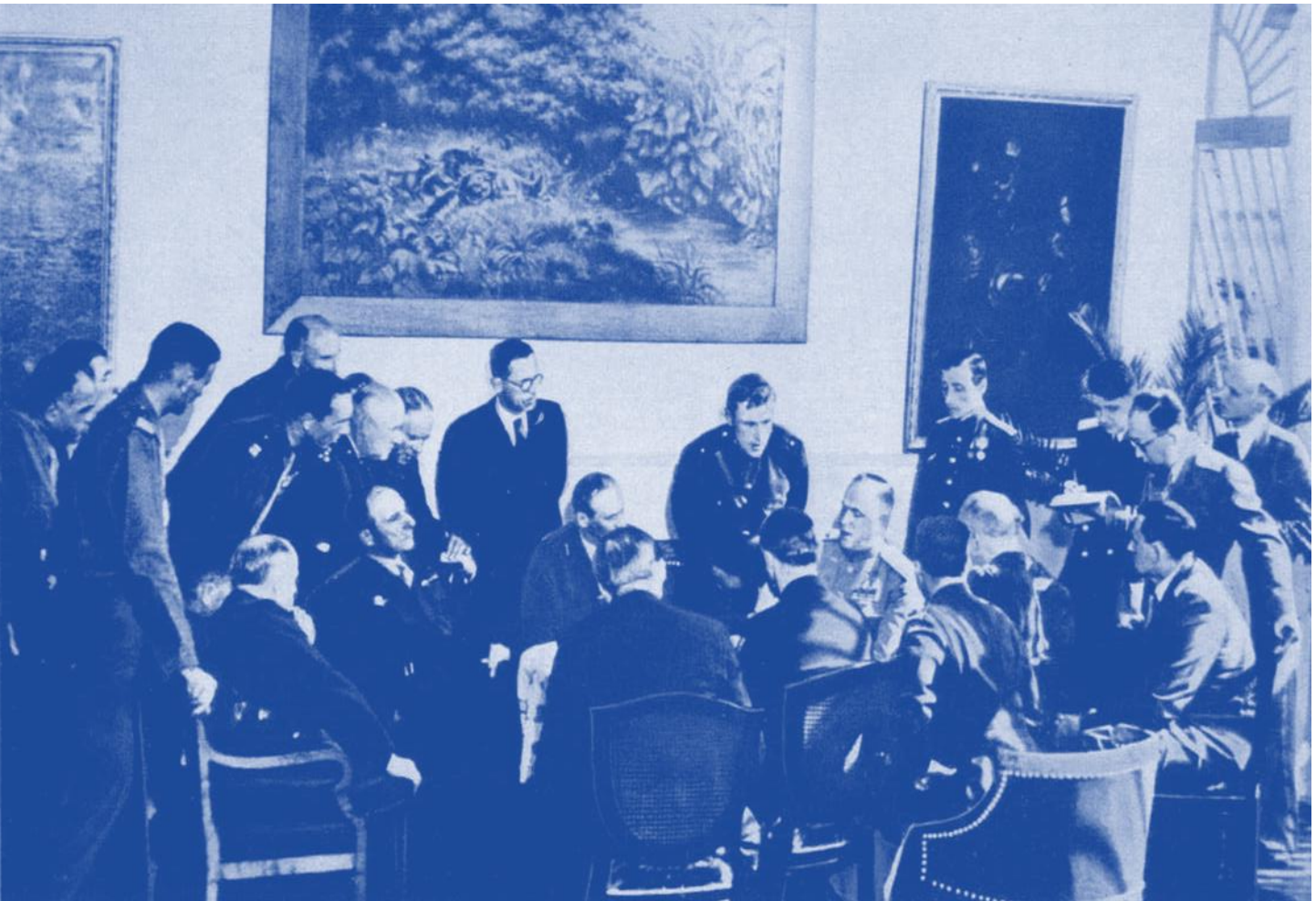
Dafür wurde der Anbau von 25 Tabakpflanzen auf eigenem Grund und Boden von der Tabaksteuer ausgenommen.

Nun wollten die Westmächte ab 15. Juli 1945 Lebensmittel und Kohle aus ihren Besatzungszonen liefern.

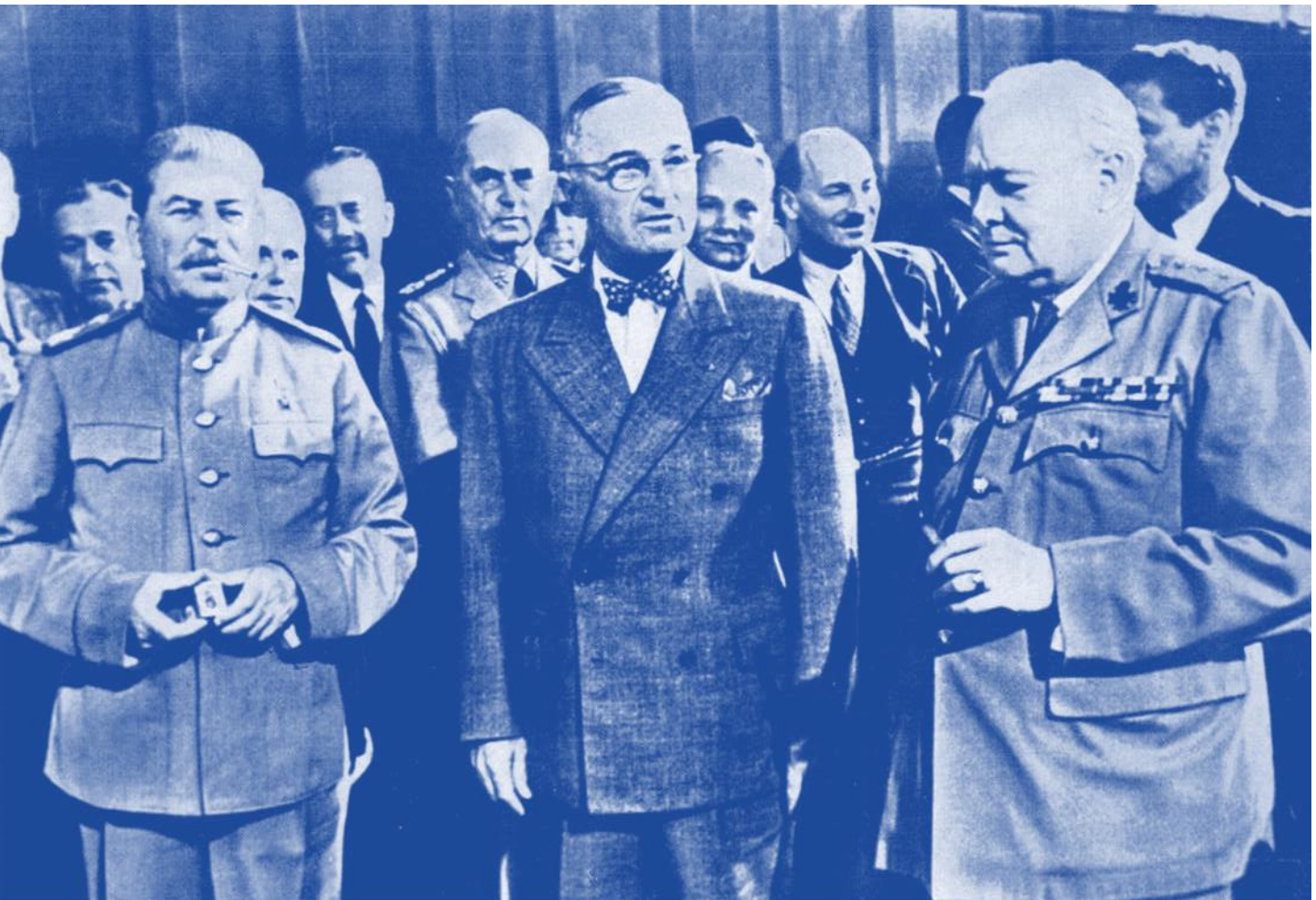
Am 4. Juli trafen ihre Hauptkräfte in Berlin ein. Am gleichen Tag begann die zweite Phase der Organisierung der Deutschen unter sowjetischem Besatzungsregime. Marschall Schukow setzte deutsche Provinz- und Landesverwaltungen für Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen ein. Präsident der Provinzialverwaltung Brandenburg mit Sitz in Potsdam wurde der frühere stellvertretende Oberpräsident der Provinz Ostpreussen, Dr. Karl Steinhoff.

Auf die Zusammenarbeit mit ihm war der Berliner Magistrat von nun an besonders angewiesen.

Vierzehn Tage später, am 27. Juli 1945, ordnete Marschall Schukow für die sowjetische Besatzungszone die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsorgane für Verkehr, Post, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit, Volksbildung, Justiz und Gesundheitswesen an. Damit wurde eine deutsche «Schattenregierung» für die sowjetische Zone ernannt, die fast alle klassischen Ressorts eines Kabinetts besass. Sitz dieser zentralen Verwaltungsorgane wurde das ehemalige Reichsluftfahrtministerium in der Leipziger Strasse, nahe dem Potsdamer Platz. In dieses Gebäude, das den Krieg überdauert hatte, wollten die Westmächte den



Am 5. Juni 1945 wird von den Oberbefehlshabern der vier Besatzungsmächte die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der höchsten Regierungsgewalt durch die Siegermächte unterzeichnet



Am 17. Juli 1945 beginnt die Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritanniens: Stalin, Truman, Churchill

Alliierten Kontrollrat legen, aber die Sowjets verhinderten diese Absicht. Sie verwiesen auf das Gebäude des ehemaligen Preussischen Kammergerichts im Kleistpark an der Potsdamer Strasse (amerikanischer Sektor). Hier zeigte sich schon sehr früh die sowjetische Haltung, interalliierte Instanzen nicht im sowjetischen Sektor von Berlin Fuss fassen zu lassen. Auch die interalliierte Kommandantur kam in den amerikanischen Sektor, nach Dahlem.

Stalins Schachzug erfolgte drei Tage vor der ersten Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Er liess eine deutsche Zentralverwaltung im sowjetischen Sektor schaffen, die – im Torso des alten Regierungsviertels der Reichshauptstadt – einmal die Grundlage abgeben könnte für die auf der inzwischen eröffneten Potsdamer Konferenz der Grossen Drei beschlossenen zentralen deutschen Verwaltungen. Aber erst am 2. August 1945 wurde dies mit der Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens bekannt.

Um zu veranschaulichen, mit welcher Schnelligkeit die Sowjets eine deutsche Verwaltung von unten nach oben aufbauten, soll die Karriere des praktischen Arztes Dr. med. Paul Könitzer hier erwähnt werden. Könitzer war bis 1933 Stadtrat für Gesundheitswesen in Magdeburg gewesen. Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wurde er von den Nationalsozialisten abgesetzt. Er siedelte nach Dresden über und richtete sich dort eine Privatpraxis ein. Als die Sowjets am 8. Mai 1945 Dresden eroberten, stellte er sich dem örtlichen Gesundheitsdienst sofort zur Verfügung. Die Sowjets holten ihn bald in die neuerrichtete Landesverwaltung für Gesundheitswesen. Von dort gelangte er in die etwas später errichtete Zentralverwaltung für Gesundheitswesen in Berlin. Er wurde ihr erster Präsident. Dieser organisatorisch hochbegabte Arzt wurde nach längerer Präsidentschaft als Pseudogesundheitsminister der Ostzone verhaftet. Könitzer war Sanitätsoffizier der Reserve im Heer gewesen. Die Sowjets warfen ihm vor, er sei für die gesundheitliche Situation in sächsischen Kriegsgefangenenlagern verantwortlich gewesen. Als auf dem Truppenübungsplatz Zeithain in Sachsen Gräber russischer Kriegsgefangener entdeckt wurden, wollten die Sowjets Könitzer den Prozess machen. Der gefangengesetzte Präsident der Gesundheitsverwaltung der Ostzone verübte in der Haft Selbstmord. Dr. Könitzer war sich keiner Schuld bewusst, sonst hätte er sich nicht sofort nach der Kapitulation dem Wiederaufbau in der sowjetischen Zone zur Verfügung gestellt.

Am 5. Juli 1945 erliess endlich auch die Liberaldemokratische Partei Deutschlands ihren Gründungsaufruf. Sie bekannte sich zur Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf demokratischer Grundlage in traditionell liberalem Sinn mit dem Ziel politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit und Freiheit. Sie war diejenige von den Sowjets zugelassene Par-

tei, deren Programm am weitesten von den Vorstellungen abwich, die sich die aus Moskau zurückgekehrten deutschen Kommunisten von der deutschen Zukunft machten. Unterzeichnet war der Aufruf vom Vorsitzenden, Prof. Dr. Waldemar Koch, seinem Stellvertreter, dem früheren Reichsminister und Oberbürgermeister von Dresden bis 1933, Dr. Wilhelm Külz, von Franz Xaver Kappus, an den einmal Rainer Maria Rilke die «Briefe an einen jungen Dichter» geschrieben hatte. Ausserdem unterzeichneten als Mitglieder des Hauptausschusses der Reichsminister a. D. Dr. Eugen Schiffer, Bürgermeister a. D. Arthur Lieutenant und Professor Wilhelm Eich.

Gleichzeitig hatte im Haus des Berliner Rundfunks die erste Grosskundgebung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands stattgefunden. Über den Berliner Sender, der in jenen Tagen eine wichtige Rolle bei der Neuorganisation der Deutschen spielte, da er als einziger «deutscher» Sender über das ganze Reich ausstrahlte, sprachen der Romancier Bernhard Kellermann («Der Tunnel»), Pfarrer Otto Dilschneider aus Berlin-Zehlendorf, Professor Eduard Spranger, der kommunistische Schriftsteller Johannes R. Becher, die Professoren Dr. Max Vasmer und Dr. Wolfgang Schirmer. Der Kulturbund kennzeichnete als seine Aufgabe, die grosse deutsche Kultur wiederzuerwecken und ein neues deutsches Geistesleben zu begründen.

Der von den Sowjets befohlene Zusammenschluss aller zugelassenen Parteien zum «Antifaschistisch-demokratischen Block» machte rasche Fortschritte. An dem Tag, der den Einzug der amerikanischen und britischen Truppen in Berlin sah (4. Juli 1945), fand die erste grosse Kundgebung nach dem Kriege in Berlin statt. Sie wurde vom antifaschistischen Block Tiergarten veranstaltet. Auf ihr sprachen Dr. Otto Suhr für die SPD, Max Reimann für die KPD, Peter Even für die CDU und Dr. Wolfgang Derz für die noch gar nicht gegründete LDP. Etwa zwanzigtausend Berliner hatten sich vor dem Rathaus Tiergarten versammelt. Inzwischen waren 11 677 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus der Stadtverwaltung entlassen worden. Die Post hatte 7631 Personen gekündigt, das Oberfinanzpräsidium 1 102, die Berliner Wasserwerke entliessen 903 ehemalige Parteigenossen.

Trotzdem waren noch einige tausend ehemalige Nationalsozialisten in ihren Ämtern geblieben. Für sie durften bei Marschall Schukow Rehabilitierungsanträge gestellt werden, die grosszügig bearbeitet wurden. Nur aus dem Schuldienst mussten sämtliche ehemaligen NSDAP-Mitglieder entfernt werden. Die Briten hatten am 6. Juli 1945 vor der Siegestsäule im verwüsteten Tiergarten den Union Jack gehisst. Am 7. Juli 1945 traten die Vertreter der drei Besatzungsmächte (Marschall Schukow, General Clay, General Weeks) zu einer

zweiten Konferenz zusammen, um die Interalliierte Militärkommandantur einzurichten.

Auf dieser Sitzung forderte Marschall Schukow die Westmächte auf, in den ihnen zugewiesenen Sektoren die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen zu übernehmen. Die sowjetische Besatzungsmacht sei dazu wegen der schweren Zerstörungen in ihren Gebieten nicht mehr in der Lage. Clay und Weeks verpflichteten sich, die Lebensmittel zu liefern. Sie stellten jedoch Bedingungen. Es müssten in ganz Berlin einheitliche Rationen ausgeteilt werden, und der Alliierte Kontrollrat habe nach seiner Konstituierung den Austausch von Lebensmitteln zwischen allen Besatzungszonen zu regeln.

Die erste Sitzung der Interalliierten Kommandantur fand am 11. Juli 1945 unter Vorsitz des sowjetischen Stadtkommandanten General Gorbатов statt.

Sie übernahm mit dem Befehl Nr. 1 die Macht in ganz Berlin. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, Probleme, die ganz Berlin betrafen, möglichst einheitlich zu regeln, und Beschlüsse, gewöhnlich in Befehlsform abgefasst, dem Oberbürgermeister zur Ausführung zu übermitteln. Sie bildete die Spitze der Hauptquartiere der einzelnen Besatzungssektoren, die durch die Sektorenkommandanten vertreten waren. Probleme, die nur für den jeweiligen Sektor oder die einzelnen Berliner Bezirke galten, sollten die Sektorenkommandanten unmittelbar mit der deutschen örtlichen Selbstverwaltung regeln.

Inzwischen hatten die sowjetischen Bezirkskommandanten der zwölf «westlichen» Bezirke ihre Funktionen an die alliierten Offiziere übertragen, wobei es jedoch zu manchen Schwierigkeiten kam. So weigerte sich der sowjetische Kommandant von Friedenau, sein Amt an einen amerikanischen Offizier zu übergeben. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung in der Viersektorenstadt wurde aber der Befehl Nr. 1, der lautete: «Die interalliierte Militärkommandantur hat die Kontrolle über die Verwaltung der Stadt Berlin am 11.7.1945 übernommen. Alle früher vom Chef der Garnison und Militärkommandanten der Roten Armee der Stadt Berlin und von den unter alliierter Kontrolle stehenden deutschen Behörden ausgehenden Befehle und Anordnungen... bleiben bis auf besondere Verfügung in Kraft.»

Damit erkannten die Westmächte das politische Erbe der ersten Besatzungswochen in Berlin an. Denn die Beschlüsse der Interalliierten Kommandantur konnten nur einstimmig gefasst werden. Die Sowjets verfügten über das Veto, mit dem sie jede Änderung der durch ihre Massnahmen und Anordnungen geschaffenen Lage in der Stadt verhindern konnten.

Oberst Frank Howley, der schon Schwierigkeiten mit den Russen als Führer des

amerikanischen Vorkommandos auf dem Marsch nach Berlin hatte, hielt diesen Befehl Nr. 1 für eine «erneute Kapitulation des Westens vor den Russen». In seinem Buch «Berlin Command» schrieb er: «Indem wir dieses Dokument unterzeichneten, fanden wir uns mit der russischen Kontrolle über Berlin ab.»

Damals jedoch war für die westlichen Siegermächte dieser Befehl Nr. 1 die Grundlage für ihre Tätigkeit in der deutschen Reichshauptstadt. Dass sie dabei die russische Erbschaft in Kauf nehmen mussten, die besonders drastisch durch die Bildung von vier in einem Block zusammengefassten politischen Parteien für zukünftige Verwicklungen sorgen musste, interessierte sie kaum. Sie waren nach Berlin gekommen, um den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus auszurotten.

Für die Sektorenkommandanten war im Statut der Interalliierten Militärregierung für Berlin genügend Raum, um selbständig zu handeln. Dadurch blieb von Anfang an eine gemeinsame Militärregierung der vier Mächte in Frage gestellt. An diesem 11. Juli 1945 brandete immer noch der Flüchtlingsstrom aus den deutschen Ostgebieten nach Berlin hinein. Die polnischen Behörden warfen im wahrsten Sinne des Wortes die deutsche Bevölkerung aus dem Land jenseits der Oder. Diese ausgeplünderten Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, drängten nach Berlin, um hier Hilfe und Schutz zu suchen. Auf Anraten von Bürgermeister Karl Maron hatte jedoch Marschall Schukow befohlen, diese Vertriebenen durch deutsche Hilfspolizei an der Stadtgrenze abzuweisen. Kein Flüchtling durfte mehr in die Stadt gelassen werden. Die deutsche Hilfspolizei sollte die Menschen aus den Ostgebieten nach Nordbrandenburg und Mecklenburg schicken.

Die siegreichen Marschälle der Sowjetunion begegneten am Tage danach dem britischen Oberbefehlshaber Feldmarschall Montgomery in einer militärischen Zeremonie vor dem Brandenburger Tor, bei der man sich gegenseitig hohe Orden verlieh.

Der erste Deutsche, der öffentlich Bedenken gegen das Statut der Kommandantur äusserte, war der Leiter des Haupternährungsamtes, Gustav Heinrich. Er wandte sich gegen die Zersplitterung und Dezentralisierung nach Sektoren und forderte eine zentrale Steuerung der Ernährung der Millionenstadt. Eine unterschiedliche Behandlung würde, so erklärte Heinrich am 11. Juli 1945, beträchtliche Unruhe in die Bevölkerung tragen. Die Ernährungslage aber wäre nachgerade schon zum jetzigen Zeitpunkt katastrophal.

Am 14. Juli 1945 hissten die französischen Besatzungstruppen vor der Siegessäule von 1870/71 die Trikolore. Die Reliefs am Fusse der Säule, die vom Sieg Preussen-Deutschlands über Frankreich berichteten, wurden demontiert.

Am gleichen Tage wurde Stalins und Dimitroffs Weisung an Wilhelm Pieck, eine «Einheitsfront der deutschen Parteien» zu schaffen, erfüllt. KPD, SPD, CDU und LDP schlossen sich zum «Antifaschistischen Block» zusammen. Zum Ziele einer künftigen «Blockpolitik» gehörten unter anderem die Herstellung der vollen Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates und die Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie die Achtung vor jeder religiösen und sittlichen Weltanschauung. In jenen Tagen und Wochen feierte der Gründer-Idealismus in Berlin Triumphe...

Die KPD Walter Ulbrichts und Wilhelm Piecks konnte sich ohne Skrupel diese Ziele zu eigen machen, da Ulbricht entsprechende Richtlinien aus Moskau mitgebracht hatte. Die Parteien, die neugegründet worden waren, sollten für ganz Deutschland sprechen. Sie hatten sich verbündet, um den Nationalsozialismus und Militarismus auszurotten. Ihre Führungsgremien fühlten sich als provisorische Reichsvorstände. Nun galt es, Einfluss auf alle Zonen zu gewinnen.

Während die Nahrungsmittel Versorgung immer katastrophaler wurde, richtete der Oberbürgermeister einen dringenden Appell an die Berliner Wirtschaft, Güter zu erzeugen, die als Tauschware gegen Lebensmittel aus der Ostzone und den anderen Zonen verwendet werden könnten.

Doch nun war endlich der Zeitpunkt nahegerückt, an dem die Grossen Drei zu einer entscheidenden Konferenz über die Zukunft Deutschlands zusammentreten konnten. Stalin hatte diese Dreierkonferenz hinauszuschieben vermocht. Am Vorabend der Konferenz von Potsdam wurde Pfarrer Heinrich Grüber, der Jahre im nationalsozialistischen Konzentrationslager verbracht hatte, vom evangelischen Konsistorium der Mark Brandenburg mit Zustimmung des Berliner Magistrats zum Propst von Berlin und Pfarrer von St. Nicolai (der zerstörten Hauptkirche des evangelischen Berlin) und St. Marien bestellt. Und der katholische Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing, sprach während eines Gottesdienstes in der St. Thomaskirche zum ersten Male über die Priesterverfolgungen unter dem nationalsozialistischen Regime und gedachte des in der Gestapo-Haft verstorbenen Dompropstes von St. Hedwig, Prälat Bernhard Lichtenberg.

An diesem 15. Juli 1945 befanden sich Stalin, Churchill und Truman auf dem Wege nach Berlin.

Viertes Kapitel

POTSDAMER GIPFELKONFERENZ UND KULTUR AUS DER ASCHE

Winston Churchill reiste sorgenvoll zur Konferenz der Grossen Drei, die er drei Tage nach der deutschen Kapitulation angeregt hatte. Die militärische Macht der Westmächte in Deutschland schwand dahin, denn der Zweite Weltkrieg musste in Ostasien weitergeführt werden. Die eroberten Gebiete zwischen Eisenach und der Elbe waren an die Rote Armee übergeben worden, die nun das Herz Deutschlands besetzt hielt. Hinter der Demarkationslinie zwischen den Westmächten und der Sowjetunion befanden sich unter Stalins Kommando 64 Armeen mit 491 Schützendivisionen, 7 Panzerarmeen mit 39 Panzerkorps sowie 151 selbständige Panzerverbände, ausserdem 7 Kavalleriekorps und die Armeen der polnischen und rumänischen Verbündeten.

Vor dieser militärischen Machtzusammenballung in Mitteleuropa war der Eiserner Vorhang niedergegangen. Sowjetisch besetzte Gebiete trennten die Westmächte von Polen, zu dessen Rettung Grossbritannien 1939 in den Krieg gezogen war. Aber die Aufmerksamkeit der Völker des Westens richtete sich mehr auf die Bestrafung Deutschlands als auf die territorialen Gewinne der Russen und die Organisation der dortigen Bevölkerung zugunsten der Sowjetmacht. Getrennt reisend trafen der britische Kriegspremier und der neue amerikanische Präsident am 16. Juli 1945 in Berlin ein. Ehe sie nach Potsdam-Babelsberg in die ihnen vom russischen «Hausherrn» zugewiesenen Quartiere fuhren, besichtigten Churchill und Truman getrennt die Stadt, deren Niederwerfung sie angestrebt, deren Eroberung sie den Russen überlassen hatten.

Churchills einfache Sätze im letzten Band seiner Memoiren gaben seine Eindrücke später wieder:

«Am 16. Juli unternahm der Präsident und ich getrennte Rundfahrten durch die sich nur noch als ein Trümmerfeld darbietende Stadt. Da die Fahrt natürlich nicht angekündigt worden war, befanden sich auf den Strassen nur die üblichen Passanten. Lediglich vor der Reichskanzlei stand eine grössere Menschenmenge. Als ich aus dem Auto stieg und mich unter sie mischte, liessen sie mich mit Ausnahme eines alten Mannes, der missbilligend den Kopf schüttelte, hochleben.

Seit Deutschland den Kampf aufgegeben hatte, war mein Hass verflogen, und diese Demonstration bewegte mich ebenso sehr wie die abgezehrten Züge und die abgetragene Kleidung der Bevölkerung.

Anschliessend wanderten wir eine gute Weile durch die zerstörten Korridore

und Säle der Reichskanzlei. Unsere russischen Führer brachten uns in Hitlers Luftschutzbunker, wo ich mich bis ins unterste Stockwerk begab und den Raum besichtigte, in dem sich Hitler und seine Geliebte das Leben genommen hatten. Als wir hinaufkamen, zeigte man uns auch die Stelle, wo seine Leiche verbrannt worden war. So nahm ich an Ort und Stelle die beste zu jener Zeit erhältliche Schilderung des letzten Teils der Tragödie entgegen.

Hitler hatte einen für uns weit bequemeren Weg eingeschlagen, als ich lange Zeit befürchtet hatte. In den letzten Monaten des Krieges hätte er ja jederzeit nach England fliegen, sich uns ausliefern und erklären können: ‚Tut mit mir, was ihr wollt, aber schont mein irregeleitetes Volk.‘ Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass er das Schicksal der in Nürnberg abgeurteilten Kriegsverbrecher geteilt hätte. Die Hinrichtung der Führer einer im Kriege unterlegenen Nation durch die Sieger scheint ein moralischer Grundsatz unserer modernen Zivilisation geworden zu sein. Das wird die Verantwortlichen lediglich anstacheln, in künftigen Kriegen bis zum bitteren Ende auszuhalten, denn wie viele Menschenleben auch überflüssigerweise zusätzlich geopfert werden, sie kostet es nicht mehr. Es ist die grosse Masse, die so wenig über den Beginn oder die Beendigung von Kriegen zu sagen hat, die die Mehrkosten bezahlt. Die Römer huldigten dem entgegengesetzten Prinzip, und ihre Eroberungen waren beinahe ebensowohl eine Folge ihrer Grossmut wie ihrer Kriegskunst.» Die am 14. April 1945 durch einen Luftangriff verwüstete Stadt Potsdam war nicht in der Lage, die hohen Kosten für die Ausrichtung der Konferenz der Grossen Drei aufzubringen. Deshalb wies der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, ‚Generaloberst Gorbатов, den Magistrat an, der Stadt Potsdam einen kurzfristigen Kredit von fünf Millionen Reichsmark zu bewilligen.

Auf einer zwei Kilometer langen Pontonbrücke, die über den Griebnitzsee und die Havel geschlagen worden war, fuhren die Regierungschefs mit ihren Delegationen am 17. Juli 1945 von Babelsberg zum Schloss des früheren deutschen Kronprinzen, Cecilienhof, das im nördlichen Teil des Neuen Gartens von Potsdam liegt. Seine Fassade lässt an ein englisches Landschloss denken.

Hier wurden Churchill und Truman von Stalin empfangen, der Hausherr war. Frankreich war nur durch einen politischen Beobachter vertreten.

In einer reich getäfelten, hohen Halle, in die durch gitterartige Fenster das Licht dieses Sommertages auf den rotbraunen runden Verhandlungstisch fiel, nahmen die Regierungschefs mit ihren Aussenministern und Chefs der Generalstäbe Platz. Auf der Empore sassen und standen fünfzig Journalisten.

An diesem Tage wurde die Bewegungsfreiheit der Berliner Bevölkerung durch umfassende Sicherungsmassnahmen weitgehend eingeschränkt. In einigen Kinos lief der sowjetische Dokumentarfilm «Berlin» an, der die Eroberung der Reichshauptstadt durch russische Truppen zeigte.

An diesem 17. Juli 1945 legte der amerikanische Kriegsminister Stimson dem britischen Premierminister Churchill in dessen Babelsberger Quartier einen Bogen Papier vor, auf dem die Worte standen: «Babies satisfactorily born» («Geburt der Kinder glücklich verlaufen»). «Wissen Sie, was das bedeutet?» fragte Stimson. «Das grosse Experiment in der Wüste ist gelungen, die Atombombe ist da.»

Es entbehrt nicht der geschichtlichen Ironie, dass wenige Kilometer von Babelsberg entfernt, in Berlin-Dahlem, Ende Dezember 1938 jene grundlegenden Forschungen erfolgreich beendet wurden, die mit dem Namen der Professoren Otto Hahn und Strassmann verbunden bleiben werden.

Das Atomzeitalter, das Churchill sofort einen «Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit» nannte, hatte in Berlin-Dahlem im Jahre 1938 begonnen, als Otto Hahn entdeckte, dass der Kern des Uran-Atoms gespalten werden kann und dass hierbei enorme Energiemengen freiwerden. Gleichzeitig verursacht dieser Vorgang die Spaltung anderer Uran-Atomkerne und schafft dadurch eine Kettenreaktion, die eine fortgesetzte Kraftquelle darstellt. Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem hatten diese erfolgreichen Experimente stattgefunden, und am 22. Dezember 1938 war der Bericht darüber von Otto Hahn und F. Strassmann bei der Berliner Zeitschrift «Naturwissenschaften» eingegangen. Dort wurde er am 6. 1. 1939 veröffentlicht.

In einem Artikel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung hatte Dr. Strassmann später beschrieben, dass es nun möglich sei, den Wannsee in die Luft zu sprengen... Nun erfuhren an den Ufern dieses Wannsees die Amerikaner und Briten, dass im fernen Nordamerika, in der Wüste von Nevada, das Experiment gelungen war.

Im Hochgefühl der neuerworbenen Macht, die ja auch militärisch angewendet werden konnte und sollte, begann für Truman und Churchill die Potsdamer Konferenz.

Nun brauchten sie die Russen nicht mehr, um den Zweiten Weltkrieg in Ostasien zu beenden. Die Atombombe musste die Japaner zur bedingungslosen Kapitulation zwingen.

Stalin wurde am 24. Juli 1945 von Truman über die Existenz der Atombombe informiert. Der sowjetische Diktator stellte keine einzige Frage. Er war durch seine Spione in Amerika längst über die Forschungsarbeiten der Amerikaner und Briten unterrichtet. Ihm kam es darauf an, die Beteiligung der Roten Armee an der Niederwerfung Japans trotz der Bombe sicherzustellen, was ihm auch gelang.

An diesem 24. Juli 1945 wurde in Berlin die Briefkastenleerung und die Verteilung von Briefen wiederaufgenommen.

In der Stadt war von dem Fortgang der Potsdamer Konferenz nichts zu bemerken. 180 Journalisten hatten sich eingefunden, die für die Weltpresse berichteten. Aber Churchills Vorstoss, diesen Journalisten wenigstens zu sagen, dass die Konferenz in «Stille und Diskretion» stattfinden müsste, begegnete Stalin und Truman abweisend. Unter jenen Journalisten befand sich John F. Kennedy, der später einmal, als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Führer der NATO, auch das Erbe dieser Konferenz auf sich nehmen musste.

Hauptthema war nicht Deutschland, sondern das Schicksal Polens.

Deutschland wurde dabei insofern berührt, als es um die Grenze Polens gegenüber diesem Deutschland ging. Über Deutschland kam es unter anderem zu folgendem, von Churchill wiedergegebenem Dreiergespräch: «Was', fragte ich, ist unter Deutschland zu verstehen?»

„Was seit dem Krieg daraus geworden ist', antwortete Stalin.

„Das Deutschland von 1937', sagte Truman.

Stalin erwiderte, es sei doch nicht möglich, den Krieg zu ignorieren. Der deutsche Staat existiere nicht mehr. Er habe keine definierten Grenzen, keine Militärmacht, keine Grenzpolizei. Es gebe nur noch vier Besatzungszonen. Schliesslich einigten wir uns auf das Deutschland von 1937 als Ausgangspunkt.»

Am 2. August 1945 wurde das Potsdamer Abkommen von Stalin, Truman und dem neuen britischen Premierminister Attlee unterzeichnet. Churchill hatte die Unterhauswahl verloren und war nach der Konferenzpause nicht mehr nach Babelsberg zurückgekehrt. Das Potsdamer Abkommen entsprach in seinen Grundzügen sowjetischen Vorschlägen. Die Besetzung und Verwaltung Berlins wurde von ihm nicht betroffen.

Die Berliner erfuhren durch den Berliner Rundfunk, dass die Verbündeten nicht die Absicht hätten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Sie wollten ihm die Möglichkeit geben, das Leben auf Demokratie und Friedensliebe auszurichten. Die Behandlung der deutschen Bevölkerung müsste – entsprechend dem Abkommen über den Kontrollmechanismus – in *ganz* Deutschland gleich sein. Verwaltung und Wirtschaft sollten dezentralisiert, aber zugleich zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen für das Finanzwesen, das Transport- und Verkehrswesen, den Aussenhandel und die Industrie errichtet werden. Bis auf Weiteres, also auf eine beschränkte Zeit, sollte keine zentrale deutsche Regierung zugelassen werden. Demokratische politische Parteien wurden erlaubt und sollten von den Besatzungsmächten gefördert werden. Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sollten gestattet sein. Ausserdem wurde ein Rat der drei Aussenminister geschaffen.

Berlin blieb Sitz des Kontrollrats, aber dieser Kontrollrat würde bis auf Weiteres keine deutsche Regierung kontrollieren, die von den neuen Parteien gebildet werden könnte.

Jene «Grenze» aber, die sechzig Kilometer östlich von Berlin entstanden war und über die täglich Tausende Deutsche von den Polen vertrieben wurden, so erfuhren die Berliner, bleibe provisorisch. Die endgültige Grenzziehung an Oder und westlicher Neisse war einem Friedensvertrag vorbehalten.

An diesem Tage wurde aber auch der am 18. Mai 1945 ernannte Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Major Karl Heinrich, auf Befehl der sowjetischen Zentralkommandantur ohne Angabe von Gründen verhaftet. Heinrich, ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hatte bereits acht Jahre in Zuchthäusern und nationalsozialistischen Konzentrationslagern verbracht. Er hatte grossen Anteil am Wiederaufbau der Berliner Polizei nach der Kapitulation. Am 3. November 1945 starb Major Karl Heinrich im sowjetischen Konzentrationslager Hohenschönhausen.

Nicht zuletzt durch diese Verhaftung wurden die alliierten Dienststellen in Berlin bald gezwungen, sich um die Sicherheit der Berliner Bevölkerung zu kümmern und Front gegen die Sowjets zu machen.

Als Symbol des Sieges über Deutschland und der Besetzung Berlins durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika war am 20. Juli 1945 vor dem Hauptquartier der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland, dem ehemaligen Luftgaukommando Berlin an der Dahlemer Kronprinzenallee, das Sternenbanner gehisst worden. In diesem Gebäude hatten sich Mitte April 1945 das Oberkommando der Wehrmacht und der Generalstab des Heeres aufgehalten. Unter den Teilnehmern an der Zeremonie befanden sich neben Präsident Truman auch drei Amerikaner, die später in den Kampf um Berlin direkt verwickelt wurden: General Eisenhower, General Clay und Unterstaatssekretär McCloy.

Einige Hoffnungen wurden während der Potsdamer Konferenz auf die Einsicht der Staatsmänner gesetzt. Gross-Berlin konnte in dem Demokratisierungsprozess, der nun verstärkt anheben sollte, nur eine zentrale Rolle spielen, wenn die Stadt einheitlich verwaltet wurde. Am 18. Juli 1945 äusserten die Bezirksbürgermeister des britischen Sektors den Eindruck, die britischen Militärbehörden beabsichtigten, ihren Sektor zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschliessen. Der Stadtrat für Wirtschaft beim Magistrat, Dr. Landwehr, meinte hierzu, dass jede Besatzungsmacht glaube, für sich allein in ihrem Sektor regieren zu können: «Eine Autarkie irgendwelcher Art im Berliner Raum ist aber ohne schwere Folgen für das Leben der Stadt unmöglich.»

Landwehr forderte die Bezirksbürgermeister auf, bei allen Verhandlungen sich stets als «Glieder der Gesamtverwaltung Berlins zu fühlen.»

Es ging hier nicht nur um die Autorität des von den Russen eingesetzten Magistrats. Schon früh zeigten sich Aufspaltungstendenzen, «aber wir sind ein besiegtes Volk», erklärte der Bürgermeister Karl Maron (KPD), «und haben uns den Anordnungen der Besatzungsmächte zu beugen.» In diesem Magistrat befand sich Andreas Hermes in führender Position. Er war in der neuen Stadtverwaltung der Repräsentant der Männer des 20. Juli 1944. Walter Ulbricht fädelte gegen ihn die erste Intrige unter den Magistratsmitgliedern ein. Sie führte dazu, dass kommunistische Stadträte sich beim Oberbürgermeister Dr. Werner beschwerten, Dr. Andreas Hermes und seine Abteilung für Ernährung arbeite nicht mit den anderen Abteilungen zusammen.

Darauf machte Werner am 23. Juli 1945 seinem zweiten Stellvertreter Andreas Hermes Vorwürfe, wobei er betonte, es sei unmöglich, mit den Herren der Abteilung Ernährung zusammenzuarbeiten. Hermes erwiderte, wenn man so gegen ihn auftrete, könne er nicht mehr weiterverhandeln. Er lehnte eine weitere Teilnahme an Magistratssitzungen ab. Am 31. Juli 1945 trat Dr. Andreas Hermes zurück. Sein Nachfolger wurde der frühere Oberbürgermeister von Freital bei Dresden, der Sozialdemokrat Gustav Klimpel.

Andreas Hermes, der als erster Deutscher am 7. Mai 1945 wieder Verantwortung in Berlin übernahm, widmete sich dem Aufbau der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, die am 22. Juli 1945 im Ostsektor der Stadt, im Theater am Schiffbauerdamm, die Gründungskundgebung abhielt und sofort, ebenfalls im Ostsektor, in der Jägerstrasse, eine Reichsgeschäftsstelle einrichtete.

Auf der Gründungskundgebung der CDU Berlins und der Ostzone (die Gründung der CDU im Rheinland fand erst am 2. September 1945 statt) gedachte der frühere Preussische Handelsminister Dr. Walther Schreiber in der Eröffnungsrede der Opfer des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges. Andreas Hermes verlas das Programm der CDU. Jakob Kaiser trat für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein. Weitere Redner waren Ernst Lemmer, Eberhard Plewe, Professor Dr. Emil Dovifat, Regierungspräsident a. D. Dr. Ferdinand Friedensburg und Theodor Steltzer.

Am gleichen Tage erschien als Organ der CDU die Tageszeitung «Neue Zeit», die an der russisch-amerikanischen Sektorengrenze in der Zimmerstrasse von Chefredakteur Emil Dovifat redigiert wurde. Kulturredakteur war Dr. Rudolf Pechei.

Mit einem politischen Zusammenschluss von Christen beider grossen Konfessionen, dem Verzicht der Katholischen Kirche auf eine katholische Zentrumsparterie hatte Ulbricht nicht gerechnet. Es war ihm zwar gelungen, Andreas Hermes aus dem Magistrat zu verdrängen, aber um Hermes sammelte sich nun eine

Führungselite, die ihre Wirksamkeit nicht auf die neue Partei beschränkte, sondern durch Jakob Kaiser und Ernst Lemmer auch in der Gewerkschaftsführung Platz nahm. Ulbricht und Pieck wollten das «bürgerliche Lager» in protestantische Liberale und katholische Zentrumspolitiker gespalten sehen. Nun trat ihnen vom ersten Tag nach der Gründung eine immer mächtiger werdende Massenpartei entgegen, die über die beste Zeitung verfügte.

Das Selbstbewusstsein der Berliner CDU-Führung wirkte sich rasch auf die Ostzone aus, in der bald eine CDU mit über einer Viertelmillion eingeschriebener Mitglieder entstand.

Im Juli 1945 jedoch ahnte niemand, dass diese in Berlin gegründete christlich-demokratische Partei in sich noch einmal die Tragödie der kommenden politischen Ereignisse in Deutschland austragen sollte. Sie sollte für Jahre und Jahrzehnte zeigen, wohin das Schicksal die Deutschen führte.

In jenem Juli 1945 wurden 537'000 Vertriebene aus den Ostgebieten auf Befehl des Marschalls Schukow aus Berlin ausgewiesen und nach Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen weitergeleitet.

Gleichzeitig wurden Verwaltung und Handel, Schulen und Institutionen des Reichs und Preussens von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP gesäubert. Nach dem Selbstmord Hitlers hatte Grossadmiral Dönitz als Oberbefehlshaber der Wehrmacht und Staatsoberhaupt die NSDAP für aufgelöst erklärt. Die Siegermächte hatten nach der Kapitulation die NSDAP verboten. Die aktiven oder auch nur nominellen Anhänger Hitlers erhielten in den ersten Wochen nach dem 2. Mai 1945 keine Lebensmittelkarten, nun wurden «alle faschistischen Elemente» auch aus Fabriken und kleinen Handwerksbetrieben vertrieben. Wer nicht von den Sowjets verhaftet und in die früheren nationalsozialistischen Konzentrationslager eingeliefert worden war, versuchte sich rehabilitieren zu lassen oder unterzutauchen.

Im Magistrat unternahm der Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen, der Architekt Professor Scharoun, schon früh (am 23. Juli 1945) einen Versuch, das Berliner Stadtschloss, Schloss Charlottenburg und das Schloss auf der Pfaueninsel vor dem völligen Verfall zu bewahren. Arthur Pieck, der Sohn Wilhelm Piecks, wandte sich gegen Scharouns Vorschlag und verlangte, die Bedeutung dieser «sogenannten Denkmäler» festzustellen. Diese Schlösser, so meinte Arthur Pieck, enthielten keineswegs nur Gegenstände von Wert, sondern auch viel Kunstkitsch. Heute habe niemand mehr Interesse an «Machwerken, die nur Ausdruck des hohenzollernschen Imperialismus sind». Der Finanzstadtrat Noortwyck (KPD) unterstützte Pieck. Er erklärte, es sei nicht Aufgabe des Magistrats, «die Erinnerung an die Zeit der Hohenzollern zu konservieren».

Scharoun zog die Vorlage auf Vorschlag Oberbürgermeister Werners zurück. Das kulturelle Leben entfaltete sich rasch. Mitte Juni nahm die Volkshochschule im Bezirk Köpenick wieder ihre Tätigkeit auf. Die Kammer der Kunstschaffenden eröffnete eine Kunstausstellung mit Werken von verfeimten Malern und Bildhauern wie Carl Hofer, Max Beckmann, Ernst Ludwig Kirchner, Max Pechstein, Max Kaus, Richard Scheibe. Das Metropol-Operettentheater gastierte in einem Ausweichsaal, das «Theater am Noliendorfplatz» begann im Kino «Babylon» die Spielzeit mit Ralph Benatzkys Operette «Meine Schwester und ich». Zum Intendanten des Deutschen Theaters und der Kammerspiele wurde Gustav von Wangenheim, der Sohn des Schauspielers Eduard von Winterstein, ernannt. Kurz darauf fand im Deutschen Theater die deutsche Erstaufführung von Thornton Wilders Schauspiel «Unsere kleine Stadt» in der Inszenierung von Bruno Hübner statt. Es spielten Max Eckard, Ruth Schilling, Robert Taube und Erna Sellmer. Mitte August (15. 8. 45) eröffnete das Hebbeltheater in der Stresemannstrasse mit Brechts und Weills «Dreigroschenoper». Hauptdarsteller waren Hubert von Meyerinck, Kate Kühl, Roma Bahn, Hans Leibelt und Josef Sieber. Regie führte der neue Direktor Karl-Heinz Martin. Im Ballhaus «Neue Welt» in der Hasenheide im Bezirk Neukölln dirigierte der Rumäne und Furtwänglerschüler Sergiu Celibidache das Berliner Kammerorchester, und in der Tribüne inszenierte Viktor de Kowa mit Käthe Haack und Karl Schönböck Max Mohrs Komödie «Improvisationen im Juni». Am 22. August 1945 folgte die Carl-Zuckmayer-Premiere des «Fröhlichen Weinbergs» im Hebbeltheater mit Ernst Sattler, Franz Nicklisch, Charlotte Radspieler und Walter Gross. Ernst Stahl-Nachbaur führte Regie. Und am gleichen Tage, da die amerikanische Militärregierung eine allgemeine Impfung der Bevölkerung ihres Sektors gegen Typhus und Paratyphus anordnete, wurde der Dirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters, Generalmusikdirektor Leo Borchard, von einem amerikanischen Wachtposten versehentlich erschossen. Borchard befand sich auf dem Heimweg vom ersten festlichen Konzert der Deutschen Staatsoper im Admiralspalast. Eröffnungsansprachen hielten Oberbürgermeister Dr. Werner und der Staatsoperintendant Ernst Legal. Es sangen unter anderen Margarete Klose, Erna Berger, Willi Domgraf-Fassbaender, Ludwig Suthaus, Peter Anders und Jaro Prohaska.

Am 24. August 1945 fand eine Freilichtaufführung von Shakespeares «Somnarnachtstraum» im Zehlendorfer Haus am Waldsee statt, in der unter Hanns Schulz-Dornburgs Regie Ludwig Körner und Kurt Meisel mitwirkten.

Ebenfalls in Zehlendorf, im Künstlerhaus an der Berliner Strasse, wurde am 27.

August 1945 die Jürgen-Fehling-Theater-Gesellschaft gegründet. Der Regisseur Jürgen Fehling rief aus: «Wir müssen durch das Theater unser wahres Gesicht wieder suchen, wieder finden, wieder begreifen.» Joana Maria Gorvin, Rotraut Richter und Bruno Fritz führten Szenen aus Goethes «Faust» (Vorspiel auf dem Theater), aus Shaws «Androklus und der Löwe» und Kleists «Prinz von Homburg» auf.

Endlich brachte auch die Städtische Oper ihre erste Opernaufführung nach dem Kriege am 4. September 1945: Beethovens «Fidelio» unter der Regie von Michael Bohnen. Dirigent war Robert Heger. In den Hauptpartien sangen Hanns Heinz Nissen, Karina Kutz, Wilhelm Schirp und Irma Beilke.

Die Elite der deutschen Schauspieler, Sänger und Regisseure schien sich in den ersten Wochen und Monaten nach der Kapitulation in Berlin zu befinden. Sie erhob den Anspruch, Berlin wieder, wie in den Jahren vor 1933, zur künstlerischen Mitte Deutschlands zu machen.

Als kulturpolitisches Führungsinstrument hatten die Kommunisten den «Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands» für diese künstlerische Zusammenballung in Berlin vorgesehen, der am 8. August 1945 im Haus der früheren Reichsfilmkammer in der Schlüterstrasse nahe dem Kurfürstendamm mit der offiziellen Gründungsversammlung vor die Berliner trat. Der aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrte Münchner Schriftsteller Johannes R. Becher (KPD) wurde zum Präsidenten gewählt, im Präsidium sassen der Maler Carl Hofer, der Schriftsteller Bernhard Kellermann, der Altphilologe Professor Dr. Johannes Stroux.

Generalsekretär wurde der Kommunist Heinz Willmann. Dem sechszwanzigköpfigen Präsidialrat gehörten unter anderen die Kommunisten Otto Winzer, Hans Mahle und Anton Ackermann an, ausserdem der Sozialdemokrat Gustav Dahrendorf, die CDU-Mitgründer Dr. Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer.

Keiner Partei waren zuzuzählen: der Schauspieler Paul Wegener, der Theaterkritiker Herbert Ihering, die Bildhauerin Renée Sintenis, der Staatsopernintendant Ernst Legal, der Schauspieler Eduard von Winterstein, der Literaturkritiker Paul Wiegler, der Historiker Professor Dr. Holtzmann.

Das Kulturbundprogramm, in Moskau ausgearbeitet, sah die Bildung einer «nationalen Einheitsfront der deutschen Geistesarbeiter» und die «Neugeburt des deutschen Geistes im Zeichen einer streitbaren demokratischen Weltanschauung» vor.

Die zukünftige Geschichte dieses Kulturbundes sollte bald zeigen, was die Kommunisten darunter verstanden. In jenen Tagen jedoch wies das Programm phantastische Ziele auf: die Überprüfung der geschichtlichen Gesamtentwick-

lung des deutschen Volkes oder die Wiederentdeckung und Förderung der freiheitlichen humanistischen, wahrhaft nationalen Traditionen des deutschen Volkes. Auch die neue Kommunistische Partei Deutschlands wollte die Revolution von 1848 beenden...

An diesem Tage erschien die «Allgemeine Zeitung» zum erstenmal. Sie wurde von der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika herausgegeben, ihr Chefredakteur war Hans Wallenberg. Als «Die Neue Zeitung» sollte diese Gründung später zur ersten Widersacherin des Kulturbundes Johannes R. Bechers in Berlin werden.

Die Liberaldemokraten erhielten eine sowjetische Lizenz für ihre Zeitung «Der Morgen» (Herausgeber Dr. Wilhelm Külz, Chefredakteur Wilhelm John).

Während in Berlin Kunst und kulturelles Leben scheinbar einer neuen reichshauptstädtischen Blütezeit inmitten von Not und Elend und Hunger entgegengingen, fielen ausserhalb Berlins, in der Ostzone, neue Entscheidungen, die andeuteten, wohin die Besatzungspolitik der Sowjets führen könnte. Am 23. Juli 1945 wurden alle Privatbanken der Ostzone von der Sowjetischen Militäradministration aufgelöst.

Fünftes Kapitel

WAS HEISST HIER DEMOKRATIE?

Britische, amerikanische und etwas später auch französische Offiziere hatten sich, vier Wochen nach dem Einzug der Westmächte in Berlin, mit dem von Walter Ulbricht beeinflussten System der neuen deutschen Selbstverwaltung auseinandersetzen. In ihren Sektoren waren sie nun die Befehlsgeber und Kontrolleure der Deutschen. Sie stiessen zuerst auf die Blockwarte, Strassen- und Hausobleute. Die westalliierten Offiziere der Militärregierungen glaubten, diese Obleute seien noch aus der Hitlerzeit übriggeblieben, aber es hatte nur eine Wachablösung in den Häusern, Strassen und Stadtvierteln stattgefunden. Der Magistrat von Berlin wollte dieses Überwachungssystem für die Bevölkerung dazu noch verfassungsrechtlich verankern. Die Berliner empfanden die Obleute als Demütigung unter vielen Demütigungen, die an die Hitlerjahre erinnerten. Sie unterrichteten die Offiziere der westlichen Besatzungsmächte.

Die Briten reagierten zuerst.

Am 17. August 1945 erklärte der britische Kommandant von Charlottenburg: «In vielen Fällen dünken sich diese Obleute kleine Könige der Bevölkerung gegenüber. Diese Auffassung soll sofort ausgerottet werden. Die Obleute sind nicht die Herren, sondern die Diener der Bevölkerung.»

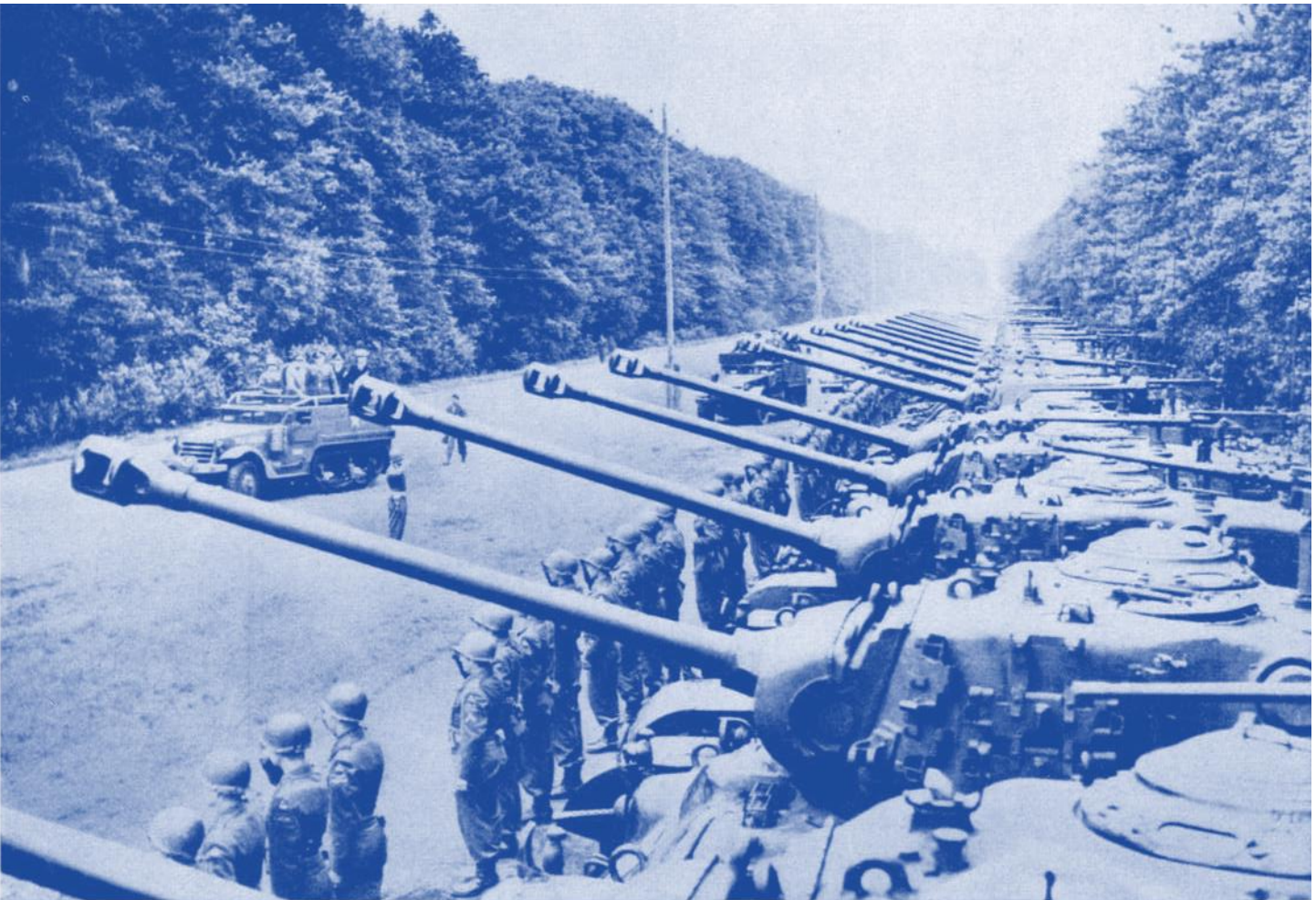
Die Briten wollten die Obleute umerziehen. Die Amerikaner dachten nicht daran. Um keinen Preis wollten sie den Terror der Obleute andauern lassen.

Am 21. August 1945 befahl die amerikanische Militärregierung den Obleuten ihres Sektors, sogleich die Tätigkeit einzustellen.

«Das System der Block-, Strassen- und Hausobleute ist dem System der Nazizeit nachgeahmt und in keiner Weise demokratisch.»

Sofort protestierte Bürgermeister Karl Maron (KPD) im Namen des Magistrats wegen der «verhängnisvollen Folgen» dieses Befehls. Im sowjetischen Sektor Berlins wurde das Obleutesystem niemals abgeschafft. Die Stadt war nach dem Einzug der Westmächte noch mehr als bisher das Ziel von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den Ostgebieten, aber auch aus der sowjetischen Zone geworden. Eine viertel Million Deutsche hatte sich trotz des Verbots durch die Alliierte Kommandantur in Berlin niedergelassen. Ein sowjetischer Befehl aus den Maitagen setzte die Bevölkerungszahl auf 2,8 Millionen fest. Nur für diese Anzahl Menschen durften Lebensmittel ausgegeben werden.

Doch dieses Zuzugsverbot wurde von der deutschen Selbstverwaltung und den neuen Einwohnern umgangen. Viele von ihnen erhielten jedoch keine Lebens-



Paradeaufstellung amerikanischer Panzertuppen auf der Berliner Avus
am 21. Juli 1945



Siegesparade der vier Besatzungsmächte am Brandenburger Tor anlässlich des Sieges über Japan am 7. September 1945. Unter den Offizieren auf der Tribüne Marschall Schukow und General Clay

mittelkarten. Sie bekamen zum Teil eine Notverpflegung aus dem Sonderfonds für Opfer des Faschismus, der für zehntausend Einwohner bereitgestellt worden war. Es hatten sich aber nur etwa viertausend Berliner als Opfer des Faschismus registrieren lassen.

Besonders drastisch wirkte sich das Zuzugsverbot gegenüber heimkehrenden deutschen Soldaten aus. Einige Ernährungsämter sahen sich nicht in der Lage, den Heimkehrern Lebensmittelkarten auszuhändigen. Die Heimkehrer wurden manchmal als Kriegsverlängerer bezeichnet.

Während die Berliner und mit ihnen die für ihre Ernährung verantwortlichen Besatzungsoffiziere angesichts des kommenden Winters eine Ernährungskatastrophe befürchteten, wirkte der Schwarze Markt, der besonders im Tiergarten, vor dem zerstörten Reichstagsgebäude und dem Brandenburger Tor blühte, nicht nur, wie der Wirtschafts-Stadtrat Josef Orlopp erklärte, «als unvermeidliche Begleiterscheinung der gegenwärtigen ungeheuren Not», sondern auch als Schauplatz der Begegnung zwischen den Besatzungssoldaten aller vier Mächte sowie der Berliner mit diesen Soldaten.

In dieser Situation erwogen die westlichen Alliierten ernsthaft eine Teilevakuierung der Berliner Bevölkerung in die westlichen Besatzungszonen. Der Magistrat argumentierte dagegen. Er wies nach, dass der freiwerdende Wohnraum sofort von illegalen Zuwanderern belegt würde.

Ausserdem konnte der Magistrat darauf hinweisen, dass die ersten Lebensmittellieferungen der britischen und amerikanischen Militärregierungen aus den westlichen Zonen eintrafen, so dass die Versorgung mit Trockenmilch, Fleisch, Öl und Mehl für einen Monat gesichert war. Hausbrand für den kommenden Winter stand jedoch nicht in Aussicht.

Am 31. August 1945 forderte der Hauptausschuss beim Magistrat «Opfer des Faschismus» Thomas Mann auf, so bald wie möglich aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland heimzukehren, um an der «geistigen und seelischen Gesundung des deutschen Volkes» mitzuarbeiten. Thomas Mann sagte nicht zu.

Am gleichen Tag setzte sich der erste Vorsitzende der SPD Berlins und der Ostzone, der Hannoveraner Otto Grotewohl, für eine grosse und starke Einheitspartei der Werktätigen ein. Auf einer SPD-Versammlung erklärte er, die Arbeiterschaft müsse aus der Vergangenheit lernen, dass die Einheit eine Notwendigkeit sei.

Am 30. August 1945 hatte die Kontrollrats-Proklamation Nr. 1 erklärt, dass die oberste Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes angingen, dem Alliierten Kontrollrat übertragen worden sei.

Alle Militärgesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Anweisungen, die bereits von den einzelnen Oberbe-

fehlshabern oder in ihrem Namen für ihre Besetzungszonen herausgegeben worden seien, blieben jedoch weiterhin in Kraft.

Zwei Tage später, am 1. September 1945, begann in der sowjetischen Zone auf sowjetischen Befehl die Bodenreform.

Eine Landverteilung hätte nach der Proklamation Nr. 1 in die Zuständigkeit des Kontrollrats gehört. Die Sowjets kümmerten sich um solche Zuständigkeiten nicht. Sie setzten in ihrem Besatzungsgebiet die gesellschaftliche Umwälzung fort, die zur Spaltung Deutschlands führen musste.

Der Bodenreformgesetzentwurf für die verschiedenen Landesverwaltungen wurde in Moskau verfasst. Durch Kurier war er dem Zentralkomitee der KPD übersandt worden. Dort, im Büro Anton Ackermanns, wurde der russische Text ins Deutsche übersetzt.

Die Landaufteilung war im Juli 1945 durch Besuche des sowjetischen Staatsbürgers Walter Ulbricht mit sowjetischen Offizieren in einigen Dörfern der Mark Brandenburg vorbereitet worden.

Darauf fanden in vielen Dörfern der Ostzone Versammlungen statt, auf denen Landarbeiter und Kleinbauern von kommunistischen Parteimitgliedern und sowjetischen Offizieren aufgefordert wurden, «Junkerland in Bauernhand» zu übernehmen. Die Aufteilung des Grossgrundbesitzes wurde auch mit Goethes «Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen» verlangt. Es bestanden in der Notzeit von 1945 kaum Bedenken gegen die Enteignung des Grossgrundbesitzes über hundert Hektar, denn es gab zahllose aus dem Osten vertriebene Bauern, die landhungrig waren und ihre landwirtschaftliche Existenz wiederaufbauen wollten.

Aber die Enteignung sollte entschädigungslos sein.

Am 4. September 1945 wurde der ins Deutsche übertragene russische Gesetztext im Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Sachsen veröffentlicht. Die anderen Länder der Ostzone schlossen sich mit ähnlichen Gesetzen an.

Im Berliner antifaschistischen Block der vier Parteien kam es jedoch zu Schwierigkeiten. Wieder war es der erste Vorsitzende der CDU, der Bauernführer ohne Land, Dr. Andreas Hermes, der sich den Kommunisten widersetzte, da die einseitige gesellschaftliche Umwälzung in der Ostzone die Reichseinheit bedrohte. Hermes musste ausserdem fürchten, dass dieser einseitige Akt der Berliner Reichsführung der CDU schaden würde, da in den westlichen Zonen wohl kaum eine derartige rigorose Bodenreform zu erwarten war. Er unterzeichnete den Aufruf zur Bodenreform mit Vorbehalten, die von der CDU-Führung später präzisiert wurden. Mitunterzeichner dieses Aufrufs waren Wilhelm Pieck für die KPD, Otto Grotewohl für die SPD und Dr. Waldemar Koch für die LDP.

Auf die Existenz dieses Parteienblocks für Berlin und die sowjetische Zone wies am 20. September 1945 der amerikanische Oberbefehlshaber General Dwight D. Eisenhower in einem Bericht an seine Regierung hin. Er stellte dazu fest, dass derartige Blockbildungen der traditionellen amerikanischen Auffassung von einer demokratischen Politik widersprächen und darum in der amerikanischen Zone nicht gefördert werden könnten.

Eisenhower war nicht zuletzt durch das Auftreten der Sowjets bei der Siegesparade am Brandenburger Tor anlässlich der Niederwerfung Japans verstimmt. Diese Parade vom 7. September 1945 sollte die Einigkeit und den Willen zur Zusammenarbeit unter den Besatzungsmächten gegenüber der deutschen Bevölkerung beweisen. Doch das sowjetische Oberkommando missachtete die getroffenen Abmachungen über die Stärke der teilnehmenden Truppenverbände. Unter Hinweis auf das von der Roten Armee beanspruchte Hauptverdienst an der Niederwerfung Deutschlands demonstrierten die Sowjets ihre militärische Stärke in der von ihnen eroberten deutschen Hauptstadt mit einem viel grösseren Truppenkontingent. Die Parade endete mit einer Verstimmung unter den beteiligten Mächten.

Die Missachtung von unter Offizieren getroffenen Vereinbarungen musste General Eisenhower besonders hart treffen, denn diese Parade sollte ja den Sieg über Japan feiern, der von den Amerikanern erzielt worden war. Ausserdem griff das sowjetische Oberkommando durch dieses Auftrumpfen vor dem Brandenburger Tor indirekt Eisenhowers Loyalität gegenüber der Übereinkunft mit Stalin Ende März 1945 an, die den alliierten Oberbefehlshaber im April 1945 vom Vormarsch auf Berlin abhielt und wider den Willen des britischen Premierministers Churchill an der Elbe verharren liess.

Hier, vor dem Brandenburger Tor, wurde den Amerikanern die erste von zahllosen «Ohrfeigen» versetzt. Eisenhower sollte nie verwinden, dass ihm die Sowjets für sein Verharren an der Elbe nicht mit der loyalen Einhaltung von Vereinbarungen entgegenkamen ...

Den amerikanischen Besatzungsoffizieren war auch aufgefallen, dass sämtliche Zeitungen der politischen Parteien im Sowjetsektor erschienen. Dadurch unterlagen sie mit ihren Redaktionen und Druckereien allein der sowjetischen Zensur und Beeinflussung. Auch der einzige Berliner Rundfunksender, der Berliner Rundfunk im britischen Sektor der Stadt, wurde von russischen Soldaten bewacht. Hans Mahle von der Gruppe Ulbricht war hier unter Sowjetoffizieren der deutsche Hausherr. Der Berliner Rundfunk sendete als Stimme Berlins für ganz Deutschland. Aber diese Stimme war die Stimme der deutschen Kommunisten und ihrer sowjetischen Überwacher.

Die Amerikaner forderten, den Berliner Rundfunk unter Viermächtekontrolle zu stellen, was die Sowjets jedoch ablehnten. So kam es zu Vorbereitungen für ein Drahtfunknetz im amerikanischen Sektor, aus dem später der Sender RIAS hervorgehen sollte. Jetzt mussten aber die Amerikaner erst befehlen, dass Radiogeräte nicht mehr beschlagnahmt werden dürften, damit die Einwohner ihres Sektors Radiosendungen empfangen konnten.

Ende April 1945 hatte der sowjetische Stadtkommandant Radiogeräte zum Beutegut der Roten Armee erklärt und die Ablieferung befohlen. Auch Kraftfahrzeuge und Fahrräder gehörten zum Beutegut. Autos, die von der neuen deutschen Selbstverwaltung wieder in Dienst gestellt wurden, erhielten ein Nummernschild mit der Bezeichnung *Berlin Gorod (Stadt Berlin)*.

Am 23. September 1945 kam es zu einem neuen Zwischenfall unter den Besatzungsmächten. Im Olympiastadion wollten sich die Besatzungsangehörigen aller vier Mächte zu einem Sportfest zusammenfinden. Die Sowjets hatten zugesagt, eine Mannschaft zu stellen. Aber in letzter Stunde zogen sie ihre Meldung zurück.

An diesem Tage setzte im Bezirk Pankow des sowjetischen Sektors eine umfassende politische Schulung der Haus- und Strassenobleute ein. Im Ostsektor waren diese Obleute zu einem festen Bestandteil der Selbstverwaltung geworden.

Für die Selbstverwaltung forderten die CDU, SPD und LDP eine Änderung der Stellenbesetzung in den einzelnen Bezirken. Jede zugelassene Partei sollte 25 Prozent der Posten besetzen. Dagegen wandten sich die Kommunisten mit dem Hinweis, auf diese Weise würden nur Parteileute, aber keine tüchtigen Arbeiter in die städtische Verwaltung gelangen. Volksbildungsstadtrat Otto Winzer erklärte am 21. September 1945, dass eine «Rückkehr zu der alten Parteienwirtschaft unmöglich» sei.

Der Stadtkämmerer Dr. Siebert sagte damals optimistisch: «Wir sind die Besiegten, und die Alliierten sind unsere Reichsregierung, die über uns steht, sie dürfen nicht als unsere Feinde betrachtet werden.»

Schwierig genug war es schon für die Berliner, das zu glauben. Denn wie sollten sie sich gegenüber dieser «alliierten Kontrollrats-Reichsregierung» verhalten, wenn die Besatzungsmächte gegenteilige Befehle erliessen? So bezeichnete die amerikanische Militärregierung in einem Schreiben an den Oberbürgermeister Presseäußerungen eines Magistratsmitgliedes gegen das amerikanische Verbot der Haus- und Strassenobleute als «eine Beleidigung der Autorität der Vereinigten Staaten von Amerika». In diesem Schreiben wurde jede Aktion oder öffentliche Erklärung untersagt, die zu den Grundsätzen der amerikanischen Militärregierung im Gegensatz stehe.

Umgekehrt wandten sich kommunistische und sozialdemokratische Magistratsmitglieder gegen die «substanzlosen Kritiken aus Kreisen passiver Menschen, durch die jede aufbauende Arbeit des Magistrats bekrittelt und herabgesetzt» würde.

Bürgermeister Karl Maron griff die CDU-Tageszeitung «Neue Zeit» besonders heftig an, die am 13. September 1945 die Auffassung vertrat, die Anordnungen des Magistrats könnten wegen des Fehlens einer rechtlichen Arbeitsgrundlage nicht rechts wirksam sein. Diese journalistische Attacke einer Zeitung, die im sowjetischen Sektor erschien, war von ungewöhnlicher Kühnheit.

Der Magistrat sah sich veranlasst zu beschliessen, dass alle Verwaltungsanordnungen des Magistrats und der Bezirksämter nach Beendigung der Kampfhandlungen bis zum 10. Juli 1945, dem Vortage der «Machtübernahme» durch die Alliierte Kommandantur in Berlin, wegen Staatsnotstandes für Rechtens zu erklären seien.

Die Berliner bezahlten in diesen Septembertagen für ein Pfund Pferdefleisch 60 Reichsmark auf dem Schwarzen Markt. Statt Fleisch wurden Heringe zugeteilt, die schon anderthalb Jahre in Wesermünde gelagert hatten und nicht in Kühlwagen nach Berlin gelangten, wo sie erst nach zweieinhalb Wochen freigegeben wurden. Sie waren fast vollständig ungeniessbar, aber es wurde kein Ersatz geliefert.

Immer wieder kam es in der Öffentlichkeit zu schweren Angriffen gegen die Tätigkeit der Ernährungsämter, die mit bestechlichen und unfähigen Personen besetzt waren.

Die Militärregierungen warfen den Ernährungsämtern vor, sie hielten Lebensmittel zurück, die in den Magazinen bereitlägen. Am 26. September 1945 teilte der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, General Clay, auf einer Pressekonferenz mit, es würden gegenwärtig Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten über die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen geführt. Diese Zentralverwaltungen sollten auf Grund der Potsdamer Beschlüsse geschaffen werden.

Er fügte hinzu, die Vereinigten Staaten setzten sich für diese deutschen Zentralverwaltungen ein und die Militärregierung plane die Verlegung ihres Sitzes von Frankfurt am Main nach Berlin, «sobald die deutschen Zentral Verwaltungen funktionieren».

Aber General Lucius D. Clay musste wissen, als er diese Erklärung abgab, dass vier Tage vorher, am 22. September 1945, der französische Vertreter im Kontrollrat, General Koeltz, sich gegen eine Zentralisierung des deutschen Transportwesens ausgesprochen hatte. Frankreich hatte das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet. Die Franzosen weigerten sich, deutschen Zentralverwaltungen zuzustimmen.

Wollte General Clay die Franzosen durch diese Flucht in die Öffentlichkeit bewegen, ihre Vorbehalte aufzugeben? Oder spürte er damals schon, dass hier Entscheidungen anstünden, die in die Geschichte eingehen würden? Ging es jetzt schon um ein Alibi für die Zukunft?

Auch am 1. Oktober 1945 kam es im Kontrollrat zu keinem Beschluss in der Frage der deutschen Zentralverwaltungen. Der französische Vertreter legte gegen alle Anfänge einer deutschen Zentralregierung das Veto ein.

Am 21. Dezember 1945 wiederholte sich dasselbe noch einmal, als der Kontrollrat die Frage einer deutschen Zentralverwaltung für das Post- und Nachrichtenwesen behandelte. Darauf schlug der amerikanische Vertreter vor, diese Zentralverwaltung nur für die amerikanische, britische und sowjetische Zone einzurichten.

Aber dagegen waren nun die Sowjets und die Briten.

Damit scheiterten gesamtdeutsche Zentralverwaltungen unter Aufsicht des Kontrollrats in Berlin.

Die Aufteilung Deutschlands zeigte sich am Horizont. Nicht nur in Besatzungszonen würde dieses Restdeutschland aufgespalten sein, sondern in mehrere, von den Deutschen mitverantworteten «Nachfolgestaaten». Den Berliner Parteien schien nichts übrigzubleiben, als nun die zweckmässigste Verfassung ihrer Stadt zu diskutieren. Dies geschah einen Tag nach dem Scheitern deutscher Zentralverwaltungen durch den Einspruch der Franzosen im Alliierten Kontrollrat. Im Stadthaus diskutierten die vier Berliner antifaschistischen Parteien den Entwurf einer vorläufigen Verfassung für Gross-Berlin.

Sollte die Stadt eine Stadtrepublik werden – nach dem Muster der früheren Hansestädte? Sollte Berlin überhaupt Hauptstadt eines Landes werden dürfen – und welchen Landes? Der Staat Preussen bestand nicht mehr; er war durch Hitlers Reichsregierung in Gauen zerschlagen worden. Ausserdem hatten die Siegermächte erklärt, dass sie Preussen nicht wiedererstehen lassen würden.

In dieser Sitzung wurde Berlin als Reichshauptstadt nicht erwähnt. Aber weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteivertreter konnten annehmen, dass Berlin *niemals* wieder deutsche Hauptstadt würde. Ein Verzicht auf diese Rolle Berlins wurde nie von Berliner Politikern in jener Zeit ausgesprochen, aber man scheute sich auch, vor der Öffentlichkeit darauf zu bestehen. Die Kommunisten wollten Berlin zur Hauptstadt einer deutschen Räte- (auf russisch: Sowjet-) Republik machen. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien sahen Berlin als Hauptstadt eines parlamentarisch regierten Deutschlands, wobei innerhalb der Berliner Sozialdemokratie erhebliche Spannungen über die Form einer Angleichung an die Republik von Weimar bestanden.

Mittlerweile war die erste nicht von den Sowjets zensierte und lizenzierte deutsche Tageszeitung gegründet worden.

Die Amerikaner gaben den Herausgebern des «Tagesspiegel»* eine Lizenz: dem Schriftsteller Erik Reger, dem Theaterkritiker Walther Karsch, dem Reichskunstwart der Weimarer Republik, Professor Edwin Redslob, und Dr. Heinrich von Schweinichen. Diese liberale Zeitung, getragen von dem starken publizistischen Temperament Erik Regers, wurde bald zum Meinungsforum für die nun anhebenden Auseinandersetzungen in den politischen Parteien.

«Der Tagesspiegel» trat mit dem CDU-Organ «Neue Zeit» gegen die Anmassung der Kommunisten in Magistrat und Bezirksämtern mutig auf. Im Gegensatz zu der sowjetisch lizenzierten «Neuen Zeit» aber konnte der «Tagesspiegel» nun in einen Prozess eingreifen, der für die Zukunft Berlins und Deutschlands von grösster Bedeutung werden sollte. Es handelte sich um die Rolle der Sozialdemokratie in der Viermächtestadt.

Die Chance, sofort nach der Eroberung der Stadt eine Sozialistische Partei zu schaffen, in der Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam vertreten waren, hatte bestanden. Aber Stalin, Dimitroff und Ulbricht sahen es als sicher an, dass die von ihnen abhängige, durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte Kommunistische Partei nun, nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus, die Masse der Arbeiter gewinnen würde.

Sie setzten auf eine Vormacht der KPD, aber sie wurden bitter enttäuscht.

Die KPD wurde von der Besatzungsmacht bevorzugt. Aber die sowjetischen politischen Offiziere mischten sich immer mehr in die Organisation der SPD ein, um kritische und unabhängige Stimmen zum Schweigen zu bringen.

In Berlin und in der Ostzone überholte die Parteiorganisation der SPD bald die der KPD. Damit stieg das Selbstbewusstsein der Sozialdemokraten gegenüber der von der Sowjetmacht so bevorzugten KPD.

Ausserdem war es ja die SPD, die für Sozialisierung eintrat, ebenso wie die CDU, während die KPD aus taktischen Gründen nicht vom Sozialismus sprach. Ein Arbeiter, der zwischen KPD und SPD zu wählen hatte, musste also eher der SPD beitreten als der KPD, wenn er an den Sozialismus dachte und von ihm etwas erwartete.

Es kam natürlich hinzu, dass die KPD in der Sowjetzone durch die sowjetische Besatzungsmacht kompromittiert war. Für Opportunisten freilich war in der KPD Platz genug. Aber hatten nicht gerade die deutschen Arbeiter und die übrige Bevölkerung durch ihren Opportunismus im Jahre 1933 und später böse Erfahrungen gemacht?

Für den Berliner Zentrallausschuss der SPD war jedoch, wie für die Berliner Reichsführung der CDU, noch ein anderes Problem von grösster Wichtigkeit. Gegenüber den Wiedergründungen der SPD in den westlichen Besatzungszonen konnte dieser Zentrallausschuss sich nur behaupten, wenn er Selbständigkeit bewahrte und möglichst die Kompromittierung durch die «Blockpolitik» unterließ.

Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck hatten mit Otto Grotewohl manche Kontakte. Dieser hatte im Sommer 1945 Verbindung mit Dr. Kurt Schumacher in Hannover aufgenommen, der in der britischen Zone die SPD führte. Kumpels in einem Bergwerk an der Demarkationslinie vermittelten unterirdisch, in Schächten, die unter der Zonengrenze verliefen, den Austausch von Kurieren. Am 5. Oktober 1945 kam es in Wennigsen bei Hannover zur ersten gesamtdeutschen, interzonalen SPD-Konferenz.

Otto Grotewohl forderte, dass sein Berliner Zentrallausschuss als höchstes Parteigremium anerkannt würde. Diese Führungsspitze sollte allerdings durch SPD-Vertreter aus den westlichen Zonen vervollständigt werden.

Es musste zu einer Kontroverse zwischen Dr. Kurt Schumacher und Otto Grotewohl kommen. Beide SPD-Führer drängten zur Macht über die gesamte Partei. Grotewohls Machtanspruch war kompromittiert durch die von Ulbricht und den Sowjets veranlasste Berliner «Blockpolitik». Würde Schumacher in den Berliner «Reichsvorstand» der SPD eintreten, so musste er sich der «Blockpolitik» mehr oder weniger unterwerfen. Er konnte sie auch aushöhlen und unwirksam machen, indem er die SPD zur Opposition innerhalb dieses «Blocks» bewegte. Schumacher hätte sich damit offen gegen die Sowjets wenden müssen. Im Oktober 1945 waren die Chancen gering, dadurch die Westmächte in Berlin zu bewegen, einen deutschen Parteiführer zu unterstützen. Und was würde in der Ostzone mit der SPD geschehen, wenn die Berliner Führung gegen die Sowjets opponierte?

Kurt Schumacher sah die Grenzen, die in diesem Augenblick einem deutschen Parteiführer gezogen waren. Er widersetzte sich Grotewohls Absicht, die Berliner SPD-Führung durch Hinzuziehung von Vertretern der SPD aus den westlichen Zonen zu erweitern. Er misstraute Grotewohls Stehvermögen gegenüber der KPD und den Sowjets.

Grotewohl bat nun um Argumente, die KPD hinzuhalten, die Forderungen der SPD bei einer Vereinigung mit der KPD immer höher zu schrauben und so unerfüllbar zu machen.

Dr. Kurt Schumacher war aber nur bereit, die Führung der Gesamtpartei noch offen zu lassen. Der Berliner Zentrallausschuss sollte für die sowjetische Besat-

zungszone massgebend sein, dafür würden die SPD-Vertreter aus den westlichen Zonen davon absehen, einen Parteivorstand zu schaffen.

Es wurde jedoch eine Zusammenarbeit zwischen dem Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei für die westlichen Besatzungszonen, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher, und dem Berliner Zentralausschuss vereinbart.

Otto Grotewohl versprach darauf Dr. Kurt Schumacher, dass er die SPD der Zone und Berlins auflösen werde, falls der Druck der Sowjets, KPD und SPD zu einer Sozialistischen Partei zu vereinigen, nicht mehr zu umgehen sei.

Dieses Versprechen sollte Grotewohl bald brechen.

Schon am 6. Oktober 1945, einen Tag nach der SPD-Konferenz in Wennigsen bei Hannover, gründeten KPD und SPD in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft, die paritätisch mit je fünf Vertretern besetzt war. Zweck der Arbeitsgemeinschaft sollte das gemeinsame Vorgehen in Berlin sein.

Diese Arbeitsgemeinschaft war die Antwort der KPD auf Grotewohls Reise nach Wennigsen bei Hannover.

Auch die CDU Berlins hatte seit August 1945 Verbindung zu den zahlreichen CDU- und CSU-Gründungen in den westlichen Zonen aufgenommen. Den Berliner CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes trieb die Sorge, es könnte den Sowjets gelingen, die deutsche Einheit, die trotz vier Besatzungszonen zu diesem Zeitpunkt noch vorhanden war, aufzureissen, indem sie in ihrer Zone eine neue Gesellschaftsordnung errichteten.

Die sowjetischen Absichten konnten jedoch nur durchkreuzt werden, wenn es gelang, in Berlin die Reichsführung einer grossen bürgerlichen Massenpartei zu errichten, die für ganz Deutschland gedacht war. Denn die CDU war jetzt nicht, wie die SPD der Ostzone, durch Vereinigungsbestrebungen mit der KPD gefährdet. Schumachers Abrücken von einem Berliner «Reichsvorstand» seiner Partei hatte parteitaktische Gründe. Die CDU, geführt von Männern des 20. Juli 1944 und zu dieser Zeit doch wieder begünstigt von der sowjetischen Besatzungsmacht (die freilich damit sehr egoistische Ziele verfolgte), hatte die Chance, als gesamtdeutsche Partei aufzutreten.

In der Berliner Reichsgeschäftsstelle der CDU begann eine fieberhafte Tätigkeit, um die CDU- und CSU-Gründungen in den westlichen Zonen für sich zu gewinnen. Männer, die während des nationalsozialistischen Regimes sich im Widerstand gegen Hitler getroffen und die nun das Vermächtnis der Opfer des 20. Juli 1944 übernommen hatten, besuchten sich unter unvorstellbaren Schwierigkeiten. Es gelang ihnen, für Dezember eine Reichstagung der CDU in Bad Godesberg vorzubereiten, auf der Andreas Hermes eine grosse deutsche Christ-

lich-Demokratische Union aus den verschiedenen Gründungen und Landesverbänden unter seinem Vorsitz schaffen wollte.

Dadurch wollte er in Berlin eine bürgerliche Macht gegen die drohende Vereinigung von SPD und KPD schaffen und zugleich gegenüber den Sowjets als Führer einer mächtigen Partei auf treten, die in ganz Deutschland zu Hause war. Damit mussten die unter Druck stehenden Landesverbände in der Zone entlastet werden.

Die Sowjets hatten es jedoch nur darauf abgesehen, eine Reichsführung dieser CDU zuzulassen, die keine Gefahr für ihre Politik in Deutschland werden konnte. Sie hatten einige Zeit geglaubt, es wäre möglich, einen mehr oder weniger gehorsamen CDU-Reichsvorstand in Berlin zu bekommen.

Aber der Widerstand von Andreas Hermes gegen die Bodenreform in der Ostzone machte sie misstrauisch. Die verwegenen Attacken, die vom Berliner CDU-Organ «Neue Zeit» gegen den von den Sowjets eingesetzten Magistrat geführt wurden, gefielen ihnen nicht. Andreas Hermes wurde immer markanter ein deutscher Gegenspieler der Politik, die Ulbricht und Pieck verfolgten.

Am 17. Dezember 1945 gestattete das Koordinierungskomitee des Kontrollrats die Ausgabe befristeter Passierscheine für einzelne Gruppen von Deutschen im Interzonenverkehr. Für den 19. Dezember 1945 war die Reichstagung der CDU in Bad Godesberg angesetzt. Jetzt hatten die Berliner CDU-Führer die Möglichkeit, legal an den Rhein zu reisen.

Doch dazu sollte es nicht kommen.

Am 8. Dezember 1945 war der «Antifaschistische Block» in Berlin erstmalig seit seiner zwangsweisen Bildung auseinandergefallen. Nur SPD, KPD und LDP hatten einen Aufruf unterzeichnet, der «Andas werktätige Volk in Stadt und Land» gerichtet war und um Mithilfe beim Aufbau der durch die Bodenreform geschaffenen Neubauernstellen bat.

Die beiden CDU-Vorsitzenden, Dr. Hermes und Dr. Schreiber, lehnten es ab, den Aufruf zu unterschreiben. Sie erklärten den anderen Parteivertretern im «Block», dass sie in dem Aufruf eine Billigung «gewisser rechtswidriger Handlungen bei der Durchführung der Bodenreform, unter anderem die Verletzung des Eigentumsrechts», sehen müssten. Die CDU hatte sich ausdrücklich zu einer angemessenen Bodenreform bekannt, aber die Notwendigkeit betont, das Privateigentum zu achten und eine klare Rechtslage zu schaffen, was nicht geschehen war. Zum Beispiel wurden die enteigneten Grundbesitzer mit ihren Familien teilweise auf die Insel Rügen deportiert und dort ausgesetzt. Hermes und Schreiber hatten sich nicht gesträubt, am gleichen Tag auch für Berlin einen antifaschistischen Einheitsblock der Parteien zu gründen.

Diese Unterschriftsverweigerung vom 8. Dezember 1945 nahm nun der politische Beauftragte der Sowjetischen Militärverwaltung, Oberst Tulpanow, zum Vorwand, um die Teilnahme von Hermes und Schreiber an der Godesberger Reichstagung der CDU zu verhindern und beide aus dem politischen Leben in Berlin auszuschalten.

Am 19. Dezember 1945 wurden die ersten und zweiten Vorsitzenden der CDU, Dr. Andreas Hermes und Dr. Walther Schreiber, beide ehemalige Reichsminister, in das sowjetische Hauptquartier nach Berlin-Karlshorst befohlen. Dort übermittelte ihnen Oberst Tulpanow den Befehl des sowjetischen Oberkommandierenden, Marschall Schukow, von ihren Parteiämtern zurückzutreten.

Tulpanow war der Aufseher über die deutschen Parteien der Zone und Berlins. Er begründete den Befehl seines Marschalls mit dem Hinweis auf den «immer reaktionärer werdenden Kurs der CDU», auf «Reden der beiden Parteivorsitzenden, die als Stellungnahmen gegen die sowjetische Besatzungsmacht auszulegen wären», ausserdem auf «Wünsche von Landesverbänden der CDU in der Ostzone, von denen Bedenken gegen die Geschäftsführung des Zentralvorstandes in der Berliner Jägerstrasse geäussert» worden wären.

Ausserdem verweigerte Oberst Tulpanow den beiden CDU-Vorsitzenden die Reisepapiere für die Fahrt nach Bad Godesberg.

Am gleichen Tage fand eine Sitzung des Zentralausschusses der CDU der Ostzone und Berlins statt, an der auch Delegierte aus der Provinz teilnahmen. Hier forderte Oberst Tulpanow die Versammlung auf, die anwesenden beiden Vorsitzenden Dr. Hermes und Dr. Schreiber abzusetzen. Die CDU-Delegierten beugten sich Tulpanows Forderung.

Als neue erste und zweite Vorsitzende bestätigte die Versammlung Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Als Vertreter der Landesverbände in der Ostzone wurden Dr. Lobedanz aus Schwerin und Dr. Herwegen aus Halle in den Vorstand gewählt.

Damit hatten die Sowjets zum ersten Male in die Führung einer von ihnen lizenzierten Partei offen eingegriffen.

Tulpanow hatte im sowjetischen Hauptquartier, in der ehemaligen Pionierschule der Wehrmacht, dem Schauplatz der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation vom 8.79. Mai 1945, zuerst Dr. Hermes und Dr. Schreiber aufgefordert, freiwillig zurückzutreten. Beide weigerten sich. Darauf übermittelte Tulpanow ihnen den Befehl Schukows.

Die Reichstagung in Bad Godesberg aber fand nun ohne Dr. Hermes statt. Seine Rede wurde verlesen. Es kam nicht zur Gründung einer gesamtdeutschen CDU. Nur eine Verbindungsstelle für die Zusammenarbeit der CDU-Landesverbände wurde beschlossen, die unter Bruno Dörpinghaus in Frankfurt am Main ihre Tätigkeit aufnehmen sollte.

Hermes und Schreiber waren gescheitert. Ein Reichsvorstand der CDU galt durch den Eingriff der sowjetischen Besatzungsmacht in die Parteiführung in den westlichen Zonen nunmehr als desavouiert.

Andreas Hermes ging von Berlin nach Westdeutschland, aber es gelang ihm nicht, in der CDU Einfluss zu gewinnen.

Er wurde später Präsident der Raiffeisengenossenschaften.

Mit ihm war der Mann aus dem Kampf um Berlin ausgeschieden, der als erster Deutscher in der eroberten Reichshauptstadt wieder Verantwortung getragen hatte. Gegen ihn war Ulbricht aufgetreten, dem es gelang, Hermes aus dem Magistrat zu entfernen. Nun hatte die sowjetische Besatzungsmacht auch den Parteigründer und Parteiführer Hermes ausgeschaltet.

Der Wille der Sowjets hatte sich gegenüber widerspenstigen deutschen Demokraten behauptet. Die Massnahmen gegen Hermes und Schreiber mussten auch auf die SPD-Führung wirken. Sie wusste nun, woran sie in Berlin war. Einen Tag nach dem politischen Drama im sowjetischen Hauptquartier und in der Reichsgeschäftsstelle der CDU in der Jägerstrasse traten Zentralkomitee der SPD und Zentralkomitee der KPD unter Teilnahme von je dreissig Bezirksvertretern der SPD und KPD aus Berlin und der sowjetischen Zone im Parteihaus der SPD zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen.

Ziel der Konferenz war die Bildung einer Einheitspartei.

Beschleunigt wurde die Gründung einer derartigen Partei durch den Ausgang der ersten österreichischen Parlamentswahlen nach dem Kriege, die Ende November 1945 stattgefunden hatten.

Die Kommunisten erhielten nur vier Abgeordnetensitze, während die österreichischen Sozialdemokraten über sechsundsiebzig Abgeordnete verfügten, die österreichische Volkspartei über fünf und achtzig.

Ulbricht und Pieck zogen aus diesem Ergebnis sofort die Konsequenzen. Sie drängten die SPD-Führung, nun endlich die Einheitspartei zu bilden.

Der politische Beauftragte der sowjetischen Militärverwaltung, Oberst Tulpanow, hatte jedoch einen Grund mehr, bei Marschall Schukow auf Massnahmen gegen die CDU zu bestehen, die dann durch die Absetzung von Hermes und Schreiber verwirklicht wurden.

Bei zukünftigen Wahlen in der Ostzone musste eine Vormacht der CDU gefürchtet werden, falls SPD und KPD nicht vorher vereinigt würden.

So kam es auf der gemeinsamen Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 zu einem Beschluss von SPD- und KPD-Führung in Berlin:

«Die Einheitspartei wird eine unabhängige deutsche sozialistische Partei sein. Sie vertritt die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land nach den für Deutschland gegebenen Möglichkeiten. Der Aufbau der Einheitspartei erfolgt

nach demokratischen Grundsätzen. Freie Meinungsbildung, freie Wahl aller Instanzen sind unveräußerliche Rechte der Mitglieder. Die Einheitspartei will die parlamentarisch-demokratische Republik. Ihr Ziel ist die Verwirklichung des Sozialismus in der sozialen Demokratie. Kameradschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit beider Parteien sollen den Zusammenschluss geistig vorbereiten.»

Es gab Widerspruch von sozialdemokratischer Seite. So wurde unter der Bedingung zugestimmt, dass die Vereinigung nur von der gesamten Sozialdemokratie auf einem Reichsparteitag entschieden werden könnte. Die Forderung der KPD nach gemeinsamen Kandidatenlisten noch vor der Vereinigung wurde abgelehnt. Eine Studienkommission bildete sich, von der die ideologischen Grundlagen der neuen Partei bestimmt werden sollten. In ihr waren die SPD-Vertreter Grotewohl, Fechner, Dahrendorf und Lehmann und die KPD-Mitglieder Pieck, Ulbricht, Dahlem und Ackermann.

Somit schien schon Ende 1945 der Traum deutscher Politiker, die von Hitler verfolgt worden waren, eine demokratische Parteienentwicklung nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes einzuleiten, in Berlin fast hoffnungslos zu werden. Die Versuche dieser Politiker und ihrer Parteien, als Kristallisationszentren für gesamtdeutsche Vorstände und Parteien, für eine einheitliche Entwicklung in der Hauptstadt Berlin zu wirken, waren gescheitert. Die SPD trieb unter Grotewohls Führung in die tödliche Umarmung Ulbrichts. Die CDU war ihrer Führungsspitze beraubt, ihr Einfluss auf die Gründung einer deutschen Union war stark vermindert.

Am Heiligen Abend 1945 hob die Alliierte Kommandantur alle Bestimmungen über das nächtliche Ausgehverbot für die Berliner auf, und der katholische Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing, wurde von Papst Pius XII. zum Kardinal erhoben.

Die Gottesdienste in den Kirchen waren überfüllt. Berlin feierte das erste Weihnachtsfest im «Frieden».

Durch Demontagen und Reparationen hatte der sowjetische Sektor von Berlin insgesamt dreiunddreissig Prozent seiner Kapazität der bei Kriegsende noch vorhandenen Industrieanlagen verloren, die drei westlichen Sektoren jedoch durch russische Demontagen in den Monaten Mai und Juni fünf und achtzig Prozent.

Am Jahresende hörte man in der Stadt einen neuen Schlager.

«Mir ist um das Herz so weh,
wenn ich durch die Strassen geh',
brauchst Berliner nicht zu sein,
um zu wissen, was ich mein'.

Doch was nützt die Grübelei,
was geschehen, ist vorbei.
Und trotz allem tief hier drin,
glaube ich an Berlin.
Berlin kommt wieder,
das ist ein Lied, das jeder singt,
und das jetzt wieder
so schön in ganz Berlin erklingt.»

Die westlichen Alliierten verboten dieses Lied.

Am Vortage von Silvester 1945 wurde Boleslaw Barlog Intendant des Schlossparktheaters in Berlin-Steglitz. Im Deutschen Theater war Premiere von Tschechows «Onkel Wanja».

Der Polizeipräsident Markgraf, ehemaliger Oberstleutnant des Heeres und Ritterkreuzträger, verbot das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk. Aber es lag, trotz eines fragwürdigen Kriegsendes, kein Grund vor, das neue Jahr mit Feuerwerkskörpern zu grüssen.

Sechstes Kapitel

ABWEHR EINER TÖDLICHEN UMARMUNG

Entscheidend für das Schicksal Berlins in der Nachkriegszeit wurde die Vereinigung von KPD und SPD in der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» sowie der Widerstand Berliner Sozialdemokraten gegen diese Gründung. In wenigen Monaten, vom November 1945 bis April 1946, spielte dieses Drama, das zu der sich anbahnenden Auseinandersetzung der Siegermächte um die Vormacht in der deutschen Hauptstadt den Auftakt bildete.

Männer gerieten ins Licht der Geschichte, die sich gegen ein Schicksal wehrten, das allen Deutschen von den Sowjets zugedacht zu sein schien: der Unterwerfung unter die rote Fahne, der Abhängigkeit von einer Macht, die mit Peitsche und Versprechungen die Deutschen für sich zu gewinnen suchte, um Lenins Wort von 1918 zu verwirklichen: «Wer Berlin hat, besitzt Deutschland.»

Als die österreichischen Parlamentswahlen zu einer grossen Niederlage der Kommunistischen Partei geführt hatten, fürchtete Walter Ulbricht, ahnte Oberst Tulpanow, dass in Deutschland die Zeit nicht für die KPD, sondern gegen sie arbeitete. In Österreich hatten die ersten freien Wahlen auf dem ehemaligen Gebiet des Grossdeutschen Reiches stattgefunden. Was sich in den vier österreichischen Besatzungszonen abspielte, konnte sich ebenso in Deutschlands Zonen ereignen. So warf Ulbricht im November das Steuer seiner Politik herum und begann zur Verblüffung seiner Genossen hastig jene Kampagne, die in kürzester Frist, noch vor den Wahlen in Deutschland, die SPD entmachten und in eine von ihm gelenkte Einheitspartei der «Arbeiterklasse» einfügen sollte.

Der SPD-Führer Otto Grotewohl hatte sich bisher gegen eine schnelle Vereinigung gewehrt. Noch am 11. November 1945 bezeichnete er es als Aufgabe der SPD, innenpolitisch eine mittlere Position zwischen CDU und LDP auf der einen Seite und der KPD auf der anderen Seite zu beziehen.

Ulbricht setzte als Termin für die Vereinigung den 1. Mai 1946. Aus technischen Gründen wurde dann das Osterfest, der 21. und 22. April 1946, festgelegt. Die KPD, die bisher nicht vom Sozialismus gesprochen hatte, durfte nun den Sozialismus wieder in den Erklärungen verwenden. Der «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» übernahm Schrittmacherdienste, die Sowjets in der Zone und im Ostsektor der Stadt hatten schärfere Waffen in den Händen: Terror, Verhaftungen, Erpressungen.

Im Dezember 1945 veröffentlichte Anton Ackermann einen Artikel: «Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?».

Er vertrat die Ansicht, dass eine friedliche Sozialisierung in Deutschland möglich sei, wenn die antifaschistisch-demokratische Republik von der Arbeiterklasse geführt würde.

Dann brauchte man, wie Lenin gelehrt habe, nicht den Fehler zu machen, die russischen Erfahrungen auf dem Wege zum Sozialismus nachzuahmen, sondern nur einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu finden.

Kurz gesagt: Anton Ackermann behauptete, es sei möglich, eine deutsche sozialistische Republik aufzubauen, ohne eine Sowjetisierung vorher beziehungsweise gleichzeitig durchzuführen.

Oder noch deutlicher: Die sowjetische Besatzungsmacht könnte eines Tages abziehen, ohne dass sich in Deutschland etwas änderte, denn dann wäre der Sozialismus auf deutsche Weise verwirklicht und eine russische Unterstützung nicht mehr nötig.

Diese These klang verführerisch in den Ohren der widerstrebenden sozialdemokratischen Führer. Sie ahnten nicht, dass Anton Ackermanns ideologischer Abstecher von der damaligen Moskauer Führung nicht nur gebilligt, sondern auch geplant war, um die Sozialdemokraten und auch die Kommunisten in Deutschland zu täuschen.

Mit dem Zuckerbrot des Ackermannschen besonderen deutschen Weges zum Sozialismus und der Peitsche des Besatzungsschreckens betrieben nun Ulbricht und Tulpanow die Gründung der Einheitspartei.

Um die Jahreswende 1945/1946 war es unsicher, ob die Westmächte in Berlin jene Sozialdemokraten gewähren lassen wollten, die sich einer Vereinigung zu widersetzen gedachten.

Diese wenigen Männer verfügten kaum über Einfluss in ihrer Partei. Aber sie hatten einen starken Verbündeten: Dr. Kurt Schumacher, den SPD-Beauftragten für die drei westlichen Zonen in Hannover. Auf sein Betreiben lehnten am 3. Januar 1946 die Parteidelegierten der britischen Zone eine Vereinigung mit der KPD einstimmig ab. Am 12. Januar stimmten die Sozialdemokraten der amerikanischen Zone ab: mit 144 gegen 6 Stimmen wandten sie sich gegen eine Einheitspartei.

Am 3. Januar 1946 ernannte der Magistrat von Berlin Wilhelm Pieck zum Ehrenbürger der Stadt. Pieck feierte seinen siebzigsten Geburtstag im Admiralspalast in der Friedrichstrasse. Diese Gelegenheit benutzte Grotewohl zu einer bedeutungsvollen Erklärung:

«Wenn wir auch keinen Ehrenbürgerbrief zu überreichen haben, so haben wir dafür etwas Schlichteres, aber von Herzen Kommendes zu überreichen, nämlich dir, lieber Wilhelm Pieck, einen Händedruck, einen Händedruck, der nicht nur für heute Bedeutung haben soll, sondern der einmal so lange währen soll, dass die Hände sich nicht mehr trennen.»



Berlin, August 1945: Die erste Litfasssäule wird beklebt



Schwarzer Markt im Tiergarten vor dem Brandenburger Tor

Dieser Händedruck vom 3. Januar 1946 wurde fotografiert. Das Foto lieferte dann die Vorlage für das neue Parteiabzeichen der Einheitspartei: die verschlungenen Hände...

Grotewohl war bei mehrtägigen Verhandlungen im Karlshorster Hauptquartier der Sowjetarmee sehr energisch nahegelegt worden, sich der Vereinigung nicht zu widersetzen. Die Russen versprachen ihm eine führende Position in einer deutschen Regierung. Aber in einem Hinterzimmer des Tempelhofer Textilkaufmannes Curt Swolinsky, in Gaststätten und Wohnungen, trafen sich regelmässig zuerst fünf, dann acht Sozialdemokraten, die fest entschlossen waren, keineswegs in die Einheitspartei zu marschieren, wie es Karlshorst wünschte. Der Zentralausschuss der SPD befand sich im Ostsektor, in einem ehemaligen Bankhaus in der Behrenstrasse. Das Gebäude hatten die Sowjets Grotewohl im Sommer aufgenötigt, damit die SPD-Führung unter russischer Kontrolle arbeitete.

Diese Treffen der acht Sozialdemokraten, unter denen sich Karl J. Germer vom Zentralausschuss, der spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann und der Herausgeber und Chefredakteur der bald zu gründenden Tageszeitung «Telegraf» befanden, waren illegal, denn jede Versammlung von Parteimitgliedern war meldepflichtig. Keiner von den acht wusste, ob die Westmächte in Berlin diese illegale Tätigkeit dulden würden, käme sie heraus.

Im Februar 1946 spitzte sich die Situation innerhalb der SPD dramatisch zu. Es herrschte in jenen Wochen eine heftige Bändertätigkeit in der Ostzone, die auch nach Berlin und sogar auf die Sektoren der westlichen Besatzungsmächte Übergriff. Diese Banden bestanden aus demoralisierten Soldaten der Roten Armee. So war am 24. Januar 1946 die Wohnsiedlung Lindenhof im amerikanischen Sektor von mehreren hundert sowjetischen Soldaten überfallen und geplündert worden, die einen Militärzug verlassen hatten.

Die Strassen und Eisenbahnzüge nach Berlin wurden regelmässig von Rotarmisten heimgesucht, die willkürliche Verhaftungen vornahmen, Deutsche ausplünderten und andere Verbrechen begingen.

Gleichzeitig setzte die sowjetische Militärverwaltung ihre Versuche planmässig fort, den Ostsektor Berlins in die Planwirtschaft der Ostzone einzugliedern und die drei westlichen Sektoren wirtschaftlich zu isolieren. Im Ostsektor gab es acht Zeitungen, in den Westsektoren nur drei. Die Zeitungen des Ostsektors durften nicht gegen die Vereinigung Stellung nehmen, dafür sprach eine dieser Zeitungen von einer «Historischen Stunde der Nation».

Diese Stunde schlug bald.

Bei den ersten Gewerkschaftswahlen in Berlin hatten die Kommunisten die ab-

solute Mehrheit an sich gerissen. 312 KPD-Delegierte standen 226 SPD-Delegierten und 3 CDU-Delegierten gegenüber, dazu kamen noch 17 sogenannte Parteilose. Ulbricht triumphierte. Am 11. Februar fand eine Sitzung des Zentralaussschusses der SPD statt, auf der die unverzügliche Einberufung eines Parteitages für die Ostzone und Berlin beschlossen wurde. Dieser Zonenparteitag sollte über die Vereinigung mit der KPD beschliessen. Weiter wurde erklärt, die Einberufung eines Reichsparteitags der SPD wäre in absehbarer Zeit nicht möglich, da sich die Vertreter der SPD in den westlichen Zonen gegen einen derartigen Parteitag ausgesprochen hätten.

Grotewohl hatte sein Wort gebrochen, die SPD aufzulösen, wenn sie von den Kommunisten und Sowjets in die Enge getrieben würde. Am 19. Februar 1946 eilte Dr. Kurt Schumacher nach Berlin, aber es war nun zu spät. Am 20. Februar 1946 suchte Schumacher das Parteihaus der SPD in der Behrenstrasse auf, das von Soldaten der Roten Armee bewacht wurde. Er fragte nochmals, ob Grotewohl und sein Stellvertreter Max Fechner die SPD aufzulösen gedächten, aber beide lehnten ab. Darauf sagte Schumacher den SPD-Führern, er würde nun Verbindung mit oppositionellen Berliner Sozialdemokraten aufnehmen und diese unterstützen. Eine Sozialdemokratie könnte es nur geben, wo das Recht der freien Meinungsäusserung bestehe und wo freie und geheime Wahlen möglich wären.

Am 21. Februar 1946 sprach Kurt Schumacher zu den oppositionellen Sozialdemokraten in der Hinterstube des Tempelhofer Textilgeschäftes. Er sagte, ein Parteitag der SPD werde nicht in Berlin abgehalten, wie Grotewohl und Fechner es wollten. Die Teilnehmer des Gesprächs erklärten sich bereit, für eine selbständige SPD in Berlin zu kämpfen.

Am 23. Februar 1946 veröffentlichte die britische Tageszeitung «Der Berliner» ein Interview mit Kurt Schumacher, der unter anderem sagte: «Der Zweck meines Kommens ist nicht, die Formalien des geplanten Parteitages zum Gegenstand von Besprechungen zu machen, sondern das, was auf diesem Parteitag beschlossen werden wird. Im Auftrag der westlichen Zonen hatte ich dem Berliner Zentralaussschuss zwei Fragen vorzulegen. Die erste: Seid ihr gewillt, wenigstens in den drei nichtrussischen Sektoren eine selbständige SPD aufrechtzuerhalten? Die zweite: Seid ihr bereit, die Auflösung der SPD zu verkünden? Beide Fragen wurden verneint. Der Einschmelzungsprozess wird vor den anderen Parteien nicht haltmachen. Es wird dann in der deutschen Demokratie schliesslich nur noch eine einzige Partei geben. Wir stehen in dieser Entwicklung erst am Anfang, nicht etwa am Ende.»

Die kommunistische «Deutsche Volkszeitung» hatte am Vortage, dem 22. Februar 1946, drohend geschrieben:

«Feinde der Arbeiterklasse landen auf dem Schutthaufen der Geschichte. Feinde der Arbeiterklasse, die in deren Namen auf treten, nehmen den Pestgeruch des Verräters auf dem Schindanger an.»

Kurz vorher, am 16. Februar 1946, hatte «Der Tagesspiegel» im amerikanischen Sektor zum ersten Male seine Spalten der Berliner SPD geöffnet. Karl J. Germer vom Grotewohlschen Zentralausschuss sprach sich gegen eine Vereinigung von SPD und KPD aus.

Die oppositionellen Sozialdemokraten taktierten nun in ihrem Kampf gegen die Vereinigung mit dem demokratischen Recht, zwischen mehreren Anschauungen wählen zu können, auch innerhalb einer Partei. Kurt Schumacher warf den Kommunisten vor, sie wären ja 1945 zu Demokraten geworden, nun müssten sie sich gefallen lassen, dass man dies nur als heuchlerische Taktik sehe.

Am i.März 1946 beschloss eine Funktionärskonferenz der Berliner SPD mit überwältigender Mehrheit, eine freie und geheime Urabstimmung aller Parteimitglieder zu fordern. Die Resolution wurde von Franz Neumann, dem Vorsitzenden des Reinickendorfer Kreisverbandes, eingebracht und durchgesetzt, obwohl Grotewohl das Wort nahm und in einer zweieinhalbstündigen Rede versuchte, die Funktionäre umzustimmen. Gegen Grotewohl war Karl J. Germer vom Zentralausschuss der SPD aufgetreten, der die Vereinigungsbestrebungen der Parteispitze ablehnte und die Selbständigkeit der SPD als notwendig und richtig bezeichnete.

Diese Niederlage Grotewohls vor den Funktionären der SPD führte zu Hassausbrüchen Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts auf der am nächsten Tage im Theater am Schiffbauerdamm stattfindenden ersten grossen Parteikonferenz der KPD. Delegierte und Gäste aus allen vier Besatzungszonen waren anwesend, denn zum ersten Male nach dem KPD-Verbot durch die Reichsregierung 1933 trafen sich die überlebenden Kommunisten.

Pieck bezichtigte Kurt Schumacher und den «Tagesspiegel» einer infamen Hetze gegen die Vereinigung. Er führte die in Berlin entstandenen grossen Schwierigkeiten bei der Vereinigung auf politisch-taktische Fehler der SPD-Spitze zurück. Die geplante Urabstimmung der Berliner SPD-Mitglieder könnte nur nach gründlicher Aufklärungsarbeit durchgeführt werden.

Walter Ulbricht sprach zum ersten Male von den angeblich noch immer «in Westdeutschland führenden Kriegsinteressenten und Monopolkapitalisten».

Diese propagandistischen Formulierungen sollten von nun an zur eisernen Ration der deutschen Kommunisten gehören, die jedesmal benutzt wurde, wenn etwas nicht so verlaufen wollte, wie es von der kommunistischen Seite gewünscht wurde.

Der Anspruch der Kommunisten, nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes die Macht in Deutschland zu übernehmen und alle zu Feinden zu stempeln, die sich gegen ihren Machtanspruch zur Wehr setzten, wurde mehr und mehr historisch mit dem Ende der Republik von Weimar begründet. Damals hätten die Kommunisten prophezeit: «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg», ihre Prophezeiung sei eingetreten. Deshalb müssten sie, die alles vorausberechneten, nun die Führung in Deutschland übernehmen.

Jakob Kaiser, der neue Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, versuchte, seine Partei gegenüber dem kommunistischen Führungsanspruch geschmeidiger zu machen. Am 13. Februar 1946 hielt er vor dem Parteivorstand eine programmatische Rede über die gesellschaftliche Stellung und politische Zielsetzung der CDU. Er forderte, an Stelle der zusammengebrochenen bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Freiheit und Würde der Persönlichkeit müssten im Mittelpunkt eines «demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung» stehen.

Diese christliche Variante des Sozialismus wurde von den sowjetischen Politoffizieren nicht ungerne gesehen, aber sie griffen sofort ein, unter anderem bei Veröffentlichungen im CDU-Organ «Neue Zeit», wenn sie glaubten, die CDU wollte wirklich sozialistisch handeln.

Jakob Kaiser hatte mit diesen Formulierungen einen dornigen Pfad betreten. Die CDU-Landesverbände in den westlichen Zonen mussten sich mit diesem christlichen Sozialismus auseinandersetzen. Aber zu vage waren viele Formulierungen, um jetzt schon ernsthafte Schwierigkeiten zwischen der CDU der Ostzone und der CDU im Westen zu bereiten.

Die Verbindungen von Berlin nach den Westzonen wurden verkehrs-technisch besser. Im Februar 1946 nahm die Flugsicherheitszentrale als gemeinsame Einrichtung der vier Besatzungsmächte ihren Betrieb auf. Ihre Aufgabe lautete, die Luftsicherheit in den drei Luftkorridoren zwischen Berlin und den westlichen Zonen sowie in der Berliner Kontrollzone zu überwachen.

Auf dem Luftwege liess der Vorsitzende des Kulturbundes den Dirigenten Wilhelm Furtwängler nach Berlin kommen, dem die Amerikaner verboten hatten, die Leitung der Berliner Philharmoniker zu übernehmen. Furtwängler landete auf dem russischen Militärflugplatz Adlershof. Damit begann das Ausspielen deutscher Persönlichkeiten zwischen den Besatzungsmächten. Auch Dr. Theodor Heuss kam in diesen Tagen auf Einladung Johannes R. Bechers nach Berlin. Heuss sprach im Haus des Rundfunks über «Deutschland – Schicksal und Aufgabe». Im Hebbeltheater wurde ein «Studio 1946» gegründet, das die Aufgabe hatte, «zur Veränderung und Aktivierung der Zuschauermassen und zum Stu-

dium der mittel- und unmittelbaren Wirkungen eines neuen Theaterstils» beizutragen. Hier wurde am 20. März 1946 Günther Weisenborns Schauspiel «Die Illegalen» uraufgeführt. Unter der Regie von Franz Reichert spielten Lu Säuberlich, Kate Kühl, Hans Hermann Schaufuss, O.E. Hasse, Franz Nicklisch und Wilhelm Borchert.

An diesem Tage wurden gemischte deutsch-französische Patrouillen in dem durch Banden besonders gefährdeten französischen Sektor von Berlin vorgesehen, die mit sowjetischen Militärpolizisten Zusammenarbeiten sollten. Die Einwohner im französischen Sektor hatten sich gegen die immer stärker werdenden Überfälle und Plünderungen gewandt, die hauptsächlich von sowjetischen Soldaten durchgeführt wurden. Die Einwohner mussten deutsche Polizisten in ihren Häusern vor diesen Banden verstecken.

Im März hatte die Kriminalpolizei 41 Morde, 363 Fälle von Raub, 3·757 schwere Diebstähle, 11 Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang und 167 Selbstmorde zu bearbeiten. Das durchschnittliche Körpergewicht von Männern betrug 57 Kilogramm, von Frauen 53 Kilogramm. 114·000 Berliner waren in diesem Monat arbeitsunfähig, das bedeutete 11 Prozent aller Versicherten.

Die Berliner CDU hielt im Parteihaus in der Jägerstrasse ihren ersten Parteitag am 16. und 17. März ab. Dr. Ferdinand Friedensburg sprach über die furchtbare Wirtschaftskatastrophe, die der Zusammenbruch des Reiches bewirkt hatte. Kurt Landsberg warnte den Magistrat, durch eine Schulreform die Zusammenhänge mit dem deutschen Unterrichtssystem zu zerreißen. Er wies auch auf die Gefahr einer Trennung von Schule und Religionsunterricht hin, gegen die sich schon Kardinal Graf Preysing mit scharfen Worten ausgesprochen hatte.

Der Parteitag bekannte sich zur «Unantastbarkeit der deutschen Einheit» und forderte die beschleunigte Errichtung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen deutschen Zentralverwaltungen.

Der CDU in Berlin ging es nun darum, ihren Einfluss auf die deutsche Selbstverwaltung zu verstärken. Von 230 Stadträten in den Berliner Bezirken gehörten damals 100 der KPD, 81 der SPD, 22 der CDU und 7 der LDP an. 20 Stadträte waren parteilos.

Ernst Lemmer lehnte vor dem Parteitag die Bildung einer Einheitspartei aus KPD und SPD ab.

Ein anderer Gegner der Einheitspartei, der Sozialdemokrat Arno Scholz, erhielt am 21. März von der britischen Militärregierung die Lizenz für die Tageszeitung «Telegraf». Damit wurde auch nach aussen dokumentiert, dass die Briten den Vereinigungsbestrebungen der KPD mit der SPD zumindestens reserviert gegenüberstanden und den sozialdemokratischen Gegnern dieser Vereinigung eine publizistische Chance geben wollten.

Für diese war es ein Glücksfall, dass in Grossbritannien die Labourpartei regierte.

Am 23. März 1946 erklärte General Lucius D. Clay, dass eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nur dann anerkannt werden könne, wenn sie von sämtlichen Parteimitgliedern gefordert werde – und nicht nur von einer kleinen Gruppe von Parteiführern. Clay verlangte eine demokratische Abstimmung in der amerikanischen Zone und im amerikanischen Sektor von Berlin.

Diese Urabstimmung wurde für den 31. März 1946 angesetzt. Sie konnte allerdings nur in den zwölf Bezirken durchgeführt werden, die von den Westmächten besetzt waren. Im Ostsektor wurde sie im letzten Augenblick von den sowjetischen Bezirkskommandanten verboten. Einige Abstimmungslokale waren schon geöffnet. Sie mussten geschlossen werden, als sowjetische Offiziere erschienen.

Nach der Suspendierung des CDU-Parteivorstandes im Dezember 1945 durch Marschall Schukow war dies der zweite offene Eingriff in die innere Struktur einer von den Sowjets lizenzierten Partei.

Jetzt wussten die Berliner, was hier auf dem Spiele stand. Die Mitglieder der SPD in den drei westlichen Sektoren stimmten gegen eine Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Von 33'247 Abstimmungsberechtigten gaben 23'755 ihre Stimme ab. Die Mehrheit (19'529 Sozialdemokraten) stimmten gegen, eine Minderheit (2'937) für die Einheitspartei. 397 Stimmen waren ungültig.

Damit waren die Würfel gefallen. Hätte sich eine Mehrheit unter den Sozialdemokraten der westlichen Sektoren für die Einheitspartei gefunden, so wäre die Zwangsvereinigung auch in Berlin geglückt. Die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung hätten wahrscheinlich ein ähnliches Ergebnis wie die Wahlen in der Ostzone gehabt, und den Westmächten wäre es schwer geworden, ihre Anwesenheit in Berlin bei einer Zuspitzung der Situation unter den Besatzungsmächten aus moralischen Gründen zu rechtfertigen.

An diesem 31. März 1946 fiel in den Westsektoren eine Vorentscheidung im Kampf um Berlin, der nun immer härter wurde.

Kurt Schumacher umriss diese Situation in einem Artikel in der amerikanischen «Neuen Zeitung» vom 22. März 1946:

«In Wahrheit spielen sich jetzt Auseinandersetzungen auf deutschem Boden ab, die für ganz Europa und darüber hinaus für die Welt von Bedeutung sind. Eine scheinbar parteipolitische Auseinandersetzung, die jetzt in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses steht, ist tatsächlich ein Stück zukünftigen Schicksals Europas.

Die Sozialdemokratie glaubt, dass der Kern des Problems der Kampf um die Frage ist, ob Europa demokratisch oder diktatorisch geformt werden soll. Es

wird Zeit, dass Europa und die Welt selbst erkennen, worum es hier geht, und dass eine ‚Sozialistische Einheitspartei‘ nichts weiter wäre als die Fortsetzung der Kommunistischen Partei unter anderem Namen. Europa ist politisch, ökonomisch und sozial eine Einheit. Diese Einheit kann sich aber auf die Dauer nur in einer Zusammenarbeit von Völkern durchsetzen, wenn alle Völker den internationalen Notwendigkeiten Konzessionen machen. Falsch und entwicklungsfeindlich ist jede Parole, welche die Internationalisierung einzelner Teile von Deutschland fordert. Europa muss internationalisiert werden! Wie in den anderen Ländern kämpfen jetzt die deutschen Sozialdemokraten darum, den Mittelstand auf die Seite der demokratisch gesinnten Arbeiter herüberzuziehen. Das ist erst die eine Voraussetzung des Erfolges. Die andere wäre die, auch die deutsche Jugend für die grossen Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu begeistern.»

Mit der Entscheidung vom 31. März 1946 hatten Berliner Sozialdemokraten Ulbricht den Fehdehandschuh hingeworfen.

Die Kommunisten nahmen ihn auf und gaben ihn an die Sowjets weiter. Es kam zu Verhaftungen von SPD-Mitgliedern im Ostsektor und in der Ostzone. Eine Verfolgung von sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterführern setzte ein, die nicht mehr aufhören sollte.

Aber auch die Amerikaner griffen nun ein. Am 3. April 1946 verurteilte ein amerikanisches Militärgericht im ersten politischen Prozess der Nachkriegszeit in Berlin den Leiter der KPD im Bezirk Schöneberg und den Vorsitzenden der KPD-Betriebsgruppe im Bezirksamt Schöneberg zu je fünf Jahren Gefängnis, weil sie versucht hatten, Anordnungen der Militärregierung zu umgehen und die Schöneberger Bezirksverwaltung unter kommunistische Kontrolle zu bringen.

Es war gelungen, den Briten und Amerikanern in Berlin die Gefahr einer neuen Ein-Partei-Diktatur vor Augen zu führen.

Die Unterstützung durch die westlichen Militärbehörden erfolgte freilich nur ziemlich vage und durchaus nicht zielbewusst.

Während nun Grotewohl, Fechner, Pieck und Ulbricht die Berliner Sozialdemokraten unter Druck setzten, um das Ergebnis der Urabstimmung zu revidieren, indem sie einen Parteitag ansetzten, dessen Delegierte ihnen gefällig sein sollten, holten die Vereinigungsgegner zu einem neuen Schlag gegen die geplante Einheitspartei aus.

Sie warteten nicht ab, bis dieser Parteitag in den Ostsektor einberufen wurde, sondern veranstalteten im amerikanischen Sektor, in der Zehlendorfer Zinnwaldschule, am 7. April 1946 einen SPD-Parteitag der gewählten Delegierten ohne Parteispitze. Dort erklärte der frühere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissel, dass die Berliner Sozialdemokraten nicht gewillt seien, ihre alte Partei zerschlagen zu lassen.

Die Delegierten trennten sich vom Grotewohlschen Zentralausschuss der SPD und wählten einen neuen Bezirksvorstand der Berliner SPD. Gleichberechtigte Vorsitzende wurden drei «Verschwörer» aus dem Hinterzimmer des Tempelhofer Textilgeschäftes der vergangenen Monate, Franz Neumann, Curt Swolinsky und Karl J. Germer, der dem Zentralausschuss angehörte, sich aber von ihm gelöst hatte.

In einer programmatischen Erklärung hiess es: «Wir vermeiden es bewusst, Dogmen aus den Ideen unserer Väter zu schaffen, denn diese forderten ihre Formulierung unter gesellschaftlichen Verhältnissen der Vergangenheit, die von den heutigen grundverschieden sind.»

Damit war die Berliner SPD auf die Linie Kurt Schumachers gebracht worden. Gleichzeitig entzog sie dem Zentralausschuss jede Einwirkung auf die Partei in den westlichen Sektoren.

Mit Hohn und Spott verfolgten nun Grotewohl und Ulbricht den sogenannten «Zehlendorfer Waldclub», wie sie die Konferenz der Berliner SPD nannten. Am 14. April 1946 hielten sie im Variete «Friedrichstadt-Palast» am Bahnhof Friedrichstrasse ihren Vereinigungsparteitag der Berliner SPD und KPD ab. Wilhelm Pieck wettete gegen «die Schumacher und Ollenhauer», die bald zu spüren bekommen würden, dass «sie die Intelligenz der deutschen Arbeiter sehr unterschätzen». Pieck kündigte eine «verstärkte Zusammenarbeit mit den beiden bürgerlichen Parteien» an, «wobei natürlich auch der Wille bei diesen Parteien vorhanden sein muss.»

Damit deutete er das düstere Schicksal der Blockparteien CDU und LDP an, das in eine andere tödliche Umarmung durch die Kommunisten führen sollte.

Otto Grotewohl behauptete, «dass diese grosse Volksbewegung über jeden Widerstand wie eine Walze hinweggehen» werde. «Sozialismus ohne Einheit ist in Deutschland nicht möglich. Aber Einheit ohne Sozialismus hätte auch ihren Sinn und Zweck verloren.»

Am 19. und 20. April fand im Deutschen Theater der 15. Reichsparteitag der KPD statt. Die SPD des sowjetischen Besatzungsgebiets hielt im Theater am Schiffbauerdamm ihren Parteitag ab, den sie zu Unrecht als 40. Reichsparteitag der SPD bezeichnete. Hierzu waren Sozialdemokraten aus den westlichen Zonen erschienen, die Sitz und Stimme als ordentliche Delegierte erhielten. Da aber die Berliner SPD-Führung des «Zehlendorfer Waldclubs» nicht vertreten war, kam es nun auch nicht mehr so sehr auf eine demokratische Legitimierung der Versammlung an.

Trotzdem gab es im Theater am Schiffbauerdamm heftig ausgetragene Meinungsverschiedenheiten über den Entwurf des Statuts der Einheitspartei.

Am 20. April 1946 beschlossen beide Parteitage die Vereinigung von SPD und

KPD. Am gleichen Tage hielt die neugewählte Berliner SPD-Führung eine Versammlung im Neuköllner Mercedes-Palast ab, auf der Kurt Schumacher sprach. Über die erregende Situation in diesen Entscheidungstagen der Demokratie in der deutschen Hauptstadt gaben die Zeitungen widersprechende Berichte. Die Zeitung der Roten Armee, die «Tägliche Rundschau», schrieb am 21. April 1946:

«Der Saal bot folgendes Bild: Auf dem Podium schrie Schumacher mit hysterischer Stimme von der ‚echten Demokratie‘, und im Saal schlugen seine Trabanten auf all-e ein, die zu protestieren versuchten.

Bis zum Ende der Versammlung herrschte im Saal stürmischer Protest gegen die Zehendorfer Clique samt ihrem Häuptling. Was im Mercedes-Palast vor sich gegangen ist, war einfach ekelerregend.»

Im «Tagesspiegel» vom 21. April 1946 konnten die Berliner jedoch lesen:

«Wer die gestrige Funktionärsversammlung der Berliner Sozialdemokratie miterlebt hat, auf der Dr. Schumacher das Wort zu einer grossen richtungweisenden Rede ergriff, wird zugeben müssen, dass die Berliner SPD einer grossen Verlegenheit gegenübersteht: Allerdings nicht der Verlegenheit, wie sie ihre Kundgebungen füllt, sondern wie sie deren Teilnehmer unterbringen soll.

Viele Hunderte stauten sich noch stundenlang vor den Eingängen, bitter enttäuscht, einen oft langen und mühseligen Anmarschweg umsonst gemacht zu haben.

Die recht kläglichen Störungsmanöver standen in einem grellen und beschämenden Gegensatz zu dem Geiste der Kundgebung. Mit besonderem Beifall nahm die Versammlung die Feststellung Neumanns auf, als er einleitend erklärte, dass auch zahlreiche Delegierte zum sogenannten Vereinigungs-Parteitag der SPD den Weg nicht ins Theater am Schiffbauerdamm, sondern hierher gefunden hätten. Als Neumann dann Dr. Schumacher das Wort gab, bereitete ihm die Versammlung eine minutenlange Ovation.»

Schumacher rief unter anderem aus: «Man kann mit den Kommunisten gewisse Probleme gemeinsam lösen, aber keine Einheit erzwingen. Nach den bisherigen Ereignissen ist es im sowjetischen Besatzungsgebiet auch nicht um eine Vereinigung gegangen, sondern um eine Eroberung der SPD mit Methoden von abschreckender Wirkung.»

Dies geschah am Ostersonnabend. Am Ostersonntag herrschte strahlendes Frühlingswetter. Die Gottesdienste waren überfüllt. Kardinal Graf von Preysing zelebrierte in der Steglitzer Rosenkranzkirche ein feierliches Pontifikat. Der evangelische Bischof von Berlin und Brandenburg, Dibelius, predigte

in der Johannes-Kirche in Lichterfelde. In der evangelischen Marienkirche im Ostsektor wurde Hugo von Hofmannsthals «Jedermann» aufgeführt.

Im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstrasse im sowjetischen Sektor aber vollzogen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck die Zeremonie der Verbrüderung. Es war die Zeit des Kirchgangs am Ostersonntag, 10 Uhr vormittags, als ein Orchester Beethovens Fidelio-Ouvertüre spielte und kurz danach Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl von verschiedenen Seiten aus der Kulisse auf die Bühne der behelfsmässigen Staatsoper traten, um sich in der Mitte zu treffen und die Hände zu reichen. Die Funktionäre aus der sowjetischen Zone, aus Berlin und den westlichen Zonen sprangen von ihren Sitzen auf und brachen in Hochrufe aus. Der symbolische Händedruck war vollzogen, der schon einmal, am 3. Januar 1946, bei der Verleihung des Ehrenbürgerbriefes durch den Magistrat an Pieck an der gleichen Stelle gezeigt wurde, um nun das Abzeichen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu schmücken.

Dann folgten stundenlange Begrüssungsansprachen.

Am 2. Osterfeiertag nahm Wilhelm Pieck das Wort, um gegen die abtrünnigen Berliner Sozialdemokraten heftige Vorwürfe zu erheben und sie gleichzeitig als «Zehlendorfer Waldclub» lächerlich zu machen. Otto Grotewohl sprach über Gegenwart und Zukunft Deutschlands.

Er behauptete, die SED lehne den Antibolschewismus ab, «aber diese Ablehnung ist weit davon entfernt, innere Bindungen an fremde Einflüsse zu verraten. – Ich glaube nicht, dass es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, dass die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, dass die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengrosse politische Stärke eine so grosse Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, dass wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind.»

Diese Hoffnung sollte sich als trügerisch erweisen.

Dann wurden die Grundsätze und Ziele der SED vorgetragen. Zu ihnen gehörte auch dieser Passus, der die kommenden Jahre mitbestimmen sollte:

«Die gegenwärtige besondere Lage Deutschlands, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schliesst die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen

Weg zum Sozialismus. Sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.»

Gegen das SED-Parteistatut stimmten 21 Delegierte, 4 enthielten sich der Stimme. Einstimmig wurden Grotewohl und Pieck als neue gleichberechtigte Vorsitzende gewählt.

Mit dem Lied «Brüder, zur Sonne, zur Freiheit» schloss die von den Sowjets und den Kommunisten erzwungene Vereinigung von KPD und SPD der Ostzone.

Diese SED war für ganz Deutschland vorgesehen. Sie war nun angetreten, um die Macht nicht nur in der Ostzone, sondern auch in Berlin und im westlichen Deutschland zu erobern. Sie wollte demokratisch vorgehen, solange ihre Gegner «auf dem Boden der Demokratie» blieben. Was sie unter Demokratie verstand, sollte sich bald herausstellen.

Stalin honorierte Ulbrichts und Piecks Erfolg, indem er der SED-Führung die Möglichkeit einräumte, vorerst mit den Thesen Anton Ackermanns, dem «besonderen deutschen Weg zum Sozialismus» zu operieren. Bei den kommenden Wahlen konnten die SED-Führer im Schafskleid auf treten, um soviel Stimmen wie möglich zu sammeln. Anton Ackermanns «Deutscher Weg zum Sozialismus» wurde in Moskau in russischer Sprache vorgelegt und genehmigt. Bald darauf erschien die programmatische Abhandlung in der Funktionärszeitschrift «Einheit» in deutscher Sprache.

Die Berliner SPD hatte sich jedoch mit überwältigender Mehrheit erfolgreich gegen die tödliche Umarmung durch die Kommunisten gewehrt. Nun konnte sie bei der Alliierten Kommandantur ihre Zulassung beantragen. Aber auch die SED war gezwungen, bei der Kommandantur um eine Lizenz zu bitten.

Siebentes Kapitel

ENTSCHEIDUNG DURCH WAHLEN

Die Westmächte waren im Juli 1945 nach Berlin gekommen, um ihre Rechte zu behaupten und die Bevölkerung der ganzen Stadt zur Demokratie umzuerziehen. Eisenhowers «Kreuzzug in Europa» hatte der Vernichtung des Nationalsozialismus gegolten. Stalins Rote Armee war nun, nach der Eroberung Berlins, gezwungen, die Stadt mit Briten, Franzosen und Amerikanern zu teilen. Der politische Beauftragte der Roten Armee, der Leningrader Professor für die Wissenschaft vom Leninismus, Oberst Tulpanow, musste zum Gegenspieler der westlichen Militärregierungen werden, denn nun ging es darum, der Besatzungsherrschaft eine Entwicklung der Parteien zuzuordnen oder, anders ausgedrückt, die militärische Macht parteipolitisch in der deutschen Hauptstadt zu verankern.

Stalins Absicht war, Berlin so schnell wie möglich zur Hauptstadt der sowjetischen Besatzungszone zu machen und von dieser Bastion aus nach der Macht über das ganze restliche Deutschland zu greifen. Als Instrument hierzu hatte er sich durch Ulbricht und Pieck sowie unter Beihilfe von Grotewohl die Sozialistische Einheitspartei geschaffen.

Diese Einheitspartei leugnete nicht, unter dem Schutze der sowjetischen Bajonette zu stehen, aber Stalin war entschlossen, sie in einen Wahlkampf zu werfen, aus dem sie als Sieger hervorzugehen hatte. Gelänge ihr das wider Erwarten nicht, so gab es andere Möglichkeiten, die sowjetische Macht über die Ostzone und Berlin zu behaupten.

Die Westmächte hingegen hatten nicht die Absicht, Berlin wieder zur deutschen Hauptstadt werden, zu lassen. Sie zeigten ihr Desinteresse an einer solchen Funktion der Viermächtestadt unterschiedlich. Am heftigsten waren die Franzosen gegen Berlin als Hauptstadt. Die Amerikaner hatten zwar ihr Hauptquartier aus Frankfurt am Main in das ehemalige Luftgaukommando an der Dahlemer Kronprinzenallee verlegt, aber eine politische Konzeption hatten sie den Berlinern nur ideologisch zu bieten: sie warben für die parlamentarisch-demokratische Staatsform. Die Briten hielten einen Mittelweg zwischen Franzosen und Amerikanern für richtig, auf dem es Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten gäbe. Der politische Feuerkopf und Prophet Winston Churchill war im Sommer 1945 von der politischen Kommandobrücke abgetreten; er hatte auf die Regierung Grossbritanniens keinen Einfluss mehr.

Die Berliner stimmten mit Stalin insofern überein, dass sie ihre Stadt als deutsche Zentrale erhalten oder erneuern wollten, jedoch als eine demokratische Hauptstadt mit frei gewähltem Parlament.

So ergab sich im ersten Jahr der Besatzungszeit eine gewisse Ähnlichkeit der Vorstellungen, die jedoch durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED zunichte gemacht wurde.

Trotzdem war es notwendig, sich nicht in die Isolierung auf die Stadt allein drängen zu lassen, denn diese Stadt war von der russischen Zone umgeben, deren Schicksal mit dem der Hauptstadt verknüpft blieb. Die SPD war mit ihrem Widerstand gegen die Zwangsvereinigung nun auf Gross-Berlin zurückgeworfen. Sie hatte ihre Vormacht in der Ostzone verloren. Ihre Funktionäre und Mitglieder hatten sich widerstrebend oder emphatisch in die SED begeben, in der Hoffnung, dort noch eine Rolle gegen oder mit den Kommunisten spielen zu können. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aber waren die Hochburgen der alten Sozialdemokratie in Sachsen und Sachsen-Anhalt an die Sozialistische Einheitspartei gefallen. Ihr Einfluss auf die Ostzone musste abnehmen, ja, schnell dahinschwinden.

Dafür hatte sie die Chance, in Berlin Macht zu gewinnen.

Die beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDP verfügten noch über ihre Anhänger in der Ostzone, und sie schienen bereit zu sein, jede Möglichkeit zu nützen, die ihnen trotz der nun vorhandenen zahlenmässigen Übermacht durch die SED in den deutschen Verwaltungen gegeben war. Um den Zusammenhang zu wahren, mussten sie zuerst kleine, dann immer grössere Kompromisse mit der Besatzungsmacht schliessen. Dadurch gerieten sie jedoch zwangsläufig mehr und mehr in Gegensatz zur Berliner Sozialdemokratie, die freier operieren konnte.

Diese Partei konnte sich allmählich auf das Vertrauen der westlichen Besatzungsmächte stützen, sofern diese damals überhaupt bereit waren, Deutschen Vertrauen zu schenken. Die bürgerlichen Parteien verfügten über keine faszinierende Führerpersönlichkeit, wie Dr. Kurt Schumacher es war, über dessen Auftreten der britische Politiker und Journalist Fenner Brockway damals in «The New Leader» schrieb:

«Der Augenblick, auf den wir alle warteten, kam dann: die Rede Schumachers. Er stand an einem eichenen Rednerpult – und er schien mir ein Sinnbild der ganzen Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Ersten Weltkrieg. Sein Gesicht spiegelt die Qual von zwölf Jahren Konzentrationslager, die ihr Mal darauf zurückgelassen haben – seine Augen sind starr, und die Zähne wurden ihm von Gestapoleuten aus dem Mund geschlagen. Die Ohren sind ihm vom Kopfe abgezerrt worden, so dass sie hervorstehen. Seine Nase sieht ungewöhnlich gross aus, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen geblieben ist. Furchen markieren sein Gesicht. Die Lippen sind dünn und gerade. Seine Schultern sind gesenkt, sein Körper ist mager, und er sieht schwindsüchtig aus. Wenn ein Filmregisseur das Leid illustrieren wollte, könnte er es nicht anschaulicher

darstellen als in der Person Schumachers. Aber was für ein Wandel, wenn er spricht. Die verhaltene Stärke und vorwärtstreibende Kraft in ihm, die Herausforderung und die Wucht, die Menschlichkeit und das Licht der Vision.»

Eine solche Persönlichkeit, die schon durch ihr Äusseres symbolisch wirkte, hatten die bürgerlichen Parteien nicht. Jakob Kaiser war ein leidenschaftlicher Politiker, der jedoch mit etwas schwerer Zunge sprach. Ernst Lemmer verfügte über die Gabe der Rede, aber sein Äusseres fiel damals nicht auf. Wilhelm Külz, der Vorsitzende der LDP, wirkte grossväterlich.

Auch diese drei Parteiführer hatte die Vergangenheit gezeichnet, doch sie trugen nicht, wie Schumacher, vor aller Augen das Stigma.

Ihre Arbeit war ebenso schwer, vielleicht noch um manches schwieriger, denn sie hatten noch unmittelbarer die Last des Schicksals der Menschen in der Ostzone zu tragen, soweit sie für ihre Partei im sowjetischen Besatzungsgebiet Verantwortung ausübten. Schumacher vergass nie, auf die in der Ostzone verfolgten und gedemütigten Sozialdemokraten hinzuweisen, wenn er Reden hielt. Aber in seinen Entscheidungen war er freier. Wenige Tage nach Ostern 1946 berieten die Stadtkommandanten den Antrag der Einheitspartei, in ganz Berlin anerkannt und zugelassen zu werden. Ein Beschluss unterblieb, da die Kommandanten sich nicht einigen konnten, ob die SED als Ergebnis der Vereinigung oder als neue Partei zuzulassen wäre. Die Angelegenheit wurde dem Kontrollrat übergeben. Dieser war am 26. April 1946 Schauplatz eines zornigen Protestes General Clays gegen die Verhinderung einer einheitlichen Wirtschaftsverwaltung Deutschlands durch die rücksichtslose Reparationspolitik der Sowjets und deren Weigerung, einem gemeinsamen ausgeglichenen Import-Export-Programm für Deutschland zuzustimmen. Dieses Programm war dringend nötig, um die Versorgung der auf knappste Rationen gesetzten deutschen Bevölkerung zu gewährleisten. Im April 1946 kosteten auf dem Schwarzen Markt ein Kilogramm Brot 70 DM, ein Kilogramm Butter 800 RM, ein Kilogramm Weizenmehl 60 RM, ein Kilogramm Schweinefleisch 300 RM, eine Zigarette 7 bis 13 RM, ein Anzug oder ein Kostüm aus Wolle 3'000 RM, ein Paar Halbschuhe 600 bis 800 RM.

Am 28. Mai 1946 wurden SED und SPD für ganz Berlin von der Alliierten Kommandantur zugelassen. Wenige Tage später entschied das Koordinierungskomitee des Kontrollrats, dass am 20. Oktober 1946 Gemeindewahlen in Berlin stattzufinden hätten. Sie sollten nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt werden. Zugelassen waren nur die vier anerkannten Parteien SPD, SED, CDU und LDP. Mit der Wahl sollte von der Berliner Bevölkerung die vorläufige Verfassung angenommen werden.

Auf diese Entscheidung durch Wahlen hatten die deutschen Zeitungen in Berlin gedrängt. Durch die Entscheidung der Berliner Sozialdemokraten gegen die Einheitspartei hatten die deutschen Zeitungen der westlichen Sektoren mehr Freiheit in der Kritik erhalten. Die Westmächte gestatteten ihnen in zunehmendem Masse, totalitäre Methoden blosszustellen. Damit war es möglich, offen und freimütig an dem durch Ulbricht geschaffenen Magistrat Kritik zu üben. Hierbei zeichneten sich besonders «Der Tagesspiegel» unter Erik Reger, der «Telegraf» unter Arno Scholz, der «Kurier» mit Paul Bourdin und Carl Linfert sowie die Jugendzeitschrift «Horizont» unter Dr. Günther Birkenfeld aus. Diesen Zeitungen in den westlichen Sektoren standen die Parteizeitungen aus dem Ostsektor gegenüber, von denen «Neues Deutschland», das neue Zentralorgan der SED, die Politik Ulbrichts vertrat. Die Zeitungen der CDU und LDP, «Neue Zeit» und «Der Morgen», wurden durch Repressalien bei der Papierzuteilung in ihrer Meinungsäußerung mehr und mehr beschränkt. Trotzdem fochten sie, besonders die «Neue Zeit» unter dem Chefredakteur Wilhelm Gries, journalistisch für eine freiheitliche Demokratie in einem Ausmasse, das persönliche Gefährdung schon damals einschloss.

Diese Zeitungen wurden auch in der sowjetischen Zone verbreitet, die noch offen für alle Berliner war.

Die Rolle des Berliner politischen Journalismus bei der Neuorientierung der Deutschen nach 1945 auf die parlamentarische Demokratie und die Absage an den Kommunismus war schon damals gar nicht zu überschätzen. In einer regierungslosen Zeit bildeten sie eine neue öffentliche Meinung und «regierten» sie mit wechselndem Erfolg gleichsam als Stellvertreter einer politischen Führung. Kommerzielle Gesichtspunkte spielten in den ersten Jahren nach dem Kriege keine Rolle. Die Zeitungen, Zeitschriften und illustrierte Blätter boten – auch in der Verzerrung der kommunistischen Organe – eine lebendige Demokratie in Berlin, wie sie später nur noch auf den Höhepunkten des politischen Kampfes um die Stadt erreicht wurde.

Sie stellten sich sofort in den Dienst einer politisch vertretbaren Sache, wenn diese Sache Publizität brauchte, um wirksam zu werden. So veröffentlichte der «Tagesspiegel» am 5. Mai 1946 den Protest einer Gruppe Studenten der Berliner Universität gegen das Anbringen einer roten Fahne und eines Plakates mit dem Emblem der SED zum 1. Mai 1946 am Universitätsgebäude Unter den Linden. Im «Horizont» wandten sich Vertreter der Jugendausschüsse gegen die Entsendung des Kommunisten Heinz Kessler, Vertreter des Hauptjugendausschusses beim Magistrat, zum Weltjugendrat, weil Kessler nicht von der Berliner Jugend gewählt, sondern von Ulbricht eingesetzt worden war.

Der Magistrat hatte am 14. Mai 1946 sein einjähriges Bestehen gefeiert. Oberbürgermeister Dr. Werner erklärte, Berlin lebe nicht mehr in der nationalstaatlichen Enge der ehemaligen deutschen Hauptstadt, sondern sei unter der Viermächtebesetzung ein Abbild der politischen Weltkonstellation geworden.

Am gleichen Tage befahl das Koordinierungskomitee des Alliierten Kontrollrats die «Liquidierung deutscher militärischer und nazistischer Denkmäler und Museen».

Darauf teilte der Volksbildungsstadtrat Otto Winzer (SED) die Berliner Denkmäler in drei Gruppen ein. Zur ersten Gruppe zählten alle Denkmäler, die vernichtet werden sollten. In der zweiten Gruppe befanden sich Denkmäler, die nur abzutragen und in Museen aufzubewahren waren. Stadtrat Scharoun erklärte sofort, dass diese Arbeiten etwa 2,3 Millionen Mark kosten und dreihundert Arbeiter ein Jahr lang beschäftigen würden. Stadtrat Geschke (SED) schlug deshalb vor, die Berliner Arbeiter und die Gewerkschaften zur Zerstörung dieser Denkmäler aufzufordern. Der Magistrat beschloss, diese milde Zerstörung bis zum 15. August 1946 durchführen zu lassen.

Betroffen wurden sämtliche Denkmäler aus nationalsozialistischer Zeit, die Denkmäler der Siegesallee im Tiergarten, das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. am Schloss und das Reiterstandbild Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten. Das Denkmal des Grossen Kurfürsten auf der Langen Brücke und das Denkmal Friedrichs des Grossen Unter den Linden sollten nur abgetragen werden, da diese kulturhistorischen Wert hätten. Kurz vorher waren Baltenplatz und Petersburger Strasse im Bezirk Friedrichshain zum Gedenken an den ersten sowjetischen Stadtkommandanten auf Magistratsbeschluss in Bersarinplatz und Bersarinstrasse umbenannt worden. Die Siegessäule im Tiergarten wurde dagegen als militaristisches Denkmal zur Sprengung vorgesehen. Das Bismarckdenkmal am Grossen Stern und die Marmorstatuen der Königin Luise und Friedrich Wilhelms II. am Südrand des Tiergartens rettete der kommunistische Stadtrat Schwenk vor der Vernichtung, indem er sie von der Liste streichen liess. Die Instandsetzungsarbeiten am zerstörten Charlottenburger Schloss wurden eingestellt. Ausserdem kritisierte der Magistrat, dass bisher 35'000 RM für den Ausbau des Weissen Saales des Stadtschlusses auf gewendet wurden. Das Schloss war von der SED zur Sprengung vorgesehen, im Augenblick fanden dort noch. Kunstausstellungen statt.

Diese «Tabula rasa» auf einem Gebiet, das die lebendige Vergangenheit Berlins dokumentierte, konnte teilweise verhindert werden. Trotzdem waren die Zerstörungen, die von Mitgliedern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in den folgenden Wochen im wüsten Stadtbild noch zusätzlich angerichtet wurden, überaus töricht und sinnlos.



Weihnachten 1947 in der Friedrichstrasse



Berliner Westen 1945: Tauentzienstrasse mit Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche

Die Umerziehung zur Demokratie durch die Besatzungsmächte schloss in jener Zeit einen Abschied von der geschichtlichen Vergangenheit ein. Der kommunistische Publizist Alexander Abusch veröffentlichte sein Buch «Die Daseinsverfehlung der Deutschen», in dem er Tabula rasa mit der deutschen, angeblich stets «verfehlten» Geschichte machte.

Dieses Buch wurde damals stark diskutiert.

Berlins Zukunft aber sollte sich bei den Wahlen entscheiden, auf die sich nun die Parteien und Besatzungsmächte vorbereiteten. Es gab endlich Interzonenpässe. Am 20. Mai 1946 landete die erste planmässige Verkehrsmaschine in Tempelhof – ein Clipper aus New York. Der Interzonenhandel wurde eingeleitet, der jährlich für 400 Millionen Reichsmark Warenlieferungen zwischen den Westzonen und der Ostzone vorsah. Die Berliner Bühnen zeigten aufsehenerregende Premieren. Stücke von Bert Brecht wurden im Hebbel theater aufgeführt («Die Gewehre der Frau Carrar» und die Schulooper «Der Jasager» mit der Musik von Kurt Weill). Georg Kaisers Drama «Adrienne Ambrossat» hatte in der «Komödie» Premiere, und die «Deutsche Film-AG» (DEFA) erhielt von Oberst Tulpanow die erste Drehlizenz für den Film: «Die Mörder sind unter uns», in dem Wilhelm Borchert und Hildegard Knef Hauptrollen unter der Regie von Wolfgang Staudte spielten. Paul Wegener und der nach monatelanger Zwangspause wieder als Schauspieler «zugelassene» Gustaf Gründgens traten im «Stürmischen Lebensabend» des russischen Autors Leonid Rachmanoff am Deutschen Theater auf. Das Friedenauer Theater zeigte unter der Regie von Olga Tschechowa eine von dieser Schauspielerin bearbeitete Szenenfolge von Charles Dickens' «Das Heimchen am Herde», in der Hans Leibelt und Ada Tschechowa spielten. Hans Nielsen und Erik Ode traten in Oscar Wildes «Bunbury» in der «Komödie» auf. Die Volksbühne des Hebbeltheaters brachte im Theater in der Kastanienallee Maxim Gorkis «Nachtasy!» mit Ernst Busch, Alexander Engel, Aribert Wäscher, Carl Kuhlmann und Lu Säuberlich. In Lortzings Oper «Der Wildschütz» sangen Rudolf Schock und Josef Greindl. Karl Heinz Stroux inszenierte im Hebbel theater Thornton Wilders «Wir sind noch einmal davongekommen» als deutsche Erstaufführung.

Und war nicht fast alles, was Rang und Namen in der deutschen Theaterkunst der dreissiger Jahre hatte, noch einmal davongekommen? Spielten sie nicht in Berlin und erregten, erschütterten sie nicht in den neuen Stücken, die wie ein reinigender Sturm wirkten, ein Publikum, das hungerte, aber doch glücklich zu sein schien über diese rasche Blüte von Kunst und Kultur in der Viermächtestadt?

Damals schien es, als würden die berühmten zwanziger Jahre, die so jäh abgebrochen wurden, nun fortgesetzt, als sei die Kunstdiktatur des Dritten Reiches nur ein böser Traum gewesen, dem die Schauspieler und Regisseure nun entron-

nen waren. Opfer hatten sie bringen müssen, aber sie waren nicht gross. Im Krieg hatte sich Joachim Gottschalk vergiftet, Harry Liedtke war von den Russen erschlagen worden, Heinrich George starb im sowjetischen Konzentrationslager. Gustaf Gründgens kehrte nach einer Untersuchungshaft ans Deutsche Theater im Ostsektor zurück, und Furtwängler sollte bald wieder dirigieren.

Die Russen liebten die Künstler, sie Jockten sie nach Berlin zurück.

Wer zur Intelligentsija gezählt wurde, hatte Zutritt zum « Club der Kulturschaffenden » in der Jägerstrasse, in dem Haus des feudalen Herrenklubs der Weimarer Republik. Dort konnte er markenfrei speisen, und das Essen war doch damals wichtiger denn je. Wer gut gegessen hatte, würde auch gut diskutieren, meinten die Sowjets, und so gaben sie den Künstlern der Stadt Essen und hofften auf Dank. Sie sparten nicht mit Lebensmittelpaketen («Pajoks») für Künstler und Schriftsteller, Maler und Bildhauer. Die «Kulturschaffenden» wurden von den Russen verwöhnt wie die Politiker, die auf die sowjetische Karte zu setzen begannen. Aber es blieb zweifelhaft, ob sich der Aufwand für die Russen lohnen würde.

Man darf diese schnelle, schöne kulturelle Blütezeit Berlins in den ersten Nachkriegsjahren auch unter dem Gesichtspunkt materieller Interessen sehen, die damals wahrgenommen wurden, so gut es sich schickte, und noch etwas darüber hinaus. Die geistige Elite der ehemaligen Reichshauptstadt musste nicht hungern, wenn sie nur bereit war aufzutreten und mitzumachen und den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Es gab Professoren und Künstler, die abseits dieses Versuchs einer Korruption lebten. Sie teilten das Los der Mehrheit dieser Stadt. Sie erhielten die Schwerarbeiterkarte für Schriftsteller oder Schauspieler nicht. Vielleicht waren sie selbst schuld, wenn sie hungerten. Der Stab ist über keinen zu brechen, der damals an eine Sendung Berlins glaubte.

Dieses wiedererwachte geistige Berlin übte eine starke Anziehungskraft aus. Deutsche aus allen vier Besatzungszonen zogen nach Berlin, so dass die Kommandantur am 14. Juni 1946 auf die ausserordentliche Wohnungsnot und die Einschränkungen in der Ausgabe von Lebensmittelkarten hinwies und wieder einmal weiteren Zuzug verbot.

Ende Juli wurde die erste Kunstausstellung einer Besatzungsmacht, «Moderne französische Graphik», gezeigt, und Vertreter der sowjetischen Militärregierung empfangen am 21. Juli 1946 auf dem Bahnhof Schöneeweide im Bezirk Treptow den Sonderzug mit der Leiche des Dichters Gerhart Hauptmann, der am 6. Juni 1946 in seinem «Haus Wiesenstein» in Agnetendorf im polnisch besetzten Riesengebirge verstorben war. Seine letzte Frage: «Bin ich noch in meinem Haus?», beantworteten die russischen Offiziere um den Kulturoffizier Major Dymshitz

mit dieser Demonstration vor dem toten Dichter und seiner Witwe, aber der Sonderzug war für die Insel Rügen bestimmt, und sein letztes Haus fand Gerhart Hauptmann auf Hiddensee.

Am 25. Juli 1946 erliess die Alliierte Kommandantur die Grundsätze für die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober 1946. Gewählt werden sollte in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem.

Ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen sowie Berufsoffiziere waren nicht wählbar. Bestimmten Gruppen von ehemaligen Parteigenossen Hitlers wurde das Wahlrecht entzogen.

Für den Wahlkampf gestattete die Kommandantur den vier zugelassenen Parteien, Texte von Reden und Beschlüssen nur noch in deutscher Sprache einzureichen sowie Kinos und Theater für Versammlungen zu mieten. Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, denen man oft gar keine Lebensmittelkarte oder nur die Hungerkarte IV zuteilte, sollten ab September die Arbeiterkarte II bekommen. Während die Sowjets befahlen, kein Bier aus dem Ostsektor mehr in die Westsektoren zu verkaufen, bildete sich beim Kontrollrat ein Viermächteausschuss: «Zur Bekämpfung von Gerüchten». Er sollte gegen alle deutschen Versuche vorgehen, die Besatzungsmächte untereinander auszuspielen.

Die Sowjets begannen zuerst mit dem Versuch, die Berliner Wähler für sich einzunehmen, indem sie ihren Sektor in der Lebensmittelzuteilung bevorzugten. Sie sorgten dafür, dass Gemüse aus der Ostzone nur noch im Ostsektor verteilt wurde. Oberst Frank Howley, der Direktor der Militärregierung des amerikanischen Sektors, protestierte am 30. Juli 1946 gegen das sowjetische Verbot von Gemüselieferungen aus der Ostzone in die drei westlichen Sektoren. Die Kommandantur beschloss, dass jede Besatzungsmacht künftig ihren Sektor selbst mit Gemüse versorge. Es wurde auch erlaubt, hochwertige Nahrungsmittel aus westalliierten Beständen gegen Gemüse aus Sachsen und Brandenburg im Ostsektor zu tauschen.

Die Berliner aber wurden angewiesen, die Früchte der 70'000 vorhandenen Rosskastanienbäume zu sammeln, damit Nährmehl und Arzneigrundstoffe für den kommenden Winter daraus gewonnen werden könnten. Diesen zweiten Notwinter fürchtete die Bevölkerung nicht zuletzt deswegen, weil ihr auch diesmal keine Brennstoffe zur Verfügung gestellt werden sollten.

Im August 1946 begann der Wahlkampf. Am 13. August 1946 genehmigte die Kommandantur das Statut einer vorläufigen Verfassung von Gross-Berlin. In einem Begleitbrief proklamierten die vier Kommandanten «die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin als ein geschichtliches Ereignis».

Sie gaben «ihrem Bestreben Ausdruck, die politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das *Selbstbestimmungsrecht* wiederzugeben».

Diese angekündigte Rückgabe des Selbstbestimmungsrechtes in dem historischen Akt vom 13. August 1946 war durchaus nicht deklamatorisch gemeint. «Im Vertrauen, dass die demokratische Entwicklung nie wieder aufhören wird, übertragen sie die Verantwortung für die der alliierten Kommandantur unterstellten Regierung von Berlin auf die Bevölkerung der Stadt.»

Die Proklamation für die Berliner Bevölkerung trug auch die Unterschrift des sowjetischen Stadtkommandanten. Damit schien die Zukunft der Stadt bestimmt zu sein, die nunmehr von den vier zugelassenen Parteien nach dem Wahlergebnis zu gestalten wäre. Am 14. August 1946 befahl die Alliierte Kommandantur das Wahlverfahren.

Die vier Kommandanten forderten die «Sicherung des Wahlaktes und der Wähler vor jeglicher Bedrohung» und betonten, dass «vor den Augen der Kommandantur alle gesetzlich anerkannten Parteien gleich sind und dass alle Parteien die gleichen Rechte haben».

Mit diesen Beschlüssen hatte sich auch die Sowjetregierung zur demokratischen Entscheidung der Berliner Bevölkerung bekannt: Stalin setzte die SED einer freien und geheimen Wahl aus.

Es erhob sich damals die Frage, ob die Sowjetmacht tatsächlich freie Wahlen der Berliner Bevölkerung wünschte. Musste sie nicht fürchten, dass die Berliner den Stab über die Sowjets und deren SED brachen?

Die Entscheidung traf Stalin in Moskau, aber Moskau war weit, und es schien, als habe das sowjetische Hauptquartier in Karlshorst den Generalissimus in schönfärberischer Weise über die wahre Stimmung der Berliner getäuscht, um die eigenen Leistungen seit Mai 1945 ins rechte Licht zu rücken. Ausserdem lebten die SED-Führer trotz der Schlappe, die sie bei der Zwangs Vereinigung in den Berliner Westsektoren durch so viele namenlose SPD-Mitglieder erlitten hatten, in jenem Sommer 1946 in einem Zustand der Euphorie. Sie glaubten, den Sieg in der Ostzone und in Berlin schon in der Tasche zu haben.

Falls sie jedoch nicht ganz dieser Ansicht gewesen sein sollten, so vertrauten sie auf die Macht der Sowjetunion und die Waffe der Propaganda. Ausserdem sahen sie den Zeitpunkt gekommen, die einfachen Mitglieder und Mitläufer der NSDAP, die ja wählen durften, für sich zu gewinnen. Die SED umwarb im Sommer und Herbst die «kleinen Nazis», die «ehrlich einen neuen Weg gehen wollten». Ulbricht bediente sich dabei Hitlers Taktik nach dessen Machtergreifung. Hitler nahm damals zahllose «kleine Kommunisten» in die NSDAP auf, um sie durch Umschulung auf sich zu verpflichten. Nun sollten die «kleinen

PGs» von einst wieder zurückgeschult werden, zugunsten der Sozialistischen Einheitspartei.

Im Übrigen fanden im September in allen vier Besatzungszonen Gemeindewahlen statt. Die Berliner Wahlen sollten zuletzt durchgeführt werden, waren sie doch, wie die SED-Führer glaubten, durch die Wahlergebnisse in den Zonen, besonders aber in der Ostzone, zu beeinflussen.

So kam es, dass Stalin sich selbst über die wahre Meinung der Berliner täuschte oder täuschen liess. Was die Berliner in ihrer überwiegenden Mehrheit wirklich dachten, hätten die Sowjets in den Zeitungen der westlichen Sektoren und den bürgerlichen Blättern ihres eigenen Sektors täglich lesen können, aber sie sträubten sich wohl, etwas einzusehen, was für sie ungünstig war ...

Die Gemeindewahlen in den drei westlichen Zonen wurden für die SPD zu einem grossen Erfolg, nur in einigen Städten wie Solingen kam die KPD zum Zuge. Am ersten Septembertag 1946 fanden in Sachsen Kommunalwahlen statt, eine Woche danach in der Provinz Sachsen und in Thüringen und noch eine Woche später in Brandenburg und Mecklenburg.

Das «rote» Sachsen sollte vorangehen, damit die übrigen Länder der Ostzone ihm nacheiferten. Aber Sachsen war nicht «rot». In fast allen Städten ergaben sich Mehrheiten der CDU mit der LDP gegen die SED. Auch in den übrigen Ländern der Ostzone wurde ähnlich gewählt.

Trotzdem konnte die SED diese Gemeindewahlen als grossen Sieg der Einheitspartei feiern, denn in vielen Gemeinden war von den sowjetischen Kommandanten dafür gesorgt worden, dass bürgerliche Kandidaten nicht aufgestellt wurden. Für die SED einschliesslich ihrer Massenorganisationen wurden fast 82 Prozent aller Stimmen abgegeben.

Im Oktober 1946 wurden die Kreis- und Landtage in der Ostzone gewählt. Nun gab es schon genügend bürgerliche Kandidaten. Es waren die ersten und letzten verhältnismässig freien und geheimen Wahlen im sowjetischen Besatzungsgebiet. Von insgesamt 519 Abgeordneten gehörten 249 der SED an. Das Verhältnis zwischen CDU und LDP auf der einen Seite und SED auf der anderen Seite betrug etwa 50:50. Die Massenorganisationen verhalfen der SED mit 16 Abgeordneten zu einer knappen Mehrheit.

In Berlin jedoch musste die wirkliche Entscheidung fallen.

Hier gab es noch die SPD, die fieberhaft versuchte, ihre Parteiorganisation, die im Ostsektor durch die Zwangsvereinigung zerschlagen war, wiederaufzubauen. Würde es ihr gelingen, sich neben der SED zu behaupten oder sie gar zu schlagen? Und wie würden CDU und LDP abschneiden, die in der Ostzone allein die Last der Opposition gegen das kom-

munistische Regime getragen hatten, hier aber nur in zweiter Linie neben der SPD fochten?

Berlin war der einzige Ort in diesem Deutschland, wo alle Besatzungsmächte zusammenarbeiten mussten. Wie würden die Berliner auf diese Zusammenarbeit reagieren? Es musste sich zeigen, was die Deutschen wollten, und Berlin war der geschichtliche Schauplatz dank des Viermächtestatuts, auf dem offen und ohne Umschweife Entscheidungen vom einzelnen Wähler zu fällen waren, die für die Zukunft der Stadt und des Landes von grösster Bedeutung sein mussten.

«Vom Ergebnis der Berliner Wahlen», hatte der SED-Führer Hermann Matern am 17. August 1946 erklärt, «hängt die künftige Entwicklung Deutschlands in entscheidendem Masse ab.»

Dies war richtig, und die Berliner hatten nun das letzte Wort. Welcher Partei sollten sie den Vorzug geben? Oder anders ausgedrückt: Welcher Besatzungsmacht vertrauten sie sich an, denn jede Wahl in Berlin war auch eine Entscheidung für diese oder jene Besatzungspolitik.

Die Politik der Westmächte zeigte sich wankelmütig gegenüber sowjetischen Unverschämtheiten und verdrossen gegen deutsche Bitten, die freiheitlich-demokratischen Kräfte der Stadt gewähren zu lassen. Aber es war wenigstens gelungen, die Amerikaner, Briten und Franzosen in Berlin mehr und mehr untereinander zu politischen Verbündeten zu machen, die nun gemeinsam sowjetischen Vorstössen begegnen konnten.

Untere alliierte Dienststellen befanden sich längst im täglichen Kleinkrieg mit sowjetischen und kommunistischen Gegnern. Noch galt für sie, was aus der Stimmung des Morgenthauplanes von den Alliierten befohlen worden war. Aber am 6. September 1946 hielt der amerikanische Aussenminister Byrnes seine aufsehenerregende Stuttgarter Rede, in der deutlich wurde, dass für die Amerikaner die Ideenwelt des Morgenthauplanes nicht mehr existierte. Vorher war beschlossen worden, die amerikanische und die britische Zone miteinander zu vereinigen.

Am 10. Oktober 1946 lehnte der Kontrollrat auf einer Sitzung in Berlin sämtliche Gnadengesuche der vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilten Führer des Hitlerreiches ab und bestätigte, dass die Hinrichtung der zum Tode Verurteilten am 16. Oktober 1946 in Nürnberg stattzufinden habe.

Das nationalsozialistische Regime war beseitigt. Am Vorabend der Nürnberger Hinrichtungen führte die DEFA in Berlin ihren ersten Film: «Die Mörder sind unter uns», auf. Die zu Gefängnisstrafen Verurteilten wurden in das Spandauer Gefängnis eingewiesen. Was erwartete nun die vier Besatzungsmächte bei den Berliner Wahlen, vier Tage nach der endgültigen Liquidierung des nationalsozialistischen Regimes?

Und was würde aus der Viermächtebesetzung Berlins und Deutschlands,

wenn es sich herausstellte, dass eine Besatzungsmacht den Willen der Bevölkerung für eine demokratische Lebensordnung nicht respektierte?

Am Tage der deutschen Kapitulation hatte Winston Churchill gesagt: «An den Siegern ist es, ihre glühenden Herzen zu prüfen und sich der Grösse der unermesslichen Kräfte, die in ihre Hand gegeben sind, als würdig zu erweisen.»

Aber ein Jahr später hatte Hermann Göring im Nürnberger Gefängnis ausgerufen: «Sie werden uns hängen, und jetzt werden wieder die Betschwestern kommen. Nein, sie werden nicht kommen, denn die Welt ist wach, und es wird weitergehen. Es wird weitergehen im Hass und über allen Hass heraus. Die Welt brennt an allen Ecken.»

Die Sozialistische Einheitspartei nahm den Wahlkampf am 18. August 1946 auf. Sie erklärte sofort, die SPD sei ihr Hauptgegner. Die Sowjets im Ostsektor verstärkten ihren Druck gegenüber Sozialdemokraten, die sich bemühten, die Parteiorganisation wiederaufzurichten. Verhaftungen von Sozialdemokraten fanden oft statt, die Proteste der SPD-Führung blieben erfolglos.

Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck fuhren zum letztenmal im Juli 1946 nach Westdeutschland, um im Ruhrgebiet für die SED zu werben. Am 1. August 1946 verbot die britische Militärregierung den beiden Parteiführern weitere Besuche im Westen. Die Briten wollten damit erreichen, dass Kurt Schumacher und andere Vertreter der westdeutschen Sozialdemokratie die Erlaubnis erhielten, in die Ostzone zu fahren. Dazu kam es nicht mehr, aber auch die SED-Vorsitzenden blieben fortan auf das sowjetische Einflussgebiet beschränkt.

Am 11. August 1946 hatte die Berliner CDU den Wahlkampf eröffnet. Auf einer öffentlichen Kundgebung im Bezirk Pankow sprach der Zweite Vorsitzende Ernst Lemmer.

Er erklärte, die deutsche Demokratie könne sich nicht auf den Totalitätsanspruch einer Partei stützen.

Jakob Kaiser hatte sich auf dem ersten Parteitag der CDU der sowjetischen Zone und Berlins vom 15. bis zum 17. Juni 1946 im Theater am Schiffbauerdamm (Ostsektor) zu einer neuen sozialen Ordnung, dem «Sozialismus aus christlicher Verantwortung» bekannt, der jedoch «niemals ein System des grundsätzlichen Hasses gegen Besitz und höheres Lebensniveau» sein dürfe. Er hatte die Einheit der Nation beschworen, die aus einem geläuterten Selbstbewusstsein entstehen müsse. Die Wiederherstellung der Einheit der Nation habe zu erfolgen, bevor «der weitere Schritt zu den Vereinigten Staaten von Europa getan» werde.

Jakob Kaiser vertrat damals die Meinung, Ost und West könnten in Berlin zu einer geistigen Synthese gelangen. Er trug sie temperamentvoll vor und versuchte, dafür bei den westdeutschen CDU- und CSU-Verbänden zu werben. Er

ging davon aus, dass die Einheit Deutschlands auf absehbare Zeit nicht wiederherstellbar sei, wenn es nicht gelänge, den sich abzeichnenden Ost-West-Konflikt zumindest in Berlin zu verzögern oder gar zu verhindern.

In einem Leitartikel des CDU-Organs «Neue Zeit» vom 11. Mai 1946 hiess es: «Die Ostzone vollzieht seit einem Jahr die bedeutungsvolle Begegnung mit dem Osten. Es muss ein Weg zwischen russischen und deutschen Menschen gefunden werden, der vor einem Jahr noch nicht gangbar erschien, heute aber im Interesse eines guten Verhältnisses zur Sowjetunion eine Notwendigkeit ist. Zu gleicher Zeit strömt der Westen in Deutschland ein, zeigt ein Gesicht, das nicht mehr durch Goebbelspropaganda entstellt wird, und zeigt unserem Volk westliche Probleme in ihrer wirklichen Gestalt.

In Berlin fliessen diese zwei tragenden Komponenten ineinander über. Die historische Begegnung von Berlin gibt dem Berliner eine einzigartige Chance: An sich zu zeigen, dass er zur Synthese bereit ist. Damit vollzieht sich die endgültige Abkehr von einer deutschen Orientierung gegen den Osten oder gegen den Westen, nicht zuletzt auch für den Aufbau eines friedlichen Europas.

Wir haben eine neue menschliche Aufgabe. Wir haben in uns die Synthese wirksam zu machen, die die Welt finden wird, die sie sich heute noch in qualvollen Häutungen abringt. Dass sie gefunden wird, ist ohne Zweifel. Die Erde würde sich in den Äther sprengen, wenn es nicht geschehen sollte.»

Dieser Leitartikel eines Mitarbeiters der «Neuen Zeit» drückte aus, was viele Berliner damals vor sich sahen, wenn sie nicht verzweifeln wollten. Die Stadt bot sich als Schauplatz eines Brückenschlages an, die Sorge war gross, durch einseitige Entscheidungen die Chance nicht zu wahren, die zu einer einzigen deutschen Republik führen könnte.

Konrad Adenauer, der im Jahre 1946 Vorsitzender der CDU der britischen Zone geworden war, liess sich von einer CDU/CSU-Konferenz den Auftrag geben, gegen die Synthese zwischen Ost und West, dem Brückenschlag in Berlin, Einspruch zu erheben. Adenauer lehnte den «Sozialismus aus christlicher Verantwortung» ab.

Am ersten Parteitag der CDU der Ostzone und Berlins nahm Konrad Adenauer nicht teil. Nach Berlin kamen sein erster Stellvertreter im Parteivorsitz in der britischen Zone, der Oberbürgermeister von Herford, Dr. Friedrich Holzapfel, der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Karl Arnold, und der bayerische CSU-Vorsitzende, Dr. Joseph Müller.

Sie applaudierten Jakob Kaiser.

Freilich war inzwischen die Entscheidung gegen eine Berliner Reichsführung

der CDU gefallen. Die westdeutschen CDU-Vertreter hatten sich am 3. April in Stuttgart für den Zusammenschluss mit der CDU Berlins und der Ostzone ausgesprochen, aber gegen den Sitz einer künftigen Parteiführung in Berlin oder einem Ort der russischen Zone.

Kurz darauf kam es zu einem Gespräch zwischen Adenauer und Kaiser über diese Beschlüsse.

Adenauer protokollierte sein Gespräch selbst so:

«Ich (Adenauer) habe Herrn Kaiser ausdrücklich erklärt, dass es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, dass nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz finde. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien.»

Die Aversion Adenauers gegen Berlin sollte von nun an eine immer grösser werdende Rolle in der Politik der CDU spielen. Hinzu kam, dass sich der kühle, trockene Adenauer und der temperamentvolle Jakob Kaiser nicht verstanden. Karl Arnold und Dr. Joseph Müller dagegen, die nun mit Jakob Kaiser eng zusammenarbeiteten, entsprachen einander besser.

Es ist jedoch festzuhalten, dass neben Adenauer auch Kurt Schumacher Bedenken gegen eine Parteizentrale in Berlin hatte, die unter sowjetischer Kontrolle arbeiten müsste. Schumacher war es gelungen, diese Zentrale zu verhindern, als Grotewohl sie wünschte. Aber Jakob Kaiser und Ernst Lemmer waren nicht Otto Grotewohl und Max Fechner.

Dafür stand vor Adenauers Augen die Absetzung von Andreas Hermes und Walther Schreiber durch Marschall Schukow. Er war wohl entschlossen, alles aufzubieten, um nicht mit den Sowjets in Berührung kommen zu müssen.

Der Verzicht Adenauers auf die Teilnahme am CDU-Parteitag traf die Mitglieder der Partei aus der Ostzone und Berlin hart. Aber es gelang Joseph Müller, Karl Arnold und Friedrich Holzapfel, die Gemeinsamkeit der CDU-Politik im Theater am Schiffbauerdamm vor den Delegierten zu demonstrieren.

Am 11. September 1946 setzte der neue Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Sokolowski, den dritten Mitgründer der CDU ab. Dr. Ferdinand Friedensburg verlor sein Amt als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie. Die Russen warfen ihm vor, die Einstellung von «verbürgt demokratischen Elementen» verhindert zu haben.

Ferdinand Friedensburg, ein alter preussischer Beamter, war der SED zu unbequem geworden.

Auch Andreas Hermes und Walther Schreiber griffen in den Wahlkampf ein. Sie forderten, dass keine Partei für eine Besatzungsmacht optieren solle, und warnten vor der Errichtung einer Einparteidiktatur.

Publizistische Unterstützung erhielt die CDU nun auch in den Westsektoren, als Mitte Oktober 1946 «Der Abend» zum ersten Male erschien. Chefredakteur war Maximilian Müller-Jabusch, der bisher die Redaktion des CDU-Organs «Thüringer Tageblatt» in Weimar geleitet hatte. Die Liberaldemokratische Partei Deutschlands blieb während des Wahlkampfes die einzige Partei, der es gelungen war, sich über alle vier Zonen hinweg zusammenzuschliessen.

Ein Koordinierungsausschuss, der auf dem gesamtdeutschen Parteitag der liberal- und freidemokratischen Parteien in Bad Pyrmont am 20. Mai 1946 eingesetzt worden war, beschloss am 10. Juli 1946 im Berliner Haus der LDP in der Jägerstrasse im Ostsektor den Zusammenschluss der Parteiverbände der einzelnen Besatzungszonen unter dem Namen «Liberaldemokratische Partei Deutschlands».

Vier Vorsitzende wurden als Vertreter der vier Besatzungszonen gewählt: Dr. Wilhelm Külz, Berlin, Franz Blücher, Essen, Wilhelm Rautenstrauch, Trier, und Dr. Fritz Linnert, Nürnberg. Geschäftsführer wurde Arthur Lieutenant, Berlin.

Im Berliner Landesverband trat besonders Carl-Hubert Schwennicke hervor. Als Vorsitzender legte er am 3. Oktober 1946 am Grabe des früheren Reichskanzlers und langjährigen Aussenministers Dr. Gustav Stresemann anlässlich dessen 17. Todestages Kränze nieder. Er erklärte, die Ideale, für die Stresemann gearbeitet und gekämpft habe, um eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, müssten nun auch für die heutige Politik richtungweisend sein.

Die SED hatte versucht, mit der SPD ein Wahlbündnis einzugehen, das jedoch von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Wilhelm Pieck hatte sich nicht gescheut, auf einer Feierstunde der SPD anlässlich ihrer Gründung vor einem Jahr in der Städtischen Oper zu erscheinen, um für dieses Wahlbündnis zu werben.

Wenige Tage später, am 20. Juni 1946, rief Kurt Schumacher auf einer Grosskundgebung der SPD aus: «Ein geteiltes Deutschland ist ein geteiltes Europa!» Er griff auch den «Sozialismus aus christlicher Verantwortung» der CDU an.

Die SPD musste einen Zweifrontenkampf um die Wähler durchhalten: gegen die SED, gegen die CDU.

Gemeinsam aber war den drei nichtkommunistischen Parteien die Frontstellung gegen die SED und damit gegen den Magistrat, der von dieser Partei beherrscht wurde. Dabei konnten sich diese drei Parteien keineswegs auf die gleichen Publikationsmittel stützen wie die von der Sowjetunion protegierte SED. Der Berliner Rundfunk war in kommunistischer Hand. Kurz vor den Wahlen nahmen zwar zwei Radiostationen in den Westsektoren ihre Arbeit auf (der Nordwest-

deutsche Rundfunk Berlin im britischen Sektor, der RIAS im amerikanischen Sektor), aber das Radio konnte damals noch keine bedeutende Rolle spielen, da vielen Berlinern die Geräte bei der Eroberung abgenommen worden waren. Zwei Erklärungen der Siegermächte wurden für die Wahlentscheidung der Berliner wichtig. Der amerikanische Aussenminister Byrnes appellierte in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 an die Mitarbeit und Verantwortung des ganzen deutschen Volkes. Damit bezogen die Amerikaner, sechzehn Monate nach dem Sieg, endlich Stellung und gaben eine Absage an die Morgenthauptpolitik.

Die Ausführungen des sowjetischen Aussenministers Molotow in einem Presseinterview während der Pariser Aussenministerkonferenz, die auf der Potsdamer Konferenz nur als Besatzungsgrenze gedachte Oder-Neisse-Linie sei die endgültige deutsche Grenze, stiessen dagegen auf den Widerspruch aller Berliner Parteien. Max Fechner (SED) gab sogar bekannt: «Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, dass die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebiets entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst auf der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller grossen Siegerstaaten festgelegt werden.»

Am 21. September 1946 schwächte der SED-Parteivorstand diese Erklärung ab: «Die SED wird alles tun, damit auch in den Fragen künftiger Grenzen des neuen Deutschlands die Stimme des deutschen Volkes auf einer Friedenskonferenz Gehör findet.»

Wie siegessicher die SED-Führung war, geht aus einer Wahlrede Wilhelm Piecks hervor. Am 26. September 1946 erklärte er, dass für die SED die Möglichkeit bestünde, die absolute Mehrheit zu erhalten.

Aber die Lautsprecher, die am Wahltag, dem 20. Oktober 1946, vor dem Redaktionsgebäude des SED-Organs «Neues Deutschland» aufgestellt waren, verstummten bald.

Die Berliner hatten der SED eine vernichtende Niederlage zugefügt.

92,3 Prozent der Wahlberechtigten waren zur Urne gegangen. 48,7 Prozent der gültigen Stimmen erhielt die SPD, 22,2 Prozent die CDU, 19,8 Prozent die SED und 9,3 Prozent die LDP.

Die SPD bekam mehr als doppelt soviel Stimmen wie die SED.

Die Berliner hatten, ganz auf sich gestellt, die Diktatur, das Einparteienregiment abgelehnt. Sie wählten zu achtzig Prozent antisowjetisch. Dabei dachten sie wohl an sich selbst, aber zugleich stellten sie ihr eigenes Glück zurück, denn sie wussten, was es hiess, sich gegen die Eroberer ihrer Stadt, gegen die Weltmacht Sowjetunion zu entscheiden.

An diesem 20. Oktober 1946 musste der Freiheitskampf der Berliner beginnen, dessen Ausgang ungewiss war. Die Sowjets aber wussten nun, dass weder Zuckerbrot noch Peitsche diese Deutschen dem kommunistischen System gewin-

nen konnten. Nie wieder sollten freie und geheime Wahlen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, in der Ostzone und im Ostsektor Berlins, stattfinden. Stalin wusste, woran er mit Berlin war.

Die Westmächte aber mussten nun eine Verantwortung übernehmen, die weit über ihre originären Siegerrechte in Berlin und ganz Deutschland hinausgingen, wenn sie es ernst meinten mit der Freiheit, die auch einmal den Deutschen zugesprochen werden müsste, mit ihrer Umerziehung zur Demokratie.

Am Abend dieses Oktobertages erfuhren die Berliner, dass sie eine geschichtliche Entscheidung gefällt hatten.

Achtes Kapitel

URSPRÜNGE DER DEUTSCHEN SPALTUNG

Für den Tag nach der Wahl des 20. Oktober 1946 hatten die Regierungen in Washington und Moskau Massnahmen vorbereitet, die blitzartig die dunkle Zukunft erhellten.

Seit dem Einzug im Juli 1945 standen 28'000 amerikanische Soldaten in Berlin. Jetzt wurden über 20'000 Mann abgezogen. Die amerikanische Besatzungstruppe erhielt die Bezeichnung «Berlin Command» und bestand nun nur noch aus 7'800 Mann. Bisher hatte ein Kommandierender General die US-Truppen befehligt. Nun genügte hierfür ein Oberst.

Im sowjetischen Hauptquartier Berlin-Karlshorst wurden noch in der Nacht nach dem Wahltag die Befehle für die Deportation deutscher Wissenschaftler und Facharbeiter ausgefertigt, die in der Ostzone, im Ostsektor und auch im britischen Sektor wohnten. Diese Aktion hiess «Ossawakim» und umfasste auch die Familienangehörigen der für die Deportation vorgesehenen Fachkräfte. Die besten Facharbeiter, Techniker und Ingenieure der im Ostsektor gelegenen Fabriken AEG Oberschöneweide, ASKANIA Friedrichshagen und Gema Köpenick wurden unter anderen davon betroffen.

Am 21. Oktober 1946 nahmen sich die Sowjets das Recht des Siegers, nach eigenem Gutdünken Menschenmaterial aus dem eroberten Land für eigene Zwecke fortzuführen.

Die Aktion erfolgte bei Nacht. Sowjetische Lastkraftwagen fuhren vor die Wohnungen, die Möbel wurden verladen, die Familien abtransportiert. Die Deportierten mussten im russischen Machtbereich Zwangsarbeitsverträge unterschreiben. Sie sollten erst nach acht oder zehn Jahren heimkehren dürfen.

Es kam zu Auseinandersetzungen in Kontrollrat und Kommandantur. Die SED verteidigte die stalinistische Massnahme. Ihr Sprecher Hermann Matern bezeichnete die Meldungen in der Presse der Westsektoren über den organisierten Menschenraub als Hetze gegen die sowjetische Besatzungsmacht.

Die Berliner wurden durch diese «Nacht-und-Nebel-Aktion» neuen Typs alarmiert. Aber die Diskussionen in Kontrollrat und Kommandantur führten zu nichts, obwohl die Deportierungen gegen Anordnungen beider Institutionen des Viermächterregiments über Berlin verstieszen. Nach einigen Tagen wurden Zahlen bekannt. So handelte es sich allein in Berlin um vierhundert Facharbeiter und Wissenschaftler mit ihren Familien. Der britische Stadtkommandant erklärte, diese Massnahme stehe im Widerspruch zu den Menschenrechten.

Aber die Sowjets verhöhnten ihre Kollegen in Kontrollrat und Kommandantur. Zur gleichen Zeit wurde in Berlin-Wilhelmsruh die Zentralverwaltung des Innern für die Ostzone errichtet. Sie entwickelte die Volkspolizei, aus deren kasernierten Verbänden die Volksarmee entstehen sollte. Präsident der Zentralverwaltung wurde der ehemalige Polizeipräsident von Thüringen.

Unter seinen Vizepräsidenten befand sich der Kommunist Erich Mielke, der im Jahre 1932 an der Ermordung zweier Berliner Polizisten (Anlauf und Lenk) beteiligt war und in der Zeit der Weimarer Republik steckbrieflich gesucht wurde. Für die Benutzung der Luftkorridore hatte der Kontrollrat am 22. Oktober 1946 besondere Flugregeln erlassen. Die drei Luftkorridore von Berlin nach Hamburg, Bückeburg und Frankfurt am Main waren am 30. November 1945 festgelegt worden. Sie hatten eine Breite von je 32 Kilometern. Flugzeuge der Besatzungsmächte sollten die Luftwege ohne vorherige Ankündigung benutzen dürfen.

Als Kuriosum wurde vermerkt, dass zwei Tage nach den Wahlen die Kommandantur einen Antrag des Magistrats ablehnte, die Sektoreneinteilung nun, nach der Anerkennung der neuen Verfassung durch die Wähler, aufzuheben und die Einheit in Berlin vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet wiederherzustellen.

Am 1. November 1946 berichtete die Oberstaatsanwältin Hilde Benjamin (SED) auf einer Tagung der Berliner Frauenausschüsse über die Ausbildung von Volksrichterinnen. Gleichzeitig wurde die Berliner Gefängnisseelsorge wiedererrichtet...

Am 11. November 1946 besetzte französische Gendarmerie die Borsigwerke in Tegel, um die Fortsetzung der Demontage zu sichern, die von den Sowjets nicht zu Ende geführt wurde, da sie Tegel im Sommer 1945 an die Franzosen übergeben hatten.

An diesem Tage verurteilte ein Schwurgericht die Denunziantin des hingerichteten Dr. Karl Goerdeler, Helene Fränzel, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Beschlagnahme ihres Vermögens. Helene Fränzel hatte vom Hitlerregime eine Million Mark als Belohnung erhalten.

Die Sozialistische Einheitspartei, die nach dem Verlust der Macht in Berlin ihre Arbeit sofort auf eine Staatsgründung in der Ostzone – mit der Zentrale im Ostsektor Berlins – konzentrierte, hielt am 14. November 1946 eine Tagung des Parteivorstandes ab, auf der sie den «Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik» beschloss. Am 16. November 1946 wurde dieser Verfassungsentwurf der «DDR» in der Berliner Presse veröffentlicht. Er sah vor:

Den Anspruch auf ganz Deutschland, ein alle Lebensgebiete umfassendes Gesetzgebungsrecht der Republik, ein nur durch Volksentscheid eingeschränktes Einkammersystem, Vergesellschaftung aller Bodenschätze und Naturkräfte, Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung, Staatssozialismus, Laienrichtersystem und Schaffung der Gemeindeordnungen durch die Republik.

Ein zentralistischer Einheitsstaat «DDR» sollte ganz Deutschland umfassen.

Ulbrichts Plan war es, im Ostsektor die Voraussetzungen für eine Rückgewinnung der Macht über die Viermächtestadt zu schaffen, indem dort seine SED-Macht über die Ostzone mit Regierungsbefugnissen ausgestattet wurde. Die SED-Führung nahm an, dass sich dadurch ein natürliches Schwergewicht bilden würde, dem dann ganz Berlin zufallen müsste.

Nummehr setzte eine Kampagne für diesen Verfassungsentwurf ein. Der 2. Vorsitzende des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) Gross-Berlin, Hermann Schlimme, sowie die beiden FDGB-Vorsitzenden der Ostzone, Hans Jendretzky und Bernhard Göring, stimmten als erste dem Verfassungsentwurf zu. Gelobt wurde von den Befürwortern die lebendige Demokratie statt der «formalen» Demokratie, wie sie einst in der Weimarer Republik bestanden hätte.

Damals wurde dieser Verfassungsentwurf, der schon den Namen eines zukünftigen deutschen Staates nannte – Deutsche Demokratische Republik – kaum beachtet. Solche Verfassungspläne hielt man in einer Lage für absurd, in der die französische Regierung auf der Tagung des Aussenministerrates in New York am 21. November 1946 bekanntgab, dass es «nicht wünschenswert erscheine, der deutschen Hauptstadt ein Argument für Einheitstendenzen zu geben». Paris war gegen Berlin als Treffpunkt der vier Aussenminister.

Es sollte noch drei Jahre dauern, bis aus dem Entwurf eine Verfassung wurde, aus der Ostzone eine «Deutsche Demokratische Republik». Aber der Ursprung der deutschen Spaltung war mit diesem Verfassungsentwurf der SED gegeben, der im Gegensatz zu den Vorstellungen von einer Republik Deutschland stand, die von den anderen Parteien erwogen, aber nicht veröffentlicht wurden.

Als Stütze dieser zukünftigen «DDR» war die Volkspolizei gedacht, die am 28. November 1946 in Berlin gegründet wurde. Sie war in Grenzpolizei und Schutzpolizei unterteilt und übernahm sogleich ihre Funktionen im Ostsektor und in der Ostzone. Dadurch entstand eine bewaffnete Ordnungstruppe, mit deren Hilfe sich die SED-Führung in dem Augenblick neue Macht verschaffen konnte, in dem sie die Macht in der deutschen Selbstverwaltung, dem Magistrat, verlor.

Diese Volkspolizei war pünktlich zur Stelle: Am Vortage hatte sich die frei gewählte erste Stadtverordnetenversammlung von Gross-Berlin konstituiert. Dabei hatte der Alterspräsident auf die «historische Bedeutung der Stunde» hingewiesen, die eine neue Periode in der Geschichte Berlins einleitete.

Parlament und Volkspolizei waren freilich dazu ausersehen, in absehbarer Zeit gegeneinander aufzutreten, wobei den Bewaffneten Aufgaben von der SED zugewiesen wurden, die sie bei der Gründung noch nicht ahnen konnten.

In der Nacht zum 30. November 1946 traf jedoch ein Mann mit einem britischen Militärszug in Berlin ein, der geeignet war, Ulbrichts Pläne zu durchkreuzen: Ernst Reuter.

«Das Herz konnte einem stillstehen», schrieb er in einem Brief, als er in einem alten Volkswagen der Redaktion des «Telegraf» die erste Rundfahrt durch die Stadt beendet hatte, die sein Schicksal werden sollte, deren Schicksal aber auch er wurde.

Reuter kam aus der Türkei. Er war 1933 als Oberbürgermeister von Magdeburg verhaftet und ins Konzentrationslager verschleppt worden. Er kam wieder frei, aber noch einmal musste er ins KZ, bis er entlassen und von englischen Freunden ausser Landes gebracht wurde. In der Türkei baute er sich eine neue Existenz im Staatsdienst als Verkehrs- und Verwaltungsexperte auf. Er wurde Professor.

Nun kehrte er in die Stadt zurück, deren Stadtrat für Verkehr er einmal gewesen war.

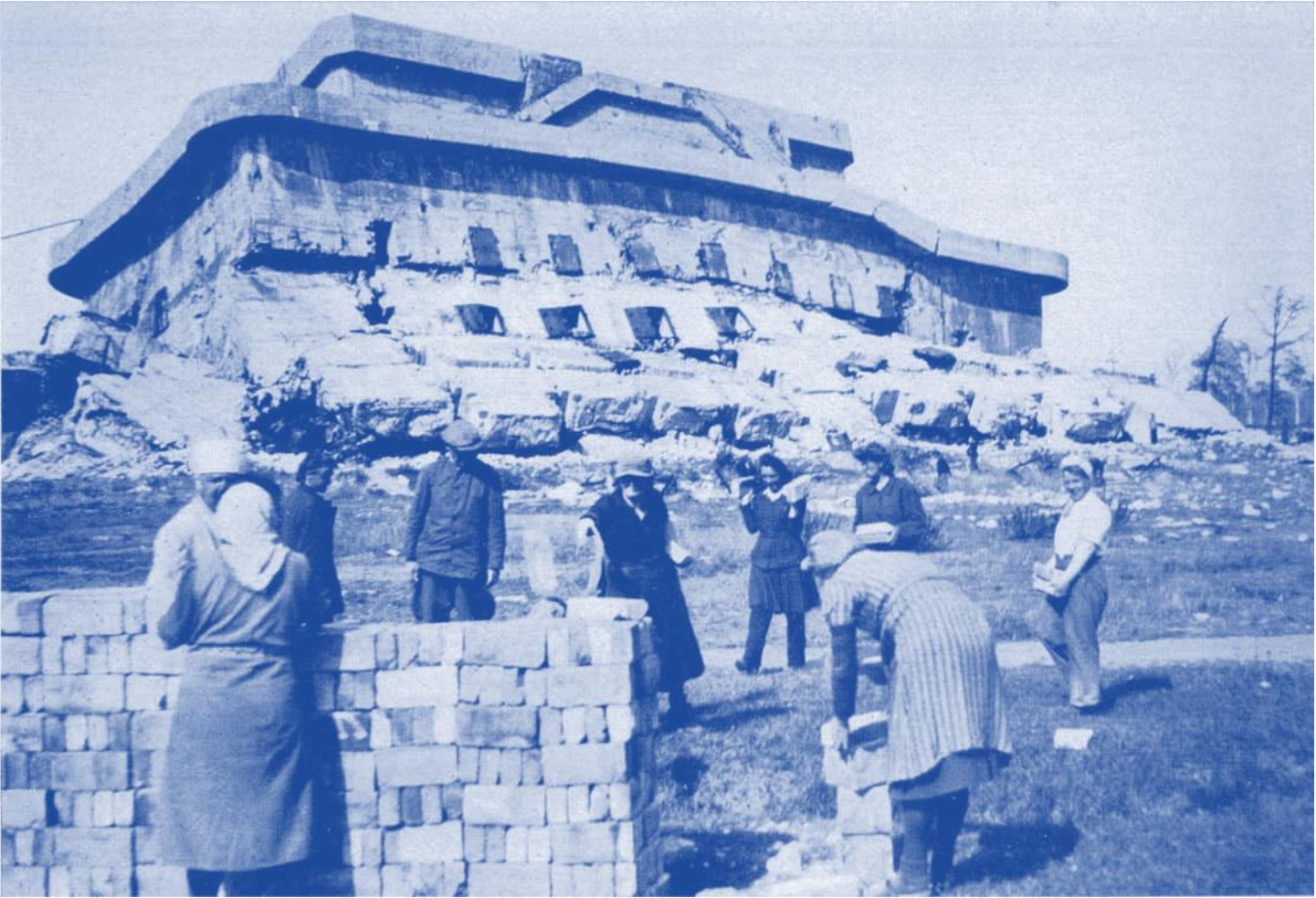
Den Posten des neuen Oberbürgermeisters bot die Berliner SPD-Führung ihm nicht an, und einen Augenblick schien Reuter geschwankt zu haben, ob er Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe in Berlin werden oder im Ruhrgebiet die Grundstoffindustrien neu ordnen sollte.

Ein Gespräch mit Kurt Schumacher in Hannover brachte die Entscheidung. Reuter blieb in Berlin.

Dadurch hatte die SPD neben dem Parteiführer Franz Neumann und dem Parlamentstaktiker Dr. Otto Suhr den führenden Kopf für eine Politik gewonnen, die von dieser Partei nun verantwortlich für die Leitung des Magistrats verfolgt werden musste. Durch die Wahlen war die SPD aus der Opposition zur Macht gelangt. Sie stand vor schwierigen Aufgaben. Reuters Erscheinen in Berlin war den Sowjets und Ulbricht unangenehm. Sie begannen sofort gegen den «Türken» zu agitieren, denn dieser Mann war ein intimer Kenner russischer und sowjetischer Verhältnisse. Stalin hatte ihn im April 1918 zum Volkskommissar für die Wolgadeutsche Sowjetrepublik gemacht. Lenin gab ihm Aufträge. Der ehemalige Kriegsgefangene Ernst Reuter baute diesen Wolgadeutschen autonomen Staat auf; er wurde Staatsgründer. Im Dezember 1918 kehrte er nach Berlin zurück. Der schwerver-



Denkmal Bismarcks unter Trümmern in der Ruine des Reichstagsgebäudes



Trümmerfrauen am gesprengten Zoo-Bunker im Tiergarten 1948

wundet in russische Gefangenschaft geratene Soldat Reuter kam als ehemaliger Volkskommissar nach Deutschland. Auf dem Höhepunkt seiner Parteikarriere, als Generalsekretär der KPD – mit Wilhelm Pieck war er vorher im Vorstand der Partei gewesen – trennte Reuter sich von seinen damaligen kommunistischen Genossen und trat zur SPD über.

24 Jahre waren vergangen, als Ernst Reuter sich in Berlin Wilhelm Pieck wieder gegenüber sah. Noch einmal sollte für ihn jener Kampf gegen die alten Genossen beginnen, mit dem er sich damals von ihnen gelöst hatte. Aber nun hatten die deutschen Kommunisten die Sowjetmacht hinter sich, und Reuter war für sie der «Türke».

Dieser Ernst Reuter war bestimmt, Ulbricht, Pieck und der Sowjetmacht Einhalt zu gebieten, als diese ihre Stunde in Berlin gekommen sahen. Es gelang ihm nicht, ganz Berlin für die Freiheit und die Demokratie zu gewinnen.

Aber er wurde der Gründer West-Berlins.

Der Mann, den bisher die Geschichte «gemacht» hatte, sollte nun endlich Geschichte machen. Mit ihm war zur rechten Stunde die Führerpersönlichkeit eingetroffen, auf die diese Stadt in der elenden Lage Anspruch hatte.

In jenen furchtbaren Wintertagen 1946/47 stand Reuter jedoch noch ganz im Schatten der Ereignisse. Die Kälte kam schon Anfang Dezember, sie brachte bald Verkehr, Wirtschaft, Kultur zum Erliegen. Zehntausende Berliner lagen mit Erfrierungen danieder. 1 142 Menschen verhungerten oder erfroren in ihren ungeheizten Zimmern.

«Nackter Hunger» herrschte, wie der neue Magistrat in einem seiner oft vergeblichen Hilferufe erklärte.

In einem Brief an Professor Rüstow schrieb Reuter damals:

«Lebendig sind diese grauenhaften Ruinen, diese nicht endenden Trümmer, die Kälte, die Furchen in den Gesichtern der Menschen, die man früher gekannt und die einen nun voller Runzeln, voller Trauer und Anspannung entgegenblicken. Diese Gesichter, die die Schrecken der letzten Bombenjahre so lebendig zur Schau stellen, dass man die sachlich nüchternen Erzählungen fast nicht mehr braucht, in denen das Inferno menschlichen Leidens so ruhig geschildert wird, als wären es die selbstverständlichsten Dinge der Welt. Ringsum sind die Menschen tot. Die, die am Leben geblieben sind, haben rechts und links alles verloren, immer wieder hört man solche Schilderungen, immer wieder steigt in den Stunden der Besinnung, des Ausruhens aus den Tiefen dieser Menschen die Erinnerung hoch und lässt altes Grauen lebendig werden.» Fünfzigtausend Frauen arbeiteten, unzureichend gekleidet, als Trümmerfrauen, während die Jugend Banden bildete und verwarhloste. Die Selbstmordziffer stieg höher, die Lebens-

kraft näherte sich einem Tiefstand. Die Energieversorgung der Stadt wurde immer schwieriger, teilweise fiel sie ganz aus. In den Kraftwerken waren nur die ältesten Maschinen nicht demontiert worden. Die Kohleversorgung kam beinahe zum Erliegen. Betriebe mussten schliessen.

Eisig endete das alte Jahr, eisig begann das neue.

Damals erschien im CDU-Organ «Neue Zeit» eine Glosse, die eine Vision von der Zukunft Deutschlands gab.

«Als Adolf Hitler im Juni des Jahres 1941 zum Krieg gegen die Sowjetunion ausholte, entwarf ein Journalist, der den Stil des Dritten Reiches kannte, einen Aufruf, der eine Begründung zu diesem Überfall im Stile Hitlers lieferte. Dieser Journalist erlebte die traurige Genugtuung, dass sein Entwurf fast wortgetreu mit dem Hitlers übereinstimmte.

Jetzt lesen wir in einer Berliner Zeitung der jungen Generation, ‚Ja‘, wiederum zwei Proklamationen. Sie tragen kein Datum, aber die eine stammt aus Frankfurt am Main, und es heisst in ihr unter anderem: «Angesichts des offensichtlichen Scheiterns aller Bemühungen, eine gesamtdeutsche Lösung zu erreichen, haben sich die Ministerpräsidenten der Länder in den drei Westzonen entschlossen, die «Deutsche Demokratische Republik» mit einer Regierung an ihrer Spitze zu bilden. Der mit diesen Vorgängen verbundene Akt der vorläufigen Spaltung des ehemaligen deutschen Gebietes ist den Beteiligten nicht leichtgefallen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Interessen der westdeutschen Länder verlangen gebieterisch eine Überwindung des herrschenden Chaos in letzter Stunde‘.

Das zweite Manifest stammt aus Weimar. In ihm heisst es: «Die Monopolkapitalisten und ihre Helfershelfer wollen im Westen ihren eigenen Staat errichten. Die werktätigen Massen Deutschlands aber haben in Ost und West die Stunde dieses Verrats seit Langem vorausgeahnt und sich dagegen gerüstet. Sie haben deshalb am heutigen Tage die Bildung der «Vereinigten Deutschen Volksrepubliken» proklamiert. Die Bildung einer Volksvertretung steht bevor. Diese will über die endgültige Verfassungsform beraten, und ihr Entwurf wird einem deutschen Volksentscheid unterworfen werden»

Vielleicht war es notwendig, dass einmal jemand einen Begriff davon gab, wie es kommen könnte. Wir wollen aber nicht zweimal Deutschland. Wir wollen ein einheitliches, ungeteiltes Deutschland und halten es deshalb mit der Überschrift, die das vorgenannte Blatt der Proklamation aus Frankfurt am Main und dem Manifest aus Weimar gegeben hat: So darf es nicht kommen.»

Diese Vision wurde Anfang Januar 1947 durch die beginnende Sowjetisierung der Ostzone und die wirtschaftliche Vereinigung von amerikanischer und briti-

scher Zone zur Bi-Zone begünstigt. Die SED, in der die Sozialdemokraten aus der Verantwortung verdrängt wurden, zeigte sich nun offen als Partei der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie hatte am 21. Dezember 1946 Stalins Geburtstag durch eine Huldigung Wilhelm Piecks feiern lassen: «Die geniale Weitsicht des grossen Führers der Sowjetunion zeigte auch dem deutschen Volk den Weg.» Der sowjetische Oberbefehlshaber Marschall Sokolowski gab bekannt, dass «auf Ersuchen der SED» die Demontagen endgültig eingestellt worden seien. Pieck, Ulbricht bedankten sich bei Sokolowski. Diese Demontageeinstellung fand freilich nur auf dem Papier statt; insgeheim wurden sie fortgesetzt. Aber so identifizierte sich die SED immer deutlicher mit der Besatzungsmacht, indem unterwürfige Dankschreiben publiziert wurden, die Aufsehen erregten. Die Zukunft wurde in diesem furchtbaren Winter von wenigen geplant, die hinter den Kulissen standen.

In der französisch lizenzierten Berliner Wochenzeitung der jungen Generation, «Ja», hiess es damals:

«Der Staat der Funktionäre ist das Kind der Revolution. Diese Revolution wird im Augenblick in Deutschland versucht. Sie ist eine kalte Revolution, eine eisig-kalte Angelegenheit weniger. Man braucht in ihr die Leidenschaften nur, um zu verdecken. Die echten Entscheidungen fallen abseits jeden Rausches. Siewerdengerart von den Leitern der Parteischulen, den Ausgezeichneten, den Oberfunktionären.»

Auf höchster Ebene begann nun der Kampf um die Währungsreform für ganz Deutschland. Er sollte die kommenden achtzehn Monate bestimmen, aber die wirkliche Entscheidung fiel schon früh. Am 21. Januar 1947 teilte der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Joseph T. McNarney, auf einer Pressekonferenz in Berlin mit, dass es bisher nicht gelungen sei, sich mit den Sowjets über eine Währungsreform zu einigen. Man brauche die Währungsreform, um einen Umrechnungskurs für die deutsche Mark zu erhalten. Erst dann könne man Aussenhandel treiben. Die Sowjets jedoch wollten sich auf keine Höhe des auszubehenden neuen Geldes festlegen.

Anders ausgedrückt: Die Sowjets hatten kein Interesse an einer interalliierten Kontrolle der Notenpresse. Sie wollten mit dem alten Geld, das sie unkontrolliert druckten, ihre Zone wirtschaftlich weiter ruinieren, indem sie mit der wertlosen Reichsmark aufkauften, was zu erhalten war. Sie wollten auch in den westlichen Zonen weiter mit der Reichsmark kaufen können. Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft lag nicht in ihrem Interesse.

Die Westmächte aber sahen sich gezwungen, dieser Wirtschaft immer mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Am 19. Februar 1947 wies der Direktor der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Oberst Howley, in einer Pressekonferenz auf das Abkommen von Potsdam hin. Die USA hätten bei der Unterzeichnung mit einem in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einheitlichen Deutschland gerechnet. Die Einteilung Berlins in Sektoren sei unökonomisch.

Amerika liefere monatlich für sechs Millionen Dollar Lebensmittel aus humanitären Gründen nach Berlin.

Die katastrophale wirtschaftliche Lage Berlins wurde in einem Vortrag deutlich, den Bürgermeister Friedensburg (CDU) hielt. Für eine Milliarde Mark müsse Berlin Lebensmittel und wichtige Rohstoffe einführen. Die Exportprodukte brächten jedoch nur zwei- bis dreihundert Millionen Reichsmark jährlich ein.

Die Gründe für den Leistungsrückgang auf ein Drittel des Vorkriegsumfanges bildeten die Zerstörungen, die Demontagen, die Zonengrenzen und die Verringerung der menschlichen Arbeitskraft durch Hunger und Entbehrungen.

Zu der drohenden politischen Aufspaltung Deutschlands kam nun die Gefahr einer ökonomischen Trennung. In der kommenden Zeit sollten sich beide Zerreißungsfaktoren gegenseitig ergänzen, wobei nicht auszumachen war, ob die Absicht der politischen Aufspaltung stärker war als die einer wirtschaftlichen Trennung. Der Ursprung der Spaltung Deutschlands war nicht allein in der militärischen Niederlage des Hitlerregimes zu suchen. Die wirtschaftliche Ohnmacht, in die Deutschland gefallen war, musste rückgängig gemacht werden. Da aber das Potsdamer Abkommen, das eine wirtschaftliche Einheit vorsah, von Stalin nicht eingehalten wurde, waren Konsequenzen zu ziehen. Die vier Siegermächte hatten jeden Ansatz, eine unter ihrer Oberhoheit arbeitende politische und wirtschaftliche Reichsverwaltung zu schaffen, verhindert. Sie regierten Deutschland in den Besatzungszonen und im Kontrollrat. Die Gegensätze, die sie vertuscht hatten, solange der Feind Hitler ihnen widerstand, mussten in einer solchen «Regierung» der Vier aufbrechen. Dabei mögen die politischen Gegensätze im Anfang weniger wichtig gewesen sein als die verschiedenen Wirtschaftssysteme.

Berlin musste diesen ökonomischen Gegensatz nun verstärkt aushalten, nachdem die Bevölkerung ihre politische Entscheidung für die parlamentarische Demokratie gefällt hatte. Es war wirtschaftlich mit zwei daniederliegenden Wirtschaftsgebieten verflochten: mit dem der Ostzone durch das Angewiesensein des Magistrats auf die Deutschen Zentralverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone im Ostsektor. Mit dem Zweizonenwirtschaftsamt in Minden (Westfalen), das die Reorganisation der Wirtschaft in der amerikanischen und britischen Besatzungszone versuchte.

Eine Zerreißprobe war unvermeidlich, falls es nicht gelang, die Siegermächte wenigstens in den Fragen der Währungsreform zu einigen.

Der Kontrollrat hatte im Februar 1947 beschlossen, das Land Preussen in Länder aufzuteilen. Preussen war schon von Hitler in Gaue aufgesplittert worden. Die Zonengrenzen von 1945 hatten verhindert, das Land Preussen auch nur theoretisch wiederherzustellen.

Dazu erklärte nun der amerikanische Militärgouverneur General McNarney am 21. Februar 1947: «Die jetzige Stellung Berlins wird durch den Kontrollratsbeschluss in keiner Weise berührt.» Dies schien sich auf die besatzungsrechtliche Lage zu beziehen. In Wirklichkeit war Berlin damit isoliert. Völkerrechtlich, so meinte der General, existiere der deutsche Staat nach wie vor, da im Potsdamer Abkommen nichts Gegenteiliges vorgesehen sei. Die USA begünstigten eine föderative Länderstruktur in Deutschland und betrachteten die Oder-Neisse-Linie als Provisorium.

Im Gegensatz hierzu stand die sowjetische Auffassung von einer zentralistischen deutschen Republik und dem Verzicht auf die deutschen Ostgebiete. Die SED schwenkte nun auch auf die Oder-Neisse-Gr^{wz} ein. Franz Dahlem erklärte: «Der Verlust der Ostgebiete trifft das deutsche Volk schwer. Aber das Leben muss weitergehen.»

Im März 1947 begann – nach Vorbesprechungen in New York und London – die Moskauer Konferenz des Rates der Aussenminister, die als «Friedenskonferenz» bezeichnet wurde.

Ernst Reuter erklärte am Vorabend dieser Konferenz, die SED bedeute eine «tragische Hypothek in den Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion». Er sprach dieser Partei die Legitimation ab, für den «Vierparteienblock» in der Ostzone zu sprechen. Die SED aber begann ihre jahrelangen propagandistischen Kampagnen für die «Einheit Deutschlands», indem sie zu einem Volksentscheid über die Frage der Einheit aufrief.

In Moskau erliess der Rat der Aussenminister auf Vorschlag des britischen Aussenministers Bevin den Beschluss über die Auflösung Preussens.

Die Sowjetunion hatte die Auflösung Preussens gefordert. Berlin hatte nunmehr seine Funktion als preussische Landeshauptstadt auch theoretisch verloren. Als Reichshauptstadt war Berlin schon vor dem Einzug der Westmächte entthront worden.

Die Stadt stand nun auch staatsrechtlich in einem Augenblick ohne Hinterland da, als sich der Ost-West-Gegensatz der Grossmächte, die gemeinsam Berlin besetzt hielten, auf der weltpolitischen Bühne deutlicher enthüllte.

Der amerikanische Unterstaatssekretär Dean Acheson hatte am 10. Februar 1947 in der Geheimsitzung eines Senatsausschusses die russische Politik als «aggressiv und expansionistisch» bezeichnet. Vier Wochen später, am 12. März

1947, verkündete Präsident Truman eine neue, den Verhältnissen nach der Niederlage Deutschlands und dem Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa angepasste Doktrin der amerikanischen Aussenpolitik. Er wandte sich gegen die totalitären Methoden, die die freien Völker mit Sorge und Furcht erfüllten, und forderte die Anwendung «zweckdienlicher Mittel», um den Gefahren zu begegnen, die durch die Aufwühlung der öffentlichen Meinung und Verwirrung des Freiheitsbegriffes entstehen könnten.

Anders gesagt: Truman, durch die Schwäche Englands in Griechenland, im Nahen Osten beunruhigt, setzte sich an die Spitze der freien Welt und drang darauf, diese Führerrolle nun hart zu vertreten.

Sein neuer Aussenminister, General George C. Marshall, der Stabschef der US-Armee während des Krieges, war entschlossen, jetzt energisch zu handeln, die USA als Führungsmacht des Westens einzusetzen und den Sowjets zu zeigen, dass man bereit war, die Freiheit zu verteidigen.

Diese Trumandoktrin fand in Berlin starken Widerhall.

In Moskau jedoch musste diese Doktrin jene «Friedenskonferenz» beeinflussen.

Der Frieden mit Deutschland sollte damals den Deutschen als Diktat auferlegt werden, falls er zustande käme. In Aussicht genommen war ein Super-Versailles, das deutsche Unterhändler nur zu unterzeichnen hätten. Aber es gab keine deutsche Institution, die auch nur in der Lage gewesen wäre, diese Unterzeichnung durchzuführen.

Gleichviel: der Versuch musste unternommen werden, aus den deutschen Parteien ein Gremium zu bilden, das zumindest eine von der Bevölkerung legitimierte Antwort auf etwaige Beschlüsse dieser Moskauer Friedenskonferenz über Deutschland geben könnte.

Hier nun trat Jakob Kaiser mit einem Vorschlag hervor, der aus der Sorge entstanden war, die Siegermächte könnten sich über die Zukunft Deutschlands einigen und den Deutschen ein Super-Versailles auferlegen.

Auf der Tagung der Interzonenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 13./15. März 1947 in Berlin gelang es ihm, einen Beschluss durchzusetzen, der die bestehenden und anerkannten Parteien als politische Willensträger für Gesamtdeutschland betrachtete und die Parteivorstände auf forderte, in einer recht bald einzuberufenden Konferenz eine zentrale gesamtdeutsche Volksvertretung vorzubereiten.

An den Beratungen hatte Konrad Adenauer nicht teilgenommen. Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone war am 17. Februar 1947 Vorsitzender des Parlamentarischen Rats beim Länderrat der Bi-Zone geworden. Seine Anwesenheit bei der CDU/CSU-Tagung in Berlin hätte Gerüchte zerstreut, Adenauer befände sich im Gegensatz zu Jakob Kaisers Bestrebungen, jetzt ein ge-

samtdeutsches Gremium zu schaffen. Es bestanden aber auch Meinungsverschiedenheiten über eine gesamtdeutsche Führung der CDU/CSU sowie über das soziale Programm.

Auf einem Empfang nach der Tagung begründete Jakob Kaiser vor alliierten, städtischen und ostzonalen Behörden die Abwesenheit Adenauers mit den Witterungsverhältnissen und der schweren Zeit. Es war aber offenes Geheimnis, dass die Briten Adenauer ein Flugzeug zur Verfügung gestellt hatten, um nach Berlin zu reisen. Doch Adenauer bestieg es nicht. Zwar befanden sich in Berlin Adenauers Stellvertreter im Parteivorsitz, Dr. Friedrich Holzapfel, der stellvertretende Ministerpräsident des neugebildeten Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und Kaisers Freund, der bayerische CSU-Vorsitzende Dr. Joseph Müller. Aber Adenauers Fehlen zeigte der politisch interessierten Öffentlichkeit die Schwäche der Berliner CDU nun erstmals ganz deutlich.

Um den Vorschlag für eine Konferenz der Parteivorstände mit der SPD zu besprechen, fand am 19. März 1947 eine Begegnung von Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Joseph Müller mit Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer statt. Schumacher war grundsätzlich einverstanden; er stellte jedoch Vorbedingungen: Erstens müsste die SPD in der Ostzone wieder zugelassen werden. Zum anderen habe die SED die Agitation gegen die westdeutsche Sozialdemokratie einzustellen.

Die Sowjets verlangten jedoch, dass die in der Zone daran interessierten Sozialdemokraten dort einen Antrag auf Zulassung stellen müssten, was Schumacher mit dem Argument ablehnte, dann würden die Sowjets alle Sozialdemokraten, die sich nach der Zwangsvereinigung in der Ostzone hervorwagten, verhaften und deportieren.

Das hiess also: Die SPD lehnte es ab, ihre Anhänger in der Ostzone gegenwärtig aufzurufen, sich als Sozialdemokraten zu bekennen. Damit war die Frage der Zulassung der SPD unrealistisch geworden. Die Zwangsvereinigung SED-KPD hatte auch hier einen Zustand geschaffen, der nicht mehr rückgängig zu machen war, solange die Sowjets auf deutschem Boden standen.

An Schumachers Einspruch und Adenauers Abwesenheit scheiterte Jakob Kaisers Versuch, die Parteivorstände an einen Tisch zu bringen.

Adenauer schien Schumachers Einspruch zu honorieren, als er bald darauf, am 9. April 1947, erklärte, die SPD erfülle durch ihren harten Kampf in der Ostzone und in Berlin eine deutsche Aufgabe, die man nicht hoch genug einschätzen könne: «Wir müssen anerkennen, dass Dr. Schumacher und die Leiter der SPD sich in diesem Kampf verdient gemacht haben. Eine ungehinderte Betätigung der SPD in der Ostzone ist nicht nur eine parteipolitische Angelegenheit, sondern eine Frage der Demokratie in Deutschland schlechthin.»

Adenauer befand sich schon damals im Gegensatz zu Kurt Schumacher. Diese offene Übereinstimmung musste deshalb überraschen.

Im Grunde waren sich die beiden Parteiführer einig, dass es im Augenblick sinnlos sei, sich mit der SED zu verständigen. Damit war aber auch die Position Jakob Kaisers als CDU-Führer Berlins und der Ostzone mehr und mehr gefährdet. Die Sowjets legten auf einen selbständigen Parteivorstand der CDU in Berlin nur so lange Wert, als sie glaubten, mit ihm etwas auf der gesamtdeutschen Ebene erreichen zu können. Da Adenauer sich weigerte, mit der Berliner CDU-Führung übereinzustimmen, mussten auch Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zunehmend uninteressant für Oberst Tulpanow werden. Kaiser und Lemmer hatten jedoch nicht die Absicht, die sowjetische Karte zu spielen. Sie gerieten aber immer mehr in ein tragisches Dilemma zwischen dem Vorsatz, gesamtdeutsche Besprechungen in Berlin zustande zu bringen, um die drohende Aufspaltung des Reichs zu vereiteln, und der neuen Wirklichkeit, die sich in der Ostzone und in den westlichen Zonen herausbildete. Kurt Schumacher hatte beiden Berliner CDU-Vorsitzenden mitgeteilt, dass er über Informationen verfüge, nach denen die SED in der Ostzone auf eine eigene Zonenregierung hinarbeite. Daraus seien Konsequenzen zu ziehen, die vor allem den Status von Gross-Berlin betreffen. Schumacher wollte darauf dringen, der Stadt Berlin die Rechtsstellung eines Landes zu geben, um sie ungeachtet des Besatzungsregiments von der umliegenden sowjetischen Besatzungszone unabhängig zu erhalten.

Bei den westlichen Alliierten konnte Schumacher damit nicht durchdringen. Jakob Kaiser aber, immer deutlicher mit der drohenden Spaltung konfrontiert, besprach nun mit seinem Freund, dem bayerischen CSU-Vorsitzenden Dr. Joseph Müller, eine neue politische Aktion.

Von München aus sollte eine Konferenz aller Ministerpräsidenten der deutschen Länder einberufen werden. Kaiser und Müller wollten damit in letzter Stunde versuchen, wenigstens unter den deutschen Ministerpräsidenten zu einer gesamtdeutschen Beratung zu kommen, wenn schon die Parteiführer nicht mit einer derartigen Veranstaltung einverstanden waren.

Die Moskauer «Friedenskonferenz» endete am 24. April 1947 ergebnislos. Die Sowjets hatten auf ihrer Teilnahme an der Beherrschung des Ruhrgebietes bestanden, die ihnen die westlichen Aussenminister versagten. Stalin bestritt zwar, dass die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten «so tragisch» ausgelegt werden müssten, wie sie der Botschafter der USA in Moskau, Bedell Smith, charakterisierte: «Ein sehr erfolgreicher Misserfolg». Aber mit den russischen Reparationsforderungen von 10 Milliarden Dollar konnten sich die Westmächte nicht befreunden, weil diese Zahlungen den vollendeten Ruin ihrer Besatzungszonen bedeutet hätten.

Deutschland war jetzt schon «ein überfülltes Armenhaus Europas». In Italien und Frankreich drohte ein Sieg der Kommunisten. Die Amerikaner mussten sich entschliessen, nach der neuen Trumandoktrin zu handeln.

So trat eine neue Verschärfung der Lage in Berlin ein. Die SED begann auf Parteikonferenzen ganz offen von der Notwendigkeit zu reden, Deutschland aufzuspalten und in Berlin die Macht wieder zu übernehmen. Genossen wurden aufgefordert, an Ausbildungskursen teilzunehmen, um im gegebenen Moment wichtige Verwaltungspositionen besetzen zu können. Die sowjetische Militärregierung gab dem Magistrat den Befehl, die Ernährung des Ostsektors endgültig von den drei anderen Sektoren abzutrennen.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hatten zu dieser Zeit einzusehen, dass eine deutsche Selbstverwaltung in Berlin noch nicht möglich war. Die Kommandantur war die eigentliche Stadtregierung geblieben, während Magistrat und nun auch Stadtverordnetenversammlung immer mehr in die Rolle von ausführenden Organen der Besatzungsmächte gedrängt wurden. Die Hoffnung, nach der Wahl des 20. Oktober 1946 hätte eine deutsche Selbstverwaltung grünes Licht, erfüllte sich nicht.

Es häuften sich aber auch die Verhaftungen von Einwohnern Berlins durch die Sowjets. Dieses Verschwinden bei Nacht und Nebel führte zu vielen Protesten, die jedoch zynisch von den Russen zurückgewiesen wurden. So waren am 13. März 1947 das Mitglied des Studentenrates der Universität und des Zentralrats der «Freien Deutschen Jugend», Manfred Klein (CDU) und der ehemalige Leiter der Studentischen Arbeitsgemeinschaft, Georg Wrazidlo (CDU), spurlos verschwunden. Auch in der Ostzone wurden zwanzig bis dreissig Studenten, die der CDU angehörten, verhaftet.

Die SED erklärte sich mit dem Verschwinden der CDU-Mitglieder einverstanden.

Gleichzeitig kam es zu einer Oberbürgermeisterkrise. Dr. Otto Ostrowski (SPD) wurde von der Öffentlichkeit vorgeworfen, er setze sich nicht aktiv genug für die Entfernung jener Magistratsdirektoren ein, die von den Kommunisten kurz vor den Wahlen noch in die Selbstverwaltung eingeschleust worden waren. Die Bevölkerung forderte, dass die kommunistischen Schlüsselfiguren in der Verwaltung verschwänden.

Oberbürgermeister Ostrowski entschloss sich zu einem folgenschweren Schritt. Um das Misstrauen des sowjetischen Stadtkommandanten gegen ihn, den Sozialdemokraten, zu beseitigen, ging er ins sowjetische Hauptquartier. Dort bedeutete man ihm, er solle mit dem Berliner SED-Vorsitzenden Hermann Matern Kontakt aufnehmen.

Dieser schlug Ostrowski in einer Geheimbesprechung einen Burgfrieden zwischen SPD und SED sowie ein Arbeitsprogramm für beide Parteien vor. Dann

könnten alle Probleme zufriedenstellend gelöst werden. Damit wollten die Kommunisten die «Aktionseinheit der Arbeiterparteien» in Berlin herstellen. Mit Hilfe dieses Bündnisses wäre es ihnen vielleicht gelungen, den Magistrat zu stürzen, eine SPD-SED-Stadtregierung zu bilden und dann, nach den längst bekannten Methoden der Unterwanderung, die schon bei der SED-Gründung ausprobiert worden waren, eine neue kommunistische Herrschaft über Berlin zu erzwingen, diesmal jedoch auf legalem Weg.

Ostrowski hatte zu der Geheimbesprechung den späteren Polizeipräsidenten Dr. Johannes Stumm als Zeugen mitgenommen. Ein Protokollvermerk wurde verfasst, der Ostrowski kompromittieren musste. Am nächsten Tag erfuhren führende Berliner Sozialdemokraten davon, die sofort eingriffen. Es war jedoch nicht einfach, Ostrowski zum Rücktritt zu zwingen. Der Konflikt musste in die Öffentlichkeit gebracht und im Stadtparlament ausgetragen werden. Die SPD stellte durch den Parteivorsitzenden einen Misstrauensantrag gegen ihren eigenen Oberbürgermeister, der gegen die Stimmen der SED-Abgeordneten angenommen wurde. Die Kommunisten hatten schon Betriebsdelegationen bereitgestellt, um für Ostrowski demonstrieren zu lassen.

Damit war die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung abgewehrt. Später war der Vergleich mit der kommunistischen Machtübernahme im Frühjahr 1948 in der Tschechoslowakei durchaus angebracht. Der Versuch hierzu konnte im Keime erstickt werden. Ernst Reuter schrieb damals in einem Brief: «Hinter dieser Tragödie verbergen sich wochenlange nervenzerreibende Auseinandersetzungen, denen ich bei aller gebotenen Zurückhaltung doch nicht fernbleiben konnte.»

Denn nun war Ernst Reuter für das Amt des Oberbürgermeisters endlich vorgesehen. Aber er gelangte nicht in diese Position.

Die Westmächte hatten einen schwerwiegenden Fehler begangen, als sie sich bereit erklärten, dass sämtliche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die über den Rahmen interner Verwaltungsangelegenheiten hinausgingen, von der Kommandantur zu genehmigen seien. Damit erhielten die Sowjets ein Veto über jede politische Entscheidung der Berliner Selbstverwaltung. Dr. Ostrowski hatte ja seinen Schritt zu der Geheimbesprechung mit den Kommunisten unternommen, um Differenzen zwischen Magistrat und russischer Kommandantur fortan auszuschließen. Und auch der amerikanische Stadtkommandant hatte ihm Anfang Januar 1947 dringend geraten, alles zu vermeiden, was zu Differenzen zwischen den Siegermächten führen könnte ...

Es sollte sich als Glück für die Alliierten erweisen, dass die Berliner Sozialdemokraten damals klüger waren und eine neue Machtergreifung der Kommunisten verhinderten.

Aber die Westmächte vertraten den Standpunkt, man müsse nahezu alles tun, die Russen zu gewinnen und ihren Argwohn zu zerstreuen, um sie zu überzeugen, dass man befreundet sei. So schrieb Oberst Howley später in seinen Erinnerungen.

Den erzwungenen Rücktritt Ostrowskis hatten nun auch die Sowjets zu genehmigen. Sie weigerten sich. Der Kontrollrat musste die Entscheidung fällen.

Ostrowski wurde von Frau Louise Schröder vertreten, einer ehemaligen Reichstagsabgeordneten der SPD aus Hamburg. Der Kontrollrat entschied, Ostrowskis Rücktritt zu genehmigen, dafür aber Frau Louise Schröder als amtierenden Oberbürgermeister im Amte zu belassen. Die Stadtverordneten könnten zwar einen neuen Oberbürgermeister wählen, dieser müsse aber bestätigt werden. Die Folge war, dass Ernst Reuter, gegen den die Sowjets Bedenken erhoben hatten, nicht zum Zuge kam.

General Clay, der neue Militärgouverneur in Deutschland, hatte sich im Kontrollrat von den Sowjets durch einen Trick überlisten lassen. Diese legten fest, der Nachfolger sei durch den Magistrat zu wählen. Clay wusste nicht, dass nur die Stadtverordnetenversammlung den neuen Oberbürgermeister wählen konnte. Als er seinen Fehler bemerkte, war es zu spät. Clay musste, unter Vorbehalt, die Forderung der Sowjets akzeptieren, dass der neue Oberbürgermeister durch die Kommandantur zu bestätigen sei.

Das sowjetische Veto auch bei der Oberbürgermeisterwahl war damit von den Westmächten anerkannt.

Die Folge war Enttäuschung, nicht nur unter den Berlinern. Wenn die Amerikaner Ernst Reuter im Kontrollrat fallenliessen und sich einem sowjetischen Veto unterwarfen, so musste das politische Hintergründe haben.

Erstmalig seit dem 20. Oktober 1946 entstand wieder Unsicherheit. Man wusste nicht, woran man mit den Westmächten war.

Dennoch wurde Ernst Reuter als neuer Oberbürgermeister von der SPD-Fraktion nominiert. Mit 89 gegen 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen wählte ihn das Stadtparlament. Aber der sowjetische Stadtkommandant General Kotikow erklärte darauf in der «Täglichen Rundschau»: «Herr Reuter wird auf dem Posten des Oberbürgermeisters von Berlin nicht zugelassen werden.»

Die Sowjets wussten, dass Reuter vielleicht ein Freund des russischen Volkes, aber kein Freund der Sowjetmacht war.

Louise Schröder hatte weiterhin amtierender Oberbürgermeister zu bleiben. Auf die Not des Winters (am 19. April 1947 wandten sich die Bezirksbürger-

meister gegen die pietätlose Bestattung von Leichen Sozialunterstützter, die nackt angefahren und in die Erde geworfen wurden) folgte ein heisser, trockener Sommer, der die unterernährten Menschen quälte. Heimkehrer schleppten Malaria in die Stadt, eine Ruhrepidemie drohte, da die Abwässerbeseitigung wegen der Frostschäden des Winters gestört war.

In den politischen und kulturellen Institutionen Berlins begann ein Scheidungsprozess der totalitären von den freiheitlichen Kräften. Ernst Lemmer zog sich aus der Führung des Gewerkschaftsbundes zurück. Der neue Intendant des Deutschen Theaters, Wolfgang Langhoff (SED), entliess den Regisseur Jürgen Fehling, weil dieser sich in einem Zeitungsartikel zugunsten des verstorbenen Schauspielers Heinrich George eingesetzt hatte.

Die Amerikaner deuteten an, dass sie bereit wären, eine umfassende akademische Lehrstätte im amerikanischen Sektor zu errichten, in der nach amerikanischen Erziehungsmethoden gearbeitet werden könnte. Als Grundstock sollten die ehemaligen Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dienen. An der Berliner Universität, deren Lehrstühle zu einem Viertel unbesetzt waren, wehrten sich die Studenten gegen fortgesetzte Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht.

Am 1. Mai 1947 fand zum erstenmal eine Maikundgebung nach Moskauer Vorbild im Lustgarten statt. SED-Führer und Gewerkschaftsfunktionäre nahmen den Vorbeimarsch ab. Die SPD feierte in Spandau.

Im Deutschen Theater wurde am 3. Mai 1947 «Die russische Frage» von Konstantin Simonow uraufgeführt. Das Stück hatte der sowjetische Kulturoffizier Major Dymshitz protegiert, um das deutsche Problem in antiamerikanischer, sowjetischer Sicht in Berlin zur Diskussion zu stellen. Dies war die erste antiamerikanische Aktion auf einer Berliner Bühne, der noch viele folgen sollten. Immer deutlicher zeigte sich nun, dass die Sowjets die Kulturschaffenden, die sie bisher gepflegt und begünstigt hatten, zu zwingen suchten, gegen die Amerikaner Stellung zu beziehen.

Zum politischen und wirtschaftlichen Gegensatz trat die kulturelle Auseinandersetzung.

Die 1933 abgerissene Verbindung zur internationalen Theaterwelt war von den Berliner Bühnen längst wiederhergestellt worden. Seit Oktober 1946 waren etwa 70 Stücke und Opern aufgeführt worden, darunter 54 Werke ausländischer Autoren.

Nun kehrte durch die Russen auch das erste politische Tendenzstück auf die Bühnen zurück, die es seit 1945 abgelehnt hatten, sich in den Dienst von politischen Tendenzen zu stellen.

Am 25. Mai 1947 dirigierte Wilhelm Furtwängler erstmals nach dem Kriege

wieder seine Berliner Philharmoniker im Steglitzer Titania-Palast. Das Orchester war vor 65 Jahren gegründet worden.

Der Streit um den Aufbau des Schulwesens fand ein Ende. Gegen die Stimmen der CDU wurde das einheitliche, zwölfklassige, aus Grund- und Oberschule bestehende Schulsystem beschlossen. Damit hatte sich Berlin von den bisherigen Schulsystemen in den westlichen Zonen getrennt.

Im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund hatte sich eine Opposition formiert, die von der Sozialdemokratie gefördert und unterstützt wurde: die Unabhängige Gewerkschaftsorganisation (UGO). Ihre Gründung war nötig geworden, um in den Fabriken ein Gegengewicht zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik zu schaffen. Diese UGO sollte bei dem bald anhebenden Freiheitskampf der Stadt eine wichtige Rolle übernehmen.

Inzwischen hatte der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard auf Anregung seines Parteifreundes, des CSU-Vorsitzenden Dr. Joseph Müller, die Ministerpräsidenten der Länder aller Besatzungszonen zu einer Konferenz nach München gebeten.

Mit dieser Einladung sollte Jakob Kaisers Plan für eine gesamtdeutsche Repräsentation angesichts der drohenden Reichsspaltung verwirklicht werden. Die CDU/CSU-«Achse» Berlin-München, die Zusammenarbeit der beiden Männer des 20. Juli 1944, Kaiser und Müller, löste Unruhe in der SED-Führung aus. Sie liess die Ministerpräsidenten der sowjetzonalen Länder antworten, die Konferenz solle nicht in München, sondern in Berlin stattfinden, ausserdem seien Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften hinzuzuziehen.

Der bayerische Ministerpräsident lehnte diese Forderungen ab. Darauf entschloss sich Ulbricht, die Ministerpräsidenten der Ostzone fahren zu lassen. Er beabsichtigte jedoch, die Konferenz zu sprengen.

Ulbricht hatte vorher mit dem sowjetischen Innenminister Berija verhandelt, der sich in Berlin befand. Berija hatte seine Zustimmung gegeben, aber Auflagen gemacht, die zu einem Scheitern der Konferenz führen mussten.

Es fuhren aus der Ostzone über Berlin nach München: die Ministerpräsidenten Dr. Paul (SED) aus Thüringen, Dr. Hübener (LDP) aus Sachsen-Anhalt, Höcker (SED) aus Mecklenburg und Dr. Steinhoff (SED) aus Brandenburg. Ausserdem in Vertretung des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs (SED), der angeblich erkrankt war, sein Stellvertreter Kurt Fischer, ein Kommunist aus der Moskauer Emigration. Fischer übernahm die Rolle des Aufpassers. Dr. Paul sollte als Sprecher fungieren.

Gegen die Münchner Konferenz hatte sich Kurt Schumacher ausgesprochen. Er vertrat den Standpunkt, die Frage der Wiedervereinigung könne nur auf der Ebene der Besatzungsmächte behandelt werden. Die deutsche Münze war ihm dafür zu klein.

Am 6. Juni 1947 trafen die Ministerpräsidenten in München ein. Die Konferenz war jedoch nach einstündiger Dauer schon zu Ende. Die Ministerpräsidenten der amerikanischen und britischen Zone durften nur mit der Weisung ihrer Besatzungsmacht, über wirtschaftliche Fragen zu verhandeln, nach München fahren. Das wussten die Ministerpräsidenten der Ostzone. Unmittelbar nach Eröffnung der Konferenz brachten sie den Antrag ein, als ersten Punkt der Tagesordnung die Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung durch Verständigung der Parteien und Gewerkschaften zu behandeln, um einen deutschen Einheitsstaat zu errichten.

Damit wäre es unmöglich gewesen, nur über wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Die Ministerpräsidenten aus den westlichen Zonen wehrten diesen Vorstoss ab. Daraufhin verliessen die Ministerpräsidenten aus dem sowjetischen Machtbereich gemäss ihrer Direktive die Konferenz und fuhren nach Berlin zurück.

Ulbricht hatte sie demonstrieren lassen, dass die SED nicht an einer Einheit interessiert war. Zwei Tage später fand in Berlin eine Pressekonferenz statt, auf der Dr. Paul, der thüringische Ministerpräsident, den Abbruch der Münchner Verhandlungen erläutern musste. An der Konferenz nahm der sowjetische Innenminister Berija teil.

Dr. Paul, dem seine Rolle, die er in München zu spielen hatte, missfiel, floh bald darauf in die amerikanische Besatzungszone.

Die gescheiterte Münchner Konferenz stand im Zeichen der immer mehr zerfallenden Einheit des Reiches. Es hatte sich herausgestellt, dass es nicht einmal mehr möglich war, ein Gespräch unter den Chefs der Länderregierungen zu führen, da deren Abhängigkeit von den Besatzungsmächten zu gross war, wie es besonders die Ministerpräsidenten der Ostzone gezeigt hatten.

Aber auch die Ministerpräsidenten der anderen Zonen standen unter Kuratel ihrer Mächte.

Der Idealismus eines Jakob Kaiser musste in dieser Situation Schiffbruch erleiden. Das Wort hatten nun mehr und mehr die Realpolitiker, die versuchten, das Beste aus einer Sache zu machen, die sie nicht zu ändern vermochten.

Als etwa gleichzeitig mit dem Münchner Treffen der Marshallplan bekannt wurde, brach nach einigem Zögern endgültig der kalte Krieg aus, der fortan in Berlin und Deutschland das Verhältnis der Siegermächte zueinander bestimmen sollte.

Walter Ulbricht führte sofort scharfe Angriffe gegen den amerikanischen Aussenminister. Die Sowjets lehnten eine Teilnahme ihres Landes ab und verhinderten, dass Länder ihres Machtbereichs an der Pariser Marshallplankonferenz teilnahmen.

Jene Regierung für die Ostzone aber, die von der SED vorbereitet worden war, wurde, noch als «Deutsche Wirtschaftskommission» getarnt, am 14. Juni 1947 auf Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung gebildet. Im Auftrage Stalins leitete der Chef des sowjetischen Geheimdienstes und Innenminister Berija die letzten Arbeiten, aus denen diese «Wirtschaftskommission» hervorging. Auch die «Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion», die Ende Juni 1947 gegründet werden musste, war von Berija befohlen. So wäre festzuhalten, dass der später hingerichtete Berija in einem wichtigen Augenblick der deutschen Nachkriegsgeschichte zusammen mit Ulbricht Entscheidungen traf, die auf die Spaltung Deutschlands hinauslaufen mussten.

Anfang Juni 1947 scheiterte auch die Pariser Aussenministerkonferenz. Die Sowjetunion hatte die Beteiligung der von ihr beherrschten Staaten und die Einbeziehung Deutschlands in den Marshallplan abgelehnt, da sie ihre Interessen am Rhein-Ruhr-Gebiet und an den Reparationen gefährdet sah.

Der französische Aussenminister Georges Bidault erklärte darauf:

«Die sowjetische Haltung kann die Aufspaltung Europas in zwei Machtblöcke zur Folge haben.»

Man war längst auf dem Wege.

An diesem 2. Juli 1947 demonstrierten Sowjets und Amerikaner im Berliner Luftraum. Sowjetische Kampfflugzeuge hielten Manöver ab. Die Amerikaner liessen Berlin von schweren Bombern überfliegen. Diese B-29-Bomber waren Atombombenträger. Schon am 30. Mai 1947 hatte eine Kampfgruppe die Buchstaben «U.S.» an den Himmel über der Viermächtestadt gezeichnet.

Die Anti-Hitler-Koalition lag in den letzten Zügen. Berlin sollte der Schauplatz ihres Endes sein, wie es der Anlass ihres Anfangs war.

Neuntes Kapitel

KALTER KRIEG IN DER STADT

Während Gross-Berlin im Sommer 1947 mehr und mehr in den kalten Krieg einbezogen, die Verwaltungs- und Verfassungskrise von dem Widerstreit der Meinungen in Kontrollrat und Kommandantur verschlimmert wurde, so dass Kurt Schumacher meinte, die Vorgänge hätten keinen anderen Sinn, als die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ihre Wahlentscheidung vom 20. Oktober 1946 ein Fehler gewesen sei – während die junge Demokratie von der totalitären Sowjetmacht verhöhnt und von den Westmächten behindert wurde, litten zahlreiche Berliner an der sogenannten «Chinesischen Bettlerkrankheit», die an Hungerödemen, braunen Hautflecken und Ekzemen erkennbar ist. Die physische Kraft der Arbeiter und Angestellten war weitgehend durch die konstante Unterernährung erschöpft, wie der städtische Versorgungsbetrieb BEWAG in einer Resolution feststellte. Aus zahlreichen anderen städtischen und privaten Betrieben kamen Meldungen, nach denen bis zu 35 und 40 Prozent der Arbeiter und Angestellten wegen körperlicher Schwäche und Hunger ihre Arbeit nicht mehr versehen konnten und für den Dienst ausfielen.

Reihenuntersuchungen des Landesgesundheitsamtes bestätigten diese Berichte. Die hungernde Berliner Bevölkerung wurde aufs Äusserste erregt, als der Minister für Wirtschaftsplanung des Landes Brandenburg, der Kommunist Heinrich Rau, ihr das Ährenlesen und Kartoffelstoppeln auf den abgeernteten Feldern in den Stadtrandgebieten verbot.

In jenen Wochen schien es, als sei der bedingungslosen Kapitulation nun doch der «bedingungslose Hass» gefolgt, die physische Zerstörung der Lebenskraft einer Bevölkerung, die auf Gedeih und Verderben den Siegermächten ausgeliefert war. Die politischen Führer dieser Bevölkerung waren von der Umwelt mehr oder weniger isoliert. Selbst Ernst Reuter, der doch freiwillig aus der Emigration nach Berlin zurückgekehrt war, musste ein Jahr ohne ausländische Zeitungen auskommen. Erst im September 1947 gelang es ihm einmal, die Isolierung zu durchbrechen und nach London zu reisen, um dort Verbindungen aufzunehmen.

Berlin hatte nun wieder 3,25 Millionen Einwohner.

Am 18. Juli 1947 kehrten auch einige Repräsentanten des nationalsozialistischen Regimes in die ehemalige Reichshauptstadt zurück. Es waren die zu Gefängnisstrafen verurteilten Kriegsverbrecher des ersten Nürnberger Prozesses. Sie wurden im Spandauer Gefängnis inhaftiert, das unter Viermächtekontrolle stand. Die Kosten in Höhe von rund 400'000 Reichsmark mussten aus dem Haushalt der Stadt Berlin bezahlt werden, der mit 2,2 Milliarden veranschlagt war.



Lastwagen einer sowjetischen Aktiengesellschaft bringt kommunistische Demonstranten am 26. August 1948 zum Neuen Stadthaus



Am 23. Juni 1948 waren kommunistische Demonstranten in den Sitzungssaal der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingebrochen. Louise Schröder, amtierender Oberbürgermeister von Gross-Berlin, fordert die Demonstranten auf, den Saal zu verlassen

Berlin trug zu dieser Zeit noch die ganze finanzielle Last einer deutschen Hauptstadt, ohne als Hauptstadt anerkannt zu sein.

Die Sorge vor einem dritten Notwinter liess die Bevölkerung neue Belastungen befürchten. Der Magistrat kündigte an, dass jeder entbehrliche Betrieb stillgelegt werden müsse, da die Kommandantur von den unumgänglich notwendigen 4,43 Millionen Tonnen Kohle nur 2,82 Millionen Tonnen bewilligt hatte. Kohlen hätte man aus dem polnisch besetzten Oberschlesien erhalten können, aber der Vertragsabschluss scheiterte, weil der Magistrat Polen nichts anbieten konnte. Im Ostsektor war der Magistrat längst machtlos, da die Sowjets Produktionsauflagen festgesetzt hatten, die nur für den Ostsektor und die Ostzone verfügbar sein durften. Die Rohstoffe aber, die in den westlichen Sektoren eingeführt wurden, konnten nur als Exportwaren für den Westen verarbeitet werden. Deshalb sah der Magistrat die Viertageweche vor.

Zur Hausbrandversorgung hatte der Magistrat 500'000 Raummeter Holz schlagen lassen, die jedoch an die sowjetische Militärverwaltung für den Gebrauch der Roten Armee abgeliefert werden mussten.

Berlin besass noch Stadtgüter im Land Brandenburg. Aber nach dem für die SED ungünstigen Ausgang der Oktoberwahl von 1946 liess der kommunistische Planungsminister Heinrich Rau nicht einmal zu, dass aus den Stadtgütern Gemüse an die Berliner Krankenhäuser, Altersheime und Kinderheime geliefert wurde.

Die Isolierung Gross-Berlins wurde von den SED-Führern systematisch vorangetrieben, wobei sie oft für den Ostsektor Ausnahmen machten, um die dortige Bevölkerung für sich einzunehmen. So verteilte der kommunistische Freie Deutsche Gewerkschaftsbund Gebrauchsgüter, die der Zuteilung für die gesamte Bevölkerung der Stadt entnommen wurden. Die Herstellung von Branntwein im Lande Brandenburg wurde jedoch nicht zugunsten der Kartoffelversorgung eingeschränkt. Schnaps war, wie Starkbier, für die Rote Armee «lebenswichtig».

Das Schicksal der politischen Parteien in solcher Notzeit hätte kaum das öffentliche Interesse beansprucht, wenn es nicht zu neuen Schikanen gegen die gewählten Parteiführer gekommen wäre.

Jakob Kaiser, der nach dem Scheitern einer gesamtdeutschen Repräsentation seine CDU von Einflüssen der sowjetischen Besatzungsmacht und der Politik der SED freihalten wollte, geriet nun mehr und mehr in die Gefahr, das Schicksal seiner Vorgänger Dr. Andreas Hermes und Dr. Walther Schreiber zu teilen. Am 12. Juli 1947 hatte er auf einer Sitzung des erweiterten Ostzonenvorstandes der CDU gefordert, dass nur die Parteien die Träger des politischen Lebens sein dürften. Er stellte sich damit gegen kommunistische Bestrebungen, die unter SED-Einfluss stehenden Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Kultur-

bund, Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe, Demokratischer Frauenbund und andere, mit den beiden bürgerlichen Parteien in der Zone auf eine gleiche Stufe zu stellen. Jakob Kaiser erklärte, die CDU bestehe auf ihrer politischen Eigenständigkeit und werde diese nicht zugunsten einer Zusammenarbeit mit dem Osten, der eine andere Auffassung von Demokratie habe, aufgeben.

Auch die LDP geriet immer mehr in Schwierigkeiten. Der Zonenvorsitzende, Dr. Külz, versuchte in Zusammenarbeit mit dem Berliner LDP-Vorsitzenden Schwennicke eine Taktik durchzuspielen, die dem Zonenvorstand eine etwas andere Politik erlaubte als dem Berliner Vorstand, der unter Viermächtestatus arbeiten konnte.

Als nun am 2. August 1947 der Landesparteitag der Berliner CDU sich hinter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gestellt hatte, erschien kurz darauf in der Zeitung der Roten Armee: «Tägliche Rundschau», eine heftige Kritik an Kaisers Zonenpolitik. Der russische Offizier, der dort unter Pseudonym schrieb, berief sich auf «tiefe Unruhe» in den Reihen der CDU der Ostzone. Diese erfundene «tiefe Unruhe» sollte bald zu einem öfter angewandten Trick der Besatzungsmacht werden, wenn sie beabsichtigte, gegen demokratische Parteiführer in Berlin oder der Zone vorzugehen.

Das Blatt forderte Kaiser auf, die Blockpolitik fortzusetzen.

Auch die SPD wurde im August durch die Sowjets unter Druck gesetzt. Die sowjetische Zentralkommandantur verbot die öffentliche Ankündigung einer Grosskundgebung mit Kurt Schumacher, die im französischen Sektor stattfinden sollte. Schumacher nannte auf der Kundgebung die SED Nutzniesserin des Vetorechts, das die Grundlage der ganzen deutschen Tragödie bilde.

Im Monat August 1947 hörte der Alliierte Kontrollrat praktisch zu funktionieren auf. Er hatte eigentlich in den vergangenen Jahren nur richtig gearbeitet, wenn es galt, die nationalsozialistische Vergangenheit zu bekämpfen. Der Kampf gegen den toten Hitler und seine überlebenden Anhänger vereinte die vier Siegermächte, während die «Kontrollrats-Regierung» über ganz Deutschland eine Farce geblieben war.

Die Berliner hatten nicht erwartet, dass sie von den Siegermächten mit Samthandschuhen angefasst würden. Aber ein Regiment von Kontrollrat und Kommandantur hätte, so glaubten die Berliner einige Zeit, doch zum mindesten die Verantwortung, die durch die bedingungslose Kapitulation auf die Sieger übergegangen war, erkennen müssen. Die Gesamtsterblichkeit in Berlin hatte im Jahre 1938 13,2 je tausend Einwohner betragen. Durch Seuchen und Nahrungsmangel war sie im ersten Halbjahr 1947 auf 25,1 je tausend Einwohner gestiegen. Gewichtsverluste von 40 bis 50 Kilogramm waren keine Seltenheit.

Am 17. August 1947 waren die ersten Flüchtlinge aus der Ostzone in Berlin eingetroffen. Sie gaben an, sich den dort angeordneten Arbeitsverpflichtungen, vor allem in den Uranbergbau des Erzgebirges, entzogen zu haben.

Am 2. September 1947 gaben die Westmächte dem Wunsch der Sowjets nach, private Güter in Militärzügen nur dann zu befördern, wenn die sowjetischen Stellen über ausreichende Kontrollmöglichkeiten verfügten. Damit kam es zu den ersten Restriktionen im Interzonenverkehr, die freilich von den Westmächten ohne Protest hingenommen wurden.

Die spinale Kinderlähmung, die im Juli ausgebrochen war, breitete sich aus. Es fehlte an Watte, Zellstoff und Binden zur Herstellung von Gipsverbänden. Die Kommandantur verbot das Baden in der Havel und den Berliner Seen. Die Russen begannen, sich mit dem Verkauf von Zigaretten der sowjetischen Handelsgesellschaft Rasnoexport in den Schwarzhandel einzuschalten.

Die Finanzabteilung der Sowjetischen Militärverwaltung genehmigte diese Aktion.

Als nächstes politisches Ziel stellte sich jedoch Oberst Tulpanow, der politische Beauftragte der Sowjets in Berlin und der Ostzone, die Entmachtung des stärksten Widersachers der SED in der Ostzone, der CDU. Hierzu bot sich der Parteitag an, der vom 4. bis 8. September im Admiralspalast stattfand.

Jakob Kaiser, der mit Ernst Lemmer vorher zum sowjetischen Oberkommandierenden Marschall Sokolowski bestellt worden war, erklärte, die Drohungen der SED könnten ihn nicht schrecken. Er bejahte den Marshallplan für ganz Deutschland und wandte sich gegen die Abtrennung der deutschen Ostgebiete. Er stellte fest, dass die CDU den dogmatischen Marxismus ablehne und sich gegenüber seinen totalitären Tendenzen als Wellenbrecher betrachte.

Die Delegierten wählten Jakob Kaiser mit 248 von 249 und Ernst Lemmer mit 247 von 248 Stimmen demonstrativ wieder zu ihren Parteivorsitzenden für die CDU der Ostzone und in Berlin.

Oberst Tulpanow hatte das Forum des Parteitags zu heftigen Angriffen gegen die Briten und Amerikaner benutzt. Auf einem Empfang im Haus der Kultur der Sowjetunion, der ehemaligen Singakademie, bezeichnete er die Grenzziehung an Oder und Neisse als «unantastbares Ergebnis des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg». Darauf hatten zahlreiche süd- und westdeutsche CDU-Delegierte das Haus verlassen.

Auf dem gleichzeitig stattfindenden Landesparteitag der Berliner SED wurde die CDU scharf angegriffen. Die SED-Führung warf Jakob Kaiser vor, er habe vor dem Westen kapituliert und den Gedanken des Sozialismus aufgegeben.

Oberst Tulpanow setzte seine Angriffe gegen die CDU auf dem Parteitag der SED der Ostzone und Berlins im September 1947 fort. Er verlangte, die SED solle die Reaktion in Deutschland «ausräuchern» und Westdeutschland von den Kräften des amerikanischen Monopolkapitalismus «befreien».

Zwei Tage vorher, am 18. September 1947, hatte der sowjetische Delegierte Wyschinski vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York die Westmächte scharf angegriffen.

Tulpanow setzte im Berliner Bereich fort, was Wyschinski auf Anweisung Stalins begonnen hatte. Von dieser Zeit an datierten die Beschimpfungen der Sowjets gegen die Vereinigten Staaten.

Der Marshallplan diente den Sowjets nur als Vorwand, die Westmächte in Berlin unter Druck zu setzen. Stalin hatte sich entschieden, die Ostzone nun endlich zu einem neuen deutschen Teilstaat zu machen. Dazu musste aber Berlin vorher wieder unter kommunistische Kontrolle gebracht werden. Es kam darauf an, die Westmächte bei der Bevölkerung zu diskreditieren und zugleich diese Bevölkerung so einzuschüchtern, dass sie sich mit dem ihr von Stalin und Ulbricht aufzuerlegenden Los abfand. Am 30. September verhafteten Rotarmisten den Leiter der Abteilung für deutsches Gerichtswesen bei der amerikanischen Militärregierung, einen Oberstleutnant, und den Hauptankläger der amerikanischen Militärgerichte in Berlin, als diese das Statistische Landesamt im sowjetischen Sektor verliessen. Nach mehrstündigem Verhör wurden beide ohne Entschuldigung oder nähere Erklärung wieder freigelassen. In Treptow begann der Bau eines Ehrenmals der Roten Armee aus den Trümmern der Reichskanzlei. Die Reaktion der Amerikaner war immer noch überaus zurückhaltend. Am 1. Oktober 1947 gab General Clay auf einer Pressekonferenz bekannt, er habe die Angriffe Tulpanows auf dem SED-Parteitag zum Gegenstand einer Anfrage beim Kontrollrat gemacht. Er bezeichnete die Äusserungen des Obersten als ersten öffentlichen Angriff gegen eine andere Besatzungsmacht und einen Bruch der interalliierten Abmachungen, auf jede Kritik an der Politik der einzelnen Besatzungsmacht zu verzichten. Clay wollte aber diese Tulpanow-Rede nur als Einzelfall gewertet sehen, nicht als Änderung der sowjetischen Besatzungspolitik.

Als am 20. Oktober Marschall Sokolowski im Kontrollrat glaubte, die Rede Tulpanows rechtfertigen zu müssen, fühlte sich Clay nun endgültig herausgefordert. Am 28. Oktober 1947 gab er auf einer Pressekonferenz bekannt, dass jetzt ein neuer amerikanischer Propagandakurs beginnen werde. Die deutsche Bevölkerung solle mit der amerikanischen Auffassung von Demokratie bekannt gemacht werden. Die bisher geübte Zurückhaltung gegenüber dem Kommunismus werde aufgegeben.

Die Sowjets antworteten, indem sie Gerüchte verbreiten liessen, die westlichen Besatzungsmächte würden Berlin verlassen. Am 29. Oktober dementierte Oberst Howley das ausgestreute Gerücht, der Abzug der westlichen Besatzungsmächte stehe unmittelbar bevor.

Die heftiger werdende Auseinandersetzung zwischen den Siegermächten hatte noch nicht zu einer Verständigung zwischen den deutschen Politikern und den Westmächten geführt. Erst durch die Ereignisse mussten die Westmächte belehrt werden, dass ihr Verbleiben in Berlin auch von einem Mindestmass an Loyalität gegenüber der von ihnen regierten Bevölkerung abhängig war.

Noch hatten die demokratischen Parteiführer in Berlin nicht Stellung «für den Westen» bezogen, während die SED ihre Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht immer eindeutiger zur Schau stellte. Ernst Reuters Worte auf dem SPD-Parteitag im Juli 1947 zu Nürnberg galten für SPD, CDU und auch LDP:

«Es kann in Deutschland keine Stadt geben, in der das Gefühl für die nationale Einheit unseres Landes, in der die Sehnsucht nach der Herstellung eines einheitlichen, freiheitlichen und demokratischen Deutschlands so stark und lebendig ist wie in unserer Stadt. Wir, die grosse Dreieinhalb-Millionen-Stadt, die wir nur durch eingleisige Bahnen nach dem Osten, aber auch zu Ihnen nach dem Westen verbunden sind, wir, diese Stadt Berlin, können – wenn Deutschland nicht als eine politische, als eine ökonomische Einheit wiederhergestellt wird – nicht leben. Der Einheitsgedanke ist für uns in Berlin eine Frage auf Leben und Tod, ohne die wir auf die Dauer keine Existenzberechtigung haben... Unsere demokratische, freiheitliche Überzeugung ist uns ein unabdingbares Recht, und welche Schwierigkeiten auch immer in dieser, wenn ich so sagen darf, belagerten Festung uns bevorstehen, immer wird über dieser belagerten Festung die Fahne der Freiheit und der Demokratie wehen... Wir haben nur die eine Bitte: Lassen Sie uns in unserem Kampf nicht allein.» Anfang Oktober 1947 hatte in Berlin ein Schriftstellerkongress stattgefunden, der vom Schutzverband deutscher Autoren im (ostzonalen) Freien Deutschen Gewerkschaftsbund einberufen worden war. Autoren aus ganz Deutschland waren erschienen. Die greise Ricarda Huch kam aus Weimar, um die Ehrenpräsidentschaft zu übernehmen. Der Pen-Club war ebenso vertreten wie der sowjetische Schriftstellerverband. Es kam zu hitzigen Diskussionen, in denen sich die tiefe Kluft zwischen kommunistischen und demokratischen Schriftstellern zeigte. Die Veranstaltung war als «Parlament des deutschen Geistes» deklariert worden, aber das «Parlament» fand zu keiner einheitlichen Sprache.

Man verstand sich gegenseitig nicht mehr.

Vom Kulturbund war diese Tagung als demonstrative Veranstaltung gedacht,

die zeigen sollte, dass die Freiheit der Kultur in Deutschland wieder lebendig sei. Aber die Diskussion nannte die tiefen weltanschaulichen und politischen Gegensätze beim Namen und verhehlte nichts. Die vier Besatzungsmächte luden die Autoren ein. Auf Banketten fand eine Wiederbegegnung von im Hitlerreich verbotenen Autoren statt.

Die «geistige Repräsentanz» jedoch scheiterte. Von diesem Kongress sollte auch jene Spaltung der deutschen Kultur ihren Anfang nehmen, durch die auf andere Weise die Spaltung fortgesetzt wurde, die durch Hitlers Machtergreifung zwischen linken und rechten Autoren, Emigranten und im Lande Gebliebenen entstanden war.

Das «Friedensmanifest» von Johannes R. Becher, das der Kongress am Ende beschloss, bestand aus Gemeinplätzen. An den Kontrollrat wurde ein Antrag gestellt, die von Hitler verfügte Ausbürgerung deutscher Schriftsteller für nicht mehr bestehend zu erklären.

Eine Folge des Kongresses war das Verbot des Kulturbundes durch die amerikanische Militärregierung. Anhänger der SED hatten in den Kulturbundgruppen des amerikanischen Sektors versucht, ihre politischen Auffassungen durchzusetzen.

Die Volksbühnenbewegung hatte sich schon vorher gespalten. Auf der Eröffnungskundgebung der westlichen «Freien Volksbühne» hielt Carl Zuckmayer den Festvortrag.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund hingegen plante die Zusammenfassung aller Theater und Kinos durch den Magistrat, Einflussnahme auf die Buchproduktion und Kulturclubs in den Betrieben. Damit sollten die «Werk tätigen» die kulturellen Einrichtungen an die politische Kandare nehmen. Am gleichen Tage wurde Boris Blachers Oratorium «Der Grossinquisitor» in der Staatsoper uraufgeführt.

Das ehemalige Zeughaus ‚Unter den Linden‘ erhielt die Funktion der alten Nationalgalerie, deren Kunstwerke von den sowjetischen Trophäenkommissionen in die Sowjetunion verschleppt worden waren. Geheimrat Professor Justi wurde Museumsdirektor. Die in der «Reichskristallnacht» zerstörte Charlottenburger Synagoge wurde nach ihrer Wiederherstellung eingeweiht. Das Ballett des Théâtre des Champs-Élysées, Paris, gab ein Gastspiel in der Städtischen Oper. Das Französische Gymnasium, eine der berühmtesten alten Bildungsstätten Berlins, wurde aus dem sowjetischen in den französischen Sektor verlegt.

Innerhalb Berlins wurde die Freizügigkeit eingeschränkt. Es war verboten, Umzugsgut aus dem sowjetischen Sektor in die westlichen Sektoren zu bringen. Am 20. Oktober 1947 befahl die Sowjetische Militärverwaltung, dass private Transporte von Umzugsgut aus dem britischen Sektor in die britische Zone von der Aussenhandelsabteilung der SM A (Sowjetische Militärverwaltung) zu genehmigen seien. Damit wurde die Kontrolle der Verbindungen zwischen Berlin

und den westlichen Zonen verschärft. Seit diesem Tag konnte kein Umzug auf dem Landwege mehr zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen von Deutschen durchgeführt werden, der nicht von den Sowjets genehmigt wurde. Ende Oktober 1947 standen in Gross-Berlin 1'527'000 Männer und Frauen in einem Arbeitsverhältnis. Die Zahl der offenen Arbeitsstellen betrug 30'000. Etwa 35 Prozent der Schaffenden fielen täglich durch Krankheit und aus anderen Gründen aus. Die sowjetische Militärverwaltung beschäftigte 37'000 Berliner, die amerikanische 27'000, die britische 19'000 und die französische 7'000. In den eineinhalb Jahren vom Januar 1946 bis Juli 1947 erhielt im Bezirk Tempelhof jeder 90. Knabe einen Anzug, jede 610. Frau einen Mantel, jeder 2 010. Mann eine Hose, jede 18. Frau ein Paar Strümpfe. Es wurde ausgerechnet, dass bei dieser Zuteilungsquote Generationen vergehen mussten, ehe jeder auch nur einmal ein Bekleidungsstück zugeteilt bekam. Das Schnellgericht Berlin-Mitte erklärte sich in dieser Lage ausserstande, Personen wegen Schwarzhandels zu bestrafen.

Ein Pfund Margarine kostete auf dem Schwarzen Markt 120 bis 130 Mark, das Pfund Butter 190 Mark, die Zigarette 1,60 Mark.

Zu einer politischen Aktion kam es kurz vor Beginn der Londoner Aussenministerkonferenz. Am 9. November 1947 gelang es Bürgermeister Dr. Friedensburg, der vom ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe unterstützt wurde, in Berlin-Nikolassee (amerikanischer Sektor) ein Treffen deutscher Persönlichkeiten zu organisieren, das vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Karl Gruber und von Professor Alfred Weber, Heidelberg, angeregt worden war. Zu den Teilnehmern gehörten Propst Grüber, Johannes R. Becher, der brandenburgische Ministerpräsident Dr. Karl Steinhoff sowie der Verbindungsmann zwischen der CDU der westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Zone, Dr. Otto Lenz.

Ein «Forum der nationalen Repräsentanz» sollte gebildet werden, auf dessen politischem Programm die Schaffung der deutschen Wirtschaftseinheit, die Errichtung einer Zentralregierung, eines Besatzungsstatuts sowie die Erlaubnis für deutsche Persönlichkeiten, an den vorbereitenden Besprechungen für den deutschen Friedensvertrag teilzunehmen, zu finden war. Paul Löbe befand sich damit in Gegensatz zu Kurt Schumacher, der eine solche Repräsentation ablehnte. Der ehemalige Reichstagspräsident musste seine Mitarbeit im Auswärtigen Ausschuss der SPD einstellen. Aber auch dieser Versuch eines «Brückenschlags» zwischen Demokraten und Kommunisten scheiterte. Jakob Kaiser schlug dann noch einen Konsultativrat aus deutschen Vertretern vor, der die Wahl der deutschen Nationalversammlung vorbereiten sollte.

Seine Partei fand keine Unterstützung bei den anderen Parteien, auch nicht bei der CDU/CSU der westlichen Zonen. So legte der CDU-Vorstand der Ostzone und Berlins allein diese Vorschläge den Oberbefehlshabern der Besatzungsmächte vor, was einer Bankrotterklärung gleichkam.

Damit war auch die zonale Aufspaltung der Christlich-Demokratischen Union offenkundig. Es hatte zwar nie eine Vereinigung der Unionsgründungen gegeben, aber die Zusammenarbeit ihrer Führer konnte, vielleicht mit Ausnahme Konrad Adenauers, doch über zwei Jahre aufrechterhalten werden. Die sowjetische Besatzungsmacht musste nun jedes Interesse an einer zwischen West und Ost lavierenden Führung der grössten bürgerlichen Partei ihres Machtbereichs verlieren. In dem Augenblick, als Jakob Kaiser und Ernst Lemmer den Einfluss auf ihre westdeutschen Parteifreunde verloren hatten, selbst aber sich weigerten, den Parteikurs zu ändern, konnten sie nur noch ein Ärgernis für Oberst Tulpanow und seine Berater sein. So kam es Ende Dezember 1947 zur Gleichschaltung der CDU des sowjetischen Besatzungsgebietes.

Kaiser und Lemmer war von Berliner Sozialdemokraten geraten worden, in der immer kritischer werdenden Situation das zu tun, was Otto Grotewohl zwar Kurt Schumacher versprochen, aber nicht gehalten hatte: die Partei aufzulösen, wenn eine demokratische Parteientwicklung unter dem Druck, ja, Terror der Russen nicht mehr erwartet werden konnte.

Beide Politiker entschieden sich dafür, den bitteren Weg zu Ende zu gehen, ohne eine Auflösung vorzuschlagen, die wahrscheinlich von den CDU-Spitzen in der Ostzone nicht gebilligt worden wäre, da sie schon lange unter sowjetischem Druck standen.

Mitte November kamen in Berlin wieder Gerüchte auf, die SED plane eine Regierungsbildung für die Ostzone. Am 26. November 1947 verkündete der Parteivorstand der SED den Zusammentritt eines Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden. Propagandistisch stützten die Führer der Einheitspartei ihren Vorschlag mit dem Hinweis ab, alle Bemühungen um eine gesamtdeutsche Volksvertretung seien am Widerstand der Führer von SPD und CDU gescheitert. Dieser Volkskongress sollte als gesamtdeutsche Volksvertretung gelten, als eine provisorische Nationalversammlung, die weitreichende Beschlüsse über eine Regierungsbildung in Deutschland zu treffen habe.

Der Volkskongress sollte Anfang Dezember in Berlin zusammentreten.

In diesen Novembertagen häuften sich die Verschleppungen von Bürgern der Stadt durch den sowjetischen Geheimdienst. Der Journalist Dieter Friede («Der Abend») war spurlos verschwunden, die Westmächte sahen sich gezwungen, auf die Verschleppungen von Personen hinzuweisen, die seit Jahr und Tag in Berlin stattfanden. Am 13. November 1947 hatte Bürgermeister Ferdinand Frie-

densburg vor den Stadtverordneten mitgeteilt, dass bisher 5413 Personen in Berlin spurlos verschwunden seien. Er wies eindringlich auf die «kaum noch zu überbietende Rechtsunsicherheit» in der Viermächtestadt hin und forderte die Besatzungsmächte auf, «ein einheitliches Besatzungsstatut zu schaffen, um den unhaltbaren Zustand der Rechtlosigkeit zu beseitigen». Die nichtkommunistischen Parteien sprachen dem Polizeipräsidenten Markgraf das Misstrauen aus. Der kommunistische Stadtverordnete Otto Winzer erklärte, der Fall Dieter Friede sei von der amerikanischen Besatzungsmacht als «vorbereitetes Stück der antikommunistischen Propaganda» aufgezo-gen worden. Dieter Friede, der über Beziehungen in die Ostzone verfügte, war durch ein fingiertes Telefongespräch in den Ostsektor gelockt und dort verhaftet worden. Er sollte erst nach acht Jahren aus Sibirien heimkehren.

Am 13. November 1947 hatten die Amerikaner ihre offizielle Propaganda gegen den Kommunismus mit einer Sendereihe im RIAS, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor, begonnen: «Freiheit oder Totalitarismus».

Rasch führte der Volkskongress zu einer Aufspaltung der Liberaldemokratischen Partei, wobei der in den Westsektoren wohnende Parteivorsitzende Dr. Wilhelm Külz sich für den Volkskongress aussprach, der Berliner Landesverband aber gegen eine Teilnahme an diesem kommunistisch inspirierten Treffen. Der Parteivorstand der CDU der Ostzone und Berlins lehnte am 2. Dezember 1947 eine Teilnahme der CDU am Volkskongress ab. Der Beschluss liess jedoch den CDU-Mitgliedern, die durch sowjetischen Druck gezwungen sein sollten, nach Berlin zum Volkskongress zu reisen, eine Hintertür offen. Der Parteivorstand erklärte, «unter den gegebenen Verhältnissen» mit der Teilnahme von einzelnen Mitgliedern «aus eigenem Entschluss» sich abfinden zu wollen. Damit beugte sich der Parteivorstand der sowjetischen Besatzungsmacht und liess zu, dass der Kongress doch von CDU-Mitgliedern halboffiziell besucht werden konnte. So verhängnisvoll diese «Hintertür» auch werden musste-die Würfel waren schon früher gefallen. Der Widerstand des Parteivorstandes glich nun nur noch einem ehrenvollen, tapferen Rückzug.

Gegen den Volkskongress sprach sich auch der Studentenrat der Berliner Universität aus. Es gelang SED-Studenten nicht, diese Entscheidung sofort wieder rückgängig zu machen.

Erst vier Tage später, am 5. Dezember 1947, glückte es einigen SED-Studenten, eine vom Studentenrat einberufene Versammlung, an der 800 Kommilitonen teilnahmen, zu sprengen. Der Studentenrat und die meisten Teilnehmer verlies-

sen die Versammlung vorzeitig. Der Rest wählte zwei Delegierte zum Volkskongress.

Kurz vor der Tagung dieses «Scheinparlaments», am 4. Dezember 1947, hielt die sowjetische Grenzkontrolle bei Marienborn den britischen Militärzug Berlin – Hannover – Bielefeld an und gab ihn erst nach langen Auseinandersetzungen frei. Damit hatte die Rote Armee ihre Macht über den Zugang nach Berlin demonstriert.

Vom 6. bis 8. Dezember 1947 tagte das Scheinparlament des Volkskongresses im Admiralspalast, im gleichen Hause, in dem vor anderthalb Jahren SPD und KPD zwangsvereint wurden.

Es kam ein Delegationsausschuss zustande, in dem Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Dr. Wilhelm Külz und, als CDU-Mitglied, Otto Nuschke, der Verlagsleiter des CDU-Organs «Neue Zeit», sassen.

Nuschke war Mitgründer der CDU in Berlin. Bisher hatte er jedoch keinen politischen Ehrgeiz gezeigt. Er verwaltete den Zeitungsverlag der Union. Kurt Schumacher erfuhr in diesen Tagen, dass Nuschke die Flucht nach Dänemark plante und die dortigen Behörden gefragt hatte, ob sie ihm Asyl gewähren würden.

Aber es scheint, dass Ulbricht und Tulpanow Nuschke ein hervorragendes Amt in der Ostzonenregierung versprochen hatten, ebenso wie einem anderen Parteimitglied, das auf diesem Volkskongress hervortrat, Luitpold Steidle. Beide erhielten diese Ämter später.

Am 11. Dezember 1947 forderte Otto Nuschke Jakob Kaiser auf, den Vorsitz der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin niederzulegen. Kaiser sollte dafür die Leitung eines Berliner Viersektoren-Sekretariats der Partei übernehmen. Der Parteivorstand lehnte diese Aufforderung zur Kapitulation mit Mehrheit ab. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Der sowjetische Verbindungsoffizier zur CDU, Hauptmann Kratyn, verbot Offizieren der britischen Militärregierung, an der Sitzung teilzunehmen.

Die Militärregierungen aller vier Mächte waren berechtigt, derartige Parteivorstandssitzungen zu überwachen. Mit diesem Ausschluss der Briten, der unter Protest hingenommen wurde, schufen die Sowjets neues ‚Recht‘ unter den Besatzungsmächten.

Die Sowjets setzten in diesen Tagen die gewählte Bezirksbürgermeisterin von Prenzlauer Berg, Ella Kay (SPD), ab. Ein ständiges Sekretariat des Volkskongresses wurde im Haus der Zentralverwaltungen für die Ostzone, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium in der Leipziger Strasse, am 12. Dezember eingerichtet. Ihm gehörten unter anderem an: Walter Ulbricht, Otto Nuschke und der Liberaldemokrat Arthur Lieutenant. Gleichzeitig stellte sich der Berliner Landesverband der CDU hinter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Die Sozialde-

mokraten riefen die Bevölkerung auf, die Bedrohung Berlins zu erkennen. Mit Unterstützung einer Besatzungsmacht strebe eine bestimmte Partei nach der Alleinherrschaft. Eine sozialdemokratische Kommunalpolitik im Ostsektor sei nahezu unmöglich geworden.

Der Übermut der Sowjetführung erreichte auf der Londoner Aussenministerkonferenz einen neuen Höhepunkt. Molotow forderte eine Viermächtekontrolle über die gesamte deutsche Industrie einschliesslich der des Ruhrgebietes. Gegen diese Forderung trat der amerikanische Aussenminister Marshall auf. Mit ihm standen nun die Aussenminister Grossbritanniens und Frankreichs in einer Front gegen die Sowjetunion. Eine Einigung über die deutschen Reparationen und die Wirtschaftseinheit konnte nicht zustande kommen.

Am 15. Dezember 1947 vertagte sich die Aussenministerkonferenz auf unbestimmte Zeit.

Das Schicksal Deutschlands schien besiegelt, das Schicksal Berlins blieb offen. Die Pressionen gegen den Eisenbahnverkehr der westlichen Besatzungsmächte nach Berlin wurden verstärkt. Sowjetische Soldaten überfielen die Packwagen amerikanischer Militärzüge. Daraufhin verstärkten die Amerikaner ihre Zugwachen und rüsteten sie mit Funkgeräten aus.

Am 19. Dezember 1947 wurde die Auflage der CDU-Zeitung «Neue Zeit» auf Befehl der sowjetischen Militärregierung nochmals gekürzt. Es durften nur noch 50'000 Exemplare gedruckt werden. Ehe die Pressionen gegen die CDU-Führung einsetzten, hatte die Zeitung eine Auflage von mehreren hunderttausend Stück.

Einen Tag später, am 20. Dezember 1947, griffen die sowjetischen Militärbehörden zum zweiten Male in die Führung der CDU ein. Oberst Tulpanow liess dies durch Hauptmann Kratyn besorgen, der auf einer dramatischen Vorstandssitzung mitteilte, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer würden von der sowjetischen Militärverwaltung nicht mehr in ihren Funktionen anerkannt. Den Vorstandsmitgliedern Otto Nuschke und Georg Dertinger (Generalsekretär der Partei) erklärte Hauptmann Kratyn, bis auf Weiteres würden die sechs Landesvorsitzenden der CDU in der Ostzone unter Leitung von Professor Hickmann (Dresden) und Lobedan (Schwerin) als «oberste Vertretung» betrachtet. Die Landesvorsitzenden erhielten von Kratyn den Auftrag, Geschäftsführer ihrer Landesverbände für die Leitung der CDU in Berlin zu benennen. Der Generalsekretär Dertinger schlug den brandenburgischen CDU-Vorsitzenden Wilhelm Wolf, Otto Nuschke, Ferdinand Friedensburg und Heinrich Krone vor. Friedensburg und Krone lehnten ab.

Ausserdem nahm die sowjetische Militärregierung den Beschluss zur Parteiauflösung in der Ostzone nicht an, der in letzter Minute gefasst worden war. Die fünf Landesvorsitzenden der CDU beschliessen, sich trotz ihres Vertrauens zu

Jakob Kaiser «vorübergehend» von der bisherigen Zonenleitung zu trennen, um die CDU in den Ländern der Ostzone zu retten.

Damit war die Spaltung der CDU vollzogen. Bis zum letzten Augenblick wehrten sich Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gegen dieses sowjetische Ziel. Sie hatten tapfer gekämpft, aber ihr Kampf war aussichtslos geworden. Die Tragödie der deutschen Spaltung war nicht mehr abzuwenden. Die SPD hatte ihr schon den Tribut gezahlt; nun war ihr die CDU gefolgt. In beiden Parteien hatten sich Männer gefunden, die diese Spaltung zu vereiteln suchten, aber es gab auch Männer, die sich, um Schlimmeres zu verhüten, wie sie sagten, mehr oder weniger freiwillig unter den Willen der Russen stellten, um zur Stelle zu sein, wenn die Spaltung vollzogen würde.

Dertinger und Nuschke hatten keinen zureichenden Grund, sich in den Dienst der Sowjets zu begeben. Dass sie es dennoch unternahmen, bedeckte sie mit Schuld und Schande. Die Landesverbandsvorsitzenden in der Ostzone hatten keine Wahl. Nuschke sollte von nun an bis zu seinem Tode das Signum eines Quisling tragen.

Dertinger wurde Aussenminister, aber unter dem Verdacht einer Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst bald verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt.

Auch dem tapferen, so oft sowjetischem Druck ausgewichenen und widerstehenden Chefredakteur der «Neuen Zeit» wurde an diesem 20. Dezember 1947 die Lizenz entzogen: Wilhelm Gries verliess mit seinem Stellvertreter Karl Brammer und anderen Redaktionsmitgliedern wie dem Kulturkritiker Werner Fiedler und der Feuilletonredakteurin Dorothee Dovifat die Zeitung, die sie aufgebaut und zu einem bedeutenden Instrument der Christlich-Demokratischen Union in der Ostzone gemacht hatten.

Die Sowjets setzten den aussenpolitischen Redakteur der «Neuen Zeit», Dr. Walter Klein, als Chefredakteur ein und erhöhten sofort wieder die Auflage.

Jakob Kaiser hielt am 23. Dezember 1947 noch eine Pressekonferenz im Parteihaus der CDU, in der Jägerstrasse des Ostsektors, ab. Er stellte fest, dass die CDU nach dem erzwungenen Ausscheiden der SPD eine Klammer zwischen Ost- und Westdeutschland sein wollte und deshalb immer ihren ehrlichen Willen zur Verständigung mit dem russischen Volk gezeigt habe. Die sowjetische Militärregierung sei aber jetzt nicht mehr bereit, die Selbständigkeit und den eigenen Weg der CDU in ihrer Besatzungszone anzuerkennen. Eine CDU-Politik in demokratischer Form sei nun dort nicht mehr möglich, da der Druck der SED auf einzelne CDU-Mitglieder zu stark geworden sei. Jakob Kaiser erklärte

jedoch, dass er sich immer noch als Vorsitzender der CDU der Ostzone und Berlins fühle und von Berlin aus Weiterarbeiten wolle.

Nach Weihnachten erhielt Jakob Kaiser moralische Unterstützung von der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, die in Berlin tagte. Den Delegierten der französischen Zone war von ihrer Militärregierung eine Beteiligung verboten worden. Der CDU-Vorsitzende der britischen Zone, Konrad Adenauer, entschuldigte seine Abwesenheit mit Termenschwierigkeiten.

So wurde Ende 1947 mit der Gleichschaltung der CDU der Ostzone jene Hoffnung begraben, welche die überlebenden Männer des 20. Juli 1944 nach der Kapitulation nicht ohne Grund gehegt hatten: in Berlin das Reich, wenn auch nur hypothetisch und für eine ungewisse Zukunft, zusammenhalten zu können. Der Zerfall der Reichseinheit in zwei gesellschaftlich voneinander sehr unterschiedliche neue Ordnungen, die bald den Charakter von Nachfolgestaaten aufgelegt bekommen sollten, hatte sich 1947 angekündigt, nun machte er immer raschere Fortschritte.

Berlin aber, die ehemalige Reichshauptstadt unter Viermächtekontrolle, musste bei diesem Prozess immer mehr der «Ordnung» zufallen, in die die Stadt geographisch und machtpolitisch eingebettet war.

Diesen Prozess aufzuhalten, ja ihn zu verhindern, waren nun andere Kräfte nötig.

Der Kampf um Deutschland verengte sich auf den Kampf um Berlin, und es gab viele Berliner, die zur Jahreswende 1947/48 fürchteten, dass dieser Kampf rasch zu einem Endkampf würde. Denn wer war schon gewiss, dass die Westmächte bereit sein könnten, den Kampf um Berlin bis zu der letzten Konsequenz zu führen?

Zehntes Kapitel

WER DIE WÄHRUNG HAT, BESITZT DIE MACHT

Als zu Beginn des Jahres 1948 russische Verbindungsoffiziere mit Hinweisen gegenüber deutschen Politikern nicht geizten, in absehbarer Zeit werde es nur noch eine Besatzungsmacht in Berlin geben, musste die Unsicherheit über das Schicksal der Stadt wachsen. So siegesgewiss gaben sich die Beauftragten des sowjetischen Oberkommandos, dass Dementis der westlichen Mächte kaum mehr Glauben fanden.

Ernst Reuter schrieb damals nach England: «Ich bin mir darüber im Klaren, dass es nur eine Ruhe vor dem Sturm ist, denn Berlin ist ein viel zu wichtiger Posten, als dass nicht um ihn ein neuer heisser Kampf entbrennen wird. Und ob wir wollen oder nicht, wir werden mitten in ihm drinstehen, es wird um unseren Kopf gehen, und der Kampf wird für uns um so schwieriger sein, als wir leider nach manchen bitteren Erfahrungen nicht das Vertrauen in die Westmächte haben können, von ihnen immer und in jeder Lage unterstützt zu werden. Das Gefühl der Unsicherheit ist zu gross, und der furchtbare Druck, der immer wieder auf den Menschen liegt, ist oft zu schwer. Er kann nicht von allen getragen werden. Dieser Nervenkrieg wird sich bald steigern, und wir können noch nicht absehen, wohin er uns führen wird.»

Im Januar 1948 sprach die sowjetisch lizenzierte Presse immer öfter von einem «Abbau Berlins», von zunehmenden Eisenbahntransporten nach den Westzonen. Obwohl diese Berichte erfunden waren, wirkten sie doch auf die Bevölkerung.

Als Angehörige der Kriminalpolizei einen nächtlichen Einbruch in den Asservatenraum ihrer Dienststelle unternommen hatten, wurde festgestellt, dass es unter den Kriminalkommissaren nur zwei Fachleute gab, während die anderen als Angehörige der SED nach kurzfristigem Besuch der Kriminalschule ohne Bewährungsprobe ernannt worden waren. In den Schlüsselpositionen des Polizeipräsidiums, aber auch bei der Schutz- und Kriminalpolizei sasssen Angehörige der Einheitspartei. Das begünstigte das Gefühl der Unsicherheit.

Am 11. Januar 1948 ging die Zeitung der Roten Armee: «Tägliche Rundschau», mit einem Artikel gegen den alliierten Kontrollmechanismus vor. Es wurde von notwendigen Änderungen im Status Berlins gesprochen. Zur Begründung wurden die Frankfurter Beschlüsse der Generale Clay und Robertson (Grossbritannien) über die Neuorganisation der Zweizonenverwaltung angeführt. Der Artikel zielte auf den von General Robertson in Frankfurt bekanntgegebenen Plan der Briten und Amerikaner, einen Teil ihrer Berliner Besatzungsbehörden aus

der Stadt nach Frankfurt abziehen und nur die «Spitzen» in der Viernächtestadt zu belassen.

Die Amerikaner dementierten umgehend; General Clays Stellvertreter, General Hays, erklärte, Berlin sei keine Stadt der sowjetischen Zone. Ihr amerikanischer Sektor werde als Bestandteil der amerikanischen Besatzungszone betrachtet. Die USA würden Berlin immer als Hauptstadt Deutschlands ansehen und auf Viernächtebasis bis zur Verwirklichung eines geeinten Deutschlands mit Berlin als Hauptstadt dort bleiben.

Die Erklärung des amerikanischen Generals war nicht klug, denn mit der Behauptung, der amerikanische Sektor sei ein Teil der amerikanischen Zone, wurde den Sowjets bedeutet, sie könnten ja auch ihren Ostsektor von Berlin als Bestandteil ihrer Zone ansehen. Die Unsicherheit unter den Amerikaner wird aus diesem widerspruchsvollen Dementi Hays' deutlich.

Engländer und Franzosen erklärten kategorisch, dass sie in Berlin bleiben würden. Aber sie rechneten insgeheim mit der Möglichkeit, dass die Sowjets den Verkehr zwischen den westlichen Zonen und Berlin zu behindern beabsichtigten.

Für den Verkehr Berlins mit der Ostzone führten die Sowjets Mitte Januar Propuske ein, Passierscheine, die den bisher freien Verkehr stark einschränkten. Am 24. Januar 1948 hielten russische Soldaten den britischen Militärzug Berlin – Bielefeld elf Stunden lang fest. 120 Deutsche, die sich in dem Zug befanden, wurden nach Berlin zurückgeschickt. Dieser Eingriff in die britischen Rechte wurde kurz darauf wiederholt, so dass die Westmächte bald darauf verzichteten, Deutsche in ihren Militärzügen mitzunehmen.

Während diese Vorbereitungen für eine Isolierung Berlins vorangetrieben wurden, zogen die demokratischen Politiker der Stadt die Konsequenzen aus der Gleichschaltung der Parteien in der Ostzone. Der LDP-Landesverband trennte sich von Dr. Wilhelm Külz und dessen Zonenvorstand der LDP. Die freiheitlich gesinnten Mitarbeiter im CDU-Haus Jägerstrasse (Ostsektor) verliessen ihre Büros, unter ihnen Professor Emil Dovifat.

Es schlossen sich Parteiführer, die 1945 in Berlin gemeinsam ihre Parteien gegründet hatten, gegenseitig aus ihren Parteien, Ämtern und Büros aus. Auch unter den Opfern des Hitlerregimes, den Verfolgten des Dritten Reiches, kam es zu Auseinandersetzungen. Die von den Kommunisten gelenkte VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) geriet in offenen Konflikt mit dem Verband der Opfer der Nürnberger Gesetze, als sie im Januar 1948 gegründet worden war. Die Scheidung unter den Deutschen nahm immer rascher ihren Fortgang. Feindschaften begannen, die bisher unvorstellbar gewesen waren.

Im Hebbel theater kam es zu der deutschen Erstaufführung von Jean-Paul Sartres Stück «Die Fliegen», das während der deutschen Besatzungszeit in Paris uraufgeführt worden war. Der französische Philosoph und Schriftsteller zeigte in seinem Stück den heroischen Nihilismus, die Sinnlosigkeit der Macht und die Gnade der Ohnmacht, aus der allein Widerstand gegen die Macht entstehen könne. Jürgen Fehling inszenierte das Drama mit Joana-Maria Gorvin, Kurt Meisel und O. E. Hasse.

Von dieser Aufführung gingen die Auseinandersetzungen über den Existenzialismus aus, der in der kommenden Zeit das kulturelle Leben in der Viernächststadt bestimmen sollte. Die SED wandte sich heftig gegen die Tendenz des Stückes, ihr Wortführer war der junge Theaterkritiker der «Täglichen Rundschau», Wolfgang Harich.

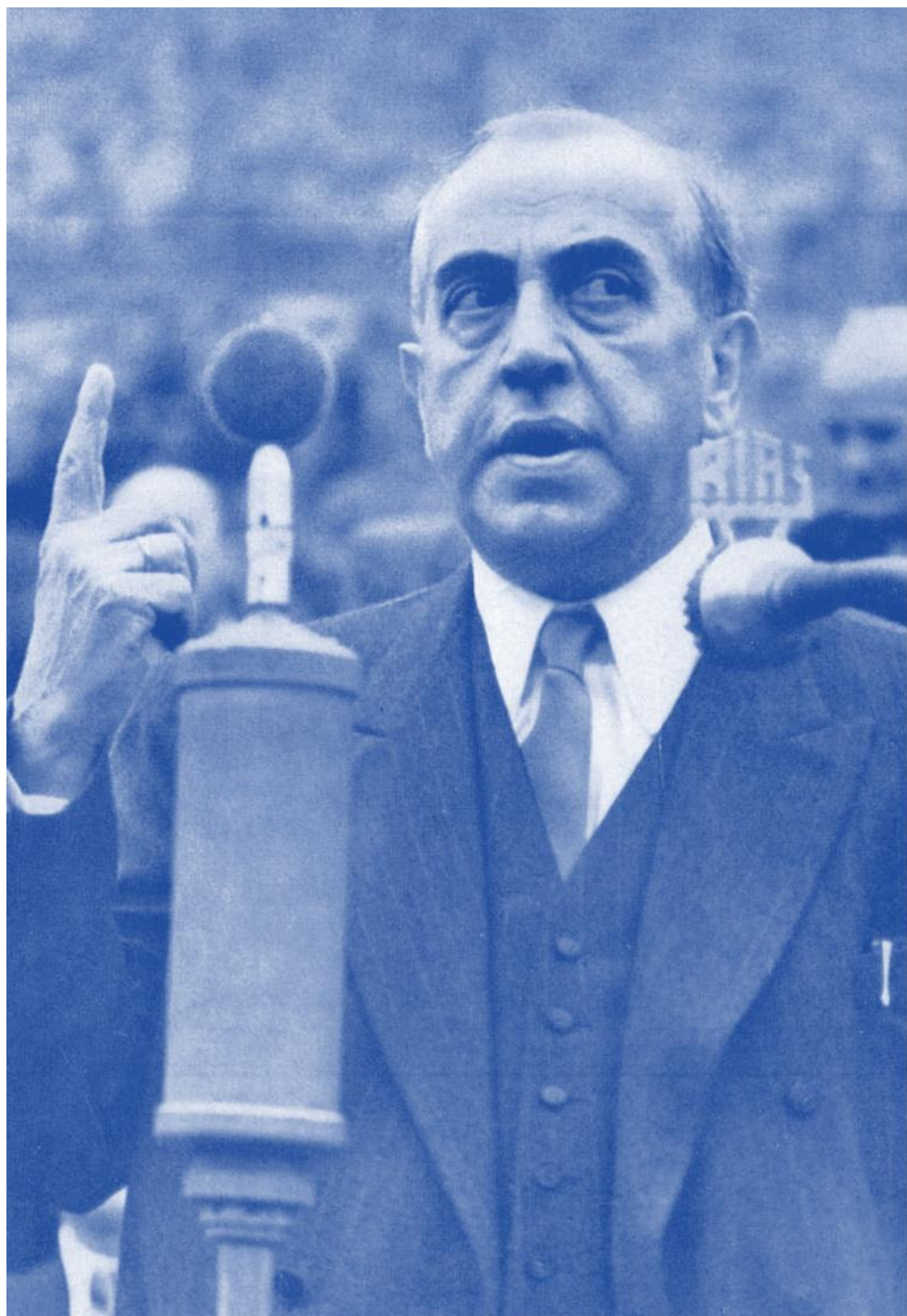
Der Existenzialismus wurde bald zur unter den Intellektuellen vorherrschenden modischen Philosophie. Da er antimarxistisch war, setzte er den ideologischen Apparat der Einheitspartei und ihrer Massenorganisationen in Bewegung. Die gesellschaftliche Umwälzung, die von der SED im Dienste der Sowjetmacht betrieben wurde, stand im schroffen Gegensatz zur Sartreschen Verneinung dieses kommunistischen «Optimismus».

Es verdient festgehalten zu werden, dass die kulturelle Führungsschicht in den westlichen Sektoren mit einer Philosophie in den bald anhebenden offenen Kampf um die Stadt eintrat, die als Nihilismus und Pessimismus gekennzeichnet wurde. Dass sie gerade aus dieser Ohnmacht heraus die Kraft zum Widerstand zu finden wusste, bewies, wie eine Rückführung auf den Nullpunkt jeder Existenz zur Ausgangslage für eine Selbstbesinnung werden kann. Der entschlossene Pessimismus, mit dem man sich dem ideologischen Gegner stellte, der optimistisch handelte, genügte nicht nur, um die eigene Freiheit zu sichern; er war das Fundament, auf dem bald gebaut werden konnte.

Die Epoche des Terrors hatte mit der Niederwerfung Hitlers ihr Ende nicht gefunden. Sie setzte sich fort, und so mussten Sartres «Fliegen» noch einmal, wie in der deutschen Besatzungszeit in Paris, ausdrücken, was «in der Luft lag».

Nie wieder hat eine Theateraufführung in Berlin die Menschen nicht nur so sehr bewegt, sondern auch über ihre eigene Rolle in dem Spiel aufgeklärt, das kein Ende finden wollte.

Die nichtkommunistischen Politiker bewegte jedoch damals hauptsächlich die Sorge, wie Berlin staatsrechtlich vor einem Aufgehen im sowjetischen Besatzungsgebiet zu sichern sei. Die Westmächte hatten es abgelehnt, Berlin oder auch nur ihre Sektoren in die Zweizonenegründung von Frankfurt einzuordnen. Die Sowjets forcierten den Ostsektor als Zentrale eines zukünftigen sowjetzonalen Staatsgebildes. Die SED widersetzte sich in Magistrat und Stadtparlament den Vorschlägen



So sahen und hörten die Berliner ihren Ernst Reuter



Der Kurs der Ostmark wurde am 18. März 1950 von Westberliner Wechselstuben auf 8.80 bis 9.00 DM-Ost – Westmark festgesetzt



Warnschild auf dem S-Bahnhof Berlin-Spandau

der Sozialdemokraten, Berlin den Status eines Landes zu geben. Das Land Berlin wäre verfassungsrechtlich nicht mehr so sehr gefährdet, meinten die Politiker. Aber die Entscheidung über die Zukunft der Stadt konnten legalistische Massnahmen nicht beeinflussen. Sie lag in den Händen der vier Siegermächte. Als Ende Januar 1948 im Deutschen Theater des Ostsektors Brechts «Furcht und Elend des Dritten Reiches» mit der Musik von Boris Blacher aufgeführt wurde, hatten sich längst Furcht und Elend einer kommunistischen Epoche auf die Stadt gesenkt. Das Stück erhielt seine doppelte Bedeutung.

Anfang Februar 1948 wurde bekannt, dass der Volkskongress erneut als Scheinparlament am 18. März 1948 in Berlin zusammen treten sollte. Dieser Tag war jedoch der hundertste Jahrestag der Revolution vom März 1848. Hierfür hatte der Magistrat Feiern angesetzt, die nun vom Volkskongress durchkreuzt werden sollten.

Ulbricht hatte 1945, bei der Neugründung der KPD, die Revolution vom 18. März 1848 in das ideologische Reservoir der Partei übernommen. Sie sollte nun fortgeführt und, im kommunistischen Sinne, in Berlin beendet werden. Die nichtkommunistischen Parteiführer sahen jedoch in der bürgerlichen Märzrevolution von 1848 den Anlass zu ihrer demokratischen Tradition.

Die Zentralisierung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens der Ostzone auf den Ostsektor von Berlin machte rasche Fortschritte. Marschall Sokolowski schaltete die Länderregierungen weitgehend aus und befahl nun die «Deutsche Wirtschaftskommission» zum eigentlichen deutschen Führungsorgan der Sowjetzone. Wilhelm Pieck forderte Ende Februar 1948, dass aus dem Volkskongress ein Volksrat gemacht werden sollte, der das ganze deutsche Volk zu vertreten habe.

Im Ostsektor formierte sich ein «Ständiger Berliner Ausschuss für Frieden und Einheit», der aus Kommunisten und bürgerlichen und sozialdemokratischen Persönlichkeiten bestand. Unter ihnen war Propst Heinrich Grüber. «Wenn die Verpflichtungen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit von den Besatzungsmächten nicht eingehalten werden, muss der Status von Berlin geändert werden», erklärte Hermann Matern (SED) auf einer Veranstaltung dieser Gruppe. Gleichzeitig stellte die sowjetische Besatzungsmacht die Entnazifizierung in ihrer Zone ein. Im Ostsektor waren schon über dreihundert Betriebe mit vierzigtausend Arbeitern sozialisiert, obwohl das Berliner Sozialisierungsgesetz nicht zum Zuge kam.

Am 2. März 1948 bezweifelte der sowjetische Stadtkommandant auf einer Sitzung der Kommandantur, die Viermächteverwaltung der Stadt noch aufrecht erhalten zu können.

Drohten der Viermächtestadt die Iden des März?

Im Februar war in Prag von Kommunisten und Sowjetmacht reiner Tisch gemacht worden, die Gleichschaltung der Tschechoslowakei bewegte die Welt noch. In Griechenland ging der Bürgerkrieg zu Ende, die Niederlage der Kommunisten war offenkundig. Die Entschlossenheit Stalins, seine Macht in den von ihm eroberten Gebieten zu behaupten, die besetzten Länder zu Volksdemokratien machen zu lassen, wurde nicht mehr bezweifelt. Freilich bestand in Deutschland immer noch die Hoffnung für den Kommunismus, über die sowjetisch besetzten Gebiete hinauszudringen, das ganze Land reif zu machen für Stalins Herrschaft.

Aber die Westmächte waren nicht gewillt, in ihren Besatzungszonen die SED zuzulassen, wie es Grotewohl und Max Reimann beantragt hatten. Die einzige Partei, erklärte der britische General Robertson im Kontrollrat seinem sowjetischen Widersacher Marschall Sokolowski am 10. März 1948, zu der die Führer dieser Marionettenpartei ihre Landsleute einluden, sei die Einheit in der Sklaverei. Auch die «Freie Deutsche Jugend» wurde nicht zugelassen.

Dies waren schon harte Worte, die man auf höchster Ebene miteinander wechselte. Dazu gehörten Zeitungsverbote in den einzelnen Sektoren, die Verteilung von Flugschriften. Auf eine Broschüre: «Offen gesprochen», in der die Amerikaner ihren ehemaligen Aussenminister Byrnes zu Wort kommen liessen, antwortete die SED mit einer anderen Broschüre, die «Gangster am Werk» hiess und von der Sowjetischen Militärverwaltung genehmigt wurde. Diese Broschüre war aber, wie General Hays im Kontrollrat erklärte, schon gleichzusetzen mit den Methoden der Nationalsozialisten in ihrer Propaganda gegen das plutokratische Amerika im Zweiten Weltkrieg.

Die Jahrhundertfeier der Märzrevolution von 1848 begrüsst Amerikaner und Briten mit Botschaften an die Berliner, in denen von den Idealen der Freiheit und Toleranz gesprochen wurde. Am Vorabend der Feier, dem 17. März 1948, fand im Deutschen Theater eine Festaufführung von Lessings «Nathan der Weise» für die auswärtigen Gäste statt, und im Weissen Saal des Berliner Schlosses wurde eine Ausstellung über die Märzrevolution veranstaltet.

Noch war Berlin eins, aber während der amerikanische Stadtkommandant versicherte, in Berlin werde es kein zweites Prag geben, die amerikanischen Truppen fühlten sich stark genug, um die Sicherheit des amerikanischen Sektors zu garantieren, versammelten sich in der provisorischen Staatsoper im Admiralspalast zweitausend Frauen und Männer des II. Deutschen Volkskongresses, um den Deutschen Volksrat mit vierhundert Mitgliedern zu formieren, der nun eine ständige Einrichtung werden sollte. An die Spitze trat ein Präsidium von 29 Per-

sonen, das die Aufgabe hatte, Fachausschüsse für einen Friedensvertrag, für Verfassungs-, Wirtschafts-, Justiz-, Kultur- und Sozialfragen zu leiten.

Der Berliner SED-Vorsitzende, Hermann Matern, forderte die Ausarbeitung einer Verfassung für die Deutsche Republik, wobei er an den Verfassungsentwurf für die «Deutsche Demokratische Republik» dachte, der schon vorlag. Ein Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands sollte zwischen dem 23. Mai und dem 13. Juni 1948 stattfinden.

So liess die Sowjetmacht am Vorabend der Jahrhundertfeier ihre Puppen tanzen, während Oberst Howley bekanntgab, dass sechzehnhundert Menschen in den letzten Monaten in Berlin spurlos verschwunden seien.

Terror und Versprechungen auf Ämter in dem künftigen neuen deutschen Staat bewegten und schüchterten jene Delegierten ein, die Hand anlegten an die Spaltung der Stadt, des ganzen Landes.

Am Tage der Jahrhundertfeier selbst, am 18. März 1948, legten auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Ostsektor Vertreter des öffentlichen Lebens und die Gäste des Magistrats Kränze an einem Gedenkstein nieder, den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr (SPD) enthüllte.

Dieser Gang zu den Gräbern war eine letzte gemeinsame Geste der Führer und Verführer dieser Stadt, dann trennten sich für unabsehbare Zeit ihre Wege. Die einen versammelten sich zu einem Festakt in der Städtischen Oper im britischen Sektor, auf dem der ehemalige Reichspräsident Paul Löbe (SPD) beteuerte, es bedürfe keines Volksbegehrens oder Volkskongresses, um den Willen der Deutschen zur Einheit zu bekunden.

In der gleichen Stunde, in der Paul Löbe sprach, hielt Walter Ulbricht eine Rede auf dem wieder zusammengetretenen Volkskongress in der Staatsoper im sowjetischen Sektor, in der er nun zum nationalen Widerstand gegen die Kolonisierungsmassnahmen der Westmächte aufrief. Und Wilhelm Pieck, mit Otto Nuschke und Wilhelm Külz einer der drei Vorsitzenden des Volksrates, kündete die Ausarbeitung einer Verfassung an. Den Freunden im Westen aber, die zum Volkskongress gekommen waren, versprach er Unterstützung der Pläne, eine gesamtdeutsche Volksbewegung für einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Sowjet heisst auf deutsch Rat. Die Volksräte waren Volkssowjets oder deutsche Sowjets. Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Plan einer deutschen Räteregierung von 1918 schien sich nun doch noch zu erfüllen.

In der Mittagspause der Volkskongresstagung sprach Wilhelm Pieck im Friedrichshain vor SED-Angehörigen und hetzte sie gegen das amerikanische Monopolkapital, dessen antikomunistischen Feldzug und jene deutschen Politiker auf, die «Deutschland zu spalten trachten».

Er meinte sich selbst, aber die Dialektik gebot ihm, von anderen zu reden. Die

nichtkommunistischen Parteien hatten ihre Anhänger zum Platz der Republik gerufen, jenem Trümmerfeld am Rande des Tiergartens vor der Ruine des Reichstages. Ernst Reuter leitete die Kundgebung der achtzigtausend als «von einer Besatzungsmacht nicht bestätigter Oberbürgermeister von Berlin».

Dies war nun seine Stunde, die er hatte kommen sehen. Jetzt kannte er, angesichts der Herausforderung des Volkskongresses, keine Unsicherheit mehr, er hatte sich für etwas entschieden, das er «Einheit nur dann» nannte, «wenn bis in den letzten Winkel diese Einheit in Freiheit gewährleistet» sei.

«Prag war dran», rief er aus, «Finnland soll drankommen, wer kommt jetzt dran? Berlin wird nicht drankommen. An unserem eisernen Willen wird sich die kommunistische Flut brechen. Darum wird die Welt wissen, dass sie uns nicht im Stich lassen darf, und sie wird uns nicht im Stich lassen.»

In dem Augenblick, da die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone keine Stimme mehr erheben konnte, die frei war, wurden die Berliner ihre Sprecher, die gleichzeitig auch ihr eigenes Schicksal verhandeln mussten, und Ernst Reuter sprach für alle, die den Willen hatten, sich nicht der Übermacht der Sowjets zu beugen.

Am nächsten Tag lehnte der sowjetische General Kotikow in einer Kommandantursitzung den Wiederaufbau des Kraftwerks West ab, das die Stromversorgung der westlichen Sektoren sichern sollte. Ernst Reuter wollte so schnell wie möglich dieses Kraftwerk, das demontiert worden war, wiedererrichten. Ausserdem warf Kotikow den Westmächten vor, die Viermächteverwaltung durch «Unterdrückungsmassnahmen gegen demokratische Organisationen» zunichte zu machen.

Und wieder einen Tag später, am 20. März 1948, verlangte der sowjetische Oberbefehlshaber, Marschall Sokolowski, in einer auf seinen Wunsch einberufenen und unter seinem Vorsitz stattfindenden Sitzung des Kontrollrats von den Vertretern der Westmächte barsch Auskunft über die Richtlinien, die den westlichen Besatzungsbehörden nach den Londoner Beratungen zugegangen seien. In London hatten die drei Westmächte am 6. März 1948 beschlossen, die drei Westzonen in den Marshallplan einzubeziehen.

Die Vertreter der Westmächte erwiderten, sie könnten erst Informationen geben, wenn sie bei ihren Regierungen angefragt hätten. Darauf erklärte der sowjetische Marschall, dass durch die Handlungsweise der Vertreter der Westmächte der Kontrollrat als oberstes Machtorgan in Deutschland faktisch nicht mehr bestehe.

Dann schloss er die Sitzung und verliess mit der sowjetischen Delegation einschliesslich der Sekretäre und Dolmetscher den Raum. Die zurückgebliebenen

Vertreter der Westmächte stellten fest, dass Marschall Sokolowski als Vorsitzender ihre Zustimmung zur Vertagung hätte einholen müssen.

Der Kontrollrat vertagte sich, ohne ein Datum für die nächste Sitzung festzulegen.

Am 23. März 1948 behauptete der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung, dass der Kontrollrat in seiner «praktischen Auswirkung» nicht mehr bestehe. Für eine Weiterarbeit im Kontrollrat stelle er Bedingungen, die er jedoch nicht nannte.

Am gleichen Tag nahm der amerikanische Aussenminister Marshall die Herausforderung an und erklärte, die Amerikaner liessen sich nicht aus Berlin herausdrücken. Das Verhalten Marschall Sokolowskis in der letzten Kontrollrats-sitzung sei gegen die Einheit Deutschlands gerichtet.

General Clay hatte der amerikanischen Regierung einen Sonderbericht zugeleitet, in dem er vor einer von den Sowjets gegen die Westmächte in Deutschland geplanten Aktion warnte. Er habe noch keine Anhaltspunkte, was beabsichtigt sei, doch könnte die Möglichkeit eines Krieges nicht ausgeschlossen werden.

Der amerikanische Stadtkommandant Oberst Howley gab am gleichen Tage Befehl, eine Studie «basic assumption» auszuarbeiten, die von der Annahme ausging, die sowjetische Militärregierung spalte ihren Sektor von den drei westlichen Sektoren ab.

Die Sowjets setzten nunmehr mit generalstabsmässiger Präzision ihre Massnahmen zur Isolierung der Westmächte und der unter deren Verantwortung befindlichen Berliner Bevölkerung fort.

Am 30. März 1948 wurden der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung von dem stellvertretenden sowjetischen Oberbefehlshaber General Dratwin Kontrollmassnahmen für den westalliierten Zug- und Kraftwagenverkehr vom 1. April 1948 an mitgeteilt. Die Einführung verschärfter Kontrollen entlang der Zonengrenzen deutete der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung an. In der Kommandantursitzung vom 31. März 1948 verweigerten die amerikanische und die britische Militärregierung den sowjetischen Dienststellen eine einseitige Entscheidungsbefugnis über den Personen- und Güterverkehr von und nach Berlin.

Am 1. April erschienen die sowjetisch lizenzierten Zeitungen mit alarmierenden Nachrichten aus sowjetischer Quelle, die von Schutzmassnahmen gegen «Hungerflüchtlinge und Bandenüberfälle» aus den westlichen Zonen in die sowjetische Zone phantasierten. Die Ostzone wurde gegen die westlichen Zonen abgeriegelt.

Zwei amerikanische und zwei britische Dienstzüge wurden vor dem Passieren der Zonengrenze angehalten und von den Sowjets zurückgeschickt, als das alli-

ierte Begleitpersonal sich weigerte, die Waggons durchsuchen zu lassen. Daraufhin stellten Briten und Amerikaner ihren Personen- und Güterverkehr vorübergehend ein. Die Franzosen gestatteten den Sowjets, ihren Militärzug zu durchsuchen. Die durften nach Berlin weiterfahren.

Ausserdem legten die Sowjets den Post- und Paketverkehr auf der Eisenbahn von Berlin in die Westzonen still. Sie verlangten die Hinterlegung von Formblättern, sagten aber nicht, wie sie aussehen sollten. Auch wurde im Güterverkehr die Ausfertigung der Warenbegleitscheine, die am 1. Januar 1948 eingeführt worden waren, verzögert.

Auf der Autobahn Berlin – Helmstedt entstand über Nacht ein Verkehrskontrollpunkt bei Babelsberg. Der Lastwagenverkehr zwischen dem Ostsektor und den drei Westsektoren wurde seit den frühen Morgenstunden von russischer Militärpolizei und Volkspolizei kontrolliert. Nachts hatte der Güterverkehr zwischen den Sektoren zu ruhen.

Damit war der Kampf um die Zugänge nach Berlin und die Freizügigkeit des innerstädtischen Verkehrs entbrannt.

Die Erfindungskraft der Russen und deutschen Kommunisten schien unerschöpflich. In den folgenden Tagen und Nächten wurden Westmächte und Berliner Zeugen von Schikanen, die darauf hinauszulaufen schienen, die Westsektoren zu blockieren.

Briten und Amerikaner wichen noch am 1. April 1948 auf eine improvisierte «Luftbrücke» aus, die den Güter- und Personenverkehr für ihre Garnisonen sicherstellen sollte.

Die Sowjets verlangten, dass die amerikanischen und britischen Hilfsstationen auf der Autobahn geschlossen würden. Für drei Tage wurde der Binnenschiffsverkehr zwischen Berlin und dem Westen verboten.

Die Franzosen stellten nun auch ihren militärischen Eisenbahnverkehr nach Berlin ein. In der Kommandantur zeichnete sich ein Auszug der Russen ab. Am 3. April sperrten die Sowjets wegen «Brückenreparaturen» und «Verkehrsschwierigkeiten» die Eisenbahnstrecken von München und Hamburg nach Berlin. Alle Güterzüge mussten nun über Helmstedt umgeleitet werden. Gleichzeitig wurde von sowjetischer Seite mitgeteilt, es bestünden keine Vereinbarungen über einen «ordnungs- und kontrollosen» Güter- und Personenverkehr von und nach Berlin.

Um die kleine Luftbrücke zu behindern, wurden sowjetische Jagdmaschinen in den Hamburger Luftkorridor entsandt. Am 5. April 1948 kam es zu einem sehr ernstem Zwischenfall. Kurz vor der Landung auf dem Flugplatz Berlin-Gatow stiess ein aus Hamburg kommendes britisches Passagierflugzeug mit einem sowjetischen Jagdflugzeug zusammen. Der sowjetische Flieger nahm zehn Fluggäste und vier Mann Besatzung des Passagierflugzeuges mit in den Tod.

Jetzt endlich wussten die Westmächte, woran sie mit den Sowjets waren. Die sowjetische Herausforderung konnte zum Kriege führen, wenn sie nicht hart genug beantwortet würde.

Am 8. April 1948 kam der Direktor der politischen Abteilung des französischen Aussenministeriums, Couve de Murville, nach Berlin. Im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem traf er mit den drei westlichen Militärgouverneuren zusammen. Es kam zu einem politischen Gespräch über Deutschland, an dem auch Vertreter von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden teilnahmen. Vor diesem Gremium sprach General Clay über ein Programm, in den westlichen Besatzungszonen eine deutsche Regierung zu bilden. Dem Magistrat wurde am gleichen Tage von der Kommandantur, in der noch alle vier Mächte vertreten waren, verboten, Tagungen mit gesamtdeutschem Charakter einzuberufen.

Die sowjetischen Vertreter sprachen von einer «Ausplünderung Berlins», während der britische General Benson entgegnete, im Mai und Juni 1945 hätten die Sowjets die fünf grossen Firmen des später britisch besetzten Sektors, Siemens & Halske, Siemens-Schuckert, AEG, Osram und Telefunken rücksichtslos demontiert, wobei 92 Prozent der noch vorhandenen Maschinen in einem Wert von 54,2 Millionen Mark verlorengingen.

Am 10. April 1948 kam es zu einer Telefonkonferenz zwischen der Armeeteilung des amerikanischen Kriegsministeriums und General Clay. In Washington war man besorgt über das Schicksal der Familien amerikanischer Soldaten in Berlin. Sie sollten evakuiert werden. Clay sprach sich dagegen aus. Ginge Berlin verloren, so meinte der General, würden Westdeutschland und Westeuropa bald folgen.

Drei Tage vorher, am 7. April 1948, war der britische Militärgouverneur General Robertson vor den Landtag von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf getreten und hatte die Konsequenzen aus der Situation mit kühlem Ernst gezogen. Er erklärte, der Versuch einer Viermächterregierung über Deutschland sei einstweilen gescheitert. Nun müsse mit Währungsreform und Staatsbildung im westdeutschen Rahmen begonnen werden.

Um die Westsektoren von Berlin aber zogen die Sowjets die Schlinge enger. Auf den Berliner Postämtern lagerten am 13. April 1948 1'750 Tonnen Pakete, 116 Güterwagen mit 1'150 Tonnen Post waren beladen, durften aber nicht abgefertigt werden. Brandenburgische Grenzpolizei verletzte die Grenze des Gross-Berliner Hoheitsgebietes, und die Leiter der SPD- und CDU-Studentengruppen an der Universität Unter den Linden wurden relegiert. Selbst ehemalige Rudervereine, die sich zu Ruderguppen zusammengeschlossen hatten, wurden von der sowjetischen Kommandantur aus ihren Bootshäusern im Ostsektor vertrieben.

In diesen Tagen starb der Vorsitzende der LDP in der Ostzone, Dr. Wilhelm Külz, dreiundsiebzigjährig in seiner Berliner Wohnung.

Am 16. April 1948 kündigte Walter Ulbricht vor Funktionären Veränderungen in Berlin und der Ostzone an. Er sprach von der SED als «Staatspartei», die nun die Verantwortung zu übernehmen habe. Ein Übergang zum Einparteiensystem sei jedoch in dieser Phase der «Revolution» nicht vorgesehen. Oberst Tulpanow entwickelte vor SED-Funktionären die These von der «Sozialistischen Okkupation», die dem «deutschen Weg zum Sozialismus» entgegenstehe. Er bezeichnete es als einen Fehler, den die sowjetische Besatzungsmacht begangen habe, sich nicht von Anfang an auf die «Sozialistische Okkupation» konzentriert zu haben. Die Gegner der Sowjetmacht in Deutschland hätten wieder ihr Haupt erhoben, man sei gezwungen, sich darauf noch besser einzustellen.

Am 18. April 1948 kündigte Wilhelm Pieck in einer öffentlichen Versammlung am Wedding im französischen Sektor die Bildung einer Partei an, die vor allem den ehemaligen nominellen Mitgliedern der aufgelösten NSDAP eine politische Betätigung erlauben sollte. Bald trat die «Nationaldemokratische Partei Deutschlands» an die Öffentlichkeit. Sie zeigte auf Transparenten die sowjetisch lizenzierte Parole: «Gegen den Marxismus – für Demokratie».

Damit hatten die Sowjets vor aller Welt jenen Abschnitt des Potsdamer Abkommens gebrochen, der sich mit der Ausrottung des Nationalsozialismus befasste. Nun waren die vier Besatzungsmächte nicht einmal mehr in dem Bestreben verbündet, das Wiederaufleben der Hitlerpartei zu verhindern.

Am 21. April 1948 enteigneten die Sowjets im Ostsektor einundzwanzig führende Berliner Baufirmen. Für die Ostzone hatten die Sowjets durch einen Befehl die Enteignungen beendet, in ihrem Ostsektor galt der Befehl jedoch nicht. Diese Baufirmen hatten ihren Verwaltungssitz in den Westsektoren.

Die neue Berliner Verfassung wurde gegen die Stimmen der SED am 22. April 1948 vom Stadtparlament angenommen. Im Artikel 24 war festgelegt, dass sich niemand auf die Grundrechte berufen könne, der nationalsozialistische, totalitäre oder kriegerische Ziele verfolge. Die SED-Abgeordneten stimmten *gegen* diesen Artikel.

Einen Tag später wurde der internationale Zugverkehr nach Berlin eingestellt. Im Hotel Esplanade am Potsdamer Platz forderten zweitausend Studenten die Errichtung einer freien Universität in den Westsektoren. Otto Stolz war ihr Sprecher. Zwei Tage danach beauftragte General Clay den amerikanischen Journalisten Kendall Foss, die Möglichkeiten einer derartigen freien Universität zu prüfen.

Am 26. April 1948 konnte sich der Kommandeur der Schutzpolizei, Hans Kanig (SPD), der drohenden Verhaftung im Gebäude der sowjetischen Zentralkommandantur nur noch durch die Flucht entziehen. Abends trat der Schauspieler Fritz Kortner zum ersten Male nach seiner Rückkehr aus der Emigration wieder in Berlin auf.

Im Ostsektor aber bildeten sich CDU- und LDP-Arbeitskreise, die von ehemaligen Mitgliedern dieser Parteien geleitet wurden. Dadurch sollten neue CDU- und LDP-Organisationen geschaffen werden, die nun in völliger Abhängigkeit von der SED und den Sowjets zu stehen hatten.

Im Polizeipräsidium des Ostsektors spielten sich turbulente Ereignisse ab. Der Sektorassistent der Polizei im sowjetischen Sektor, ein Kommunist, trat zurück. Es hatte sich herausgestellt, dass er wegen krimineller Delikte vorbestraft war. Zum kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter im Ostsektor wurde ein anderer Kommunist ernannt, gegen den die amerikanische Militärregierung im November 1947 einen Haftbefehl wegen Beteiligung am Menschenraub in Berlin erlassen hatte.

Im Ostsektor erschien zum erstenmal die «National-Zeitung», die sowjetische Lizenz erhielt ein früher sehr eifriger nationalsozialistischer Schriftsteller. Das Feuilleton war einem führenden ehemaligen Mitglied der Reichsjugendführung der Hitlerjugend anvertraut worden. In Berlin wurde davon gesprochen, dass nun wohl Baldur von Schirach aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis von den Sowjets geholt werde und im Ostsektor wieder zu Ämtern und Würden gelangen müsse...

Selbstverständlich protestierten die Westmächte gegen die sowjetischen Lizenzen für eine neofaschistische Bewegung in der Viermächtestadt.

Gegen den demokratisch gewählten Magistrat jedoch führte die Zeitung der Roten Armee: «Tägliche Rundschau», die heftigsten Angriffe. In den Zeitungen der Westsektoren erschienen Listen von Berlinern, die seit Kriegsende spurlos verschwunden waren. Franz Neumann (SPD) teilte mit, etwa siebentausend Bürger der Stadt seien in den Jahren der Viermächtebesatzung von Sowjetsoldaten und Volkspolizei geraubt worden. Die Spaltung der Gewerkschaften zeigte sich bei den Kundgebungen am 1. Mai 1948. Es war der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation unter Führung von Ernst Scharnowski (SPD) gelungen, bei den Gewerkschaftswahlen in den Betrieben die Macht der SED-Gewerkschafter zu brechen, obwohl der kommunistische Apparat, der dort bestand, mit Fälschungen arbeitete.

Über hundertzwanzigtausend Berliner versammelten sich vor dem in Trümmern liegenden Reichstag, während im Lustgarten eine Zwangsdemonstration von einer halben Million Menschen durchgeführt wurde, die an die Maifeiern unter Hitler erinnerte.

Die Demonstrationzüge marschierten nach Plan an der Tribüne vorbei, von der

aus Hermann Schlimme (SED) die schlimmsten Folgen beschrieb, die durch die Bildung eines Weststaates entstehen könnten. Das allerschlimmste sei, dass dieser Weststaat eine Gefahr für den Frieden wäre.

Hier wurde das Wort «Frieden» in das Agitationsreservoir der Einheitspartei aufgenommen, aus dem es von nun an nicht mehr verschwinden sollte. Damals jedoch mussten die Demonstranten eingeschüchert werden, denn die logische Folge dieser Friedensgefährdung würde doch heissen, dass die Sowjetunion mit Krieg auf die Bildung eines deutschen Weststaates antworten würde.

Der immer übermütiger werdende Oberst Tulpanow drohte am 2. Mai 1948, dem Jahrestag der Berliner Kapitulation, der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat mit geographischen Tatsachen. Berlin liege im Zentrum der sowjetischen Besatzungszone, und die sowjetische Militärregierung besitze einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung in der Stadt.

Am 8. Mai 1948, drei Jahre nach der deutschen Kapitulation, stellte Carlo Schmid in der Viermächtestadt fest, dass in Berlin die Entscheidung im Ringen um die Einheit des deutschen Volkes und damit um die Einheit Europas fallen werde.

Die SED veranstaltete eine Kulturtagung, auf der die «Überwindung des Bildungsmonopols der begüterten Schichten als Hauptaufgabe der Gegenwart und als Ansatzpunkte hierzu die Gewinnung der Schule und der Universitäten» bezeichnet wurden. Otto Grotewohl verlangte, die Mehrheit der Studenten habe aus Arbeiter- und Bauernkindern zu bestehen, und Anton Ackermann forderte, die Lehrstühle mit Vertretern des dialektischen Materialismus und der Polit-Ökonomie des Marxismus zu besetzen.

Im Olympiastadion schlug Hein ten Hoff den Ex-Europameister im Boxschwergewicht, Arnold Kölblin, k.o., wobei fünfundvierzigtausend Berliner zusahen. Am 18. Mai 1948 proklamierte Wilhelm Pieck die Farben Schwarz-Rot-Gold für seine künftige Republik.

Diese Ereignisse und Proklamationen in Berlin schienen die Millionenstadt zu einem Tollhaus werden zu lassen. Schlag und Gegenschlag innerhalb der Kommandantur, der Stadtverordnetenversammlung, unter den Parteien und Organisationen folgten einander so rasch, dass es kaum mehr möglich war, die verschlungenen Linien dieses Kampfes zu enträtseln.

Der Berliner bemächtigte sich damals wieder jene Stimmung, die sie aus dem Jahrzwölft unter Hitler kannten. Wenn jeder Morgen mit der Zeitung eine neue «Sondermeldung» brachte, musste die Gefahr der Abstumpfung immer grösser werden.

In dieser Lage, die absichtlich von den Sowjets herbeigeführt wurde, um die Menschen zu verwirren und unsicher zu machen, kam es auf wenige entschlossene Männer an, die bereit waren, sich dem Verhängnis entgegenzuwerfen, das mit der Währungsreform über die Stadt kommen musste.

Da dem Magistrat noch SED-Mitglieder angehörten, war es nicht möglich, die Selbstverwaltung in die Vorbereitungen der westdeutschen Reform einzuschalten. Vom Magistrat nicht bevollmächtigt, hatten einzelne Entscheidungen zu fällen und Verantwortung zu übernehmen.

Am 20. Mai 1948 wurde der amtierende Oberbürgermeister von Berlin, Frau Louise Schröder, in der Frankfurter Paulskirche einstimmig zum Präsidenten des Deutschen Städtetags gewählt. Mit Louise Schröder waren die Stadträte Ernst Reuter und Gustav Klingelhöfer nach Frankfurt gereist. Der kommunistische Bürgermeister Acker hatte auf die Reise verzichten müssen, weil die SED gegen jede Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag war. Das war ein Glück, denn am gleichen Tage konstituierte sich der Berlin-Ausschuss des Wirtschaftsrats der Westzonen. Auf dieser Sitzung erhielten Louise Schröder, Ernst Reuter und Gustav Klingelhöfer zum ersten Male Informationen über die westdeutsche Währungsreform.

Die Absicht der Westmächte, so hörten sie, sei es, Berlin zunächst aus der westdeutschen Reform auszuschliessen. Professor Ludwig Erhard, der damals Direktor der Verwaltung für Wirtschaft war, hielt in der Sitzung eine Einbeziehung der Westsektoren Berlins in die westdeutsche Währungsreform für nicht möglich, so dass Berlin-nach erfolgreicher Reform im Westen – Devisenaufland werden müsse. Erhard war jedoch dafür, Berlin (Westsektoren und Ostsektor) eine besondere Währung zu geben, ausserdem eine Wirtschaftshilfe für die ganze Stadt einzuleiten. Er rechnete dabei mit einem Passivsaldo für Westdeutschland, das jedoch aus politischen Gründen getragen werden sollte.

Gegen Erhards Vorstellungen traten sofort Reuter und Klingelhöfer auf. Im Sitzungsprotokoll heisst es:

«Sie wiesen darauf hin, dass die russische Besatzungsmacht gezwungen sein werde, sofort im Anschluss an die Währungsreform in den Westzonen ebenfalls eine Währungsreform durchzuführen, und sie hielten es für sicher, dass der russische Sektor Berlins in die Reform der Ostzone einbezogen werde. Sie vertraten daher nachdrücklich den Standpunkt, dass die Westsektoren Berlins in die Reform der Westzonen einbezogen werden müssten, zumal die von Professor Erhard vorgeschlagenen wirtschaftlichen Subventionen für Berlin nur einen gewissen Trost, aber keine wirtschaftliche Basis darstellen könnten, das Wirtschaftsgefälle nach Osten tendieren werde und der Eiserner Vorhang unvermeid-

lich sei. Sie schlugen vor, bei den westlichen Militärregierungen in diesem Sinne zu intervenieren. Besonders sei eine Klärung der Transportbeziehungen zwischen Berlin und dem Westen sowie der Möglichkeiten russischer Eingriffe in den Export von den westlichen Alliierten herbeizuführen.»

Professor Ludwig Erhard unterstützte darauf den Entwurf einer von den Berlinern angeforderten Denkschrift, die an General Clay abgeschickt wurde. Auch die Ministerpräsidenten der Länder machten, wie Ludwig Erhard, Reuters und Klingelhöfers Einspruch und Forderung zu ihrer Sache und verständigten ihre Militärgouverneure, dass sie es für jeden Fall als selbstverständlich betrachteten, «die drei Westsektoren von Berlin in die Währungsreform für die drei westlichen Besatzungszonen» einzubeziehen.

So war durch Reuters und Klingelhöfers Initiative eine Einheitsfront der westdeutschen Politiker zugunsten einer Westwährungsreform in den Berliner Westsektoren erreicht worden, mit der sich nun die Militärregierungen auseinandersetzen hatten.

Hier war das Wort gefallen: «Wer die Währung hat, hat die Macht.» Gleichzeitig fiel damit eine Vorentscheidung, deren Verantwortung Deutsche auf sich nahmen. Denn mit zwei Währungen in Gross-Berlin waren nicht nur die Sowjets herausgefordert. Die Spaltung des Gemeinwesens musste die Folge sein.

Der Entschluss Ernst Reute's, die Konsequenzen aus der von den Sowjets herbeigeführten Lage in Berlin zu ziehen und selbst mit Hand bei der Währungsspaltung seiner Stadt anzulegen, fiel einem Manne nicht leicht, der die russische Mentalität kannte und nun die schlimmsten Folgen für Berlin fürchten musste. Indem er die Verantwortung auf sich lud, verband er sein Geschick mit dem Schicksal dieser Stadt. Er sollte Geschichte machen, aber die Geschichte konnte ihm eine Niederlage bereiten, die das Ende des Kampfes um Berlin bedeutete. Zugleich jedoch band er das Schicksal des neuen westdeutschen Währungsgebietes an das Schicksal Berlins. Deutschland schien durch die beiden Währungsreformen, die sich ankündigten, auf unabsehbare Zeit zerrissen zu werden, doch die Bindung der westdeutschen Währung an die Westsektoren musste die Spaltung, den endgültigen Fall des Eisernen Vorhangs an der Elbe, zumindest aufhalten, vielleicht sogar unmöglich machen.

Mit dem Einspruch von Frankfurt setzte sich aber Ernst Reuter mit Gustav Klingelhöfer und Louise Schröder auch in Widerspruch zur Berliner SPD, die am 25. Mai 1948 in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag einbrachte, an die Besatzungsmächte zu appellieren, dass die deutsche Währungseinheit erhal-

ten bliebe. Für den Fall, dass die Währungseinheit scheitern müsste, wurde vorgeschlagen, eine Berliner Sonderwährung einzuführen, die «Bärenmark».

Damit war der Kampf um die zukünftige Währung Berlins, vor allem aber der Westsektoren entbrannt, der nun die Wochen bis zur Reform in den Westzonen und noch darüber hinaus anhalten sollte. Berlins Freiheit stand auf des Messers Schneide.

Repressalien, Verleumdungen, bizarre Befehle und Drohungen bestimmten den Alltag in der Viermächtestadt. Die Besatzungsmächte suchten sich gegenseitig mit unsinnigen Massnahmen zu übertreffen. Die sowjetischen Offiziere, die kürzlich noch Respekt vor ihren alliierten Kameraden gezeigt hatten, waren, auf Befehl von oben, wie verwandelt. In der Kommandantur bezeichnete Oberst Jelisarow den Führer der britischen Opposition, Winston Churchill, als einen Kriegshetzer. Als die drei Westmächte ins Polizeipräsidium Verbindungsoffiziere schickten, nannte der Oberst Jelisarow, stellvertretender sowjetischer Stadtkommandant, diese legale Massnahme eine Verletzung von Ruhe und Ordnung im Ostsektor. Der amerikanische Stadtkommandant Oberst Howley rechnete in der Kommandantur seinen Kollegen vor, wie viele Vorstrafen wegen krimineller Vergehen leitende Polizeibeamte in Berlin aufzuweisen hätten. Der russische Stadtkommandant General Kotikow dagegen erklärte, kein russischer Offizier werde an den Sitzungen des Komitees für öffentliche Sicherheit mehr teilnehmen, solange ein gewisser britischer Oberst ihm angehöre.

Die Berliner sahen diesem Schauspiel, das ihre Herren aufführten, mit fassungslosem Entsetzen zu. Die Würde des Menschen, die täglich verletzt wurde, schien in ihrer Stadt verloren. Beleidigungen, die früher Prozesse nach sich zogen, gehörten nun zur Sprache der Militärs. Alle grossen Worte von Demokratie und Frieden, die den Berlinern bisher von den Besatzungsmächten vorgehalten wurden, schienen sinnlos geworden zu sein.

War Goebbels dem Grab entstiegen? Wenn die Berliner je Propaganda gehasst hatten, so hassten sie sie jetzt. Aber sie spürten zugleich, dass eine Abkehr von den Beleidigungen und Verdächtigungen, von dem würdelosen Schauspiel der Sieger ihr Schicksal nicht wenden konnte. Sie waren dazu verdammt, mitzumachen, um ihr nacktes Leben zu retten. Keine Metropole hat jemals wieder diesen Aufbruch des Hasses und der Lüge so drastisch erlebt wie Berlin, das in Trümmern lag, sich aber nun, nach dreijährigem Elend, aus den Trümmern zu erheben begann. Wenn sich die Kommandanten, die über alles in dieser Stadt zu entscheiden hatten, gegenseitig die schlechten Lebensverhältnisse in ihren Zonen und Sektoren in die Schuhe schoben, so war es zu einfach, darüber zu lachen. Wenn die russische Kommandantur Stadträten, die im Ostsektor wohn-

ten, die Telefonanschlüsse sperrte, so war das eben nicht nur eine lächerliche und böartige Schikane. Sie bedeutete eine Provokation der Westmächte, auf die zu antworten war. Reagierten die Westmächte nicht schnell genug, dann wurde die Lage noch ernster.

Konnte sie noch ernster werden?

Alle Massnahmen der Sowjets zielten darauf hin, die Berliner zu dem Entschluss zu zwingen, die Briten und Amerikaner und Franzosen nun endlich zu bewegen, diese Stadt doch zu verlassen, damit wieder Ordnung und Ruhe einträte. Wenn der russische Stadtkommandant befahl, dass ab 1. November hundertfünfzigtausend warme Mahlzeiten an Arbeiter auszugeben seien, so sollte damit gezeigt werden, welches Paradies den Arbeitern im kommenden Winter in einer von den Westmächten verlassenen Stadt offenstand. Die Agitation mit dem «Frieden» nahm groteske Züge an. Wer gegen die Sowjets war, verging sich gegen den Frieden, wurde immer wieder von diesen behauptet.

Am 1. Juni 1948 endeten in London Verhandlungen der drei Westmächte und der Beneluxländer über Deutschland. Den Regierungen der beteiligten Länder wurde empfohlen, durch eine verfassunggebende Versammlung eine föderalistische deutsche Regierung zu bilden. Dem deutschen Volk sollte die Möglichkeit zur Wiederherstellung der im Augenblick nicht mehr bestehenden deutschen Einheit gegeben werden. Die Basis hierzu sei eine freie demokratische Regierungsform. Der französische Widerstand gegen eine Regierung über Westdeutschland wurde mit der Einführung einer internationalen Kontrolle über das Ruhrgebiet gebrochen, ausserdem sollte die deutsche Wirtschaft eng mit der westeuropäischen verflochten werden.

Diese Londoner Empfehlungen sollten ein Abkommen der Besatzungsmächte über das deutsche Problem nicht ausschliessen, sondern es sogar erleichtern.

Damit waren die Weichen für eine Staatsbildung in den Westzonen und für die künftige Politik einer westdeutschen Regierung gestellt. Dieser gordische Knoten war durchgehauen, aber sofort mussten sich neue gordische Knoten bilden.

In Berlin wurde sehr besorgt vermerkt, dass die Londoner Empfehlungen kein Wort über die Viermächtestadt enthielten. Oberst Howley versuchte die Besorgnisse der demokratischen Parteiführer mit der Erklärung zu zerstreuen, Berlin werde nicht erwähnt, weil es noch nicht den Status eines Landes habe. Dies überzeugte jedoch niemanden. Noch ärgerlicher wurden die Parteiführer, als Howley hinzufügte, es bestünden keine Pläne, die westlichen Sektoren in den Marshallplan einzubeziehen. Aber Waren werde die Bevölkerung weiterhin, entsprechend ihrer Stärke, erhalten. Howley hoffte sogar, dass die Russen ihre

Abschnürungsmassnahmen nicht für unbeschränkte Zeit aufrechterhielten und dass der Kontrollrat eines Tages wieder arbeiten werde.

Durch die sowjetische Gütersperre wurden an diesem Tage Waren im Werte von fünfzig Millionen Mark zurückgehalten. Etwa sechzigtausend Arbeiter standen vor der Entlassung. In der Stadt arbeiteten 61'426 Handwerksbetriebe mit 286'250 Beschäftigten, das waren etwa soviel wie im Jahre 1939.

Fast kurios hörte es sich an, dass in diesen Tagen die CDU sich im Stadtparlament für eine Intensivierung der Gegenwartskunde in den Schulen einsetzte. Geschichtsunterricht war noch immer von der Kommandantur verboten. Gegenwartskunde wurde im britischen und amerikanischen Sektor ohne Beschränkungen gelehrt. Die Franzosen hatten sie jedoch im Jahre 1947 verboten.

Am 9. Juni 1948 befahl die Sowjetische Militärverwaltung, Zeitungen und Zeitschriften nur noch über ein Postzeitungsamt in die Ostzone einzuführen und dabei von Parteien und Massenorganisationen den Vertrieb überwachen zu lassen. Damit begann der durch Verbote zeitweise unterbrochene, aber doch noch bis jetzt durchgehaltene Austausch von Zeitungen und Zeitschriften in allen Besatzungszonen zu erlöschen. Die deutschen Zeitungen in den Westsektoren, wie «Der Tagesspiegel», «Telegraf» oder der im März von den Briten lizenzierte «Der Tag» (Herausgeber Jakob Kaiser, Chefredakteur Wilhelm Gries) büssten ihre Leser in der Ostzone ein.

An diesem Tage setzten auch die Behinderungen des Reiseverkehrs aus den westlichen Zonen in die Ostzone ein. Auf den Verschiebehöfen im amerikanischen Sektor verhinderten amerikanische Militärstreifen die Betriebsüberwachung durch deutsche Eisenbahner, die dazu sowjetische Befehle erhalten hatten.

Am 11. Juni 1948 unterbrachen die Russen den gesamten Eisenbahngüterverkehr zwischen Berlin und Westdeutschland probeweise für zwei Tage. Am 13. Juni 1948 wurde von den Sowjets angeordnet, dass für den Kraftfahrzeugverkehr zwischen Berlin und der Ostzone in beiden Richtungen Fahrbefehle notwendig seien, die nur bei russischen Dienststellen im Ostsektor erhältlich wären. An diesem Tag gaben die Briten den Funkturm wieder für deutsche Besucher frei. In Grünau fand die letzte Ruderregatta statt. Man beschloss, wegen der grossen politischen Schwierigkeiten keine Regatten mehr im Ostsektor zu veranstalten.

Am 15. Juni 1948 behaupteten die Sowjets, die Elbbrücke der Autobahn bei Hohenwartha sei reparaturbedürftig. Sie wurde gesperrt, der Verkehr musste über eine Elbfähre und auf Umgehungsstrassen umgeleitet werden. Karten für den Interzonenzug nach Köln wurden nur noch auf dem Bahnhof Friedrichstrasse im Ostsektor verkauft.

Am 16. Juni 1948 stellte die Alliierte Kommandantur ihre Arbeit auf der Kommandantenebene ein. Die sowjetische Delegation verliess die Sitzung. Der äussere Anlass war denkwürdig. Dreizehn Stunden dauerte die Sitzung, auf der von dem stellvertretenden sowjetischen Kommandanten Marathonreden gehalten wurden. Endlich wurde es Oberst Howley zuviel. Er liess sich vom Vorsitzenden, General Ganeval, beurlauben, und übertrug die Leitung der amerikanischen Delegation seinem Stellvertreter, Oberst Babcock. Dadurch fühlte sich Oberst Jelisarow beleidigt und verlangte eine Entschuldigung von Oberst Howley.

Es waren Schattenspiele, die sich die Militärregierungen gegenseitig vormachten. In diesen Junitagen ging es um die Währungsreform in Berlin, und auf diesem Gebiet waren die Sowjets entschlossen, die Westmächte zuerst handeln zu lassen, um die geschichtliche Schuld an der währungspolitischen Teilung Deutschlands dem Westen aufzuladen.

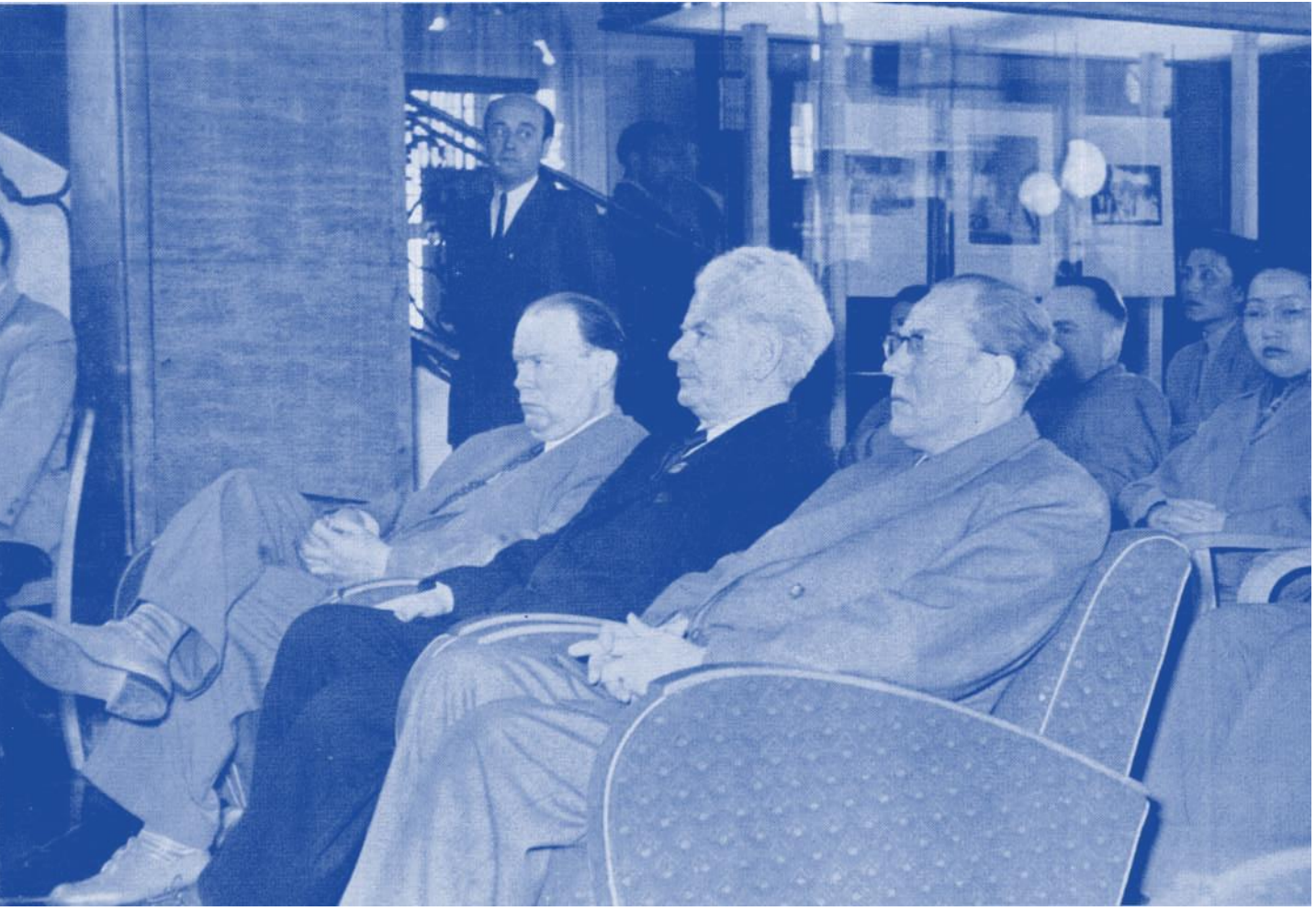
Obwohl General Clay dafür war, die Westmark künftig auch in die Westsektoren zu bringen, traten doch fachmännische Bedenken seiner Finanzberater auf, die er nicht beseitigen konnte. Diese Finanzberater fürchteten nicht nur Schwierigkeiten für Berlin. Sie meinten, die neue westdeutsche Währung würde durch das «Loch im Osten» gefährdet. Die Engländer schienen eher geneigt, die Westmark einzuführen. Reuter und Klingelhöfer zögerten nicht, dem Wirtschaftsberater der britischen Militärregierung, Sir Cecil Weir, ehe er zur Verkündung der Währungsreform nach Frankfurt am Main abreiste, im Namen der Berliner Bevölkerung zu erklären, dass die Westsektoren in die westliche Reform einbezogen werden müssten. Auf jeden Fall wünsche die Berliner Bevölkerung, dass die Währungs- und Bankhoheit in den Westsektoren auch bei einer einseitigen Einführung der Ostmark beibehalten würde.

Wieder hatten Reuter und Klingelhöfer nicht im Namen des Magistrats gesprochen. Hinzu kam noch, dass Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg, der in diesen Tagen die Geschäfte des amtierenden Oberbürgermeisters führte, da Louise Schröder erkrankt war, immer wieder Appelle an die Besatzungsmächte richtete, die Währungseinheit aufrechtzuerhalten, um die Einheit der Stadt zu bewahren. Friedensburg wollte damit das Interesse Berlins ebenso wahren wie Reuter und Klingelhöfer. Die Mehrzahl der nichtkommunistischen Stadtverordneten war für die Einführung einer gesonderten Berlin-Währung, der Bärenmark, falls die Währungsreformen im Westen und Osten nicht in letzter Minute angehalten würden.

Die Westmächte blieben entschlossen, vorläufig die Westmark nicht in den Westsektoren einzuführen. Sie mussten sich jedoch auf alle Eventualitäten vorbereiten. So kam es zu einer «kleinen Konklave» Berliner Fachleute im ehemaligen Dienstsitz Generaloberst Guderians, des General-Inspektors der deut-



Das Zentralkomitee der SED empfängt unter den Bildern von Marx und Engels.
Von rechts nach links: Planungschef Heinrich Rau, Parteikontrollchef Hermann
Matern, Erster Parteisekretär Walter Ulbricht sowie Genossen



Eröffnung einer Ausstellung im Ostsektor, Mai 1953. Von links nach rechts:
Wilhelm Zaisser, Hermann Matern und Otto Grotewohl

schen Panzertruppen, im jetzigen Yorkhaus am Fehrbelliner Platz. Drei Möglichkeiten des Geldverkehrs wurden dort beraten: die Bärenmark, West- und Ostmark nebeneinander, Ostmark für ganz Berlin. Man legte technische Einzelheiten fest.

Zu diesen technischen Vorbereitungen gehörte auch die Anweisung der Alliierten, Westmark mit dem «B»-Stempel (Berlin) herzustellen.

Im Grunde aber waren die Westmächte dafür, sich mit der Einführung des Ostgeldes in ganz Berlin abzufinden. Sie wollten in Berlin bleiben, wie General Clay am 14. Juni 1948 in Frankfurt vor Vertretern des Wirtschaftsrates erklärte. Man müsse sich darauf vorbereiten, einen Zeitraum von zwanzig Jahren zu überbrücken. Ohne Rücksicht auf die Kosten, so meinte der General, müsse man bereit sein, im Notfälle allen Einwohnern der Westsektoren Unterstützung zu zahlen. Man werde sich so in Berlin verhalten, dass die Sowjets keinen Grund zu einem Kriege fänden.

Am 17. Juni 1948 erhoben die nichtkommunistischen Parteien im Stadtparlament ihre Stimme gegen die Folgen der Londoner Empfehlungen, «die sich aus der unbefriedigenden Lösung der deutschen Frage ohne Mitwirkung und Zustimmung des deutschen Volkes vor allem für Berlin ergeben». Dem Magistrat wurde aufgetragen, sich für freie Wahlen in ganz Deutschland zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung einzusetzen. Die SED-Abgeordneten stimmten gegen diese Forderung.

Die Westmächte verkündeten am 18. Juni 1948, einem Freitag, die Währungsreform für ihre Besatzungszonen ohne Einschluss Berlins. Die Militärgouverneure informierten Marschall Sokolowski und brachten dabei zum Ausdruck, dass ihre Sektoren in Berlin ausserhalb der Währungsreform blieben. Sie wünschten, dass die besonderen Bedingungen der Viermächtereregierung in Berlin in keiner Weise gestört würden, solange es vermeidbar sei.

Die westliche Währungsreform sollte am 20. Juni 1948 beginnen. Die alte Reichsmark war ausser Kurs gesetzt. Die neue «Deutsche Mark» sollte in den Westzonen bei einem gleichzeitigen Währungsschnitt von 10: 1 in Umlauf gesetzt werden.

Der französische General Ganeval lud zu einer ausserordentlichen Sitzung der Kommandantur ein, in der über die westliche Reform beraten werden sollte. Die Russen wiesen die Einladung zurück. Darauf erklärten die drei westlichen Kommandanten, die Währungsreform werde sich nicht auf Berlin erstrecken. Die alte Reichsmark sei Währung der Stadt. Die Stadt bleibe unter Viermächtekontrolle. Die Westmächte würden in Berlin weiter ihren Verpflichtungen nachkommen und ihre Rechte ausüben. Die Antwort der Sowjetunion liess nur vierundzwanzig Stunden auf sich warten. Am Morgendes 19. Juni 1948 proklamierte der sowjetische Oberbefehlshaber Berlin in wirtschaftlicher Hinsicht als Teil der Ostzone.

Marschall Sokolowski befahl, dass die in den westlichen Zonen herausgegebenen Geldscheine für den Umlauf in der Ostzone und in Gross-Berlin nicht zugelassen würden. In einem Aufruf erklärte der sowjetische Marschall, die Währungsreform habe das Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland und die Potsdamer Beschlüsse verletzt. «Sie bedeutet die Vollendung der Spaltung Deutschlands.» Gleichzeitig wurde eine «Mitteilung der Sowjetischen Militärverwaltung (SMA) vom 18. Juni 1948» über die Unterbrechung des Interzonenverkehrs veröffentlicht:

«Im Zusammenhang mit der separaten Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands war die Sowjetische Militärverwaltung, wie das Sowjetische Nachrichtenbüro mitteilte, gezwungen, zum Schutze der Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Zone sowie zur Vorbeugung einer Desorganisation des Geldumlaufs folgende Massnahmen zu treffen:

1. Der Passagierzugverkehr sowohl aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands heraus als auch zurück wird eingestellt.
2. Die Einreise in die sowjetische Besatzungszone wird für alle Arten des Spann- und Kraftwagenverkehrs aus den westlichen Zonen einschliesslich des Verkehrs auf der Autostrasse Helmstedt – Berlin gesperrt. Die Ausreise aus Berlin nach der westlichen Zone auf der Autostrasse Berlin – Helmstedt wird auf den gleichen Grundlagen wie bisher erfolgen.
3. Alle Arten des Transports auf den Wasserstrassen sowohl aus der sowjetischen Zone in die westlichen Zonen als auch umgekehrt bedürfen einer Genehmigung des Chefs der Transportverwaltung der SMA und werden nur nach einer vorangegangenen sorgfältigen Kontrolle der beförderten Frachten und der persönlichen Sachen der Schiffsmannschaften durchgelassen.
4. Der Durchlass von Fussgängern aus den westlichen Zonen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands mit Interzonenpässen der westlichen Zonen über die Kontrollpassierstellen an der Demarkationslinie wird eingestellt. Personen, die sich aus der sowjetischen Zone in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands begeben, passieren die Kontrollpassierstellen wie bisher.
5. Der Güterzugverkehr wird ungehindert, aber unter der Bedingung einer sorgfältigen Kontrolle aller Frachten sowie der Sachen der Zugbegleit- und Schutzmannschaften erfolgen.

Alle diese Anordnungen treten am 19. Juni, 0.00 Uhr in Kraft.»

Dies war nun der entscheidende Befehl zur Blockade Berlins, aber auch eine weitere Urkunde der Spaltung Deutschlands.

Elftes Kapitel

BLOCKADE ODER KRIEG

Am 19. Juni 1948 schien es, als habe sich Marschall Sokolowski zum Herrn über Gross-Berlin aufgeworfen. Seine Befehle und Anordnungen waren für die ganze Stadt erlassen, sie betrafen auch die westlichen Besatzungsmächte. Mussten die Sowjets nicht glauben, gewonnenes Spiel zu haben, als sie am 18. Juni 1948 von den Westmächten erfuhren, die drei westlichen Sektoren würden nicht in die westdeutsche Währungsreform einbezogen? Sah es nicht aus, als resignierten die westlichen Alliierten in Gross-Berlin, ja, sogar in ihren eigenen Sektoren, die bisher unter ihrer Hoheit gestanden hatten? Galt es jetzt nur noch, alle Massnahmen zu verfügen und durchzusetzen, die geeignet waren, den Abzug der Westmächte zu beschleunigen?

General Clay hatte zwar sofort die russische Auffassung zurückgewiesen, dass Berlin ein Teil der Ostzone sei. Aber seine Antwort klang nicht überzeugend: «Ganz Berlin ist eine internationale Stadt.» Was hiess hier «international»? Wollte General Clay anerkennen, dass Berlin keine Viermächtestadt mehr sei, sondern nur noch «international»? Die auf peinlich genaue Texte versessene Sowjetische Militärverwaltung musste hier doch einen Rückzug sich andeuten sehen, auf den sie seit Langem gewartet hatte? Denn diese westdeutsche Währungsreform überraschte die Sowjetunion keineswegs. Sie wusste, dass die Westmächte nach vierzehn Monaten ergebnislosen Verhandeln handeln würden, falls bis zum 30. März 1948 keine Viermächtevereinbarung getroffen war. Dieser Termin verstrich, die Sowjets schienen also die «separate Währungsreform» zu wünschen, um als Entgelt ganz Berlin einnehmen zu können.

Wenn die westdeutsche Währungsreform eine Urkunde der deutschen Teilung war, so musste auch die russische Weigerung, eine gesamtdeutsche Währungsreform durchzuführen, eine Urkunde sein, die vor der Währungsreformurkunde zu datieren war.

An diesem 19. Juni 1948 bestand Kriegsgefahr. Die Sperrmassnahmen konnten einen militärischen Konflikt auslösen. Die Sowjets sahen ihre militärische Lage als äusserst günstig an. Im Ostsektor von Berlin standen achtzehntausend Rotarmisten, in der Ostzone dreihunderttausend. Die Garnison der Westmächte in den Westsektoren hatte nur einen symbolischen Charakter. Dreitausend amerikanische Soldaten, zweitausend britische und fünfzehnhundert französische Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften standen zur Verfügung. Die Berliner Polizei war in den Händen des kommunistischen Polizeipräsidenten Markgraf. Das amerikanische Heer umfasste 552'000 Soldaten, die vor allem in Ostasien

und Europa Besatzungsaufgaben erfüllten. In den Vereinigten Staaten befanden sich nur noch 115'000 Mann, von denen nur eine Division für den Einsatz in Europa freigemacht werden konnte'. Aussenminister Marshall hatte am 12. Februar 1948 in einer Debatte über die neue allgemeine Wehrpflicht bemerkt: «Die Verlegenheit besteht darin, dass wir mit dem Feuer spielen, während wir nichts haben, womit man es ersticken kann.»

Stalins Pressionen mussten eine militärisch schwache Grossmacht USA treffen. Das Problem, vor dem Stalin stand, hiess demnach nur: Was unternimmt Präsident Truman mit der Atombombe, die ja damals allein die Vereinigten Staaten besaßen? Konnte Truman mit dem Einsatz der Atombombe drohen? Oder genügte allein der Besitz der Atombombe, um das letzte Risiko auf sowjetischer Seite zu verhindern?

Vieles hing nun davon ab, wie die Amerikaner in Berlin die Lage beurteilten. Konnte aber eine Lagebeurteilung der «Frontoffiziere» die Entschlüsse des Nationalen Sicherheitsrats im Weissen Haus beeinflussen?

Stand nicht Krieg oder Frieden wegen einer kleinen Garnison in einer Stadt auf dem Spiel, gegen die Amerika vor drei Jahren noch im gnadenlosesten Krieg seiner Geschichte gestanden hatte?

Lohnte es überhaupt, wegen Berlin mit der Atombombe zu drohen? Setzten sich die Vereinigten Staaten nicht vor der Welt ins Unrecht, wenn sie ihre ehemaligen Verbündeten bei der Niederwerfung Hitlers mit der letzten Waffe einschüchterten?

Nadi den unermesslichen Opfern des Zweiten Weltkrieges war die Menschheit kriegsmüde. Musste nun die deutsche Frage die Welt in einen neuen Krieg reisen – oder war der Zweite Weltkrieg noch gar nicht zu Ende? Wurde nicht immer deutlicher, dass die beiden Grossmächte, die in Deutschland aufeinander gestossen waren, um die Entscheidung zu kämpfen hatten, wem die Vormacht in Europa nun gehöre?

Zeigte nicht die Sowjetunion, dass sie zu allem entschlossen war? Soeben trat eine neofaschistische Partei in ihrer Besatzungszone auf, lizenziert, gefördert von der Macht, die vorgab, den Faschismus in Deutschland ausgerottet zu haben? Was galten hier noch ideologische Probleme, wenn es um die Macht ging, die nur von einem Herrn weiss, nicht von zweien oder vielen?

Der Kampf um Berlin, in den die vier Mächte längst eingetreten waren, hatte die Anti-Hitler-Koalition zerbrochen. An der ehemaligen Hauptstadt des Feindes Hitler war der mühsam erreichte Friede gescheitert, dessen sich die Westmächte sicher glaubten, als sie dort einzogen. Sollten die Westmächte nun noch diejenigen belohnen, von denen sie, kämpfend, nach Deutschland gezogen worden waren? Was gingen sie die Berliner überhaupt an? Wussten sie denn, was

diese 3,25 Millionen Menschen wirklich dachten? Konnten sie sicher sein, dass diese Berliner nicht absichtlich den Widerstreit zwischen den vier Besatzungsmächten geschürt hatten, um am Ende doch noch über sie alle zu siegen?

Hitler war tot, aber das Erbe Hitlers?

In diesen Tagen Ende Juni 1948 waren Währungsreformen und Blockade nur äusserliche, wenn auch bedeutsame Symptome einer Krise, die ihren Ursprung aus jenem Entschluss Hitlers genommen hatte, die Sowjetunion anzugreifen und die Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg zu ziehen.

Entscheidungen waren zu treffen, die kaum widerrufen werden konnten. Aber auch die politischen Führer der Berliner mussten sich nun entscheiden.

Wollten sie jetzt die vom Osten angestrebte Spaltung Gross-Berlins verhindern, so mussten sie die von Marschall Sokolowski befohlene Ostmark auch in der ganzen Stadt annehmen. Dann bestand Hoffnung, den Magistrat und das Stadtparlament zu erhalten. Berief man sich jetzt nicht auf den unabdingbaren Willen zur Einheit Berlins, wann dann? So war die Mehrheit der Stadtverordneten für eine Währung in Berlin, nicht für zwei. Es war anzustreben, dass diese Währung doch Bärenmark hiesse, also nur im ganzen Stadtbereich Gültigkeit besass. Wer aber die Währung beherrschte, würde auf die Dauer auch Berlin beherrschen. Dies musste bis zu Ende gedacht werden.

Der 19. Juni 1948 war ein Sonnabend. In der Magistratssitzung behauptete der kommunistische Stadtrat Waldemar Schmidt, die Viermächteverwaltung Berlins sei zum Teufel gegangen, Berlin aber von Marschall Sokolowski unter sowjetischen Schutz genommen. Die nichtkommunistischen Magistratsmitglieder beharrten auf dem Viermächtestatus Berlins.

Dies bestätigte am Abend Louise Schröder als amtierender Oberbürgermeister vor den Stadtverordneten. Stadtrat Waldemar Schmidt forderte dagegen eine Neuorientierung der Wirtschaft auf die Ostzone. Die nichtkommunistischen Parteien beschlossen, dass die einseitige und schematische Eingliederung des Berliner Gebiets in die Reform einer einzelnen Zone abzulehnen sei.

Die SPD rief in einem von Willy Brandt formulierten Schriftstück die Berliner auf: «Die Abschnürung der Stadt wird von kurzer Dauer sein, wenn die Entschlossenheit der Berliner Bevölkerung in ihrem politischen Behauptungswillen zum Ausdruck kommt.»

Noch am gleichen Abend trat der Gründungsausschuss für eine freie Universität in Wannsee zusammen.

Am Montag, 21. Juni 1948, begann die Währungsumstellung in den westlichen Zonen. In Ostzone und Ostsektor wurden die vor Wochen schon vorbereiteten

Klebestreifen für die Reichsmark an die Ausgabestellen verteilt. Heinrich Rau, Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, gab Vorschläge für die Ost-Währungsreform bekannt, in die auch Berlin einbezogen werden sollte. Die Berliner SED forderte die SPD auf, eine Aktionseinheit mit der Einheitspartei zu bilden. Der Landesausschuss der SPD entgegnete in einer öffentlichen Erklärung, wer in den Westsektoren für eine Ostwährung optiere, wähle das Regime der Ostzone.

Noch immer war unklar, ob die Westmächte, die Marschall Sokolowski das Recht abgesprochen hatten, für ganz Berlin zu befahlen, nun die Westmark doch noch in den westlichen Sektoren ausgeben würden.

Am 22. Juni 1948 erklärte Stadtrat Waldemar Schmidt in der Magistratssitzung, Widerstand gegen die Einführung der Ostwährung in den Westsektoren könne angesichts der Machtverhältnisse nur zu einem sinnlosen Katz- und Maus-Spiel führen. Juristische Argumente seien belanglos gegenüber geographischen Tatsachen, Berlin gehöre nun einmal zur Ostzone. Bürgermeister Ferdinand Friedensburg formulierte eine Entschliessung, in der es hiess, dass kein Kommandant allein Befehle mit Wirkung ausserhalb seines Sektors erlassen könnte.

Die alliierten Wirtschafts- und Finanzberater waren zu einer Besprechung mit den Russen zusammengekommen. Sie erklärten sich bereit, die Zonenwährung als einzige Währung für Gross-Berlin hinzunehmen, wenn diese Währung von der Kommandantur kontrolliert würde.

Aber die Russen nahmen den Ball nicht auf. Sie lehnten eine Viermächtekontrolle der Währung in Berlin ab und drohten, die Einführung der Ostwährung in ganz Berlin zu erzwingen. Sie sprachen hierbei von wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Sanktionen.

Marschall Sokolowski aber schrieb an die drei westlichen Militärgouverneure, er hoffe, dass diese in ihren Berliner Sektoren keine Hindernisse für die Durchführung der von ihm beschlossenen Reform schaffen würden. Ausserdem lehnte Sokolowski das Angebot des britischen Militärgouverneurs ab, britische Pioniere und Material für die Instandsetzung der gesperrten Autobahnbrücke über die Elbe zur Verfügung zu stellen.

Kurz vor Mitternacht endete die Währungskonferenz erfolglos. Ein russischer Offizier betrat das Rathaus und händigte Bürgermeister Friedensburg den «Befehl Nr. 111» aus. Er enthielt die Anordnung der Sowjets, die neue Klebemark in der Ostzone und ganz Berlin einzuführen. Friedensburg fragte den Offizier, ob der Befehl mit der Berliner Verfassung zu vereinbaren sei. Der Major schwieg. Friedensburg fragte nun, was der Magistrat tun solle, wenn die Westmächte Gegenbefehl gäben. Der Major erwiderte, das sei unwahrscheinlich.

Aber der Major irrte sich diesmal in den Westmächten – wie wohl auch Marschall Sokolowski.

Als Friedensburg den sowjetischen Befehl Nr. 111 las, stellte er fest, dass die Ostwährungsreform sich beträchtlich von der Westreform unterschied. Die Umtauschquote pro Kopf betrug nicht vierzig, sondern siebzig Mark. Schulden und Steuern wurden nicht abgewertet. Am interessantesten aber war, dass die Guthaben der Parteien und Gewerkschaften, der öffentlichen Hand und nicht privaten Betriebe sowie der Sowjetischen Aktiengesellschaften nicht 1:10 abgewertet, sondern 1:1 umgewertet werden sollten. Das hiesse, einen grossen Teil des alten Geldes ganz einfach nur in neues Geld umzutauschen.

Die Ostwährungsreform betraf also nur die Einzelperson, nicht die wirtschaftlichen Machtkonzentrationen und die Parteien in der Ostzone.

Der Marschall hatte dem amtierenden Oberbürgermeister befohlen, die Währungsreform für ganz Berlin am 23. Juni 1948 morgens 6.00 Uhr bekanntzugeben, durch den Magistrat vorzunehmen und ihm die Durchführung über den russischen Kommandanten zu melden.

Am Morgen dieses 23. Juni 1948 jedoch teilten die drei westlichen Stadtkommandanten dem amtierenden Oberbürgermeister mit, dass die sowjetischen Anweisungen an ihn in den westlichen Sektoren keine Gültigkeit hätten.

Damit war die Entscheidung zugunsten der Einführung der Westmark in den Westsektoren gefallen. Mittags verboten die westlichen Kommandanten, den Befehl des sowjetischen Marschalls in ihren Sektoren auszuführen. Freilich hatte die französische Militärregierung diesen Entschluss nicht freiwillig gefasst. Sie erklärte den beiden anderen westlichen Militärregierungen schriftlich, ihr bliebe keine andere Wahl, sie müsse deshalb die Verantwortung für diesen Entschluss ablehnen.

Nun war es an den Deutschen, zu handeln. Westmarknoten befanden sich schon in der Stadt. Jetzt musste der Magistrat vor das Stadtparlament treten.

Die ausserordentliche Sitzung war für 16 Uhr angesetzt. Sie konnte erst 18 Uhr beginnen, da Walter Ulbricht einige kommunistische Rollkommandos eingesetzt hatte, die auf Lastwagen und in organisierten Kolonnen zum Stadthaus gekommen waren, gewaltsam dort eindringen und den Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, die Zuhörertribüne und das obere Stockwerk besetzten. Diesem Putschversuch widersetzten sich Louise Schröder und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr energisch. Die Putschisten forderten eine einheitliche Währung für ganz Berlin. Die Besetzung des Stadtparlaments war der Französischen Revolution abgesehen, doch die gewählten Abgeordneten dachten nicht daran, sich dem Druck der Strasse zu beugen. Als die Kommunisten sahen, dass

sie nicht durchkamen, verliessen sie, die Internationale singend, das Stadthaus. Nur etwa zweihundert jugendliche Putschisten und Frauen blieben im Saal, wozu sie der SED-Stadtverordnete Fechner aufgefordert hatte.

In der Sitzung wurde gegen die Stimmen der SED-Abgeordneten von den nicht-kommunistischen Parteien ein Antrag angenommen, worin dem Magistrat das Vertrauen ausgesprochen und die Gültigkeit beider neuer Währungen für ganz Berlin gefordert wurde. Um aber den Notstand und die gestörte Zusammenarbeit der Besatzungsmächte zu überwinden, sollte den verfassungsmässigen Organen die freie Selbstverwaltung auf Grund der am 22. April 1948 beschlossenen Verfassung eingeräumt werden. Das hiesse, die Besatzungsmächte auf die Aufsicht und Wahrung ihrer Besatzungsinteressen zu beschränken.

Ehe diese Entschliessung von zumindest stadtgeschichtlicher Bedeutung angenommen wurde, hatte Ernst Reuter in die Debatte eingegriffen. Er sagte: «Die Konsequenzen aus dieser Entscheidung mögen schwierig und kompliziert sein. Sie werden von uns getragen werden, und wir werden sie meistern, wir können sie meistern und wir müssen sie meistern.»

Niemand wusste, was sich nun in Berlin ereignen würde. Die Stadtverordneten, die dieser Entschliessung von historischem Gewicht zugestimmt hatten, wagten in der Stunde höchster Gefahr einen Sprung ins ungewisse.

Als die gewählten Volksvertreter von Berlin das Stadthaus verliessen, griff sie der kommunistische Strassenpöbel tätlich an, der in das Stadthaus eingedrungen, aber wieder entfernt worden war. Der jüngste Stadtverordnete, der Kommunist Heinz Kessler, befand sich in der Menge und bezeichnete ihr namentlich die Abgeordneten, seine Kollegen, die dann von den Demonstranten beschimpft und geschlagen wurden. Kessler war als Gefreiter der deutschen Luftwaffe in russische Gefangenschaft geraten. Er hatte dem Nationalkomitee Freies Deutschland in Moskau angehört. Später sollte er General und Oberbefehlshaber der mitteldeutschen Luftwaffe werden. In dieser traurigen Stunde aber zeigte er auf die sechzig jährige jüdische Stadtverordnete Jeannette Wolff, die sechs Jahre im nationalsozialistischen Konzentrationslager zugebracht hatte, und der Pöbel misshandelte Frau Wolff. Auch Bürgermeister Ferdinand Friedensburg sowie der Sozialdemokrat Otto Bach und der Liberaldemokrat Schöpke wurden geschlagen.

Zum ersten Male, seit die Synagogen durch Nationalsozialisten in der Stadt niedergebrannt worden waren, hatte sich wieder der Pöbel, verhetztes Volk, in Berlin gewalttätig gezeigt, und das Opfer des Kommunisten Kessler war eine Jüdin. Noch am Abend stellten die Kraftwerke der Ostzone ihre vertraglich zugesich-

cherten Stromlieferungen in die Westsektoren wegen angeblicher Kohlenknappheit ein. In Berlins Westsektoren gingen die Lichter aus. Die Deutsche Wirtschaftskommission der Ostzone stellte den Besitz von Westmark in Gross-Berlin nach Befehl Nr. 111 unter Strafe. Der gesamte Passagier- und Güterverkehr nach und von Berlin wurde noch in der Nacht wegen «technischer Störungen» eingestellt.

Nun glichen die Westsektoren einer belagerten Stadt, in der Lebensmittelvorräte für dreissig Tage vorhanden waren. Die Kohlenbestände in den westlichen Kraftwerken reichten noch für zehn Tage.

Am Tage darauf, dem 24. Juni 1948, fanden sich siebzigtausend Berliner auf dem Hertha-Sportplatz am Bahnhof Gesundbrunnen zu einer Kundgebung ein, auf der Ernst Reuter, Erich Ollenhauer und Franz Neumann sprachen. Die einsamen Entschlüsse Frau Louise Schröders, Ernst Reuters und Gustav Klingelhöfers mussten nun, ebenso wie die Entschliessungen der Stadtverordneten, mit dem Volk von Berlin konfrontiert werden.

Hauptredner war Ernst Reuter, der das Volk von Berlin zum Widerstand aufrief, obwohl er keine Zusage der Westmächte hatte, dass diese bereit seien, den Konflikt in Berlin auch durchzustehen. Die Einführung der Westmark sollte nur ganz vorsichtig gehandhabt werden, damit man sie jederzeit wieder aus dem Verkehr ziehen konnte. Das aber musste verhindert werden, und Reuter war berufen, in dieser Stunde des Kampfes um Berlin die Massen mitzureissen.

Er rief aus: «Wir werden uns mit allen Mitteln, über die wir hier verfügen, bis zum Äussersten gegen den Machtanspruch wenden, der uns zu Sklaven und Heloten einer Partei machen will.

Wir haben unter einer solchen Sklaverei im Reiche Adolf Hitlers gelebt. Wir haben genug davon. Wir wollen keine Wiederkehr. Als eine Viermächtestadt ist unser Berlin bisher das geblieben, was es immer war: nicht eine Provinzstadt mit Provinzcharakter, sondern eine Weltstadt.

Heute weiss die ganze Welt, dass wir nicht die heimliche, sondern die wirkliche Hauptstadt Deutschlands sind. Heute weiss die ganze Welt, dass hier das Herz der neuen deutschen Demokratie schlägt. Berlin ist aus eigener Tatkraft und durch die Haltung seiner Bevölkerung wieder der Punkt geworden, um den alle Deutschen in Ost und West sich orientieren.

In den Verhandlungen, die dieser Tage im Kontrollrat erfolglos geführt wurden, ist klar von Sanktionen gesprochen worden. Solche Sanktionen können, wenn das Wort einen Sinn haben soll, sich nur gegen die Bevölkerung von Berlin richten.

Wir wissen genau, dass wir ein waffenloses, besiehtes und im Grunde genommen auch ein wehrloses Volk sind. Unsere Stärke liege nicht in der äusseren

Kraft, die ist uns genommen. Unsere Stärke liegt wirklich nur darin, dass wir eine gute und gerechte Sache vertreten. Unsere Stärke liegt darin, dass wir die Freiheit unseres Volkes, sein Recht auf Selbstbehauptung und Selbstverwaltung mit allen Mitteln verteidigen.

Der Kampf um Berlin nähert sich einem riesenhaften Höhepunkt. Er ist längst nicht mehr eine Angelegenheit, die nur uns angeht. In ihm steht viel mehr auf dem Spiel als nur das Schicksal der Berliner allein.

Die Gewalt, die gegen uns angewandt wird, fordert zwangsläufig Gegengewalt heraus.

Dann verwandelt man ganz Deutschland in ein Lager zweier sich feindlich gegenüberstehender Mächte, zwischen denen die explosive Eruption eines gewaltsamen Konfliktes auf die Dauer unvermeidlich ist.

Das ist das Letzte, was wir wollen.

Volk von Berlin! In diesen Stunden schwerster Entscheidungen rufen wir euch zu: Lasst euch von niemandem und von nichts verwirren. Geht euren Weg unangefochten geradeaus. Nur wenn wir entschlossen sind, jedes Risiko auf uns zu nehmen, können wir ein Leben gewinnen, das allein lebenswert ist, ein anständiges, sauberes Leben, mag es auch arm sein, so doch ein Leben in Freiheit. Nach Prag sollte wohl Finnland an die Reihe kommen. Es ist nicht an die Reihe gekommen, weil das finnische Volk für seine Freiheit wirklich eintritt. Auch Berlin wird nicht an die Reihe kommen, wenn es in diesen Krisentagen seinen Mann steht. In dieser Krise bitten wir nicht darum, dass ihr zu uns Vertrauen haben mögt. Wir fordern euch vielmehr auf, zu euch selbst Vertrauen zu haben. Nur so kann der Weg ins Freie gefunden werden. Und die Freiheit, wir wissen es, sie ist der Odem des Lebens. Sie werden und müssen wir erkämpfen.»

Es war der Atem der Geschichte, der über Redner und Zuhörer strich. Erstmals seit dem Ende des Krieges wurden die Deutschen wieder politisch aktiv, ohne einen festen Rückhalt bei Besatzungsmächten zu haben. Sie machten auf eigene Faust Geschichte.

Es gehörte dazu, dass Bischof Dibelius an diesem Tage an die vier Stadtkommandanten schrieb. Er wandte sich dagegen, dass die Bevölkerung unschuldig unter Repressalien und wehrlos unter den Gegensätzen der Besatzungsmächte leide. Dies widerspreche einfachsten Geboten der Menschlichkeit.

So war damals die Sprache der Machtlosen, die zum Widerstand entschlossen sich nicht beugen wollten.

Die «Tägliche Rundschau» der Roten Armee behauptete an diesem Tage, es gebe keine Viermächteverwaltung Deutschlands mehr. Es sei keinerlei politische, juristische, wirtschaftliche Notwendigkeit mehr, mit der man das weitere Verbleiben der Westmächte in Berlin begründen könnte.

Marschall Sokolowski erliess einen Aufruf, in dem er erklärte, die Alliierte Kommandantur habe praktisch auf gehört, als ein Organ für die Verwaltung der Stadt zu existieren.

Lebensmittel, sogar Frischmilch durften aus Ostsektor und Ostzone nicht mehr in die Westsektoren geliefert werden. Die Braunkohlenlieferungen wurden eingestellt.

Die Westmächte antworteten mit der Gegenblockade. Der Güterverkehr aus ihren Zonen in die Ostzone wurde unterbrochen.

General Clay erklärte im amerikanischen Truppenhauptquartier von Heidelberg, die Sowjets könnten die Amerikaner nur durch Krieg aus Berlin vertreiben.

Und dann gab er Befehl, alle verfügbaren Transportflugzeuge in den Luftkorridoren nach Berlin einzusetzen.

An diesem 24. Juni 1948 begann die Luftbrücke, die von Oberst Howley mit der Studie «basic assumption» vorbereitet worden war.

Abends traten die Stromsperren in Kraft. Zwischen 6 und 24 Uhr täglich gab es in den Westsektoren kein Licht, keinen Strom mehr für Haushaltungen. Industrie und Verkehrsmittel erhielten nur Bruchteile ihres bisherigen Stromkontingents.

Mehr als zwei Millionen Menschen waren eingeschlossen.

Die Hungerblockade begann, die sie zur Übergabe zwingen sollte. Das Präsidium des Obersten Sowjets jedoch übermittelte in dieser Nacht nach Berlin einen Erlass, wonach Marschall Sokolowski, Generalleutnant Dratwin und der Stadtkommandant Generalmajor Kotikow mit der höchsten sowjetischen Auszeichnung, dem Lenin-Orden, und Oberst Jelisarow, Generalmajor Kwaschnin und Generalleutnant Lukjantschenko mit dem Orden des Roten Banners belohnt wurden.

Triumph, Ordensverleihung an die Verantwortlichen – Stalin frohlockte zu früh. Orden wurden bisher erst nach dem Sieg verliehen. Die Übergabe der Stadt hatte noch nicht stattgefunden. Und es sah auch gar nicht mehr danach aus, dass sie bald fallen würde.

Denn jetzt wussten die Berliner in den Westsektoren und im Ostsektor, was auf dem Spiele stand.

Und wer es noch nicht wusste, würde es bald erfahren.

Diejenigen aber, die dies alles vorbereitet hatten, hüllten sich jetzt in Schweigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wagte kein Wort.

Zwölftes Kapitel

DIE BERLINER MACHEN GESCHICHTE

Unter den Nachrichten, die über Lautsprecherwagen vom Sender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) am 26. Juni 1948 verbreitet wurden, da die Rundfunkgeräte wegen der Stromsperre schweigen mussten, waren drei Meldungen, die aus den Hauptstädten der Westmächte kamen:

In Washington verurteilte die amerikanische Regierung den «skrupellosen Versuch der Sowjetunion, einen Belagerungszustand in Berlin» zu schaffen.

In Paris betonte der französische Aussenminister Georges Bidault die Bereitschaft seiner Regierung, mit der Sowjetunion über Berlin zu verhandeln.

Nur die Meldung aus London klang hoffnungsvoller für die Berliner, die um die Lautsprecherwagen standen. Aussenminister Bevin war entschlossen, die militärische Position Grossbritanniens in Berlin nicht aufzugeben. Und Winston Churchill, der die konservative Opposition führte, bekräftigte diese Entschlossenheit. Er war es gewesen, der in Telegrammen Ende März/Anfang April 1945 Präsident Roosevelt und General Eisenhower auf das, was in Berlin geschehen könnte, aufmerksam gemacht hatte. Nun klang seine grollende Stimme überzeugender als damals, aber es schien fast zu spät.

Grösste und ernsteste Schwierigkeiten hatte er damals für die Westmächte prophezeit, wenn sie Berlin nicht erobern wollten.

Nun drohte Krieg. Oder schimpflicher Rückzug. Bedingte oder bedingungslose Kapitulation der Westmächte vor den Russen. Übergabe der Westsektoren an die Kommunisten.

Nun verlangten die von der Einheitspartei Ulbrichts abhängigen Gewerkschaften im Ostsektor den Abzug der westlichen Truppen, die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung. Und zur Durchsetzung ihrer Forderung wollten sie den Generalstreik in ganz Berlin ausrufen.

Hinter diesen Forderungen stand die Sowjetmacht, die auf den Abzug aus Berlin drängte. Was konnte ihr erwidert werden? Sogar gegen die Kranken in den Westsektoren gingen die Sowjets vor, indem sie verboten, Medikamente in die Westsektoren zu bringen. Selbst die einfachsten Gebote der Menschlichkeit sollten nicht mehr gelten. Im Ostsektor wurden Razzien veranstaltet, um festzustellen, ob Berliner aus den Westsektoren, die im Ostsektor arbeiteten, Westgeld besäßen. Fand es die Volkspolizei, so wurde es dem Besitzer gestohlen. Dann durfte der Bürger Berlins wieder an die Arbeit gehen.

Es herrschten nun zwar mittelalterliche Verhältnisse in dieser neuntgrößten Stadt der Erde, aber jede noch so geringe Ritterlichkeit fehlte.

Vier Tage vergingen, bis die Vereinigten Staaten von Amerika durch ihren Präsidenten Truman endlich einen Entschluss fassten.

Was war geschehen?

Am 24. Juni 1948 hatte Ernst Reuter die Berliner zum Widerstand aufgerufen, obwohl er keine Garantie der Westmächte besass, die verhinderte, dass die französischen, britischen und amerikanischen Truppen Berlin im Stich liessen.

Die Armeeabteilung des amerikanischen Kriegsministeriums setzte für den 25. Juni 1948 eine transatlantische Telefonkonferenz mit General Clay in Berlin an. Der General bestellte vor der Konferenz Reuter zu sich. Er rief nicht nach den drei Führern der nichtkommunistischen Parteien, nicht nach den nichtkommunistischen Magistratsmitgliedern, nicht nach Louise Schröder, die als Oberbürgermeister amtierte.

Der General forderte Ernst Reuter, der damals nur Stadtrat war, keinen Sitz im Vorstand seiner Partei noch im Abgeordnetenhaus einnahm, zur Berichterstattung auf. Nur von diesem Manne wollte der General erfahren, was die Berliner dachten.

Clay fragte Reuter, ob er ihm erklären könnte, dass die Berliner alle Prüfungen bestehen und zu den Alliierten halten würden. Die Alliierten seien bereit zu helfen, so gut sie es könnten.

Was darunter zu verstehen war, wusste weder Clay noch Reuter. Noch wusste niemand, ob es gelingen würde, die Belagerung in den nächsten Tagen zu überstehen. Das verwegene Projekt einer Luftbrücke war zwar entworfen, aber Reuter glaubte nicht recht daran, dass es gelingen könnte. In einer anderen Besprechung mit alliierten Beratern hatte er gesagt, er wisse, dass es Grenzen des Widerstands gebe, und er wolle nicht in die Lage eines Festungskommandanten geraten, der sinnlos kämpfen müsse.

Nun aber, Auge in Auge mit dem General, wischte Reuter alle Bedenken weg und erwiderte: «Herr General, es kann überhaupt keine Frage sein, wo die Berliner stehen. Die Berliner werden für ihre Freiheit eintreten und werden jede Hilfe, die ihnen geboten wird, dankbar annehmen.»

Das genügte in diesem entscheidenden Augenblick. Reuter verpfändete Clay sein Wort, dass die Berliner kämpfen würden, und der General glaubte Reuter. Diese Szene hatte etwas Versöhnendes in dem widerwärtigen Schauspiel, das damals Sieger und Besiegte in Berlin boten. Das Wort eines Deutschen galt wieder, und ein amerikanischer General setzte sein Vertrauen auf Deutsche.

Männer machen Geschichte – dieses Wort blieb gültig auch in Zeiten, die den Massen so viel Macht einräumen.

In der Telefonkonferenz sprach Clay später von dem «erstaunlich mutigen Widerstand der Berliner Bevölkerung». «Wir dürfen sie nicht enttäuschen, indem wir einen Abzug aus Berlin auch nur andeuten.»

Und Clay lehnte den Vorschlag aus Washington ab, die Einführung der Westmark künstlich zu verlangsamen, um die Sowjets nicht noch mehr zu provozieren. Er versicherte, in Berlin werde Amerika auf keinen Fall einen Krieg herausfordern. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Russen einen Krieg wollten, halte er für gering, obwohl er sie nicht übersehe.

In den Kabinettsitzungen in Washington vom 25. bis 27. Juni 1948 wurde hart um einen Entschluss gerungen. Die Berater des Präsidenten wandten sich in der Mehrzahl gegen Clay. Der stellvertretende Außenminister Lovett war gegen ein weiteres Engagement in Berlin. Aber am 27. Juni 1948 wurde vom Präsidenten entschieden, dass es nun gelte, wenn nötig, auch einem Krieg entgegenzusehen.

Präsident Truman untersagte jede weitere Diskussion über die Frage, ob man in Berlin bleiben wolle. Mit der Lage habe man sich abzufinden.

Gleichzeitig befahl der Präsident, zur Unterstützung General Clays Atombomber nach Deutschland zu verlegen – Flugzeuge des Typs B-29.

Trumans Entschluss wurde gegen die Stimmen der Mehrzahl seiner Berater gefasst. Es war der dritte «einsame» Beschluss (nach Reuters und Clays), der in dieser Krise zur Überwindung der Stagnation führen musste.

An diesem Tage flogen die ersten drei Skymaster C-54 mit einer Ladefähigkeit von rund neun Tonnen pro Maschine auf Anforderung Clays nach Berlin. Die bisher eingesetzten Dakota C-47 konnten nur rund drei Tonnen pro Maschine befördern. Und die Royal Air Force Grossbritanniens schloss sich dieser Luftbrücke an. Ihr Flugplatz in Berlin-Gatow hatte eine Landebahn, die nicht betonierte war, sondern nur gelochte Stahlplatten auf dem Grasrollfeld aufwies.

In Berlin traf aber auch General Wedemeyer, der Leiter der Armeepanungsabteilung, ein. Er hatte im Zweiten Weltkrieg mit General Tunner die Luftversorgung der amerikanischen Truppen in China organisiert. Wedemeyer war der richtige Mann am rechten Platz in dieser Stunde.

Am nächsten Tag, dem 29. Juni 1948, richteten die nichtkommunistischen Berliner Stadtverordneten einen beschwörenden Appell an die Vereinten Nationen, die gegenwärtige Situation von Gross-Berlin vor den Sicherheitsrat zu bringen. Der internationale Friede und die Sicherheit seien gefährdet.

Die Stadtverordneten beriefen sich auf Artikel 73 der UNO-Charta, wonach die

Vereinten Nationen die Aufgabe übernommen haben, «die Wohlfahrt der Bewohner von Territorien, die noch kein volles Mass von Selbstregierung erreicht haben, soweit als möglich zu fördern». Von der Gefahr eines «regelrechten physischen Untergangs der Bevölkerung» wurde gesprochen.

Am Funkturm hielten die freiheitlichen Gewerkschafter eine Kundgebung ab, auf der sie einen Korridor nach Berlin und eine eigene Berliner Währung verlangten. Die Briten verhinderten eine Protestdemonstration vor dem von den Russen besetzten Haus des Rundfunks in der Masurenallee.

Vor der SED-Führung aber entwickelte Walter Ulbricht seinen Plan für den wirtschaftlichen Aufbau Gross-Berlins nach kommunistischen Vorstellungen. Schnell stellte sich heraus, dass der Appell an die Vereinten Nationen sinnlos gewesen war. Generalsekretär Trygve Lie lehnte, nach einer Umfrage bei den Mitgliedern des Sicherheitsrates, die Behandlung der Berliner Blockade vor den Vereinten Nationen ab. Nur Columbien hatte sich für eine Diskussion im Sicherheitsrat ausgesprochen.

Der Magistrat hatte Dänemark und Indien um Vermittlung zwischen den Grossmächten gebeten. Die dänische Regierung beriet die Bitte, die indische Militärmission lehnte es ab, sich damit zu beschäftigen.

Der Berliner SED-Führer Hermann Matern hielt vor der Volkspolizei des Ostsektors eine Ansprache, in der er die Polizisten aufforderte, eine «Massenflucht der Berliner nach dem Abzug der westlichen Besatzungsmächte» zu verhindern.

In jenen Tagen schrieb Gottfried Benn, Dichter und Arzt im amerikanischen Sektor von Berlin, einen Brief an den Herausgeber der Zeitschrift «Mercur» in Baden-Baden:

«Und damit leben Sie wohl und nehmen Sie Grüsse aus dem blockierten, stromlosen Berlin, und zwar aus dem seiner Stadtteile, der... nahe am Verhungern ist. Geschrieben in einem schattenreichen Zimmer, in dem von 24 Stunden zwei beleuchtet sind, denn ein dunkler regenreicher Sommer nimmt zusätzlich der Stadt die letzte Chance eines kurzen Glücks und legt seit dem Frühjahr einen Herbst über ihre Trümmer.

Aber es ist die Stadt, deren Glanz ich liebte, deren Elend ich jetzt heimatlich ertrage, in der ich das zweite, das dritte und nun das vierte Reich erlebe und aus der mich nichts zur Emigration bewegen wird.

Ja, jetzt könnte man ihr sogar eine Zukunft voraussagen: in ihre Nüchternheit treten Spannungen, in ihre Klarheit Gangunterschiede und Interferenzen, etwas Doppeldeutiges setzt ein, eine Ambivalenz, aus der Centauren oder Amphibien geboren werden.»

Nun mussten über zwei Millionen Berliner in den drei Westsektoren lernen, die Blockade zu ertragen.

Die Westmark wurde nur in geringem Umfang ausgegeben, die Ostmark konnte für den Lebensunterhalt verwendet werden. Mit einer Doppelwährung zu leben, wurde ein Problem, das sich zwar niemals meistern, aber doch gegen teure Erfahrungen regeln liess. Noch war Sommer, aber was sollte werden, wenn die Tage kürzer wurden und die Nächte kühl? Nun wollten Flugzeuge der Luftbrücke Kohlen über dem Olympiastadion abwerfen.

Die Sowjets schienen Zeit zu haben. Am 1. Juli 1948 waren die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder ermächtigt worden, bis zum 1. September eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, den «Parlamentarischen Rat». Später mussten Wahlen folgen.

In Berlin war die SED durch die Blockade in eine kritische Lage geraten. Die Einwohner des Ostsektors wurden gegen die Herrschaft der Einheitspartei aufässig. Wie wollte die Kommunistische Partei Deutschlands in den westlichen Zonen Stimmen gewinnen, um ihre Stärke zu demonstrieren, wenn Berlin blockiert blieb?

Diesen Überlegungen ist es wohl zuzuschreiben, dass die Sowjetunion sich noch immer Wege offenliess, mit den Westmächten wieder ins Gespräch zu kommen. Dadurch wurde aber auch die Entschlusskraft des Westens beeinträchtigt, denn so erbarmungslos Stalin auch in Berlin zugeschlagen hatte – konnte er nicht schnell die Blockade abbrechen, um dafür das einzuhandeln, was er stets gewollt hatte: die Mitbestimmung der Sowjetunion über das Ruhrgebiet? Wurden die Berliner der Westsektoren schwach, so lag es nahe, sich auf diesen Kompromiss zu einigen. In diesen Tagen und Wochen stand auch die Zukunft des Ruhrgebietes auf dem Spiel, und die Berliner hatten es in der Hand, mitzubestimmen, ob die Sowjetunion an Rhein und Ruhr einst mitsprechen würde.

In den Westsektoren wurden Löhne und Gehälter nur zu fünfundzwanzig Prozent in Westmark ausgezahlt. Die Finanzsachverständigen der alliierten Militärregierungen hielten die D-Mark in Berlin nur für eine zusätzliche Währung zur Bezahlung von Gütern, die über den Grundbedarf hinausgingen. Die östliche Währung war gleichfalls noch nicht endgültig. Sie bestand aus «Klebe-mark» – das waren alte Reichsmarkgeldscheine mit Klebestreifen. Es blieb noch eine gewisse Frist, zu einer einheitlichen Währung in ganz Berlin zu kommen. Das Merkwürdige war, dass neben dem offen ausgebrochenen Kampf der Sowjets gegen die Westmächte in Berlin immerzu geheime Verhandlungen stattfanden. Dadurch wurde das Bild der Situation noch verwirrender für die deutschen politischen Führer. Würde es doch noch eine Bärenmark geben, wie sie der CDU-Landesvorsitzende Dr. Schreiber im Juli forderte? Die SED dage-



Vom Haus der Ministerien in der Leipziger Strasse haben Aufständische das Dienstschild Wilhelm Piecks entfernt und zerbrochen. 17. Juni 1953



Sektorenschilder werden von Berliner Arbeitern niedergelegt. 16 Juni 1953

gen erwartete in Kürze die Kapitulation in den Westsektoren. Ulbricht liess alle Massnahmen auf diese Kapitulation ausrichten. Es war für ihn unvorstellbar, dass ausgerechnet die «kleinen Leute» in Westberlin sich mit den Monopolkapitalisten auf Gedeih und Verderben verbünden könnten.

Am 1. Juli 1948 wurden höhere Lebensmittelrationen für den Ostsektor befohlen. Die Westmächte zogen sofort nach, aber es war nicht möglich, diese erhöhten Rationen auszuteilen. Es blieb bei der bisherigen Zuteilung.

Der Magistrat amtierte im Ostsektor. Er hatte nun seine Tätigkeit auf die beiden unterschiedlichen Währungsgebiete in der Stadt aufzuteilen. Er versuchte auch hier so lange wie möglich einheitlich zu reagieren. Von einer Selbstverwaltung konnte jedoch kaum mehr die Rede sein. Täglich trafen Befehle und Gegenbefehle in den Büros ein. So befahlen die Sowjets zum Beispiel dem Magistrat, keine Besatzungs- und Verwaltungskosten mehr an die westlichen Truppen und Behörden zu zahlen. Darauf wiesen die westlichen Militärregierungen den Magistrat an, diesen Befehl der Russen zu ignorieren.

Die persönliche Sicherheit der Magistratsmitglieder war durch diese unablässige Befehlsverweigerung gefährdet, trotzdem versahen sie ihren Dienst weiter. Jeder, der sich in den Westsektoren mit den westlichen Vorstellungen identifizierte, musste zum potentiellen Feind der Kommunisten werden. Die Vergeltung würde furchtbar werden, gingen die Westberliner in die Knie.

Ernst Reuter sagte in einer Stuttgarter Versammlung gegen Ende Juli 1948 darüber:

«Wir haben nein gesagt, und wir sagen heute nach vier Wochen Blockade nein, und wir werden nein sagen, solange wir atmen können. Wir haben diese Antwort nicht gegeben als ein Strohfeuerwerk mässiger Begeisterung einer Sekunde oder einer Minute oder eines Tages. Wir haben sie gegeben in klarer Erkenntnis dessen, was uns bevorsteht, wenn wir in die Knie gehen würden.

Sehen Sie, niemand kämpft nur für andere. Das ist eine Illusion. Jeder in Berlin kämpft auch um seine eigene nackte Existenz. Aber wir wissen auch das eine: Dieser unser Kampf hat einen tieferen Hintergrund und hat auch eine grössere Bedeutung. Mit Recht sagte mir ein sehr hochstehender alliierter Offizier: ‚In den drei Jahren, seitdem wir uns hier befinden, hat sich Deutschland gewandelt. Wir haben eine falsche Vorstellung von den Deutschen gehabt, und wir haben auch nicht die richtige Vorstellung von Berlin gehabt. Wir haben nicht gewusst, dass ein solch starker demokratischer Freiheitswille in dieser Stadt vorhanden ist, und wir sind genötigt, das zu respektieren und anzuerkennen.‘

Wir wollen uns nicht unter ein fremdes Joch beugen, das ist der klare, tiefe Sinn unseres Kampfes. Indem wir diesen Willen klar zum Ausdruck bringen, werden wir die Last, die Angst von der ganzen Welt nehmen können. Bisher hat diese Macht immer und immer wieder ihren Willen durchsetzen können. Man hat ihr nachgegeben und nachgegeben, weil man geglaubt hat, den Frieden bewahren zu können. Heute weiss die Welt, wenn man in Berlin nachgeben würde, dann hätten wir nicht den Frieden, dann würden wir den Krieg haben. Die einzige Möglichkeit, den Frieden zu retten, ist, dass wir hier in Berlin diese Macht zum Stillstand bringen und dass sie begreifen lernt – in ihrem eigenen Interesse –, dass es auch für sie richtig ist, zu einem friedlichen Zusammenleben mit allen zu kommen.»

An anderer Stelle sagte damals Reuter: «Ganz gleich, wie der Kampf äusserlich gesehen ausgehen mag, durch diesen Kampf wurde alles übertroffen, was bisher für die Regeneration Deutschlands und seine Einordnung in die internationale Gemeinschaft getan wurde. In Berlin wird etwas von Deutschland abgewaschen, was abgewaschen werden musste.» Es war die Kraft des Symbols, die hier wirksam werden musste. Aber dieses Symbol war kein abstraktes Zeichen, keine erfundene Freiheit, keine blasser Idee. Der einzelne hatte diese Kraft zu zeigen. Er musste sie im Alltag einer belagerten Stadt anwenden, sie hatte stündlich bereit zu sein. War dies überhaupt möglich? Berlin war keine Stadt der Helden. Es fehlte ein grosser Teil der männlichen Bevölkerung, denn erst 145'000 Soldaten waren heimgekehrt. Die Berliner waren zum grösseren Teil Berlinerinnen, Frauen und Kinder, die aus den Schrecken des Bombenkrieges in die Eroberung und dann in die Busse für die Verbrechen des Hitlerreiches gestossen worden waren. Und nun sollten sie plötzlich für eine Freiheit kämpfen, die Hunger, Dunkelheit und Isolierung bedeutete? Wurde hier nicht vom Menschen zuviel verlangt? Oder war es doch so, dass der Mensch erst dann seine letzten Reserven einsetzt, wenn es ums Letzte geht, um seine Würde ebenso wie um die Freiheit, zu sagen, was man denkt? Vor diesen blockierten Berlinern spielte sich das entsetzliche Schauspiel der fortschreitenden Sowjetisierung in der Ostzone ab. Von dort kamen die Meldungen, die dazu halfen, nicht schwach zu werden, denn noch grösser als das eigene Elend war das derer, die ihre Freiheit verloren hatten. Hier lag eine Führungsaufgabe der freien Presse vor, und sie wurde wohl einmalig gelöst.

Am 10. Juli 1948 war General Clay zur Berichterstattung in Washington. Er schlug dem Nationalen Sicherheitsrat vor, einen Konvoi der amerikanischen Truppen aus der amerikanischen Zone über die Autobahn nach Berlin fahren zu lassen, ausgerüstet mit Pioniermaterial, um die Elbbrücke herzurichten, die von den Sowjets aus technischen Gründen gesperrt worden war. Er meinte, das sei

ohne Kriegsrisiko. Aber der Nationale Sicherheitsrat lehnte diesen Vorschlag ab. Es waren die Vorurteile der Zentrale gegen den «Frontgeneral», die hier zum Ausdruck kamen. Es ist möglich, dass die Weigerung richtig war. Geschichtlich hatte diese Weigerung grosse Bedeutung. Die Probe in Berlin wurde bis zur letzten Konsequenz hart am Rande eines Krieges durchgehalten. Die gewaltige Transportleistung der Luftbrücke konnte nun endgültig in Angriff genommen werden. Dazu kam General Tunner, der die Chinaluftbrücke organisiert hatte, nach Deutschland. Die Westmächte versicherten sich der Berliner ebenso für die Zukunft, wie die Berliner die Westmächte sich verpflichteten. Ein Bündnis wurde geschlossen, das keine Paragraphen kannte, aber mit einem gemeinsamen Schicksal besiegelt wurde.

Dieses Bündnis ging bald auf den westdeutschen Staat über, der im Schutze der Berliner Blockade sich bildete.

Vorläufig jedoch wurde das Hilfswerk Berlin gegründet, das die Stadt von Westdeutschland aus moralisch und wirtschaftlich unterstützte. Das Interesse der westdeutschen Bevölkerung am Kampf um Berlin war zuerst bedeutend, es liess aber im Laufe der Zeit nach. Die Menschen in der Ostzone beobachteten mit angehaltenem Atem den Kampf um Berlin. Fiel die belagerte Stadt, so waren auch sie rettungslos verloren. Setzte sie ihren Willen gegen die übermächtigen Sowjets durch, so bestand Hoffnung auf eine Wiedervereinigung aller Zonen.

In jene Zeit fiel der Abfall Marschall Titos und Jugoslawiens von Stalin. Auch hier zeigte es sich, dass die Macht der Sowjetunion gross, aber nicht unanfechtbar war. Die Ereignisse in Jugoslawien hatten wahrscheinlich etwas Einfluss auf die sowjetischen Massnahmen gegen die Westsektoren. Es ist jedoch nicht möglich, zu sagen, ob dieser Einfluss die Sowjets verhärtete oder ein wenig vorsichtiger machte.

Letzteres könnte der Fall gewesen sein, als Ende Juli 1948 die Sowjetregierung erklärte, die Versorgung ganz Berlins mit Lebensmitteln übernehmen zu wollen. Die Bewohner der Westsektoren sollten ihre Nahrungsmittel in Geschäften des Ostsektors gegen Ostmark kaufen, die inzwischen als «Deutsche Mark der Deutschen Notenbank» in der gesamten Ostzone und in Berlin gegen die Klebmark umgetauscht worden war. Die Westmächte stellten es den Westberlinern frei, sich zu entscheiden. Sie verboten den Bezug von Lebensmitteln aus dem Ostsektor nicht. Doch jeder, der sich dort anmeldete, verlor seine Lebensmittelkarte in Westberlin.

Am 20. Juli 1948 wurde bekannt, das Landesgesundheitsamt habe festgestellt, Berlin sei bevölkerungsmässig eine sterbende Stadt. Dies sei auf die hohe Tuberkulosesterblichkeit zurückzuführen. Von den diesjährigen Schulanfängern sei ein Drittel an Tuberkulose erkrankt.

General Clay kündigte an, man werde 4'500 Tonnen täglich nach Berlin fliegen lassen sowie bei Spandau einen weiteren Flugplatz bauen. Die «Tägliche Rundschau» verlangte am gleichen Tag die Absetzung des Magistrats.

Am 18. Juli 1948 hatten Künstler und geistig Schaffende in einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus die Intellektuellen der Stadt zum Kampf gegen die Knechtschaft aufgerufen. Hans Söhnker hatte gesprochen, Gert H. Theunissen, Günther Birkenfeld. Nun gründeten sie den «Freien Kulturbund». Dem Gründungsausschuss gehörten neben den Rednern Lothar Blanvalet, Hertha von Gebhardt, Rainer Hildebrandt, Walther Karsch, Victor de Kowa, Graf Heinrich Luckner, Edwin Redslob, Ernst Schröder und Otto Stolz an.

Sie wandten sich gegen die Lüge, gegen die Erniedrigung des Geistes.

Diese Antwort an den «Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands», der unter Johannes R. Bechers Vorsitz zu dieser Zeit versuchte, die Berliner Intellektuellen für sich zu reklamieren, gefiel den Berlinern. Nun waren endlich auch die Schriftsteller und Schauspieler auf die Strasse gegangen und hatten ihre Stimmen erhoben.

Der Makel, der auf den Geistesschaffenden Berlins zu liegen schien, weil sie bisher, seit der Kapitulation, sich nicht ungerne in der Mehrzahl an den von den Sowjets gedeckten Tischen niedergelassen hatten, während die Bevölkerung hungerte, wurde weggewischt.

Die soziale Ungerechtigkeit aber, die durch die Doppelwährung entstehen musste, konnten nur die Alliierten aus der Welt schaffen, aber sie hatten aus währungspolitischen Überlegungen noch keinen Grund dazu. So kam es, dass Arbeiter und Angestellte fünfundzwanzig Prozent Westmark erhielten, Rentner, Arbeitslose und Krankengeldempfänger nur zehn Prozent. Die Grenzgänger jedoch, es waren damals hunderttausend, die in diesem Sektor arbeiteten, aber im anderen Sektor wohnten, sahen gar keine Westmark in ihrer Lohntüte. Da aber auf dem Schwarzmarkt nur gegen Westmark teuer genug verkauft wurde, mussten gerade die Ärmsten leer ausgehen.

Sie konnten nicht mithalten, sie standen abseits, trotzdem blieben sie hart. Dieses Beispiel zeigt, dass der Kampf um Berlin zu jener Zeit emotionelle Züge bekommen hatte, die er nicht wieder verlieren sollte. Im Gegensatz zur Bevölkerung der Westzonen wurden hier irrationale Begriffe wieder lebendig, sie mussten gelebt werden, obwohl sie wider alle Vernunft waren. Dies erklärte die geistige Kluft, die zwischen Berlin und Westdeutschland sich auf tat. Die Berliner konnten seitdem nie wieder ganz auf das Gefühl verzichten, wenn es um ihre Existenz ging.

Keiner musste sich der Blockade unterwerfen. Er konnte in den Ostsektor gehen

und dort Lebensmittel und Kohlen kaufen, wenn er sich nur in den Westsektoren abmeldete und drüben, beim Gegner, registrieren liess. Auch jeder Westberliner Industriebetrieb konnte sich der Blockade entziehen, wenn er für die sowjetzonale Deutsche Wirtschaftskommission oder die Sowjetunion produzierte.

Der sittliche Wert des Westberliner Widerstands ist in dem Entschluss zu finden, in der überwiegenden Mehrheit nicht zu Kreuze zu kriechen, sondern den Kampf durchzustehen.

Und die Westmächte? Sie hatten am 6. Juli 1948 in Moskau erklären lassen, dass sie auf dem Recht des freien Zugangs nach Berlin bestanden. Sie waren aber gleichzeitig bereit, nach Aufhebung der Blockade mit den Sowjets zu verhandeln.

Die Sowjets erwiderten am 14. Juli 1948, Verhandlungen könnten nur ohne Vorbedingungen stattfinden und wären nur erfolgreich, wenn nicht allein über Berlin, sondern auch über die Bildung des westdeutschen Staates gesprochen würde.

Obwohl durch diese Abgrenzungen der beiderseitigen Standpunkte in der Berlinfrage Verhandlungen aussichtslos geworden waren, fanden diese Verhandlungen doch auf Anregung der Westmächte in Moskau insgeheim statt.

Sie begannen mit einer Aussprache der westlichen Botschafter mit Stalin und Molotow und zogen sich über den ganzen Monat August hin.

Diese Geheimverhandlungen sollten später zu einem Trauma Konrad Adenauers werden, der stets fürchtete, die vier Grossmächte könnten sich über seinen Kopf hinweg miteinander verständigen, zuungunsten Deutschlands oder des westdeutschen Staates und Berlins.

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Bedell Smith, hatte im Mai 1945 als Stabschef General Eisenhowers im alliierten Hauptquartier Reims Generaloberst Jodl empfangen, der die Kapitulation anbot.

Für Eisenhower hatte er die Kapitulationsurkunde gegengezeichnet. Vorher sagte er zu Generaloberst Jodl, er verstehe nicht, warum sich die Deutschen nicht den Russen ergeben wollten, so würden sie doch am besten fahren. Der Krieg sei mit dem Übergang über den Rhein verloren gewesen, die Deutschen hätten aber immer noch auf die Entzweiung der Verbündeten gerechnet. Das sei nicht eingetreten.

Nun aber, nach dreieinhalb Jahren, war die Entzweiung eingetreten, und wieder waren es Deutsche, diesmal die Berliner der Westsektoren, die sich den Russen nicht ergeben wollten.

Konnte ein Botschafter, der als General diese Meinung vertreten hatte und sich dabei als Soldat fühlte, der sich an die Vereinbarungen zwischen den Verbündeten zu halten hatte und der, wie er gegenüber Jodl erklärte, an seine Befehle gebunden war, nun mit ganzem Herzen für den Gegner von gestern eintreten,

mit dem sein Land nicht verbündet, aber doch auf Gedeih und Verderben verbunden war?

Der Generaloberst Jodl war in Nürnberg gehenkt worden. In Jodls letztem Berliner Hauptquartier in Berlin-Dahlem sass jetzt General Clay, der dem Botschafter in Moskau versichert hatte, die Berliner würden die Blockade ertragen, es sei möglich, sie auch über den Winter aus der Luft zu versorgen. Die Aufgabe Berlins würde praktisch die Aufgabe des Kontinents bedeuten. Nun war Clay der Verteidiger Berlins gegen die Russen, und die Deutschen standen, mit ihrem Sprecher Ernst Reuter, auf der Seite Amerikas.

So rasch hatten sich die Dinge gewandelt. Musste hier nicht Bedell Smith in ein Dilemma geraten? Er blieb, auch als Botschafter, Soldat, der an seine Befehle gebunden war. Aber er äusserte, dass man zunächst wohl in Berlin bleiben solle, im ganzen aber stelle Berlin eine Belastung dar, «deren wir uns bei der ersten besten Gelegenheit entledigen sollten».

Über die Berliner Währungsfrage sich mit Stalin zu verständigen – dazu waren die westlichen Botschafter sofort bereit. Die Blockade konnte weitergehen. Aber wenn man sich über die Währung geeinigt habe, sollte die Blockade aufhören. Dann wäre über die deutsche Situation zu reden.

Stalin musste einen merkwürdigen Eindruck von den Westmächten bekommen. In Berlin schlugen sie sich wider Erwarten ausgezeichnet. In Moskau jedoch schienen sie die Kapitulation in Berlin vorzuschlagen, vorausgesetzt, sie konnten ihr Gesicht wahren.

Sofort reagierte er, indem er vorschlug, ein Tauschgeschäft zu machen. Er wolle die Verkehrsbeschränkungen aufheben. Dagegen brauchten die Westmächte nur die Westmark in Berlin aus dem Verkehr zu ziehen. Er bestehe nicht mehr darauf, erst die Bildung des westdeutschen Staates einzustellen, ehe man nach Blockadebeendigung verhandle.

Im Protokoll müsse jedoch zu lesen sein, dass die Sowjetregierung dringend über den westdeutschen Staat zu verhandeln wünsche.

Um über Deutschland zu verhandeln, müsse man eine Viererkonferenz einberufen.

Auf diesen Kompromiss liefen nun die Verhandlungen hinaus, die von den Botschaftern mit Aussenminister Molotow geführt wurden.

Die Westmächte waren mit dem Tauschgeschäft einverstanden. Die Ausarbeitung der Einzelheiten, der technischen Angelegenheiten für die Zurückziehung der Westmark, ging jedoch nur langsam voran, da Molotow immer wieder auf die Festlegung eines Termins für die Viererkonferenz drängte, die Westmächte sich jedoch nicht festlegen wollten, weil für den 1. September der Parlamentarische Rat der Westzonen einberufen war. Würde man zugleich eine Viererkon-

ferenz durchführen, so müsste der Parlamentarische Rat sich desavouiert fühlen. Er käme wahrscheinlich gar nicht zustande.

Diesen doppelten Misserfolg in ihrer Deutschlandpolitik konnten sich die Westmächte nun doch nicht leisten. Aber Molotow drängte sie immer energischer in diese zweifache Kapitulation.

Die westlichen Botschafter widersetzten sich der Festlegung einer Viermächtekonferenz. Daraufhin wollte Molotow keine Garantie für eine Viermächtekontrolle der Berliner Währungs- und Handelspolitik bei Einführung der Ostmark auch in den Westsektoren geben.

Die Geheimverhandlungen liefen sich fest.

Die politischen Führer Berlins wussten, dass in Moskau Entscheidungen fielen. Die Öffentlichkeit erfuhr nur, dass wieder einmal über Berlin verhandelt wurde. Ernst Reuter hatte von General Clay erfahren, wozu die Westmächte bereit waren. Über den Rundfunk sagte er Mitte August 1948:

«Wir vermögen vielleicht noch kurze Zeit warten zu können, dann aber werden wir alle zusammen alle unsere Energie anspannen müssen, um auch dem Schlimmsten zu begegnen, das für uns in einer Meldung eingeschlossen sein würde: die Verhandlungen sind gescheitert. Dann erst wird unsere wirkliche Bewährungsprobe beginnen. Man sollte begreifen, was für eine grosse Hoffnung dieses Volk auf die Mächte setzt, die nun einmal den Gang der Welt zu bestimmen haben. Es liegt auf ihren Schultern eine ungeheure Verantwortung. Diese Stadt enttäuschen, heisst, eine Welt preisgeben, heisst am Ende, sich selbst preisgeben.»

Aus den Worten wird die Geschmeidigkeit deutlich, die Ernst Reuter in dieser Lage für geboten hielt. Er sprach von zweierlei: von einem Scheitern der Verhandlungen, aber auch von einer Preisgabe durch die Westmächte. Nur wenige verstanden ihn damals ganz.

Um die Geheimverhandlungen in Moskau endlich abzuschliessen, verlangten die Botschafter der Westmächte eine zweite Unterredung mit Stalin, die am 23. August 1948 stattfand.

Stalin kam den Westmächten noch einmal entgegen. In Berlin sollte die «Deutsche Notenbank» der Ostzone für ihre Aufgaben in der Viermächtestadt von einer Finanzkommission der vier Stadtkommandanten kontrolliert werden. Aber die Bildung des westdeutschen Staates sollte aufgeschoben werden.

Daran scheiterten beinahe die Geheimverhandlungen. Die Direktive über die technischen Einzelheiten und die Ausarbeitung durch die Finanzsachverständigen bei den Militärgouverneuren ging zwar nach Berlin. Aber ein Schlusskommunique kam nicht zustande, da hier nun protokolliert werden sollte, dass eine Viererkonferenz über Deutschland einberufen würde.

Die Westmächte waren nicht bereit, eine solche Klausel anzunehmen. Stalin musste einsehen, dass es ihm in Verhandlungen nicht gelungen war, den westdeutschen Staat zu verhindern. Nun war er entschlossen, trotz der Übereinkunft über die Ostmark für ganz Berlin, in der Stadt selbst zu handeln, um die Westmächte doch noch zu zwingen, nicht nur Berlin, sondern auch den westdeutschen Staat aufzugeben.

Ihm kam dabei etwas zu Hilfe. Ulbrichts Einheitspartei musste die Macht über die Stadtverordnetenversammlung in die Hand bekommen haben, wenn der Kompromiss von Moskau veröffentlicht wurde. Nur so war es den Vollstreckern des Stalinschen Willens möglich, die Volksvertretung auszuschalten, die freien Berliner mundtot zu machen. Ulbricht musste fürchten, dass sich die Volksvertretung gegen den Kompromiss von Moskau wenden würde. Kampflos hätten die Berliner die Westmark nicht hergegeben.

Im Berliner Westen stellte man sich auf Ulbrichts Putschversuche ein. Die SPD-Führung bereitete alles vor, was die Menschen schnell zu Volkskundgebungen vor dem Reichstag bringen konnte. Telefonisch und durch den Rundfunk sollten die Fabrikarbeiter, die Büroangestellten kurzfristig zu Demonstrationen gerufen werden. Man war gerade dabei, diese Übermittlungsorganisation aufzubauen, als Ulbricht zum ersten Putschversuch ausholte.

Am 25. August 1948 hatte der Berliner SED-Führer Hermann Matern alle Funktionäre aufgefordert, am nächsten Tag auf Strassen und Plätzen, in Betrieben und Verwaltungen Kundgebungen durchzuführen, um die Bevölkerung zum Kampf gegen den Magistrat aufzuwiegeln. Alle Berliner Frauen sollten, wie Matern es wünschte, ausserdem sofort Lebensmittel im Ostsektor beziehen und somit den Magistrat «ausschalten».

Sofort setzte die SPD für den Nachmittag des 26. August 1948 eine Volkskundgebung vor dem Reichstag an. Die Arbeiter sollten gegen Wilhelm Piecks Verteidigung der Blockade Berlins als «Schutzmassnahme» demonstrieren.

Am 26. August 1948 war für 14 Uhr eine ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung angesetzt. Der Ältestenrat sagte die Sitzung jedoch auf Antrag der SPD ab, als es sich herausstellte, dass Ulbrichts und Materns Funktionäre zu einem Gewaltstreik ausholten. In den Mittagsstunden trafen Putschisten vor dem Neuen Stadthaus ein. Sie kamen auf russischen Lastwagen der Sowjetischen Aktiengesellschaften und in Marschblocks. Sie zeigten Transparente, auf denen sie den Rücktritt des Magistrats forderten. Als sie hörten, die Stadtverordnetensitzung sei abgesagt, drangen sie gewaltsam in das Gebäude ein und besetzten den Plenarsaal. Dort trat der SED-Fraktionsvorsitzende Litke vor die Putschisten und forderte die Ostmark als einziges Zahlungsmittel für

Gross-Berlin, ein Winternotprogramm und anderes. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Geschke (SED) warf sich zum amtierenden Stadtverordnetenvorsteher auf und liess aus den SED-Abgeordneten und Demonstranten durch Zuruf eine Delegation zusammenstellen, die zum Bürgermeister Friedensburg ging, der im gleichen Haus amtierte. Diese Putschisten brachten dort vor, was zuvor Litke verkündet hatte. Sie drohten mit «entscheidenden Vorgängen» in den nächsten Tagen.

Bürgermeister Friedensburg hielt anschliessend eine Pressekonferenz ab, in der er erklärte, der Magistrat werde das Stadthaus nicht freiwillig räumen. Der Polizeischutz, den Friedensburg für das Stadthaus angefordert hatte, war vom Chef der Schutzpolizei im Ostsektor verweigert worden.

Am Vormittag hatte die SPD erfahren, dass ein Putsch gegen die Berliner Volksvertretung unternommen werden sollte. Nun löste sie Alarm in den Betrieben und Büros aus. Am Nachmittag standen fünfzigtausend Berliner vor dem Reichstag. Hier sprachen Franz Neumann (SPD), Kurt Landsberg (CDU), Carl-Hubert Schwennicke (LDP), Ernst Scharnowski von der Gewerkschaftsopposition UGO, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhf. Letzterer erklärte, diese Ereignisse im Stadthaus hätten bewiesen, dass die Russen der Berliner Volksvertretung und Stadtverwaltung keinen ausreichenden Schutz gewährten. Er forderte ein «neutrales Gebiet», damit die Selbstverwaltung nicht mehr belästigt würde.

Ernst Reuter rief aus: «Einmal werden die Kommunisten erkennen müssen, dass alle ihre Versuche vergeblich waren und dass unser waffenloser Wille stärker ist als ihre Tyrannenherrschaft.»

An diesem Tage hatten die nichtkommunistischen Parteien den Putschversuch durch die Vertagung der Stadtverordnetenversammlung noch unterlaufen können. Aber niemand gab sich der Illusion hin, dass die Kommunisten von ihrer «Revolution» ablassen würden. Die Technik des Staatsstreiches kannten Reuter und Ulbricht gut genug. Nun musste sich erweisen, wer die besseren Nerven hatte.

Auf die Westmächte wirkten die Berliner Vorfälle deprimierend. Sie verhandelten ja gerade in Moskau mit Stalin und Molotow, und man hatte sich auf einen Kompromiss geeinigt, der nur noch technischer Beratungen an Ort und Stelle bedurfte. General Clay erklärte, jeder Versuch der SED, die Verwaltung Berlins an sich zu reißen, werde scheitern. Das britische Aussenministerium drückte sich etwas zurückhaltender aus. Ein Sprecher hielt die Krawalle im Stadthaus für «inopportun» während der Moskauer Verhandlungen.

Am Morgen des nächsten Tages erschienen wiederum Putschisten vor dem Stadthaus. Sie verwehrten der Mehrzahl der Stadtverordneten den Zugang zum Haus. Dennoch eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr die Sitzung,

um sie sofort wieder zu vertagen. Er stellte fest, dass die Polizei seinen Anordnungen nicht Folge geleistet hatte.

Noch war das Stadthaus den Putschisten verschlossen, aber nun unternahm der sowjetische Verbindungsoffizier beim Magistrat, ein Major, den Versuch, den Putschisten Eingang zu verschaffen. Er bat Bürgermeister Friedensburg, ihm das Hauptportal öffnen zu lassen. Friedensburg weigerte sich. Da befahl er es dem Bürgermeister, der sich nun beugte. Als der russische Major auf die Strasse trat, drangen Putschisten durch die offene Tür ins Stadthaus. Mit anderen Putschisten, die vom SED-Stadtverordneten Mewis durch die Hintertüren eingelassen wurden, besetzten sie den Plenarsaal. Wiederum war es der Kommunist Litke, der zu den Eindringlingen sprach. Er behauptete, eine «öffentliche Versammlung der Arbeiterklasse» zu eröffnen, und meinte, die Bevölkerung der Westsektoren wäre im kommenden Winter dem «Hunger, dem Elend und dem Tod preisgegeben», wenn sie nicht sofort die Lebensmittel nur noch im Ostsektor bezöge, also zu den Kommunisten überliefe. Der Stadtverordnete Schlimme (SED) wettete gegen die «Stimmzettel-Demokratie».

Auch vor dem Stadthaus wurde Aufruhr gepredigt. Dort war ein Lautsprecherwagen der Einheitspartei aufgefahren, mit dessen Hilfe der SED-Stadtverordnete Schmidt die Menge aufhetzte.

Bürgermeister Friedensburg, der die Putschisten gezählt hatte und wusste, dass es nur wenige hundert Berliner waren, die hier Radau und «Revolution» machten, erklärte im Stadthaus vor Pressevertretern, der Magistrat werde vor der Gewaltandrohung einer verschwindend kleinen Minderheit nicht kapitulieren.

Der russische Stadtkommandant aber wurde von Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr gebeten, dem von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Bannmeilengesetz Geltung verschaffen zu lassen. General Kotikow revanchierte sich bei Suhr mit Ausflüchten.

Von den nichtkommunistischen Parteiführern wurde erwogen, in den Kellerräumen des früheren Reichstagsgebäudes Stadtverordnetensitzungen abzuhalten. Auf jeden Fall wurde an diesem Tag mit der Trümmerbeseitigung im Reichstag begonnen.

Die Westmächte waren geteilter Meinung wegen einer Verlegung der Stadtverordnetensitzungen aus dem Ostsektor. Die Briten hatten nichts dagegen, Franzosen und Amerikaner lehnten sie ab.

Dr. Suhr drang wiederum auf eine Bannmeile rings um das Stadthaus. Es waren jetzt 4'679 Betriebe mit 37'282 Beschäftigten in den Westsektoren stillgelegt. 7'159 Betriebe mit 59 226 Beschäftigten waren zur Kurzarbeit übergegangen. Aber auch im Ostsektor machte sich die Gegenblockade bemerkbar. Dort waren

192 Betriebe mit 1'365 Beschäftigten stillgelegt, 401 Betriebe mit 2'841 Beschäftigten waren zur Kurzarbeit gezwungen.

Unverdrossen wurde jedoch in den Messehallen am Funkturm im britischen Sektor die «Grüne Woche» eröffnet.

Am 30. August 1948 waren die Moskauer Geheimverhandlungen praktisch beendet. In der Direktive, die an die Militärgouverneure nach Berlin gesandt wurde, hiess es unter anderem:

«Die kürzlich auf erlegten Beschränkungen des Verkehrs, des Transportwesens und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen und von und nach der Sowjetzone sollen aufgehoben werden. Die Deutsche Mark der Sowjetzone soll als einziges Zahlungsmittel für Berlin eingeführt und die mit «B» gezeichnete Westmark in Berlin aus dem Verkehr gezogen werden.»

Die Besitzer von Westmark sollten beim Umtausch nicht diskriminiert werden. Darüber hatten die Militärgouverneure zu verhandeln. Aber noch immer blieben diese Vereinbarungen geheim, so dass die Deutschen im dunklen tappten. Die Westmächte wollten die Direktive sofort veröffentlichen, doch Molotow verhinderte es.

In dieser geladenen Atmosphäre, in der stündlich mit neuen Aktionen der Kommunisten gegen die Berliner Selbstverwaltung gerechnet werden musste, hatte der Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung die Vertreter Berlins beim Parlamentarischen Rat zu benennen, der am 1. September in Bonn zusammentrat. Da die kommunistischen Abgeordneten auch den Ältestenrat sabotierten, konnten Paul Löbe, Ernst Reuter, Otto Suhr, Jakob Kaiser und der Liberaldemokrat Hans Reif für die verfassunggebende Versammlung der Westzonen namhaft gemacht werden. General Clay hatte vorher noch bestimmt, dass die Berliner nur als Beobachter teilnehmen dürften. Der Viermächtestatus stehe einer Stimmberechtigung entgegen.

Ernst Reuter hatte, nur als Stadtrat und nicht legitimiert, für Magistrat oder Abgeordnetenhaus zu sprechen, Ende Juli 1948 vor den elf westdeutschen Ministerpräsidenten auf Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim seine politische Konzeption entwickelt. Sie war noch nicht alt, und es schien, als sei sie erst in den Tagen vor und nach Blockadebeginn entstanden.

Diese Rede sollte fortan entscheidend die deutsche Politik bestimmen, die langsam, unter grössten Schwierigkeiten, sich wieder zu Wort meldete.

Reuter sah im Kampf um Berlin eine wesentliche Unterstützung des nun anhebenden Kampfes der Deutschen von der Nichtsouveränität zur Vollsouveränität. Die Eroberung der Souveränität sei ein historischer Prozess, sie müsse schrittweise vollzogen werden, wobei zuerst politische Tatsachen zu schaffen

seien, denen dann der formelle Vollzug folge. Um Berlin und der Ostzone zu helfen, solle sich ein provisorischer Weststaat so bald wie möglich wirtschaftlich und politisch festigen. Dies sei die Voraussetzung für «die Gesundung unserer Verhältnisse (in Berlin) und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland».

Hier war sachlich, ohne Rücksichten auf bestehende Tabus, eine Politik auf gezeigt, die Option der Deutschen für den Westen hiess und mit Hilfe dieser Option dem westdeutschen Teilstaat und Berlin die Souveränität zurückerkämpfen sollte, die dem Deutschen Reich 1945 genommen wurde.

Berlin und der Weststaat waren wie zwei kommunizierende Röhren gedacht, die sich gegenseitig Unterstützung und Kraft zuführten. Aus dieser Verbindung sollte Deutschland wiedererstehen, gebunden an die westliche Demokratie, aber stark genug, um die Ostzone ins «gemeinsame Mutterland» zurückzuführen.

«Ihr müsst euer Haus bestellen», hatte Reuter etwas später den 47 Millionen in den Westzonen zugerufen, «Ihr leistet uns den denkbar schlechtesten Dienst, wenn Ihr nicht alles tut, was notwendig ist, um den Westen ökonomisch und politisch zu konsolidieren. Worauf sollen die Menschen im Osten und Berlin denn hoffen, als darauf, dass der Westen imstande ist . . . sein Haus so zu bestellen, dass all diejenigen, die einmal in die Heimat zurückkehren wollen, ein wohnliches Haus in dieser Heimat vorfinden? Das ist die politische Aufgabe, die vom Westen unter allen Umständen geleistet werden muss.»

Reuters politisches Konzept wurde durchaus nicht vom Parteivorstand der SPD in Hannover geteilt. Aber er nahm es hin. Merkwürdigerweise sollte später Adenauer dieses Konzept zu verwirklichen suchen, wobei er jedoch gewisse Nuancen hinzusetzte, die für eine Wiedervereinigung wichtig werden mussten. Die Sowjetunion verstärkte Ende August 1948 ihre Pressionen gegen die Berliner der Westsektoren, um im letzten Augenblick den Zusammentritt des Parlamentarischen Rats in Bonn zu verhindern. Aber die Westmächte waren nur bereit, die Moskauer Direktive über Blockadeaufhebung gegen Rückziehung der Westmark aus den Westsektoren durch die Militärgouverneure verhandeln zu lassen. Zu einer Vertagung des Parlamentarischen Rates kam es nicht mehr. Am 31. August 1948 traten die vier Militärgouverneure im Hause des Kontrollrats zu Beratungen zusammen. Eine Million Pfund Sterling hatte die Luftbrücke die Briten bis zu diesem Tage gekostet. Der Tagesdurchschnitt für die eingeflogenen Güter betrug 2 980 Tonnen, damit fehlten rund anderthalb tausend Tonnen täglich an der von General Clay vorgesehenen Mindestmenge.

Der Parlamentarische Rat der drei Westzonen konstituierte sich am 1. September 1948 in Bonn. Konrad Adenauer wurde sein Präsident. Ernst Reuter vertrat den Oberbürgermeister von Berlin. Im Ostsektor von Berlin wurden Arbeiter, die im Westen wohnten, vom zusätzlichen Betriebsküchenessen ausgeschlossen, wenn sie ihre Lebensmittel noch in den Westsektoren bezogen. Die «Partei der Arbeiterklasse» war zu jeder Schandtat bereit.

Während die vier Militärgouverneure Anfang September ergebnislos über den Kompromiss von Moskau berieten, wobei Marschall Sokolowski immer neue Hindernisse in den Weg legte, um die Vertreter der Westmächte zu zwingen, seinen Vorstellungen von einer Blockadeaufhebung und Westmarkzurückziehung entgegenzukommen, wurde immer deutlicher, dass Stalin gar kein Interesse mehr an diesem Kompromiss haben konnte, da es nicht gelungen war, den Zusammentritt des Parlamentarischen Rates zu verhindern.

Ulbricht bereitete seine Schlägerkolonnen auf den grossen Auftritt vor, durch den die Stadtverordnetenversammlung endgültig entmachtet werden sollte. Gleichzeitig formierte er als Ersatz der legalen Volksvertretung eine Gruppe abhängiger Politiker des Ostsektors.

Die Stadtverordnetensitzung wurde jedoch immer wieder hinausgeschoben, da General Kotikow nicht daran dachte, Otto Suhrs Bitte, die Bannmeile um das Neue Stadthaus errichten zu lassen, zu entsprechen.

Am 3. September 1948 bildete Ulbricht im Neuen Stadthaus einen «Demokratischen Block Berlin». Er setzte ihn aus dem Berliner Landesverband seiner Partei, den Arbeitskreisen abtrünniger CDU- und LDP-Mitglieder und aus einigen abtrünnigen Sozialdemokraten zusammen, die alle im Ostsektor wohnten. Diese Leute behaupteten, es bestehe der «Volksnotstand» in Gross-Berlin. Sie wünschten deshalb mit dem Magistrat Verhandlungen aufzunehmen. Ehe diese illegale Gruppe aktiv wurde, liess die sowjetische Zentralkommandantur noch vorsorglich alle Vorbereitungen für die Wahlen im Spätherbst einstellen, mit denen im Hauptamt für Statistik und Wahlen des Magistrats begonnen wurde. Das Hauptamt befand sich im Ostsektor.

Keine Zweifel sollten mehr bestehen, dass die Sowjets nicht noch einmal freie Wahlen in ganz Berlin zulassen würden.

Am 6. September 1948 war es dann soweit. Für 12 Uhr hatte Otto Suhr die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung angesetzt. Kampflös wollte Suhr nicht das Feld den Kommunisten räumen. Deshalb war eine Ordnergruppe von zweihundert Magistratsangestellten aufgestellt worden. Diese Freiwilligen sollten statt der Ostsektor-Volkspolizei das Neue Stadthaus während der Sitzung gegen Krawalle sichern.

Eine dünne Postenkette der Polizei stand vor dem Stadthaus. Wieder erschienen kommunistische Demonstranten, die von den Polizisten nicht gehindert wurden, in das Stadthaus einzudringen. Sie überwältigten die Magistratsordner und besetzten den Sitzungssaal der Stadtverordneten. Dort warteten sie auf die Volksvertreter, die jedoch von Otto Suhr unterrichtet worden waren, dass die Sitzung wegen des Sturms auf das Stadthaus vertagt sei.

Vor Wut vergriffen sich kommunistische Rowdys an Journalisten westsektoraler Zeitungen und zwei Reportern des RIAS. Die im Hause stationierten Polizisten schritten nicht ein.

Nun übernahm der Kommunist Ottomar Geschke im Sitzungssaal das Kommando über die Aufrührer. Mit kalter Geschäftigkeit inszenierte er eine Sitzung des «Demokratischen Blocks Berlin». Der SED-Fraktionsvorsitzende Litke hielt wiederum eine Ansprache, ausserdem ein Dr. Brandt, der aus der CDU ausgeschlossen worden war.

Und wiederum hielt Bürgermeister Friedensburg im gleichen Hause eine Pressekonzferenz ab, auf der er versicherte, dass der Magistrat trotz allem seine Arbeit im Neuen Stadthaus fortsetzen werde. Den Stadtverordneten sei es jedoch nicht mehr zuzumuten, im Ostsektor zu tagen. Friedensburg berichtete, dass ihm der Leiter der Polizeiinspektion Mitte ursprünglich zugesagt habe, dafür zu sorgen, dass kein Demonstrant in das Stadthaus eindringen könnte.

Ferdinand Friedensburg war entschlossen, den Kommunisten zu überlassen, wie sie nun auch den Magistrat vertreiben wollten. Er hielt noch einige Monate mit seinen Mitarbeitern im Stadthaus aus.

Als die Demonstranten endlich wieder in ihre Betriebe zurücktransportiert worden waren, erschienen starke Polizeikräfte, die das Neue Stadthaus abriegelten. Sie drangen ins Stadthaus ein, nahmen Kontrollen und Verhaftungen vor. Sie machten Jagd auf die Magistratsordner, denen es teilweise gelang, sich ins Büro des amerikanischen Verbindungsoffiziers zu flüchten. Ferdinand Friedensburg schlug sowjetischen Verbindungsoffizieren den freien Abzug dieser Ordner und Magistratsangestellten vor, aber die Russen lehnten ab. Die Polizisten verhafteten nun in den Räumen der Amerikaner eine grössere Zahl von Ordnern. Auch ein Vertreter des «Tagesspiegel» und des «Sozialdemokrat», der in den Westsektoren erscheinenden Tageszeitungen, wurden verhaftet. Mit anderen Journalisten wurden sie in Handschellen abgeführt. Die Russen forderten die Verbindungsoffiziere der Westmächte auf, das Haus zu räumen. Die westlichen Offiziere weigerten sich. Es gelang der russischen Militärpolizei jedoch, zwei amerikanische Autobusse, die vor dem Stadthaus parkten, zu zwingen, in die sowjetische Zentralkommandantur zu fahren.

Damit war erwiesen, dass Ulbricht sowjetische Hilfe benötigte, um im Stadthaus gegen die Stadtverordnetenversammlung zu putschen. Seine Schlägerkolonne und russische Offiziere arbeiteten eng zusammen, um die Demokratie in Gross-Berlin zu stürzen.

Als diese Vorfälle in der Sitzung der vier Militärgouverneure im Hause des Kontrollrats im amerikanischen Sektor bekannt wurden, mussten die Verhandlungen über den Moskauer Kompromiss endlich scheitern.

Um 18.45 Uhr eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr im Studentenhaus am Steinplatz (britischer Sektor) in Abwesenheit der SED-Fraktion, die am Mittagsputsch im Stadthaus beteiligt war, für die aber ordnungsgemäss Plätze bereitgehalten wurden, eine ausserordentliche Stadtverordnetensitzung. Er teilte mit, dass er durch die ungewöhnlichen Umstände sich gezwungen sah, ohne den Ältestenrat zu befragen, eine Sitzung an einen Ort einzuberufen, der die Parlamentshoheit gewährleiste. Es war also wiederum den Kommunisten und Sowjets nicht gelungen, eine Stadtverordnetensitzung zu sprengen. Freilich musste von nun an das Stadtparlament das Stadthaus meiden, aber es bestand keine Vorschrift, wo es in Berlin seine Sitzungen abzuhalten habe.

Die Stimmung unter den Abgeordneten war bestimmt von den düsteren Vorgängen im Stadthaus. Eine bestellte Talmi-Revolution hatte dort stattgefunden. Mit Mühe unterdrückten die Vertreter der Berliner Bevölkerung Trauer, aber auch Ekel.

Da erschien der partei- und fraktionslose Abgeordnete Dr. Brandt, der am Mittagsputsch mit Ulbrichts Schlägerkolonne teilgenommen hatte, und sprach sich gegen die Verlegung des Tagungsortes aus. Er bestritt der Versammlung das Recht, als Stadtparlament zu tagen.

Die Antwort der nichtkommunistischen Fraktionen war ein einstimmig angenommener Dringlichkeitsantrag der SPD, CDU und LDP gegen die «Sabotage der parlamentarischen Arbeit» durch die «putschistische Tätigkeit» der SED, die diese, unter Duldung der sowjetischen Besatzungsmacht, wie vor 1933 ausübe. Einstimmig wurde beschlossen, am 14. November Neuwahlen in Gross-Berlin durchzuführen. Dazu wurde die Wahlordnung verabschiedet.

Das Stadtparlament ging dann zur Tagesordnung über, indem es viele Tagesordnungspunkte rasch erledigte, die anstanden. Die praktische Arbeit des Parlaments war wieder gewährleistet.

Am folgenden Tage endete die letzte Sitzung der vier Militärgouverneure ergebnislos.

Der Kompromiss von Moskau war erledigt. Die Blockade würde nun andauern, aber die Westmark blieb in der Stadt.

In Washington wurde der Nationale Sicherheitsrat einberufen.

Abends wurde wiederum das Neue Stadthaus von der Polizei des Ostsektors abgeriegelt. Offizieren der westlichen Mächte wurde von der Polizei das Betreten und Verlassen des Gebäudes verwehrt. Der stellvertretende amerikanische Stadtkommandant, Oberst Babcock, fuhr zum Neuen Stadthaus, um die Lage zu erkunden. Sowjetische Militärpolizei nahm ihn fest. Der Oberst wurde aber bald wieder freigelassen.

Der Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung beschloss, so lange keine Sitzung in den Ostsektor einzuberufen, wie dort Angestellte des Magistrats gefangen gehalten würden und das Gebäude von Polizisten besetzt sei, die nicht der Verfügungsgewalt des Magistrats unterstünden. Die Polizeikräfte Gross-Berlins waren schon am 28. Juli 1948 auf den Ostsektor und die Westsektoren aufgeteilt worden. Damals hatte der neue, vom Magistrat ernannte Polizeipräsident Dr. Stumm alle demokratisch gesinnten Polizisten aufgefordert, sich ihm in den Westsektoren zur Verfügung zu stellen; Stumm war der Nachfolger des von seinem Dienst durch Bürgermeister Friedensburg suspendierten Polizeipräsidenten Markgraf.

Dieser war jedoch im Amte geblieben, gestützt von den Russen, und nun auf Rache aus gegen diejenigen, die ihn ablösten.

An diesem Tage erlosch auch der Zeitungsaustausch zwischen Ost und West in Berlin und in der Ostzone endgültig.

Am 8. September 1948 nahm der amerikanische Aussenminister Marshall zu den Vorgängen in Berlin Stellung. Er erklärte, damit solle eindeutig eine kommunistisch kontrollierte Regierung in Berlin vorbereitet werden. «Diese Ereignisse sind dem Versuch, zu einer Viermächterregelung über Berlin zu gelangen, nicht förderlich. Die Vereinigten Staaten stehen hinter der ordnungsgemäss gewählten Stadtvertretung.» Das britische Aussenministerium teilte lakonisch mit, dass eine Prüfung des Deutschlandproblems für die britische Regierung überhaupt nicht in Frage komme, wenn sie dabei unter Druck verhandeln solle.

Im Berliner Ostsektor kam es zu einem Wortbruch der Sowjets. Im Neuen Stadthaus befanden sich noch immer neunzehn Magistratsordner, denen es am 6. September 1948 gelungen war, sich in den Räumen des französischen Verbindungsoffiziers zu verbergen. Der französische Offizier schützte die neunzehn Deutschen vor dem Zugriff der Russen und der Volkspolizei. Um sie aus dieser misslichen Lage zu befreien, hatten Verhandlungen auf höchster Ebene stattgefunden. Der französische Militärgouverneur, General König, hatte Marschall Sokolowski bedeutet, dass er freien Abzug für diese neunzehn wünsche. Der sowjetische Marschall entsprach diesem Wunsche. Der sowjetische Stadtkommandant General Kotikow sagte dem französischen Stadtkommandanten General Ganeval ehrenwörtlich zu, dass freier Abzug für die neunzehn erlaubt sei. Die Magistratsordner konn-



Potsdamer Platz, 17. Juni 1953: Sowjetische Panzer greifen ein



Potsdamer Platz, 17. Juni 1953: Unbewaffnete Arbeiter gegen russische Panzer

ten das Stadthaus auch verlassen, aber auf der Fahrt zurück in den französischen Sektor wurden sie von sowjetischer Militärpolizei und Volkspolizei gestellt und verhaftet. Nun befanden sich etwa fünfzig Magistratsordner in den Händen der Sowjets.

Die Empörung der französischen Offiziere war grenzenlos. Noch einmal setzten sich die Franzosen für die neunzehn Deutschen ein. Der stellvertretende französische Militärgouverneur, General Noiret, ersuchte den stellvertretenden sowjetischen Oberbefehlshaber General Dratwin, die Deutschen freizugeben. Der russische General lehnte mit der Begründung ab, er sei nicht zuständig.

Noch am gleichen Tage trat Willy Brandt, der den Vorstand der Westzonen-SPD in Berlin vertrat, vor die in- und ausländische Presse und legte zwei Denkschriften über Verhaftungen und Verschleppungen in Berlin und der Ostzone vor.

Am 9. September 1948 wurden die Berliner durch Presse und Rundfunk alarmiert. Die drei nichtkommunistischen Parteien riefen zu einer Kundgebung vor dem Reichstag. Etwa dreihunderttausend Berliner machten sich zu Fuss zur Ruine des Reichstagsgebäudes, zum Platz der Republik neben dem Brandenburger Tor auf. Sie kamen aus allen Sektoren, und ihr Weg führte durch den abgeholzten Tiergarten, über die Ruinen der Wilhelmstrasse. Auf dem Brandenburger Tor wehte die rote Fahne der Weltrevolution.

Die grösste Freiheitskundgebung Berlins eröffnete der Volksredner Franz Neumann. Er gedachte der Opfer von 1933 bis 1948. Bürgermeister Dr. Friedensburg versicherte, dass die Berliner Stadtverwaltung an der Stelle aushalten werde, wohin sie der Wille der Bevölkerung gestellt habe. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr beschuldigte den sowjetischen Stadtkommandanten, General Kotikow, dem Bannmeilengesetz nur deshalb nicht entsprochen zu haben, weil erden Friedensstörern den Weg ins Stadthaus freihalten wollte. Damit sei im sowjetischen Sektor von Berlin die verfassungsmässig auch von den Sowjets verbürgte Selbstverwaltung und Freiheit aufgehoben.

Dann sprach Ernst Reuter. Er stand am Rednerpult auf seinen Stock gestützt, den er benutzte, seit er im Ersten Weltkrieg eine schwere Beinverwundung an der Ostfront erhalten hatte. Er trug die Baskenmütze, seine Stimme klang beschwörend, als müsste ihn die ganz freie Welt nun hören.

Reuter wusste, dass das Schicksal des freien Berlins noch immer am seidenen Faden hing, denn noch war der Moskauer Kompromiss nicht offiziell zu Grabe getragen. Deshalb begann er:

«Heute ist der Tag, wo das Volk von Berlin seine Stimme erhebt. Dieses Volk von Berlin ruft heute die ganze Welt, denn wir wissen, worum es heute geht bei

den Verhandlungen im Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Strasse und in den steinernen Palästen des Kreml. In allem diesem Handeln und Verhandeln wollen wir Berliner kein Tauschobjekt sein. Uns kann man nicht eintauschen. Uns kann man nicht verhandeln, und uns kann man nicht verkaufen. Es ist unmöglich, auf dem Rücken eines solchen tapferen, standhaften Volkes einen faulen Kompromiss zu schliessen.

Ihr Völker der Welt! Ihr Völker in Amerika, in England, Frankreich und Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt.

Das Volk von Berlin hat gesprochen. Wir haben unsere Pflicht getan, und wir werden unsere Pflicht weiter tun. Völker der Erde! Tut auch ihr eure Pflicht. Helft uns in der Zeit, die vor uns steht, nicht nur mit dem Dröhnen der Flugzeuge, nicht nur mit den Transportmöglichkeiten, die ihr hierherschaft, sondern mit dem standhaften, unzerstörbaren Einstehen für die Ideale, die allein unsere Zukunft gemeinsam und auch eure Ideale sichern können.

Völker der Welt! Schaut auf Berlin und das Volk von Berlin! Seid dessen gewiss; diesen Kampf, den wollen, diesen Kampf, den werden wir gewinnen.»

Und auf den Wortbruch General Kotikows hinweisend, sprach er das kühne Wort: «Ehe der Hahn dreimal gekräht hatte, hatte der russische General sein Wort gebrochen.»

Mit Tausenden von Demonstranten marschierten die Parteiführer dann zum Haus des Kontrollrats in der Potsdamer Strasse, um dort alliierten Verbindungs-offizieren ein Memorandum zu übergeben. Darin wurden die Versuche der Sowjets geschildert, mit Hilfe der SED das Wahlergebnis vom 20. Oktober 1946 unwirksam zu machen. Mit Tatsachen wurden die Eingriffe in die Wirtschaft belegt, die kommunistische Durchdringung der Polizei, die Entlassungen und Verhaftungen demokratischer Berliner in den Bezirksverwaltungen des Ostsektors, die kommunistische Ausrichtung des Schulwesens, die Zwangsmassnahmen gegen das Hauptnährungsamt, gegen die demokratischen Parteien.

Inzwischen versuchten die Berliner des Ostsektors auf kürzestem Wege durch das nahe gelegene Brandenburger Tor heimzukehren. Dort erwartete sie Polizei des Ostsektors, die der Menge die Rückkehr in den sowjetischen Sektor verwehrte. Die Menschen drängten gegen die Polizisten vor, um auf die Strasse Unter den Linden zu gelangen. Da begann die Polizei in diese Menge zu schießen.

Der fünfzehnjährige Wolfgang Scheunemann stellte sich schützend vor eine Krankenschwester. Von den Schüssen der Volkspolizisten getroffen, brach er blutüberströmt zusammen.

Er war das erste Todesopfer der Sektorengrenze mitten in Berlin. Noch zwölf weitere Berliner wurden verletzt. Während die Menge vorder wild um sich schießenden Polizei auf dem Boden lag, kletterte ein junger Mann auf das Brandenburger Tor und riss die rote Fahne der Weltrevolution herunter.

Auf dem Hindenburgplatz, vor dem Brandenburger Tor, wurde die rote Fahne von der Menge später zerrissen und verbrannt. Die Volkspolizisten nahmen Verhaftungen vor, ein sowjetischer Soldat kam, die Maschinenpistole schwingend, auf einem Jeep angerast. Es gelang einem britischen Offizier, einzugreifen, die russischen Wachen am sowjetischen Kriegerdenkmal zu beruhigen, so dass weiteres Blutvergiessen verhindert wurde.

Britische Militärpolizei sicherte das russische Denkmal, das die Bevölkerung zu stürmen versuchte.

Nachts antwortete die «Stimme Amerikas» auf den Freiheitsruf der Berliner. «Wir haben euren Ruf gehört, Berliner.»

Von einem Kompromiss in Berlin zwischen den vier Besatzungsmächten konnte keine Rede mehr sein. Am Tage nach der Freiheitskundgebung vor dem Reichstag erteilte die amerikanische Regierung dem Oberkommandierenden der Luftstreitkräfte in Europa, General Curtis LeMay, uneingeschränkte Vollmacht, alle Massnahmen zu treffen, die geeignet waren, die neuen sowjetischen Forderungen für den Luftverkehr zwischen Berlin und den Westzonen zurückzuweisen und die Sicherheit des Verkehrs über die Luftbrücke zu gewährleisten.

Sowjetische Forderungen? Am gleichen Tage hatten die Sowjets Luftmanöver rings um Berlin und über ihrer Zone angekündigt. Sie verlangten genaue Angaben über jeden Flug von und nach Berlin.

Nur eine Handbreit schien die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs von einem Krieg zu trennen, den sie untereinander, die Westmächte gegen die Sowjetmacht, auszufechten hätten...

Dreizehntes Kapitel

DAS BÜNDNIS MIT DEN WESTMÄCHTEN

Im September 1948 war die Anti-Hitler-Koalition der Westmächte mit der Sowjetunion zerbrochen. Berlin, die eroberte Hauptstadt des ehemaligen Deutschen Reiches, Sitz des Kontrollrates der vier Siegermächte, der die oberste Gewalt über Deutschland und die Deutschen auszuüben berufen war, hatte die nach dem militärischen Sieg mehr oder weniger glücklich gebliebene Interesseneinheit der Sieger ad absurdum geführt.

Der weltgeschichtliche, hauptsächlich ideologische Gegensatz zwischen faschistischen und antifaschistischen Mächten war ins Grab der Historie gesunken, aber er hatte einen neuen Gegensatz von weltgeschichtlichem Ausmass geboren: den Widerstreit zwischen freiheitlich-demokratischen Mächten und der totalitären, stalinistischen Sowjetmacht.

Beide Mächte lagen sich mit ihren bis an die Zähne bewaffneten Truppen in der neuntgrößten Stadt der Erde gegenüber, scheinbar bereit, die Waffen einzusetzen, wenn es ihr Prestige oder ihre Planung erforderte. Nun wurde es Zeit, die Vereinten Nationen anzurufen, um den Ausbruch des Dritten Weltkrieges oder, wie viele meinten, die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges mit neuen Fronten zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben.

Wie die Geschichte lehrt, hatten sich Okkupationsmächte mit missionarischen Absichten stets nach kurzer Zeit mit den Okkupierten zu identifizieren. Sie waren gezwungen, Bündnisse einzugehen, die ihren Absichten vielleicht widersprachen, sie schwerfällig im Lavieren machten. Die Freiheit des Handelns mussten sie verlieren.

Dies trat in Berlin mit zunehmender Beschleunigung ein.

Die Berliner selbst hatten die Chance, wenn sie nur unerschrocken blieben und sich immer selbstbewusster gegen jene Macht wehrten, die sie auf keinen Fall mehr ertragen wollten, innerhalb des Konflikts der Weltmächte für den grössten Teil ihrer Stadt jene Freiheit zu retten, für die sie sich bei den Oktoberwahlen 1946 entschieden hatten.

Eines blieb ihnen versagt: Passiver Widerstand gegen die Spaltung ihrer Stadt. Dazu waren sie zu machtlos. Aber die Ironie der Geschichte wollte es, dass gerade aus der absoluten Machtlosigkeit und Abhängigkeit in dieser einmaligen Situation immer deutlicher Macht gewonnen wurde. Die Gnade des Nullpunkts, über die seit 1945 im zertrümmerten Deutschland so oft gesprochen und geschrieben worden war, fiel den Berlinern jetzt zu, und sie verstanden diese Gnade zu nützen: Sie wurden sich der Freiheit der Wahl des neuen Verbündeten bewusst.

Es hätte auch alles anders laufen können. Wären den Berlinern nicht politische

Kräfte zugewachsen, Führerpersönlichkeiten, die Entschlüsse zu fassen wussten, so hätte der Sog des östlichen Machtbewusstseins sie an sich gerissen. Dann wären sie verloren gewesen, und nichts hätte sie vor dem Schicksal der Städte Warschau oder Prag bewahrt. Die Chance der Sowjetmacht, 1945 diese Stadt nicht nur zu erobern, sondern auch für die Zukunft zu gewinnen, hatte Stalin übermütig vergeben. Der Brückenschlag von Berlin hätte zwischen Ost und West gelingen können, wenn nicht der Hochmut und das Sendungsbewusstsein der Sowjetmacht zu gross gewesen wären.

Die Blockade der Berliner Westsektoren, von der Sowjetpropaganda stets abgestritten, verdichtete sich im September 1948. Bisher war es noch Blockadebrechern gelungen, gelegentlich freie Lebensmittel aus dem Westen in die Stadt zu schmuggeln. Nun verstopften Sowjets und deutsche Kommunisten auch die letzten Löcher im Blockadering. Über die Luftbrücke wurden nur konservierte oder getrocknete Lebensmittel eingeflogen, deren Qualität gut war, wenn sie aus den Vereinigten Staaten oder Grossbritannien stammten, während die in den Westzonen hergestellten Trockenkartoffeln kaum geniessbar waren. Wegen der Strom- und Gassperren war die Zubereitung auch nur einer einzigen warmen Mahlzeit am Tage gefährdet.

Die Blockaderation betrug in der Kartengruppe III, zu der die Mehrzahl der Westberliner gehörte, täglich:

400 g Brot
50 g Nahrungsmittel
40 g Fleisch
30 g Fett
40 g Zucker
400 g Trockenkartoffeln
5 g Käse

Vorgesehen war die Verteilung von 12,5 kg Hausbrandstoffen (Kohle oder Holz) für den drohenden Winter. Die Blockierten hungerten nicht, aber sie waren immer hungrig.

Der Paketverkehr blieb gestört.

Das schlimmste aber war, dass die Menschen täglich in einem Spannungszustand leben mussten, der an den Nerven der unterernährten Bevölkerung zerrte. Jeden Tag gab es neue sowjetische oder kommunistische Überraschungen. Gerüchte kamen auf und gingen wieder unter, um sofort von neuen Gerüchten abgelöst zu werden, deren Wahrheitsgehalt niemand nachprüfen konnte. Am 13. September 1948 wurde Berlin von den Flugzeugen der Luftbrücke 73 ymal angefliegen. Das pausenlose Motorengedröhn beunruhigte und beruhigte doch zu-

gleich. Blieb es einmal aus, so fürchtete man, im Stich gelassen zu sein. Tag und Nacht lag die Stadt unter dieser Geräuschdecke, aus der es kein Entrinnen gab.

In Tegel war innerhalb von 92 Tagen ein neuer Flugplatz gebaut worden. Die Sendemasten des Berliner Rundfunks behinderten jedoch die An- und Abflüge. Der französische Stadtkommandant, General Ganeval, liess die Masten sprengen. Seine Antwort auf den Protest des russischen Stadtkommandanten, dem der Berliner Rundfunk im britischen Sektor noch unterstand, und auf die russische Frage, wie er das habe machen können, lautete: «Mit Hilfe von Dynamit und französischen Sappeuren.» General Ganeval konnte den Wortbruch General Kotikows beim Stadthausputsch nicht vergessen.

Bald wurde die Luftbrücke ebenso selbstverständlich wie früher der Eisenbahnverkehr. Sie forderte Opfer. Maschinen stürzten über der Ostzone, über der britischen und amerikanischen Zone ab. 79 Menschen gaben ihr Leben: 39 Engländer, 31 Amerikaner und 9 Deutsche.

Zum hundertsten Tag der Blockade überreichten Kinder dem amerikanischen Luftbrückenpiloten Leutnant G. Halverson Geschenke. Halverson hatte als «Schokoladenflieger» vor seinen Landungen Hunderte von Schokoladentafeln an Fallschirmen, die aus Taschentüchern gebastelt waren, abgeworfen. Schokolade kannten die Berliner seit dem Kriege nicht mehr. Als die Stadtkommandanten sich gezwungen sahen, zwei Drittel des Berliner Waldbestandes zum Abholzen freizugeben, protestierte die Bevölkerung leidenschaftlich. Jeder zweite Strassenbaum sollte gefällt werden, damit der Westsektorenbewohner zwei Kästen Holz im Winter erhalte, aber die Berliner lehnten diese Vernichtungskaktion ab. Die drohenden langen Nächte kündigten sich an. Kerzen und Petroleum waren gefragt wie nicht einmal während der Jahre des Luftbombardements. Und Witze erzählte man sich:

«Glauben Sie mir’, habe ich dieser Tage zu jemandem gesagt, der wieder einmal am Verzweifeln war, ‚haben wir *die* überstanden, werden wir *die* auch noch überstehen.’ Wir hatten, um Missverständnissen vorzubeugen, sei es erwähnt, über zwei Kartenperioden gesprochen.»

Das war die Sprache Hans Kaspers, der im französisch lizenzierten «Kurier» seinen «Juristischen Wochenbericht» veröffentlichte:

«Meine Damen und Herren! Es bestehen, wie Sie vielleicht schon gehört haben, in der Viermächtestadt Berlin zur Zeit rechtlich gewisse Unstimmigkeiten. Hier einige Exempel der letzten Woche:

Also der eine Polizeipräsident ist wegen Autodiebstahls angezeigt, während der andere Polizeipräsident – Sie wissen, wir haben vorläufig nur zwei – des Menschenraubes beschuldigt wird. Gegen den Leiter des Haupternährungsamtes soll wegen Heimtücke vorgegangen werden. Seinem Stellvertreter wird Hausfriedensbruch vorgeworfen.

Der Direktor der Ostzonenpost wird der Freiheitsberaubung und der Poststadtrat von Berlin der Unterschlagung bezichtigt. Der Generalstaatsanwalt von Berlin ist dieser Tage aus der Haft entflohen. Die ihn bewachenden Polizeibeamten wurden verhaftet, weil sie ihn bewacht hatten. Der Staatsanwalt selbst war verhaftet worden, weil er einen Minister und einen Parteiführer unter Mordverdacht verhaften lassen wollte. Der Amtsrichter von Berlin-Mitte sitzt im Gefängnis, weil er gar kein Richter ist. Allerdings ist noch fraglich, ob es sich dabei um Betrug oder Geisteskrankheit handelt. Und das, meine Damen und Herren, scheint überhaupt zurZeit nicht nur in diesem Einzelfall die juristische Kardinalfrage in Berlin zu sein, inwieweit der Paragraph 51 insgesamt anzuwenden ist.»

Der grimmige Witz hatte genügend reale Grundlagen. Hans Kasper musste nichts erfinden. Im amerikanischen Sender RIAS wurde einer seiner militärischen Wochenberichte verbreitet:

«Heute ist Donnerstag, der 66. Tag der Blockade gegen Berlin im Jahre III der demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Die hermetische Abschneidung unserer Stadt durch die Russen von allen Zufuhren zu Lande und zu Wasser dauert an. Einsatzgeschwader der Westmächte jedoch befördern in rollendem Einsatz über die Luftbrücke für die Bevölkerung die notwendigsten Versorgungsgüter, eine Menge, die seit Blockadebeginn mehr als hunderttausend Tonnen beträgt.

Gleichzeitig werden die Feindseligkeiten der beiden grossen Gegner im Innern Berlins mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. Deutsche Hilfskräfte, wie immer an vorderster Front, schlagen sich auf beiden Seiten mit Erbitterung und gehorchen freudig jedem Befehl.

Alte deutsche Landsknechtstradition trägt auch hier, im Grossmachtskampf des 20. Jahrhunderts, der Epoche der Humanität und des Sozialismus, ihre glänzendsten Früchte.

Im einzelnen wird gemeldet: Die Sektorengrenzen werden nach wie vor hart verteidigt. Gelegentliche Vorstösse östlicher Militär- und Polizeiformationen, besonders in der Gegend des Potsdamer Platzes, konnten westlicherseits zurückgewiesen werden. Nur die Bahnhöfe und Eisenbahnlinien befinden sich, auch in den Westbezirken, weiterhin in russischer Hand. Der anhaltende sowjetische Druck lässt die Aufgabe der restlichen verbliebenen westlichen Stellungen im Osten in nicht allzu langer Zeit erwarten. Insgesamt ist also für die nächste Zeit in keiner Weise mit dem Abflauen der Berliner Blockadekämpfe zu rechnen, es sei denn, aus den jeweiligen Hauptstädten der Weltmächte träfen anderslautende Befehle ein.»

Oder dieser Blockadewitz: «Im Himmel treffen sich zwei alte Bekannte aus Berlin. ‚Wie geht’s denn?’ – ‚Danke, ausgezeichnete – ,Und der Frau Gemah-

lin?’ – ‚Ach, nicht so besonders. Ich mache mir direkt Sorge. Sie lebt noch.‘»
Um diese Zeit erklärte Marschall Sokolowski, der die Blockade verhängt hatte:
«Es gibt keine Blockade.»

Der Wahnsinn, mitten im Frieden die Bevölkerung einer Millionenstadt durch die Drohung mit Hunger, Kälte und Arbeitslosigkeit politischen Forderungen gefügig zu machen, traf den Berliner ins Herz. Er musste zusehen und notgedrungen mit Hand anlegen bei der Spaltung seiner Stadt, die er liebte, an die er sich gewöhnte, in der er die Luftangriffe, die Eroberung, das Elend der ersten Nachkriegsjahre ausgehalten hatte. Da die Spaltung Berlins nicht mehr aufzuhalten war, mussten zumindest die politischen Führer kühle Köpfe behalten, um die Westsektoren, in denen zwei Drittel der Berliner Einwohnerschaft lebten, zu konsolidieren. Hier war die Selbstverwaltung zu konzentrieren, das Währungsproblem zugunsten der alleinigen Anerkennung der Westmark zu lösen. In jenen September- und Oktobertagen 1948 wurde West-Berlin gegründet.

Im Ostsektor vollzog sich die Staatsgründung nach Plan. Die Sozialistische Einheitspartei musste zu einer «Partei neuen Typus» umgebildet werden. Dies war Ulbrichts Geschäft, der ein gleichberechtigtes Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED stets nur als Tarnung benutzt hatte. Nun konnte er endlich die Partei von jenen Elementen säubern, die nicht gewillt waren, sich ihm unterzuordnen. Stalin war durch den Abfall Titos und das Misslingen einer schnellen Wiedereroberung ganz Berlins gezwungen, im eigenen Imperium Ordnung zu schaffen. Er liess die angeblich von ihm verfasste «Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)» zur «Bibel» des Weltkommunismus erklären und drang darauf, die Ostzone rascher zu sowjetisieren. Am 13. Oktober 1948 hatte im Zwickauer Kohlenrevier Adolf Hennecke die deutsche Stachanow-Bewegung eingeleitet, obwohl er sich zuerst weigerte, den Parteiauftrag zu erfüllen. Für die Ausbeutung der Uranervorkommen im Erzgebirge war die Ostzone nun durch die «Aktivisten»-Bewegung nach Stachanow besser gerüstet.

Das Uranerz benötigte die Sowjetunion für die Produktion von Atombomben. Damals wurden die Vorräte an zu förderndem Uranerz auf rund fünfzehn Jahre geschätzt. Es war natürlich, dass damit eine Preisgabe der Ostzone für absehbare Zeit undiskutabel werden musste.

Am 15. Oktober 1948 traf der ehemalige deutsche General von Seydlitz in Berlin ein. Die Russen hatten ihn aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, um seine Beratung beim Aufbau einer kasernierten Volkspolizeitruppe von vierhunderttausend Mann in Anspruch zu nehmen. Am 22. Oktober 1948 nahm der «Volks-

rat» die Verfassung der «Deutschen Demokratischen Republik» an. Am nächsten Tage erklärte ein sowjetisches Militärtribunal Ernst Reuter, Ferdinand Friedensburg, Franz Neumann, Otto Suhr zu «feindseligen Politikern», gegen die Material beim Tribunal zur Anklageerhebung vorliege.

Die Drohung mit dem Militärgericht gegenüber demokratischen Politikern war der Gipfel der sowjetischen Einschüchterungskampagne. Am gleichen Tage trafen Bertold Brecht und Helene Weigel aus der Emigration in Berlin ein und entschieden sich bald, im Ostsektor ihren Wohnsitz zu nehmen. Sie erwarben die österreichische Staatsangehörigkeit. Der Romancier Arnold Zweig war drei Tage zuvor ebenfalls nach Ostberlin heimgekehrt.

Winston Churchill erhob seine Stimme und warnte die Westmächte vor Gegenleistungen für die Aufhebung der «erpresserischen Blockade Berlins». Er vertrat die Ansicht, es wäre besser gewesen, wenn 1945 die alliierten Truppen in Berlin einmarschiert und die amerikanischen Panzer nach Prag vorgerückt wären.

Die Westmächte hatten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen, der aber sofort durch ein sowjetisches Veto handlungsunfähig in der Berlinfrage gemacht wurde.

Noch immer fuhr Ferdinand Friedensburg als amtierender Oberbürgermeister täglich ins Neue Stadthaus in den Ostsektor, um die Fiktion eines Magistrats für die ganze Stadt aufrechtzuerhalten. Sein preussisches Pflichtbewusstsein und eine gewisse Halsstarrigkeit liessen es nicht zu, freiwillig den Kommunisten die Räume zu übergeben, in denen 1945 der Magistrat von Gross-Berlin seine Tätigkeit aufgenommen hatte.

Auch bei seinen Freunden in den Westsektoren stiess Friedensburg auf Ablehnung. Aber seine persönliche Tapferkeit ging in die Stadtgeschichte ein.

Es war zu erwarten, dass die Kommunisten noch einmal einen Stadthausputsch inszenieren würden, wenn der Termin der Stadtverordnetenwahlen näher rückte. Diese Wahlen wurden für den 5. Dezember festgelegt.

Vor diesem Tage musste die SED die Fiktion einer einheitlichen Berliner Selbstverwaltung zerstört haben, denn sie dachte nicht daran, sich freien Wahlen noch einmal zu stellen.

Dass die Kommunisten den Magistrat im Stadthaus nicht mehr ernst nahmen, ging aus Wilhelm Piecks Aufforderung an die Westberliner hervor, die demokratischen Verhältnisse in ihren drei Sektoren nach Spartakusmanier zu beseitigen.

Die Westzonen antworteten mit der Einführung des «Notopfers Berlin». In Berlin-Dahlem wurde die Freie Universität gegründet. Rainer Hildebrandt, ein

Schüler Professor Albrecht Haushofers, dessen «Moabiter Sonette» er herausgegeben hatte, formierte die «Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit», die aktiv gegen die Herrschaft der Einheitspartei im Ostsektor und in der Ostzone wurde. Immer mehr Flüchtlinge aus der Ostzone meldeten sich in West-Berlin. Die Volkspolizei verstärkte die Kontrollen in den Zügen, die aus der Sowjetzone nach Berlin fuhren. Innerhalb der Stadt wurden 70 Kontrollstellen eingerichtet, an denen Lebensmittel und andere wichtige Gebrauchsgüter weggenommen wurden, wenn sie von Ost nach West gebracht werden sollten. Die Deutsche Wirtschaftskommission der Ostzone erliess eine Verordnung, ab 1. Dezember 1948 neue Personalausweise für Einwohner des Ostsektors und der Ostzone auszugeben. Damit musste die Spaltung Berlins und Deutschlands aktenkundig werden.

Im November 1948 wurde der Wahlkampf in West-Berlin heftiger. Die drei nichtkommunistischen Parteien brachen aus ihrer Einheitsfront und kämpften um die Stimmen der Wähler.

Am 23. November 1948 kam erstmalig Konrad Adenauer nach Berlin. Auf einer Wahlversammlung der CDU dankte er den Berlinern, dass sie unbeirrt für die Ideale der Demokratie einträten. Gleichzeitig richtete er scharfe Polemiken gegen die SPD. Auf einer Pressekonferenz weigerte sich Adenauer, die Frage zu beantworten, ob Berlin die zukünftige Hauptstadt Deutschlands sein könne. Er begründete seine Weigerung mit dem Hinweis auf die aussenpolitische Lage. Zu dieser Zeit war das Grundgesetz für eine föderalistische Bundesrepublik Deutschland im Rohentwurf fertig. Die Frage der Hauptstadt wurde diskutiert. Konrad Adenauer hatte Bonn vorgeschlagen, Kurt Schumacher war für Frankfurt am Main. Ernst Reuter hielt Kassel als provisorische Hauptstadt für geeignet. Er wollte die Hauptstadt soweit wie möglich im Osten sehen, solange Berlin nicht hauptstadtfähig sein konnte.

Erich Ollenhauer, Kurt Schumachers Stellvertreter, erklärte am gleichen Tag, an dem Adenauer sprach, die Standhaftigkeit der Berliner gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus sichere Berlin einen Anspruch zu, die künftige deutsche Bundeshauptstadt zu werden. Auch diese Erklärung war vage genug. Walter Ulbricht aber, entschlossen, Berlin zur Hauptstadt seiner Republik zu machen, kündigte am selben Tage an, es sei nun an der Zeit, dass «die demokratischen Kräfte solche Stadträte bestimmen, die ehrlich am Wiederaufbau der Stadt arbeiten».

Am 28. November beschloss die Einheitspartei, den legalen Magistrat abzusetzen und einen provisorischen Magistrat aus Kommunisten und «fortschrittlichen» Bürgerlichen zu bilden. Um zu beweisen, dass sie diesen neuen Putsch

zu unterstützen gedachte, verbot die sowjetische Besatzungsmacht demokratische Wahlen in ihrem Sektor.

Im Admiralspalast, in dem die Einheitspartei gegründet und der Volkskongress eingesetzt worden waren, trafen sich am 30. November 1948 23 SED-Stadtverordnete, 1'593 Funktionäre und Mitglieder von Massenorganisationen wie Freier Deutscher Gewerkschaftsbund oder Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Diese 1'616 Einwohner Berlins, von denen nur die 23 SED-Abgeordneten frei gewählt worden waren, behaupteten nun durch ihren Sprecher, den 2. stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke (SED), diese Versammlung sei eine ausserordentliche Stadtverordnetenversammlung.

Der «Demokratische Block Berlin», in dem unter Führung der SED sich Mitglieder der neuen Ostberliner Arbeitskreise von CDU und LDP zusammenschlossen, beantragte, den Magistrat von Gross-Berlin wegen «Missachtung elementarster Lebensinteressen Berlins und seiner Bevölkerung und ständiger Verletzung der Verfassung» für abgesetzt zu erklären und sofort einen «provisorischen demokratischen Magistrat» zu bilden.

Die 1'616 Putschisten nahmen den Antrag einstimmig an.

Zum Oberbürgermeister von Berlin ernannten sie anschliessend den Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, den Präsidenten des Landtages von Brandenburg, Friedrich Ebert.

Darauf zog der SED-Landesverbandsvorsitzende von Berlin, Hans Jendretzky, ein Papier aus der Tasche, das eine Liste der neuen Magistratsmitglieder enthielt. Einstimmig wurden diese Personen «gewählt».

Dann hielt der neue «Oberbürgermeister» Friedrich Ebert seine Antrittsrede, in der er mitteilte, durch die «Wahl des neuen Magistrats» seien die «rechtswidrigen Spalterwahlen» gegenstandslos geworden. Man werde nun eine «fortschrittliche Verfassung» ausarbeiten sowie eine Wahlordnung. Man hoffe, «dass sich nun die Verhältnisse in Berlin wieder konsolidieren und demokratisch entwickeln, dass sich auch in den westlichen Sektoren alle demokratischen Parteien und Organisationen frei entfalten können». Friedrich Ebert meinte, der neue Magistrat sei bereit, sein «Mandat» zurückzugeben, wenn die Voraussetzungen zu «wirklich freien Wahlen» geschaffen seien.

Darauf begab er sich mit den Putschisten zu einer Volkskundgebung, die von den Kommunisten vor der Universität Unter den Linden organisiert worden war. Etwa achtzigtausend Berliner hatten sich dort einfinden müssen. Dieser Massenversammlung wurden nun die Entschliessungen der Putschisten vorgelesen. Durch Handaufheben billigten die achtzigtausend, was Ebert ihnen vorgelesen hatte. Was blieb ihnen übrig!

Dann wurden die vier Stadtkommandanten von dieser «Ausserordentlichen Stadtverordnetenversammlung» unterrichtet und gebeten, den «neugewählten provisorischen Magistrat» anzuerkennen.

Die Westmächte lehnten ab. Sie standen fassungslos vor diesem Theater, das sie eine billige Posse nannten. Die Militärgouverneure fragten jedoch bei dem Bittsteller, dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Geschke, an, ob die Wahl von Magistratsbeamten durch abtrünnige Elemente der Stadtverordnetenversammlung mit Genehmigung der Sowjetbehörden erfolgt sei.

Der rechtmässige Magistrat von Gross-Berlin übergab der Presse sofort diese Erklärung:

«Eine willkürlich gebildete Personengruppe hat sich am 30. November 1948 ohne jede demokratische Vollmacht das Recht angemasst, eine Stadtverwaltung einzusetzen. Demgegenüber stellt der Magistrat von Gross-Berlin fest, dass lediglich die aus den demokratischen Wahlen vom 20. Oktober 1946 hervorgegangenen städtischen Körperschaften berechtigt und verpflichtet sind, namens der Stadt Berlin zu sprechen und zu handeln. Jeder, der sonst als Bürgermeister oder Stadtrat aufzutreten versucht, macht sich der Amtsanmassung schuldig und wird von den ordentlichen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Magistrat von Gross-Berlin wird seine Arbeit wie bisher fortsetzen und alles tun, um der Bevölkerung die verhängnisvollen Folgen der Spaltungspolitik nach besten Kräften zu ersparen. Die Bevölkerung von Berlin wird aufgefordert, den Anschlag gegen die Einheit der Stadt, die Wohlfahrt und die Freiheit Berlins mit einer einmütigen Beteiligung an der verfassungsmässigen Wahl am 5. Dezember 1948 gebührend zu beantworten.»

Bis zu diesem 30. November 1948 hatten sich 78'167 Einwohner der Westsektoren zum Bezug von Lebensmitteln und Kohle im Ostsektor angemeldet. Die Wechselstuben verkauften eine Westmark für 3,60 Ostmark.

Von einem Gemeinwesen Gross-Berlin konnte nun keine Rede mehr sein.

Als auf der Sitzung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main Gustav Dahren-dorf (SPD) im Namen aller nichtkommunistischen Fraktionen erklärte, dass das Haus nach der «durch Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogenen Spaltung der Stadt Berlin sich erst recht zu Berlin und damit zur Einheit eines demokratischen Deutschlands bekenne», wurde das Thema der Zukunft schon angeschlagen. An diesem nebligen Spätherbsttag war deutlich geworden, dass die Westmächte sich mit Protesten gegen den Umsturz der Demokratie in der Viermächtestadt begnügten.

Beide Fronten verharrten dort, wo ihre Macht nun enden musste: An der Sektorengrenze mitten in Berlin.

Und wenn sie sich auch vorläufig noch gegenseitig den Zugang in ihre Sektoren gestatteten – von einer Viermächterregierung oder der Behauptung des Anspruchs der einen Macht über den Sektor der anderen konnte nichts mehr entdeckt werden. Nur rhetorisch hielten sie sich auf den Trümmern jener Viermächteverwaltung auf, die sie der Stadt einmal auferlegt hatten.

Während die Sowjets mit Hilfe der Kommunisten und deren Mitläufer die Bevölkerung ihres Ostsektors mit drakonischer Strenge unter Kontrolle hielten, festigte sich die Abwehrfront der über zwei Millionen Einwohner West-Berlins. Ein viel zu geringer Prozentsatz hatte sich zum Lebensmittel- und Kohlebezug im Ostsektor gemeldet, um den Kommunisten noch Hoffnung auf eine Chance in den Westsektoren zu lassen. So verzichtete die Einheitspartei auch auf die Teilnahme an den Dezemberwahlen in den Westsektoren.

Am 5. Dezember 1948 gaben die Westberliner 64,5 Prozent ihrer Stimmen der von Ernst Reuter geführten Sozialdemokratischen Partei, 19,4 Prozent der Christlich-Demokratischen Union unter Vorsitz von Dr. Walther Schreiber und 16,1 Prozent Carl-Hubert Schwennickes Berliner Landesverband der Liberaldemokratischen Partei.

«Vor den Wahllokalen in ausgebombten Kellern, im Schatten der Ruinen Berlins, standen die Wähler in langen Schlangen. Alte und Körperbehinderte wurden von ihren Familien und ihren Bekannten zu den Urnen gebracht. Sie wussten, was ihre Stimme zu bedeuten hatte. Die Bevölkerung Berlins erkannte die Macht des Stimmzettels.» So schilderte General Clay jenen Tag, an dem 86 Prozent der abstimmungsberechtigten Westberliner die Drohung der Kommunisten nicht zur Kenntnis nahmen, jeder werde nach dem Abzug der Westmächte zum Sowjetfeind erklärt, der an den Wahlen teilnehme.

Der Mann, durch dessen Voraussicht, Kühnheit und kämpferische Entschlossenheit die Weichen für die künftige Entwicklung West-Berlins gestellt worden waren, Ernst Reuter, wurde am 7. Dezember 1948 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Die Westmächte bestätigten die Wahl. Nun stand Reuter an der Spitze einer Stadt, die zum grössten Teil ein Trümmerfeld war.

Ende 1948 nahm die Kommandantur wieder ihre Tätigkeit auf. Aber es war eine Dreimächtekommandantur. Die Sowjets fehlten.

Der «Magistratsbericht 1948» stellte hierzu lakonisch auf Seite vierzig fest, damit habe die Viermächteverwaltung in Berlin endgültig zu bestehen aufgehört. Der Viermächtestatus der Stadt blieb in Kraft.

Vierzehntes Kapitel

EIN SIEG, DER NICHT GENUTZT WURDE

Ein milder Winter half den Berlinern, die sich auch an das Unmögliche zu gewöhnen schienen: an die monatelange Isolierung in ihrer blockierten Stadt. In diesen Wochen drehte der Kabarettist Günther Neumann mit R.A. Stemmler den satirischen Film «Berliner Ballade», in dem der Berliner gar nicht als Held dargestellt wurde. Als der Film in den Westzonen aufgeführt werden sollte, erklärten Kinobesitzer in Hamburg, Köln, München und Frankfurt am Main, Berlin interessiere nicht mehr. Sie wollten den Film nur unter der Bedingung spielen, dass aus dem Titel «Berlin» gestrichen würde. «Rummelplatz des Lebens» sollte er heissen. Der Film war kein Erfolg in den Westzonen; in New York, Paris und Venedig wurde er anerkannt. Die Deutschen in den Westzonen waren zu sehr mit sich selbst beschäftigt, ihnen genügte das unangenehme «Notopfer Berlin». Sie lebten geschichtslos, während die Berliner Geschichte machten, in dem sie sich mit den Westmächten zu jenem Schutz- und Trutzbündnis vereinten, das später auf die noch zu gründende Bundesrepublik Deutschland übergehen sollte. Die Westorientierung der Mehrzahl der Deutschen nach 1945 wurde durch die Berliner eingeleitet, dokumentiert und unaufhebbar gemacht.

Der Versuch Stalins, den Westmächten in Berlin seinen Willen aufzuzwingen, war gescheitert. Anfang Januar 1949 wurde bekannt, dass die Westmächte den Atlantikpakt schliessen würden, der ein gemeinsames Oberkommando der Streitkräfte vorsah. Jetzt musste sich Stalin entschliessen, welchen Weg er in Deutschland weitergehen wollte. Er hatte die Möglichkeit, den Status quo einfrieren zu lassen, die Teilung Berlins und Deutschlands vollkommen zu machen. Er konnte aber auch, nachdem er gezeigt hatte, dass er keinen Krieg um Berlin oder Deutschland führen wollte, sich der Freundschaft der Mehrheit der Deutschen versichern, indem er die Sowjetisierung einstellte und eine Wiedervereinigung des Landes zulies. Bevor er jedoch seinen Entschluss äusserte, musste die Blockade aufgehoben werden.

Erste Fühler streckte Stalin Ende Januar 1949 aus. Er liess Ulbricht am 27. Januar 1949 erklären, dass die SED nicht die Absicht habe, Berlin in die Ostzone einzugliedern. Berlin sei die Hauptstadt Deutschlands. Damit gehörte für die sowjetische Propaganda Berlin nicht mehr zur Ostzone, wie es seit Blockadebeginn behauptet wurde. Am gleichen Tag gab Stalin dem amerikanischen Journalisten Kingsbury Smith in Moskau ein Interview.

Daraus konnte man entnehmen, dass die Berliner Währungsfrage und der Status

Stalin plötzlich gar nicht mehr interessierten. Jetzt ging es ihm nur darum, vor der Gründung des Westzonenstaates eine Aussenministerkonferenz der vier Mächte zu erhalten. Dafür wollte er die Blockade aufheben.

Am 4. März 1949 ersetzte Stalin seinen Aussenminister Molotow, der sich in der Berlinfrage festgelegt hatte, durch Andrej Wyschinski. Marschall Sokolowski wurde abberufen und als Generalstabschef nach Moskau versetzt.

Der politische Beauftragte der sowjetischen Militäradministration, Oberst Tulpanow, wurde zwar zum Generalmajor befördert, aber er gab zu, ein geschlagener Mann zu sein. Die Wiedergewinnung ganz Berlins war ihm missglückt. Die Wirtschaft der Ostzone, durch die Gegenblockade des Westens schwer geschädigt, drohte zusammenzubrechen. Das Ansehen der Sowjetunion, das doch 1945 so glänzend war, hatte auch ausserhalb Europas einen Tiefpunkt erreicht. Und nun gab es den Atlantik-Pakt, der als Antwort auf die Berlin-Blockade und den Prager Putsch am 4. April 1949 unterzeichnet wurde.

Die Westmächte hatten sich erneut verbündet, aber dieses Bündnis schloss nicht mehr, wie im Kriege, die Sowjetunion ein.

Trotz vieler Krisen ging es auch mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland voran. Ein Grundgesetz sollte, statt einer Verfassung, für ein provisorisch errichtetes westdeutsches Staatsgebilde gültig werden, bis eine Nationalversammlung, die in ganz Deutschland gewählt wurde, zusammentreten konnte.

Die Westmächte sahen keinen Grund, die Bildung der Bundesrepublik hinauszuschieben, um Stalin zu bewegen, die Blockade aufzuheben. Aber sie fanden sich zu Geheim Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York bereit. Stalin war nicht mehr frei in seinen Entschlüssen. Er hatte an die Kommunistische Partei Deutschlands zu denken, die ohne Chance wäre, müsste sie in den Wahlkampf um die Sitze im Bundestag während der Berlin-Blockade eintreten. Die erste grosse, weltgeschichtlich bedeutsame Niederlage Stalins zeichnete sich ab. Aber der Generalissimus als Alleinherrscher verstand es, die Konsequenzen zu ziehen.

Inzwischen versuchte Ernst Reuter die Westmächte zu bewegen, die Westmark als einziges Zahlungsmittel in den Westsektoren zu bestimmen. Da die Währung nach dem Stalin-Interview des Journalisten Kingsbury Smith kein Streitobjekt mehr zwischen Westmächten und Sowjetmacht war, willigten die Westmächte ein. Am 20. März 1949 fand der dritte und vorläufig letzte Akt der Währungsreform statt. Nun war West-Berlin vollkommen in das Währungsgebiet der Westzonen eingefügt. Ernst Reuter drang darauf, West-Berlin auch staatsrechtlich als Land in die föderalistische Bundesrepublik von morgen einzuglie-

dem. Er gewann die Zustimmung der Amerikaner und Briten, aber die Franzosen legten ihr Veto ein. Sie wollten den Einfluss der ehemaligen preussischen Hauptstadt und des sozialdemokratisch regierten Landes Berlin auf die Bundesrepublik ausschalten. Noch immer hielt man in Paris etwas von einem neutralen Gross-Berlin, obwohl man mehr oder weniger unfreiwillig die Politik der beiden anderen Westmächte in Berlin mitgemacht hatte.

Die Tage in der blockierten Stadt wurden länger. Gegen erhebliche Westmarkbeträge konnten sich die Berliner auch vom schwarzen Markt versorgen lassen. Am 11. April 1949 wurde die millionste Tonne Versorgungsgüter über die Luftbrücke eingeflogen.

Ernst Reuter erfuhr Ende März 1949 von den Geheimverhandlungen über die Aufhebung der Blockade. Er bat, dafür zu sorgen, dass die Sowjets nicht mehr in der Lage wären, ihr Veto in einer wiederauflebenden Viermächteverwaltung zu handhaben. Reuter wünschte nicht, dass die Russen noch einmal Gelegenheit bekämen, in die Selbstverwaltung West-Berlins hineinzureden. Er erhielt die Zusicherung.

Im April kehrten auch die wenigen Zehntausend abtrünnigen Westberliner, die sich zum Bezug von Lebensmitteln und Kohle im Ostsektor angemeldet hatten, reumütig zu ihren Kartenstellen in West-Berlin zurück, um die Blockadeverpflegung zu erbitten.

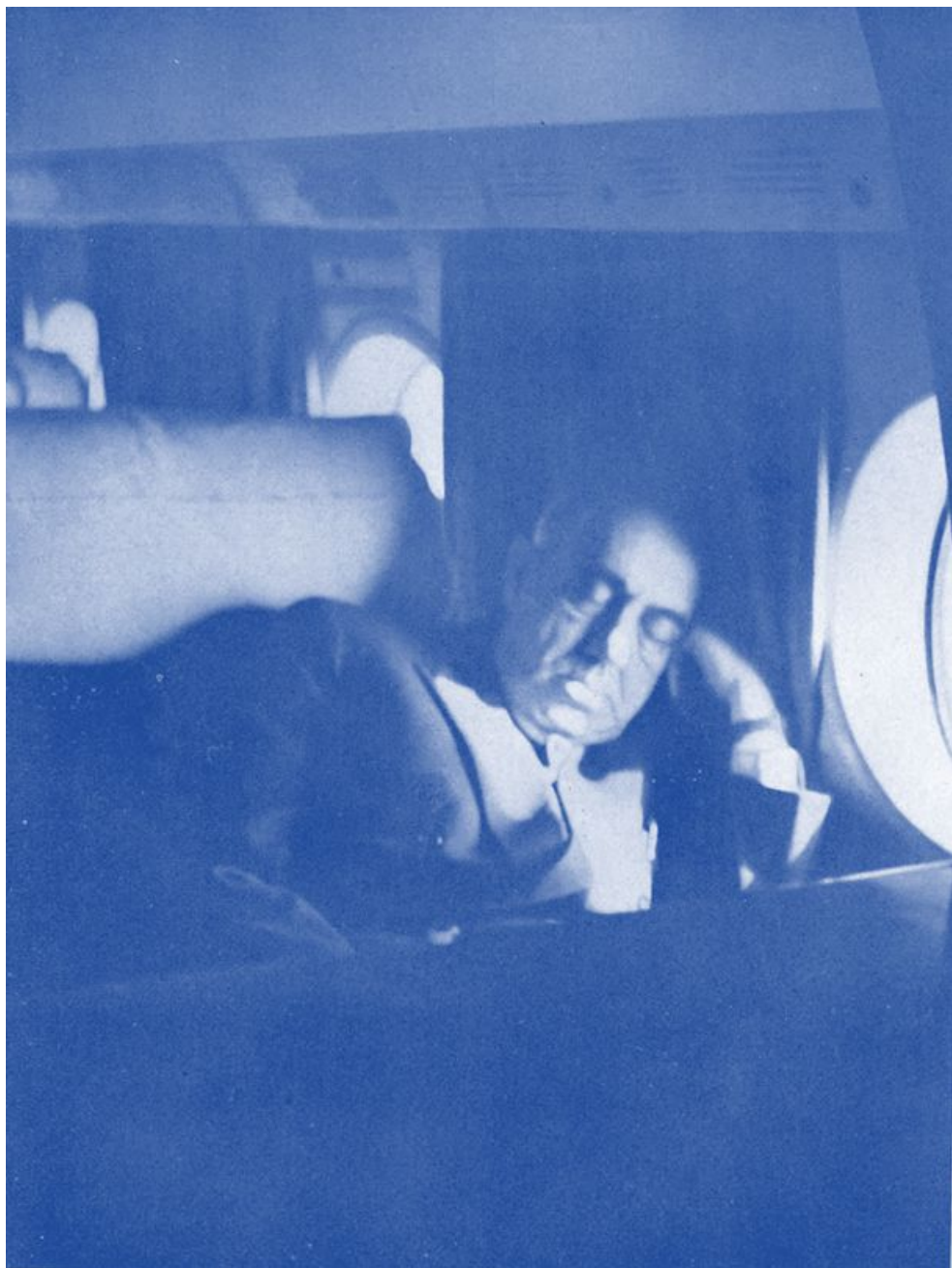
Am Ostersonnabend 1949 transportierte die Luftbrücke mehr Tonnen (es waren fast zehntausend) nach Berlin, als vor der Blockade täglich mit Güterzügen in die Stadt gebracht wurden.

Stalin liess seinen Beauftragten Malik immer heftiger auf ein Übereinkommen zur Beendigung der Blockade dringen. Die Westmächte liessen sich Zeit. Vorher sollte der Weststaat gebildet sein. Vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, am 8. Mai 1949, nahm der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit 53 zu 12 Stimmen an. Es war gelungen, den Widerstand der Sozialdemokraten zu überwinden. Am Tage darauf, am 9. Mai 1949, konnte das Jessup-Malik-Abkommen bekanntgegeben werden. An diesem Tage befahl der sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Tschuikow, einer der Verteidiger Stalingrads, «die Beschränkung für die Verbindungen, den Verkehr und den Handel zwischen Berlin und den westlichen Zonen sowie zwischen den östlichen und den westlichen Zonen Deutschlands mit Wirkung von null Uhr am 12. Mai 1949 aufzuheben».

322 Tage hatte die Blockade gedauert. Für die Blockadeaufhebung erhielten die Sowjets nichts anderes als eine Aussenministerkonferenz in Paris zugebilligt, auf der alle deutschen Fragen besprochen werden sollten. Die Niederlage war offenkundig.



Bundeskanzler Dr. Adenauer mit Mutter und Gattin des standrechtlich erschossenen Westberliner Arbeitslosen Willi Göttling bei der Trauerfeier für die Opfer des 17. Juni vor dem Rathaus Schöneberg, 23. Juni 1953



Ernst Reuter bei seinem letzten Flug nach Amerika

Ernst Reuter, der sich mit General Clay dem Vormarsch der Sowjetmacht entgegengeworfen hatte, erklärte in einem Aufruf vom 12. Mai 1949:

«Seit Mitternacht sind heute die «technischen Verkehrsbeschränkungen» aufgehoben. Die Blockade ist zu Ende. Der Versuch, uns auf die Knie zu zwingen, ist gescheitert. Er ist gescheitert an unserer Standhaftigkeit und Festigkeit. Er ist gescheitert, weil die Welt unseren Ruf gehört und uns geholfen hat. Er ist gescheitert, trotzdem scheinbar alles gegen uns sprach und ein Berge versetzender Glaube notwendig war, um im vergangenen Sommer den Kampf aufzunehmen.

Wir wissen, dass wir noch viel mehr erreichen müssen. Im Osten Berlins muss die Freiheit genauso hergestellt werden wie im Westen. Die Agenten einer fremden Macht, die dort unser Volk mit fremder Unterstützung sich unterworfen haben, werden wir dahin schicken, woher sie gekommen sind. Berlin muss wieder eine einheitliche und freie, sich selbst regierende Stadt werden. Die Seen und Wälder, die unsere Heimatstadt umgeben, müssen uns wieder offenstehen.»

In einem Zeitungsartikel über die Blockadeaufhebung hiess es damals: «In der Morgendämmerung des 12. Mai stand ich an der Westberliner Zonengrenze. Der Teltowkanal, die Autobahn, die alliierte Kontrollstelle, Kiefernwald; Militärfahrzeuge mit Soldaten rollen nach Berlin. Jenseits, in der Sowjetzone, Deutsche längs der Autobahn mit Fliedersträussen. Eine Frau kroch unter dem Schlagbaum hindurch, übernächtigt, mit staubigen Schuhen, und ging auf uns zu. Sie hielt uns einen Fliederstrauss hin und sagte leise, verschämt: «Hier, das soll für euch sein.» Wortlos nahmen wir der Frau aus der Zone den Strauss ab. Dann verschwand sie wieder im Niemandsland.

In dieser Geste, abseits der offiziellen Ereignisse, unbemerkt von Reportern und Bildberichterstatern, liegt eigentlich alles, was heute aus Berlin nach Westdeutschland zu sagen ist. Schlagbäume, die noch nicht niedergehauen wurden, aber Verkehr zwischen Ost und West. Militär und Blumen, diesseits und jenseits der gleiche, wolkenlose, strahlende Himmel. Menschen voller Hoffnungen, die sich erfüllen, und mit Hoffnungen, die sich noch erfüllen müssen.

Am Abend des 11. Mai sasssen wir bei einer Flasche Wein, die plötzlich nur noch 3,90 Mark kostete, nicht mehr sagenhafte Schwarzmarktpreise. Die letzte Stromabschaltung lag hinter uns. Wir waren fröhlich.

Heute am Bahnhof Wannsee die Morgenzeitungen. Keine Siegesfreude, aber Genugtuung und – Skepsis. Man kann vieles noch nicht begreifen. Erinnerungen steigen auf, an jenen Septembertag vor dem Reichstag mit dem gewaltigen Hilferuf der Dreihunderttausend, an die Nächte, durchdröhnt von den Viermotorigen, an Weihnachten, Kälte, Dunkelheit, Konservennahrung, an den Winter,

an die Zehntausende, die Rinde sammelten, an die von Holzfällern verwüsteten Parks.

Wir Berliner gehen heute ohne Enthusiasmus durch unsere Stadt. Wir hoffen, dass das Schwerste überstanden ist. Aber auch das wissen wir nicht genau. Die Regale in den Läden füllen sich, die Preise sinken. Das Leben soll wieder schön werden. Es soll sich lohnen zu leben. Aus Überlebenden, die nur die elementarsten Bedürfnisse befriedigen konnten, werden wieder Menschen.»

In einer feierlichen Sitzung trat die Stadtverordnetenversammlung zusammen, und es erschienen die drei Militärgouverneure, unter ihnen General Clay, der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer. Und Carlo Schmid gab den Abgeordneten einen Bericht über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Dreihunderttausend Berliner versammelten sich gleichzeitig vor dem Rathaus in Schöneberg...

Aber die Stadt war gespalten. Im Treptower Park weihten die Russen ihr monumentales Kriegerdenkmal ein, und drei Tage später wurde Clay zum Armeegeneral befördert und abberufen. Sein politischer Berater, Botschafter Murphy, war schon vorher nach Washington zurückgekehrt. Clay und Murphy waren die Männer gewesen, die den Kurswechsel in der Deutschlandpolitik des amerikanischen Aussenministeriums erreicht hatten. Ihre Abberufung gefiel den Berlinern gar nicht; sie jubelten General Clay zu, er war nun Berliner, er hatte bewiesen, dass Stalin nicht allmächtig und die deutschen Kommunisten keine Übermenschen waren. Nun war erwiesen, dass man die Russen in die Schranken weisen konnte, wenn man nur hart und entschlossen genug war.

Die Westmächte hatten, verbündet mit den Berlinern, einen Sieg im kalten Krieg davongetragen. Ernst Reuter drängte sofort auf die Errichtung eines unkontrollierten Landkorridors längs der Autobahn Berlin-Helmstedt. Er sah die Schwierigkeiten, die bald wieder auf West-Berlin 'zukommen würden, wenn die beiden neuen deutschen Staatsgebilde sich festigten.

Die sowjetische Deutschlandpolitik und die Stellung der Sowjetmacht einschliesslich der Ulbricht-Gruppe in der Ostzone und im Ostsektor von Berlin waren so erschüttert, dass unter den politischen Führern in West-Berlin der Eindruck vorherrschte, jetzt müsse nachgestossen werden, um die Kommunistenherrschaft in der Ostzone zum Einsturz zu bringen. Aber die Westmächte versagten sich dieser Auffassung und konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf die Bildung der Bundesrepublik, die nicht mehr von Stalin zu verhindern war. Sie hielten nichts davon, Berlin als Hebel für eine Normalisierung des Lebens in ganz Deutschland zu benutzen. Der Defensivcharakter ihrer Politik sollte von nun an das Schicksal der Stadt bestimmen. Im Grunde war für die Westmächte

in Berlin alles entschieden. Sie hatten ihre Macht behauptet und die Bevölkerung der Westsektoren zu Verbündeten gewonnen. Im Ostsektor herrschte die Sowjetmacht, die das Land rings um Berlin besetzt hielt. Aber auch Stalin hatte sich entschieden. Er wollte das festhalten, was ihm zugefallen war. Die Pariser Aussenministerkonferenz im Mai 1949 lieferte die Beweise. Wyschinski widersetzte sich nicht, als der amerikanische Aussenminister Dean Acheson freie Wahlen in Berlin forderte und die Viermächtekommandantur wiederbeleben wollte. Aber der sowjetische Aussenminister bestand auf dem Vetorecht für jeden Stadtkommandanten.

Damit war die Konferenz gescheitert. Ernst Reuter hatte längst die Zusage der Westmächte, den Russen nie wieder ein Veto zuzugestehen, mit dem sie die deutsche Selbstverwaltung in allen Sektoren lähmen konnten. Eine Rückkehr ins administrative Chaos der Jahre 1947 und 1948 wäre für Berlin tödlich gewesen.

Nun blieb den Grossmächten nur noch die stille Übereinstimmung, ihre Fronten in der Stadt aufzulockern, den Kampf vorübergehend abubrechen. Sie waren wohl guten Willens dazu, aber das Eigengewicht Berlins wog schon zu schwer. Nur neun Tage dauerte die Atempause, die den Berlinern erlaubt war. Am 19. Mai 1949 brach der Eisenbahnerstreik aus, der eine sehr ernste Lage heraufbeschwor.

Berlin blieb Schauplatz des kalten Krieges.

Fünfzehntes Kapitel

JAHRE DER UNSICHERHEIT

Jeder dritte arbeitsfähige Einwohner der Westsektoren war arbeitslos, als Stalin befahl, die Blockade aufzuheben. Aber auch die Wirtschaft des Ostsektors und der Ostzone hatte schwer gelitten. Vier Jahre nach Kriegsende schlug noch einmal die Stunde Null für eine Wirtschaft, die auf die Produktionskapazität von 1945/46 zurückgeworfen war und durch die anderthalbjährige Abschnürung vom Weltmarkt fast jede Geschäftsverbindung verloren hatte. Selbst die Demontage war von der französischen Besatzungsmacht während der Blockade nicht eingestellt, sondern mit Unterstützung der Militärpolizei erzwungen worden, um Maschinen der Borsigwerke in Berlin-Tegel an Jugoslawien und die Tschechoslowakei abzugeben. Allein zweitausend Tonnen Material im Schrottwert von etwa achtzigtausend Dollar waren am hundertsten Tag der Blockade auf französischen Befehl im Tegeler See versenkt worden.

Nun standen die Menschen mit leeren Brieftaschen vor vollen Läden. Die Westmächte hatten die Kosten der Luftbrücke, ausser Beladung und Entladung der Flugzeuge, getragen. Jetzt begannen sie in Berlin zu sparen. Als erste begeherten die Westberliner Eisenbahner auf. Sie verlangten die Auszahlung ihres Lohnes von der Reichsbahndirektion, die unter sowjetischer Kontrolle stand, in Westmark. Der amerikanische Stadtkommandant, Oberst Howley, erkannte die Forderungen der Eisenbahner als rechtmässig an und unterstützte den Streik.

Kämpfe zwischen unbewaffneten Eisenbahnern und schwerbewaffneten Volkspolizisten und Transportpolizisten sowie kommunistischen Funktionären brachen aus, die zum Teil mit Maschinengewehren aus dem Ostsektor über das Reichsbahngelände in die Westsektoren eindringen. Ein streikender Eisenbahner wurde am Bahnhof Zoo erschossen. Es gab siebzehn Verletzte.

Die kommunistisch geleitete Reichsbahndirektion entliess alle streikenden Eisenbahner. Wochenlang zog sich dieser Streik hin, der den Verkehr in ganz Berlin lähmte, auf dem Reichsbahngelände eine bürgerkriegsähnliche Situation hervorrief und die Versorgung West-Berlins aus den Westzonen stark beeinträchtigte, denn die streikenden Eisenbahner verhinderten den Zugverkehr von und nach West-Berlin.

Dadurch wurden die Westsektoren noch einmal blockiert, nun aber blockierten sie sich selbst.

Ende Juni brach der Streik zusammen. Die Westberliner Eisenbahner bekamen einen Teil ihres Lohns in Westmark. Oberst Frank Howley, der grosse Verdienste um den Freiheitskampf hatte, wurde abberufen.

Der S-Bahnverkehr und der Interzonenzugverkehr konnte am 1. Juli 1949 wiederaufgenommen werden. Aber die daniederliegende Wirtschaft West-Berlins hatte kostbare Zeit verloren. Erst am 1. September 1949 gelangte endlich Briefpost wieder auf dem Schienenwege in die Stadt.

Aus diesem Streik mussten Lehren gezogen werden, denn nun konnten auch Streiks in anderen Wirtschaftszweigen ausbrechen. Die wirtschaftliche Depression verlangte ein Notprogramm, das unverzüglich eingeleitet werden musste. Ernst Reuter drängte deshalb den neuen Hochkommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland, John McCloy, West-Berlin in den Marshallplan einzubeziehen. Er hatte Erfolg. Als am 14. August 1949 in den Westzonen der erste Deutsche Bundestag gewählt wurde, bedankte sich West-Berlins Stadtverwaltung bei McCloy für die Verwirklichung der Reuterschen Bitte.

Die Finanzpolitik West-Berlins wurde mehr oder weniger von den alliierten Finanzoffizieren bestimmt, die keine Grosszügigkeit duldeten. Die ausgeblutete Wirtschaft bat um Kredite, aber sie musste immer wieder zusehen, wie sie auf die Wartebank gesetzt wurde. Priorität für die Westmächte hatte jetzt die Bundesrepublik. Damals sagte der Kabarettist Werner Finck in Berlin:

«Die Berliner haben sich so verdient gemacht, dass jetzt andere einmal etwas verdienen wollen. Nun werden die Berliner in den Hintergrund getreten.»

Es gelang jedoch bald, hier eine Änderung durchzusetzen. Der Bankier McCloy wusste, was auf dem Spiele stand. Der neue amerikanische Stadtkommandant, General Maxwell Taylor, setzte sich für Geld nach Berlin ein. West-Berlin erhielt auf Anordnung Washingtons rund zehn Prozent der für die Bundesrepublik vorgesehenen Marshallplangelder. Zur Jahreswende 1949/50 trafen die ersten 95 Millionen Westmark in West-Berlin ein.

In Bonn war inzwischen Konrad Adenauer Bundeskanzler geworden. Da West-Berlin wegen Frankreichs Einspruch nicht zwölftes Bundesland geworden war, durfte in den Westsektoren nicht der Bundestag mitgewählt werden. Der SPD-Führer Dr. Kurt Schumacher hatte erwartet, erster Bundeskanzler zu werden. Nun fehlten der SPD die sozialdemokratischen Stimmen aus West-Berlin. Hier hatte die Sozialdemokratie die Hauptlast der bis zur Bildung der Bundesrepublik möglichen deutschen Politik getragen. Jetzt wurde sie von der Ausübung der Macht in Bonn ausgeschaltet.

Kurt Schumacher und Ernst Reuter mussten Rivalen werden. Beide waren ungewöhnlich selbstsicher, sie hatten Erfolg, ihre Namen waren im Ausland bekannt, ja, berühmt (oder berüchtigt bei ihren Feinden) geworden. Schumachers ätzend scharfe Kritik war gefürchtet, Reuters Verbindlichkeit bei aller Härte

wurde geschätzt. Schumacher war Oppositionsführer in Bonn, Reuter wollte als Oberbürgermeister sein eigener Aussenminister sein. Und auf Berlin hatte sich die Aufmerksamkeit der Welt während der Blockade konzentriert, während dieselbe Welt nach Bonn eher skeptisch als interessiert blickte.

Die politische Ohnmacht des Oppositionsführers im Bundestag führte zu jenem ungerechtfertigten, bösen Zwischenruf Schumachers: «Bundeskanzler der Alliierten», an Adenauer gerichtet. Ernst Reuter dagegen, der das Bündnis mit den Alliierten bejahte, der seine politische Wahl längst getroffen hatte, fand ein besseres Verhältnis zu Adenauer, obwohl auch er Schwierigkeiten mit dem Bundeskanzler hatte. «Wenn ich Bundeskanzler wäre», erklärte er Ende September 1949, «so ginge ich nach Berlin und würde die Bundesregierung hier etablieren.»

Ihm kam es darauf an, dass Berlins Blockadeerfolg, der eine vom Osten ungestörte Bildung der Bundesrepublik gestattete, nun von Bonn auf Berlin wieder zurückwirkte, das heisst: Berlin hatte nicht zuletzt den Schild über Bonn gehalten, nun sollte Bonn den Schild über Berlin halten. «Was meinen Sie, wie die Italiener um Triest kämpfen? Warum kämpfen wir Deutschen nicht so um Berlin?» Oder Reuters Appell 1949 an die neugewählten Bundestagsabgeordneten: «Der Sinn der Deutschen Bundesrepublik ist nicht darin zu sehen, dass im Westen an den Ufern des Rheins Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit sich breitmachen. Mit den Ideen eines Rheinbundes lässt sich weder Deutschland noch Europa aufbauen. Der Sinn der Deutschen Bundesrepublik wird nur erfüllt werden, wenn alle politischen und wirtschaftlichen Energien auf den Osten konzentriert werden, wenn die Aufgabe, diesen Osten zurückzugewinnen, als die eigentliche Aufgabe dieser Übergangslösung erkannt wird...»

Denn das war Reuters grösste politische Sorge: dass die Entscheidung für den Westen Selbstzweck würde, dass aus Reuters Gründung West-Berlin, aus Adenauers Gründung Westdeutschland nun die amerikanische Gründung Westeuropa folgen würde ohne andere Absicht, als das zu bewahren, was man aus der Konkursmasse des Bismarckschen Reiches mit Hilfe der westalliierten Armeen vor den Sowjets gerettet hatte.

In Berlin vollzog sich drei Wochen nach der Bildung der ersten Bonner Bundesregierung die Proklamierung der «Deutschen Demokratischen Republik». Aus dem Volkskongress von 1947 und dem Volksrat von 1948 wurde die «provisorische Volkskammer», deren nichtgewählte Mitglieder eine «provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik» ausriefen, die von den Sowjets und Ulbricht zusammengestellt worden war. Ihre Verfassung war schon drei Jahre alt: als Verfassung der «Deutschen Demokratischen Republik» wurde sie seit dem 14. November 1946 von der Einheitspartei propagiert.

Am Abend des 7. Oktober 1949 unternahmen die Kommunisten einen Fackelzug durch das in Trümmern liegende Regierungsviertel der alten Reichshauptstadt. Ihre Machtergreifung hatte längst stattgefunden. Nun holten sie noch den Fackelzug nach, damit sie auch ihren 30. Januar hatten. Nur durch das Brandenburger Tor konnten sie nicht marschieren. Dort standen britische Soldaten, die ihren Sektor bewachten.

Artikel 1 der Verfassung der «DDR» vom 7. Oktober 1949 hatte folgenden Wortlaut:

«Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik. Sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind. Alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden.

Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.

Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.»

Im Artikel 2 stand:

«Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold. Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.»

In der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 dagegen hiess es realistischer:

«Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgerufen, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.»

Die Westmächte, die verhindert hatten, dass West-Berlin zwölftes Land der Bundesrepublik wurde (die Westberliner stimmten nicht über die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes ab), nahmen es unter Protest hin, dass im Ostsektor die Regierung der «DDR» ihren Sitz nahm. Staatsrechtlich gesehen hospitierte diese Regierung vorläufig nur in Berlin. Der Ostsektor blieb nicht praktisch, aber theoretisch ausserhalb der Regierungsgewalt der «DDR».

Am 8. Oktober 1949 gab Dr. Otto Suhr vor den Stadtverordneten in West-Berlin diese Erklärung ab:

«Mit der Ausrufung des Sowjetprotektorats in der sowjetisch besetzten Zone ist seit gestern für Berlin und für Deutschland eine neue staatsrechtliche Situation entstanden. Ich begrüße in dieser ausserordentlichen Sitzung insbesondere die demokratisch gewählten Repräsentanten des Ostsektors, denen es verwehrt ist, ihr Mandat auszuüben. Ihre Anwesenheit unterstreicht die Tatsache, dass diese Versammlung, nur die Stadtverordnetenversammlung von Gross-Berlin, den Willen der Bevölkerung Gross-Berlins einschliesslich des Ostsektors repräsentiert.»

Von diesem 8. Oktober 1949 datierten die zahllosen Versuche, Gross-Berlin wiederzvereinigen. Aber wie sollte das gelingen? Konnte man die Regierung der «DDR» aus Ost-Berlin nach Leipzig oder Dresden complimentieren? Versuche hierzu unternahmen die Westmächte nicht.

Beide Seiten vertrauten auf die Anziehungskraft ihrer Stadthälften, an deren Aufbau man nun ging.

Ernst Reuter formulierte diese neue Phase in seinem Neujahrsaufruf 1950:

«Alle zusammen aber wollen wir mit der nüchternen Klarheit, mit der Zähigkeit und Hartnäckigkeit, aber auch mit dem guten Humor, der uns in der schwersten Zeit nicht verlassen hat, Zusammenarbeiten, bis wir unser Ziel endlich erreicht haben, Berlin wieder zu einer freien, sich selbst verwaltenden und auf eigenen Füüssen stehenden Stadt zu machen. Das wird der beste Dienst sein, den wir für ganz Deutschland leisten können.»

Walter Ulbricht trat nach dem Fehlschlag der Blockade in den Hintergrund. Die Sowjets gaben einem neuen Mann eine Chance, der soeben aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen worden war: Gerhart Eisler. Seit vielen Jahren war Eisler mit Ulbricht verfeindet. Der Demagoge aus Wien, dessen Intelligenz ordinär genug sein konnte, um anziehend auf die Karlshorster Sowjetexperten in der deutschen Frage zu wirken, musste Ulbrichts Temperamentlosigkeit, die gravitatische Spiessbürgerlichkeit des Sachsen verachten. Ulbricht war für Eisler nicht nur beschränkt, sondern er beschränkte sich auch zu sehr darauf, festzuhalten, was 1945 den deutschen Kommunisten in den Schoss gefallen war.

Eisler dagegen wollte Abenteuer; die Weltrevolution war seine Chance. Die Russen liessen Eisler mehr und mehr in den Vordergrund treten. Er war gut für antiamerikanische Agitation, die nun nicht mehr von öden Apparatschiks gemacht wurde, sondern von einem Manne, dessen demagogisches Talent eher dem Hass zuneigte als der für die Russen so typischen Langeweile in propagandistischen Dingen.

Eisler übernahm das Amt für Information bei der DDR-Regierung. Er schlug sein Büro in einem Gebäude des Goebbelsschen Propagandaministeriums am Wilhelmplatz auf, der jetzt Thälmannplatz hiess. Nun hatten die Berliner wie-

der einen Österreicher in ihrer Stadt, der mit Propaganda siegen wollte. Die Abscheu vor diesem Manne war allgemein. Doch die Macht, die Eisler erhielt, war bedeutend. Ihm ist die Vergiftung der Berliner politischen Atmosphäre zuzuschreiben, die von nun an vorherrschen sollte.

Um Ulbricht kaltzustellen, wurde Eisler masslos. Er plante, West-Berlin durch die uniformierte Ostzonenjugend zu Pfingsten 1950 stürmen zu lassen. Über hunderttausend Kinder wollte er zu einem Jugendtreffen nach Berlin transportieren lassen. Sie hatten den Kampfauftrag, die Westberliner Verwaltung davonzujagen, indem sie West-Berlin «friedlich besetzten», Zwischenfälle provozierten, durch die dann die Volkspolizei zur Rettung der Kinder in die Westsektoren gerufen würde. Ulbricht zweifelte am Erfolg dieses Eisler-Planes. Aber er sah eine Möglichkeit, Eisler durch einen Misserfolg als ernst zu nehmenden Rivalen in der SED-Führung auszuschalten.

Im März 1950 erliess Eisler eine «letzte Warnung vor der Eroberung West-Berlins» an alle, die sich seinen kindlichen «Friedenskämpfern» in den Weg stellen wollten. Die «Freie Deutsche Jugend» sollte eine Jung-Spartakus-Aktion unternehmen.

Im Mai 1950 warnten die Westmächte. Sie würden den Einmarsch der missbrauchten Zonenjugend nicht gestatten. Die US-Garnison übte vorsorglich Strassenkampf, auf dem Flugplatz Tempelhof landeten ein Atombomber und neueste Düsenjäger. Die Franzosen paradierten. In der Bundesrepublik wurde vom Krieg um Berlin gesprochen. In München und Hamburg kauften die Leute Notvorräte. Zahlreiche Berlinbesuche wurden abgesagt.

Die Westberliner blieben ungerührt von Eislerschen Drohungen. Zu Pfingsten marschierten sieben Stunden lang zweihundertzwanzigtausend Kinder aus der Ostzone durch – Ost-Berlin. Volkspolizei riegelte die Sektorengrenze ab. Trotzdem gelang es Zehntausenden, nun ganz friedlich in die Westsektoren zu kommen. Die Westmächte hoben ihre Sicherheitsmassnahmen auf. «Lasst sie durch», wurde angeordnet. Da die Versorgung der Massen im Ostsektor zusammengebrochen war, wurden die Kinder aus der Ostzone in den Westsektoren gepflegt. In der Bernauer Strasse am Wedding forderte damals ein Lautsprecherwagen die Jugend Mitteldeutschlands auf, West-Berlin kennenzulernen. Die Russen hatten Eisler fallenlassen. Die militärische Demonstration der Westmächte genügte, sie von dem Eisler-Abenteuer gegen West-Berlin abzuhalten.

Walter Ulbricht durfte sich freuen. Eisler war nun als ernsthafter Konkurrent für den Posten des SED-Generalsekretärs erledigt. Aber Ulbricht war ein neuer Rivale im Kampf um die Macht über Ostzone und Ost-Berlin erstanden: Wil-

helm Zaisser, Bürgerkriegsgeneral in Spanien, nun als Chef des Ministeriums für Staatssicherheit der Mann Berijas in Deutschland.

Auf das Pfingsttreffen der Jugend antwortete der Westen mit dem «Internationalen Kongress für kulturelle Freiheit», den der junge amerikanische Journalist Melvin Lasky organisierte. Lasky war 1945 nach Berlin gekommen. Er hatte auf dem Schriftstellerkongress 1947 eine aufsehenerregende Rede über den kommunistischen Terror gehalten. Nun war Berlin sein persönliches Schicksal geworden.

Arthur Koestler, einst Kommunist der Berliner zwanziger Jahre, formulierte hier in dem Augenblick seine glänzenden Thesen gegen den Stalinismus, als der Koreakrieg ausbrach.

Stalin war nicht mehr an Unruhen in Berlin interessiert. Nun forderte er die Westmächte im Fernen Osten zum Waffengang heraus.

Die Führer der Einheitspartei in Ost-Berlin bereiteten sich auf ein «deutsches Korea» vor, das nach der Niederlage des Westens in Korea folgen musste. So war der Kampf um Berlin vorübergehend in den Fernen Osten verlegt. Vom Ausgang des Koreakrieges musste auch das Schicksal Berlins abhängen.

Vorläufig jedoch versuchten die Sowjets und die Kommunisten durch «Stosstruppunternehmen» den Widerstandswillen der Westberliner zu erkunden. Noch öfter als bisher wurden Westberliner aus den Westsektoren entführt. Unter Anwendung von Gewalt versuchten sowjetzonale Schiffe den Teltowkanal zu passieren.

Während in Korea die Kämpfe hin und her wogten, wurden im Jahre 1951 die Abriegelungsmassnahmen gegen West-Berlin verstärkt. Die Bank- und Sparkonten der Westberliner im Ostsektor verfielen der Sperre. Damit waren Hunderttausende enteignet. Am 25. Juli 1951 errichtete die Volkspolizei die ersten Strassensperren als «vorübergehende Schuttalagerungen» an der Sektorengrenze zum Westberliner Bezirk Kreuzberg.

Am 1. August 1951 wurde der Kraftwagenverkehr zwischen Ost- und West-Berlin durch die Kommunisten gesperrt. Die Bundesrepublik stellte sämtliche Lieferungen in die Ostzone ein. Vom Ostberliner Regime wurden Autobahngebühren eingeführt. Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin stockte.

Am 20. September 1951 kam es zur Beilegung des Konfliktes. Das Interzonenhandelsabkommen zwischen Beauftragten der Bundesrepublik und der Ostberliner DDR-Regierung wurde unter der Voraussetzung unterzeichnet, dass in Zukunft der Handel und Verkehr West-Berlins mit dem Bundesgebiet normal und ohne Störungen verlaufe.

Freie Wahlen in Gross-Berlin, auf die Ernst Reuter drang, lehnte Friedrich Ebert

in Ost-Berlin ab. Otto Grotewohl, der 1949 Ministerpräsident geworden war, forderte gesamtdeutsche Beratungen, um ein Wahlgesetz auszuarbeiten. Die Bundesregierung verlangte hingegen, dass eine Internationale Kommission prüfen solle, ob freie Wahlen in ganz Deutschland abgehalten werden könnten. Die Sowjets widersetzten sich diesem Antrag. Trotzdem traf eine Kommission der Vereinten Nationen in Berlin ein. Aber am Potsdamer Platz wurde sie von Beauftragten Grotewohls angehalten. Die Ostberliner Regierung lehnte es ab, den Vertretern der Vereinten Nationen die Einreise zu gestatten.

In der Ostzone hatte inzwischen Walter Ulbricht den Übergang von der «antifaschistisch-demokratischen Ordnung» zum «Sozialismus» erklärt. Der stalinistische Terror wütete. In West-Berlin trat das Bundesgesetz über die Notaufnahme von politischen Flüchtlingen in Kraft. West-Berlin wurde nun immer mehr die Insel, auf die sich Deutsche aus der Zone vor Ulbrichts Stalinismus retteten.

Seit 1949 war jährlich die Bevölkerung einer Grossstadt (etwa 180'000 Personen) aus der Ostzone geflüchtet.

Ein Flüchtling verfasste damals diese Inschrift für eine Tafel, die einst auf dem Potsdamer Platz in Berlin an der Stelle zu errichten sei, an der die Sektorengrenze verläuft:

Ihr,
die ihr hier vorübergeht
mit dem Antlitz des Menschen,
vergesst nicht,
dass hier einst
die schmale Mole der Freiheit begann,
umbrandet
vom schwarzen Wasser der Gewalt –
den Kämpfenden ein Leuchtfeuer in der Nacht,
den Harrenden ein Kai der Hoffnung,
den Verfolgten ein Ufer letzter Zuflucht.

In dieser Zeit machte sich in Berlin die doppelte Staatsgründung von 1949 vor allem durch Rückwirkungen bemerkbar, die aus der Aufrüstung entstanden. Die Russen hatten schon 1949 mit dem Aufbau einer «kasernierten Volkspolizei» in ihrer Zone begonnen. Äusserlich erinnerte diese Truppe an die kasernierte Landespolizei, die in der Weimarer Republik bestand und nach 1933 ganz rasch in das Reichsheer eingegliedert werden konnte. Eine derartige Truppe bildete, von Sowjetniks, russischen Ausbildungsoffizieren, überwacht, einige Jahre die einzige militärische Potenz, die in Deutschland nach der Kapitulation wieder

erneuert worden war. Als der Koreakrieg ausbrach und ein Vorstoss der Sowjets auch gegen Westeuropa befürchtet wurde, bot Bundeskanzler Konrad Adenauer im August 1950 den westlichen Besatzungsmächten einen deutschen militärischen Beitrag an. Adenauer wollte damit wahrscheinlich zweierlei erreichen: Sicherheit vor einer Invasion der mitteldeutschen Kasernierten Volkspolizei und zugleich, auf dem eingeschlagenen Wege von der Teilsouveränität zur Vollsouveränität, Soldaten für die Bundesrepublik, die jedoch in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft integriert werden sollten.

Der SPD-Führer Kurt Schumacher widersetzte sich sofort, aber Ernst Reuter bejahte noch im September 1950 nach anfänglichem Zögern einen deutschen Wehrbeitrag.

Stalin versuchte, die drohende Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern. Als für Mai 1952 die Unterzeichnung der Verträge über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen war, unternahm der altgewordene Alleinherrscher einen dramatischen Vorstoss in der Deutschlandfrage. In einem Interview, das Stalin einem amerikanischen Journalisten gab, sprach er sich für die sofortige Wiedervereinigung Deutschlands aus. Am 10. März 1952 hatte die Sowjetregierung in einer Note an die Westmächte erhebliche Zugeständnisse angeboten. Aus freien gesamtdeutschen Wahlen sollte eine gesamtdeutsche Regierung entstehen, die einen Friedensvertrag abschliessen könnte, dessen Hauptinhalt die bewaffnete Neutralität Deutschlands sei. Das wiedervereinigte Land sollte in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Koalitionen und Militärbündnissen dürfte es nicht beitreten, wenn sie gegen eine der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gerichtet seien.

Eine Lösung der Deutschlandfrage schien angeboten zu werden, die am Ende einen Zustand herbeiführen sollte, der Jahre danach durch den österreichischen Staatsvertrag erreicht wurde.

Sofort trat in Ost-Berlin das Scheinparlament, die «Volkskammer», zusammen, vor der Ministerpräsident Otto Grotewohl das sowjetische Angebot erläuterte. Diese Interpretation schien den Inhalt der sowjetischen Note entscheidend zu verändern, so dass es im Westen nicht schwerfiel, die Märznote abzulehnen.

Man bezog sich hierbei auf den russischen Versuch, auf die Prinzipien – nicht auf das System – des Potsdamer Abkommens zurückzugehen. Da dieses Abkommen zuerst von der Sowjetunion gebrochen worden war, hatten die Westmächte, nach den Erfahrungen mit der Blockade, in den Koreakrieg verwickelt, kein Interesse mehr, zu einem Zustand zurückzukehren, der für sie längst tot war.

Für die Deutschen stand jedoch vor allem die Westorientierung auf dem Spiele,

die von den Berlinern 1946 und 1948 eingeleitet und nun von Bonn abgeschlossen werden wollte. Sollten sie jetzt auf die Westorientierung verzichten und sich mit Ulbrichts Staatsgründung verbinden, um die Unsicherheit einer bewaffneten Neutralität einzutauschen? Die einzigen Waffenträger stellten in Deutschland bisher die Kommunisten mit ihrer Kasernierten Volkspolizei. Woher sollte so schnell eine Truppe demokratischen Zuschnitts kommen, die dann mit der Kasernierten Volkspolizei zu vereinigen wäre?

Auch in West-Berlin war man nicht geneigt, sich in das von Stalin offerierte Abenteuer einer bewaffneten Neutralität zu stürzen. Der Streit über die Märznote der Sowjetregierung sollte von nun an das politische Leben in Deutschland beeinflussen. Der Kampf um Berlin trat nach der Ablehnung des russischen Angebots und der Unterzeichnung der EVG-Verträge in eine neue Phase.

Schon am 29. April 1952 hatte ein russischer Düsenjäger eine Air-France-Passagiermaschine im Luftkorridor Berlin – Frankfurt am Main beschossen. Stalin warnte die Franzosen. Am 1. Mai 1952 war Bundespräsident Heuss unter den Berliner Demonstranten, und am 6. Mai wurde die dritte Strophe des Deutschlandliedes von ihm zur Nationalhymne erklärt. Am 26. Mai 1952 fand in Bonn die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages durch die Aussenminister der Westmächte und der Bundesrepublik statt.

Am nächsten Morgen (27. Mai 1952) demonstrierte Walter Ulbricht seine Macht gegenüber der Insel West-Berlin. Und die Sowjets rächten sich an den Westberlinern für die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages in Bonn.

Von der Post des Ostsektors wurden ohne vorhergehende Ankündigung und in überstürzter, unsachgemässer Weise an diesem Vormittag 3'910 Verbindungsleitungen abgeschaltet, die dem Fernspreverkehr zwischen West-Berlin und dem Ostsektor in beiden Richtungen dienten. Damit war es für 32'500 Fernsprechteilnehmer im Ostsektor und 132'000 in West-Berlin unmöglich geworden, direkt miteinander zu telefonieren. Bis zum 28. Mai 1952 liess Ulbricht durch die Volkspolizei 99 von den insgesamt 277 Strassen sperren, die in die Sowjetzone und in den Ostsektor von West-Berlin führten. Nach einer Woche waren noch weitere 63 Strassen durch Hindernisse aller Art verschlossen. Bis Ende September 1952 fielen 200 Strassen für jeden Verkehr aus. Und ab 1. Juli 1952 war es Westberlinern nur noch mit einem Passierschein, der im Ostsektor ganz selten ausgestellt wurde, gestattet, in die Ostzone zu reisen.

Auch die Toten fielen unter die Abschürungsmassnahmen. Über hunderttausend Gräber auf den am Berliner Stadtrand gelegenen Friedhöfen, die zur Ostzone gehörten, durften von Westberliner Angehörigen nicht mehr gepflegt werden. Ende Juni 1952 wurde der evangelischen Kirchenleitung von Berlin und

Brandenburg mitgeteilt, dass Trauerfeiern nur noch in West-Berlin stattfinden durften. Die Särge sollten dann einer Sammelstelle übergeben werden, von der die Beisetzung auf einem der Stahnsdorfer Friedhöfe veranlasst wurde. Weder Westberliner Geistliche noch Angehörige der Verstorbenen durften an dieser Beisetzung mehr teilnehmen.

Eine besondere Schikane hatten sich die Führer der Partei der «Arbeiterklasse» gegen Westberliner Arbeiter und Rentner ausgedacht. Sie enteigneten alle Grundstücks- und Laubenbesitzer in den Stadtrandgebieten. Was in mühevoller Arbeit von den «kleinen Leuten» der Weltstadt auf der Parzelle im sandigen Kieferengebiet rings um die Weltstadt zur Erholung geschaffen wurde, ging verloren. Für die «Arbeiterführer» war jeder Westberliner schuldig an dem misslungenen Versuch, die ganze Stadt unter kommunistische Kontrolle zu bringen. Die Reaktion der westlichen Besatzungsmächte war nicht gerade eindrucksvoll. Sie hatten vorübergehend den Luftverkehr nach Berlin stillgelegt, nachdem die Air-France-Passagiermaschine von einem Sowjetjäger beschossen worden war. Sie unternahmen keine Schritte, um die Bestrafung des Militärpiloten zu fordern. Die Sowjets wurden nun noch verwegener. Sie sperren die Autobahn Berlin – Helmstedt für die alliierte Militärpolizei, die dort Streife fuhr. Wieder nahmen die Westmächte eine Massnahme hin, die rechtswidrig war.

In Leipzig demonstrierte am Tage der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags Zonenjugend mit Kleinkalibergewehren und im Parademarsch für die Aufrüstung des Ostzonenstaates. Walter Ulbricht forderte «bewaffneten Schutz gegen alle eventuellen Aggressionsabsichten vom Westen her». Das Zentralorgan der SED, «Neues Deutschland», erschien mit Schlagzeilen wie: «Vaterland, kein Feind soll dich gefährden», oder: «Die Jugend wird ihre Republik verteidigen». Otto Grotewohl kündigte nun die Aufstellung militärischer Verbände an. Ehemalige Generale der deutschen Wehrmacht, die in Russland umerzogen worden waren, wurden mit altgedienten Kommunisten, Truppenführern aus dem spanischen Bürgerkrieg, in den Dienst des Zonenstaates gerufen, um aus der Kasernierten Volkspolizei eine deutsche Rote Armee zu machen. Pazifistische Schriftsteller, wie Ludwig Renn, stellten sich sofort in den Dienst der Aufrüstungspropaganda.

Gleichzeitig wurden die Westberliner nur noch auf ihre Insel West-Berlin verwiesen. Sie verloren ihre Vermögen und Besitzrechte, Grundstücke und Geschäfte im Ostsektor. Der Geschenkpaketverkehr wurde gedrosselt. Kraftwagen von Westberlinern beschlagnahmte die Volkspolizei. Der sowjetische Oberbefehlshaber Tschuikow verlangte, dass die demokratischen Zeitungen und der RIAS in West-Berlin ihre Tätigkeit einstellen.

Wie so oft in der Nachkriegsgeschichte Berlins rächten sich die Kommunisten an den Westberlinern, wenn sie im gesamtdeutschen Bereich erfolglos waren. Die Last der deutschen Teilung musste von jedem einzelnen Westberliner getragen werden. In dieser Lage drang Ernst Reuter wiederholt bei der Bundesregierung in Bonn darauf, West-Berlin als zwölftes Land in die Bundesrepublik einzubringen. Aber die Westmächte klammerten sich an das Viermächtestatut für Gross-Berlin, das fast täglich durch neue Massnahmen von den Kommunisten desavouiert wurde.

Von West-Berlin aus konnte man die drakonische Stalinisierung Mitteldeutschlands gut verfolgen. Immer mehr Flüchtlinge meldeten sich. Ulbricht liess jetzt Schauprozesse gegen Bauern durchführen, die sich der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften widersetzen. Andere Schauprozesse fanden in Ost-Berlin gegen Bewohner der Ostzone statt, die für die katastrophale Versorgungslage verantwortlich gemacht wurden. Ulbricht liess Minister der Grotewohl-Regierung verhaften.

Am Heiligen Abend 1952 mahnten zum ersten Male auf Vorschlag Ernst Reuters Kerzen in den Fenstern der Häuser West-Berlins an die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Am 1. Weihnachtsfeiertag ermordeten Sowjetsoldaten den Westberliner Schutzpolizisten Herbert Bauer bei einem Überfall auf Westberliner Gebiet.

Vor Hunderttausenden, die zu Ehren des Ermordeten sich zur Trauerfeier, einem Staatsakt vor dem Rathaus West-Berlins, eingefunden hatten, rief Oberbürgermeister Reuter aus:

«In dieser Stunde des Abschieds wollen wir noch einmal sagen, was in dem Herzen eines jeden Berliners lebendig ist: Niemals wollen wir uns diesem System beugen. Immer wollen wir ein freies Volk bleiben. Und wir werden unser Haupt so lange zum Himmel erheben, bis wir frei geworden sind. Wir rufen auch die Mächte an, die uns schützen. Wir wollen nicht mehr dulden, dass Berliner entführt und niedergeschossen werden. Die Welt muss begreifen, dass dieses unser Recht ist, das nicht mehr zu dulden. Und wenn Menschen uns nicht helfen können, dann erheben wir unsere Hände zum Himmel und rufen: Herr, mach uns frei.»

Diese Anrufung des Irrationalen war neu in Reuters Reden. Es wurde deutlich, dass der Glaube an eine vernünftige Politik der Grossmächte, die das zerrissene Land, die gespaltene Stadt wieder zusammenfügen konnte, im Schwinden war. Auf unabsehbare Zeit schienen die Westberliner nun in einer Mausefalle zu sitzen, wie Reuter es einmal ausdrückte. Woher sollte Hilfe kommen? Im Westen Deutschlands stand noch immer kein einziger Soldat einer deutschen Truppe, da der Streit um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft anhielt. Die grossen Parteien im Bundesgebiet waren heillos miteinander verfeindet. In der Ost-

zone wurde die Bevölkerung geschunden und zugleich zur militärischen Verteidigung ihrer Drangsale aufgerufen.

Das Jahr 1953 begann in Berlin mit der Flucht von Wilhelm Piecks Staatssekretär. Pieck residierte nun als Präsident der «DDR» in einem Ostberliner Schloss, das schon 1946 der Einheitspartei von den Russen für Feste zur Verfügung gestellt worden war.

Walter Ulbricht verfolgte alle, die sich gegen seine überstürzte Einführung des «Sozialismus» auflehnten. Viele Sozialdemokraten, die einst von Grotewohl in die Einheitspartei eingebracht waren und ihre Aufgabe darin sahen, sozialdemokratische Traditionen gegenüber den Kommunisten zu behaupten, resignierten oder wurden verhaftet, verurteilt, vom Staatssicherheitsdienst gefoltert.

General Eisenhower war Präsident der Vereinigten Staaten geworden, aber die Hoffnung war gering, dass er, der im April 1945 auf die Eroberung Berlins verzichtet hatte, nun geeignet wäre, die Lage Berlins entscheidend zu verändern.

Da starb am 5. März 1953 Josef Wissarionowitsch Stalin.

Eine neue Epoche der Weltgeschichte begann.

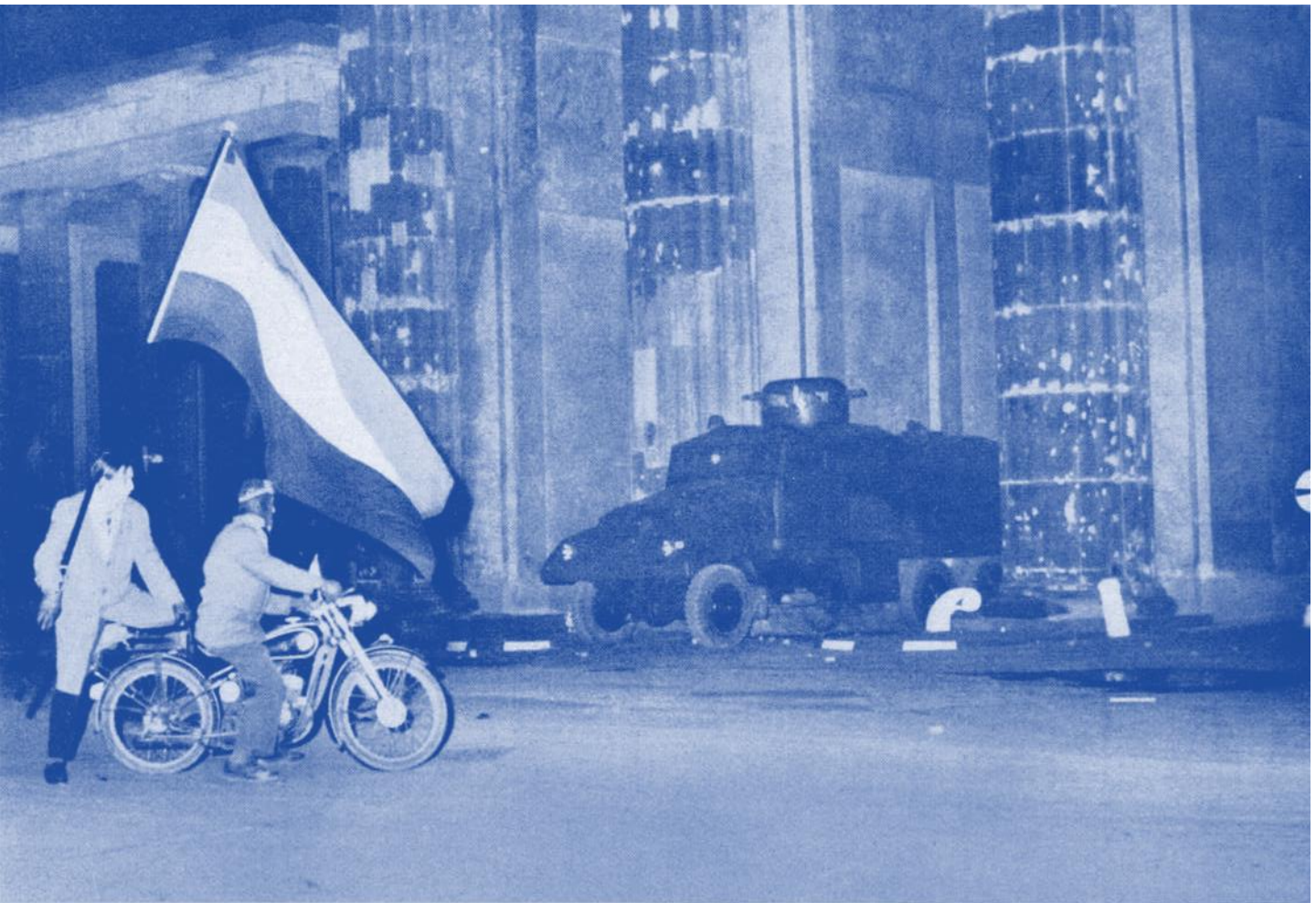
Vorerst jedoch gab das Ministerium des Innern der «DDR» in Ost-Berlin bekannt:

«Im Zeichen der tiefen Trauer des deutschen Volkes um seinen verstorbenen besten Freund, J. W. Stalin, ruhen am Montag, dem 9. März, am Tage der Beisetzung des grossen Führers der gesamten fortschrittlichen Menschheit, von 10.00 bis 10.05 Uhr alle öffentlichen Verkehrsmittel. Um 10.00 Uhr ertönen für die Dauer einer halben Minute alle Sirenen. In Betrieben und Institutionen finden im Anschluss kurze Trauerfeiern statt. Der Direktor verliest die Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Ministerrats der UdSSR und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Der Sekretär der Parteiorganisation verliest das Telegramm des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

gez. Stoph, Minister des Innern.»

Stundenlang wurde zwischen Universität und Stinallee Trauer demonstriert. Wilhelm Pieck fuhr jedoch nicht zur Beisetzung nach Moskau. Walter Ulbricht reiste für ihn. Er wollte erfahren, woher nun der Ostwind in sein Herrschaftsbereich wehte. Er kehrte bald aus Moskau zurück, um den stalinistischen Terror noch zu verstärken.

In Berlin hatte die Bevölkerung beim Tode des Alleinherrschers den Atem angehalten. Mussten jetzt nicht grundsätzliche Änderungen eintreten? Deutschland war geteilt, aber sollte es nicht möglich sein, wenigstens Gross-Berlin wieder zusammenzuführen?



Junge Berliner demonstrieren nach der Niederwerfung des Ungarn-Aufstandes vor dem Brandenburger Tor. In der Tordurchfahrt gepanzerter Wasserwerfer der Volkspolizei. 5. November 1956



Marx-Engels-Platz, Ostsektor, 20. Mai 1962. Hier stand das im Jahre 1950 gesprengte Berliner Schloss

Konnte nicht jetzt die Schwäche Moskaus genutzt werden, um in Berlin wieder einigermaßen menschenwürdige Zustände zwischen den beiden Stadthälften zu erreichen? Die Massenflucht aus der Zone steigerte sich von Tag zu Tag. In den Messehallen am Funkturm, in denen während der Luftbombardements die Toten gesammelt wurden, lagen nun die Flüchtlinge aus der Zone und warteten auf ihren Abtransport in die Bundesrepublik.

Berlin hoffte auf Intervention der Schutzmächte. Aber die Zeit verstrich. Churchill hatte sich für eine Gipfelkonferenz der Regierungschefs eingesetzt, doch die Regierungen der Westmächte zeigten kein Interesse. Sie wollten abwarten, wie sich die Lage in Moskau entwickeln würde. Dort regierten Malenkow, Molotow und Berija.

Am 8. Mai 1953 wurde der den Besiegten von 1945 auferlegte «Tag der Befreiung» in Ost-Berlin gefeiert. In den aufmarschierenden Kolonnen hörte man: «Hitler ist tot, es lebe Ulbricht.»

Reuter schrieb damals: «Die Geschichte bleibt nicht stehen. Der Tod Stalins mit seinen Folgeerscheinungen ist ein Ereignis, das nicht nur für Sowjetrußland, sondern für die ganze Welt von heute von noch nicht zu übersehender Bedeutung sein kann. Die Dinge sind neu in Bewegung geraten, und es wird nicht möglich sein, sie wieder in den alten Beharrungszustand zurückfallen zu lassen.»

Die Versorgungslage der Ostzone wurde so schlecht, dass der Ostberliner Verwaltungschef Friedrich Ebert seinen Mitbürgern, die als «Grenzgänger» in West-Berlin arbeiteten, die Lebensmittelrationen entzog. Er hatte nichts gegen die Arbeit dieser Mitbürger im anderen Sektor einzuwenden, aber die Versorgungslage war so kritisch, dass er etwas tat, was einzigartig für einen «Oberbürgermeister» sein musste: den eigenen Bürgern die Lebensmittelrationen nicht mehr zuzuteilen, sie dem Hunger preiszugeben.

West-Berlin half, aber diese Selbstdesavouierung des Ostberliner Regimes wurde wieder nicht von den Westmächten benutzt, um der Sowjetregierung ernsthafte Verhandlungen über die Lage in Berlin vorzuschlagen. Man wartete ab.

Reuter versuchte, wenigstens die Bundesregierung für umfassende Hilfsmaßnahmen zu interessieren. Aber auch in Bonn hielt man sich zurück.

Am Morgen des 12. Juni 1953 verbreitete der kommunistische «Berliner Rundfunk» eine Erklärung des Politbüros der SED, die am 9. Juni 1953 verfasst worden war. Sie besagte nichts anderes, als dass die bisherige Politik Ulbrichts, der beschleunigte «Aufbau des Sozialismus», gescheitert sei.

Es wurde mitgeteilt, dass von der Einheitspartei und der DDR-Regierung eine

Reihe von Fehlern begangen worden seien. Die Zwangsmassnahmen gegen die Arbeiter (Antreibermethoden und ständige Normerhöhungen), gegen die Bauern (Zwangskollektivierung und unerfüllbare Ablieferungsaufgaben), gegen die Intelligenz (zwangweise Gleichschaltung von Kunst, Wissenschaft und Schule), gegen die Handwerker und die noch vorhandene Privatwirtschaft (Kontrollen und Erdrosselung durch überhöhte, willkürliche Steuerforderungen) wurden widerrufen. Das Politbüro der Einheitspartei versprach weitgehende Erleichterungen im Interzonenreiseverkehr, in der Ausstellung von Auslandspässen, der Religionsausübung sowie eine Reorganisation der Volksjustiz. Die Mehrzahl aller Untersuchungshäftlinge sollte sofort entlassen werden. Renten und Lebensmittelrationen seien zu erhöhen, die staatlichen HO-Verkaufspreise zu senken.

Ausserdem wurden die vorbereiteten triumphalen Ehrungen Ulbrichts anlässlich seines bevorstehenden 60. Geburtstages abgesagt.

Ein «neuer Kurs» sollte sofort beginnen, ohne Rücksicht auf das «Prestige» der Einheitspartei.

War das die Wende, die Reuter erhofft hatte? Doch der rechtmässige Oberbürgermeister der Stadt befand sich seit Ende Mai, wie der SPD-Vorsitzende Franz Neumann, auf Urlaub in Italien.

In West-Berlin blieb man skeptisch. Zu schnell war vom Terror auf Menschlichkeit umgeschaltet worden. Wer konnte glauben, dass es die SED-Führer ernst damit meinten? Ulbricht war zwar in den Hintergrund getreten, und Otto Grotewohls Stunde schien zu schlagen. Beschwörend und besänftigend gab er eindringliche Rundfunkinterviews, in denen er betonte, dass es die Einheitspartei Führung ernst meine mit der «Umkehr». Wenn aber die Abkehr vom «Aufbau des Sozialismus», vom stalinistischen Terror, ehrlich gemeint war, so mussten sich daraus Folgerungen ergeben, die noch nicht zu übersehen waren. Hoffnungen regten sich in diesen regnerischen, schwülen, gewitterreichen Junitagen. Aber wie konnte man in West-Berlin sofort politisch aktiv werden, um die von der SED zugegebene Niederlage des Systems zu nutzen?

Damals schien der so oft beschworene Mantel des Gottes der Geschichte über der Stadt zu wehen, aber es fand sich niemand, der den Saum dieses Mantels ergriff.

Dies wäre Ernst Reuters Stunde gewesen, aber diesmal verliess ihn sein politischer Instinkt. War er alt geworden? Wurde er schlecht informiert? Er hatte Mitte Juni 1953 bei seiner Rückkehr vom italienischen Urlaub aus München die Senatskanzlei in Berlin angerufen. Aber man sagte ihm, es liege nichts Dringliches vor. So reiste Ernst Reuter nach Wien, um dort an einer Tagung des Internationalen Städtekongresses teilzunehmen ...

Am 16. Juni 1953 veröffentlichte die Zeitung des «Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes», die Ostberliner «Tribüne», einen Artikel, in dem gefordert wurde, freiwillig die Arbeitsnormen zu erhöhen. Das hiesse, bei gleichbleibendem Lohn mehr zu arbeiten.

Lag hier Sabotage des Politbürobeschlusses über den «neuen Kurs» vor? Das Politbüro hatte doch die Zwangsmassnahmen gegen die Arbeiter zugegeben und nun einstellen lassen? War der Artikel vor der Veröffentlichung des Politbüros geschrieben worden? Oder wollte Ulbricht aus dem Hinterhalt den Politbüroentschluss torpedieren, indem er den Arbeitern sagen liess, sie müssten nun mehr fürs gleiche Geld arbeiten, für sie käme bei dem «neuen Kurs» doch nichts heraus? Vielleicht aber war die Publikation dieses Artikels ganz einfach so zu erklären: Der Verfasser hatte erfahren, dass höhere Normen nun nicht mehr erzwungen werden konnten. In alter, gewohnter stalinistischer Manier wollte er nun den Arbeitern «freiwillige» Normerhöhungen auferlegen. So etwas hatte man doch oft auf «freiwilliger» Basis gemacht, den freiwilligen Zwang kannte jeder, weshalb sollte man ihn nicht jetzt anwenden, wenn es gut für die Partei war?

Was der Artikelschreiber jedoch forderte, war heller Wahnwitz: Die Arbeiter sollten freiwillig ihre Arbeitsnormen um zehn Prozent bei gleichem Lohn erhöhen.

An diesem 16. Juni 1953, acht Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, verdiente ein Ostberliner Bauarbeiter 1,21 Mark in der Stunde. Ein Pfund Margarine kostete im staatlichen HO-Laden vier Mark. Ein Ostberliner Textilarbeiter erhielt einen Stundenlohn von einer Mark. In der HO kostete das Pfund Butter zehn Mark. Ein Facharbeiter der höchsten Lohnklasse in der Metallindustrie bekam 1,24 Mark Stundenlohn. Die höchsten Löhne wurden im Braunkohlenbergbau gezahlt: 1,58 Mark pro Stunde.

Eine kleine Schicht von Führungskräften erhielt zwischen zweitausend und fünfzehntausend Mark monatlich. Politbüromitglieder wie Ulbricht bekamen kein Gehalt. Sie konnten über die Parteigelder frei nach ihrem Ermessen verfügen.

Am Morgen dieses 16. Juni 1953 erschienen in der Stalinallee Bauarbeiter mit der Zeitung «Tribüne» zur Arbeit. Sie lasen und besprachen den Artikel. Auf Block 40 der Baustelle Stalinallee sollte die Arbeit um 7 Uhr beginnen. Aber die Bauarbeiter diskutierten. Keine Hand rührte sich.

Gegen 8.30 Uhr kamen Funktionäre des «Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes», alarmiert von der Bauleitung, um festzustellen, weshalb die Arbeiter diskutierten, statt zu arbeiten. «Erst besser arbeiten, dann besser leben», hiess auch jetzt ihre alte Parole.

«Haut ab», sagte plötzlich ein Bauarbeiter. «Es ist zu spät.»

Sechzehntes Kapitel

MARSCH ZUM REGIERUNGSSITZ UND AUFSTAND

Nicht mehr Stalin war Herr über das östliche Berlin und die von der Roten Armee besetzten Länder in der Mitte und im Nordosten Deutschlands, als an jenem Morgen des 16. Juni 1953 ein Bauarbeiter von der Stalinallee den Funktionären der Einheitspartei den Abschied gab. In Moskau gab es nun mehrere kommunistische Führer, die miteinander oder gegeneinander regierten, und es war nicht deutlich, wem die Nachfolge Stalins einmal zufallen sollte. So sehr entsprach die Moskauer Schwäche der Schwäche des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei an diesem Junitage, dass auch in Berlin niemand wusste, wer denn nun wirklich hier Macht ausübe, Ulbricht oder seine Gegner, es sei denn die Rote Armee.

Diesseits des sowjetischen Imperiums jedoch, in West-Berlin, Westdeutschland und Westeuropa, waren die politischen Führer entweder miteinander zerstritten oder durch die langwierigen Abwehrkämpfe, die sie im Kalten Krieg gegen Stalins Machtanspruch über Berlin und Europa geführt hatten, auf eine Verteidigungshaltung verwiesen, aus der sie nicht von heute auf morgen zum politischen Angriff übergehen konnten.

Den Deutschen in der Ostzone aber war in diesem Zustand heillosen Spaltung nur eines geblieben: Die Initiative von ganz unten, aus dem Volke selbst, das bereit sein musste, dem ihm auferlegten Schicksal sich zu widersetzen, dem Verhängnis in den Arm zu fallen, dem verhängnisvollen Zug, aus der Spaltung die endgültige Teilung zu machen, entgegenzuwirken.

Denn zuviel hatten sie gelitten, die 1945 so ungleichmässig den Siegern zugefallen waren, mit der Mehrheit den demokratischen Mächten, mit einer Minderheit der totalitären Macht. Sie hatten Terror ertragen in der östlichen Besatzungszone, Enteignung, Vergewaltigung, Entzug der kleinen Freiheit, die mit dem Zusammensturz des nationalsozialistischen Regimes scheinbar gewonnen war. Sie hungerten und darben, sie lagen wie gefesselt; was konnten sie mehr verlieren als ihre Ketten?

Einer von diesen achtzehn Millionen hatte aufgeschrieben, wie es gewesen war bis zu diesem Junitage:

«Da stehe ich im Schatten dieser Tage...
Maschinen summen hell ihr böses Lied.
Und Fahnen knattern, gleich dem Flügelschlage,
der ruhlos über schweren Wolken zieht.

Fanfaren gellen durch die kalten Gassen,
und Füße stampfen dumpf und seelenlos,
Plakate schreien in gehetzte Massen:
Gigantisch alles – aber nichts ist gross.

Begreifst du jetzt, warum ich schier verzage?
Noch stehe ich in dem Dämonenreich.
Noch stehe ich im Schatten dieser Tage:
Und mir sind aber-abertausend gleich...

Man eifert von Tribünen, stoffumhängen,
und gaffend hört die Menge denen zu,
die sich an Recht und Menschlichkeit vergangen.
Und mitten unter ihnen stehst auch du.

Ja, stehst verstummt bei den verführten Massen
und lauschst dem Worte mit verschnürter Brust,
und wirst mitlaufen, Mensch, und wirst mithassen –
und warst dir dess' von Anfang an bewusst.

Denn «Kampf!» und «Hass!», so tönt es allerorten:
den Frieden selbst «erkämpfst» du immerdar.
Und unter all den hunderttausend Worten
ist nicht ein einz'ges, nicht ein einz'ges wahr.»

Von Lügen verwundet, zum Hass aufgefordert, abgesperrt vom andern Deutschland durch Volkspolizei und Grenzpolizei, die Handlanger der Sowjetarmee, mussten sich die Deutschen in Ulbrichts Zone nun selbst melden, um zu erklären, was sie wollten. Sie hatten keine Stimme in Politbüro und Regierung oder gar Volkskammer. Der Mund war ihnen verbunden, sie besaßen keine Wahl. In dieser Lage erhoben sich achtzig Bauarbeiter des VEB (Volkseigener Betrieb) Bau-Union Berlin und beschlossen, zum Regierungssitz in der Leipziger Strasse zu marschieren. Dort, vor dem Ministerium für Arbeit, wollten sie gegen die Normerhöhung, gegen die schlechte Versorgung, gegen die HO-Preise protestieren. Sie holten Unterstützung bei anderen Baustellen, und so kam es zum Marsch des 16. Juni 1953 über den Strausberger Platz, auf dem sich Volkspolizei entgegenstellte und sofort überrannt wurde, den Alexanderplatz, Lustgarten, die Strasse Unter den Linden, Wilhelmstrasse und Leipziger Strasse. Und dem Zuge schlossen sich Frauen und Kinder an, die in Sprechchören riefen, dass sie keine Sklaven seien.

Vier Stunden dauerte dieser Marsch, von 9 Uhr bis 13 Uhr, er brauchte seine Zeit, die Menschen strömten ihm zu, die Kraft der Menge musste sich formieren. Aber dies alles geschah ohne erkennbare Führung, es blieb improvisiert, die Spontaneität war vollkommen. Maurer in weisser Arbeitskluft gingen an der Spitze, sie trugen ein Transparent, das von Funktionären schon präpariert war. Aber sie hatten die Lüge dick durchgestrichen: «Aus Anlass des 1. Mai hat der Block 40 die Normen um zehn Prozent erhöht.» Das war nun die Rückseite des Transparents geworden, vorn aber stand in ungefügten Lettern: «Wir fordern Herabsetzung der Arbeitsnormen».

Mit dieser «Fahne» marschierten sie zum ersten Male seit 1945 ohne Befehl, immer wieder rufend: «Berliner, reiht euch ein, wir wollen keine Sklaven sein.» Sie zogen auch an der Sowjetischen Botschaft Unter den Linden vorbei, schweigend, ohne einen Laut von sich zu geben, dann zur Wilhelmsfrasse, einst Zentrale des Reiches, das untergegangen war. Noch standen die Ruinen des Reichspräsidentenpalais, der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes, von Trümmern erschlagen war die Vergangenheit. Nur das Haus des Amtes für Information am Wilhelmplatz hatte die Zerstörungen überdauert. Einst sass dort der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, nun waren hier die Propagandisten des SED-Regimes, das «Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR», untergebracht.

13 Uhr war es, und schwül dazu, dunkle Wolken jagten über die Stadt, als sie vor dem Haus der Ministerien standen, Görings Reichsluftfahrtministerium, das nicht erst seit der Gründung der «Deutschen Demokratischen Republik» im Oktober 1949 Regierungssitz war, sondern schon eher, als Haus der Deutschen Zentralverwaltungen von 1945, als Sitz der Deutschen Wirtschaftskommission von 1947.

Nun waren die Scherengitter vor dem Eingang niedergelassen, und das grosse Gebäude schwieg. Sprechchöre hämmerten gegen das schweigende Haus, bis endlich aus einem Fenster ein Mikrofon herabgelassen wurde. Dann traten drei Männer an dieses Fenster, es waren der Minister für Schwerindustrie und Hüttenbau, Fritz Selbmann, ein alter Kommunist, der jahrelang im nationalsozialistischen Konzentrationslager gewesen war und seit 1945 in Sachsen und später in Ost-Berlin die Reparationslieferungen an die Sowjetunion organisieren musste, dazu Heinrich Rau, stellvertretender Ministerpräsident, und Professor Havemann, ein Intellektueller im Dienste des SED-Regimes.

«Nieder mit den Normen, nieder mit der Regierung!» riefen die Demonstranten diesen drei Männern entgegen, und: «Wir wollen Ulbricht und Grotewohl sprechen.»

Die Antwort lautete, diese beiden Herren seien nicht da.

Dies war keine Lüge. Das Politbüro tagte im Haus der Einheitspartei. Aber dorthin war der Demonstrationzug nicht marschiert, und so kam es, dass die Bauarbeiter an diesem 16. Juni 1953 nicht vor den Spitzen des Regimes erschienen, um in die Diskussionen einzugreifen, die im Politbüro stattfanden und bei denen es um Ulbrichts Kopf und Kragen ging. Hier, vor dem Hause der Ministerien, geschah Folgendes: Selbmann, Rau und Havemann traten hinaus zu den Arbeitern. Ein Tisch wurde auf die Strasse getragen, der als Rednerpodium dienen sollte. Selbmann hatte Mut. Er kletterte auf den Tisch: «Liebe Kollegen, ich bin selbst mal Arbeiter gewesen», rief er aus, aber ihm wurde geantwortet: «Das hast du lange vergessen, du Verräter!» Selbmann zeigte auf seine Hände: «Schaut meine Hände.» – «Die sind ganz schön fett», bekam er zur Antwort, doch dann versprach er, sich dafür einzusetzen, dass die Normerhöhungen in der Stalinallee aufgehoben wurden. «Du willst Arbeiter gewesen sein», rief man ihm zu, «dann müsstest du doch wissen, dass ein Mauerstein in Dresden genauso schwer wiegt wie in der Stalinallee.»

Selbmann forderte nun die Demonstranten auf, eine Delegation von zehn Mann zu bilden, die mit ihm ins Haus der Ministerien ginge, damit man dort über die Forderungen verhandeln könne.

Da sprang ein Bauarbeiter zu Selbmann auf den Tisch, schob den Minister hinab in die Menge und rief: «Das ist hier keine Demonstration, sondern eine Volkshebung. Was du uns hier erklärt hast, interessiert uns nicht. Wir wollen frei sein, unsere Demonstration geht nicht nur gegen Normen, wir kommen nicht nur von der Stalinallee, wir sind ganz Berlin!»

Selbmann wollte noch einmal sprechen, aber die Tausende riefen: «Abtreten, verschwinden! Ihr alle müsst gehen!»

Man hörte noch, wie Selbmann versprach, mit der Regierung zu telefonieren, dann zog er sich schnell in das Haus zurück.

Fritz Selbmann informierte telefonisch das Politbüro. Aber dort, im Hause der Einheitspartei, war nun der Kampf um die Macht entbrannt. Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, der Minister für Staatssicherheit und der Chefredakteur des «Neuen Deutschland», forderten Ulbricht auf, zurückzutreten, um die Bahn frei zu machen für eine neue Politik, die endlich dem Volke diene und nicht mehr allein den Russen. Zaisser und Herrnstadt beriefen sich auf den sowjetischen Minister Berija, den mächtigen Chef des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, und es bestanden kaum Zweifel mehr, dass Berija entschlossen war, die sowjetische Deutschlandpolitik zu revidieren.

An diesem 16. Juni 1953 erreichte die Fronde gegen Ulbricht im Politbüro, dass die Normerhöhungen zurückgenommen wurden.

Während im Hause der Einheitspartei die Meinungen aufeinanderprallten, warteten vor dem Haus der Ministerien die Tausende geduldig auf eine Antwort der Grotewohlregierung. Als sie scheinbar gar nicht mehr beachtet wurden, erhoben sie sich und marschierten nun zurück in das Stadttinnere, trotzig und entschlossen, nicht nachzugeben. Von der Leipziger Strasse bogen sie in die Friedrichstrasse ein, und hier sangen sie das alte Arbeiterlied «Brüder, zur Sonne, zur Freiheit». Und nun wussten sie auch, was sie wollten. «Wir fordern alle Kollegen zum Generalstreik auf», riefen sie sich gegenseitig zu, um sich entweder zu überreden oder zu überzeugen, dass dies ihr Wille sei und dieser Wille immer mächtiger werden müsse, bis er den ganzen Ostsektor der Stadt überflutete.

Hätte ihnen einer gesagt, der mehr wusste als diese einfachen Arbeiter und diese Hausfrauen und Kinder im Demonstrationszug, dass sie zum Parteihaus der SED zu marschieren hätten, um Ulbricht und Grotewohl und das Politbüro mit der Demonstration zu konfrontieren, dann wäre vielleicht schon an diesem Tage eine Entscheidung gefallen, und es ist nicht gesagt, dass sie gegen die Arbeiter ausgefallen wäre. So aber gelangte der Zug wieder zurück zur Stalinallee, wo sich nun Funktionäre der SED und «Freien Deutschen Jugend» auf die Arbeiter stürzten, um sie in Diskussionen zu verwickeln. Die Volkspolizei hatte bisher noch nicht eingegriffen. Den Demonstranten schien auf einmal der Ostsektor zu gehören. Gegen Abend sammelten sich grössere Abteilungen der Volkspolizei im Hof des Ostberliner Polizeipräsidiums. Sie hielten sich bei ihren Einsatzwagen auf, aber verliessen den Gebäudekomplex nicht.

Am Nachmittag gab die Regierung Grotewohl nur bekannt, dass sie die Normenerhöhung zurücknehme. Zwei Lautsprecherwagen, vom Kulturbund und von der Volkspolizei, verbreiteten diese Meldung: «Das SED-Politbüro hat der Regierung der DDR empfohlen, die obligatorische Normenerhöhung um zehn Prozent zurückzunehmen. Die Forderungen der Bauarbeiter sind also erfüllt, der Anlass ihrer Demonstration hinfällig geworden. Sie werden aufgefordert, sich aufzulösen.»

Die Demonstranten eroberten den Lautsprecherwagen des «Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands», und ein Arbeiter setzte sich hinter das Mikrophon, um nun die Parole zu verkünden, die Berlin in Fieber versetzte: «Kollegen in ganz Berlin, wir fordern euch für morgen früh, 7.00 Uhr, zum Generalstreik auf.»

Auf der Stalinallee säuberten die Bauarbeiter ihre Arbeitsplätze von SED-Plakaten und Emblemen der «Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft». Sie zerschlugen Ulbricht-Bilder, diskutierten noch etwas, dann gingen sie nach Hause. Den Lautsprecherwagen liessen sie in der Stalinallee stehen.

Aber die ganze Oststadt war abends in Bewegung.

Gegen 20 Uhr hatten Jugendliche die Sektorenschilder zum Bezirk Kreuzberg an der Oberbaumbrücke entfernt.

Zur gleichen Stunde sagten die Betriebsgewerkschaftsleitungen der Ostberliner BEWAG und der Reichsbahn den Bauarbeitern zu, in einen Sympathiestreik zu treten. Diese Nachricht wurde über das reichsbahneigene Telefonnetz in der gesamten Zone verbreitet.

Im Variete Friedrichstadtpalast am Bahnhof Friedrichstrasse war jedoch das Ostberliner Parteiaktiv der SED versammelt. Hier versuchte Otto Grotewohl vor den Parteifunktionären, die Demonstration des Tages für die Einheitspartei zu proklamieren.

Grotewohl sagte:

«Uns geht es einzig und allein um die Sache unseres Volkes. Das allein ermöglicht es uns auch, so klar und offen über alle Dinge zu sprechen. Wir nehmen keine Zuflucht zur Demagogie, zu Beschönigungs- oder zu Ablenkungsmanövern. Unsere Fehler, die wir offen bekennen, sind auch keineswegs der Ausdruck von Verständnislosigkeit oder von Volksfeindschaft. Das Zentralkomitee der Partei wird eine völlige und umfassende Darstellung aller Fehler und notwendigen Massnahmen zu ihrer Beseitigung erhalten. Das Politbüro wird sich dem Zentralkomitee der Partei zur vollen Verantwortung stellen. Es wird kein Fehler und kein Mangel in Partei und Verwaltung unausgesprochen oder im dunkel bleiben. Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hat sich von den Massen gelöst. Sie müssen sich wieder miteinander vereinigen, und unsere Aufgabe ist es, diese Vereinigung herbeizuführen. Es gibt aus allen diesen Gründen keinen anderen Weg für uns. Man muss eine Wendung vollziehen.»

Wie sollten das die SED-Funktionäre verstehen? War das die neue Parole, und wer sollte sie befolgen? Was war mit Grotewohl? Wollte er sich an die Spitze der Streikenden stellen? Oder wollte er nur beschwichtigen, auf später vertrösten?

Auch Walter Ulbricht sprach: «Worin besteht die Bedeutung der neuen politischen Linie unserer Partei für den Kampf um ein einiges demokratisches Deutschland?» fragte er, aber was er dann sagte, unterschied sich sehr von Grotewohls Schuldbekennnissen.

Ein offenes Wort zu den Demonstrationen dieses Tages fanden die Genossen nicht. Es mag sein, dass das Politbüro zu keinem Entschluss gekommen war, da die Fronde gegen Ulbricht sich ebensowenig durchsetzen konnte wie Ulbricht gegen die Fronde.

Aber schien es nicht, als ob Grotewohl gefühlsmässig der Fronde zugehörte, jedoch versuchte, eine Brücke zwischen Ulbricht und dessen Gegnern zu schlagen?

Nichts war entschieden, als die Funktionäre den Friedrichstadtpalast verliessen, um nun mit den Menschen konfrontiert zu werden, die sich auf Strassen und

Plätzen aufhielten. Einige SED-Funktionäre wurden zusammengeschlagen. In West-Berlin hatten die Mittagszeitungen schon gegen ein Uhr den Marsch der Bauarbeiter in der Stalinallee gemeldet. Unglaublich klangen die Nachrichten, die von RIAS und vom Nordwestdeutschen Rundfunk Berlin ausgestrahlt wurden.

Am Abend sprach Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, zur Bevölkerung der Ostzone:

«Mit dem Blick auf das gesamte Weltgeschehen dürfen wir euch, den Deutschen jenseits des Sperrgürtels, sagen: Die Politik auch um euer Schicksal ist in Bewegung geraten. Dabei wollen wir uns und euch nicht verhehlen: die Gegensätze in der Welt sind gross. Das Wesen des Bolschewismus wird immer zweiseitig bleiben. Deshalb bleibt nicht Optimismus, sondern Realismus geboten. Aber ihr sollt euch darauf verlassen, dass wir mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für den friedlichen Weg zu unserer Wiedervereinigung eintreten.»

Die Stimme Jakob Kaisers kam aus Bonn, und Bonn war jetzt weit entfernt von Ost-Berlin. Später liess der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bekanntgeben:

«Die Demonstrationen der Bevölkerung in Ost-Berlin können niemanden überraschen, der die unhaltbaren Zustände des sowjetzonalen Regimes kennt. Trotzdem richte ich an jeden einzelnen Ostberliner und an jeden Bewohner der Sowjetzone die Mahnung, sich weder durch Not noch durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreissen zu lassen. Niemand soll sich selbst und seine Umgebung in Gefahr bringen. Die grundlegende Änderung eures Daseins kann und wird nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit erreicht werden. Gerade in diesem Augenblick, da die Politik um die Wiedervereinigung immerhin in Bewegung geraten ist, sollte sich niemand zu gefährlichen Aktionen verleiten lassen. Denkt daran, dass wir uns unserer Verpflichtung für euch in jedem Augenblick bewusst sind. Wir werden den grossen Mächten die Dringlichkeit einer raschen Lösung der deutschen Frage gerade jetzt mit besonderem Nachdruck vor Augen führen. Dabei brauche ich nicht zu betonen, dass sich jedermann in der Bundesrepublik und in der ganzen freien Welt mit euch in Solidarität verbunden weiss. Wir wissen den Sinn und den Mut eurer Demonstration zu würdigen. Wir bitten euch aber, im Vertrauen auf unsere Solidarität Besonnenheit zu wahren. Jakob Kaiser.»

Diese Verlautbarungen drangen in die Sowjetzone, aber sie gingen in den Meldungen unter, die über die Ereignisse des 16. Juni 1953 ausgestrahlt wurden. Diese Meldungen brachten die Wirklichkeit in die Zone, die Erklärungen aus Bonn entsprachen dieser Wirklichkeit nicht mehr, so gut gemeint sie waren.

Bald sollte es sich erweisen, dass die Menschen in der Sowjetzone dem Wunsch des Ministers für gesamtdeutsche Fragen nicht nachkamen. Und Ernst Reuter befand sich in Wien. In der Nacht zum 17. Juni 1953 erfuhr er, was sich in Ost-Berlin ereignet hatte. Er hatte beabsichtigt, am 18. Juni 1953 über München nach Berlin zurückzufliegen. Sofort versuchte er, für den 17. Juni 1953 einen Flugplatz zu buchen. Aber kein Flugplatz war mehr frei.

Spät abends sprach der deutsche Sendeleiter des RIAS Berlin, Eberhard Schütz, einen Kommentar zu den Ereignissen des 16. Juni 1953. Er drückte sich vorsichtig aus, stellte jedoch rhetorisch die Frage, was geschehen würde, wenn in der Ostzone die Vorgänge in Ost-Berlin bekannt würden. Die Leitung des RIAS versuchte, die vorgesetzten amerikanischen Stellen in Berlin zu fragen, ob sie den Ostberliner Streikaufruf verbreiten könne. Aber die Amerikaner entzogen sich diesen hartnäckigen Anfragen. Erst um 5 Uhr früh am 17. Juni 1953 gab RIAS im Nachrichtendienst den Streikaufruf bekannt. Die Sendeleitung handelte jetzt auf eigene Verantwortung.

So blieben die Ostberliner und die Menschen in der Ostzone sich selbst überlassen. Niemand unterstützte sie, und kein Staatsmann oder Parteiführer fand den Mut, ihnen Mut zuzusprechen.

Wollten sie alle, die seit Jahren für die Zonenbevölkerung gesprochen hatten, die ihnen immer wieder Unterstützung im Kampf gegen das rote Regime zusagten, nun ihre Hände in Unschuld waschen, da die Gefahr bestand, dass Blut vergossen würde? Oder, was wahrscheinlicher war, verstanden sie die Zeichen an der Wand nicht?

Ein Phänomen jener Tage war die absolute Passivität der freien Deutschen und ihrer Führer. Und das in einem Augenblick, in dem die Ereignisse des 9., 12. und 16. Juni 1953 sowie das Schweigen der Sowjets, das Stillhalten der Roten Armee zu zeigen schien, dass sich alles wenden könnte.

So kam es, dass, verlassen von den demokratischen und totalitären Führern, die Menschen in Ost-Berlin und der Zone am 17. Juni 1953 allein standen, um einen Kampf zu beginnen, den sie nicht geplant hatten. Am 16. Juni 1953 war vor dem Hause der Ministerien das Wort von der Volkserhebung gefallen.

Am Morgen des 17. Juni 1953, bei strömendem Regen, begann der Generalstreik, der gegen Regime und Regierung gerichtet war und auf Handzetteln forderte:

1. Volle Sicherheit für die Sprecher des Streiks,
2. Freie Rede und Pressefreiheit,
3. Abschaffung der erhöhten Normen,

4. Senkung der HO-Preise,
5. Freie Wahlen für ganz Deutschland,
6. Weg mit den Zonengrenzen,
7. Abzug aller Besatzungstruppen,
8. Weg mit der Kasernierten Volkspolizei,
9. Freilassung aller politischen Häftlinge,
10. Rückführung sämtlicher Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

Statt zur Arbeit zu gehen, sammelten sich Männer und Frauen gegen 7 Uhr auf dem Strausberger Platz, wie sie es am Vortage verabredet hatten, und setzten sich noch einmal gegen das Regierungsgebäude in der Leipziger Strasse in Marsch, diesmal aber entschlossener, doch immer noch ohne jede Führung oder Streikleitung.

Gleichzeitig näherten sich der Stadt gepanzerte Vorhuten zweier sowjetischer Divisionen aus dem Raum Zossen/Grossbeeren, die zunächst das russische Hauptquartier in Karlshorst sowie die Sowjetische Botschaft Unter den Linden sichern sollten.

Über Nacht waren Einheiten der Kasernierten Volkspolizei aus Brandenburg eingetroffen, die laufend verstärkt wurden. Sie standen zum Schutz des Regierungsgebäudes, des Polizeipräsidiums und anderer Dienstgebäude zur Verfügung.

Die Demonstranten verstärkten sich, als sie auf dem Wege zur Leipziger Strasse zum Spittelmarkt kamen, durch Arbeiter des Textilgewerbes und Verkäuferinnen eines Warenhauses. Diese Vorhut der Streikenden traf vor dem Haus der Ministerien ein, als sich längst Demonstranten aus allen Bezirken des Ostsektors und aus dem Zonenrandgebiet ebenfalls aufgemacht hatten, um die Stadtmitte zu erreichen. So wurde die Menge, die vor dem Regierungsgebäude auf Volkspolizisten traf, unaufhörlich vergrössert. Aber auch Lustgarten, Alexanderplatz, die Strasse Unter den Linden wurden nun zu Versammlungsplätzen der Streikenden, ihrer Frauen und Kinder, so dass in wenigen Stunden wahrhaftig das Volk von Ost-Berlin auf die Strasse gegangen war.

In diese Menge fuhren die ersten Panzerspähwagen der Russen hinein, wobei es auf dem Alexanderplatz und Unter den Linden Tote und Verletzte gab. Auch die Volkspolizisten vor dem Regierungsviertel wehrten sich, als die Menge gegen das Haus anbrandete. Mit Knüppeln schlugen die jungen Uniformierten auf Frauen und Kinder ein, es kam zu einem Handgemenge. Einige Arbeiter drangen durch einen Hintereingang in den Innenhof des Gebäudes vor, wo sie von Bewaffneten zurückgeschlagen wurden.

Inzwischen näherte sich der grosse Demonstrationszug der Stahlarbeiter aus Hennigsdorf, nördlich von Berlin, durch den französischen Sektor der Stadtmit-

te. Hier kamen zwölftausend Männer und Frauen, und sie waren entschlossen, ihre Ostberliner Kollegen zu unterstützen.

An manchen Stellen wurden Kioske der verhassten staatlichen Handelsorganisation HO beschädigt und niedergebrannt. Plakate und Transparente mit den Gesichtern der Führer des Regimes und deren Parolen fielen dem sich steigenden Zorn zum Opfer.

Das Regime aber blieb unsichtbar. Kein Mitglied des Politbüros, der Regierung zeigte sich, niemand nahm das Wort im kommunistischen Berliner Rundfunk. Nur kleine Funktionäre, die sich als «Aufklärer» an die Kolonnen heranmachen wollten, sahen die Arbeiter, aber sie lachten diese Überbleibsel des Regimes entweder aus oder verprügelten sie.

So schien es, als marschiere das Volk von Berlin einem unblutigen Sieg über das gegenwärtige Regime entgegen.

Aber dieses Regime, das sich vor den Massen verbarg, mit denen zu rechnen es doch immerzu vorgab, hatte längst der sowjetischen Besatzungsmacht seine Ohnmacht offenbart. Morgens 8 Uhr übernahm der sowjetische Hochkommissar in Deutschland und Botschafter der UdSSR bei der DDR-Regierung, Semjonow, den Befehl in der Stadt, deren Einwohner sich gegen das von der Sowjetunion eingesetzte Regime erklärt hatten. Aber Semjonow und sein erster Berater, Judin, mussten noch warten, bis die beiden alarmierten Panzerdivisionen zur Verfügung standen. Diese aber hatten einen längeren Umweg zu fahren, denn der kürzeste Weg aus dem Süden Berlins durch den amerikanischen Sektor zur Stadtmitte blieb ihnen versperrt.

Der Generalstreik lähmte die Verkehrsmittel, die meisten Geschäfte schlossen. Gegen 9 Uhr schien es, als sei die Regierung geflohen, das Politbüro entmachtet von den Sowjets, der Sieg in greifbarer Nähe. Doch das Volk war führungslos. Keine Organisation war erkennbar, die Menschen hatten sich allein gegen ihre deutschen Tyrannen erhoben und forderten immer wieder in Sprechchören Freiheit. Keine Aktion richtete sich gegen den Rundfunksender, das Polizeipräsidium, das Rathaus. Nur das Haus der Ministerien, in dem sich keine Regierung, kein Minister, kein höherer Funktionär befand, wurde belagert, und die Grenzschilder an der Sektorengrenze fielen.

Der Mann, der geeignet gewesen wäre, sich an die Spitze des Aufstandes (denn es war nun ein Aufstand, nicht mehr nur Generalstreik) zu stellen, versuchte zur gleichen Stunde in Wien, von den amerikanischen Militärbehörden eine Sondermaschine zu erhalten, die ihn in seine Stadt fliegen sollte. Aber die Amerikaner verweigerten Ernst Reuter die Erfüllung dieser Bitte. In Bonn war der Bundestag zu einer Sitzung zusammengetreten, auf der Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Erklärung zur Lage in Ost-Berlin abgab: «Wie auch die Demon-

strationen der Ostberliner in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer grossen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone und in Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, dass wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, dass sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreissen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden können.»

Zu dieser Stunde walzte ein sowjetischer Panzer Unter den Linden, vor dem ehemaligen Zeughaus, einen Arbeiter in den Asphalt, die Menge errichtete dem Toten ein Holzkreuz mitten auf der Strasse, bedeckte seine Leiche mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne, dann sang sie das Deutschlandlied. Und während Sowjetpanzerspähwagen am Brandenburger Tor auffuhren, holten junge Berliner die rote Fahne vom Tor herunter und hissten dafür die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Demokratie.

«Vermeidet jede Provokation, die der Sache nur schaden kann», hatten auch die Westberliner Parteien und der Gewerkschaftsbund zu dieser Stunde in einer gemeinsamen Erklärung den Aufständischen über den Rundfunk zugerufen, aber nun war die erste Panzerdivision in der Stadtmitte eingetroffen, die unter das Kommando des sowjetischen Stadtkommandanten General Dibrowa trat.

Und während in Bonn der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer und zahlreiche Bundestagsabgeordnete zum Flugplatz fuhren, um mit einer Sondermaschine nach Berlin zu fliegen, entsetzten russische Panzer das Haus der Ministerien.

Das ging, wie später berichtet wurde, folgendermassen vor sich: «Noch immer sehe ich die Augenblicke der Entscheidung vor mir, damals, in der Mittagsstunde des 17. Juni 1953 zu Berlin in der Leipziger Strasse, vor dem Haus der Ministerien. Es regnete nicht mehr, aber der Himmel war von grauen Wolken verhangen. Die sowjetische Panzergruppe, die vom Lustgarten über die Strasse Unter den Linden, die Friedrichstrasse in die Leipziger Strasse zum Zentrum des Aufstandes vorgedrungen war, stand eingekellt, bewegungsunfähig in der Menschenmenge, die noch immer das Haus der Ministerien belagerte. Wir hatten uns eingehakt, entschlossen nicht zu weichen, und jede gewaltsame Bewegung der Panzer, ihren Ausbruch, zu verhindern. Wir standen unter den Geschützen der T 34, an die Gleisketten der Panzer gedrängt. Einige Männer malten mit Mörtelstücken, die sie aus den umliegenden Ruinen gebrochen hatten, Parolen auf die stählernen Kolosse, ich sah einen jungen Arbeiter im Blauhemd der FDJ, einen Bauarbeiter. Sie schrieben «Freiheit» auf die Panzer, «Der Spitz-

bart muss weg». Und sie wiesen stolz auf die Parolen, machten die Sowjetsoldaten darauf aufmerksam, als könnten sie die in den Panzern überreden.

Ich stand ganz vorn, beim vordersten Panzer, der die Nummer 84 trug, und erwartete das Eingreifen der Sowjets. Ich konnte über mir, neben der Turmluke, den sowjetischen General erkennen, im weissen Paraderock, in dunklen Hosen, mit blanken Stiefeln, über dem linken Arm einen Ledermantel. Hinter ihm ein Offizier, auf der Turmluke hockend, während ein blasser, schmalgesichtiger Mann im blauen Sportanzug, die Hände in den Hosentaschen, auf dem Heck des Panzers stand und die Menge beobachtete.

Während ich auf den General sah, sagte ein Mann neben mir, er erkenne diesen Herrn dort oben, er habe ihn erst kürzlich gesehen, als er am Sowjetehrenal in Treptow mit Arbeitskollegen einen Kranz niederlegen musste. Es sei der General Dibrowa, der Stadtkommandant. Mir war es gleichgültig, wie der russische General hiess. Ich sah in sein hartes Gesicht, in dem nur die Augen voller Unruhe waren, mit der er die Menge beobachtete. Ich sah die Verantwortung, die dieser General trug, aber auch der verächtliche Zug um die Lippen entging mir nicht. Jetzt blickte er hinüber zur russischen Infanterie, die hundert Meter entfernt mit Volkspolizisten in die Strasse einbog, die Gewehre waagrecht vor den Leibern, langsam, mit fast zögernd erzeugter Gewalt die Menge abdrängend, um die eingekeilten Panzer zu erreichen und ihnen die Manövrierfähigkeit zurückzugeben. Wir pfliffen und schrien pfui, aber dann rief der General seinem Begleitoffizier etwas zu, ich konnte es nicht verstehen, denn der Lärm war gross. Der Begleitoffizier richtete sich auf, und ich merkte, dass er etwas rufen wollte, aber im gleichen Augenblick begann ein Lautsprecher zu dröhnen, der hinter den anrückenden Infanteristen fuhr, ein Lautsprecherwagen der Regierung. Eine rauhe, brutal klingende Stimme begann zu sprechen, und sie war so kräftig, dass die Pfliffe und Pfuirufe aufhörten und die Menge vernahm, was immer wiederholt wurde:

«Der sowjetische Militärkommandant befiehlt: Ab 13 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Strassen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten. Jeglicher Verkehr von Fussgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen wird von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstossen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft. Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, Dibrowa, Generalmajor.»

Und jetzt hob der General auf Panzer 84 die Hand, aber das, was er rief, ging unter in einem tausendstimmigen Schrei, und der Schrei pflanzte sich fort, wurde zu einem langanhaltenden Schreien. Es war ein gewaltiges Schreien, das alles enthielt: Wut, die bisher mühsam zurückgehalten worden war, Enttäuschung, jede Form des Protestes der Waffenlosen.

Ich hörte nun, was der General rief: ‚Sabiraitje!‘ schrie er über mir, auf dem Deck des Panzers, ‚und ich wusste, dass ‚Sabiraitje‘ – ‚Los‘ hiess, ‚Anfangen‘, ‚Vorwärts‘, und ich sah, während ich versuchte, vom Panzer wegzukommen, gegen den mich die Menge drückte, wie der General mit der Hand die Bewegung des Zupackens machte, und wie er dann, als die Soldaten auf der Strasse innehielten und zeigten, dass sie vor der tobenden Menschenmenge zurückweichen würden, wenn der General ihnen nicht noch einmal dieses ‚Sabiraitje‘ zuriefe, wie dieser General dann die Geste des Halsabschneidens machte...

Und so begriffen die Soldaten, und sie drängten gewaltsam wieder vorwärts, und sie rissen die achtzehnjährigen jungen Deutschen in den olivgrünen Uniformen der kasernierten Volkspolizei mit sich, um die Panzer zu befreien und dem General zu gehorchen, der ihnen mit der Geste des Hals abschneidens gedroht hatte.

Dann setzten sich auch die Panzer in Bewegung, schwerfällig über Bordkanten schaukelnd, mit mahlenden Gleisketten den Asphalt aufreissend, mit dröhnenden Motoren sich in die Menge wälzend, die nun von Infanterie und Panzern zugleich angegriffen wurde und zurückwich.

Aber einige hoben jetzt Steine auf, schleuderten sie gegen die Stahlwände. Die Volkspolizisten legten schützend die Hände über die Köpfe, sie wichen etwas zurück, und es sah einen Augenblick so aus, als verabscheuten sie es, dass Deutsche gegen Deutsche Steine warfen, als hätten sie nichts mehr davon gehalten, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Doch die Panzer rückten vorwärts, fächerartig ausschierend, mit heulenden Motoren Raum zu gewinnen. Ich sah, wie ein Junge einen Panzer erkletterte und versuchte, die Antenne abzubiegen. Ich sah, wie ein anderer Panzer, der im Ruinengelände neben der Strasse eingebrochen war, von Arbeitern erklettert wurde, die, neben dem Turm stehend, Ziegelsteine in das Turmluk warfen und dann wieder absprangen, sich zuwinkend ...

Und dann peitschten die ersten Schüsse, und ich wusste, dass der General auf Panzer 84 das Feuer freigegeben hatte. Zwei Männer schlepten einen Balken herbei, mit dem sie versuchten, den Geschützturm eines Panzers zu verklemmen, dann aber, als es misslang, den Balken in die mahlende Gleiskette stemmten.

Es wurde in die Luft geschossen. Deshalb hakten sich die Männer unter, während Frauen und Kinder flohen, in die Ruinen sich warfen, weinend in den Ein-



Der Deutsche Bundestag in der Berliner Kongresshalle am 15. Oktober 1957.
Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier eröffnet die Sitzung



Arbeiter und Angestellte aus Ostberliner Betrieben beim befohlenen Aufmarsch zum Empfang von Chruschtschow am 19. Mai 1960

gang eines noch stehengebliebenen Hauses drängten. Und diese Männer, es waren Hunderte, gingen noch einmal gegen die Infanteristen und Volkspolizisten vor, während die Panzer weiterrollten, zum Leipziger Platz, zum Potsdamer Platz, um dort drohend ihre Geschütze gegen die in den Westteil der Stadt Fliehenden zu richten...»

Auf dem Potsdamer Platz wurde nun geschossen. T-34-Panzer gaben MG-Salven ab.

Aber auch anderswo in der Stadt sprachen die Waffen. Dreitausend Sowjetsoldaten und zehntausend Volkspolizisten gingen zum Angriff über. Die Aufständischen gaben jedoch nicht auf. Eine Staatssicherheitsdienststelle in der Friedrichstrasse wurde von ihnen gestürmt. Vor dem Rathaus herrschten Tumulte. Noch einmal versuchte man, das Regierungsgebäude zu stürmen, aber der Angriff wurde abgewiesen.

Der Aufstand der Waffenlosen gegen ein Regime, das sich scheinbar verflüchtigt hatte und durch die Rote Armee mit unterstellter bewaffneter Volkspolizei Ost-Berlin zurückerobern liess, löste sich nun in verzweifelte Einzelaktionen auf. Gegen 17 Uhr ging das Columbushaus am Potsdamer Platz in Flammen auf, während sich Scharfschützen in den Ruinen der Reichskanzlei einnisteten und Schützengräben ausgehoben wurden. Unter den Linden gingen sowjetische Panzerabwehrgeschütze in Stellung, um die Sowjetbotschaft zu sichern. In der Bernauer Strasse am Wedding erschoss ein Volkspolizist einen neunjährigen Jungen. An manchen Stellen hatten Volkspolizisten vor den Arbeitern kapituliert, ihre Waffen weggeworfen und sich unter die Aufständischen gemischt.

Immer deutlicher wurde im Laufe des Nachmittags, dass die Sowjetdivisionen ihre vordringlichste Aufgabe darin sahen, den Ostsektor gegen die Westsektoren abzuriegeln, um dann gegen einzelne Widerstandsnester und Zentren der Demonstrationen vorzugehen.

Nur wenige Stunden waren die Sektorengrenzen gefallen. Nun mussten die Westberliner am Potsdamer Platz und an anderen Stellen der unseligen Grenze zusehen, wie Menschen ihrer Stadt vor ihren Augen gejagt wurden. Die westlichen Besatzungsmächte sahen keinen Grund, einzugreifen, mit starken Kräften an der Sektorengrenze aufzumarschieren, die Aufständischen zu ermutigen. Die Sowjets respektierten ebenfalls die Sektorengrenze.

Nach 19 Uhr kam es zu Gewehrfeuer in der Stresemannstrasse. Ein Westberliner wurde am Kopf tödlich verwundet, während Rotkreuzhelfer todesmutig im Feuer drei schwerverletzte Demonstranten bargen.

Als es dunkel wurde über Berlin, stand auf der Ostseite des Potsdamer Platzes das «Haus Vaterland» in Flammen.

So bekam der Augenblick noch sein symbolisches Bild: Das Haus, das Vaterland hiess, brannte ab.

Die wichtigsten Sektorenübergänge waren abgeriegelt. Nur durch Ruinengelände konnten die Aufständischen noch in die Westsektoren fliehen, um sich der Vergeltung zu entziehen, die nun über Ost-Berlin hereinbrach.

In Wien, auf dem Internationalen Städtetag, erklärte der Oberbürgermeister von Berlin, Ernst Reuter: «Die Aufstandsbewegung ist eine volle Revolution und der Anfang vom Ende des Ostberliner Regimes.» Er war der Einzige, der an jenem Tage das volle Ausmass des Volksaufstandes ahnte. Doch er wartete noch immer darauf, in seine Stadt zurückkehren zu können. Weder er noch die Berliner in den Westsektoren wussten, dass am 17. Juni 1953 das Volk in der Sowjetzone von der Ostsee bis zur Neisse und zum Erzgebirge aufgestanden war.

Am Abend kam es zu einer Kundgebung von sechzigtausend Menschen aus beiden Teilen der Stadt im Bezirk Kreuzberg. Joachim Lipschitz, einst gemassregelter Stadtrat aus dem Ostsektor, rief: «Bei der Erhebung in Ost-Berlin handelt es sich um den Ausbruch echter Empörung und echten Hasses. Die Zeit der halben Massnahmen ist vorbei.»

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Otto Suhr, sagte: «Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass der ärmste Sohn des Volkes auch sein treuester ist. Ihr im Osten sollt wissen, dass ihr euch auf uns verlassen könnt.»

Spätabends versammelten sich die Abgeordneten in Anwesenheit von Jakob Kaiser, Erich Ollenhauer und Bundestagsabgeordneten aller nichtkommunistischen Parteien im Rathaus Schöneberg und riefen die freie Welt um Hilfe für die geknechtete Bevölkerung der Sowjetzone und Ost-Berlins auf.

In Washington sagte Präsident Eisenhower an diesem Abend: «Die Unruhen in Ost-Berlin sind ein bedeutsames Ereignis, da sie die kommunistischen Behauptungen Lügen strafen, es gäbe nur glückliche Menschen hinter dem Eisernen Vorhang.»

Nachts waren Schüsse aus dem abgeriegelten Ostsektor zu hören; die Ungewissheit über das Schicksal der Aufständischen wuchs.

Würde der Aufstand am Morgen Wiederaufleben, oder war er zusammengebrochen? blieb nur dieses: eine moralische Niederlage des Regimes, das behauptete, den ersten «Arbeiter- und Bauernstaat» der deutschen Geschichte errichtet zu haben?

Am 18. Juni 1953 schrieb die «New York Herald Tribune»:

«Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man feststellt, dass auf den Strassen von Ost-Berlin ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte eröffnet wurde.» An diesem Morgen war jedoch der Volksaufstand in Ost-Berlin von der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeschlagen. Ein arbeitsloser Westberliner aus dem französischen Sektor, Willy Göttling, wurde im Morgengrauen von einem sowjeti-

schen Exekutionskommando standrechtlich erschossen. Er wollte am 16. Juni 1953 vom französischen Sektor durch den Ostsektor zu seiner Stempelstelle im amerikanischen Sektor fahren, dabei wurde er im Ostsektor aufgegriffen und den Sowjets übergeben, die ihn zur Abschreckung zum Tode verurteilten.

Ebenso wie der 35jährige Götting wurden an diesem 18. Juni 1953 sechs weitere Deutsche in der Ostzone standrechtlich von der Roten Armee erschossen. Aber auch Volkspolizisten fielen unter den Kugeln ihrer Genossen.

Die genaue Zahl der Todesopfer des Aufstandes blieb unbekannt. Über fünf- undzwanzigtausend Demonstranten wurden verhaftet. Der Aufstand hatte sich über die ganze Ostzone verbreitet. Schwerpunkte bildeten die Industriezentren. Noch am 18. Juni 1953 protestierten die drei westalliierten Stadtkommandanten beim sowjetischen Kommandanten, General Dibrowa:

«Als Kommandanten des französischen, britischen und amerikanischen Sektors von Berlin gestatten Sie uns hiermit, im Namen der Alliierten Oberkommission unsere äusserste Sorge über die Ereignisse auszudrücken, die sich in den vergangenen Tagen in Berlin abgespielt haben. Wir verurteilen den unverantwortlichen Rückgriff auf militärische Gewalt, durch die zahlreiche Berliner zu Tode gekommen oder schwer verletzt worden sind, darunter auch einige Einwohner unserer Sektoren. Wir erheben Protest gegen die eigenmächtigen Massnahmen, die die sowjetischen Behörden ergriffen haben und die zur Unterbrechung des Verkehrs zwischen den Sektoren und in ganz Berlin geführt haben.»

Am 20. Juni 1953 erklärte der amerikanische Hochkommissar James B. Conant: «Nach allem, was ich gehört und gesehen habe, ist der Ostsektor noch immer von dem übrigen Teil Berlins abgeriegelt. Obwohl es keine weiteren Demonstrationen gegeben hat, wird der Sektor noch immer von sowjetischen Streitkräften beherrscht. Jede Verlängerung der Unterbrechung des normalen Lebens in der Stadt erlegt den Einwohnern aller Sektoren unnötige Härten auf und stellt eine direkte Verletzung des Viernächteabkommens dar. Die westlichen Kommandanten in Berlin haben namens der Alliierten Hochkommission die Wiederherstellung des freien Verkehrs in ganz Berlin gefordert... Da sie allem Anschein nach die Volkspolizei für unzuverlässig hielten, waren die sowjetischen Behörden gezwungen, zwanzigtausend mit Panzern ausgerüstete Soldaten nach Ost-Berlin zu bringen. Entgegen ihren Behauptungen genießt die kommunistische Marionettenregierung nicht die Unterstützung der Bevölkerung. Man muss die mutige Zähigkeit bewundern, mit der die Deutschen in Ost-Berlin und in der Ostzone ihren freiheitlichen Geist wachgehalten haben. Schliesslich kann ich auch die Westberliner und ihre erfahrenen Vertreter zu der Ruhe und Be-

herrschaft, mit der sie die Ereignisse der vergangenen Tage aufgenommen haben, beglückwünschen.»

Ernst Reuter traf am 18. Juni 1953 endlich in seiner Stadt ein. Als er spät abends in Tempelhof gelandet war, fuhr er zum Potsdamer Platz. Dort stand er vor der Kette schwerbewaffneter Volkspolizisten vor dem ausgebrannten Columbus-Hochhaus und dem Haus Vaterland. Er sagte kein Wort, bis er im Rathaus eintraf, wo er sofort in sein Amtszimmer ging, den Telefonhörer abnahm, den amerikanischen Stadtkommandanten General Timberman anrief und diesen fragte, ob denn der Westen nicht intervenieren könnte, um dem Wahnsinn der Repressalien gegen die Bevölkerung der geteilten Stadt ein Ende zu setzen. Er fragte auch, ob denn nun Vorsorge getroffen sei, dass sich Derartiges nicht wiederhole. Und dann sagte er dem amerikanischen General, was er davon hielt, dass ihm, dem Oberbürgermeister dieser Stadt, kein Militärflugzeug zur Verfügung gestellt wurde, um am Tage des Aufstandes nach Berlin zurückkehren zu können...

Und dann trat er an das RIAS-Mikrofon und sagte: «Was wir hier in Berlin und was wir in der Ostzone erleben, ist eine Mahnung, ist ein Fanal für die ganze freie Welt, die nun endlich begreifen muss, dass sie aus ihrem Zaudern, aus ihrem Nichthandeln, aus ihrem Nichtzusammenkommen, aus ihrem Nichtübereinstimmen heraus muss, und dass sie politisch aktiv werden und auf der Bühne erscheinen muss. Sie ist stärker, sie könnte stärker sein, als sie sich selbst einbildet, wenn sie einig und geschlossen auftreten würde und wenn sie die politische Initiative selber in die Hände nähme. Wir sind auch heute bereit, sofort in Verhandlungen einzutreten, falls das Angebot angenommen wird, um freie Wahlen in Berlin herbeizuführen und um eine Regierung in Berlin zu bilden, die die ganze Stadt repräsentiert. Und wir sind absolut sicher, dass wir eine solche einheitliche, freiheitlich regierte Stadt hier in Frieden und Ruhe und Ordnung unter allen Umständen garantieren könnten...»

Die Moskauer «Literaturnaja Gazeta» hielt Reuters Abwesenheit von Berlin während der entscheidenden Junitage für ein abgefeimtes Täuschungsmanöver: «Diese abscheuliche Kreatur, die sich an Bestechungsgeldern westdeutscher Industrieller und ausländischer Intriganten gemästet hat, glaubte sich ein Alibi zu schaffen, indem sie schnell am 14. Juni, drei Tage vor dem ‚Tag X‘, eine dringende ‚Geschäftsreise‘ nach Wien unternahm.»

Wäre Reuter am 16. und 17. Juni 1953 in Berlin gewesen, so hätte die Möglichkeit bestanden, den Ereignissen eine Wendung zu geben, solange die Rote Armee nicht eingriff, aus der Berlin anders hervorgegangen wäre, als es in Wirklichkeit nun hervorging. Aber der Augenblick, an dem die Stadt ihrer Wieder-

vereinigung ganz nahe gerückt zu sein schien, verstrich. Die Berliner waren ohne eine Führung, die sie auf diese oder andere Weise zu Freiheit und Recht gewiesen hätte. Die Westmächte hielten es nicht für geraten, einzugreifen. Für sie waren die Sektorengrenzen auch Grenzen ihrer Macht. Seitdem es für Gross-Berlin keine Viermächteverwaltung mehr gab, erkannten die Westmächte trotz mancher Dementis die Teilung der Stadt an.

Es ging den meisten Berlinern erst viele Jahre danach auf, dass die Westmächte West-Berlin meinten, wenn sie Berlin sagten.

Aber auch in den nun folgenden Tagen und Wochen geschah vom Westen her nichts, was geeignet gewesen wäre, die deutsche Frage aufzuwerfen und die Schwäche des nachstalinistischen Regimes in Moskau zu nützen.

Den Westmächten schien die Gefahr internationaler Zwischenfälle grösser, als sie wahrscheinlich wirklich war. Die Sorge vor dem, was Moskau beginnen könnte, bedrückte sie kaum, doch sie zeigten keinerlei Bereitschaft, mit politischen Mitteln aktiv zu werden.

So wurde auch dieser Aufstand des 17. Juni 1953, der so viele Opfer forderte, eine Urkunde der Spaltung Deutschlands. Nicht einmal ein Volksaufstand konnte den Westen aus seiner Defensive locken.

«Ruhe ist die erste Bürgerpflicht» – dieses Wort kennzeichnete die Politik der Weltmächte, die in den Kampf um Berlin verstrickt waren.

Den Westberlinern, den freien Deutschen, blieb nun nur noch die Ausrichtung von Gedenk- und Trauerfeiern.

Vor den Särgen der nach West-Berlin gebrachten Toten des Ostberliner Aufstandes rief Bundeskanzler Konrad Adenauer am 23. Juni 1953 aus:

«Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnten gegen diese nunmehr acht Jahre währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm zu in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk –, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.»

Und Ernst Reuter sagte:

«Der 17. Juni 1953 ist, das ist unsere gemeinsame Überzeugung, das grösste Ereignis unserer Geschichte, das wir seit Langem erlebt haben. Niemand kann sagen, ob es heute, morgen oder übermorgen uns zum Ziel führen wird. Aber das wissen wir: dieser elementare, wuchtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Jugend unter einem totalitären System, sie haben die

Welt aufgerüttelt und die Basis freigemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf die Dauer uns Deutsche voneinander trennen können. Die Fahne der Knechtschaft auf dem Brandenburger Tor, sie ist von unserer Jugend heruntergezogen, und diese Jugend wird eines Tages die Fahne der Freiheit auf dem Brandenburger Tor aufziehen.»

Jakob Kaiser stellte fest:

«Es gibt ein Mass von Demütigung, von seelischer und materieller Not, die kein Volk zu ertragen vermag. Diese Not liess die friedliebenden deutschen Arbeiter mit blossen Händen gegen ihre Unterdrücker angehen.» Der Deutsche Bundestag proklamierte am 2. Juli 1953 den 17. Juni zum «Tag der deutschen Einheit». Aber diese Einheit, wo war sie?

Musste jetzt nicht etwas geschehen, um die Schwäche des nachstalinistischen Grossreichs auszunützen? Musste man nicht diesen Aufstand zum Anlass nehmen, eine ernsthafte diplomatische Initiative der Westmächte einzuleiten? Es durfte keine Zeit verloren werden, denn jeder Tag würde das Regime Ulbrichts neu festigen.

Es vergingen vier Wochen, ehe die Westmächte der Sowjetunion eine Viermächtekonferenz über Deutschland und Österreich vorschlugen.

Inzwischen waren in Moskau Entscheidungen gefallen. Berija wurde gestürzt. Er hatte Ulbrichts Gegner im Politbüro der Einheitspartei ermuntert. Nun mussten auch Zaisser und Herrstadt bald fallen.

Jene Kommunisten gewannen wieder die Oberhand, die vor einer Demokratisierung der Ostzone gewarnt hatten. Walter Ulbricht hatte gesiegt. Er war nie der Meinung gewesen, es sei möglich, die Deutschen ohne Rückendeckung durch die sowjetische Armee kommunistisch zu regieren. Seit dem Tage, da er aus Moskau wieder in Deutschland ein traf, hatte er nur von entliehener Macht gelebt. Für ihn änderte sich durch den 17. Juni nur eines; Er war nun der unbestrittene Herr über die Einheitspartei. Auf ihn war, von Moskau gesehen, allein Verlass.

Ernst Reuter hatte eine Paketaktion für die Menschen in Ost-Berlin und der Ostzone vorgeschlagen, die nun mit Hilfe der Bundesregierung verwirklicht wurde. Fast drei Millionen Lebensmittelpakete holten sich die Menschen der Zone und Ost-Berlins in West-Berlin ab, schikaniert, verfolgt von der Volkspolizei bei ihrer Rückkehr. Dieser politische und moralische Erfolg, durch den bewiesen wurde, welche Aufgabe West-Berlin im gesamtdeutschen Bereich habe, konnte aber nichts daran ändern, dass die Spaltung der Stadt sich auch angesichts eines revolutionären Ereignisses behauptet hatte. Im Kampf um Berlin hatten der 17. Juni und seine Folgen tragische Bedeutung. Die Sektorengrenzen waren aufgehoben, aber sie trennten doch mitleidlos die revolutionären Einwohner des Ostsektors von der stillhaltenden Militärmacht in den Westsektoren.

ren. Auf engstem Raum, in einer Stadt, respektierten die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich das originäre Erobererrecht der Sowjets in ihrem Sektor. Die Folgen dieses Stillhaltens unter solchen dramatischen Umständen waren im Augenblick noch nicht abzusehen. Aber Ernst Reuter warnte die Westmächte wiederholt, sich nicht auf das Festhalten von dem zu beschränken, was ihnen 1945 zugefallen war: «Mit dieser Spaltung werden wir uns niemals abfinden, niemals, und wer eine Politik verfolgt, die auch nur die Gefahr aufzeigt, dass diese Spaltung für eine lange Periode andauern muss, der muss sich darüber im Klaren sein, dass er dann Kräfte im deutschen Volk wachrufen wird, die eines Tages über ihn hinweggehen.»

Am 6. September 1953 gewann Konrad Adenauer mit der Christlich-Demokratischen Union bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit.

Ernst Reuter überlebte den 17. Juni nur wenige Monate. Er starb, wohl ein spätes Opfer dieses Tages, viel zu früh für Berlin und Deutschland, am 29. September 1953.

Die Berliner wussten, wen sie verloren hatten. Die ganze Stadt trauerte. Am Grabe des toten Oberbürgermeisters sagte der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss:

«Die Unruhe seines Lebens aber hoffte dem Tag entgegen, da das Unheil des Zerrissenseins von dieser Stadt genommen würde, von diesem Land, und wieder die Freiheit des bürgerlichen Verträgnisses den dumpfen Hass und die böse Gewalt verdrängt. Er hat diesem Tag entgegengelebt – er ist ihm entgegengestorben.

Ernst Reuter war kein verschwärmter Träumer. Die Schule des Lebens hatte ihn hart angefasst, aber er war gläubig: Der Tag wird kommen.

Und wenn dieser Tag gekommen sein wird, wandert jener Mann aus Dresden und diese Frau aus Rostock, aus Halle und Magdeburg an das Grab nach Zehlendorf, legt eine Blume nieder, eine Nelke, eine Rose, eine Aster und sagt: ‚Dank, Dank.‘»

Siebzehntes Kapitel

DIE «GLÜCKLICHEN» JAHRE

Nach dem Aufstand und seiner Niederschlagung begann jene kurz bemessene «glückliche» Zeit für die Stadt Berlin, in der sie vom weltgeschichtlichen Geschehen beurlaubt zu sein schien. Entscheidungen fielen ausserhalb Berlins. Der Westen beobachtete die Moskauer Diadochenkämpfe, ohne das Verlangen oder die Absicht zu zeigen, politisch und diplomatisch einzugreifen, für diesen oder jenen Nachfolger Stalins Partei zu nehmen. Moskau hatte seine Berliner Front nach dem 17. Juni 1953 stillgelegt. Hinter ihr konnte Ulbricht, gestützt auf die sowjetischen Panzerarmeen in der Ostzone, das Regime der Einheitspartei wiederherstellen und seine Macht ausweiten. Er versuchte nun, seine Gegner zu erledigen. Der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Wilhelm Zaisser, hatte um den 17. Juni 1953 die Karte Berijas gespielt. Im Januar 1954 verlor er seine Ämter. Die Fronde gegen Ulbricht in der Führung der Einheitspartei wurde entweder besänftigt oder zum Schweigen verurteilt. Die Aufrüstung machte in der Zone grosse Fortschritte. Bald übten Betriebskampfgruppen, die aufgestellt worden waren, um einen neuen Aufstand im Keime zu ersticken, Strassenkampf im Ostsektor von Berlin. Ehe aber auch in der Bundesrepublik auferüstet wurde, versuchte eine Aussenministerkonferenz der Siegermächte in beiden Teilen Berlins noch einmal, zu einer Vereinbarung über die Zukunft der Stadt und Deutschlands zu gelangen.

John Foster Dulles, Aussenminister der Vereinigten Staaten, sagte in seiner Eröffnungsansprache:

«Während der neun Jahre, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstrichen sind, wurden viele Hoffnungen in Verzweiflung gewandelt, viele Freundschaften haben sich in Bitterkeit aufgelöst. Es sind in der Tat fünf Jahre vergangen, seitdem unsere vier Aussenminister auch nur zusammenkamen.» Neben Dulles waren Anthony Eden für Grossbritannien, George Bidault für Frankreich und Wjatscheslaw Molotow für die Sowjetunion nach Berlin gekommen.

Im eiskalten Februar 1954 scheiterte diese Konferenz, die im Gebäude des Alliierten Kontrollrats (der nicht mehr existierte) und in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden tagte. Im Abschlufikommuniqué hiess es: «Die vier Minister hatten einen vollständigen Meinungs austausch über die deutsche Frage, die Probleme der europäischen Sicherheit und über die österreichische Frage. Sie waren jedoch nicht imstande, sich in diesen Fragen zu einigen.»

Jene Konferenz besass für den Kampf um Berlin nur die Bedeutung einer me-

lancholisch gestimmten Zäsur. Beide Seiten hatten sich gegenseitig versichert, dass sie keine Möglichkeit sahen, beide Teile der Stadt zusammenzufügen. Die Grenzen waren abgesteckt. Nun konnte seinen Lauf nehmen, was vielleicht bestimmt war, eine neue Lage zu schaffen, aus der heraus andere Impulse zu einer Wiedervereinigung kommen könnten.

Am 23. Februar 1954 sprach Bundeskanzler Konrad Adenauer zu den Berlinern: «Der ergebnislose Verlauf der Aussenministerkonferenz in London im Jahre 1947, in Paris im Jahre 1949 und schliesslich der Aussenminister-Stellvertreter in Paris im Jahre 1951, wo man sich nicht einmal über die Tagesordnung einigen konnte, ist nichts anderes als der Ausdruck des fortdauernden, ja, sich verschärfenden Konfliktes der Grossmächte gewesen...»

Ich möchte feststellen, dass in Europa zur Zeit die sowjetische Politik ausschliesslich von dem Gedanken beherrscht ist, den Status quo hinsichtlich der Besatzung, hinsichtlich der politischen Stellung aller unter ihrer Kontrolle befindlichen Gebiete aufrechtzuerhalten. Ihr Plan – und hierbei dürfte auch bei den grössten Illusionisten keine Unklarheit mehr bestehen – zielt aber darauf ab, den Status quo zu gegebener Zeit zur Basis eines weiteren Übergreifens nach West-Berlin zu machen.»

Diese leidenschaftslose nüchterne Feststellung kennzeichnete die Lage, aber dennoch blieb Ungewissheit über das, was in Moskau sich nun, ein Jahr nach Stalins Tod, wandeln könnte. Die Sprache Adenauers kontrastierte zur Sprache des verstorbenen Ernst Reuter. In West-Berlin war Dr. Walther Schreiber nach dem Tode des grossen Oberbürgermeisters an die Spitze der Regierung der Stadt getreten. Ihm folgte Dr. Otto Suhr (SPD), der wie Reuter in den Sielen starb. Auch Walther Schreiber überlebte Suhr nicht lange. So raffte der Tod rasch hintereinander jene Männer hinweg, die seit 1945 die Last der Verantwortung in Berlin getragen hatten.

Am 27. März 1954 erklärte sich die «DDR» für «souverän»: «Die Deutsche Demokratische Republik wird mit der UdSSR sowie mit den anderen Staaten die gleichen Beziehungen unterhalten, wie sie unter souveränen Staaten üblich sind. Die Deutsche Demokratische Republik hat die Freiheit, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äusseren Angelegenheiten einschliesslich der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.»

Damit war Ulbrichts Werk äusserlich vollendet. Von der Einflussnahme auf die Zusammensetzung der deutschen Selbstverwaltung Berlins in den Maitagen 1945 bis zu dieser Souveränitätserklärung einer kommunistischen Regierung mit Sitz in Berlin war der Mann aus Leipzig manchen krummen Weg gegangen, aber alle Wege hatten ihn zum Ziel geführt. Und wenn auch die Souveränität

da jede ein Volk waren, nicht gewillt, die ihm auferzwungene politische Spaltung auch auf die persönlichen Beziehungen zu übertragen. Es herrschte «Tauwetter» im Osten.

Die Westberliner hatten am wenigsten von dieser «glücklichen» Zeit, denn für sie waren Reisen in die Zone auch jetzt kaum möglich. Passierscheine wurden ihnen von den Ostberliner Behörden eher verweigert als ausgehändigt. Doch nach West-Berlin durften die Deutschen der Zone reisen, wenn auch unter wachsenden Schwierigkeiten. Schien es nicht, als sei in ganz Berlin trotz politischer Spaltung ein Nebeneinander möglich? Bewies nicht die Entwicklung, dass die «friedliche Koexistenz», die von Moskau zum Schlagwort und zum Programm erhoben wurde, lebensfähig war? Konnten nicht in *einer* Stadt zwei Machtblöcke mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen nebeneinander leben? Die Tyrannei neben der freiheitlichen Demokratie? Und waren nicht beide deutschen Staatsgebilde in der Hauptstadt regierend oder verwaltend vertreten? Gab es nicht den friedlichen Wettstreit zwischen hier und dort? In Ost-Berlin entstand die monströse Stalinallee, in West-Berlin das moderne Hansaviertel. Der Status quo schien in den Jahren 1954 bis 1958 die deutsche Frage nicht zu lösen, aber er war nicht gefährlich für den Frieden in Europa.

Doch es war eine Zeit der Illusionen, die man sich über die Lage der Stadt machte.

Der amerikanische Aussenminister John Foster Dulles betrieb eine Politik der Stärkung des Westens. Er sah eine Zeit kommen, da die trügerische Ruhe vorbei sein werde. Aber noch hielt Moskau still. Es hatte zu viele eigene Probleme zu lösen. Die Sowjetunion war Atommacht geworden, nun musste sie diese Stellung ausbauen. Unter den Führern, die nach Stalin gemeinsam die Macht verwalteten, musste sich der Stärkste behaupten, dem alle Macht innerhalb der Kommunistischen Partei und des Staates zufiele. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, ein Ukrainer, setzte sich endlich durch und wurde zum neuen Führer der Sowjetunion. Er gewann die Massen durch die Entstalinisierung, die er 1956 einleitete. Auch in Ost-Berlin und der Zone schienen die Verhältnisse erträglicher zu werden. Doch Ulbricht war Stalinist geblieben, der sich den neuen Tendenzen anzupassen suchte. Über seinen Schatten konnte er nicht springen, er blieb abhängig von der Gewalt. Gewalt musste er ausüben, um zu bestehen.

Im Frühling 1955 wurde die Bundesrepublik in das Militärbündnis der NATO aufgenommen, Ulbrichts «Republik» in das Militärbündnis des Warschauer Paktes. Eine Konferenz der «Grossen Vier», die im Juli 1955 in Genf stattfand, hatte die deutsche Frage in der Schwebe gelassen. Aber noch einmal kam man überein, «dass Deutschland durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen

Interessen des deutschen Volkes und im Interesse der europäischen Sicherheit wiedervereinigt werden soll». Die Tinte auf dem Genfer Papier war noch nicht getrocknet, als Chruschtschow auf der Heimreise in Ost-Berlin sprach und sich nicht mehr an diese Vereinbarung erinnern konnte. Otto Grotewohl gab am 12. August 1955 vor der «Volkskammer» zu erkennen, dass von gesamtdeutschen Wahlen nun keine Rede mehr sein dürfe. Im Zentralorgan der Einheitspartei, «Neues Deutschland», war zu lesen, dass ein «einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland ein Fernziel» geworden sei. «Unter den gegebenen Bedingungen lässt sich die Vereinigung Deutschlands nicht von heute auf morgen vollziehen. Man muss der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung tragen.»

Die Feststellung, es sei nun mit der deutschen Einheit vorbei, wurde zuerst in Ost-Berlin getroffen. Und es sah aus, als sei man dort, in Politbüro und Zentralkomitee der Einheitspartei, endlich zufrieden. Lange genug hatte die Furcht, die Russen könnten die «DDR» preisgeben, die Männer um Ulbricht gepeinigt.

Im November 1955 versuchten die Sowjets in Berlin, sich vom Viermächtestatus der Stadt wieder einmal zu lösen. Der russische Stadtkommandant gab eine entsprechende Erklärung ab, die vom Senat von Berlin und den Westmächten abgelehnt wurde.

Der Senat teilte mit:

«Der Senat von Berlin trat am Mittwoch, dem 30. November 1955, um 18.15 Uhr unter Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Otto Suhr zu einer Ausserordentlichen Sitzung zusammen, um zu der veränderten Haltung des Kommandanten des sowjetischen Sektors, General Dibrowa, zum Viermächtestatus von Berlin Stellung zu nehmen. Der Senat stellte einmütig fest, dass diese neue Haltung im offenen Widerspruch zu dem von den vier Mächten abgeschlossenen Abkommen über den Viermächtestatus von Berlin steht und dass dieser Status nach wie vor unverändert geblieben ist. Der Senat begrüsst die Erklärung des Kommandanten des amerikanischen Sektors, General Dasher, vom 29. November 1955, wonach Berlin nach wie vor eine von den vier Mächten besetzte und in ihrem Status garantierte Stadt ist.

Namens der ganzen Bevölkerung von Berlin wendet sich der Senat gegen den Versuch, den sowjetisch besetzten Teil aus dem Gesamtkörper Berlin herauszubrechen.

Der Senat erwartet von den Regierungen der drei westlichen Alliierten, dass sie unverzüglich Schritte bei der Regierung der Sowjetunion unternehmen, um den bisherigen Vertragszustand für Berlin weiter zu sichern. Der Senat erklärt, dass er ebenso an dem Viermächtestatus von Berlin wie an der Verbundenheit mit der Bevölkerung im sowjetischen Sektor als der Grundlage seiner Politik fest-

hält. In Übereinstimmung mit der Politik der Westmächte und der Bundesregierung wird der Senat von Berlin diese Politik so lange fortsetzen, bis auch die Sowjetunion einwilligt, den Deutschen zu gestatten, ihr Land mit der Hauptstadt Berlin nach eigenem freiem Willen zu einigen.»

Gegen Mitteilungen über die Politik des Senats von Berlin konnten die Sowjets nichts einwenden. Aber sie dachten nicht daran, sie zu respektieren. Der sowjetische Sektor war 1948 aus Gross-Berlin «herausgebrochen» worden. Was jetzt geschah, war nur der Vollzug auf besatzungsrechtlichem Gebiet.

Im Februar 1956 fand der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt, auf dem Chruschtschow seinen Bannstrahl gegen Stalin schleuderte.

In Ost-Berlin schien Ulbricht zu übersehen, was in Moskau geschehen war. Er liess den zehnten Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD in der Einheitspartei feiern. In einer stundenlangen Rede meinte er, «dass die vergangenen zehn Jahre zur erfolgreichsten Periode der deutschen Arbeiterbewegung in diesem Jahrhundert wurden.»

Und das «Neue Deutschland» schrieb: «Hier fand die Sehnsucht der deutschen Arbeiterklasse ihre Erfüllung... Wir verwirklichen den Traum ganzer Generationen.»

Diese Phraseologie sollte jedoch die Unsicherheit übertönen, die gerade in diesen Frühlingstagen 1956 die Partei in Unruhe versetzte. Ulbricht liess die Zweifel an seiner Fähigkeit, auch die Entstalinisierung zu überdauern, mit dem Parademarsch der «Nationalen Volksarmee» am 1. Mai 1956 im Lustgarten überdröhnen.

Als der «polnische Oktober 1956» kam, dem die ungarische Revolution folgte, brach auch in Berlin die kaum verharschte Wunde des 17. Juni 1953 wieder auf. War jetzt die Lage nicht günstig, um zumindest in Ost-Berlin eine menschliche Regierung einzusetzen? Es sah aus, als wankten Ulbrichts hohle Säulen der Macht, die auf dem kräftigen Fundament der dreihunderttausend Sowjetsoldaten in der Zone standen. Selbst im engsten Kreis um Ulbricht wurden Schwächetendenzen spürbar. Der Kulturminister Johannes R. Becher schrieb Briefe nach Westdeutschland, in denen er um Verständnis in den kommenden Wochen bat.

Chruschtschow rettete auch Ulbricht, als er die ungarische Revolution im Blut der Freiheitskämpfer erstickte. Damit band er Ulbricht an sein Schicksal, und Ulbricht wusste dies zu nützen.

Am 4. November 1956 rollten sowjetische Panzer in das befreite Budapest. Am Abend des 5. November 1956 hielten hunderttausend Berliner wie einst eine Freiheitskundgebung vor dem Schöneberger Rathaus ab. Doch die Redner trafen die Stimmung der Menschen nicht. Pfiffe und Zwischenrufe ertönten. Der

Marsch durch das Brandenburger Tor zur sowjetischen Botschaft Unter den Linden im Ostsektor wurde immer wieder gefordert.

Willy Brandt war damals, als Präsident des Abgeordnetenhauses, nicht als Redner vorgesehen. Aber nun sprach er doch und forderte die Massen auf, mit ihm zum Steinplatz in Charlottenburg zu marschieren, um dort für die Opfer des Faschismus wie des Stalinismus zu demonstrieren. An den Gedenksteinen wurde das Lied vom guten Kameraden gesungen.

Doch ein Teil der Menge zog von hier fackelschwingend über die Strasse des 17. Juni dem Brandenburger Tor entgegen. Die Polizei West-Berlins, die dem direkten Kommando der Westmächte unterstand, musste eingreifen. Es kam auf der Strasse des 17. Juni zu blutigen Zusammenstößen. Aber es gelang Willy Brandt, die Streitenden zu trennen. Gemeinsam sangen nun auch auf dieser Strasse angesichts des Brandenburger Tors Demonstranten und Polizisten das Lied vom guten Kameraden.

Eine andere Gruppe, die vor allem aus jungen Berlinern bestand, war jedoch inzwischen am Brandenburger Tor angelangt. Sie versuchte, über die Sektorengrenze auf dem Hindenburgplatz in den Ostsektor einzudringen. Der Westberliner Polizeipräsident und Polizisten stellten sich den jungen Berlinern entgegen. Gleichzeitig fuhrn Strassenpanzerwagen der Volkspolizei auf, die das Tor zu sperren suchten. Trotzdem gingen die Jugendlichen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen weiter vor. Im letzten Augenblick konnte Willy Brandt von einem Lautsprecherwagen aus, dessen Scheiben durch Steinwürfe zerschlagen waren, auch diese Demonstranten beruhigen. Es gelang ihm, sie über die Strasse des 17. Juni zurückzuführen. Vor dem sowjetischen Kriegerdenkmal sangen sie die deutsche Nationalhymne.

Die Gefahr eines Blutbades war gebannt. Für beide Teile Berlins war von einem Westberliner Politiker in einer dramatischen Stunde die «friedliche Koexistenz» gerettet worden. Der Aufbau, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurden nicht gewaltsam durch eine Berlinkrise unterbrochen. Gedankt haben die Sowjets Willy Brandt diese Aktion nie, der ein Jahr später Regierender Bürgermeister wurde. Sie schienen den Verzicht auf eine innerstädtische revolutionäre Aktion am Brandenburger Tor als Schwäche auszulegen.

Im Ostsektor war die Bevölkerung rebellisch geworden. Sie hätte auch Führer in der Fronde gegen Ulbricht gefunden, wenn sie noch einmal einen 16. oder 17. Juni riskierte. Doch schnell zuschlagend gelang es Ulbricht, sich gegen seine Feinde in der Führung und unter der Intelligenz der Einheitspartei zu behaupten. Wolfgang Harich wurde verhaftet, der seit Mai 1945 die kommunistische Karte

in Berlin gespielt hatte, protegiert von Johannes R. Becher. Mit Harich verlor eine intellektuelle Elite in Ost-Berlin und der Zone ihren Einfluss und ging zeitweise in die Gefängnisse. Damit hatte Ulbricht, unterstützt von Sowjetbotschafter Perwuchin, der Fronde die Köpfe abgeschlagen, die geeignet gewesen wären, zumindest eine polnische Aufweichung des Stalinismus Ulbrichts herbeizuführen und vielleicht die «DDR» zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Bundesrepublik zu machen.

Aber das Dilemma der sowjetischen Deutschlandpolitik blieb: Gab das Regime der Freiheit ein wenig Raum, so war die Gefahr, dass die Bevölkerung sich erheben würde, grösser als der Gewinn an Wohlwollen im deutschen Westen. Die Zone blieb eine russische Kolonie.

Ulbricht verstärkte seine Betriebskampfgruppen und holte nun öfter die «Nationale Volksarmee» zu Paraden im preussischen Exerziermarsch und nach Moskauer militärischem Reglement in den Lustgarten, der längst Marx-Engels-Platz genannt wurde. Das Schloss der preussischen Könige und deutschen Kaiser war dem Erdboden gleichgemacht worden.

Es kam Ulbricht darauf an, Macht zu demonstrieren, die Zone noch stärker und umfassender als bisher zu militarisieren, einen militanten Geist zu wecken, der abschreckend auf den Westen wirken sollte. Die Bevölkerung musste sich mehr oder weniger für den neuen Staat erziehen lassen, der in Kürze die Bundesrepublik wirtschaftlich eingeholt und überholt haben sollte.

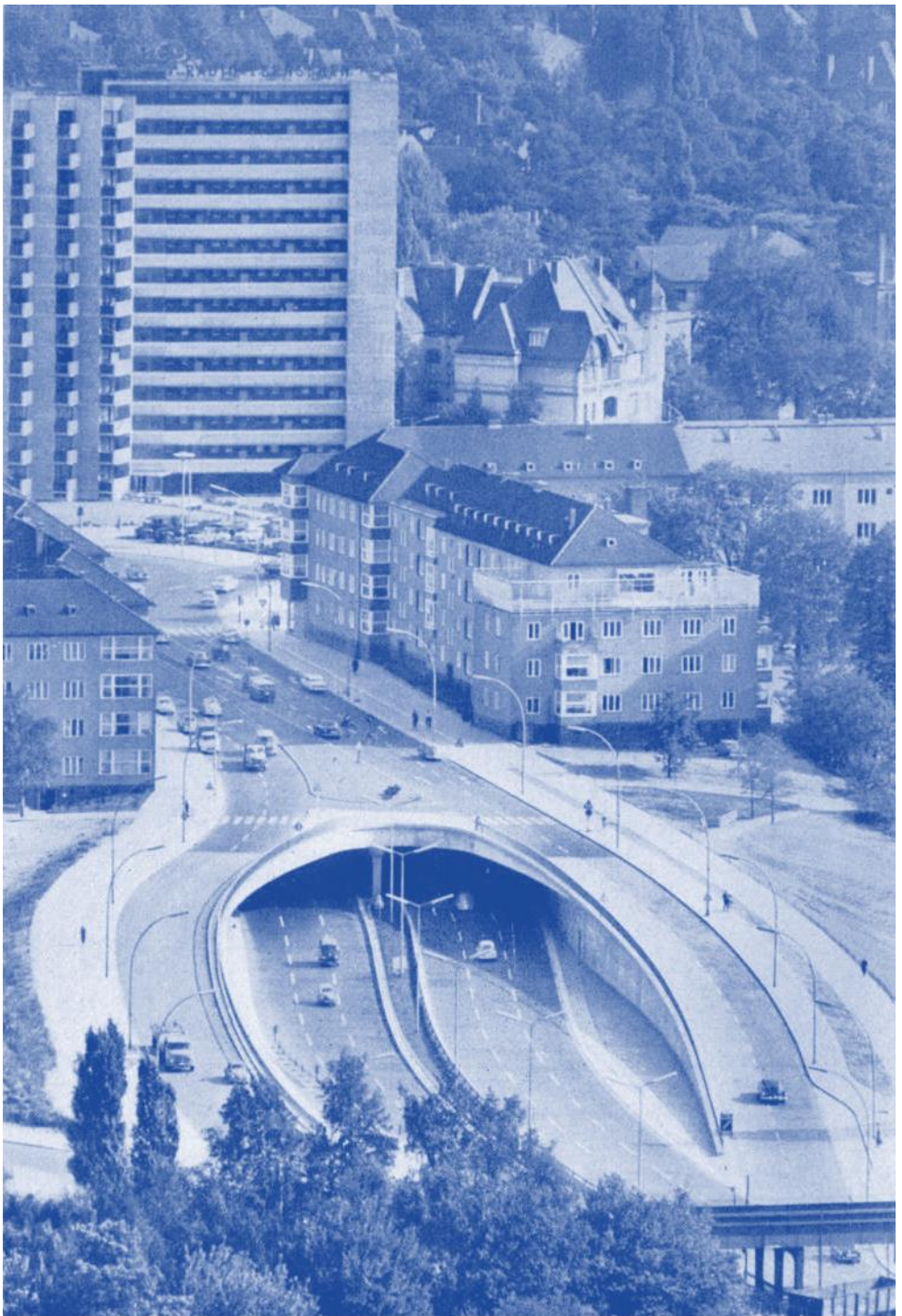
Die gleisnerische Utopie des sozialistischen Lebens wurde zum Gesetz erhoben. Die Wirklichkeit sah deshalb um so elender aus.

West-Berlin wurde nun noch mehr als bisher das Schaufenster der freien Welt. Diese Rolle hatte schon Ernst Reuter angestrebt, aber er wollte sie nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck.

Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik wuchsen neue Wohnsiedlungen aus den Trümmern; die Wirtschaft suchte Anschluss an die Konjunktur der Bundesrepublik zu bekommen. Im Jahre 1957 wurde das Hansaviertel nahe dem Brandenburger Tor errichtet, ein Musterbeispiel neuerzeitlicher Städteplanung und Architektur.

Berlin war im Krieg wie keine Grossstadt der Welt zerstört worden. Fünfhunderttausend Wohnungen waren vernichtet, Industrie- und Arbeitsstätten von Bedeutung zerstört oder demontiert, zahlreiche wertvolle Baudenkmäler für immer aus dem Stadtbild getilgt. Mehr als fünfundsechzig Millionen Kubikmeter Trümmerschutt – das hiess, über ein Siebentel aller Trümmer Deutschlands – hatte der Krieg hier hinterlassen. Die Stadtmitte war zerstört. Die Spaltung hatte sie zusätzlich isoliert.

Nun entwickelte sich eine neue City um den Bahnhof Zoologischer Garten und den Kurfürstendamm, und die Wohnsiedlungen stiessen von der Peripherie der



Neue innerstädtische Bundesautobahn in Halensee, Strassentunnel unter dem neuen Rathenau-Platz am Ende des Kurfürstendamms



Grosbauersatz von Bewohnern des Ostsektors zur Verlängerung der Stalinallee.
16. Juni 1958

Stadt wieder in die Stadtmitte vor. Das Hansaviertel war die Antwort West-Berlins auf die Stalinallee Ost-Berlins.

Zweihundert Städtebauer aus Europa und Übersee versuchten, der Weltstadt ein neues Gesicht zu geben.

Seit 1955 wurde West-Berlin auf seine Funktion als wesentlicher Teil der künftigen deutschen Hauptstadt vorbereitet.

Am 6. Februar 1957 erklärte der Bundesminister des Innern vor dem Deutschen Bundestag:

«Die Bundesregierung hat sich schon mehrfach und ausdrücklich zu Berlin als der Hauptstadt eines freien wiedervereinigten Deutschlands bekannt. Ich erinnere an das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers vom 23. Oktober 1954 in dem Briefwechsel zum Deutschlandvertrag. Dort wird der Erklärung der Bundesregierung folgende Präambel vorausgeschickt:

„Im Bewusstsein der Verbundenheit der Bundesregierung mit Berlin als der vorgesehenen Hauptstadt eines freien wiedervereinigten Deutschlands .. .“

Vor allem verweise ich auf den Beschluss der Bundesregierung vom 28. November 1956. In diesem Beschluss erklärt die Bundesregierung ausdrücklich, sie sei nach wie vor der Auffassung, dass Berlin die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei...»

Berlin war eine Hoffnung auf die Zukunft, die den Zusammenschluss beider Teile Deutschlands bringen sollte. West-Berlin sollte als Unterpfand für diese Hoffnung so stark gemacht werden, dass die «Insel» im kommunistischen Machtbereich unangreifbar würde.

Obwohl kaum besorgt werden musste, dass die Kommunisten West-Berlin innenpolitisch jemals unterminieren könnten, war eine Sozialpolitik zu treiben, die jeden Anschein einer kommunistischen Initiative für die Masse der immer noch sehr bescheiden lebenden Bevölkerung im Keim erstickte. Es gelang, von 1954 bis 1958 140'000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Bruttosozialprodukt wuchs von 6,4 Milliarden Mark im Jahre 1954 auf 9,5 Milliarden Mark im Jahre 1958. Die Lieferwerte West-Berlins verdoppelten sich in diesem Zeitraum. West-Berlin wurde wieder der grösste Verbrauchermarkt in Deutschland. Jährlich entstanden zwanzigtausend Wohnungen aus öffentlichen Mitteln. U-Bahn-Linien wurden erweitert oder neu gelegt. Ein Schnellstrassenring innerhalb der Westsektoren entstand.

1955 gab es an den Westberliner Hochschulen über 14'000 Studierende, 1958 waren es über 21'000. Das Steueraufkommen verdoppelte sich fast von 1954 bis 1958. Trotzdem blieb West-Berlin von einer finanziellen Stützung durch den Bund abhängig, die jährlich etwa eine Milliarde Mark beanspruchte.

Die Westmächte waren davon überzeugt, dass ihr Prestige mit West-Berlin verbunden war, und sie bewiesen das auf mancherlei Weise. Die Stadt lebte im Schutze der mehr oder weniger symbolisch einzuschätzenden Garnisonen, die nicht dem Nordatlantischen Verteidigungspakt, sondern den drei Regierungen direkt unterstellt waren.

Aus Besatzungsmächten waren Schutzmächte geworden, die gestatteten, dass die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik immer enger wurden, obwohl sie West-Berlin nicht als Bundesland anerkannten. Jedes Bundesgesetz musste im Abgeordnetenhaus als Berliner Gesetz neu übernommen werden. Aber es war möglich, dass der Regierende Bürgermeister als Präsident des Bundesrates der westdeutschen Länder in Abwesenheit des Bundespräsidenten als Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland auftrat.

Der Viermächtestatus ganz Berlins war nur insoweit zerbrochen, als eine einheitliche Viermächte-*Verwaltung* nicht mehr bestand. Aber in den Vorbehalten der Sowjetregierung bei der Übertragung der «Souveränität» an die Ostberliner Regierung waren der freie Zugang nach West-Berlin für die Westmächte und freie Bewegung innerhalb Gross-Berlins bestätigt. Ulbricht hatte hier nichts zu bestimmen.

Tatsächlich waren West-Berlin und Ost-Berlin in die provisorischen Ordnungen der Bundesrepublik eingegliedert, aber rechtlich wurde diese Eingliederung durch die jeweiligen Mächte, die immer noch die oberste Gewalt ausübten, verhindert.

Deutschland war gespalten, aber noch nicht endgültig aufgeteilt.

Gross-Berlin war ebenfalls gespalten, aber die beiden Teile der Stadt wurden noch durch Schein und Sein des Viermächtestatus verbunden. Von einer Teilung konnte erst dann gesprochen werden, wenn beide Teile von einer Staatsgrenze geschieden wurden.

So vage auch die Hoffnung in jenen «glücklichen» Jahren geworden war, dass Gross-Berlin wieder ein Gemeinwesen, Deutschland wieder eine freie Republik werden könnten – das Leben der Berliner in beiden Teilen der Stadt war durch diese Hoffnung bestimmt.

Im Jahre 1956 hatte die Stadt ihre beiden bedeutendsten Dichter verloren. Kurz nach Gottfried Benn war Bertolt Brecht verstorben. Die Beerdigungen wurden zu Demonstrationen der verschiedenen geistigen Kräfte in der Stadt. Benn, Arzt in Berlin-Schöneberg, hatte die deutsche Lyrik entscheidend beeinflusst. Brecht, im Ostsektor ansässig, war in wenigen Jahren zum bedeutendsten deutschen Dramatiker nach Gerhart Hauptmann geworden.

Mit Gottfried Benn wurde dieser Stadt noch einmal ein Chorführer für Fragen und Antworten der Tragödie gegeben, in der sich die Bevölkerung seit Jahren befand.

In «Die Stimme hinter dem Vorhang» liess Benn den «Chorführer» über einen Westberliner Rundfunksender sagen:

«Wo stehen wir, an welchem Punkt der Fauna, durch welche Flora windet sich unser Schritt? Vieles spricht dafür, es ist ein Herbsttraum, die Rosen neigen ihr Glas: leer, ein letztes Rinnsal noch an der beschlagenen Wand, die Gärten wispern braun und lila, durchgesichtig in flaches Ferngelände.

Diese Rosen sinken also, aber aus Wohnungen vom Typ E 2 in Wohnblocks auf Pfeilern mit Ladenstrassen, Bädern, Restaurants und sogar einem Hotel für Hausbesuch wird man auf den neuen Flieder blicken. Was fragen wir noch, was soll denn sein, wir müssen zum Schluss kommen. Nur noch ein Wort zu unserer geographischen Lage. Man könnte sagen, wir sind Lokalgrössen, abgeschnürte Inselnigger, Sturmböcke – nein, in ganz Europa sieht es so aus. Ein Diplomat aus dem gesichertsten Land der Erde, kein Deutscher, durch hohe Posten international bekannt, schreibt gutachtlich Folgendes: ‚Bereits war das deutlichste Anzeichen für die völlige und katastrophale Umwandlung der Epoche in jenes letzte Stadium getreten, in welchem plötzlich alle Namen, alle Worte ihren Sinn verloren, die Zeichen, die der Geist errichtet hat in Architektur wie in den Werken der Musik, nicht mehr wahr sind, alles lügt, alles verblasst, um dann ganz plötzlich ausgelöscht zu werden und völlig zu verschwinden‘.

Ungeheuerliches Wort! Hier lotet ein Diplomat! Einer aus berühmter Familie alten Stils, bestes Europa in der Strenge des Hierarchischen und mit der Weiträumigkeit der Golfsitten, er spricht sich mit Einzelheiten über das letzte Stadium der Epoche aus.

Nein, wir sind keine Lokalgrössen, keine Sonder-Polis, es ist der Erdteil, über den es geht, der hat sein Joch gebrochen und seine Seile zerrissen. So geht alles durcheinander, Blut, Speichel, Tränen, Samen, wer will sagen, was das Richtige, was das Wichtige ist? Wir wogen nach allen vier Himmelsrichtungen, die Windrose ist viel zu klein. Die grosse Verwobenheit, das Heilige in allem. Immer wieder sein Schicksal auf sich nehmen, Trauer und Licht, Melancholie und Neonbeleuchtung, Hofart, Unzucht, Ausbeutung und dann die hohen Dinge: der Becher mit Schierling und die Dornen am Kreuz.

Vor wem sollen wir noch knien? Der Alte hat uns auch im Stich gelassen, die Lage ist bitter. Immer wieder sein Schicksal auf sich nehmen – ihr, Beispieler und Sprecher, wovor könnten wir noch knien?

Höchstens vor seinem seltsamen Wort: ‚Im Dunkel leben, im Dunkel tun, was wir können‘ – aber wie ist das wohl zu deuten?»

Bertolt Brecht schien sich 1953, während des Volksaufstandes, mit Ulbricht verbündet zu haben, aber es konnte nachgewiesen werden, dass Ulbricht Brecht düpierte. In Gedichten des Nachlasses fand man zwei Hinweise, die von der Stimmung auf der anderen Seite, die Brecht gewählt hatte, Mitteilung machten:

«EISEN
Im Traum heute Nacht
sah ich einen grossen Sturm.
Ins Baugerüst griff er
den Bauschragen riss er
den eisernen abwärts.
Doch was da aus Holz war
bog sich und blieb.»
(1953)

Hier war der Aufstand der Bauarbeiter der Stalinallee gedeutet – mit seinen Folgen: dass sich der einzelne wie Holz zu biegen hatte.
Grimmig aber klang:

«Die Lösung
Nach dem Aufstand des 17. Juni
liess der Sekretär des Schriftstellerverbandes
in der Stalinallee Flugblätter verteilen
auf denen zu lesen war, dass das Volk
das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
und es nur durch verdoppelte Arbeit
zurückerobern könne. Wäre es da
nicht einfacher, die Regierung
löste das Volk auf und
wählte ein anderes?»

Das Tauwetter der Jahre 1954 bis 1956 gehörte bald der Geschichte an. Seit 1957 wuchs der Unabhängigkeitsdrang des Ostberliner Kommunistenregimes wieder, nachdem sich Ulbricht seiner Parteigenossen, die noch gesamtdeutsch dachten, entledigt hatte. Die Sowjetunion gewann zwar, nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution, ihr moralisches Prestige nicht zurück, das sie nach Stalins Tod erhalten hatte. Aber es gelang ihr doch, mit Erfolgen bei der Erforschung des Weltraums, dem Sputnik, mit Fortschritten auf militärischem Gebiet, durch Fernraketen und Atom- wie Wasserstoffbombenarsenale, immer deutlicher ihre Macht zu erhöhen und die Vereinigten Staaten zu übertrumpfen. Die Zeit arbeitete für die Sowjetunion. Stärker blies nun wieder der kalte Wind aus dem Osten. Er musste den Kampf um Berlin neu anfachen.

Da den Deutschen in der Zone und in Ost-Berlin das Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde, verliessen sie, wenn ihnen der Boden unter den Füssen brannte, ihre Heimat und meldeten sich als Flüchtlinge in West-Berlin oder in der Bundesrepublik. Dieser Exodus der Mitteldeutschen und Ostdeutschen aus der «DDR» konnte die immer mehr aufblühende Wirtschaftskraft West-Berlins und der Bundesrepublik nur verstärken. Die einzige Waffe, die den Deutschen in Ost-Berlin und der Zone geblieben war, hiess Flucht. Es war eine gefährliche Waffe gegen ein Regime, das verzweifelte Anstrengungen machte, um international anerkannt zu werden und wirtschaftlich mit der Bundesrepublik gleichzuziehen.

Seit 1950 verliessen jährlich durchschnittlich zweihunderttausend Menschen die Zone Ulbrichts. 1953 und in den Jahren 1955, 1956, 1957 hatte sich diese Zahl noch um rund fünfzigtausend erhöht.

Der Glaube an die Wiedervereinigung schmolz ebenso dahin wie die Hoffnung auf ein menschenfreundlicheres Besatzungsregime der Russen. West-Berlin musste nun, nachdem es einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hatte, der nicht durch kommunistische Propaganda widerlegt werden konnte, immer mehr zum Ärgernis für Ulbricht werden. Reuters Gründung West-Berlin ging auf; nun kam die Zeit, da aus der wirtschaftlichen Situation politische Folgerungen gezogen werden konnten.

Die Perspektive kommender Jahre war in West-Berlin und Ost-Berlin deutlich abzulesen. Ulbrichts Regime musste verzagen, wenn es an das nächste Jahrzehnt dachte. Aber Ulbricht war nicht bereit, an die Sowjetmacht den Auftrag zurückzugeben, den er 1945 erhielt. Er dachte nicht an Kapitulation. Anfang Februar 1958 liess er seinen «Kronprinzen» Karl Schirdewan, den Theoretiker Fred Oelssner und den Geheimdienstchef Wollweber aus Politbüro und Zentralkomitee der SED entfernen. Diese Genossen hatten sich Ulbrichts Planungen widersetzt und den «Dritten Weg» gefordert, einen Nationalkommunismus gomulkascher Prägung, der nicht duldete, dass Deutschland und Berlin weiterhin zerrissen würden. Im dreizehnten Jahr seines verhängnisvollen Wirkens in Berlin beauftragte Ulbricht den Staatsrechtler Herbert Kröger, einen seiner Parteigänger, eine Argumentation zu finden, um am Status quo ganz Berlins zu rütteln. Im Januar 1958 vertrat Kröger in der Zeitschrift «Deutsche Aussenpolitik» die Auffassung, dass «Berlin keine eigene Besatzungszone bildete, sondern zum Besitzstand der sowjetischen Besatzungszone gehört».

Berlin sei niemals «ein Bestandteil der Besatzungszonen der Westmächte gewesen».

Walter Ulbricht stützte sich nun in seinen Reden auf Krögers Argumentation. Aber erst im Sommer spürte man in Berlin, dass sich neue Gewitterwolken über

der Stadt zusammenzogen. Am 16. Juni 1958, zum fünften Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, schickte der Westberliner Senat dem Ostberliner Verwaltungschef Friedrich Ebert einen Zehn-Punkte-Vorschlag, in dem unter gewissen Voraussetzungen eine technische Zusammenarbeit in Gross-Berliner Fragen angeboten wurde. Ulbricht liess diesen Vorschlag mit verschärften Taschen- und Personenkontrollen an den noch offenen Sektorenübergängen beantworten.

Am 1. Oktober 1958 hielt der Deutsche Bundestag seine 41. Sitzung in West-Berlin ab. Ernst Lemmer, Nachfolger Jakob Kaisers als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, gab eine Regierungserklärung ab, in der es hiess:

«Bundestag und Bundesregierung sind mit dem ganzen deutschen Volk aufs Tiefste beunruhigt, dass seit der Spaltung unseres Landes mehr als drei Millionen Menschen ihre mitteldeutsche Heimat verlassen mussten. Die Bevölkerung des geteilten Berlins erlebt Schicksal und Leiden der Menschen in der Zone unmittelbar. Hier findet der grösste Teil der Flüchtlinge ein erstes Asyl. Vor den Augen und Ohren der Berliner offenbart sich die erschütternde Not der Menschen, die täglich zu Hunderten unter Zurücklassung der Heimat, von Hab und Gut, einströmen. Davon und von der Not unserer Landsleute im Machtbereich der kommunistischen Herrschaft auf deutschem Boden zu sprechen kann in keiner Stadt sinnvoller sein als in Berlin...»

Minister Lemmer hatte bekanntgegeben, dass vom 1. Januar 1949 bis zum 31. August 1958 allein 2'123'610 Deutsche aus Ost-Berlin und der Zone sich als Flüchtlinge gemeldet hatten.

Walter Ulbricht blieb die Antwort nicht schuldig. Am 27. Oktober 1958 behauptete er:

«Ganz Berlin gehört zum Hoheitsbereich der DDR. Die Fortsetzung des Besatzungsregimes in West-Berlin widerspricht den völkerrechtlichen Dokumenten, die von den vier Mächten vereinbart wurden...»

Achtzehntes Kapitel

VOM ULTIMATUM ZUR MAUER

Zehn Jahre waren verstrichen, seit 1948 die Putschisten am 30. November den rechtmässigen Magistrat von Gross-Berlin für abgesetzt erklärt und Friedrich Ebert zum «Oberbürgermeister von Gross-Berlin» ausgerufen hatten. In Bonn regierte Bundeskanzler Konrad Adenauer. In Ost-Berlin herrschte mit Hilfe der Sowjetmacht Walter Ulbricht. Der Tod hatte in West-Berlin die Regierenden Bürgermeister Louise Schröder, Ernst Reuter, Otto Suhr und Walther Schreiber dahingerafft, nun stand Willy Brandt seit einem Jahr an der Spitze des von den drei westlichen Grossmächten geschützten Stadtstaates Land Berlin.

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war General Eisenhower, in Grossbritannien regierte der konservative Premierminister Harold Macmillan, und in Paris war Charles de Gaulle an der Macht. Diese drei Regierungschefs kannten sich gut aus der Kriegszeit, sie hatten damals führende Positionen bei der Zerschlagung des Grossdeutschen Reiches Adolf Hitlers inne. Nun sollte sich noch einmal der Zweite Weltkrieg aus den Archiven der Geschichte melden, in die er sich zurückgezogen hatte. Und der Kampf um Berlin, in den die drei Westmächte mit der östlichen Siegermacht verstrickt waren, musste aufflammen wie einst, als die ersten Jahre der schicksalhaften Begegnung der Sieger auf dem Boden der ehemaligen deutschen Reichshauptstadt von Zerwürfnissen und Feindschaften unter den ehemaligen Verbündeten gezeichnet waren.

Der Zweite Weltkrieg, von vielen fast vergessen oder ärgerlich der Geschichte überantwortet, hatte keine Lösung der europäischen Probleme gebracht. Was aufgeschoben worden war, musste sich erneut diesem Erdball aufdrängen, wenn einer der Sieger von einst am Tabu der gespaltenen Stadt rührte.

Denn wer wollte leugnen, dass die Deutschen nicht eher Ruhe geben würden, bis entweder die Demokratie oder der Kommunismus die Macht über ganz Berlin und damit über ganz Deutschland besass? Die Entscheidung war immer wieder aufgeschoben worden.

Nun wurde erneut ausgeholt, um eine Entscheidung zu erzwingen.

Der Deutsche, dem es gelang, seine Besatzungsmacht für das Aufrollen des Status quo zu gewinnen, war Walter Ulbricht. Er hatte in Moskau immer wieder auf Entschlüsse der Sowjetregierung gedrängt, um einmal West-Berlin in sein Regime einbringen zu können. Jetzt fühlte sich die Sowjetregierung stark genug, Ulbrichts Drängen nachzugeben, die Berlinfrage aus dem Tiefkühlschrank des Status quo zu holen und eine Entscheidung gegen die Westmächte und die mit

ihnen verbündeten Deutschen zu erzwingen. Es mag sein, dass die Drohung, die Bundeswehr der Bundesrepublik im Rahmen der NATO mit atomaren Waffen auszurüsten, Chruschtschows Entscheidung beschleunigte.

Am 10. November 1958 übertrug das Fernsehen, das in Ost- und West-Berlin Sendesysteme errichtet hatte, durch die es möglich war, von Madrid bis Moskau, von Oslo bis Belgrad durch den optischen Schein die Europäer miteinander bekannt zu machen, eine Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow aus dem Moskauer Sportpalast.

Chruschtschow ging davon aus, dass ein «neues Kräfteverhältnis in der Welt» entstanden sei. Das sozialistische Lager wachse, und «nichts vermag die Bewegung der Völker zum Sozialismus und Kommunismus aufzuhalten».

Die Weltrevolution, so oft von den Sowjetführern proklamiert, wurde von Chruschtschow erneut beschworen und zum Ziel seiner Staatskunst erhoben.

Auf die Deutschlandfrage überleitend, gab Chruschtschow zu verstehen, dass die «Vereinigung der beiden deutschen Staaten» nur vom deutschen Volk erzielt werden könne. Die Lösung sollte nach seiner Meinung nur durch eine «Annäherung der beiden Staaten» erfolgen.

Mit dem Abschluss eines Friedensvertrages wäre die Sowjetmacht allerdings einverstanden, er solle mit «Deutschland» abgeschlossen werden.

Was aber war «Deutschland»? Darüber liess sich Chruschtschow nicht näher aus. Er fragte, was vom Potsdamer Abkommen noch übriggeblieben sei. Und er gab sich selbst diese Antwort:

«Übriggeblieben ist faktisch nur das eine: der sogenannte Viermächtestatus Berlins, mit anderen Worten: eine Lage, wo die drei Westmächte, die USA, Grossbritannien und Frankreich, die Möglichkeit haben, in West-Berlin zu wirtschaften und diesen Teil der Stadt, der Hauptstadt der DDR, in eine Art Staat im Staate zu verwandeln... Darüber hinaus geniessen sie noch das Recht eines unbehinderten Verkehrs zwischen West-Berlin und Westdeutschland über den Luftraum, die Schienenwege, auf Auto- und Wasserstrassen der DDR, die sie nicht einmal anerkennen wollen. Die Westmächte wären natürlich nicht abgeneigt, solche «Alliierte Privilegien» bis ins Unendliche zu verlängern, obgleich sie schon längst die Rechtsgrundlage beseitigt haben, auf der ihr Aufenthalt in Berlin beruht. Ist es nicht an der Zeit, unsere Haltung zu diesem Teil des Potsdamer Abkommens zu überprüfen und darauf zu verzichten? Offensichtlich ist die Zeit gekommen, dass die Mächte, die das Potsdamer Abkommen unterzeichneten, auf die Reste des Besatzungsregimes in Berlin verzichten und damit die Möglichkeit geben, eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR zu schaffen.»

Aber der sowjetische Ministerpräsident forderte nicht, um eine «normale Lage herzustellen», dass in Gross-Berlin freie Wahlen stattfinden sollten. Das Nahe- liegendste war das Entfernteste, seitdem die Berliner den deutschen Kommunisten am 20. Oktober 1946 bei den letzten freien Wahlen in der ganzen Stadt eine Abfuhr erteilt hatten.

Stalin brachte in Berlin die Viermächteverwaltung zur Strecke. Chruschtschow wollte die Ernte von Stalins Saat einbringen und den noch vorhandenen Viermächtestatus liquidieren.

Der kommunistische Putsch vom 30. November 1948 sollte nun auch West-Berlin einschliessen.

Chruschtschow teilte im Moskauer Sportpalast weiter mit, die Sowjetunion werde ihre Funktionen in Berlin an die «DDR» übertragen. Er wollte demnach Ost-Berlin in der «DDR» auf gehen lassen. Die unrechtmässig in Ost-Berlin residierende «DDR»-Regierung sollte durch einen Gewaltakt der Sowjetunion «rechtmässig» gemacht werden...

«Mögen die USA, Grossbritannien und Frankreich selbst ihre Beziehungen mit der DDR regeln», rief Chruschtschow aus, «selbst mit ihr verhandeln, wenn irgendwelche Berlin betreffenden Fragen sie interessieren.»

Mit dieser Rede warf die Sowjetunion den Westmächten mitten in Berlin noch einmal den Fehdehandschuh hin wie 1948, als die Blockade sich ankündigte.

Am 27. November 1958 setzte die Sowjetregierung die drei Westmächte durch Noten davon in Kenntnis, dass sie die «Abkommen vom 12. September 1944 und vom 1. Mai 1945 über die Besatzungszonen Deutschlands und die Verwaltung Gross-Berlins als ausser Kraft gesetzt» betrachte.

Damit verzichtete die Sowjetunion einseitig auf ihre Rechte in Gross-Berlin. Theoretisch hätten jetzt die drei Westmächte, nach dem Verzicht des vierten Vertragspartners, den Viermächtestatus für sich beanspruchen und die Verantwortung für ganz Berlin auf sich nehmen können. Aber die Machtverhältnisse standen der Theorie im Wege. Chruschtschow schlug vor, «West-Berlin in eine selbständige politische Einheit, in eine ‚freie Stadt‘ umzuwandeln, in deren Leben sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten einmischet».

Die Sowjetunion, die über diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland verfügte, übergang vollkommen die Deutschen selbst, in Ost und West, und vor allem die Berliner in beiden Teilen ihrer gespaltenen Stadt. Über sie wollte sie verfügen, wie eine Kolonialmacht zu handeln beliebt.

Das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) hatte unter Hitlers Diktatur 1945 den Krieg verloren. Aus diesem Deutschen Reich nahm sich die Sowjetunion einen Teil Ostpreussens, der dem sowjetischen Staatsgebiet einverleibt

wurde. Es schlug den anderen Teil Ostpreussens, einen Teil Pommerns, der Mark Brandenburg, ganz Schlesien und einen kleinen Teil von Sachsen Polen zu. Die Sowjetunion hatte die Spaltung des Restreiches in zwei Teile organisiert und vollzogen. Und nun verlangte sie auch noch ultimativ die Herausbildung eines dritten deutschen Nachfolgestaatsgebildes, einer «Freien Stadt West-Berlin», die eigene Rechtsund Gebietshoheit erhalten sollte.

Worum es ging, war allen Beteiligten sofort klar. Käme Chruschtschow durch, so wären nicht nur die Deutschen, sondern auch die drei westlichen Siegermächte von 1945 nach Ablauf des Ultimatums von der Sowjetunion geschlagen. Sie hätten den kalten Krieg und zugleich ihre Rechte auf Berlin verloren, die sie 1945 im heissen Kriege erobert hatten.

Jetzt, vierzehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, konnte es nicht mehr um die Verteilung der Beute gehen. Die gesamte Situation nicht nur in Berlin, sondern auch in Deutschland war in Bewegung geraten, und es bestand durchaus die Möglichkeit, die Sowjets nicht nur scheitern zu lassen, sondern ihnen und besonders Chruschtschow, der sich 1958 auf der Höhe seiner persönlichen Macht glaubte, eine empfindliche Niederlage zuzufügen. Der Angegriffene musste sich verteidigen, aber er konnte auch aus der Defensive zur Offensive übergehen und den Angreifer schlagen. Chruschtschows Prestige musste von dem Gelingen oder Misslingen dieser Herausforderung im ganzen sowjetisch kontrollierten Osten und im kommunistisch regierten China abhängen. Mit Chruschtschows Prestige stand aber auch das Prestige der Sowjetmacht auf dem Spiel. Die Lage der Westmächte war nicht so schlecht, wie es äusserlich schien, als die neue Berlinkrise einsetzte.

In Berlin rief das Ultimatum Empörung und Neubelebung des alten Widerstandsgeistes hervor. Die fortschreitende Zeit hatte die Einwohner der Stadt noch nicht zu weit von den Kampfjahren bis 1953 entfernt. Sie wussten, dass ihr Schicksal erneut auf dem Spiele stand. Aber sie wiesen unerschrocken alle Anfeindungen zurück und liessen sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie waren den Kampf um ihre Stadt gewohnt.

Am 12. November 1958 erklärte die Bundesregierung:

«Eine solche Aufszug völkerrechtlicher Verpflichtungen wäre ein Bruch des geltenden Völkerrechts, der das Vertrauen und den Wert sowjetischer vertraglicher Zusagen ernstlich in Frage stellen müsste. Die Westmächte haben die Verteidigung Berlins wiederholt zugesichert. Die Bundesregierung, die Berliner Bevölkerung, das gesamte deutsche Volk und die ganze freie Welt vertrauen auf diese Erklärungen der Westmächte und auf den wirksamen Schutz, den ihre Garantien dem deutschen Volk gewähren.»

Das amerikanische Außenministerium verlautbarte am 13. November: «Das Recht der Westmächte auf Verbleiben in Berlin und auf freien Zutritt zu Berlin rührt nicht vom Potsdamer Protokoll vom 1. August 1945 her. Die Westmächte kamen nach Berlin und verblieben dort als Besatzungsmacht, und ihr Recht auf Besetzung der Stadt beruht auf der Niederlage Nazi-Deutschlands. Die Besatzungszonen wurden durch das am 12. September 1944 in London abgeschlossene Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission festgelegt.»

Am 7. Dezember 1958 wählten die Westberliner, unbeirrt von sowjetischen Drohungen, das neue Abgeordnetenhaus. Die Einheitspartei beteiligte sich diesmal an der Wahl, sie war noch immer in den drei westlichen Sektoren zugelassen. Ihr Wahlfeldzug, materiell und propagandistisch vom Ostberliner Regime unterstützt, war nicht kleinlich. Die vernichtendste Absage jedoch, die jemals einer kommunistischen Partei in freier demokratischer Wahl zugefügt werden konnte, wurde der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zuteil. Bei einer Wahlbeteiligung von 92,9 Prozent der Wahlberechtigten fielen 1,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf die SED. Die Sozialdemokraten (52,6 Prozent) und Christlichen Demokraten (37,7 Prozent) erhöhten ihren Stimmenanteil auf Kosten der Freien Demokratischen Partei beträchtlich, die alle Sitze im Abgeordnetenhaus verlor und vorerst aus dem politischen Kräftespiel ausscheiden musste.

Die Volksabstimmung der Westberliner gegen Chruschtschows Freistadtpläne blieb nicht ohne Folgen. Zwar drohten die Sowjets noch mit einem «Danzig-Statut» für West-Berlin und bald mit dem Abschluss eines Friedens Vertrages mit den von ihnen bestellten Usurpatoren in Ost-Berlin. Aber als Chruschtschow nach Berlin reiste, um nicht zuletzt mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ein Gespräch zu führen, lehnte dieser eine Begegnung ab. Der Versuch, sich in ganz Berlin als roter Zar aufzuspielen, scheiterte.

Der Westen widerstand Chruschtschows Vorschlägen und Drohungen. So musste dieser sein Ultimatum zurücknehmen, das Ende Mai ablief. Eine Konferenz der Außenminister in Genf während des Sommers 1959 scheiterte. Chruschtschow bekam von den Westmächten nicht, was er haben wollte. Es wurden «Arbeitspapiere» ausgetauscht, über die keine Einigung angestrebt und gefunden wurde.

Vorläufig war Chruschtschows Versuch, West-Berlin in die «DDR» einzufügen, missglückt. Aber die Sowjets bestanden darauf, die «Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes», wie sie die Anwesenheit der drei Schutzmächte in der Viermächtestadt nannten, als «anomal» zu erklären. Sie beharrten in ihren Noten an die Westmächte auf dieser Formulierung.

Als Chruschtschow im September 1959 die Vereinigten Staaten von Amerika als Gast des Präsidenten besuchte, gelang es ihm, Eisenhower die Formulierung von der «anormalen Lage» aufzudrängen. Darüber gab ein Hinweis Auskunft, den Eisenhower in der Pressekonferenz vom 28. September 1959 machte:

«Aber wie ich sagte, muss man von Folgendem ausgehen: die Lage ist *anomal*, sie ist durch die Beendigung der militärischen Feindseligkeiten nach Schluss des Krieges durch einen Waffenstillstand entstanden, und sie brachte leider einige – oder vielmehr eine ganze Anzahl von freien Menschen in eine unangenehme Lage. Wir müssen nun ein System finden, das wirklich für alle Menschen in jenem Gebiet annehmbar ist, darunter auch für die am meisten Betroffenen, die Westberliner.»

Diese Äusserungen des amerikanischen Präsidenten erregten in Berlin grosses Aufsehen. Eisenhower hatte sich Chruschtschows Formulierung von der «anormalen Lage» in West-Berlin zu eigen gemacht. Ausserdem sprach er unrichtigerweise von einem Waffenstillstand 1945, den es nie gegeben hat. Nach der bedingungslosen Kapitulation hatte die Schattenregierung des Grossadmirals Dönitz in Mürwik bei Flensburg versucht, die Kapitulation als Waffenstillstand aufzufassen. Das Alliierte Oberkommando General Eisenhowers hatte diesen Versuch sofort energisch zurückgewiesen. Im Kriegstagebuch des OKW-Führungsstabes Nord wurde deshalb am 11. Mai 1945 festgehalten: «Anstelle des Wortes, Waffenstillstand' ist der Ausdruck ‚Kapitulation' zu setzen.»

Die Viermächteverwaltung, der Viermächtestatus von Gross-Berlin waren freilich auch nicht, wie Eisenhower sagte, durch die Beendigung der Feindseligkeiten nach Schluss des Krieges entstanden, sondern als Vereinbarung der kriegführenden Grossmächte während des Krieges. Es konnte auch nicht die Rede davon sein, dass durch die Beendigung der Feindseligkeiten, wie Eisenhower erklärte, eine «ganze Anzahl von freien Menschen in eine sehr unangenehme Lage» kam. Das Gegenteil war der Fall. Durch die originären Siegerrechte der Westmächte auf die Besetzung der besiegten feindlichen Hauptstadt erhielten die Berliner der Westsektoren die Chance, freie Menschen zu werden, was ihren Mitbürgern im sowjetischen Sektor versagt blieb.

Eisenhowers Äusserungen wurden von seinem Pressesekretär abgeschwächt. Gross-Berlin war nun mehr oder weniger von der Tagesordnung kommender Konferenzen gestrichen. Es ging nur noch um West-Berlin, das eine «anomale Lage» aufwies, wie die Führer der beiden Weltmächte sich gegenseitig bestätigt hatten. Chruschtschow brauchte jetzt nur noch den Separatfriedensvertrag mit Ulbricht als Druckmittel zu verwenden, um in West-Berlin die «anomale Lage zu normalisieren».

Als er jedoch zur Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris eintraf, spürte er, dass eine Konferenz auf höchster Ebene ihm vorläufig nichts in Berlin einbringen würde. Unter dem Vorwand des U-2-Flugs eines amerikanischen Piloten inszenierte er einen Krach, um anschliessend nach Ost-Berlin zu reisen und dort die nächsten Massnahmen zur Vertiefung der Spaltung Berlins zu besprechen.

In einer Rede vor deutschen Kommunisten tarnte er seine Absichten: „Wir möchten glauben, dass die Gipfelkonferenz in sechs bis acht Monaten stattfinden wird. Unter diesen Bedingungen hat es Sinn, noch etwas zu warten und zu versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen aller vier Siegermächte eine Lösung für die längst herangereifte Frage der Unterzeichnung eines Friedens Vertrages mit beiden deutschen Staaten, die jetzt real existieren, zu finden...“

Diese «Wartezeit» wollte Chruschtschow benutzen, um jene Elemente eines künftigen Separatfriedensvertrages mit Ulbricht in die Tat umzusetzen, die geeignet waren, West-Berlin zu isolieren.

Da er von seinen ehemaligen Verbündeten nicht bekam, was er wollte, war er nun entschlossen, sich zu nehmen, was er nur bekommen konnte. Diese Taktik führte zur Einführung des Passierscheinzwanges für Bewohner der Bundesrepublik, die Ost-Berlin besuchen wollten. Diese neue Massnahme zur Trennung Ost-Berlins von West-Berlin und zugunsten der deutschen Teilung wurde am 30. August 1960 unter einem Vorwand vollzogen. In der Ostzone war soeben die Kollektivierung der letzten halben Million noch freien Bauern abgeschlossen worden, durch die folgerichtig die Fluchtbewegung aus der Zone nach West-Berlin verstärkt und die Versorgung Mitteldeutschlands mit landwirtschaftlichen Produkten geschwächt werden musste.

Walter Ulbricht bedurfte jedoch solcher Druckmittel auf die Moskauer Haltung in der Berlinfrage, um seine Absicht, die Errichtung einer Staatsgrenze mitten in Berlin, einmal zu verwirklichen. Es schien, als ob Chruschtschow nur widerstrebend für diesen Plan gewonnen werden konnte.

Er sah voraus, dass eine Staatsgrenze mitten in Berlin das Ansehen des Weltkommunismus herabsetzen musste. Aber alle anderen Versuche, die sowjetisch besetzte Zone gegen West-Berlin abzuschirmen, hatten an der Haltung der Deutschen zu scheitern, die nun zu Zehntausenden ihre mitteldeutsche Heimat verliessen, um Ulbricht zu entfliehen.

Im Juni 1960 starb Wilhelm Pieck. Der «Präsident der Deutschen Demokratischen Republik» war längst von der politischen Bühne abgetreten, Krankheit zwang ihn dazu. Nun konnte sich Walter Ulbricht an die Stelle Wilhelm Piecks setzen. Aber ihm genügte die «Präsidentschaft» nicht. Wie einst Hitler nach dem Tode Hindenburgs im Jahre 1934 vereinigte Ulbricht auf sich die Ämter

des Staatspräsidenten, des Regierungschefs, des Parteichefs, des Oberbefehlshabers über die «Nationalen Streitkräfte».

Als Vorsitzender des «Staatsrates» besass er nun jede den Deutschen im Osten gestattete Macht und Verantwortung. Mit ihm stand ein sowjetischer Staatsangehöriger an der Spitze des Zonenstaates, denn Ulbricht hatte die deutsche Staatsangehörigkeit nie wiedererworben.

Seit November 1958 konzentrierte sich die wirtschaftliche Hilfe der Bundesrepublik noch stärker auf West-Berlin. Es gelang, die Arbeitslosigkeit fast völlig zu beseitigen. Zweihunderttausend Wohnungen waren in zwölf Jahren gebaut worden. Jeder vierte Westberliner lebte nun in einer neuen Wohnung. In der Vorkriegszeit war Gross-Berlin die grösste Industriestadt Europas gewesen. Nun war allein West-Berlin die grösste deutsche Industriestadt nach zehn Jahren Aufbau.

Zwei Drittel aller Berliner waren freie Menschen. Sie lebten in den Westsektoren auf 480 Quadratkilometern. Ein Drittel der Berliner wohnte im Ostsektor, und zwischen den 2,2 Millionen Westberlinern und den 1,1 Millionen Ostberlinern gab es familiäre, freundschaftliche, wirtschaftliche, besitzrechtliche, künstlerische und menschliche Bindungen wie unter den Einwohnern einer ungeteilten Stadt.

Der einzige Fremdkörper in Ost-Berlin war (abgesehen von der russischen Besatzung) die Regierung der «DDR». Das Schwergewicht Berlins hatte sich seit Kriegsende von der Stadtmitte in den Westen verlagert. Ost-Berlin wurde immer mehr zu einer ruinierten Provinzstadt – gegen den Willen und Fleiss der Ostberliner. Die Misswirtschaft des Ulbrichtregimes liess sich nicht verbergen. Jährlich besuchten acht bis zehn Millionen Bewohner Ost-Berlins und der Ostzone Kultur- und Sportveranstaltungen in West-Berlin, 1960 wurden fast dreissig Millionen Vorzugsfahrtscheine an sie verkauft. Im gleichen Jahre kamen aus dem Westen 690'000 Personen mit dem Flugzeug, zwei Millionen mit der Eisenbahn und 2,2 Millionen mit dem Auto nach Berlin.

West-Berlin war nicht nur «Schaufenster des Westens», nicht allein «Insel der Freiheit» für die nach dem Ultimatum vom November 1958 in steigender Zahl aus der Ostzone fliehenden Menschen. Es war auch die Stadt der «deutschen Begegnung», der einzige Ort in dem gespaltenen Lande, an dem sich getrennte Familien, Freundschaften und Landsleute noch treffen konnten. Die Spaltung wurde hier täglich im persönlichen Bereich überwunden oder wenigstens, bei aller Tragik, erträglicher gemacht.

Die administrative und besatzungsrechtliche Trennung der Westsektoren von dem Ostsektor wurde von den Deutschen unterlaufen, überspielt, in der familiä-

ren Bindung, die durch 1945 gelockert worden war, zunichte gemacht. Solange dieser Zustand anhielt, musste die gering gewordene Hoffnung auf Wiedervereinigung lebendig bleiben.

Dagegen aber richtete Ulbricht seine Massnahmen. Er hatte den Genossen der Einheitspartei den Separatfriedensvertrag für das Jahr 1961 versprochen. Dadurch wurde die Flucht aus der Zone zusätzlich verstärkt. Die Propaganda des Regimes, die im Frühsommer 1961 anlief, feierte schon im Voraus den Friedensvertrag zwischen Ulbricht und Chruschtschow als entscheidende Massnahme auf dem Wege zur Anerkennung der «DDR» in der ganzen Welt. Gleichzeitig nahm sie die Lüge von den Angriffsabsichten der Bundeswehr gegen Ulbricht und das gesamte «Friedenslager» wieder auf. Von Tag zu Tag wurde die Kriegspsychose durch Presse, Rundfunk und Fernsehen erhöht. Trotz verstärkter, aber niemals ausreichender Kontrollen gelang im Juni 1961 19'198 Menschen die Flucht aus der Zone, im Juli 1961 verdoppelte sich fast die Zahl: 30'415 Mitteldeutsche wurden in West-Berlin aufgenommen.

Im Juni 1961 traf sich der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, mit Chruschtschow im neutralen Wien. Diese Begegnung liess die Standpunkte der Führer beider Weltmächte als unvereinbar hervortreten. Die politische Lage verschlimmerte sich.

Im Mai 1961 starb Jakob Kaiser in West-Berlin. Eine schwere Krankheit hatte ihn seit Jahren niedergeworfen. Als Minister für gesamtdeutsche Fragen hatte er, nach der Gründung der Bundesrepublik, versucht, sein Volk zusammenzuhalten.

Am 15. Juni 1961 hielt Ulbricht eine Pressekonferenz ab, auf der er von der Korrespondentin der «Frankfurter Rundschau» Annamaria Doherr gefragt wurde, ob er die Absicht habe, durch das Brandenburger Tor eine Staatsgrenze zu ziehen, um der Flüchtlingsbewegung Herr zu werden. Eine direkte Antwort gab Ulbricht nicht, aber er sagte:

«Ich verstehe Ihre Frage so, dass es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.»

Obwohl Ulbricht gar nicht nach einer *Mauer* gefragt worden war, sprach er doch davon. Der Gedanke, durch Berlin eine Mauer zu ziehen, war so absurd, dass Ulbrichts Äusserung nur wenig Beachtung geschenkt wurde. Damals durchschaute niemand in West-Berlin Ulbrichts Gedankengänge und Planungen.

Die Menschen in der Ostzone aber spürten, dass etwas Gefährliches, Ausserordentliches bevorstand. Und wenn sie auch nicht an den Ausbruch eines Krieges

glaubten, der von der Bundesrepublik ausginge, wie die immer hemmungsloser werdende Propaganda es behauptete, so hatten sie doch den Eindruck, dass Berlin nun «dichtgemacht» werden sollte. Wie dies zu erreichen war, wussten sie nicht. Es war jedoch eher anzunehmen, dass ganz Berlin gegen die Zone abgeriegelt würde. Dieser Gefahr wollten noch viele begegnen, indem sie sich zur Flucht entschlossen.

Die Ferien- und Urlaubszeit begünstigte die Flucht.

Der Entschluss, zu fliehen, wurde nicht zuletzt durch das Memorandum ausgelöst, das Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten in Wien übergeben hatte. Darin sprach er von einer Frist, die noch sechs Monate andauern werde, dann werde ein separater Friedensvertrag mit Ulbricht abgeschlossen. Dieser Separat-Friedensvertrag sollte gleichzeitig den Status West-Berlins als den einer «Freien Stadt» fixieren.

Der amerikanische Präsident scheute sich nicht, in einer Rundfunk- und Fernsehansprache vom 25. Juli 1961 offen die Lage darzustellen:

«Ich habe sagen hören, West-Berlin sei militärisch nicht zu halten. Das galt auch für Bastogne und in der Tat selbst für Stalingrad. Jede gefährliche Position ist zu halten, wenn tapfere Männer dafür einstehen... So lange die Kommunisten erklären, dass sie Vorbereitungen treffen, um unsere Rechte in West-Berlin und unsere Verpflichtungen gegenüber seiner Bevölkerung einseitig aufzuheben, müssen wir darauf vorbereitet sein, diese Rechte und diese Verpflichtungen zu verteidigen.»

Kennedy wies auch die Bezeichnung «anomale Lage» für Berlin oder West-Berlin entschieden zurück. So distanzierte er sich von Eiseiñhower: «Denn nicht die Freiheit Berlins ist es, die im heutigen Deutschland ‚anomal‘ ist, sondern die Situation in diesem gesamten geteilten Lande.» «Die Welt lässt sich durch den kommunistischen Versuch, Berlin zu einer Brutstätte des Krieges zu stempeln, nicht täuschen. In Berlin herrscht heute Frieden. Der Ursprung der Unruhe und der Spannungen in der Welt ist Moskau und nicht Berlin. Und sollte ein Krieg beginnen, dann wird er in Moskau und nicht in Berlin begonnen haben. Denn die Entscheidung für Krieg und Frieden liegt bei den Sowjets, nicht bei uns. Sie sind es, die diese Krise geschürt haben. Sie sind es, die eine Veränderung zu erzwingen suchen, und sie sind es auch, die einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und die Bestimmungen des Völkerrechts verworfen haben ... Kurzum, während wir bereit sind, unsere Interessen zu verteidigen, werden wir genauso bereit sein, durch besonnenes Sondieren, auf formellen und informellen Zusammenkünften, nach dem Frieden zu streben.»

Damit war die amerikanische Politik in dieser einer neuen Entscheidung im Kampf um Berlin zustrebenden Phase deutlich. Die Nordamerikaner waren bereit, für West-Berlins Freiheit zu kämpfen. Sie stellten sich vorerst rhetorisch



Auf dem Flughafen Tempelhof warten Flüchtlinge aus Ostberlin und der Zone auf ihren Flug ins Bundesgebiet. 11. August 1961



Um Platz für den Todesstreifen in Berlin zu schaffen, reissen Volksarmisten eine Laubenkolonie am Teltow-Kanal nieder. Herbst 1961

an den Sektorengrenzen bereit. Sie sagten zwar noch, dass Berlin allen-vier Mächten offenstehen müsste, aber sie garantierten nur die Freiheit des Westsektorenterrains. Berlin war für sie (und ihre Verbündeten) zuerst West-Berlin. Diese Tatsache wurde im Westen in der Publizistik oft leichtsinnigerweise überspielt. Man sprach von Berlingarantien. Berlin war aber nicht gemeint. Es ging um West-Berlin.

Die Ereignisse bereiteten sich mit zwei Konferenzen vor, die in Moskau und Paris in den ersten Augusttagen stattfanden.

Vom 3. bis 5. August berieten in Moskau die Chefs der Kommunistischen Parteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Die kommunistischen Führer waren ohne ihre wirtschaftlichen oder militärischen Berater gekommen; die Konferenz hatte den Status einer Führerbesprechung des kommunistischen Staatenblocks.

Es wurden «weittragende Beschlüsse» über die Massnahmen gefasst, die in Berlin getroffen werden sollten. Ulbricht setzte durch, was er stets gewünscht hatte: die Vollendung der Spaltung Deutschlands und Berlins durch die Errichtung einer Staatsgrenze mitten in Berlin.

Er erhielt keine Zusage, dass der Separatfriedensvertrag unbedingt noch 1961 abgeschlossen würde. Aber Ulbricht baute auf die Macht der Tatsachen, die geschaffen wurden und nun noch zu schaffen waren. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der kommunistischen Parteien Asiens teil. Das Schicksal der Deutschen lag nun auch in den Händen von chinesischen oder nordkoreanischen Kommunistenführern.

Ehe Chruschtschow in Urlaub auf die Krim fuhr, um zu demonstrieren, dass er gelassen den kommenden Ereignissen entgegensah, hielt er am 7. August 1961 eine Fernseh- und Rundfunkansprache, in der er erklärte: «Man darf nicht zulassen, dass West-Berlin zu einer Art Sarajewo wird, jener serbischen Stadt, in der die Schüsse fielen, die den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ankündigten. Die Umwandlung West-Berlins in eine freie Stadt, wie es die Sowjetunion vorschlägt, würde weder die Interessen noch das Prestige irgendeines Staates berühren. Wir schlagen vor, in den Friedensvertrag eine Klausel aufzunehmen, dass der Freien Stadt West-Berlin die Freiheit der Verbindungen mit der Außenwelt gewährt wird. Wir sind zu beliebigen Garantien für die unabhängige Entwicklung und für die Sicherheit der Freien Stadt West-Berlin bereit.»

Der sowjetische Ministerpräsident umriss damit die Grenzen, die ihm vorschwebten, um die «West-Berlin-Frage» zu regeln. Das Schwergewicht seiner Argumentation lag auf der Furcht, aus West-Berlin könnte ein neues Sarajewo werden. Indem er diese Furcht in der Weltöffentlichkeit schürte, suchte er jetzt schon seine Massnahmen zu rechtfertigen, die kurz bevorstanden. Die Hauptsache für die Spannung in ganz Berlin wischte er mit der Bemerkung vom

Tisch: «Mit der Losung der Selbstbestimmung spekulieren eingefleischte Gegner der nationalen Einheit des deutschen Volkes. Zur Zeit führt Bundeskanzler Adenauer diese Losung dauernd im Munde, der ihr einen ganz bestimmten Sinn beilegt: Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik.» Ulbricht kehrte aus Moskau mit der Vollmacht zurück, die Flucht aus der Zone und Ost-Berlin unmöglich zu machen. Die Parteiführer des kommunistisch regierten Staatenblocks hatten diese Vollmacht unterzeichnet. Chruschtschow gab Ulbricht ausserdem den Marschall der Sowjetunion Konjew mit, den altgewordenen Führer jener Heeresgruppe, die mit der Heeresgruppe des Marschalls Schukow im April 1945 Berlin eingeschlossen und erobert hatte.

Konjew übernahm das Oberkommando über die sowjetischen Streitkräfte in der Ostzone.

In Berlin meldeten sich in jenen ersten Augusttagen noch mehr Flüchtlinge aus der Zone. Die Verfolgung der Grenzgänger, die in West-Berlin arbeiteten, aber in Ost-Berlin oder im Zonenrandgebiet wohnten, nahm dramatische Formen an. Die Flüchtlingswooge aus der Zone überspülte die Polizeiorgane, die versuchten, sie vor dem Erreichen Ost-Berlins und dem Übertritt in die Westsektoren zu bändigen. Über tausend Flüchtlinge wurden täglich im Bundesnotaufnahmelager Marienfelde registriert, aber es kamen noch jene hinzu, die sich vorerst nach West-Berlin begeben hatten, um abzuwarten, was nun mit der Sektorengrenze geschehen würde.

Torschlusspanik hatte viele Menschen in der Zone erfasst.

Während noch die kommunistischen Parteichefs in Moskau berieten, trat die Konferenz der Aussenminister der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in Paris zusammen. Dort wurde vom 5. bis 7. August 1961 überlegt, was geschehen könne, um dem Abschluss des von Chruschtschow angedrohten Separatfriedensvertrages zu begegnen. Denn dieser Vertrag musste die Teilung Deutschlands besiegeln. Die drei Westmächte waren durch den Deutschlandvertrag verpflichtet, diese endgültige Teilung zu verhindern. Aber was konnten sie tun? Sie wussten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie Chruschtschow in Kürze in Berlin handeln würde. Sie sahen die Fluchtbewegung, die das Regime in Ost-Berlin über kurz oder lang zum Anlass nehmen konnte, dramatische Massnahmen durchzuführen. War aber nicht der sowjetische Ministerpräsident in den Urlaub gereist? Der Separatfriedensvertrag konnte demnach noch nicht unmittelbar bevorstehen. Was also dann? Die Abriegelung der Zugänge nach Berlin? Nach Ost-Berlin? Innerhalb Berlins die Sperrung der Sektorengrenze? Aber wie sollte das geschehen?

Niemand konnte die Entwicklung voraussagen. Die Geheimhaltung der Moskauer Beschlüsse war nicht zu durchbrechen.

Die Aussenministerkonferenz endete am Montag, dem 7. August 1961, mit einem Hinweis auf die Geschlossenheit des Westens angesichts kommender Ereignisse.

Tag und Nacht trafen Flüchtlinge in West-Berlin ein. Die Unruhe in Ost-Berlin und der Zone wurde immer heftiger. Am Donnerstag, dem 10. August 1961, stellte sich Walter Ulbricht Ostberliner Arbeitern in einer grossen staatlichen Fabrik. Das Gesicht Ulbrichts war gezeichnet von der Anstrengung, die Arbeiter zu überzeugen, dass alles gut sei, was er mit den kommunistischen Parteichefs in Moskau beschlossen habe. Das Fernsehen der Ostzone verbreitete diese Veranstaltung. Die versteinten Gesichter der Ostberliner kontrastierten mit dem immer hilfloser werdenden Gestammel des SED-Führers. «Westdeutschland gehört nicht mehr zum deutschen Staatsverband», rief Ulbricht. Einmal wurden Zwischenrufe laut. Sie forderten freie Wahlen. Der Arbeiter, der diese Zwischenrufe wagte, wurde verhaftet, dann wieder freigelassen. Später gelang ihm die Flucht.

Am Freitag, dem 11. August 1961, trat die Volkskammer der Zone zusammen. Die (nichtgewählten) Abgeordneten erfuhren nicht, was in Kürze sich ereignen sollte. Die Geheimhaltung wurde ihnen gegenüber streng gewahrt. In einem Beschluss, der noch am gleichen Tag veröffentlicht wurde, hiess es nur: «Sie (die Volkskammer) beauftragt den Ministerrat, alle Massnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes und dessen Beschlusses als notwendig erweisen.» Dann folgte ein Aufruf an «Alle Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibenden, an alle Männer und Frauen», sich der «nationalen Aufgabe bewusst» zu sein, die «DDR so zu festigen und zu schützen, dass durch den Abschluss eines Friedensvertrages den revanchistischen Kriegshetzern der Weg versperrt und der Weg zu einer friedlichen Zukunft unseres Volkes und zur Wiedervereinigung in einem antiimperialistischen, friedliebenden und neutralen Deutschland geöffnet» werde.

Am Sonnabend, dem 12. August 1961, beschloss der Ministerrat der Ostzone die Massnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze in Berlin.

Der Ministerrat stützte sich dabei auf die Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes, die auf der Moskauer Beratung der kommunistischen Parteichefs festgelegt wurde. Darin hiess es: «Die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltä-

tigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das Gebiet West-Berlins einschliesslich seiner Grenzen mit dem demokratischen Berlin eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Massnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen West-Berlin und Westdeutschland nicht berühren. Die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten verstehen natürlich, dass die Ergreifung von Schutzmassnahmen an der Grenze West-Berlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschliesslich die Westmächte und vor allem die Regierung der Bundesrepublik...» Es war bemerkenswert, dass die kommunistischen Parteichefs im Namen der Regierungen von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Ostzone und der Sowjetunion diese Erklärung abgefasst hatten. Die undatierte Vollmacht enthielt keine Unterschriften.

Ulbrichts Ministerrat beschloss nun am Sonnabend, dem 12. August 1961, diesem «Wunsch» der Warschauer-Pakt-Staaten zu entsprechen:

«Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und West-Berlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschliesslich der Grenze zu den Westsektoren von Gross-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange West-Berlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach West-Berlin einer besonderen Bescheinigung.

Der Besuch von friedlichen Bürgern West-Berlins in der *Hauptstadt* der DDR (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des Westberliner Personalausweises möglich. Revanchepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik im demokratischen Berlin bleiben die bisherigen Kontrollbestimmungen in Kraft. Die Einreise von Bürgern anderer Staaten in die Hauptstadt der DDR wird von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Für Reisen von Bürgern West-Berlins über die Verbindungswege der DDR gelten die bisherigen Bestimmungen. Für den Transitverkehr zwischen West-Ber-

lin und Westdeutschland durch die DDR wird an den bisherigen Bestimmungen durch diesen Beschluss nichts geändert. Der Minister des Innern, der Minister für Verkehrswesen und der Oberbürgermeister von Gross-Berlin werden beauftragt, die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Dieser Beschluss über Massnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Schutze der DDR, insbesondere ihrer Hauptstadt Berlin, und zur Gewährleistung der Sicherheit anderer sozialistischer Staaten bleibt bis zum Abschluss eines deutschen Friedensvertrages in Kraft.»

Die Anordnung blieb noch geheim. Die Aktion war auf den kommenden Sonntag gelegt, der wie in den Hitlerjahren für überraschende Demonstrationen der Macht geeignet war. An diesem Sonnabend erklärte der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich von Brentano, in Bonn zu dem Ergebnis der Pariser Aussenministerkonferenz: «Niemand kann die Entwicklung voraussagen. Und ich glaube, wir haben keinen Anlass, heute nur Sorgen zu äussern ... Ich glaube, dass die Ergebnisse dieser Pariser Konferenz in der ganzen Welt Beachtung finden als der Ausdruck einer ruhigen Entschlossenheit, einer echten, unverbrüchlichen Solidarität. Und dass damit die Voraussetzungen geschaffen worden sind, um auch dieser weltpolitischen Krise zu begegnen, zu begegnen, wie wir es wünschen, in einem echten Gespräch am Verhandlungstisch, damit der Friede in der Welt, dieses höchste Gut, das gerade auch das deutsche Volk zu schätzen weiss nach dem ungeheuren Elend, das es in der Vergangenheit ertragen musste, dass der Friede in der Welt auf diese Weise wiederhergestellt und für die Zukunft gesichert wird. Die Bundesregierung wird keine Anstrengungen scheuen, um an diesem Ergebnis mitzuwirken. Sie wird keine Anstrengung scheuen, mit ihren Partnern die Welt davon zu überzeugen, dass wir keine aggressiven Absichten verfolgen, dass wir nichts anderes wollen als die Verwirklichung des Rechts für das deutsche Volk, des Rechts auf Selbstbestimmung, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit und auf demokratische Ordnung, die wir hier geschaffen haben und die wir auch denen vermitteln wollen, die sie heute entbehren.»

Der deutsche Aussenminister ahnte nicht, dass zur gleichen Stunde der Staatsratsvorsitzende der Ostzone, Walter Ulbricht, in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Nationalen Volksarmee Truppen alarmieren liess, mit denen er in der kommenden Nacht alle Zugänge nach West-Berlin sperren lassen wollte. So weit hatten sich die Deutschen, die Verantwortung ausübten oder die Macht erhalten hatten über Deutsche, voneinander entfernt, dass nichts sie mehr verband als die Sprache, in der sie sich nicht verständigen wollten und konnten.

In der Bundesrepublik hatte der Wahlkampf begonnen, am 17. September sollte der neue Bundestag gewählt werden. Es war Reisezeit, Urlaubszeit. Der verregnete Sommer des Missvergnügens hielt an. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur hatte den Deutschen der Bundesrepublik und West-Berlins einen Lebensstandard gebracht, der noch nie so hoch gewesen war. Alles war für sie seit der Währungsreform von 1948 gut gelaufen. Sie lebten in einem Staat, der fast 55 Millionen Menschen umfasste, bis auf Notstandsvorbehalte der drei Westmächte souverän war, in unangetasteter persönlicher Freiheit und gesichert durch das NATO-Bündnis, in das eine wiedererstarkende Armee zu Wasser, zu Lande und in der Luft eingebracht worden war. Hätte es nicht die Sorge und den Schmerz um die Spaltung des Landes gegeben, es wäre kaum zu widerlegen gewesen, was neidische Kritiker der Deutschen behaupteten: «Sie haben den Krieg verloren, aber nun zählen sie zu den Siegern.»

Am Vorabend des 13. August 1961 sah es aus, als sei die Selbstgefälligkeit für die Deutschen der Bundesrepublik fast natürlich geworden, denn so vieles war ihnen geglückt.

Aber jetzt trat der Kampf um Berlin, von dem sich Westmächte wie Westdeutsche zu gern beurlaubt hätten, nicht nur in eine von vielen Phasen, die auf irgendeine Weise doch gemeistert wurden.

Es ging um die Entscheidung. Der Vorhang über dem letzten grossen Akt des Nachkriegsdramas der Deutschen hob sich, und niemand wusste, wer am Ende über den anderen triumphieren würde.

Aber ging es denn um einen Triumph, um die Heimführung der Deutschen in Zone und Ost-Berlin in die freiheitliche Demokratie? Ging es darum, die Westdeutschen und Westberliner gefügig zu machen für den utopischen «Aufbau des Sozialismus» Ulbrichtscher Fassung? Sollte nicht vielmehr nun endlich der Schlussstrich unter die deutsche Spaltung gezogen werden, damit daraus Friede in Mitteleuropa entstünde? Stand vielleicht die Anerkennung von «Tatsachen» auf der Tagesordnung, die Unterwerfung unter den Spruch der Geschichte?

Noch waren die Deutschen beiderseits der Linie von 1945 eins, unteilbares Deutschland, durch schwerbewachte Schlupflöcher und Übergänge in ihrer alten Hauptstadt miteinander verbunden. Aber zwei motorisierte Schützendivisionen der «Nationalen Volksarmee» lagen alarmbereit im Norden und Süden Berlins, auf Übungsplätzen wie zum Manöver zusammengezogen. Zwischen 18 und 19 Uhr meldeten sich die Kommandeure dieser Divisionen und Regimenter mit ihren Polit-Offizieren sowie Volkspolizei-, Bereitschaftspolizei- und Grenzpolizei-Kommandeure im Ministerium für Nationale Verteidigung, das sich als einziges Ministerium des Ulbricht-Staates nicht in Ost-Berlin, sondern in Strausberg befand. Dort empfing sie der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, ein alter Kommunist und Spanienkämpfer,

wie zu einem Offiziersabend, aber die Kommandeure waren im Dienstanzug bestellt. Ein Film wurde vorgeführt, ein kaltes Büfett stand bereit, Schnaps wurde ausgeschenkt. Dann erfolgte die Befehlsausgabe im 2. Stockwerk des Ministeriums. Die Schweriner motorisierte Schützendivision erhielt den Auftrag, die Sektorengrenze innerhalb Berlins zu besetzen und gegen die Westsektoren abzuriegeln. Die südlich Berlins bereitliegende motorisierte Schützendivision wurde an die Zonengrenze gegen West-Berlin befohlen. Es war 22 Uhr, als Armeegeneral Hoffmann die Polit-Offiziere zu den Truppenteilen entliess, damit diese sie an die Grenzen heranführen konnten. Die Kommandeure blieben aus Gründen der absoluten Geheimhaltung noch im Ministerium, bis sie am 13. August 1961 0 Uhr 15 zu ihren Einheiten fahren durften. Die Kommandeure fanden ihre Soldaten schon auf dem Marsch zur Sektoren- und Zonengrenze. Inzwischen war an die Truppe scharfe Munition ausgegeben worden, die vier Tage später erst wieder eingezogen wurde. Die Kommandeure waren auf die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit deutschen oder alliierten «Kräften» hingewiesen worden, gleichzeitig aber auch auf die alarmierte Rote Armee in der Zone, die mit Kräften als «zweite Staffel» hinter den beiden Schützendivisionen in Erscheinung treten sollte.

Millionen Menschen sassen an diesem Abend des 12. August 1961 vor ihren Fernsehgeräten und liessen sich von Luis Trenker, dem Regisseur und Filmschauspieler aus den Dolomiten, erzählen, wie es früher war. Und das kommunistische Fernsehen in Ost-Berlin hatte an den Abenden zuvor einen russischen Film gezeigt, in dem der erbarmungslose Kampf zwischen Rot und Weiss während des russischen Bürgerkrieges verherrlicht wurde. Aber wer hatte hingesehen, wenn er es nicht musste?

In Berlin hatten die drei Westmächte ihre Positionen abgesteckt. Messerscharf grenzte Präsident Kennedy die Zuständigkeit seiner Truppen ab. Chruschtschow hatte eben noch den Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, den Bankier und früheren Hochkommissar in Deutschland, John McCloy, in seinem Urlaubsort auf der Krim empfangen. Nun war McCloy wieder in Washington und informierte seinen Präsidenten. Kannte er den Beschluss der Staaten des Warschauer Paktes? Es lag nahe, dass Chruschtschow ihn einweichte, um eine Reaktion der Amerikaner zu verhindern, denn es sollte doch nichts gegen West-Berlin und die Zugänge zur Stadt von der Bundesrepublik her unternommen werden.

Marschall Konjew hatte, wenige Stunden nach seiner Rückkehr nach Deutschland, am Donnerstag, dem 10. August 1961, die Offiziere der drei westlichen Militärmissionen bei seinem Oberkommando empfangen. So eilig war es den Sowjets, Offiziere der Westmächte zum Kasinoabend zu laden. Was liess Kon-

jew die Offiziere wissen? Neun Monate danach teilte der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Clarke, in Stuttgart mit, er habe vorher gewusst, was am 13. August 1961 geschehen sollte. Aber vom Bau einer Mauer sei ihm damals nichts bekanntgeworden.

Die Mauer wurde nicht am 13. August 1961 errichtet, sondern eine Woche später.

Es muss also vorausgesetzt werden, dass die Westmächte wussten, was am 13. August geschehen sollte. Hätten sie nichts erfahren, wären sie überrascht worden, so hätten sie ihre Berliner Garnisonen am 13. August alarmieren müssen. Sie alarmierten sie nicht. Ein Aufmarsch östlicher Truppen an der Sektorengrenze und rings um die Westsektoren an der Zonengrenze hätte nicht hingegenommen werden können, ohne die eigene Macht über das Territorium West-Berlin an den Grenzen militärisch zu demonstrieren. Es bestand aber immer noch der Viermächtestatus von Gross-Berlin, wie die Westmächte stets versichert hatten. Ihn aufrechtzuerhalten, hätte es auch einer militärischen Aktion bedurft. Doch der Sonntag des 13. August 1961 war in den Kasernen der Westberliner Garnisonen ein Sonntag wie jeder andere.

Am 13. August 1961, zwei Stunden nach Mitternacht, gegen 2.15 Uhr, marschierte eine motorisierte Division der Nationalen Volksarmee Ulbrichts an der Sektorengrenze mitten in Berlin auf und sperrte sie mit Volkspolizeieinheiten. Seit elf Jahren standen sich an dieser Grenze Ostberliner und Westberliner Polizisten gegenüber. Nun riegelte Militär ab, was seit der Blockade 1948/49 noch nicht gesperrt war. Dies war die Stunde, in der Deutsche auf Befehl Deutsche von Deutschen trennten. Sie war von diesem Volk immer gefürchtet worden, aber es hatte gehofft, dass sie niemals ein treten würde. Der Tag der tiefsten Erniedrigung und Demütigung war für die Deutschen angebrochen, seit sie Hitlers Joch auf sich genommen und den Krieg des Führers verloren hatten.

Neunzehntes Kapitel

AUF DIE FOLTER GESPANNT

Das Gemeinwesen Gross-Berlin war seit 1945 oft gespalten worden. In den lebendigen Organismus einer in Trümmern liegenden Weltstadt, die zu den grössten der Erde zählte, hatte das Beil mitleidloser Spalter immer wieder neue klaffende Wunden gerissen, aber mit unbeschreiblicher Zähigkeit blieben beide Teile der Stadt miteinander verbunden, trotz unterschiedlicher Verwaltungssysteme, Währungen, Ideologien und Besatzungsmächte. Nun holte die Axt noch einmal aus und hieb vielleicht zum letzten Male zu, damit endlich geteilt sei, was bisher nur gespalten war, damit reiner Tisch gemacht werde zwischen West-Berlin und der «Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik», Ost-Berlin.

Liebe und Hass hatten bisher die über drei Millionen Einwohner verbunden, jetzt mussten sie zornig und machtlos zusehen, wie zerschnitten wurde, was eins war.

Hierzu benötigten die militärischen Verbände des SED-Staates dreizehn Stunden.

Sie fielen nachts gegen 2.15 Uhr über die bisherige Sektorengrenze her und bauten sie zur Staatsgrenze nach östlichem Muster aus. Gegen 15 Uhr war die Sperre gelegt, der Stacheldraht gezogen, der «Westwall» provisorisch errichtet. Eingesetzt wurden motorisierte Divisionen der Nationalen Volksarmee, Bereitschaftspolizei, Grenzpolizei, Volkspolizei und Betriebskampfgruppen, die in den Morgenstunden alarmiert und an die Staatsgrenze herangeführt wurden. Unterstützt von Pionierbataillonen übernahm eine motorisierte Division die innerstädtische Sektorengrenze, während die anderen Einheiten an der Grenze West-Berlins zur Zone aufmarschierten. Die sowjetischen Besatzungstruppen unter Marschall Konjew traten nicht in Erscheinung. Sie wurden in Bereitschaft gehalten. Die Abriegelung der Zone und Ost-Berlins gegen West-Berlin war das Werk junger Deutscher, die freiwillig oder zur Freiwilligkeit von SED-Funktionären gezwungen in der Berufsarmee des Ulbricht-Staates dienten.

Der Aufmarsch war als Vorbereitung eines Manövers getarnt worden. Seit Tagen konnten Benutzer der Interzonenautobahn Truppenverschiebungen zwischen Berlin und der Elbe beobachten. Die Soldaten wussten nicht, was ihnen bevorstand, als sie alarmiert wurden.

Die Westberliner Polizei erhielt kurz nach 2 Uhr die ersten Eindrücke von der Besetzung der Sektorengrenze. 2.30 Uhr wurden alle Einsatzkommandos sowie die kasernierte Bereitschaftspolizei alarmiert. Die erste Meldung von der Mili-

täraktion sendete RIAS Berlin 4 Uhr. Die Sektorengrenze wurde zu einer tiefgestaffelten Hauptkampflinie ausgebaut. Maschinengewehrposten gingen auf Dächern und Trümmerhügeln in Stellung. Spanische Reiter, Stacheldraht dienten zur vorläufigen Absperrung. Wichtige Übergänge wurden mit Panzerfahrzeugen gesichert. An vielen Stellen bildeten die Soldaten eine lebendige Mauer, der bis zum späten Vormittag nur die seit elf Jahren Posten stehenden Westberliner Schutzpolizisten und Zollbeamten gegenüberstanden.

Am frühen Morgen dieses kühlen Sommertages brachten die Westberliner Rundfunksender die ersten Reportagen von der Sektorengrenze, während der Ostberliner staatliche Rundfunk die Erlasse und Anordnungen des Regimes in kurzen Abständen wiederholte. Die Mitteilung über die Isolierung Ost-Berlins und der Zone von West-Berlin trug die Unterschrift des Innenministers der «DDR», Karl Maron (SED), der 1945 mit der Gruppe Ulbricht in Berlin eingetroffen war. So war die militärische Annexion des Ostsektors von Berlin eine Aktion der Gruppe Ulbricht des Jahres 1945. Der Ring schloss sich. Ulbricht und Maron demonstrierten die Macht, die sie in mehr als sechzehn Jahren in ihren Händen gesammelt hatten.

Auf dem Potsdamer Platz bot sich am Vormittag des 13. August folgendes Bild: Pioniere der Volksarmee rissen den Asphalt mit Pressluftpneumatik auf, bauten Schutzstellungen aus. Sie errichteten Betonpfähle und verbanden sie mit Stacheldraht. Nicht mehr als zweihundert Westberliner beobachteten sie ohne Furcht, sie hielten sich dicht vor den jungen Soldaten auf und riefen ihnen manchmal ein spöttisches Wort zu. Ein einziger Westberliner Schutzpolizist befand sich in der Menge. Dahinter, unter der Leuchtschriftenanlage der Westberliner Presse, stand ein amerikanischer Kraftwagen, in dem ein amerikanischer Offizier mit einem Westberliner Polizisten die Vorgänge verfolgte.

Gegen 11 Uhr traf der Westberliner Polizeipräsident Dr. Johannes Stumm ein, kurz vorher ein Einsatzkommando der Schutzpolizei. Hundert Meter von der Sektorengrenze entfernt wurde eine Postenkette gezogen, um die aus West-Berlin zum Potsdamer Platz drängende Menschenmenge zurückzuhalten. Jene Westberliner, die sich noch bei den Volksarmisten befanden, wurden von einem Lautsprecherwagen der Polizei aufgefordert, sich hinter die Postenkette in der Potsdamer Strasse zurückzuziehen. Nur widerwillig folgten die Westberliner dieser Anordnung.

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt befand sich als Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei auf Wahlreise in der Bundesrepublik. 6 Uhr morgens wurde er aus dem Zug in Hannover geholt und nach Berlin geflogen.

Brandt kämpfte, wie er später erzählte, zu diesem Zeitpunkt, am Vormittag des 13. August, mit sich, diese Sperrmassnahmen nicht hinzunehmen und die Berliner aufzurufen, die Massnahmen Ulbrichts zunichte zu machen. Wie Ernst Reuter am 17. Juni 1953 erkannte Brandt, dass eine revolutionäre Situation in der Luft lag, die genützt werden könnte. Aber Brandt wusste auch, dass jeder Widerstand sinnlos wäre, wenn die Westmächte nicht entschlossen waren, ihre Garnisonen zu alarmieren, an der Sektorengrenze aufzumarschieren und ihr Recht auf freien Zugang nach Ost-Berlin energisch zu behaupten. Brandt sagte später, an diesem Morgen habe der Krieg auf den Strassen Berlins gelegen. Doch niemand wusste, ob nicht Ulbricht und seine militärischen Berater nur blufften und darauf vorbereitet waren, die Befestigung der «Staatsgrenze» einzustellen und sich von ihr zurückzuziehen, um einige hundert Meter tiefer im Ostsektor erneut Sperren zu errichten, wenn es zu Zwischenfällen käme. Auch Ulbricht konnte nicht wissen, ob sich das Volk von Berlin in diesen Stunden wider sein Regime erhebe. Der Regierende Bürgermeister besprach sofort nach seiner Rückkehr die Lage mit den Stadtkommandanten. Diese schienen persönlich nicht abgeneigt, ihre Truppen an der Sektorengrenze aufmarschieren zu lassen. Aber Alarm und Aufmarsch wurden in den Hauptstädten der Westmächte nicht freigegeben.

Nach stundenlangen Beratungen wurde die Schutzpolizei eingesetzt, um zu verhindern, dass es zu Zwischenfällen an der Grenze käme. Praktisch sah das so aus, dass die Westberliner Polizei die Verantwortung für die Sicherheit der Westberliner übernahm, die sich in immer grösserer Zahl an der Sektorengrenze versammelten. Blutvergiessen sollte verhindert werden. Die Westberliner Polizei unterstand den Schutzmächten.

Da in den Verordnungen und Erlassen des Ulbricht-Regimes an mehreren Stellen auffällig betont war, dass sich die «Schutzmassnahmen» nicht gegen die westlichen Alliierten richteten, denen grossmütig die Friedrichstrasse als Übergang in den Ostsektor zugestanden wurde, war der Viermächtestatus der Stadt nur insofern wieder einmal gebrochen, dass es den Ostberlinern und Zonenbewohnern verboten war, nach West-Berlin zu gehen. Der Intersektorenverkehr von Stadtbahn und U-Bahn wurde eingestellt. Den Westmächten war jedoch als einziger Übergang nur die Friedrichstrasse vom Innenministerium der Ostzone gestattet. Dagegen hätten sich die Westmächte, wären sie zum Widerstand gegen das Unrecht entschlossen gewesen, wenden können. Ein Panzeraufmarsch am Potsdamer Platz oder am Brandenburger Tor mit dem Versuch, die Stacheldrahtsperre zu überrollen und für die Alliierten den im Viermächtestatus garantierten freien Zugang wahrzunehmen, hätten in diesem Stadium der Abriegelung wohl Erfolg gehabt. Daraus konnten sich Aktionen der

Westberliner und Ostberliner entwickeln, durch die an den wichtigsten Stellen die Absperrungsmassnahmen zunichte gemacht worden wären.

Aber die Entschlüsse der Regierungen in Washington, London und Paris lauteten anders. Die Furcht vor einem Krieg duldeten nur die Behauptung der westlichen Rechte in West-Berlin.

Noch am 12. November 1960 hatte der neugewählte amerikanische Präsident John F. Kennedy erklärt: «Wir kämpfen für die Freiheit von New York und Paris, wenn wir für die Freiheit Berlins kämpfen... Wir können niemals zulassen, dass Berlin unter kommunistischen Einfluss gerät, weil wir dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würden...»

Berlin, das war nur West-Berlin. Eine letzte Illusion *aller* Berliner war zerstört. Die Westmächte meinten West-Berlin, wenn sie Berlin sagten. Damit hatten sich die mehr als drei Millionen Einwohner der Stadt nun abzufinden. Sie erkannten ihre Ohnmacht spät. Und sie sollten nie vergessen, dass West-Berlin gemeint war, wenn von Berlin geredet wurde. *Sie* kannten nur ein Berlin, das gespalten war, aber doch unter Viermächtestatus stand. Um dieses ganze Berlin hatten sie gekämpft, und sie würden auch jetzt den Kampf nicht aufgeben.

Im Kampf um Berlin erhielt der 13. August geschichtliche Bedeutung. Die Westmächte begaben sich mehr oder weniger ihrer Rechte in ganz Berlin. Aber sie behaupteten West-Berlin, das freilich an diesem Tag in keiner Weise angegriffen wurde.

Die Deutschen waren nach Jahren der Aufrüstung, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in der Hochkonjunktur für den grösseren westlichen Teil ihres Landes und einer wirtschaftlichen Depression im kleineren östlichen Landesteil in diese neue Lage geraten. Auf dem Boden ihres Landes standen nicht nur die Truppen der Verbündeten (in NATO und Warschauer Pakt), sondern sie selbst hatten militärische Anstrengungen unternommen wie noch nie in Friedenszeiten. Eine halbe Million ausgebildeter Soldaten befand sich in Bundeswehr und Volksarmee, dazu kamen noch die paramilitärischen Verbände in der Ostzone sowie die beiden Grenzpolizeien. Rund eine Million waffentragender Deutscher, die sich als Gegner gegenüberstanden, zählte man an diesem 13. August 1961 in Deutschland.

In der Mittagsstunde sprach Willy Brandt über die Westberliner Rundfunksender.

«Mit dem 13. August hat die eigentliche Bewährung unseres *ganzen* Volkes begonnen. Eine Phase der Nachkriegsgeschichte ist zu Ende, eine neue Phase hat für uns begonnen. Sie wird die eigentliche Bewährungsprobe für unser Volk werden. Die Situation geht uns alle an. Wir werden in den Fragen der nationalen

Existenz jetzt zusammenstehen müssen, wir in Berlin und in Westdeutschland, damit wir nicht von der Geschichte für zu leicht befunden werden.»

Zu dieser Stunde glich der Potsdamer Platz einem Leichenfeld der deutschen Einheit, und am frühen Abend zeigten die Kameras des Westberliner Fernsehsenders von dort dem ganzen deutschen Volke, was an diesem Tage geschehen war. Dieser Friedhof wurde geschaffen und bewacht von jungen Deutschen in den Uniformen des kommunistischen Regimes, die gegen Ende des Dritten Reiches Hitlers geboren waren.

Der Krieg aber, den die Deutschen im Frühling 1945 verlassen hatten, war nun zu ihnen zurückgekehrt. Es schien, als seien sechzehn Jahre und fünf Monate wie ein Tag und eine Nacht hier in dieser Stadt Berlin vergangen.

Der Zweite Weltkrieg war noch nicht zu Ende. Sein Gespenst lag von nun an wieder über Berlin, Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Eine kühle, wolkenzerfetzte, grausame Nacht brach herein. Im Südosten Berlins band sich ein Mann sein Kind auf den Rücken und durchschwamm mit seiner Frau den Teltowkanal, die neue Staatsgrenze der «DDR». Er und seine Familie waren nicht die letzten von fast vier Millionen Deutschen, die seit 1948 das russische Besatzungsgebiet verliessen. Aber die Umstände dieser Flucht zeigten, wie gross die Schande war, die diesem Volk nun auf erlegt wurde. Die Zonengrenze von 1945 hatte noch Länder- und Gemeindegrenzen respektiert. Die Staatsgrenze mitten durch Berlin zerschnitt Familien. Sie war beispiellos in der Geschichte. Denn selbst dort, wo grausame Diktatoren neue Grenzen zogen oder Friedensschlüsse die Landkarte veränderten, hatte es die Möglichkeit der Umsiedlung gegeben, der Zusammenführung getrennter Familien. Jetzt aber war es allen, die 1945 unter russische Besatzung fielen, verboten, das Territorium der sowjetischen Besatzungsmacht zu verlassen. Sie waren Gefangene eines Siegers von 1945, aber das Groteske und Schauerliche an diesem Vorgang blieb, dass diese Gefangenschaft erst sechzehn Jahre nach Kriegsende befohlen wurde.

«Lassen Sie sich nicht fortreißen», beschwor die Stimme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin im Radio, «ergeben Sie sich nicht der Verzweiflung. Wir werden uns niemals mit der widernatürlichen Spaltung abfinden, auch wenn die Welt voll Teufel wäre.»

Es hätte nur einer geringen Ermunterung am 13. August und in den Tagen danach bedurft, um die Westberliner, die vor dem Stacheldrahtzaun standen, und die Ostberliner, die hinter ihm von einer dünnen Postenkette der Armee und Polizei in Schach gehalten wurden, zueinander aufbrechen, die Sperren niederzutreten und die «Staatsgrenze» aufheben zu lassen. Nur der Funke fehlte noch

für das Pulverfass aus Empörung und Verachtung. Die Truppen der vier Grossmächte hielten sich aus der Tragödie vorläufig noch heraus. Die Sowjetsoldaten blieben ausserhalb Berlins, die amerikanischen, britischen und französischen Kompanien zeigten sich nicht an der Sektorengrenze.

Rund vierzigtausend bewaffnete Mitteldeutsche hielten Ost-Berlin besetzt – das war die Wahrheit des 13. August 1961 auf militärischem Gebiet. Gegen diese militärische Annexion forderte die Westberliner Bevölkerung Massnahmen und Repressalien, die das Ulbricht-Regime treffen sollten. Bundeskanzler Adenauer in Bonn sprach von einem Abbruch des Interzonenhandels.

Am Morgen des 14. August 1961 legten die sechstausend Betriebsangehörigen der AEG Turbinenfabrik in Berlin-Moabit die Arbeit nieder und marschierten zum Westberliner Rathaus. Dort verlangten sie Gegenmassnahmen des Senats, der Alliierten und der Bundesregierung. Den Machthabern in Ost-Berlin sollte deutlich gemacht werden, dass die Verletzung der Menschenrechte nicht teilnahmslos hingenommen würde. In anderen Betrieben legten die Arbeiter die Maschinen still, bis sie erreicht hatten, dass Mitglieder der SED fristlos entlassen wurden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund rief zum Boykott der S-Bahn auf, die den Verkehr in beschränktem Umfang wiederaufgenommen hatte. Fünfundachtzig bis neunzig Prozent der S-Bahn-Fahrgäste benutzten von jetzt an die städtischen Verkehrsmittel West-Berlins. Die Empörung der Arbeiter richtete sich gegen die Gefangennahme ihrer Kollegen, die als Grenzgänger bisher zu ihnen gekommen waren. Ulbricht hatte fünfzigtausend Grenzgänger in seiner Gewalt. Und er liess zu, dass sich die Behörden der Zone und Ost-Berlins an diesen Männern und Frauen rächen. Ausserdem mussten noch rund fünfzigtausend bis achtzigtausend Bewohner des Ostsektors hinzugerechnet werden, die jeden Tag über die Sektorengrenze nach West-Berlin gefahren waren, um Kinder zu hüten, Haushalte zu führen und andere Arbeiten zu verrichten. Siebzig von hundert Westberlinern hatten Verwandte, Freunde und Bekannte im Ostsektor und in der Zone.

Doch auch am 14. August 1961 erfuhren die Berliner kein Wort von Gegenmassnahmen. Noch konnten die Westberliner in den Ostsektor gelangen, wenn sie die strengen, entwürdigenden Kontrollen nicht fürchteten. Noch immer sah die Absperrung provisorisch genug aus. Am frühen Abend des 14. August 1961 traf Walter Ulbricht am Brandenburger Tor ein, um sich filmen zu lassen. Dort sagte er: «Nun ist alles gut, ja?» Und drohend fügte er hinzu, dass sowjetische Truppen bereitständen. Wenige Meter entfernt, auf der Strasse des 17. Juni, drängten junge Westberliner gegen den Kordon ihrer eigenen Polizei und versuchten, zum Brandenburger Tor durchzubrechen. Aber die Polizei war stärker.

So dröhnten bis nach Mitternacht Sprechchöre in den Ostsektor hinein: «Budapest – Budapest – Budapest.» – «Schämt euch-schämt euch-schämt euch.» Und das Entsetzlichste, das hier über den Hindenburgplatz und die Friedensallee zum Reichstag hinübergerufen wurde: «Wir sind doch Deutsche, wir sind doch Deutsche.»

Aber es wurde auch gesagt: «Wenn das so weitergeht, dann sind die Russen eines Morgens auch bei uns.»

Die Wahrheit der ersten Tage nach der Abriegelung des Ostsektors lautete, dass nichts geschah, was als Gegenmassnahme des Westens angesehen werden konnte. In Paris trat der Ständige NATO-Rat zusammen. Proteste wurden bekannt, aber keine Entschlüsse. Am Mittwoch, dem 16. August 1961, versammelten sich fünfhunderttausend Westberliner vor ihrem Rathaus, um die Welt zu rufen. Über neunzehn Fernsehsender in Europa und Amerika wurde die Kundgebung ausgestrahlt, Bilder von Menschen, die erbittert in Sprechchören, auf Transparenten Gegenmassnahmen verlangten. «Lieber tot als rot», «Schläft der Westen?» und «Was muss denn noch geschehen?» hiessen die Parolen.

Zum ersten Male seit dem 13. August 1961 blitzte die Sonne durch die jagenden Wolken. Bürgermeister Amrehn (CDU) rief aus: «Wir sind unbewaffnet. Wir brauchen keine Armee, um die Menschen in Schach zu halten. Wir halten selber Ordnung. Auch ein besiegtes Volk hat seine Menschenwürde. Auch ein besiegtes Volk hat Recht auf Hoffnung.» Und der Regierende Bürgermeister Brandt sagte: «Die Berliner sind stark genug für die Wahrheit. Seit dem Ende der Blockade war die Lage nie so ernst wie jetzt. Seit dem vergangenen Sonntag ist der Friede unsicher geworden.» Und den Bewachern der Grenze rief er zu: «Lasst euch nicht zu Lumpen machen, zeigt menschliches Verhalten, wo immer es euch möglich ist. Schiesst vor allem nicht auf eure eigenen Landsleute.»

Brandt teilte mit, er habe einen Brief an den amerikanischen Präsidenten gerichtet.

Am Donnerstag, dem 17. August 1961, inspizierte der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, General Clarke, die Grenzsperrungen der Volksarmee. Am Brandenburger Tor richtete ein gepanzerter Wasserwerfer der Volkspolizei sein Rohr auf den amerikanischen General. Die drei Westmächte schickten einen Protest gegen die Sperrmassnahmen nach Moskau. Sie verlangten, die ungesetzlichen Sperrmassnahmen rückgängig zu machen, und erklärten, die Sowjetunion sei für die erneute Verletzung des Viermächtestatus Berlins verantwortlich.

Mit dem Bau einer Mauer aus Ziegelsplittsteinen wurde am Freitag, dem 18. August 1961, begonnen. Zuerst wurde der Potsdamer Platz betroffen, aber auch an anderen markanten Punkten der Grenze trafen Arbeitskolonnen der Betriebs-

kampfgruppen ein, um die Sektorenübergänge zuzumauern. Die Fluchtversuche hielten an.

Am 18. August 1961 trat der Deutsche Bundestag in Bonn zusammen, um die Lage zu beurteilen und zu beraten. Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte für die Regierung: «Mit diesen Massnahmen hat das Ulbricht-Regime eingestehen müssen, dass es nicht vom freien Willen der in der Zone lebenden Deutschen getragen wird. Mit diesen Massnahmen hat das Ulbricht-Regime bestätigt, dass die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes durch das deutsche Volk zur Erhaltung des Weltfriedens unaufschiebbar geworden ist. Diese widerrechtlichen Massnahmen, die die Bundesregierung mit Sorge und mit Abscheu zur Kenntnis genommen hat, stehen in flagrantem Widerspruch zu den Viermächtevereinbarungen über die Bewegungsfreiheit innerhalb Gross-Berlins und denjenigen Viermächtevereinbarungen, die die Regelung des Verkehrs zwischen Berlin und der Zone zum Gegenstand haben.»

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, sagte: «Was in Ost-Berlin geschehen ist, das ist der Einmarsch einer Armee in ein Territorium, in dem sie nichts zu suchen hat. Die sogenannte Volksarmee mit ihren Nebenorganisationen hat Ost-Berlin annektiert. Sie hat den Viermächtestatus unter ihren Panzerketten zermahlen. Für die westlichen Schutzmächte bedeutet der vergangene Sonntag, dass sie aus jenen Viermächtevereinbarungen herausgedrängt worden sind, die sich auf Berlin als Ganzes beziehen. Die Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten und das, was die Zonenregierung, darauf gestützt, verkündet hat, bedeutet in Wirklichkeit auch, dass den Westmächten die Mitverantwortung für Deutschland als Ganzes streitig gemacht wird, und zwar noch vor dem viel erörterten separaten Friedensvertrag.»

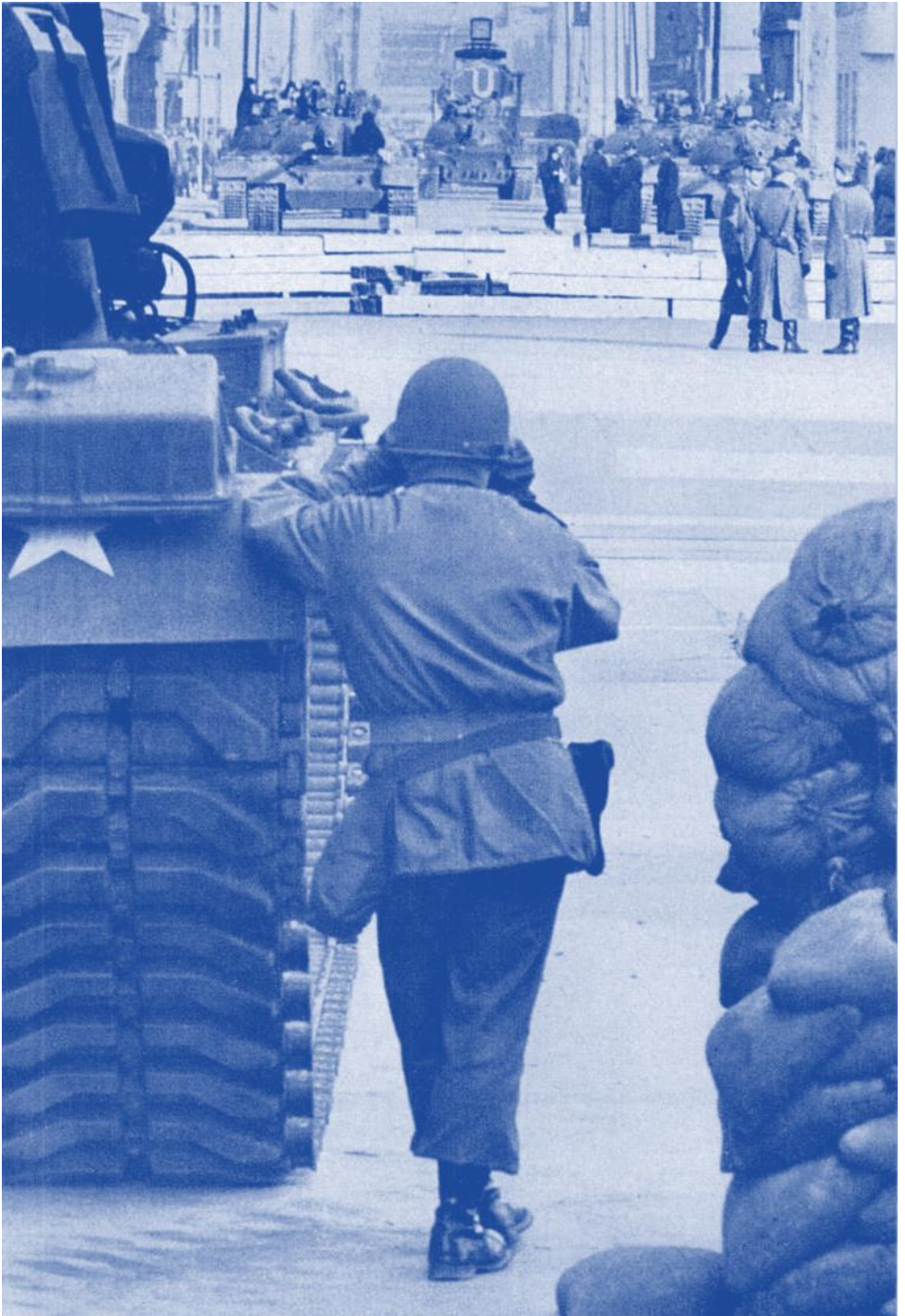
Die Sitzung wurde von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier mit der Anrufung der Präambel des Grundgesetzes geschlossen: «Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.»

Auch am nächsten Tag wurde weiter an der Mauer gebaut, deren Monstrosität die Berliner nicht zu fassen vermochten. An diesem 19. August 1961 bereiteten sie dem amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon D. Johnson, der im Auftrag seines Präsidenten nach West-Berlin gereist war, einen beispiellosen Empfang. Glaubten sie, dass nun die Westmächte die Teilung Berlins mit Gegenmassnahmen beantworten würden? Von der Freitreppe des Rathauses, vor den Abgeordneten im Sitzungssaal bekräftigte Johnson die amerikanische Schutzgarantie für West-Berlin:

«Für den Fortbestand und die Zukunft dieser Stadt haben wir Amerikaner verbürgt, was unsere Vorfahren bei der Gründung der Vereinigten Staaten garantierten: unser Leben, unser Gut und unsere heilige Ehre.»



Alle Fenster der zu Ostberlin gehörenden Häuser in der Bernauer Strasse wurden vermauert. Links unten Totenmai für eine alte Frau, die aus dem 3. Stock des sechsstöckigen Wohnhauses sprang und dabei zu Tode kam



Amerikanische und sowjetische Panzer stehen sich in der Friedrichstrasse gegenüber. 28. Oktober 1961

Die Vereinigten Staaten traten nunmehr immer markanter als eigentliche Führungsmacht des Westens in West-Berlin hervor. Johnson hatte General Lucius D. Clay mitgebracht, der mit Tränen in den Augen die Ovationen der Berliner entgegennahm. Kennedy schickte Johnson, um die Moral der Westberliner zu stärken. Der Kampfgeist dieser Bevölkerung war nicht gebrochen. Aber er suchte Ziele, um endlich einmal den Kommunisten antworten zu können. Da aber die Westmächte sich nicht veranlasst sahen, Massnahmen gegen die Teilung der Stadt zu unternehmen, musste es zu einer Vertrauenskrise zwischen den Westberlinern und ihren Schutzmächten kommen. Es war ein Irrtum, anzunehmen, die Westberliner seien wankelmütig in der Verteidigung ihrer Freiheit geworden. Sie verlangten Gegenaktionen.

Die Wahrheit lautete: Nicht die Widerstandskraft der Westberliner war beeinträchtigt, sondern die Westberliner fürchteten, dass die Westmächte sich mit dem Zustand abfinden könnten, in den die Stadt geraten war. Sie glaubten noch an den Viermächtestatus von Gross-Berlin, obwohl sowohl der Regierende Bürgermeister vor dem Bundestag als auch der amerikanische Präsident in seiner Julirede 1961 darauf hingewiesen hatten, dass die amerikanische Garantie nur für West-Berlin gelte und der Viermächtestatus zermahlen sei.»

Als am Sonntag, dem 20. August, die Mauer höher wurde (Betriebskampfgruppen betätigten sich unter Aufsicht der Truppen an dieser Maurerarbeit mit Zurückhaltung, ohne jeden Eifer), traf eine amerikanische Kampfgruppe in Stärke von fünfzehnhundert Mann über die Autobahn Helmstedt – Magdeburg – Berlin ein. Gegen diese demonstrative Geste Kennedys hatten die Sowjets nichts einzuwenden.

Die Westberliner umjubelten die Amerikaner, die eine Triumphfahrt auch über den Kurfürstendamm unternahmen.

General Clay wurde zum Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten in West-Berlin ernannt. Damit war der Mann, der einmal während der Blockade im Bündnis mit der Westberliner Bevölkerung den Sowjets eine bedeutungsvolle Niederlage zugefügt hatte, wieder in der Stadt, die auch sein Schicksal geworden war.

Am 22. August 1961 traf Bundeskanzler Konrad Adenauer in West-Berlin ein. Er besichtigte die nun vollkommen abgeriegelte Sektorengrenze und erklärte, er werde seine ganze Kraft einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den Verbündeten die Freiheit West-Berlins zu behaupten, die Verbindung zur Bundesrepublik bis zum Tag der Wiedervereinigung voll zu erhalten.

An diesem 22. August 1961 fühlte sich Ulbricht stark genug, um nun auch den Westberlinern den Besuch im Ostsektor unmöglich zu machen. Die kritische Phase der Errichtung der Stacheldrahtsperrren und des Mauerbaus war beendet.

Trotz der Empörung in der Bevölkerung der ganzen Stadt war es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen gekommen. Das Unglaubliche war geschehen: Ulbricht hatte eine Mauer errichten lassen, ohne auf eine einzige Gegenaktion der Westberliner oder ihrer Schutzmächte zu stossen.

Für die Westberliner wurde das Betreten des Ostsektors von Passierscheinen abhängig gemacht, die auf Stadtbahnhöfen wie Zoo und Westkreuz ausgegeben werden sollten. Es war klar, dass damit pseudokonsularische Vertretungen der «DDR» in West-Berlin eingerichtet worden wären. Der Senat merkte sofort, was hier geplant war. Er verbot die Errichtung dieser Passierscheinstellen und liess die Ausgabe der Ausweise von der Schutzpolizei verhindern.

Damit war ab 23. August 1961 die Bevölkerung in beiden Teilen Berlins voneinander getrennt. Die Ostberliner durften nicht nach West-Berlin, den Westberlinern war es unmöglich gemacht, den Ostsektor zu betreten. Hätte Ulbricht tatsächlich Passierscheine an Westberliner ausgeben lassen wollen, so wäre das auch an den wenigen noch vorhandenen Sektorenübergangsstellen einzurichten gewesen, wo die Bewohner der Bundesrepublik sie seit Herbst 1960 erhielten. Als am 24. August 1961 die Mauer mit Stacheldrahtverhauen versehen und im Rohbau fertig war, verlangten die Zonenbehörden, die Bevölkerung West-Berlins sollte sich in hundert Meter Entfernung von dieser Mauer aufhalten. Damit wurde erstmalig ein Hoheitsanspruch gegenüber Westberliner Territorium erhoben. Die Westmächte waren gezwungen einzugreifen. Ihre Truppen übernahmen den Schutz der Sektoren- und Zonengrenze. An Schwerpunkten fuhren Panzer auf.

Elf Tage waren jetzt seit dem 13. August 1961 vergangen...

Am 23. August 1961 hatte die Sowjetregierung bei den Westmächten Einspruch gegen die Benutzung der Luftkorridore durch die westlichen Alliierten erhoben. Zum Anlass nahm sie die Besuche Bonner Politiker in West-Berlin. Präsident Kennedy sowie die britische und französische Regierung wiesen diese Sowjetnote scharf zurück. Am 25. August 1961 warnte das Weisse Haus in Washington die Sowjetregierung sehr ernst. Jeder Versuch, die Verbindungswege Berlins anzutasten, würde einen «aggressiven Akt» bedeuten.

Damit war der Kampf in Berlin auf einen vorerst homerischen Streit um die Luftkorridore ausgewichen. Die Westmächte hatten gezeigt, dass sie, wenn auch unter Protest, die Sperrung der Sektorengrenze für Berliner hinnahmen. Sie waren aber nicht bereit, ihre Rechte in Berlin und die freie unkontrollierte Verbindung durch die Luft einschränken zu lassen. Der Vorstoss Moskaus erfolgte, als «auf der Erde», an der Mauer und rings um West-Berlin die Abrie-

gelung vollendet war. Was nun kam, war nicht von den Parteichefs der kommunistischen Parteien der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau beschlossen worden.

Moskau wollte jedoch zeigen, dass es die krisenhafte Situation bis auf die Spitze zu treiben bereit war. Die Einschüchterung der Deutschen war beendet. Sie war gelungen, nicht zuletzt durch einen beschwichtigenden Besuch des sowjetischen Botschafters in Bonn beim Bundeskanzler kurz nach dem 13. August 1961.

Nun sollten die Westmächte, deren Prestige bei den Deutschen und in der freien Welt auf dem Spiele stand, bedrängt und ebenfalls eingeschüchtert werden. Aber jetzt zeigte es sich, dass die Westmächte nicht bereit waren, ihre Rechte aufzugeben.

Reisen aus der Zone nach Ost-Berlin hatten die kommunistischen Behörden am 13. August 1961 verboten. Erst als die Flüchtlinge, die bis Ost-Berlin gelangt waren, ausfindig gemacht und wieder in die Zone transportiert worden waren, erlaubte das Regime seinen Untertanen wieder, in die eigene «Hauptstadt» zu fahren. Die Volksjustiz fällte drakonische Urteile gegen alle, die es gewagt hatten, sich gegen die Massnahmen zu wenden. Terror beugte die Bevölkerung, Strassenjustiz fand statt. Das Regime gab jede Zurückhaltung auf und schlug zu, um mit Terror nach innen und Drohungen nach aussen der neuen Lage Herr zu werden. Es war erfolgreich. Den Mitteldeutschen wurde nun ganz offen gesagt, dass keine Möglichkeit mehr bestehe, vom Westen «gerettet» zu werden. Ihr Schicksal sei nun an das der Sowjetunion unauflöslich gebunden, es sei sinnlos, dagegen aufzubegehren. Die Verzweiflung und tiefe Erschütterung der ersten Wochen nach dem 13. August sollte in Resignation übergehen. Die Ohnmacht der Deutschen vor und hinter der Mauer schien vollkommen zu sein. So begannen in West-Berlin manche die Koffer zu packen, um Stadt und Mauer den Rücken zu kehren. Die sowjetzonale Agitation versuchte eine Absetzbewegung noch zu forcieren, die verhältnismässig geringe Ausmasse annahm. Während ein Sommer seinem Ende zuzuging, der die Welt an den Rand des Atomkrieges gebracht hatte, begann Chruschtschow durch Atombombenexplosionen den Schrecken zu verstärken. Beide Lager hielten Manöver ab und füllten ihre Truppenverbände auf. Rings um Berlin übten ostzonale, russische und polnische Soldaten den Einsatz im Atomkrieg. Mitteleuropa war, wie 1939, zu einem riesigen Heerlager geworden. Berlin erschütterte und verängstigte die Menschheit. In dieser sich täglich immer mehr einer gewaltsamen Eruption nähernden Krise vollzogen sich in der Stadt menschliche Tragödien, deren Schilderung in Presse, Funk und Fernsehen und bald in Büchern die Menschen erregte und zugleich abstumpfte. Denn das Elend, das sich hier zeigte, erhielt den Anschein der Dauerhaftigkeit. Die Fenstersprünge in der Bernauer Strasse des Berliner

Nordens gehörten bald zum Alltag, bis das Ulbricht-Regime die Fenster der Grenzhäuser vermauern und die Einwohner entfernen liess. Aber auch nachdem diese Strasse gettoähnlichen Charakter bekommen hatte, durchbrachen Verzweifelte und Todesmutige noch immer die Mauern und Sperren. Sie rasten in Lastwagen und Personenwagen auf die Grenze zu und durchstießen die Ziegelsplittbarrikaden, um endlich die Freiheit zu erlangen, auf die sie alles setzten und für die sie bereit waren, ihr Leben zu wagen.

Totenmale und Kreuze entstanden längs der Mauer. Dorthin pilgerten nun die Fremden, die aus Europa, Amerika, Asien und Afrika nach West-Berlin geholt wurden, um zu sehen, was hier geschah. Immer wieder betonte Ulbricht, diese Mauer verbürge den Frieden in der Stadt, aber das Gegenteil war der Fall. Diese Mauer beschwor die bewaffnete Auseinandersetzung.

Die Befestigungsarbeiten wurden bis zum Einbruch des Winters fieberhaft fortgesetzt. Tote Zonen wurden geschaffen, Evakuierungen fanden statt, Schützengräben wurden gebaut. Immer öfter warf Ulbricht Eliteeinheiten wie Fallschirmjäger an die Grenze, um die Westberliner zu schockieren, während er der von ihm gefangengehaltenen Bevölkerung den Anblick der Mauer, des Stacheldrahtzaunes versagte. In Moskau war zu jener Zeit nicht einmal bekannt, dass unter den «Schutzmassnahmen» in Berlin die Errichtung einer Mauer zu verstehen war.

Den Westmächten ging es jetzt darum, ihre Rechte auf freien Zugang nach Berlin nicht verfallen zu lassen. General Clay, der nun als Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten in West-Berlin amtierte, liess die amerikanischen Truppen Bewegungen auf der Autobahn Bundesrepublik – Berlin durchführen. Er schickte Patrouillen nach Ost-Berlin. Autobusse mit amerikanischen Besatzungstruppen fuhren täglich durch die Friedrichstrasse in den Ostsektor.

Dadurch wurde die Anwesenheit einer Macht demonstriert, die nicht dulden wollte, dass *ihre* Rechte auf freien Zugang in ganz Berlin beschnitten würden. Die Briten beteiligten sich nicht an diesen militärischen Demonstrationen. Wie vor dem 13. August 1961 liessen sie ihre Besatzungsangehörigen routinemässig in den Ostsektor fahren. Ehe sich jedoch General Clays taktische Züge dramatisch auswirkten, war es zu einem neuen Notenaustausch zwischen den Westmächten und Russland gekommen. Dabei hatte sich, abgesehen von Rechtsstandpunkten, die erläutert, und Propagandathesen, die weitschweifig in den sowjetischen Noten vertreten wurden, ein erstes «Gespräch» Kennedys mit Chruschtschow nach den Wiener Unterhaltungen vom Juni 1961 ergeben.

Chruschtschow teilte Kennedy in einer Note der Sowjetregierung vom 2. September 1961 unter anderem mit: «Das alte Deutschland gibt es nicht mehr. An

seiner Stelle entstanden die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische deutsche Bundesrepublik. Jede realistische Politik der Staaten muss der Existenz dieser beiden souveränen deutschen Staaten Rechnung tragen, die nicht erst gestern und heute entstanden sind, sondern vor zwölf Jahren. Durch keinerlei Beschwörungen, wie oft sie auch in Bonn oder anderen Hauptstädten der Westmächte wiederholt werden mögen, lässt sich diese Tatsache aus der Welt schaffen.»

Präsident Kennedys Antwort auf diese Feststellung Chruschtschows lautete am 25. September 1961 in einer Erklärung über Deutschland vor den Vereinten Nationen in New York:

«Wir sind keiner festen Formel verpflichtet. Wir sehen keine perfekte Lösung. *Wir erkennen an, dass Truppen und Panzer für einige Zeit eine Nation gegen ihren Willen geteilt halten können*, so unklug eine solche Politik auch immer sein mag. Aber wir glauben, dass eine friedliche Regelung möglich ist, die die Freiheit West-Berlins und die Anwesenheit und den Zugang der Alliierten schützt, während sie die historischen und legitimen Interessen anderer durch die Gewährleistung der Sicherheit in Europa anerkennt. Die Möglichkeiten zu Verhandlungen werden jetzt erforscht. Es ist zu früh, über die Verhandlungsaussichten zu berichten. Was uns angeht, so würden wir froh sein, wenn wir zur angemessenen Zeit berichten könnten, dass eine Regelung gefunden worden ist. Denn eine Krise über Berlin ist nicht nötig – und wenn diejenigen, die diese Krise geschaffen haben, den Frieden wünschen, dann wird in Berlin immer Friede herrschen.»

Mit dieser Erklärung trat ein neues Moment in der amerikanischen Deutschlandpolitik auf. Kennedy erkannte an, dass die Teilung Deutschlands durch «Truppen und Panzer» (der Sowjets) für «einige Zeit» besiegelt sei. Die Wiedervereinigung wurde nicht mehr erwähnt. Kennedy schien die Konsequenz aus der bisherigen Politik um Deutschland, aus dem Scheitern aller Bemühungen, dieses Deutschland durch freie Wahlen zu schaffen, gezogen zu haben. Über die Mauer von Berlin hinweg streckte der amerikanische Präsident den Sowjets die Hand zu Verhandlungen hin, um die Freiheit West-Berlins und die Anwesenheit und den Zugang der Westalliierten nach West-Berlin zu schützen. Dies konnte aber nur durch Verhandlungen erreicht werden, in denen beide Seiten zu geben und zu nehmen bereit wären. Anderenfalls müssten die Waffen sprechen. Aber wer war schon gewillt, die Welt in einen selbstmörderischen Atomkrieg zu schleudern?

Trotz dieser Anbahnung eines Gesprächs über die Mauer hinweg näherte sich die militärische Entwicklung einer Katastrophe. Über der Eismeerinsel Nowaja Semlja standen die sowjetischen Atompilze, in Mitteleuropa wurden die kon-

ventionellen Truppen beider Seiten laufend verstärkt. In der Bundesrepublik war noch keine neue Bundesregierung gebildet, so dass Bonn in diesen Wochen, Ende September, Anfang Oktober, mehr oder weniger seine Stimme verlor.

In Berlin wollte Walter Ulbricht die Rechte der Westmächte auf freien, unkontrollierten Zugang nach Ost-Berlin beschneiden. Er liess seine Grenzpolizisten von den Amerikanern, Briten und Franzosen das Vorzeigen der Ausweise fordern. Die Franzosen sahen bald davon ab, in den Ostsektor zu fahren. Die Briten fanden sich jedoch bereit, den Kontrollposten Ulbrichts das Papier zu zeigen. Die Amerikaner jedoch weigerten sich. Dies führte zu Behinderungen amerikanischer Zivilisten, die in den Ostsektor fahren wollten. General Clay sah, dass hier das Recht der Westmächte auf freien Zugang nach Ost-Berlin auf dem Spiele stand, und er beabsichtigte nicht, sich auf eine Kontrolle einzulassen. Wenn Ulbricht die Amerikaner am Sektorenübergang Friedrichstrasse kontrollieren würde, dann müsste er auch bald die Ausweiskontrolle der auf der Autobahn demonstrierenden amerikanischen Truppen verlangen.

Clay erzwang durch den Einsatz von Kampfgruppen beiderseits des Kontrollpunktes Friedrichstrasse und den Übertritt bewaffneter Militärpolizisten in den Ostsektor den freien Zugang. Die Behauptung ihres Rechtes kostete die Amerikaner jedoch mehr und mehr die Billigung ihrer Massnahmen durch die Verbündeten. Überhaupt schien sich nun, da die Mauer stand, die öffentliche Meinung im Westen zu teilen.

Nur eine Minderheit war für harte Massnahmen in Berlin. Eine Mehrheit schien sich mit den Tatsachen abfinden zu wollen und die Befriedung des herrschenden Zustandes zu wünschen.

In der warmen Nacht des 27. zum 28. Oktober 1961 trat das Drama des durch eine Mauer getrennten Berlin in eine neue Phase. Die erste war gekennzeichnet durch die Annexion des Ostsektors und die Errichtung der Mauer seit dem 13. August. Nun begann der Kampf um die Zugänge nach Ost-Berlin für die Amerikaner.

Am späten Nachmittag war der letzte Testversuch der amerikanischen Garnison und General Clays erfolgreich gewesen: das Schauspiel des Eindringens einer bis an die Zähne bewaffneten Kampfgruppe in den durch die «Staatsflagge der DDR» gekennzeichneten sowjetischen Sektor trug groteske Züge. Die Weltmacht USA benutzte dazu einen alten grauen Volkswagen, in dem zwei Amerikaner in Zivil sassen. Vor und hinter dem Wagen rollten Jeeps, die aber nach zweihundert Metern im Ostsektor mit dem Volkswagen umkehrten, «beschossen» von den Blitzlichtern der Fotoreporter der kommunistischen Presse.

Sie dienten einem alten Mann als Schutzwehr, der aus dem Ostsektor flüchtete. Indessen sah eine Menschenmenge auf Westberliner Seite am «Checkpoint

Charlie», dem amerikanischen Kontrollpunkt in der Friedrichstrasse, amüsiert, gespannt, ratlos zu, wobei auch ein Brezel verkauf er nicht fehlte, der wenige Meter von dem weissen Grenzstrich entfernt seine Waren anbot. Als die Kampfgruppe in eine Seitenstrasse zurückgerollt war, traten sowjetische Panzer auf, die seit dem Morgen an der Strasse Unter den Linden einen Bereitstellungsraum bezogen hatten. Sie sperrten die Friedrichstrasse demonstrativ, ohne taktische Rücksichten zu nehmen.

In einem dichten Pulk nahmen sie hinter den Grenzsperrern des Ulbricht-Regimes Aufstellung. Die amerikanische Kampfgruppe erschien erneut, nun aber mit schweren Panzern und Schützenpanzerwagen, die wie zum Gefecht in der Friedrichstrasse und beiderseits des Kontrollpunktes auf Ruinenfelder in Stellung fuhren.

Von diesem Augenblick an, da sich die beiden in den Kampf um Berlin verstrickten Weltmächte gepanzert auf Rufweite gegenüberstanden, schien das Militär die Vollstreckung der politischen Absichten übernommen zu haben. Die Sowjets waren gezwungen worden, mit Panzern in Erscheinung zu treten, um General Clays Manöver zu beenden. Sie dokumentierten damit ihre oberste Gewalt in der «Hauptstadt der DDR», wie einst am 17. Juni 1953.

Um Mitternacht war die Friedrichstrasse in das blendende gelbe Licht eines Scheinwerfers getaucht, der auf östlicher Seite die Grenze überdeutlich markierte. Im Schatten dieses Scheinwerfers standen die sowjetischen Panzer dicht gedrängt, während sich die amerikanischen Panzertruppen tief gestaffelt bis zum Mehring-Platz gefechtsbereit zeigten, mit einer starken rechten Flanke, die von Panzern direkt an der Mauer in einer Nebenstrasse gebildet wurde, und einer abwehrbereiten linken Flanke gegenüber dem ehemaligen Luftfahrtministerium, die Panzerabwehrgeschütze in Stellung hatte. Tief gestaffelt standen die Reserven bis zum Halleschen Tor und Landwehrkanal, einen Kilometer rückwärts. Es herrschte bei Amerikanern und Russen das Verbot, Licht zu machen. Die schweren Fahrzeuge glichen gespenstischen Ungeheuern, die sich gegenseitig belauerten.

Die sowjetischen Panzer standen eher demonstrativ, während die Amerikaner sich tatsächlich in einem militärischen Einsatz befanden, der rasch vom Manöver in den Ernstfall übergehen konnte. Die Sowjets schienen den Amerikanern nur ihre Anwesenheit zeigen zu wollen, aber es gab keine Meldung, die erklärte, der sowjetische Panzeraufmarsch sei von den Mächten des Warschauer Paktes vorgesehen. Die Panzer Marschall Konjews standen den Panzern General Clays gegenüber. Sie vermieden es, sich bis an die Grenzmarkierung, einem weissen Strich auf dem Asphalt, vorzuschieben, an dem die amerikanischen Panzer standen. Sie hielten sich, zweihundert Meter vom Grenzübergang entfernt, wie im

Hintergrund. Hier kam es auf Nuancen an. Während die Panzerkanonen der Amerikaner mit den Mündungen direkt an der Grenze und an der Mauer erschienen, abwehrbereit und in der Lage, sofort das Feuer zu eröffnen, hielten sich die Sowjetpanzer in der Friedrichstrasse in einem dichten Pulk zusammen, als seien sie zur Parade oder zu einer Propagandademonstration aufgefahren. Hüben und drüben standen Berliner bei den Panzern, und auf westlicher Seite wurde gesagt, dass es zu spät sei, dieser Panzeraufmarsch hätte am Morgen des 13. August stattfinden sollen, um schon damals die Verantwortung der Sowjets herauszufordern aber auch die Volksarmee und Volkspolizei einzuschüchtern, die Sperrung der Sektorengrenze zu verhindern.

In dieser Oktobernacht blendete die Berliner das gelbe Scheinwerferlicht, über dem die Neonreklame *Neue Zeit* zu sehen war, der Name der einst von den Gründern der Christlich-Demokratischen Union herausgegebenen Zeitung. Das war die Vergangenheit ihres Kampfes um die Freiheit in Berlin, nun mussten sie sich mit der Gegenwart abfinden. In dieser Nacht fand ein kleineres Gefecht mit Tränengasbomben zwischen westlicher und östlicher Polizei irgendwo an der Mauer statt, durchschwammen zwei Mädchen einen Grenzkanal, krochen Menschen aus dem Sowjetbereich durch die unterirdischen Kanäle der Stadtreinigung nach Westen. In dieser Nacht beschloss wiederum eine nicht zu erfassende Zahl von Ostberlinern, Selbstmord aus Verzweiflung zu begehen, wenn sich nichts änderte, und eine Zahl Westberliner, die Stadt aufzugeben und sich in die Bundesrepublik abzusetzen.

In dieser Panzernacht in Berlins Stadtmitte, zwischen dem ehemaligen Zeitungsviertel in der Kochstrasse und dem Kronprinzenpalaisrest in der Strasse Unter den Linden, wo die Sowjets ihren militärischen Stützpunkt für die Panzerdemonstration hatten, zwischen der Ruine der Bethlehemskirche im Osten und dem neuen Hochhaus eines Hamburger Zeitungsverlags im Westen, dem Torso des Reichspostmuseums mit der Weltkugel auf dem Dach in der Leipziger Strasse und den ödflächen beiderseits des alten Regierungsviertels in der Wilhelmstrasse – in dieser Nacht der Panzer besass das freie Deutschland keine Regierung, während die Welt den Atem anhielt.

Die russischen Soldaten auf und in ihren Panzern und die dunkelhäutigen und weissen amerikanischen Soldaten in West-Berlin hielten die «Balance of power» der grossen Atomkräfte aufrecht, an der die Deutschen nicht mitwirkten. Diese waren auf die Zuschauerseite gedrängt, wo sie mit Feldstechern und Staunen sich auf hielten.

Der Morgen kam spät, die Panzer auf beiden Seiten zeigten nun ihre Gefährlichkeit deutlicher als in der scheinwerferhellen Nacht.

Aber zugleich schien alles ernüchtert, die Nacht war ohne Schuss und Gegenschuss, ohne Zwischenfall überstanden.

Als die Sonne schon hoch an diesem späten Oktobertag in Berlin stand, waren russische Kommandos zu vernehmen, die Panzerkolosse im Ostsektor dröhnten auf. Sie rollten in einer Nebenstrasse der Friedrichstrasse davon. Im Ruinengrundstück des Kronprinzenpalais, in dem einst Kaiser Wilhelm I. wohnte, als sein Kanzler Bismarck das Deutsche Reich gegründet hatte, zogen sie getarnt unter. Die amerikanischen Panzer wurden zum Mehring-Platz am Halleschen Tor zurückgenommen, während Schützenpanzerwagen zweihundert Meter hinter dem Sektorengrenzübergang in der Friedrichstrasse sich aufstellten.

General Clays Panzermanöver waren beendet. Die Amerikaner teilten mit, dass sie vorübergehend, bis Verhandlungen die eindeutige Rechtslage klären würden, darauf verzichteten, unkontrolliert in Zivil den Ostsektor zu betreten, wie es ihnen nach dem Viermächtestatus doch zustand. Sie hatten die Sowjets gezwungen, militärisch an der Mauer in Erscheinung zu treten. Damit war für sie der Beweis erbracht, dass die Sowjets noch immer die Herren über den Ostsektor waren, was jedoch kein Berliner bezweifelt hatte.

Die Sowjets aber hatten den Abbruch der Panzermanöver Clays erzwungen, denn Präsident Kennedy gab in jener Nacht dem Drängen einiger seiner NATO-Verbündeten nach, das Spiel mit dem Feuer einzustellen. Nun konnte es nur noch Verhandlungen über Berlin geben. Clay hatte den Sowjets noch einmal eingepreßt, dass Präsident Kennedy bereit war, Truppen marschieren zu lassen, wenn die Leute Ulbrichts sich an den Zugängen nach West-Berlin zu schaffen machten. Aber die Sowjets hatten auch die Amerikaner veranlasst, nur noch theoretisch, nicht mehr tatsächlich auf ihrem Recht des von der Volkspolizei unkontrollierten Zugangs nach Ost-Berlin zu bestehen.

In der Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten war die Freizügigkeit für Alliierte nur auf den Übergang Friedrichstrasse beschränkt worden. In dem Papier stand nichts davon, dass die Amerikaner, Briten und Franzosen sich nun bei den Volkspolizisten ausweisen müssten.

Am 17. Juni 1953 waren an der Friedrichstrasse Ecke Leipziger Strasse schon einmal sowjetische Panzer aufgefahren. Sie schlugen den Aufstand der Ostberliner nieder. Nun hatte ein Aufmarsch sowjetischer Panzer an derselben Stelle den militärischen Manövern der Amerikaner ein Ende bereitet.

Der Versuch Clays, in Berlin eine militärpolitische Offensive zu führen, durch die es den Amerikanern möglich gemacht wurde, auf ihren Rechten innerhalb des Viermächtestatus zu bestehen, war gescheitert. Clay ging dazu über, auf der Autobahn Truppen hin und her zu verschieben.

Zwischen Washington und Moskau bestanden aber erste Kontakte, um in Berlin zu einem Modus vivendi zu gelangen. Damit begann eine konfliktreiche Zeit, die bei den Westberlinern von Resignation und endlich einer Überwindung dieser Resignation gekennzeichnet wurde, bei der Weltmacht USA aber durch politische wie militärische Selbstbehauptung auf engstem Raum in Berlin.

Zwanzigstes Kapitel

AUCH WÄHREND DES WAFFENSTILLSTANDES WIRD GESCHOSSEN

Der kalte Krieg, zu dem der Kampf um Berlin gehörte, hatte mit dem gepanzerten Rendezvous der Atomkräfte in der Berliner Friedrichstrasse seine äusserste Zuspitzung erreicht. Seitdem zeigte sich immer deutlicher die Entschlossenheit Washingtons und Moskaus, den furchtbaren Preis des Übergangs vom kalten Krieg in den heissen Atomkrieg nicht zu zahlen, um mit dem Kampf um Berlin auch über Sieg oder Niederlage im kalten Krieg zu entscheiden.

Dreizehn Jahre war Berlin gespalten, ehe die Mauer errichtet wurde. Eine halbe Million Menschen hatten Tag für Tag die Sektorengrenze passiert. Nun war das nur noch wenigen, vom roten Regime Bevorzugten, gestattet. Dennoch wurden Mauer und Stacheldraht immer wieder von Flüchtlingen überwunden. Die Bewacher der Grenze feuerten, wie es ihnen befohlen war, und sie trafen auch Flüchtlinge tödlich. Sie verhinderten viele Fluchtversuche.

Fluchtwege wurden von jungen Berlinern erkundet und geschaffen. Studenten der Hochschulen, Arbeiter, Männer und Frauen bauten Tunnel unter der Mauer und sicherten die Flucht in der unterirdischen Kanalisation der Stadt. Die Grenzpolizei des Innenministers Maron jagte sie und Hunderte verzweifelter Flüchtlinge in den Abwasserkanälen, in denen sich Tragödien ereigneten wie einst in der Warschauer Kanalisation, die das jüdische Getto mit der Stadt verband.

In Ost- und West-Berlin bildeten sich insgeheim Widerstandsgruppen, die ihre Aufgabe darin sahen, Flüchtlinge nach West-Berlin gelangen zu lassen. Von ihnen sprach niemand, ihre Tätigkeit spielte sich im Geheimen ab. Nach einigen Monaten hatte die kommunistische Grenzpolizei die unterirdischen Kanäle durch Gitter versperrt.

Auch über der Erde wurden die Sperren verstärkt. Die Sektorengrenze erhielt eine Schneise des Todes, in der auf jede Bewegung scharf geschossen wurde. Ende November 1961 durchzogen Panzerhindernisse und Betonwälle die Innenstadt. Tag und Nacht wurden sie verstärkt. Ausgesuchte Verbände der Volksarmee im Kampfanzug sicherten diese Bauarbeiten. Plakate des Regimes drohten am Haus der Ministerien in der Wilhelmstrasse über die Mauer: *«Wer uns angreift, wird vernichtet.»* – *«Wir sind gute Schützen.»*

An dieser Stelle der Wilhelmstrasse scheiterten Ende April 1945 die letzten Versuche, Hitler in der Reichskanzlei zu verteidigen. Nun wurde hier für einen anderen Deutschen, für Walter Ulbricht, geschant.

Stadtteile wurden bei Duellen der Lautsprecherwagen beider Seiten unter unvorstellbarem Lärm gesetzt. An der Mauer war eine Lautsprecherkette vom Ostberliner Regime angebracht, die kilometerweit zu hören war. Die Lautsprecherwagen des Westberliner Senats riefen die Grenzsoldaten mit dem Trompetensignal aus dem Film «Verdammt in alle Ewigkeit» zur Bekanntgabe von Nachrichten. Oft endeten die Lautsprechereinsätze in Tränengasduellen.

Die Jugend West-Berlins protestierte mit einem Fackelzug gegen die Mauer, wobei Plakate gezeigt wurden, auf denen es hiess: «Heute in Berlin – morgen am Rhein.» Versuche von Studenten, bis zur Mauer durchzubrechen, vereitelte die Westberliner Polizei. Dabei kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Die junge Generation der Stadt begehrte auf. Sie wollte sich nicht mit der Mauer abfinden.

Nach dem 13. August war dem katholischen Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, das Betreten des Ostsektors verweigert worden. Volkspolizisten erklärten, der Kardinal stehe auf der Fahndungsliste der Behörden der «DDR». Döpfner wurde bald Erzbischof von München-Freysing. Sein Nachfolger war der im Ostsektor lebende Bischof Bengsch.

Die evangelische Kirche war bis zum 13. August die letzte deutsche Institution gewesen, die noch in beiden Teilen Deutschlands tätig war. Die Mauer spaltete die evangelische Kirchenleitung von Berlin und Brandenburg. Der Präses der evangelischen Kirche in Deutschland, Scharf, wurde aus dem Ostsektor ausgewiesen. Bischof Otto Dibelius, der am 7. Mai 1945 von den Sowjets in seinem Amte bestätigt worden war, konnte seit Jahren nicht mehr in die Zone fahren. Nun wurden ihm Gottesdienst und Predigt in der protestantischen Hauptkirche von Berlin, der Marienkirche im Ostsektor, ebenso verwehrt wie Propst Heinrich Grüber, der seinen Amtssitz im Grüber-Haus des Ostsektors hatte.

So kam es, dass Propst Grüber den Erntedankgottesdienst vor der Mauer hielt und Bischof Dibelius im August 1961 fünf «Reden an eine gespaltene Stadt», in denen dieser wortgewaltige Prediger die Christen Berlins aufrüttelte und beschwor:

«Ich habe jetzt fünf Abende hindurch gesprochen. Und in den fünf Tagen, die dazwischen liegen, ist es immer schlimmer geworden. Erst in diesen fünf Tagen sind die Sperrmauern zu ihrer vollen Höhe gewachsen. Erst in diesen Tagen haben zum erstenmal Deutsche auf Deutsche geschossen mit der Begründung: Befehl ist Befehl, und sind dafür beglückwünscht worden von ihren Offizieren. In diesen fünf Tagen ist die Spalterflagge auf dem Brandenburger Tor gehisst worden. Wenn der Bundespräsident oder der Bundeskanzler aus dem Westen nach Berlin kommt, um zu sehen, was sich hier abspielt, dann ist das natürlich

eine Provokation. Wenn man aber die Fahne mit Hammer und Zirkel auf dem Brandenburger Tor aufzieht, dann ist das keine Provokation, sondern ein Symbol des Friedens. In diesen fünf Tagen ist der Bruch der Charta der Menschenrechte mit jedem Tag deutlicher geworden. Die Stunde wird ernster von einem Tag zum anderen. Und von einem Tag zum anderen wird der Ruf an die Christenheit dringlicher, den die Hugenottenfrauen in ihren Gefängnisturm bei Montpellier einst mit ihren Fingernägeln eingeritzt haben: Résistez! – Widersteht! Was steht im 5. Kapitel des I. Petrusbriefes? ‚So demütigt euch nun unter die gewaltige Hand Gottes, dass er euch erhöhe zu seiner Zeit. Alle eure Sorge werft auf ihn, denn er sorgt für euch. Seid nüchtern und wachet, denn euer Widersacher, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, welchen er verschlinge. Dem widersteht fest im Glauben und wisset, dass dieselben Leiden über eure Brüder in der Welt gehen.‘ Hört das, ihr Brüder und Schwestern in Berlin. Hört das und widersteht. Und – betet.»

Wie in der Vergangenheit fanden sich auch jetzt wieder Männer, die in Berlin zur rechten Stunde ihre Stimme erhoben und Verantwortung übernahmen. Die Berliner wurden von vielen Persönlichkeiten geführt, die sich im Dienst für die Stadt und im Freiheitskampf verzehrten. Die beiden ehemaligen Reichsminister Andreas Hermes und Walther Schreiber nahmen zuerst den Kampf gegen Ulbricht auf. Als sie aufgeben mussten, ergriffen Jakob Kaiser und Ernst Lemmer das Panier. Berliner Sozialdemokraten setzten die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Demokratie gegen die rote Fahne der Unterwerfung unter den Willen Moskaus. Ernst Reuter gründete West-Berlin als «Insel der Freiheit». Louise Schröder bestand als Stadtoberhaupt ihren schweren Kampf während der Blockade, und Ferdinand Friedensburg hielt wie ein letzter preussischer Verwaltungsbeamter im Neuen Stadthaus des Ostsektors aus. Unter Otto Suhrs Stadtregierung wurde West-Berlin wieder zu einer Weltstadt. Nun war Willy Brandt mit Franz Amrehn aufgerufen, die härteste Bewährungsprobe durchzustehen, die Berliner Bürgermeistern auferlegt wurde.

Während die Mauer wuchs und Berlins Leiden der Welt in den Ohren dröhnten, verlor West-Berlin führende Persönlichkeiten durch den Tod. Der junge Senator für Inneres, Joachim Lipschitz, einst als Stadtrat im Ostsektor von den Sowjets gemassregelt, starb plötzlich. Der Senator für Wirtschaft, Paul Hertz, dessen Arbeit dem wirtschaftlichen Aufbau gegolten hatte, verschied. In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses fiel der Tod den Präsidenten Henneberg, als er von seinem Stuhl aus versicherte, dass Berlin wiedervereinigt werden müsse. Der Tod hielt reiche Ernte und oft trug die Bevölkerung Flüchtlinge zu Grabe.

Was blieb ihr übrig, als sich mit wachsendem Trotz und unterdrücktem Zorn wieder ihrer Arbeit zuzuwenden? Das Leben hatte weiterzugehen, es gab kein Pardon. Neue Kräfte müssten ihr zuströmen. Für die Grenzgänger, die im Ostsektor und in der Zone verfolgt und bedrängt wurden, kamen junge Arbeiter aus der Bundesrepublik, um in die Bresche zu springen. Die Bundesrepublik begriff, dass ihr Schicksal an das Schicksal West-Berlins gebunden war. Und wer es dort noch nicht einsehen wollte, lernte es. Die Parteien schlossen sich in Bonn zusammen, wenn es um Berlin und aussenpolitische Entscheidungen ging. So fest hatten sie diese Gemeinsamkeit noch nie demonstriert.

Aber den gefangengehaltenen Menschen in Ost-Berlin konnte niemand Hilfe bringen, es sei denn unterirdisch, durch Abwasserkanäle und Tunnel. Noch fuhren die Westdeutschen in den Ostsektor und zeigten den Eingemauerten, dass sie nicht vergessen waren, aber welchen Demütigungen und Beschämungen waren sie drüben ausgesetzt. Mit Briefen, Paketen, dem Wort des Rundfunks, dem Bild des Fernsehens war man sich nahe, doch nichts konnte ersetzen, was am 13. August verlorengegangen war.

In West-Berlin wurde die Deutsche Oper Berlin eingeweiht, der Grundstein für manche repräsentativen Bauten gelegt. Die Bautätigkeit machte weiter grosse Fortschritte. Neue Wohnviertel entstanden, trotzige Hochhäuser direkt an der Sektorengrenze im Bezirk Kreuzberg, die hinübersahen in den Stadtteil, der hinter der Mauer verschwunden war.

Im September fanden wie seit Jahren die Internationalen Festwochen statt, das «Dennoch» beherrschte die Stunde. Es wurde ein Unterpfand des Willens, frei zu bleiben, und diese Freiheit auch für die Ostberliner zu gewinnen. Von diesem Ziel rückte keiner ab, denn dieses war gewiss: Chruschtschow konnte Ulbrichts Regime noch so gefährlich hochspielen und Vollmacht geben, die Trennung voranzutreiben und unaufhebbar zu machen. Aber durch die Existenz West-Berlins waren die Deutschen unlösbar miteinander verbunden. Die Hinterlist der Geschichte hatte Gross-Berlin 1945 das Besatzungsregime der vier Siegermächte zugeteilt. Nun konnten diese nicht mehr von der Stadt loskommen. In der gnadenlosen Trauer, die zerrissene Familien, zerstörte Freundschaften und Verwandtschaften umgab, war das die Hoffnung, die sich kräftigen musste, wenn die Berliner sich von der Mauer den weltpolitischen Ereignissen zuwandten. War es nicht so, dass die USA und die UdSSR wie «siamesische Zwillinge» durch Berlin verbunden wurden? Wollten sie sich trennen, so mussten sie sich fürchterliche Wunden schlagen.

Da aber das Regime Ulbrichts ohne die Panzer der Sowjetunion machtlos war, musste die Sowjetunion Ulbricht gestatten, immer wieder andere gefährliche Abenteuer einzugehen, um seine Schreckensherrschaft aufrechtzuerhalten.

Dies ergab den Teufelskreis des Terrors, aus dem es nur noch einen Ausweg, die Flucht unter Lebensgefahr, geben konnte. Moskau war gezwungen, so lange es darauf beharrte, die 17'148'934 Ostberliner und Bewohner der Zone (Offizieller Bevölkerungsstand vom 31.12.1961) wie Gefangene, Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs und Gefangene des kalten Krieges zugleich, zu halten, immer wieder die Grenzen seiner Herrschaft auszudehnen, expansionistisch zu sein, um nicht in die Verteidigung gedrängt zu werden. Aber die Mauer der Schande zeigte jetzt, dass etwas eingetreten war, was niemand von Kommunisten erwartet hätte. Sie verschanzten sich, in einer Notlage des Regimes defensiv geworden, um zu halten, was sie besaßen. Der weltrevolutionäre Kommunismus hatte sich mitten in Berlin eingegraben. Das war auch eine Wahrheit der Mauer. Doch sie lieferte keinen zureichenden Grund, zu triumphieren. Zu kalt war der kalte Krieg am Jahresende, zu grausam die Wirklichkeit. So wurde sie damals beschrieben:

«Auch am Heiligen Abend wird der Hauptwachtmeister K., auf Grenzposten mitten in Berlin seit elf Jahren, um 20 Uhr abgelöst, dann darf er das Grauen abschütteln, das ihm seit dem 13. August noch jede Nacht auf dem Potsdamer Platz einflösst. Es ist sein Beruf, mit der Einöde aus Panzersperren, Drahtzäunen und Mauerwerk fertig zu werden, aber er wird nie damit fertig. Hinter ihm brennt die Leuchtschriftenanlage, die Meldungen ins Niemandsland sendet. Wenn K. sich unter das Stahlgerüst stellt, sieht er die Lichtkerzen verkürzt, wie Funken einer Wunderkerze. Steht er auf dem Hochstand, der kein Schafott enthält, aber daran denken lässt, so hat er die aus dem Westen gespendete Tanne vor sich, aber deren Licht ist kalt. Vor ihm ist das einzige Normale die Uhr am U-Bahn-Eingang. Sie leuchtet noch, als sei sie beim Weltuntergang vergessen worden, der sich seit fünf Monaten hier niedergelassen hat. Wir erinnern uns neben dem Hauptwachtmeister Jean Pauls, der vor 150 Jahren in ‚Des Luftschiffers Giannozzo Seebuch‘ schrieb: ‚Die Erde war mir jetzt ein Meeresboden voll ungestalter Seetiere, zu welchem ich mit meiner Taucherglocke gar nicht mehr herunter wollte, ob ich gleich neue Möbel einzukaufen hatte. Zwischen Himmel und Erde würd' ich am einsamsten.‘ Vom Hochstand sieht die Erde wie bei Jean Paul aus, und der geographische Ort zeigt den Krieg, der inmitten einer Stadt gegen diese Stadt geführt wird. Was eine Front ist, weiss der Hauptwachtmeister, er hat den Krieg noch im Fleisch. Diese Front hier ist lautlos, es ist, als gingen die Posten drüben auf Filzsohlen. Sie haben die Ohrenklappen ihrer Mützen heruntergelassen und irren durch das Labyrinth des Westwalls vor dem Regierungsgebäude in der Leipziger Strasse. Es ist, als hätten sich in diesem Labyrinth alle Deutschen verlaufen, drüben und hier, und die Posten auf beiden Seiten suchten sie, und unauffindbar sind alle.

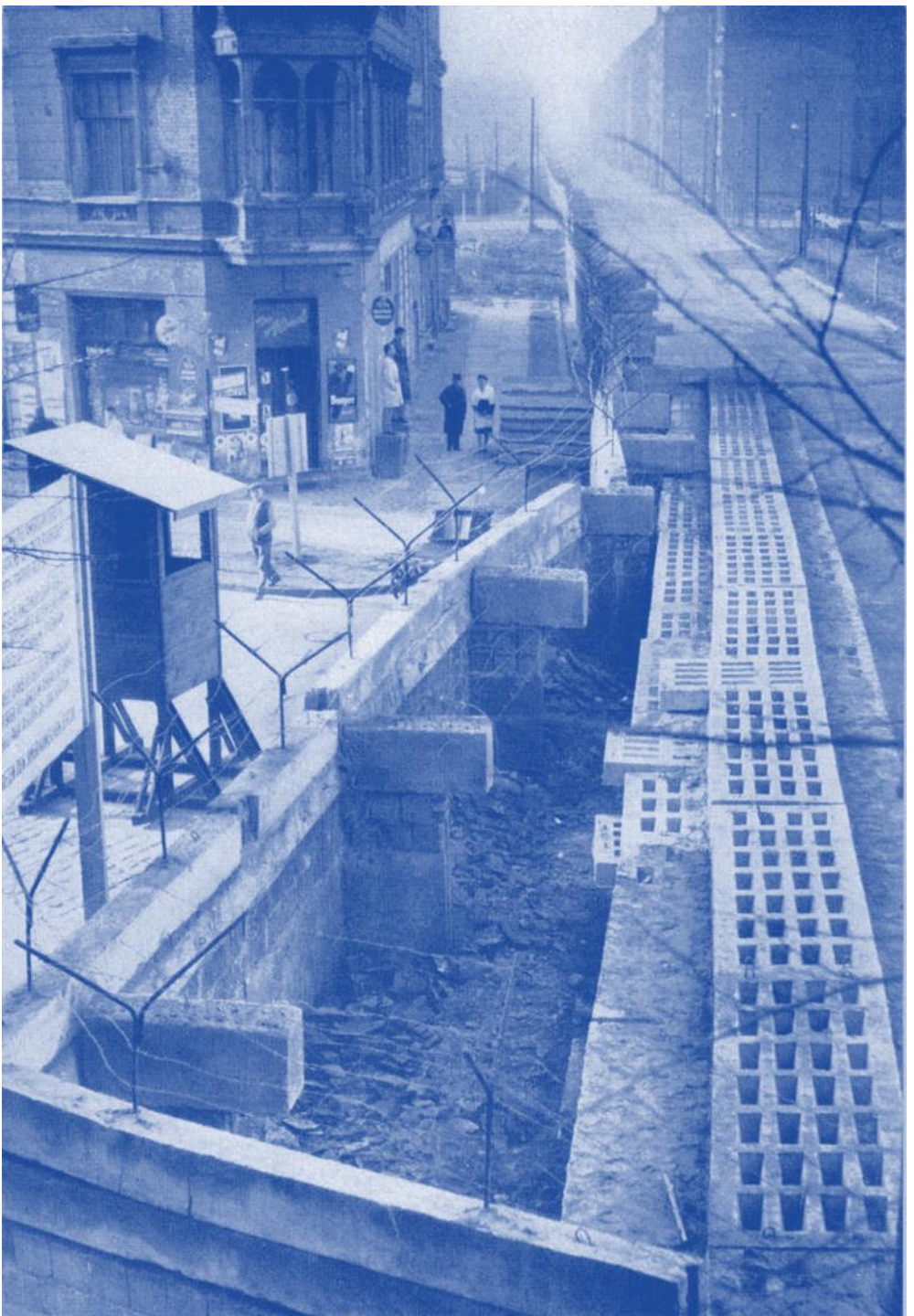
Der Potsdamer Platz ist den Deutschen vorbehalten. In der Friedrichstrasse warten Amerikaner auf ‚Merry Christmas‘ und am Reichstag die Briten. Den Franzosen kann man am Reinickendorfer Stacheldraht begegnen, aber wo ist ‚Père Noël‘? Aus dem Erzgebirge sind die Burschen zur Wilhelmstrasse gebracht worden, aber sie finden dort keinen Schwibbogen oder Weihnachtsberg. Ihr Befehl lautet, keine Sentimentalitäten aufkommen zu lassen auf Posten, gefeiert wird nach der Ablösung im Quartier, und ein Wunschkonzert für die Grenzbe-wacher gibt es zudem. Dort sind dann die Briefe zu lesen und Geschenke aus-zupacken. Über Weihnachten geht die eine Hälfte der Grenzbrigaden auf Ur-laub, über Neujahr die andere. Die Deutsche Weihnacht 1961 ist ein Märchen, aber im Märchen wird viel gelogen. Das schönste Märchen für die Deutschen heisst Weihnachten, dort ist ihr Gemüt gefesselt, es hofft auf Erbarmen. In die-sem Jahr gibt es kein Erbarmen. Die Amnestie für die Gefangenen findet nicht statt.

Tausend Weihnachtsbäume schicken ihr Licht über Mauer und Stacheldraht, aber wir fanden rings um West-Berlin ihr Licht nicht warm. Die Ohnmacht des Symbols, die sinnlose Freundlichkeit. Man kann keine Mauer dekorieren. Die traurigste Strasse unserer Welt ist heute die Strasse des 17. Juni mit den Tan-nenbäumen, die vor dem Ringwall aus Beton enden. Kehren wir uns ab von dem sichtbaren Triumph der Menschenverachtung, den Politik dieser Stadt be-scherte.

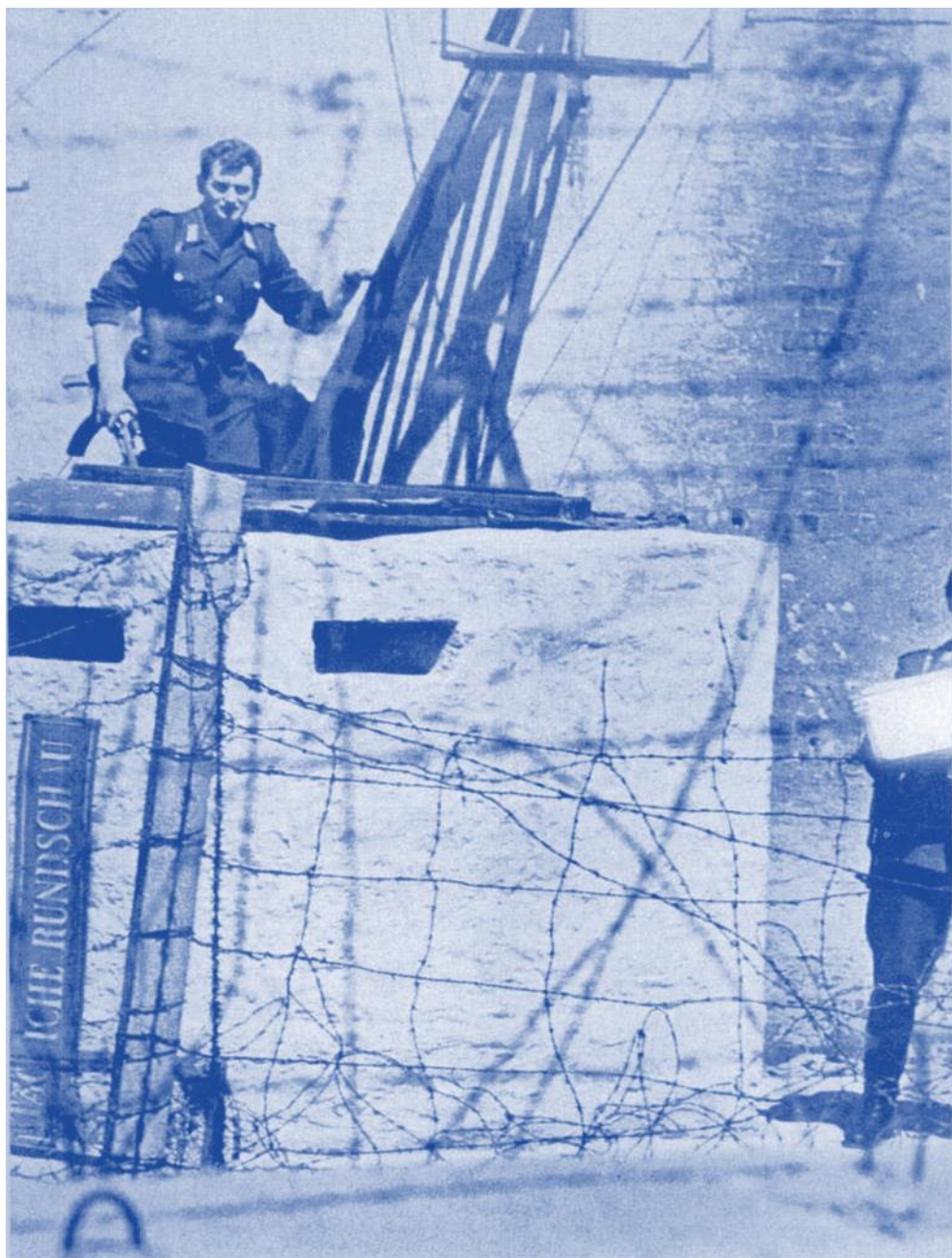
In den Kirchen der Oststadt, in den Kathedralen der Weststadt sieht der Mensch das Kind in der Krippe, ein einziges Kind ist es hier wie dort. Die Worte sind die gleichen, mit denen es staunend anbetet oder bedenkt, was zu feiern ist. Die gleichen Lieder. Aber in die Krippe, in die Worte, in die Lieder hineingeworfen ‚Trennung‘ und ‚Verziet‘ und ‚gottlose Macht‘. Eine seit dreizehn Jahren ge-spaltene Stadt setzte ihre Ehre einmal im Jahr in die grosse, alles verhüllende Gemeinsamkeit des Weihnachtsfestes. Nun ist der nächtliche Weg zur Marien-kirche oder in die Domkrypta drüben weiter als der zu Fuss zum Nordpol. Und die Stadtbahn, die Geschenke und Familien transportierte, ist verhindert, zu tun, was ihr gebührt. Zeigte der Komet auf das Kreuz der Gedächtniskirche im Wes-ten noch einmal – die Weisen aus dem Morgenlande müssten durch die Kana-lisation waten, wollten sie zur Krippe.

Fröhliche Weihnacht.

Lebte Charles Dickens noch unter uns, er müsste den Geizhals bekehren, aber er würde nicht vorgelassen. Der Bischof von Berlin und Brandenburg wurde einen Tag vor der deutschen Kapitulation von einem sowjetischen General-oberst, der Bersarin hiess, empfangen und in seinem Amte bestätigt. Heute könnte er keinen Sowjetoberst in Karlshorst mehr aufsuchen.



Die Mauer zerreisst die Zimmerstrasse im alten Berliner Zeitungsviertel.
20. November 1961



Angehörige der 1. Grenzbrigade mit ihrem Bunker auf der Stresemannstrasse
am Anhalter Bahnhof. 6. Juni 1962

Friede auf Erden.

Im Bundesnotaufnahmehager Marienfelde sitzt jemand, der ist durch den Stacheldraht gebrochen, aber seine Familie blieb zurück, Herodes' Söldner fingen sie ab. Er wird friedlos bleiben, solange die ganze Stadt friedlos ist. Die Ohnmacht des Roten Kreuzes. Die Unzuständigkeit einfachster menschlicher Brücken zwischen dort und hier.

Übers Radio rufen sie sich stundenlang an den Feiertagen ihre Wünsche zu, die Kinder hier, die Eltern dort, die Mutter drüben, der Vater hier. Ihre Weihnachtsbäume leuchten in den Stuben, aber deckte man die Dächer der Häuser ab, so wünschte man, blind zu sein. ‚Es ist für die meisten einfach zu viel‘, sagt der Pastor, der seine Herde verlor. ‚Sie können es nicht verarbeiten. Manche verdrängen alles, aber dann kommt einmal die Katastrophe

Wir denken: Früher war es auch schlimm in Berlin. Der eisige Winter 1946/47. 1 142 Berliner erfroren und verhungerten. Oder der Blockadewinter. Die Weihnachten mit der Kerze für Kriegsgefangene, politische Gefangene, in den Fenstern. Fast jeder war betroffen. Heute ist man dem Verhängnis ausgeliefert, die Weststadt ist herrlich, Luxus und Wohlstand sind, scheinbar, für viele da, und die Armut zeigt kaum mehr verschämt ihr Gesicht. Äussere Not ist bitter, innere Not ist schlimmer. Und das «Fürchtet euch nicht‘ gilt kaum denen, die Soldaten zählen drüben und hier, sondern den anderen, die vor sich selbst in Furcht geraten, vor der Ohnmacht des Menschen.

Briefe nach drüben, von dort. «Man kann ja nicht schreiben, was man denkt.’ So muss man dem nachsinnen, was man verloren hat und wiederfinden will. Es ist zuviel. Eine Autostunde vom Stadtrand entfernt liegt – Polen? Zweieinhalb Autostunden nach Westen – Helmstedt.

Weihnachten 1945 predigte Propst Grüber in St. Marien, Kardinal Graf von Freysing las die Messe in der Rosenkranzbasilika im Westen. Und die Stadt war eins. Vorbei, vorbei. «Auferstanden aus Ruinen’, singen die Grenzbrigadenkompanien, aber sie haben andere Ruinen schaffen müssen. Im magischen Licht wacht die neue Gedächtniskirche am Kurfürstendamm, doch hier singen Hinterbliebene «O du fröhliche*. Hinterbliebene der Spaltungen, Trennungen, Überlebende aus dem grossen Scheidungsprozess der Nachkriegszeit.

Der Stachel der Weihnacht. In den Strassen, den Schaufenstern, im Strom der chromblitzenden Wagen ist er nicht zu sehen. Die Stadt lebt, sie hat keinen Grund, zu zeigen, dass sie oft sterbensmüde ist, wenn die Nacht kommt und der Todesstreifen allein herrscht. Weihnachtsbälle drüben und hüben, der Mensch hat auf sein Schicksal zu treten, wenn er ein Mensch bleiben will.

Geschenke, die prahlen; nackte Not herrscht nicht äusserlich, die wenigen Über-

winder der Grenze finden sofort ihre barmherzigen Samariter. Das Elend der Flüchtlingstrecks in Stadt- und U-Bahn gehört der Geschichte an. In der Heiligen Nacht wird auch keiner mehr verschleppt wie in den früheren Jahren. Man ist nur von Bett und Tisch geschieden, das ist alles. Weihnachten wollten Klaus aus Schöneberg und Monika aus Pankow heiraten, verlobt sind sie lange genug. Kein Pfarrer, kein Standesbeamter ist mehr für sie zuständig.

Und die Toten begräbt man allein, hier wie dort. Damit wird keiner fertig-

Stille Nacht, Heilige Nacht. ‚Am einsamsten würd’ ich zwischen Himmel und Erde.’ In den Himmel ist der Funkturm gereckt mit seinen Tannenbäumen aus Kerzengirlanden, die riesigen Maste der Funksprechstationen reichen höher, über sie kann man mit der Welt sprechen, aber nicht mit dem Bruder auf der anderen Seite der Spree. Die Stadt war einst die grosse Spinne im Netz, nun ist das Netz zerrissen, und die Spinne hat sich auf dieses Ufer, auf das andere gerettet und wartet.

Kehren wir zurück zum Hauptwachtmeister auf dem Potsdamer Platz. Dort ist die Mitte Deutschlands, also auch zur Weihnacht die Mitte des Festes, das zu feiern ist. Man kann diese Mitte leugnen oder nur übersehen und sagen: überheblich dürfe dieses Berlin nun doch nicht werden, aber die Mitte bleibt der Platz doch.

Dort steht der Tannenbaum, um den wir uns versammeln, aber sein Licht ist kalt. Zwischen den Eisenträgern der Panzersperre und dem Maschendraht geht ein Bewaffneter. Kommt jetzt Joseph mit Maria auf der Flucht hier vorbei? Worauf wartet er?

Der Hauptwachtmeister, elf Jahre schon im Grenzdienst in Berlin, hat die Maschinenpistole geschultert und steigt jetzt auf den Hochstand. Noch einmal prüft er sein Revier, das ihm der 13. August bescherte. Es liegt vor ihm und vor uns in der geographischen Mitte der neuntgrößten Stadt der Erde, und es ist die Einöde einer Befestigung. Wäre das Licht der hohen Tanne nicht so kalt, wir würden die Hand heben und dem Burschen aus dem Erzgebirge zuwinken und fröhliche Weihnacht wünschen, wie es Sitte ist hierzulande.

Der aus dem Erzgebirge steht schweigend im Schatten der Panzersperre. Wer kann einer Panzersperre fröhliche Weihnachten zurufen? Am einsamsten zwischen Himmel und Erde? Mitten in Berlin?»

«Mitten in Berlin» – das war das Wort, die Behauptung, die Tatsache, um die es ging. Träumten die Berliner, wenn sie es aussprachen? Waren sie Schwärmer geworden, denen die Wirklichkeit nichts bedeutete? Vorwürfe wurden erhoben, sie wollten die Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen. Sie erwiderten: Wäre Paris gespalten, der Concordien-Platz wie der Potsdamer Platz – würden dann die

Pariser darauf verzichten, nicht mehr «mitten in Paris» zu sagen, wenn sie an der Place de la Concorde standen?

Träumten die Berliner, als sie das erwiderten?

Zu Beginn des Jahres war der Kampf um Berlin eingefroren, die Front in der Stadt stillgelegt von den Weltmächten, die gezwungen waren, miteinander zu verhandeln. Erinnerungen kamen in Berlin an die Monate Juli und August 1948 auf, da die Blockade sich verschärfte, aber in Moskau Geheimverhandlungen geführt wurden. Konnte jetzt dasselbe geschehen? War durch einen Kompromiss der Kampf zu mildern, die Krise zu entschärfen, der Krieg zu verhindern? Ende November 1961 hatte der amerikanische Präsident dem Chefredakteur der sowjetischen «Iswestjia» ein Interview gegeben, in dem Kennedy die Meinung vertrat, dass Frieden in Mitteleuropa zu erreichen wäre, wenn man sich über West-Berlin verständigen könnte. Im September 1961 hatte Kennedy vor den Vereinten Nationen gesagt: «Wir erkennen an, dass Truppen und Panzer für einige Zeit eine Nation gegen ihren Willen geteilt halten können.» Dieser Satz ging den Berlinern nicht aus dem Ohr, aber nun fügte Kennedy entschlossen hinzu: «Wenn die Sowjetunion den Krieg verloren hätte, würde das sowjetische Volk ebenfalls eine Grenze durch Moskau und das ganze Land ablehnen. Wenn wir den Krieg verloren hätten, würden wir auch nicht wollen, dass eine Grenze am Mississippi gezogen würde.»

Zum Jahresende sollte der Separatfriedensvertrag abgeschlossen sein, hatte Ulbricht im Sommer verkündet. Chruschtschow schob den Termin beiseite. Jetzt musste er versuchen, die Anerkennung des Zustandes durch die Westmächte zu erreichen, in den Ulbricht Ost-Berlin gebracht hatte. Als Druckmittel war der Separatfriedensvertrag stets zu verwenden. Die Sondierungsgespräche zwischen den USA und der UdSSR wurden fortgeführt. Frankreich hielt sich weitgehend zurück. Präsident Charles de Gaulle zweifelte an einem Erfolg. Es galt nun, die Lage in den getrennten Stadthälften zu konsolidieren. Wenn das gelang, so konnte ein Kompromiss vielleicht erträglich sein. West-Berlin erhielt eine halbe Milliarde Mark von der Bundesregierung und dem Bundestag, um Schäden zu beheben, Not zu lindern, die durch die Mauer entstanden waren. Auch Ulbricht erhielt Kredite, um sein Regime zu festigen. Aber was bedeutete Geld in dieser Lage, die nur durch die Wiedervereinigung der beiden Stadthälften gemeistert werden konnte. Davon wurde nun kaum mehr gesprochen. In Ost-Berlin erliess die «Volkskammer» ein Gesetz, das die allgemeine Wehrpflicht einführte. Ein fürchterlicher Fahneneid sollte Ostberliner und Zonenbewohner verpflichten, ihre Leben für den «Sozialismus» Ulbrichtscher Fassung einzusetzen. Nun war West-Berlin der einzige Platz in Deutschland, der keine

Wehrpflicht, keine deutschen Soldaten kannte. Während mit der Verkündung des Wehrpflichtgesetzes am 24. Januar 1962 die Erpressung und Unterdrückung der Bevölkerung Ost-Berlins vollendet wurde, gedachten die Westberliner des 250. Geburtstages des berühmtesten Berliners, Friedrichs II., den man den Grossen nannte. Am gleichen Tage zerstörte Ulbrichts Schattenparlament die deutsche Zolleinheit, die seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand. Das neue Zollgesetz wollte West-Berlin in die Zollhoheit der «DDR» einfügen. Der regenreiche Winter hatte die Mauer brüchig gemacht, der Stacheldraht war verrostet. Schlagbäume und schmale überdachte «Tore» in dieser Mauer liessen den geringfügigen Verkehr durch, der für Einwohner der Bundesrepublik, die Ost-Berlin besuchen wollten, noch gestattet war. Der Aufenthalt war auf einen Tag befristet. Übernachtungen waren unmöglich. Von einem Wachturm in einem Baum bewachten die jungen Grenzsoldaten den Friedhof der St.-Hedwig-Dom-Gemeinde, die Toten in den Gräbern, die Lebenden, die über die Friedhofsmauer fliehen wollten. Die Bernauer Strasse im Norden der Stadt war zur Strasse der deutschen Nation geworden, dort fanden die Besucher der Stadt die deutsche Wirklichkeit des Jahres 1962. Vor den Totenmalen legten sie Kränze nieder, verharrten schweigend, denn die vermauerten Fenster luden ihnen dieses Schweigen auf. In den ersten Wochen nach dem 13. August hatten sich die Berliner beiderseits der Mauer und des Stacheldrahtes noch sehen und zuwinken dürfen. Längst hatte das Ulbricht-Regime das verhindert. Zwischen West- und Ostberlinern sollte kein Kontakt mehr bestehen, die Grenzpolizisten hatten jede Annäherung unmöglich zu machen.

Die Mauer war jetzt ein Symbol des Kommunismus geworden, das jeden beeindruckte, der zu ihr ging. Es lag nahe, dass Chruschtschows Bestreben nun sein musste, die Symbolkraft der Mauer zu erschüttern, damit der Kommunismus nicht Schaden erleide.

Wie sollte ihm das gelingen? Er musste alles daransetzen, dass einmal die Westmächte diese Mauer als Staatsgrenze anerkannten. Dann wären auch die Deutschen gezwungen, die Tatsache der Mauer und Staatsgrenze zu respektieren. Aber sein Ziel war noch höher gesteckt. Mussten die Deutschen sich dann nicht von den Westmächten abwenden? Darauf kam es ihm an, und er schien entschlossen, alles zu unternehmen, um den Kampf um Berlin auf diese Weise doch noch für sich zu entscheiden.

Die Verwundbarkeit der westlichen Position in Berlin beruhte auf den Zugängen vom Westen in die Stadt. Präsident Kennedy hatte sich für den freien Zugang nach West-Berlin verbürgt. Dafür waren die Vereinigten Staaten von Amerika bereit zu kämpfen. Wenn es den Sowjets gelang, die Westmächte zu bewegen, für neue Vereinbarungen über ihren Zugang nach West-Berlin einen

Preis zahlen zu lassen, so sollte dieser Preis die Anerkennung der Mauer heissen. Es gab noch andere Zugeständnisse, die Chruschtschow fordern konnte, um den Zugang nach West-Berlin zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft zu garantieren.

Um die Sondierungen entsprechend zu beeinflussen, begannen die Sowjets mit Pressionen gegen die Luftkorridore. Wie Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre veranstalteten sie Manöver rings um Berlin in der Luft, schickten Flugzeuge in die Luftkorridore, um den Flugverkehr zu behindern. Sie wandten ein Kampfmittel an, das zuerst von britischen Bomberverbänden bei dem Luftangriff auf Hamburg im Jahre 1943 benutzt wurde. Blechstreifen und Stanniolbänder warfen die sowjetischen Flugzeuge ab, um die Radareinrichtungen der Militär- und Zivilmaschinen der drei Westmächte auszuschalten. Die Sowjets gingen dabei hart an den Rand der Katastrophe, aber sie scheuten sich, die Maschinen der Westmächte direkt anzugreifen. Der Kampf um die Stadt war zu einem merkwürdigen «Luftgefecht» geworden, das bezweckte, den Westmächten deutlich zu machen, eine neue Luftbrücke sei nicht durchführbar. Während die mittelalterliche Mauer die Menschen terrorisierte, erschreckten moderne Düsenjäger die Berliner, indem sie täglich mehrere Male die Schallmauer über der Stadt durchbrachen. Die Erfindungskraft der Russen schien unübertrefflich zu sein.

Der Zorn über den 13. August 1961 ohne westliche Gegenmassnahmen sass tief, es war ein zurückgehaltener Zorn, der hervorbrechen konnte, wenn das Un-erträgliche endlos zu werden drohte. Beschwichtigen hatten sich die Berliner nie lassen. Von drei Berlinern waren zwei freie Menschen. Wie konnten sie sich abfinden mit der Freiheit für zwei Millionen, wenn einer Million und den sechzehn Millionen in der Zone diese Freiheit weiter vorenthalten bliebe?

Um die Deutschen an die weltpolitischen Wirklichkeiten zu gewöhnen, wurde ihnen vorgehalten – und sie selbst begannen, es sich vorzuhalten –, dass sie den Zweiten Weltkrieg begonnen und verloren, also auch zu bezahlen hätten. Es gab niemanden in Deutschland, der nicht wusste, dass Hitlers Krieg unauslöschliche Spuren hinterlassen hatte. Aber konnten sie denn mit den Ostberlinern und den Mitteldeutschen diesen Krieg Hitlers bezahlen? Hatten die 56'172'000 Deutschen in der Bundesrepublik und West-Berlin (Bevölkerungsstand vom 31.12. 1961) ein Recht, ihre Landsleute, ihre Verwandten und Freunde preiszugeben und als lebendige Reparation an die eine östliche Siegermacht auszuliefern, sich von ihnen zu trennen, abzusagen der Einheit ihres Volkes, auszustossen eine Minderheit, die nicht rechtzeitig genug den Weg nach Westen gefunden hatte? «Wir können nicht mit Menschen den verlorenen Krieg bezahlen», rief der Regierende Bürgermeister Willy Brandt leidenschaftlich aus.

Ulbricht operierte mit der Angst, die sein Regime den Menschen einflösste. Chruschtschow unternahm dasselbe, aber er versetzte nicht die Völker der Sowjetunion, sondern die Welt in Schrecken. Gegen Furcht konnte nur Tapferkeit helfen. «Tapferkeit um des Gewissens willen wird von uns gefordert, wenn diese unsere gesplante Stadt nicht, wie einst Babel, zugrunde gehen will», hatte Bischof Dibelius nach dem 13. August gepredigt.

Von 1933 bis 1962 hatten die Berliner Grund genug, das Fürchten zu erlernen. Und sie fürchteten sich auch vor der Gewalt, die sie in Schrecken versetzte, vor dem Tod im Luftkrieg, bei der Eroberung ihrer Stadt, dem Tod durch die Schergen zweier gewalttätiger Regime, vor dem Tod im Konzentrationslager vor und nach 1945, vor dem Tod an der Mauer. Sie hatten sich gefürchtet vor Hunger und Kälte, Einsamkeit und Flucht, Enteignung und Trennung, vor den Prankenhieben einer unerträglich werdenden Geschichte. Aber immer hatten sie die Kraft zu Widerstand gefunden, ob offen oder geheim. Und sie fühlten sich nie allein. Im März 1962 begannen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Die Kulissengespräche der Nordamerikaner und Briten mit den Sowjetrussen wurden dabei fortgeführt. Die Franzosen standen abseits. Es gelang, die Pressionen der Sowjets gegen die Luftverbindungen auszuschalten, als der amerikanische Außenminister Rusk dem sowjetischen Außenminister Gromyko Hinweise für eine provisorische Regelung der Berlinfrage gab.

Die Fronten in Berlin waren stillgelegt, nun sollte ein Abbau der Spannungen eingeleitet werden. Wie kurz nach dem Ende der Blockade setzte ein Revirement in den beiderseitigen Kommandostellen ein. Kennedy berief den amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland, General Clarke, und seinen Sonderbeauftragten, General Clay, ab. Chruschtschow versetzte Marschall Konjew wieder nach Moskau.

Es wurde erklärt, die Lage habe sich in Berlin gebessert, eine Regelung der Berlinfrage sei in Aussicht. Dies ereignete sich in den ersten Apriltagen 1962, während sich Ulbrichts Regime wie kurz vor dem 13. August auf einem Tiefpunkt befand. Die Lebensmittelversorgung war durch eine Missernte, durch den passiven Widerstand der 1960 in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gezwungenen Bauern schwer beeinträchtigt, wieder herrschte Mangel. In Ost-Berlin trat die Ruhrkrankheit epidemisch auf und griff auf die Zone über. An der Mauer wurde, trotz des «Waffenstillstandes» der Grossmächte, geschossen. Es geschah, dass ein Oberstleutnant der sowjetzonalen Panzertruppe sich durch einen Schuss in den Mund tötete, als er von Grenzsoldaten an der Flucht über die Mauer gehindert wurde. Zwei Unteroffiziere aus Potsdam wurden von Grenzsoldaten gestellt, als sie durch den Stacheldraht nach West-Berlin ent-

kommen wollten. Bei Kohlhasenbrück kam es zu einem Feuergefecht, in dem der eine Unteroffizier, tödlich von seinen Kameraden getroffen, seinem Kameraden, der den Stacheldraht überwand, Feuerschutz gab. Der Sterbende erschoss einen Hauptwachtmeister der Grenzbrigade. Dies ereignete sich am 18. April 1962, an dem Tage, da ein Lastwagen der (volkseigenen) Bauunion Ost-Berlin, der mit Sandsäcken für den Durchbruch gesichert war, gegen beide Schlagbäume des Sektorenübergangs Heinrich-Heine-Strasse raste und sie zersdhmetterte. Ein Grenzsoldat schoss mit der Maschinenpistole auf den Lastwagen und traf den Fahrer, der sterbend seine beiden Freunde in den Westsektor steuerte. Menschen hatten sich von den Dächern fünfstöckiger Häuser in die Sprungtücher der Westberliner Feuerwehr gestürzt, nachdem sie mit Volkspolizisten gekämpft hatten, um geborgen zu werden oder neben den Sprungtüchern zu zerschellen. Familien waren aus den Fenstern mehrstöckiger Häuser gesprungen, hatten den Stacheldraht durchgeschnitten, waren im Kugelhagel liegengeblieben oder gerettet worden. In den Krankenhäusern und Kliniken beider Teile Berlins lagen die zusammengeschossenen und zusammengeschlagenen Opfer der Mauer. Die Gesetze für die Verwundeten des letzten Krieges wurden nun auch für diese Menschen angewandt, wenn es ihnen gelang, West-Berlin zu erreichen. So war der Zweite Weltkrieg noch immer nicht zu Ende, auch wenn die Hoffnungen der Menschen gross waren, dass er im Dunkel der Geschichte verschwunden sei. Ein Student aus Österreich verblutete im Niemandsland zwischen Grenze und Stacheldraht, nachdem er versucht hatte, der Mutter einer Westberliner Studentin eine Gasse aus der Zone nach West-Berlin zu schneiden. Ein junger Arbeiter war erschossen worden, als er sich im Tunnel befand, den er unter der Mauer gegraben hatte, um Freunde und Fremde aus dem Ostsektor in die Westsektoren zu holen. In den Gefängnissen des Ostsektors sasssen Berliner, Westdeutsche und Ausländer, die versucht hatten, Menschen aus dem Ostsektor nach West-Berlin zu bringen. Und wer zählte die Selbstmorde? Ein Flüchtling, der seine Familie im Ostsektor zurücklassen musste, stürzte sich aus dem Fenster einer Pension in Rom, einen Brief hinterlassend, dass er die Trennung von seiner Familie nicht mehr ertragen könne und den Tod der Trennung vorziehe.

Diese jungen Menschen gehörten einer Generation an, die am Kriege und an Hitlers Erfolgen und Schrecken schuldlos war. Ein Drittel des deutschen Volkes von 1962 war nach Hitler aufgewachsen, es hatte keinen Teil an der Vergangenheit. Und diese junge Generation war es, die tollkühne Unternehmen wagte, um die Mauer zu unterlaufen, sie nicht zu respektieren, die Freiheit zu suchen und

zu finden, wo sie zu Hause war. Ihr Idealismus oder ihr Sinn für nüchterne Überlegungen stiess mit der Ungeheuerlichkeit einer Mauer zusammen. Daraus entstanden Katastrophen, die kein Ende finden konnten. Sie waren immerzu wiederholbar. Befehle, Anordnungen und freundliche Hinweise, die Gesetzmässigkeit der Mauer anzuerkennen, halfen hier nichts. Es war vorauszusehen, dass die Mauer noch mehr Opfer kosten würde, noch mehr Heroismus forderte, der in jener Zeit doch so wenig verstanden wurde.

Aber die Weltmächte, durch die Gleichwertigkeit ihrer furchtbaren atomaren Waffen aufeinander angewiesen, waren gewillt, die Entspannung zu finden und sie unter allen Umständen wohl auch zu erzwingen.

Nur die Deutschen – Kommunisten und Demokraten – konnten ihnen einen Strich durch diese Rechnung machen. Aber was war hier noch Kulisse, was Realität? Konnte es einen Kompromiss mit der Mauer geben? Sollten diese Zustände auf unabsehbare Zeit andauern? Wie wurde hier gegen die Menschlichkeit verstossen, was sollte aus der Moral dieser Menschen werden? Würden nicht, trotz Vereinbarungen und trotz der Verträge, die bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet waren, immer wieder Menschen versuchen, die Sperren zu durchstossen, die Mauer zu zerbrechen, den Stacheldraht zu zerschneiden, unterirdische Fluchtwege zu graben?

Auf der Freiheitsglocke, die einst General Clay nach West-Berlin gebracht hatte und die im Turm des Westberliner Rathauses hing, waren die stolzen Worte eingeprägt: «Möge diese Welt mit Gottes Hilfe eine Wiedergeburt der Freiheit erleben.»

Auf diese Freiheit waren die Westberliner verpflichtet, die Menschen in Ost-Berlin und der Zone versessen. In einer Welt, die an Tatsachen mehr glaubte als an Gefühle, waren die Deutschen verdammt, das Gefühl nicht von den Tatsachen ersticken zu lassen.

Das war das Problem, vor dem die Weltmächte auch standen, als sie den Versuch unternahmen, im Kampf um Berlin aus dem Waffenstillstand zu einer Ruhepause zu gelangen. Sollte jetzt ein «Unentschieden» entworfen werden, das den Status quo verlängerte, um noch Schlimmeres zu verhüten?

Aber was war das noch Schlimmere?

War es nicht schlimm genug, dieses einsehen und begreifen zu müssen: Dass die Drohungen mit einem nuklearen Weltkrieg, die Chruschtschow im Herbst 1961 in die Welt hinausrief, Bluff gewesen waren? Dass es den Sowjets nur darauf angekommen war, etwas zu erzwingen, indem sie fürchterliche Drohungen ausstiessen? Dann aber, wenn sie erreicht hatten, was sie wollten, zum Schaden auch noch den Spott zu fügen und die Anerkennung der neuen Lage, des anderen, um einiges verminderten Status quo zu verlangen? Dass sie den Frieden aufs Spiel setzten, um den Frieden zu retten? War es nicht so in Berlin

gegangen, und hatte nicht Ulbricht erreicht, was er wollte? Der amerikanische Präsident hatte mit der Behauptung der drei Lebensrechte für West-Berlin geantwortet, dem freien, ungehinderten Zugang zur Stadt, der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit, dem Schutz durch die verbündeten Truppen.

Wiederum hatte er messerscharf Grenzen abgesteckt.

Aber er war bereit, über die Zugänge nach West-Berlin zu verhandeln. Das Gespräch kreiste um eine Internationale Überwachungskommission, auch eine Viermächtekontrolle der Autobahn wurde ins Spiel gebracht. Dafür sollte der Luftverkehr, der bisher frei geblieben war, in die Kontrolle einbezogen werden. Auf der Tagesordnung der Sondierungen standen Anerkennung der bestehenden Demarkationslinien in Deutschland, also auch der Mauer, Nichtangriffserklärungen der NATO-Staaten und der Staaten des Warschauer Paktes, gemischte gesamtdeutsche Kommissionen.

Diese Verhandlungsobjekte gerieten in das öffentliche Gespräch und fanden widerspruchsvolle Aufnahme. Der französische Präsident hielt nichts von solchen Verhandlungen, und er weigerte sich auch, an den Ergebnissen teilzunehmen, obwohl Frankreich Schutzmacht in West-Berlin war. Unter den Deutschen lösten die Vorschläge eine heftige Diskussion aus, denn nun schien es um die Unterschrift zu gehen, die von Deutschen auf beiden Seiten zu geben war, um aus der Spaltung Deutschlands und Berlins die Teilung zu machen.

Die Sowjets mussten diesen Widerstreit der Meinungen innerhalb der westlichen Allianz mit zunehmender Genugtuung beobachten. Ihr letztes Ziel hiess, die Deutschen in Gegensatz zu ihren westlichen Verbündeten zu bringen. Daran erst konnte sich eine Lage ergeben, die sie befriedigte.

Um die Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritannien zu bewegen, die Verhandlungen über diese Vorschläge weiterzuführen, begannen Sowjets und deutsche Kommunisten wieder mit dem Abschluss eines Separatfriedensvertrages zu drohen.

Einundzwanzigstes Kapitel

VOR EINEM SONDERFRIEDEN

Ende Juli 1962 verlangte die Sowjetunion von den Westmächten den Abzug ihrer Streitkräfte aus West-Berlin. Die Sondierungsgespräche zwischen Amerikanern und Russen waren in ein Stadium der Stagnation getreten. Um sie wiederzubeleben, erhöhten die Sowjetführer ihre Forderungen.

Während der Geheimsondierungen hatten sie sich noch bereit erklärt, für eine gewisse Zeit mit der Stationierung der Truppen der Westmächte in West-Berlin sich abzufinden. Gleichzeitig hätte jedoch eine symbolische Truppenmacht der Sowjets in West-Berlin aufzutreten. Die Garantie der «Rechte einer Freien Stadt West-Berlin» durch die vier Mächte dürfte nur für eine bestimmte Zeit gelten; was später zu geschehen hätte, wurde von Aussenminister Gromyko nicht genannt.

Der neue Status, «Freie Stadt West-Berlin», könnte von der Sowjetunion im Friedensvertrag mit der «DDR» garantiert werden. Ausserdem forderten die Sowjets die Anerkennung «der deutschen Grenzen so, wie sie jetzt bestehen». Die Bundesrepublik aber habe, wie Ulbrichts Staat, auf eine nukleare Bewaffnung zu verzichten. Am «sichersten» wäre es für die Grossmächte, Milizverbände in «beiden deutschen Staaten» zuzulassen.

Gegen diese Forderungen wandten sich vor allem Frankreich und die Bundesregierung in Bonn. Die Amerikaner lehnten es ab, statt einen Kompromiss einzugehen, den Rückzug in Deutschland anzutreten.

Im Übrigen war nicht zu übersehen, dass keine deutsche Regierung einen Vertrag aus freiem Willen unterzeichnen würde, dessen Inhalt den Verzicht auf die Wiedervereinigung bedeutete. Zu dieser Verzichtserklärung wollte jedoch die Sowjetunion die Bundesregierung zwingen.

Die Westmächte waren sich darüber im Klaren, dass ein Entgegenkommen in der innerdeutschen Grenzfrage den Deutschland-Vertrag verletzen müsste, in dem sich die drei Westmächte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hatten, die Wiedervereinigung zu fördern.

Ausserdem war es unwahrscheinlich, dass die Westberliner Bevölkerung einem Vertrag zustimmen würde, der West-Berlin den Status einer «Freien Stadt» zusprach. Die Waffe der Volksabstimmung hatte der Senat von Berlin jederzeit zur Hand.

Da aber Chruschtschow nicht davon ablassen konnte, mit Ulbrichts Regime einen Sonderfrieden abzuschliessen, musste der Sowjetführer versuchen, die Bedingungen eines Sonderfriedens schon vor der Jurifizierung des Vertrages zu schaffen. Hierzu bot sich Berlin insofern an, als noch einige Möglichkeiten be-

standen, im Ostsektor der Stadt neue Verhältnisse zu schaffen. Da die Mauer von den Westmächten respektiert wurde, wirkte sie nun wie eine spanische Wand, hinter der die Sowjets auch besatzungsrechtlich einige Umgruppierungen vornehmen konnten.

Anfang August 1962 waren die Sowjets entschlossen zu handeln. Sie warteten jedoch noch Ereignisse ab, um diesen Entschluss nach aussen propagandistisch begründen zu können. Hierzu bot sich der erste Jahrestag des 13. August 1961 an.

Die Sowjets und das Ulbricht-Regime in Ost-Berlin erliessen kurz vor dem 13. August 1962 scharfe Warnungen an die Westberliner und die Westmächte, an der Mauer nicht zu «provizieren». Truppen wurden in Berlin und an der Autobahn Berlin – Helmstedt konzentriert. Am 13. August 1962 traten sowjetische Soldaten an der Mauer in Erscheinung. Die Westmächte sorgten dafür, dass keine machtvolle Demonstration der Westberliner zum Jahrestag der Schandmauer stattfand. Aber sie konnten nicht verhindern, dass die Westberliner zur Mauer gingen, dort schweigend und winkend demonstrierten oder Hupkonzerte mit Kraftwagen veranstalteten. Dennoch gab es keinerlei Anlass für die Sowjets, propagandistisch diese Haltung der Westberliner auszunützen. Wenige Tage später aber lockerte sich die Selbstdisziplin der Westberliner, und der mühsam unterdrückte Zorn, die niedergehaltene Empörung brachen wie ein Naturereignis hervor.

Anlass dazu war ein Flüchtlingsmord an der Mauer. Bisher hatten die Westberliner dem Tod an der Mauer fassungslos gegenübergestanden, die Unmenschlichkeit des Ulbricht-Regimes zertrte an ihren Nerven.

Am 17. August 1962, 14.05 Uhr, versuchten zwei Bauarbeiter von einer Baustelle Unter den Linden, die Mauer etwa hundert Meter abseits der Friedrichstrasse und des amerikanischen Kontrollpunktes Checkpoint Charlie zu erreichen, zu übersteigen und die Freiheit zu gewinnen. Einem der jungen Bauarbeiter gelang es; der zweite wurde hart an der Mauer von zwei Lungenschüssen und einem Bauchschuss niedergestreckt. Die Mordschützen hatten von einem zum Bunker ausgebauten Balkon in der Zimmerstrasse geschossen.

Der achtzehnjährige Maurer Peter Fechter, der zu seiner Schwester nach West-Berlin wollte, blieb fünfundsechzig Minuten auf östlicher Seite an der Mauer liegen. Er schrie um Hilfe, niemand brachte sie dem Schwerverletzten. Die Mordschützen blieben mit den Gewehren im Anschlag entfernt von dem Schreienden stehen. Die Westberliner Schutzpolizisten durften ebensowenig über die Mauer klettern, um Hilfe zu leisten, wie die amerikanischen Soldaten am Checkpoint Charlie, denen es von Washington verboten war, Flüchtlingen bei der Überwindung der Mauer zu helfen. Ein amerikanischer Leutnant, der den

Tatort besichtigte, erwiderte auf die Frage eines Berliners, weshalb die Amerikaner nicht hinübergingen, um dem Verwundeten Hilfe zu bringen, da sie doch Bewegungsfreiheit auch im Ostsektor hätten: «Das ist nicht unser Problem».

Endlich wurde Peter Fechter von Volkspolizisten abtransportiert. Aber er hatte sein Leben längst an der Mauer ausgehaucht.

Von dieser furchtbaren Stunde an war es vielen Westberlinern, als sei der Vorhang im Tempel zerrissen und als habe sich gezeigt, dass das Allerheiligste dahinter leer stände. Denn sie hatten nicht glauben wollen, dass die Amerikaner nicht in der Lage wären, einem Schwerverletzten an der Mauer auch im Ostsektor Hilfe zu bringen, wenn niemand sonst Hilfe brachte, nicht einmal die Angehörigen des eigenen Volkes.

Nun war das Unfassbare geschehen. Es traf die Millionenbevölkerung, als sei noch einmal die Mauer errichtet worden, aber nun vom Westen, von der eigenen Schutzmacht, auf die sie doch alle ihre Hoffnungen gesetzt hatten.

Zwei Tage dauerte es, bis sich dieser Schock in Demonstrationen auflöste, die an der Mauer begannen, einige Tage und Nächte anhielten und die ganze Stadt erschütterten.

Unerträglich nannte die Westberliner Presse einen Zustand, der entsetzlicher als auf einem Schlachtfeld im heißen Kriege war. Die Männer in den Schützengräben stellen das Feuer ein, wenn Schwerverletzte geborgen werden müssen. Es war kalter Krieg, aber nun schien es, als seien die Gesetze des kalten Krieges grausamer als die Gesetze des heißen Krieges.

«Wie viele Morde noch?» war auf einem Schild zu lesen, das junge Berliner einigen tausend Demonstranten vorantrugen, die in der Nacht vom 19. zum 20. August 1962 über den Kurfürstendamm zogen. Vorher waren die Demonstranten von der Mauer zum Schöneberger Rathaus marschiert, wo der Regierende Bürgermeister Brandt zu ihnen gesprochen hatte. «Handeln, nicht reden», wurde ihm zugerufen.

Am 19. August 1962 war es zu Ausschreitungen gegenüber der Wachablösung der Sowjetarmee gekommen, die in einem Militärautobus über die Friedrichstrasse zum sowjetischen Kriegerdenkmal im Tiergarten, britischer Sektor, zu fahren pflegte. Solche Ausschreitungen schienen die Sowjets nun kühl in ihre Pläne einzukalkulieren. Sie schickten noch einmal den Militärbus, der wiederum angegriffen wurde. Die Amerikaner gaben den Sowjets Geleitschutz zum Denkmal, die Briten auf dem Rückweg.

In der Nacht vom 21. zum 22. August 1962 hielten die Demonstrationen an. An der Mauer riefen Berliner in Sprechchören: «Mörder, Mörder», «Die Mauer muss weg», «Ulbricht muss weg». Gleichzeitig versuchte die Menge, die Mau-

er zu stürmen. Sie traf dabei auf die Westberliner Schutz- und Bereitschaftspolizei, die den Auftrag hatte, einen Durchbruch der empörten Menschen zur Mauer zu verhindern. An den Tagen vorher war es zu Beschimpfungen der amerikanischen Soldaten am Checkpoint Charlie gekommen.

Nun war eingetreten, was von den Westberliner Behörden seit dem 13. August 1961 gefürchtet wurde: Diejenigen, die wie die Demonstranten vom Unrecht der Mauer überzeugt waren, sahen sich gezwungen, die Mauer der Schande gegen die Berliner zu verteidigen, die sie durchbrechen wollten. In dieser Nacht verhinderte die Westberliner Polizei eine Zerstörung der Mauer an einigen Stellen, das Vordringen junger Berliner durch die gewaltsam zu beseitigende Mauer in den Ostsektor, die Bildung von Brückenköpfen im Ostsektor und vielleicht auch den sich an diese Ereignisse anschliessenden Aufstand der Ostberliner gegen das Ulbricht-Regime.

Verletzte gab es auf beiden Seiten vor der Mauer. Der Zwiespalt der jungen Polizisten zwischen Pflicht und Gewissen war ebenso natürlich wie die sich immer mehr durch den Polizeiwiderstand steigernde Wut der Demonstranten, unter denen sich auch einige Agenten der Sozialistischen Einheitspartei befanden, die den Auftrag hatten, die Wut noch anzustacheln und auf die Amerikaner zu lenken.

Auf solche Zwischenfälle in West-Berlin hatte die Sowjetführung aber nur gewartet.

Als die Sowjets merkten, dass die Mauer auch unter dem Schutz der Schutzmächte in West-Berlin stand, holten sie zu einem neuen Schlag gegen den Viermächtestatus aus. Nun, da sie sicher waren, dass ihr direktes Eingreifen an der Mauer nicht mehr nötig sei, übergaben sie ihre Stadtkommandantur in Berlin-Karlshorst einem Stadtkommandanten der «Volksarmee» des Ulbrichtstaates. Sie teilten den Westmächten mit, dass sie ab sofort ihre Stadtkommandantur aufgelöst hätten. Am 22. August 1962 verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung, in der es hiess: «Das Ministerium für Verteidigung der UdSSR hat entsprechend einem Beschluss der Sowjetregierung Befehl erteilt, die Kommandantur der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin aufzulösen. Wie bekannt, ist nach dem Abschluss des Vertrages über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR im Jahre 1955 die sowjetische Kommandantur in Berlin reorganisiert worden, und ihre Funktionen wurden auf Fragen des Standortdienstes beschränkt. Die ihrer Befugnis unterstehenden sowjetischen Truppen übten die Kontrolle über den Personen- und Güterverkehr der in West-Berlin stationierten Garnisonen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs an den Grenzen West-Berlins, am Aussenring sowie über die Durchreise der Mitglieder der Militärmission der drei Mächte beim Hauptquar-

tier der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland von und nach West-Berlin aus, bewachten das Zuchthaus mit den deutschen Hauptkriegsverbrechern in Spandau (zusammen mit den Truppen der drei Mächte) und stellten den Schutz für das Ehrenmal der sowjetischen Soldaten im Tiergarten ...» «Die Auflösung der Kommandantur der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin entspricht voll und ganz der konsequent von der Sowjetunion verfolgten Politik zur Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges in Europa, zum Abschluss eines deutschen Friedensvertrages und zur Normalisierung der Lage in West-Berlin auf dessen Grundlage. Die Vertreter der Militärbehörden der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in West-Berlin sind davon in Kenntnis gesetzt worden, dass die Fragen, die mit der Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs der Garnisonen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs von und nach West-Berlin, mit der Bewachung der deutschen Hauptkriegsverbrecher in Spandau und mit dem Schutz des Ehrenmals der Sowjetsoldaten im Tiergarten Zusammenhängen, *zeitweilig* der Befugnis des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland unterstehen.»

Mit dieser Erklärung galt die Zuständigkeit eines sowjetischen Stadtkommandanten in Berlin als erloschen, die am 28. April 1945, noch während der Schlacht um Berlin, zu Lebzeiten Hitlers, begonnen hatte, da Generaloberst Bersarin als «Chef der Besatzung der Stadt Berlin» mit dem «Befehl Nr. I» eingesetzt wurde.

Fast genau siebzehneinhalb Jahre hatte Berlin einen sowjetischen Stadtkommandanten.

Dieser Entschluss der Sowjetregierung wäre mit grösstem Jubel von der gesamten Berliner Bevölkerung aufgenommen worden, hätte nicht die sowjetische Okkupation in Berlin und Deutschland die Spaltung des Deutschen Reiches und die Teilung Gross-Berlins bewirkt. Die Auflösung der Stadtkommandantur in Berlin-Karlshorst konnte demnach nur ein weiterer Schritt auf dem Wege zum Sonderfrieden mit dem Regime Ulbrichts in Ost-Berlin sein.

Während aber die Sowjets behaupteten, sie hätten nun keinen Stadtkommandanten mehr für Berlin, hielten sie doch an besatzungsrechtlichen Tatsachen in West-Berlin fest. Im Spandauer Gefängnis befanden sich noch Rudolf Hess, der einst nach England übergetretene «Stellvertreter des Führers», Albert Speer, früher Architekt und Reichsminister für Bewaffnung und Produktion, sowie der ehemalige Reichsstatthalter von Wien und frühere Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der sich 1945 freiwillig den Amerikanern gestellt hatte.

Solange die Sowjets sich an der Verwahrung dieser drei ehemaligen nationalsozialistischen Führer beteiligten, hielten sie am Viermächtestatus von Gross-

Berlin und an einer Viermächte-Kontrolle über Deutschland fest. Die Bewachung des Sowjetehrenmals im Tiergarten, nahe dem Brandenburger Tor, ging auf ein mündliches Übereinkommen mit den Briten zurück, die für diesen Sektor verantwortlich waren. Unter die Befugnisse, die den Verkehr der westlichen Garnisonen von und nach Berlin betrafen, fiel auch die Zuständigkeit der Sowjets in der Interalliierten Flugsicherheitszentrale, die im Kontrollratsgebäude an der Potsdamer Strasse untergebracht war.

Während die Sowjets ihre Zuständigkeit für den Ostsektor Berlins leugneten, bestanden sie auf ihrem Mitspracherecht über gewisse Punkte in West-Berlin. Daraus konnte sich ein Zustand entwickeln, der die Sowjetunion als vierte Besatzungsmacht in West-Berlin durch Gewohnheitsrecht einführt. Um diesen Zustand herbeizuführen, unternahmen die Russen einen militärischen Vorstoss auf das Gebiet West-Berlins. Sie liessen die Wachablösung durch eine Gruppe von zuerst leichten, dann schweren Schützenpanzerwagen mit Geländewagenbegleitung durchführen. Damit traten sie mit ihren Waffen in West-Berlin auf. Sie lehnten eine Eskorte der Amerikaner und Briten ab, fügten sich jedoch der Eskortierung. Um das nun alltäglich werdende Schauspiel des Marsches einer gepanzerten Kolonne der sowjetischen Streitkräfte des Warschauer Paktes durch West-Berlin zu beenden, wünschten die westlichen Stadtkommandanten bald, dass die Sowjets einen kürzeren Anmarschweg zum Ehrenmal nahmen. Die Sowjets respektierten diesen Wunsch und erreichten seitdem durch das Loch in der Mauer am Übergang für Einwohner der Bundesrepublik in der Invalidenstrasse den britischen Sektor und das in der Nähe stehende Denkmal, das von den Briten abgeriegelt war. Sie weigerten sich noch einige Zeit, auf die Panzerkolonne zu verzichten, fügten sich jedoch seit dem 14. September 1962 der Aufforderung der drei westlichen Stadtkommandanten, den Omnibus zu benutzen. Genügte es den Sowjets, dass durch dieses Entgegenkommen nun eine zweiseitige Absprache zwischen den Briten und dem früheren Stadtkommandanten von einer schriftlich festgelegten Durchfahrts-erlaubnis der drei westlichen Kommandanten abgelöst wurde? Die Zukunft würde darüber Auskunft geben.

Im September 1962 kam es zu keinem Zwischenfall im Zusammenhang mit der Bewachung des Spandauer Kriegsverbrechergefängnisses, da die Franzosen in diesem Monat die Wache stellten und deshalb keine Sowjetsoldaten in Spandau in Erscheinung traten.

Für die westlichen Schutzmächte in West-Berlin war es nun schwierig, einen direkten Gegenspieler auf der anderen Seite zu finden. Sie waren in Angelegenheiten, die zu dem für die westlichen Truppen freien Zugang nach Berlin gehörten, auf den sowjetischen Oberkommandierenden in Deutschland, Ar-

meegeneral Jakubowski, von den Sowjets verwiesen worden. Dessen Gesprächspartner konnten nur die Oberbefehlshaber der in der Bundesrepublik stationierten NATO-Truppen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs sein. Da aber Armeegeneral Jakubowski dem Oberkommando der Streitkräfte des Warschauer Paktes unterstand, musste es nun wegen West-Berlin zu Kontakten zwischen den Generalen der NATO und des Warschauer Paktes kommen. Proteste, die bisher von den drei westlichen Stadtkommandanten an die Adresse des sowjetischen Stadtkommandanten in Karlshorst gerichtet wurden, hatten von jetzt an einen anderen Dienstweg zu laufen. Die Truppen der Westmächte in West-Berlin unterstanden jedoch nicht der NATO. Es lag nahe anzunehmen, dass durch die Abschaffung der Stadtkommandantur die Sowjets darauf drangen, die Truppen der Westmächte in West-Berlin auch als NATO-Truppen zu bezeichnen, um so propagandistischen Nutzen zu haben. In den Sowjetnoten wurden auch schon die Westberliner Truppen der Westmächte als «NATO-Verbände», die «rechtswidrig in West-Berlin sich aufhielten», gekennzeichnet.

Vierundzwanzig Stunden nach der Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur setzte das Ulbricht-Regime einen eigenen Stadtkommandanten in Karlshorst für «Berlin (demokratischer Sektor)» ein. Der sechsunddreissigjährige Generalmajor der «Volksarmee», Helmut Poppe, traf aus Thüringen ein, wo er das Kommando über eine motorisierte Schützendivision geführt hatte. Er wurde zum Stadtkommandanten ernannt, dem die 1. und 2. Grenzbrigade unterstellt waren. In Berlin-Karlshorst zog Poppe in die Räume der früheren sowjetischen Stadtkommandantur. Gleichzeitig wurde er vom Ulbricht-Regime den drei westlichen Stadtkommandanten als neuer «Gesprächspartner» angeboten, falls Protestnoten abzugeben seien. Die Westmächte ignorierten Poppe und verwiesen auf die Zuständigkeit des Armeegenerals Jakubowski in den Fragen, die mit ihrer Anwesenheit in Berlin zu tun hätten.

Helmut Poppe war 1948 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Er trat in die Volkspolizei ein und wurde Offizier der «Volksarmee».

In der sowjetischen Stadtkommandantur hatte 1945 die zweite Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht stattgefunden. Nun sass dort ein ehemaliger Soldat der deutschen Wehrmacht als Generalmajor und Stadtkommandant für den östlichen Teil von Berlin.

Der 22. August 1962 hatte in die Stadtgeschichte einzugehen, aber auch in die Geschichte des Kampfes um Berlin. Der 23. August 1962, der die Einsetzung Poppes sah, fügte dem geschichtlichen Datum noch das innerdeutsche Satyrspiel hinzu.



Nach einer Besprechung im Rathaus Schöneberg am 21. September 1961: General Lucius D. Clay (links), der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt (rechts) und sein Stellvertreter Bürgermeister Franz Amrehn (dahinter)



Nachts an der Sektorengrenze in Berlin. Scheinwerfer und KZ-Wachturm der
1. Grenzdbrigade im Ostsektor. Teltowkanal, 13. September 1961

Über die Folgen dieser Schritte der Sowjets in Berlin musste nun Klarheit gewonnen werden. Würde der Abschaffung der Kommandantur eine neue Überraschung folgen? Ging es nun um die Zugänge nach Berlin?

Die Westmächte stellten am 23. August 1962 in einer gemeinsamen Erklärung fest, dass die Sowjetunion nicht einseitig die Viermächte-Besatzungsregelung für Berlin aufheben könnte. Sie bezeichneten die Abschaffung der Kommandantur in Karlshorst als einseitigen Schritt, um sich der Viermächte-Verantwortung in Berlin zu entziehen. Sie zeigten sich entschlossen, ihre Rechte in *Berlin* aufrechtzuerhalten, sie nicht schmälern zu lassen. Das Vorgehen Moskaus «könne in keiner Weise die Einheit Berlins als Ganzes berühren».

«Trotz der Ungesetzlichkeit der Mauer und der Brutalität der ostdeutschen Behörden bei den Massnahmen, Einwohner Ost-Berlins am Verlassen dieses Gebietes zu hindern, bleibt *Berlin* eine einzige Stadt.» Weiter hiess es: «Die Verantwortung für die Folgen hat allein die sowjetische Regierung zu tragen. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs behalten sich alle Schritte vor, die sie für erforderlich halten, um ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung *Berlins* zu erfüllen und ihre Rechte und vitalen Interessen wahrzunehmen.»

Hier war nur von *Berlin* die Rede, nicht von West-Berlin.

Diese Erklärung musste in die Praxis übersetzt werden, aber wie konnte das geschehen? Die einzige legale Autorität in Ost-Berlin, mit der die Westalliierten bisher schlecht und recht zusammengearbeitet hatten, war verschwunden.

Der Generalmajor Poppe war kein Partner, er musste eine neue Gesetzlichkeit (so illegal sie auch beurteilt wurde) aufbauen. Würde Poppe von den Westmächten in Berlin dennoch als Partner angesehen werden, dann war es bis zur Anerkennung Ulbrichts nicht mehr weit. Jeder Zwischenfall, der sich an der Mauer, in Ost- und West-Berlin ereignete, konnte die Westmächte veranlassen, mit Poppe in Verbindung zu treten, um den Frieden zu bewahren.

An diesem 23. August 1962 wurde wiederum ein Deutscher von Deutschen an der Mauer erschossen. Der neunzehnjährige Unterwachtmeister der Transportpolizei Hans-Dieter Wesa versuchte gegen 20 Uhr zu fliehen. Drei Salven aus Maschinenpistolen streckten ihn nieder, als er Westberliner Gebiet erreicht hatte.

So endete der Tag, der trotz des Protestes der Westmächte den Verzicht der Sowjetunion auf ihre militärische Präsenz im Ostsektor von Berlin gebracht hatte. Indem diese zugab, dass sie nicht mehr gewillt war, die Viermächte-Vereinbarungen über Gross-Berlin zu respektieren, annektierte sie die acht östlichen Bezirke der ehemaligen Reichshauptstadt zugunsten ihres Satellitenstaates

in Deutschland, des Ulbricht-Regimes. Gleichzeitig behauptete sie ihr Mitspracherecht in den zwölf Westberliner Bezirken. Wenn auch die Westmächte diese «Annexion» für null und nichtig erklärten, indem sie auf ihren Rechten in Berlin (nicht nur in West-Berlin) bestanden, so mussten sie doch von jetzt an mit dem Ulbricht-Regime mehr als bisher rechnen.

Ein Vierertreffen in Berlin hatten die Sowjets abgelehnt. Als der französische Botschafter in Bonn und Oberkommissar in Deutschland, de Margerie, am 24. August 1962 bei dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Perwuchin, gegen die Ermordung des Transportpolizisten Wesa auf Westberliner Gebiet protestierte, wies Perwuchin den Protest zurück. Er teilte mit, er sei nicht zuständig für die Annahme einer Note. Da Armeegeneral Jakubowski in Zossen als Adressat für diesen Protest nicht in Frage kam, weil der sowjetische Oberkommandierende in Deutschland sich für Ostberliner Angelegenheiten nicht mehr für zuständig erklärt hatte, schien jetzt erwiesen, dass es nur noch möglich war, von den Regierungen der drei Westmächte aus die Sowjetunion anzusprechen, wenn es um Vorfälle ging, die von den Ostberliner Behörden zu verantworten waren.

In dieser neuen Lage war es nicht unbillig, dass sich die Westberliner Gedanken über die Situation machten, die sich von Tag zu Tag immer rascher zu ihren Ungunsten veränderte. Das fürchterliche Sterben Peter Fechtens an der Mauer und die sich anschliessende Eruption der Gefühle hatte ihnen gezeigt, dass die Teilung ihrer Stadt in ein Stadium getreten war, das nicht mehr durch Phrasen verschleiert werden konnte.

In die Verfassung Berlins war das Asylrecht aufgenommen worden. Nun diskutierte man eine Aufweichung dieses Asylrechtes, um zumindest einen vom Internationalen Roten Kreuz garantierten kleinen «Grenzverkehr» in der geteilten Stadt einrichten zu können. Eine Modifizierung des Viermächtestatus wurde ins Auge gefasst.

Dabei kam es zu Missverständnissen, die nicht zuletzt dem nun anhebenden Wahlkampf in West-Berlin – im Februar 1963 war das Abgeordnetenhaus neu zu wählen – zuzuschreiben waren.

Der Regierende Bürgermeister Brandt bemerkte: «Das Wohl der Stadt – auch im Interesse unserer Mitbürger im Osten – steht höher als unser Hass gegen die Mauer.»

Die SPD sprach von einem «Grossen Gespräch», das nun mit der Bevölkerung West-Berlins zu führen sei, um die politische Situation zu erörtern.

Mitte September 1962 war in zunehmendem Masse von den Verantwortlichen in West-Berlin zu hören, dass es nicht nur zweckmässig, sondern auch notwendig sei, Illusionen aufzugeben, der Selbsttäuschung zu entsagen, Drohungen zu

unterlassen, die «nicht verwirklicht werden könnten».

Die Berliner freilich, und besonders die Westberliner, hatten sich seit der Blockade 1948 und dem niedergeschlagenen Juni-Aufstand 1953 kaum noch Illusionen über die Lage der Stadt gemacht. Sie wussten, dass die Westmächte West-Berlin garantierten, aber weder Neigung noch Passion zeigten, in Ost-Berlin ihre Rechte nicht beschneiden zu lassen.

Aber sie hatten doch auf die Zukunft gesetzt, die das Unrecht der gespaltenen Stadt einmal beseitigen müsste. Sie hielten in Berlin aus, weil sie eine Stadt nicht preisgeben konnten, die ihre Heimatstadt war. Die Vernunft, eine kühle Einschätzung der Lage, waren stets ein Vorzug der Berliner gewesen. Diese Vernunft liess es nicht zu anzunehmen, der Kampf um Berlin sei vergeblich gewesen.

Als diese «Bestandsaufnahme» durchgeführt wurde, war nicht zu erkennen, ob es den politischen Führern in West-Berlin, die erklärt hatten, niemals die Mauer oder Ulbrichts Regime anzuerkennen, gelingen würde, die Leidenschaften in der Bevölkerung zu zügeln.

Den Sowjets kam es aber nun noch mehr als bisher darauf an, die Westmächte zu demütigen, um nicht zuletzt den Westberlinern vorzumachen, es sei sinnlos, sich mit den Westmächten weiterhin zu verbünden.

Das Unbehagen Chruschtschows über einen Sonderfrieden, den er mit Ulbricht abschliessen würde, hatte immer wieder zu einem Aufschub solcher Bemühungen geführt. Aber es war nicht zu verkennen, dass Chruschtschow mehr und mehr abhängig von Ulbricht werden musste, je hartnäckiger dieser auf der Anerkennung seines Regimes bestand. Chruschtschow wusste vielleicht, dass ein Sonderfrieden keinen Frieden in Berlin, in Deutschland, in Europa herbeiführen würde. Aber er war auch nicht in der Lage des Mannes, der sich seines Partners entledigen kann. Fiele Ulbricht, so musste auch das Regime sich desavouieren. Die gemässigten Kräfte innerhalb der Einheitspartei waren in den vergangenen Jahren von Ulbricht zu sehr gedemütigt worden, als dass sie, von Chruschtschow gerufen, der Bevölkerung in der Zone noch tragbar sein konnten. Der Patriotismus war in der Ostzone durch das Regime provoziert worden, wie er in West-Berlin und der Bundesrepublik durch die Errichtung der Mauer provoziert wurde. Die Deutschen waren, in einer unheilvollen Situation ihrer Geschichte, gezwungen, wieder das Vaterland zu finden, das sie nach der Katastrophe von 1945 fast überwunden zu haben glaubten.

Am 8. September 1962 sprach Walter Ulbricht in Leipzig. Er forderte wiederum die «Beseitigung der Reste des Krieges», den «Friedensvertrag» mit beiden deutschen Staaten, aber auch den Sonderfrieden mit seinem Regime. Den

Westmächten drohte er: «Die Verzögerung der Besprechungen für eine deutsche Friedensregelung ist offenkundig den Westmächten nicht gut bekommen. Ich möchte ganz offen sagen: Wer diese Besprechungen weiter hinausschiebt, der wird dabei draufzahlen. Der Friedensvertrag kommt in jedem Falle. Wenn die Westmächte klug sind, dann beschleunigen sie die Besprechungen über eine deutsche Friedensregelung, über die Beseitigung der Reste des Krieges und über die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Wenn sie normal und ohne Verzögerung diese Besprechungen führen, dann brauchen sie keine Sorgen zu haben über weitere Salamischeiben. Selbstverständlich, wenn jemand weiter provoziert, werden wir weitere Sicherheitsmassnahmen treffen. Wir werden doch nicht einen Millimeter vor diesen Provokateuren und westdeutschen Militaristen zurückweichen. Bei der Stärke des sozialistischen Lagers wird niemand glauben, dass wir auch nur einen Millimeter zurückgehen.»

Am 11. September 1962 warnte die Sowjetregierung die Vereinigten Staaten nachdrücklich vor einem Eingreifen in Kuba. Zugleich brachte sie zum Ausdruck, dass sie in der Frage des deutschen Friedens Vertrages und des Status von West-Berlin keinen neuen Druck ausüben werde, bis die amerikanischen Kongresswahlen im November 1962 beendet seien. Damit gab die Sowjetregierung zu, dass sie 1958 die neue Berlin-Krise herbeigeführt hatte. Sie stellte ausserdem ein Junktum zwischen Kuba und West-Berlin her. Dadurch glaubte sie, die Amerikaner von West-Berlin ablenken zu können und sich einen Faustpfand für kommende Verhandlungen zu sichern.

Gelänge es der Sowjetregierung, die Regierungen der Westmächte für einen Friedensvertrag zu gewinnen, der beiden deutschen Staaten und West-Berlin auf erlegt würde, so brauchte sie den Sonderfrieden mit dem Ulbricht-Regime nicht mehr. Aber diese Möglichkeit schloss das bisherige Verhalten der verbündeten Westmächte aus. Es würde ihr doch nur der Sonderfrieden bleiben, dessen Abschluss die Sowjetregierung so viele Jahre, seit November 1958, hinauszuschieben verstanden hatte.

Dieser Sonderfrieden musste die Krise verlängern, den Kampf um Berlin mit neuen Argumenten, mit einer Anhäufung von neuem Explosivstoff versorgen. Ob dieser Sonderfriede 1963 oder 1965 geschlossen würde, war gleichgültig. Er konnte niemals von den Deutschen anerkannt werden, und die Leidenschaften, die durch die anhaltende Spaltung des Landes, die Errichtung der Mauer und die tödlichen Schüsse an der Sektorengrenze, an der Zonengrenze geweckt wurden, mussten den Zustand der Spannung bis ins Unerträgliche steigern.

Die Deutschen zu zwingen, die Teilung ihres Landes völkerrechtlich zu dokumentieren, war nicht einmal in den ersten Jahren nach dem Kriege möglich ge-

wesen, als die Siegermächte noch die Gewalt über Deutschland unumschränkt innehatten. Achtzehn oder zwanzig Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wäre ein Friedensdiktat absurd. Ein Sonderfrieden, den die östliche Besatzungsmacht mit Ulbricht abschliesse, liesse die Deutschen friedlos. Die Mitte Europas würde nicht befriedet. Der Kampf um Berlin hatte weiterzugehen.

Zweiundzwanzigstes Kapitel

WOHIN, BERLIN

«Wer Berlin besitzt, hat Deutschland.» Lenins Wort von 1918 wollten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einlösen, als sie den Versuch unternahmen, um die Jahreswende 1918/19 in der Reichshauptstadt eine Räteregierung nach russischem Vorbild zu errichten. Aber die Spartakusaufstände scheiterten, und die beiden Revolutionäre verloren ihr Leben. Die Sozialdemokraten Ebert und Noske hatten sich mit Hindenburgs Truppen verbunden, die in blutigen Strassenkämpfen die parlamentarische Demokratie retteten, von der jene nichts wissen wollten.

Im Jahre 1920 entstand Gross-Berlin aus acht Städten, neunundfünfzig Landgemeinden und siebenundzwanzig Gutsbezirken. Die Hauptstadt des Deutschen Reiches, einer unteilbaren Republik, hatte vier Millionen Einwohner und war die drittgrösste Stadt der Welt.

Sechs Jahre später war Gross-Berlin die grösste Industriestadt des Kontinents und eine Metropole der Kunst, der Wissenschaften und geistigen Leistungen der Zeit. In diesem Jahre 1926 schickte Adolf Hitler, der «Mein Kampf» gerade beendet hatte, Dr. Joseph Goebbels als Gauleiter seiner Partei nach Berlin.

Im Jahre 1929 wurde Walter Ulbricht Bezirkssekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands in Gross-Berlin. Goebbels und Ulbricht bekämpften die Republik. 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler in Berlin. Er ernannte Goebbels zum Propagandaminister, und Ulbricht wurde Emigrant. Goebbels sagte damals, man habe dieser Stadt den Nationalsozialismus geradezu aufzwingen und einhämmern müssen, sie sei nur mit Blut und Tränen niedergeworfen worden.

Dieses Berlin, das nach einem Siege Hitlers im Zweiten Weltkrieg den Namen «Germania» erhalten sollte, war der Schauplatz von Hitlers kurzbemessenen Triumphphen, aber es begrub auch den Diktator unter den Trümmern der Reichshauptstadt und des Deutschen Reiches.

Vor und im Kriege war Berlin das Zentrum der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler gewesen, bis die Stadt am 20. Juli 1944 und danach zum Grab der Männer und Frauen wurde, die den Untergang des Reiches in letzter Stunde verhindern wollten.

Am 12. April 1945 lag Berlin mit dem Führerhauptquartier fast offen vor den amerikanischen und britischen Armeen, die den Westen und die Mitte Deutschlands erobert hatten. Aber gegen den Willen des britischen Premierministers Winston Churchill liess der alliierte Oberbefehlshaber General Eisenhower sie an der Elbe verharren, so dass die Eroberung Berlins der Sowjetunion zufiel, die sie am 2. Mai 1945 vollendete.

Nach der Kapitulation Berlins leisteten Widerstandskämpfer, die das Blutbad nach dem 20. Juli 1944 überlebt hatten, frühen Widerstand gegen die Absicht der aus Moskau herbeigeeilten Gruppe Walter Ulbrichts, die wüste Szenerie Berlins in die Hauptstadt einer deutschen Räterepublik zu verwandeln. Aus diesem frühen Widerstand entstand der Freiheitskampf um Berlin, den Stalin und Ulbricht mit der Blockade und der Spaltung des Gemeinwesens beantworteten. Weil es der Sowjetmacht nicht gelang, ganz Berlin und ganz Deutschland für eine kommunistisch geführte Räteherrschaft zu gewinnen, gab sie sich mit der Herrschaft über den östlichen Teil Berlins und die mitteldeutschen Länder vorerst zufrieden.

Aber niemals verzichtete sie darauf, den westlichen Teil der alten deutschen Hauptstadt und die westliche, grössere Hälfte Deutschlands trotz aller Widerstände doch noch zu gewinnen.

Sechzehn Jahre kämpfte, unterstützt und angefeuert von der Weltmacht Sowjetunion, eine kleine Gruppe deutscher Kommunisten um die Macht in Berlin. Im siebzehnten Jahre dieses Kampfes zog sie sich hinter eine mittelalterliche Mauer zurück, hinter gefällte Bäume, Stacheldraht, Maschendrahtzäune, Panzerhindernisse, Schützengräben, Todesstreifen, vermauerte Fenster von Häusern, in denen nur die Ratten wohnten. Diese Mauer hatte ihre eigenen Gesetze, mit denen sie beide Teile der Stadt terrorisierte. Von diesen Gesetzen war nichts bei Marx, Engels oder Lenin zu lesen. Sie waren antimarxistisch, antileninistisch, antikommunistisch, wie es sich kein Gegner der Kommunisten hätte ausdenken können.

Die Rechnung dieses erbarmungslosen Kampfes hatten alle Berliner zu bezahlen. Der Diktator Stalin spaltete die neuntgrößte Stadt der Erde, die er erobert hatte. Chruschtschow wollte aus der gespaltenen Stadt zwei durch eine Staatsgrenze getrennte Städte machen.

Stalin forderte die Berliner und die drei Westmächte mit der Blockade der Westsektoren heraus. Als er feststellen musste, dass er die westliche Stadthälfte nicht aushungern, entmutigen und zur Übergabe zwingen konnte, brach er die Blockade ab.

Chruschtschow forderte auf der Höhe seiner Macht und der Macht der Sowjetunion noch einmal die Berliner und die drei Westmächte heraus und stellte ihnen im Herbst 1958 ein Ultimatum, West-Berlin durch den Abzug der Truppen preiszugeben und in eine «Freie Stadt» umwandeln zu lassen, in der die Freiheit verloren wäre.

Wieder einmal musste sich das Schicksal der Deutschen in letzter Instanz in Berlin entscheiden. Ohne Rücksicht auf den einzelnen, der nichts anderes verlangte, als endlich in Frieden leben zu können, frei von Furcht vor Gewaltherrschern, wurde hier um einen Einsatz gekämpft, der Provisorium oder Besiege-

lung der deutschen Teilung hiess. Deutsche Schicksalstage hatte die Stadt genug erlebt: den 9. November, den 30. Januar, den 20. Juli, den 8. Mai und den 17. Juni. Nun wurde dieser Liste der 13. August hinzugefügt.

An diesem Tag, als es schien, das Regime Ulbrichts breche endlich zusammen, rettete Chruschtschow noch einmal seinen Statthalter und dessen Herrschaft, die von den Berlinern gehasst, gefürchtet und verachtet wurde. Hatten die kommunistischen Führer jetzt die Hoffnung aufgegeben, die Berliner für ihre Ideen, Utopien und Macht zu gewinnen? Sie konnten Menschen nicht mehr überzeugen, also setzten sie Gewalt ein, die Ultima ratio der Diktatoren.

«Wer Berlin besitzt, hat Deutschland.» War Lenins Wort beim Bau der Mauer für diejenigen erledigt worden, die es einlösen wollten? Sie hatten sich hinter der Mauer verschanzt, aber sie gaben die Hoffnung nicht auf, den westlichen Teil der Stadt niederzuzwingen.

Seit siebzehn Jahren waren die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien und Frankreich in den Kampf um Berlin verwickelt. Sie traten spät und zögernd in ihn ein. Sie kamen nicht nach Berlin, um die Berliner zu ihren Verbündeten zu machen, aber der mitleidlose Kampf, in den sie durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges verstrickt wurden, führte ihnen die Berliner als Verbündete zu. Diese aber begannen ihren Freiheitskampf früh, allein, nur auf sich selbst und die Zukunft unter Zweifeln vertrauend. Sie reinigten die verwüstete alte Hauptstadt vom Makel einer Zeit, in der sie mächtig und leidend gewesen war. Bald war Berlin nicht mehr Hitlers, Himmlers, des Dr. Goebbels Stadt, sondern die Stadt Ernst Reuters.

So ging Berlin in die neuere Geschichte ein.

Im Frühsommer 1962 erschien in New York ein Buch: «Gespräche mit Stalin», das der frühere jugoslawische Ministerpräsident Milovan Djilas schrieb. Darin wurde wiedergegeben, was Stalin auf einem Empfang im Kreml im April 1945 von der Zukunft in Europa hielt. Es werde, sagte Stalin, fünfzehn bis zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem neuen Krieg kommen. Die Slawen müssten Zusammenhalten, denn in zwölf oder fünfzehn Jahren würden die Deutschen wieder auf eigenen Füßen stehen. «Wer ein fremdes Territorium besetzt, errichtet dort gleichzeitig sein eigenes Gesellschaftssystem.»

Djilas erzählte: «Er sprang auf, zog seine Hosen hoch, als ob er ringen oder boxen wollte, und schrie: „Der Krieg wird bald vorüber sein. Wir werden uns in fünfzehn oder zwanzig Jahren erholen, und dann werden wir zu einem neuen Feldzug startens» Djilas erläuterte: «Stalins Armeen hatten bereits halb Europa niedergetrampelt, und er war davon überzeugt, dass er in der nächsten Runde auch die andere Hälfte erobern werde.» Im Januar 1948 erklärte Stalin vor ju-

goslawischen Kommunisten, Deutschland müsse für immer geteilt bleiben. Er sagte: «Der Westen wird Westdeutschland kassieren, und wir werden Ostdeutschland zu unserem eigenen Staat machen.»

Damals hatte es noch keine westdeutsche Währungsreform gegeben, die von den Kommunisten zum äusseren Anlass für die propagandistische Behauptung genommen wurde, der Westen habe Deutschland und Berlin gespalten.

Die Westmächte sahen zu, wie Stalin den Ostsektor Berlins mehr und mehr vor der Währungsreform ab trennte. Sie versäumten manche Chance, die ganze Stadt unter ihren Einfluss zu bringen, während die Sowjetmacht immer die Herrschaft über ganz Berlin anstrebte.

Aber sie beflügelten den erbitterten und oft scheinbar sinnlosen Freiheitskampf der Berliner, der sich in die sowjetisch besetzte Zone auswirkte. Sie standen zu ihrem Wort, als die Blockade anbrach, und retteten West-Berlin. So konnte, während in Berlin gekämpft wurde, im Hinterland der westlichen Zonen die Bundesrepublik Deutschland gegründet werden.

Als aber Stalin in Berlin die Blockade abbrach und später das sowjetische Grossreich nach dem Tode des Alleinherrschers wankte, als die Diadochenkämpfer die Nachfolge Stalins einsetzten und über Jahre anhielten, verharrten die Westmächte in der Defensive, obwohl ihr aussenpolitischer Sprecher, der amerikanische Aussenminister John Foster Dulles, vom «Aufrollen der Sowjetmacht über den Osten Europas» gesprochen hatte.

Die Sicherheit West-Berlins wurde von den Westmächten garantiert. Sie bestanden auf der Anwesenheit ihrer Truppen bis zur Wiedervereinigung. Sie verzichteten nicht auf den freien Zugang nach Berlin. Sie hatten sich verpflichtet, die Lebensfähigkeit der Stadt zu erhalten. Aber die Mauer blieb. Sie wurde zum Symbol der Stadt, zum Zeichen an der Wand.

Die Westmächte verzichteten nicht auf ihr Recht, als Sieger im Zweiten Weltkrieg diese Stadt zu besetzen. Aber siebzehn Jahre Kampf um die Behauptung dieses Rechtes hatten gezeigt, dass sie mehr und mehr auf West-Berlin zurückgewichen waren. Der Gewalt war nicht immer Gewalt entgegengesetzt worden. Aber Gewalt war auch 1939 und 1941 von dieser Stadt ausgegangen, nun schlug sie seit Jahren, bald zwei Jahrzehnten, unerbittlich auf sie zurück. Und wenn diese Gewalt oft auch triumphierte, so wurde doch bisher der neue Krieg verhindert, den Stalin für die Jahre 1960 bis 1965 vorausgesagt hatte.

Berlin ist viel mehr als ein deutsches Problem, das Wiedervereinigung heisst. Der Kampf um diese Stadt ist der Kampf der Weltmächte um Europa. Aber Europas Schicksal, Europas Zukunft, ob sie nun der Osten bestimmt oder der

Westen, entscheidet, ob dieser Erdball zwischen dem Osten und dem Westen geteilt bleibt oder im Dritten Weltkrieg sich selbst zerstört.

Wird Deutschland gespalten bleiben?

In Leopold von Rankes «Weltgeschichte», die in Berlin geschrieben wurde, endet das Kapitel über die konfessionelle Spaltung des Deutschen Reiches mit den Worten:

«Dies ist der Ursprung der Spaltung, die seitdem noch nicht wieder hat beigelegt werden können. Höchst merkwürdig, dass sich schon in jener Zeit alle die Hinneigungen offenbarten, die hernach jahrhundertlang ausgehalten. Ihre Festsetzung, ihren Fortgang werden wir noch weiter zu beobachten haben.»

Solange um Berlin noch gekämpft wird, ist es möglich, den Ursprung der Spaltung beizulegen, der heute keine religiösen oder weltanschaulichen Gründe hat, sondern ein Abbild der Spaltung Europas ist, die aus dem Ende eines Weltkrieges hervorging.

Clausewitz meinte, der Krieg sei nichts als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln. Der Kampf um Berlin beweist, dass in unserer Zeit Politik nichts ist als der fortgesetzte Krieg mit alten und neuen, noch nicht übersehbaren Mitteln.

NACHWORT

Sollte der Leser bei der Lektüre auf den Gedanken gekommen sein, dass der Berliner zu sehr herausgestellt wurde, während die Deutschen rings um Berlin ganz andere, schlimmere Leiden auf sich nehmen mussten, so hat er recht. Doch das ist eine andere Geschichte, die einmal erzählt werden muss. Der Leser wird vielleicht wissen wollen, woher der Verfasser das Recht nahm, die jüngste Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein zu erzählen. Sollte dies nicht Historikern vorbehalten bleiben, die in zwanzig, fünfzig oder hundert Jahren auf unsere Zeit zurückblicken? Ist es nicht zu früh, um jene objektive Zeitbetrachtung zu ringen, die der Zeitgenosse doch nicht finden kann, da er zu sehr von seiner Zeit in Fesseln gelegt wird?

Durch die Errichtung der Mauer erhielt der Kampf um Berlin seine Zäsur. Plötzlich waren fast siebzehn Jahre überschaubar. Das ermutigte den Verfasser, diese Geschichte zu erzählen, als er hierzu von Freunden in der Bundesrepublik aufgefordert wurde. Er hat dreizehn Monate nach dem 13. August 1961 hinzugefügt, weil sich aus den Ereignissen an der Mauer vielleicht die Zukunft ablesen lässt. Was geschehen wird, weiss niemand. Aber nun deuten sich schon die Linien ab, in denen die nächste Zeit gebändigt verrinnen könnte.

Wichtiger ist jedoch der Blick zurück, zu den Anfängen, die kaum jemand mehr wirklich kennt. Sie tragen schon in sich, was geschehen musste, als die fünfziger Jahre kamen und dann der Beginn der sechziger. Je weiter die ersten Jahre des Kampfes um Berlin uns entrückt werden, desto schwieriger wird es, sie zu verstehen.

Der Verfasser darf sagen, dass er von April 1945 bis auf den heutigen Tag dabei gewesen ist. Er schrieb seit März 1946 für Berliner Zeitungen, Zeitschriften und seit der Blockade 1948 von Berlin aus für Zeitungen im Westen.

Er war Augenzeuge, Beobachter und einer von mehr als drei Millionen Berliner. Trotzdem war es notwendig, über die eigenen Aufzeichnungen und Publikationen hinaus die noch nicht umfangreiche Berlin-Literatur zu Rate zu ziehen, um die Geschichte des politischen Kampfes um Berlin nicht von persönlichen Eindrücken abhängig werden zu lassen.

Hierbei stützte er sich vor allem auf die ausgezeichnete Dokumentation der «Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte» im Heinz Spitzing Verlag Berlin, die im Auftrage des Senats von Berlin herausgegeben wird. Diese Dokumentation ist eine Chronik der Berliner Nachkriegsgeschichte. Sie liegt bisher in zwei

Bänden (1945-1946 und 1946-1948) vor. Ohne dieses Material, das aus vielen Quellen zusammengetragen wurde, wäre es heute kaum noch möglich, aus den Einzelheiten ein Bild des Ganzen zu machen, soweit es dem Aussenstehenden überhaupt vermittelt werden kann. Denn die Absicht des Verfassers war es, die Geschichte so zu erzählen, dass nichts vorausgesetzt werden musste. Eine andere Schwierigkeit lag in Folgendem: Über die sozialdemokratischen Führer jener Jahre, wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter, liegen ausführliche Monographien vor, während Christliche Demokraten, wie Jakob Kaiser und Andreas Hermes, bisher leer ausgingen. Über Ulbricht und seine Gruppe gibt Wolfgang Leonhards «Die Revolution entlässt ihre Kinder» unentbehrliche Auskunft. Ohne dieses Buch müssten wir, obwohl jene frühen Jahre aus erster Hand erlebt wurden, im Dunkeln tappen.

Der Verfasser hat es sich versagt, dem Leser persönliche Erlebnisse aufzudrängen. Er hat früh genug, so von einem sowjetischen Major während eines Empfangs anlässlich des 1. Deutschen Schriftstellerkongresses im Jahre 1947, gehört, dass die Sowjets niemals daran dächten, ein wiedervereinigtes Berlin, ein wiedervereinigtes Deutschland hinzunehmen, wenn es nicht kommunistisch regiert würde.

Der Verfasser hat die Blockade miterlebt, den 17. Juni 1953 und die Errichtung der Mauer. Dennoch sollte der Leser ihm zubilligen, dass er die Geschichte des Kampfes um Berlin sine ira et studio erzählt. Das heisst nicht, sie ohne Parteinahme zu berichten. Er hat Partei für die leidenschaftslose Freiheit ergriffen, mit der die Fehler aller blossgestellt werden müssen, wenn aus dieser jüngsten Vergangenheit Lehren gezogen werden sollen. Und er ist dafür, dass aus der Geschichte gelernt wird. Merkwürdig erging es ihm, als er bei der Niederschrift feststellte, dass er manches schon früher erzählt hatte und jetzt nur die Personen gewechselt worden waren, aber nicht das Thema und seine Ausführung. Er ist dann immer erschrocken, denn etwas, das längst abgetan schien, war nun ganz neu.

Vielleicht ist es so, dass nur derjenige versteht, was heute und morgen mit Berlin geschieht, der weiss, was vorher geschehen ist. Ein Regierender Bürgermeister von Berlin, Dr. Otto Suhr, sagte 1956, die Geschichte dürfe man nicht bei seinen Eltern aufhören lassen. In Berlin wird jede Woche irgendwie Geschichte gemacht. Aber die Geschichte von heute ist nur zu verstehen, wenn man die Geschichte von gestern und vorgestern kennt. Deshalb wollte der Verfasser die Geschichte des Kampfes um Berlin so erzählen, dass sie einst von seinen Kindern verstanden wird, wenn sie grösser geworden sind. So musste sie mit der Schlacht um Berlin und Hitler beginnen. Dadurch ist sie unlösbar verbunden mit den zwölf Jahren vor 1945.

Die Urteile, die hier gefällt werden, sollten den Leser anregen, Vergleiche zu ziehen. Was werden spätere Generationen über diese Zeit sagen?

Vor tausend Jahren behauptete sich bei einer Eroberung Chinas die Stadt Tschu als einzige des Landes. Von ihr aus wurde China wieder befreit. «Vergesst nicht, was in Tschu geschah», ist seitdem ein chinesisches Sprichwort.

Es gab Babylon, Ruinen im Zweistromland, Athen überdauerte, Troja, Karthago versanken. Rom wuchs in seinen unerschütterlichen Ruhm hinein, Paris, London wurden mächtig. New York richtete sich in den Himmel auf, und Moskau erschüttert die Welt. Berlin widersteht noch immer, wer wählt die Wastatt? Die Sage vom Menschen wird in dieser Stadt weitergeschrieben. Man ist dabei, einige Seiten anzufügen, das Ende kennt niemand.

Berlin-Grunewald, Herbst 1962

ZEITTADEL

Erstes Kapitel: Ende einer Schlacht, Beginn eines Kampfes

31. März 1945: Winston Churchill weist Dwight D. Eisenhower darauf hin, dass Berlin den Russen nicht freiwillig zur Eroberung überlassen werden dürfe.
1. April 1945: Winston Churchill telegraphiert das gleiche an Franklin Delano Roosevelt.
12. April 1945: Amerikanische Truppen erreichen die Elbe und bilden am östlichen Ufer Brückenköpfe.
16. April 1945: Marschall Grigori R. Schukow beginnt mit der Offensive gegen Berlin.
25. April 1945: Gross-Berlin ist von der Roten Armee eingekreist. Sowjetische Truppen treffen in Torgau an der Elbe auf amerikanische Verbände, die seit zwei Wochen am Fluss stehen.
28. April 1945: Generaloberst Bersarin wird Chef der Besatzung und Stadtkommandant von Berlin.
29. April 1945: Adolf Hitler macht sein Testament. In Moskau erhält Walter Ulbricht den Auftrag, mit ausgewählten Kommunisten nach Berlin zu fliegen, um dort die deutsche Selbstverwaltung aufzubauen.
30. April 1945: Adolf Hitlers Selbstmord in Berlin. Grossadmiral Karl Dönitz testamentarisch zum Reichspräsidenten bestimmt. Walter Ulbricht trifft bei Berlin ein.
1. Mai 1945: Der NSDAP-Gauleiter von Gross-Berlin, Dr. Joseph Goebbels, begeht Selbstmord. Der ehemalige KPD-Bezirkssekretär von Gross-Berlin, Walter Ulbricht, ist wieder in Berlin.
2. Mai 1945: Kapitulation des deutschen Stadtkommandanten. Von Antifaschisten werden «Volkskomitees» gebildet. Walter Ulbricht und seine Gruppe nehmen Verbindung zu ihnen auf.

Zweites Kapitel: Zwei Monate für Stalin und Ulbricht

7. Mai 1945: Generaloberst Bersarin ernennt Reichsminister a. D. Andreas Hermes (früher Zentrum) zum Beauftragten für das Ernährungswesen von Gross-Berlin. Bischof Otto Dibelius wird von Bersarin bestätigt.
8. Mai 1945: Das Oberkommando der Wehrmacht kapituliert zum zweiten Male in Berlin-Karlshorst.
12. Mai 1945: Architekt Dr. Arthur Werner wird Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin.
17. Mai 1945: Der Magistrat von Gross-Berlin wird vom sowjetischen Stadtkommandanten bestätigt.
- Ab 19. Mai 1945: Wiederbelebung des kulturellen Lebens.
5. Juni 1945: Deklaration der vier Siegermächte über die Viermächtebesatzung.

- Ab 11. Juni 1945: Neugründungen von Parteien und Gewerkschaften sowie des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.
- 29. Juni 1945: Man verhandelt über die Einmarschzeit für westalliierte Besatzungstruppen sowie die hierfür zugelassenen Verkehrswege.
- 30. Juni 1945: Arthur Pieck streicht das Wort «Reichshauptstadt» aus dem Berliner Dienstsiegel.
- 2. Juli 1945: Amerikanische Truppen übernehmen den Flughafen Tempelhof.

Drittes Kapitel: Die Westalliierten treffen ein

- 4. Juli 1945: Briten und Amerikaner beenden ihren Einmarsch.
- 11. Juli 1945: Erste Sitzung der Interalliierten Kommandantur.
- 14. Juli 1945: Bildung des «Antifaschistischen Blocks der Demokratischen Parteien». Einmarsch der Franzosen.

Viertes Kapitel: Potsdamer Gipfelkonferenz und Kultur aus der Asche

- 17. Juli 1945: Beginn der Potsdamer Konferenz der Grossen Drei. Erste Atombombe von den Amerikanern erfolgreich gezündet.
- 22. Juli 1945: Gründungskundgebung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.
- 23. Juli 1945: Der CDU-Mitgründer Reichsminister a. D. Andreas Hermes lehnt Teilnahme an einer Magistratssitzung ab, da er sich von kommunistischen Magistratsmitgliedern verleumdet sieht.
- 27. Juli 1945: Marschall Schukow befiehlt die Errichtung von deutschen Zentralverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone im alten Regierungsviertel von Berlin.
- 30. Juli 1945: Erste Sitzung des Alliierten Kontrollrates.
- 31. Juli 1945: Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes (CDU) legt sein Amt als 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Stadtrat für Ernährung nieder.
- 2. August 1945: Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der Sowjetunion.

Fünftes Kapitel: Was heisst hier Demokratie?

- 21. August 1945: Die Amerikaner verbieten die Strassen- und Hausobleute in ihrem Sektor.
- 30. August 1945: Kontrollratsproklamation Nr. 1: Die oberste Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes angehen, liegt beim Alliierten Kontrollrat.
- 1. September 1945: Beginn der Enteignung des Grossgrundbesitzes über hundert Hektar in der Ostzone.

- 20. September 1945: General Eisenhower weist Washington auf die Existenz des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien hin und lehnt ihn für die amerikanische Zone ab.
- 23. September 1945: Sowjets ziehen ihre Meldung zum interalliierten Sportfest im Olympiastadion in letzter Stunde zurück.
- 5. Oktober 1945: Kontroverse zwischen Otto Grotewohl und Kurt Schumacher auf der ersten gesamtdeutschen SPD-Konferenz in Wennigsen bei Hannover über die Reichsführung der Partei.
- 6. Oktober 1945: KPD und SPD gründen in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft für gemeinsames Vorgehen.
- 17. Dezember 1945: Kontrollrat lässt Passierscheine im Interzonenverkehr für einzelne Gruppen von Deutschen zu.
- 19. Dezember 1945: Marschall Schukow setzt die beiden CDU-Vorsitzenden Hermes und Schreiber ab.
- 21. Dezember 1945: SPD und KPD beschliessen, unter gewissen Vorbehalten der Sozialdemokraten, sich zu vereinigen.
- 24. Dezember 1945: Aufhebung des nächtlichen Ausgehverbots für die Berliner.

Sechstes Kapitel: Abwehr einer tödlichen Umarmung

- 11. Februar 1946: Otto Grotewohl bricht sein Wort gegenüber Dr. Kurt Schumacher: Er spricht sich für die SED aus, ohne die SPD der Ostzone aufzulösen.
- 1. März 1946: Die Berliner Sozialdemokraten beschliessen in Zehlendorf die Urabstimmung über die Vereinigung mit der KPD.
- 3. März 1946: Walter Ulbricht greift zum ersten Male die westdeutschen «Kriegsinteressenten» und «Monopolkapitalisten» an.
- 31. März 1946: Urabstimmung der Sozialdemokraten in den Westsektoren. Vereinigung mit der KPD abgelehnt. Im Ostsektor verbieten die sowjetischen Bezirkskommandanturen die Urabstimmung.
- 7. April 1946: 2. Parteitag der Berliner SPD in der Zehlendorfer Zinnowwaldschule.
- 14. April 1946: SPD-Minderheit unter Otto Grotewohl beschliesst Vereinigung mit Berliner KPD unter Pieck und Ulbricht.
- 19./20. April 1946: Letzter Parteitag der KPD. Anton Ackermanns «Deutscher Weg zum Sozialismus». Parteitag der Ostzonen-SPD.
- 20. April 1946: Dr. Kurt Schumacher spricht von einer «Eroberung der SPD» in der sowjetischen Zone durch «Methoden von abschreckender Wirkung».
- 21./22. April 1946: SED-Gründung im Admiralspalast, sowjetischer Sektor.

Siebentes Kapitel: Entscheidung durch Wahlen

- 14. Mai 1946: Kontrollrat befiehlt Liquidierung militärischer und nazistischer Denkmäler und Museen.
- 28. Mai 1946: SPD und SED werden von der Alliierten Kommandantur für ganz Berlin zugelassen.
- 25. Juni 1946: Kommandantur erlässt Wahlordnung.
- 13. August 1946: Im Begleitbrief zum vorläufigen Verfassungsstatut proklamieren die vier Stadtkommandanten «die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin als ein geschichtliches Ereignis». Beginn des Wahlkampfes.
- 16. Oktober 1946: Hinrichtung der nationalsozialistischen Führer als Kriegsverbrecher in Nürnberg.
- 20. Oktober 1946: Erste und vorläufig letzte freie und geheime Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Gross-Berlin. Niederlage der Sozialistischen Einheitspartei. Die SPD wird stärkste Berliner Partei.

Achtes Kapitel: Ursprünge der deutschen Spaltung

- 21. Oktober 1946: Beginn der sowjetischen Aktion «Ossawakim», der Deportation deutscher Wissenschaftler und Facharbeiter aus Berlin und der Ostzone in die Sowjetunion.
Beginn des Abzugs von über zwanzigtausend amerikanischen Soldaten aus Berlin. Errichtung des «Berlin Command» mit 7'800 Mann der US-Armee unter einem Obersten.
Errichtung der Zentralverwaltung des Innern in Berlin-Wilhelmsruh und Weiterentwicklung der Volkspolizei zur Kasernierten Volkspolizei.
- 22. Oktober 1946: Kontrollrat erlässt für die Luftkorridore besondere Flugregeln.
- 14. November 1946: Die SED beschliesst den «Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik».
- 30. November 1946: Ernst Reuter trifft aus der Türkei wieder in Berlin ein und stellt sich der SPD zur Verfügung.
- 21. Januar 1947: Mitteilung des amerikanischen Oberbefehlshabers in Deutschland, dass es bisher nicht gelungen sei, sich mit den Sowjets über eine Währungsreform zu einigen.
- 19. Februar 1947: Der Direktor der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Oberst Frank Howley, weist darauf hin, dass die USA bei der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens mit einem in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einheitlichen Deutschland gerechnet hätten.
- 15. März 1947: Jakob Kaisers Versuch, eine zentrale gesamtdeutsche Volksvertretung vorzubereiten, scheitert.
- 17. April 1947: Der SPD gelingt es, Oberbürgermeister Dr. Ostrowski zum Rücktritt zu zwingen. Louise Schröder (SPD) wird amtierender Oberbürgermeister.

1. Mai 1947: Erste Maikundgebung der SED nach Moskauer Vorbild mit Vorbeimarsch im Lustgarten.
6. Juni 1947: Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder scheidet nach einstündiger Dauer.
24. Juni 1947: Ernst Reuter wird zum Oberbürgermeister von Gross-Berlin gewählt, an der Übernahme des Amtes aber durch ein sowjetisches Veto gehindert.

Neuntes Kapitel: Kalter Krieg in der Stadt

- Juli/August 1947: Beginn der sowjetischen Pressionen gegen die Führung der CDU und LDP.
- August 1947: Der Alliierte Kontrollrat funktioniert nicht mehr.
17. August 1947: Die ersten Ostzonenflüchtlinge melden sich in den Westsektoren.
2. September 1947: Westmächte gestatten den Sowjets, private Güter in ihren Militärzügen zu kontrollieren.
4. bis 8. September 1947: Oberst Tulpanow greift Briten und Amerikaner auf dem CDU-Parteitag an.
20. September 1947: Oberst Tulpanow von der sowjetischen Militäradministration verlangt von der SED, sie solle die Reaktion in Deutschland austrüchern und Westdeutschland vom amerikanischen Monopolkapitalismus befreien.
30. September 1947: Sowjets verhaften hohe amerikanische Militärbeamte.
20. Oktober 1947: Der sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland stellt sich hinter des Obersten Tulpanow Angriffe auf die amerikanische Besatzungsmacht.
28. Oktober 1947: General Clay teilt mit, dass ein neuer amerikanischer Propagandakurs beginnt.
29. Oktober 1947: Die Amerikaner dementieren Meldungen der Ostsektor-Presse über den bevorstehenden Abzug der westlichen Besatzungstruppen aus Berlin.
9. November 1947: Versuch deutscher Persönlichkeiten, eine «Nationale Repräsentanz» aller vier Zonen zu bilden.
13. November 1947: RIAS Berlin beginnt die Sendereihe «Freiheit oder Totalitarismus».
2. Dezember 1947: CDU-Parteivorstand lehnt Teilnahme am «Volkskongress» ab.
4. Dezember 1947: Sowjets halten britischen Militärzug an.
5. Dezember 1949: SED-Studenten sprengen eine Versammlung von Kommilitonen der Universität Berlin.
11. Dezember 1947: Otto Nuschke fordert Jakob Kaiser auf, den CDU-Vorsitz niederzulegen.
20. Dezember 1947: Der sowjetische Hauptmann Kratyn setzt im Auftrage der Militäradministration die beiden CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer ab. Dem Chefredakteur der «Neuen Zeit» wird die sowjetische Lizenz entzogen.

Zehntes Kapitel: Wer die Währung hat, besitzt die Macht

11. Januar 1948: Die Zeitung der Roten Armee, «Tägliche Rundschau», spricht davon, den Kontrollmechanismus und den Viermächtestatus von Berlin zu ändern.
24. Januar 1948: Sowjets halten den britischen Militärzug Berlin – Bielefeld fest. Seitdem Verzicht der Westmächte, Deutsche in ihren Zügen mitzunehmen.
18. März 1948: Jahrhundertfeier der Märzrevolution von 1848. Letztes gemeinsames Auftreten der Vertreter des öffentlichen Lebens von Gross-Berlin an den Gräbern der Märzgefallenen.
11. Tagung des «Volkskongresses».
Kundgebung mit Ernst Reuter vor der Reichstagsruine.
20. März 1948: Auszug der Russen aus dem Kontrollrat.
23. März 1948: Oberst Howley lässt die Studie «basic assumption» erarbeiten.
1. April 1948: Abriegelung der Zonengrenze durch Behörden der Ostzone und die sowjetische Besatzungsmacht.
Britten und Amerikaner improvisieren eine Luftbrücke.
3. April 1948: Sowjets sperren Bahnverkehr nach Berlin.
5. April 1948: Sowjetischer Jagdflieger rammt über dem britischen Flugplatz Berlin-Gatow eine britische Verkehrsmaschine. Fünfzehn Tote.
10. April 1948: Telefonkonferenz General Clays mit der Armeearbeitung des amerikanischen Kriegsministeriums.
16. April 1948: Ulbricht spricht von der SED als «Staatspartei».
18. April 1948: Wilhelm Pieck kündigt die Lizenzierung einer neofaschistischen Partei durch die Sowjets an (Nationaldemokratische Partei Deutschlands).
22. April 1948: Das Stadtparlament nimmt die neue Berliner Verfassung gegen die Stimmen der SED an.
23. April 1948: Der internationale Zugverkehr nach Berlin wird eingestellt.
18. Mai 1948: Wilhelm Pieck proklamiert Schwarz-Rot-Gold für seine künftige Republik.
20. Mai 1948: Reuters Einspruch gegen die Absicht der Westmächte, Berlin aus der westlichen Währungsreform herauszuhalten.
1. Juni 1948: Londoner Empfehlungen der drei Westmächte und der Benelux-Länder über Deutschland.
9. Juni 1948: Der Zeitungsaustausch zwischen den Zonen beginnt aufzuhören.
11. Juni 1948: Probeweise Unterbrechung des Bahngüterverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen für zwei Tage durch die Sowjets.
15. Juni 1948: Sowjets sperren die Elbbrücke der Autobahn Berlin – Helmstedt wegen «Reparaturarbeiten».
16. Juni 1948: Alliierte Kommandantur stellt auf der Kommandantenebene die Arbeit ein.
18. Juni 1948: Verkündung der westdeutschen Währungsreform. Berlin bleibt ausserhalb.
19. Juni 1948: Marschall Sokolowski erklärt Berlin in wirtschaftlicher Hinsicht als Teil der Ostzone. Er verbietet das Westgeld für Gross-Berlin und die Ostzone. Beginn der Blockade.

Elftes Kapitel: Blockade oder Krieg

- 21. Juni 1948: Währungsreform in den Westzonen.
- 23. Juni 1948: Marschall Sokolowski befiehlt Ostwährungsreform für ganz Berlin. Westmächte erklären, dieser Befehl habe für ihre Sektoren keine Gültigkeit. Erster kommunistischer Sturm auf das Stadthaus, Abwehr und Entschliessung der Stadtverordneten, die Gültigkeit beider Währungen für ganz Berlin anzuerkennen. Appell an die Besatzungsmächte, der Stadt sofort die freie Selbstverwaltung einzuräumen. Pöbel schlägt vor dem Stadthaus Abgeordnete nieder. Besitz von Westmark wird für Gross-Berlin von den Russen unter Strafe gestellt.
- 24. Juni 1948: Freiheitskundgebung von siebzigtausend Berlinern mit Ernst Reuter, der zum Widerstand aufruft. Aktion «Luftbrücke» beginnt. Stalin verleiht Orden an hohe Offiziere der Sowjetmacht in Berlin.

Zwölftes Kapitel: Die Berliner machen Geschichte

- 25. Juni 1948: Ernst Reuter ruft die Berliner zum Widerstand auf.
- 26. Juni 1948: Reuter verpfändet General Clay sein Wort, dass die Berliner sich der russischen Blockade nicht beugen würden. Telefonkonferenz Clays mit Washington.
- 27. Juni 1948: Präsident Truman entscheidet gegen die Mehrheit seiner Berater im Nationalen Sicherheitsrat, dass die Amerikaner in Berlin bleiben.
- 29. Juni 1948: Appell des Magistrats an die Vereinten Nationen, die Berlinblockade vor den Weltsicherheitsrat zu bringen.
- 10. Juli 1948: General Clay schlägt in Washington vor, den Zugang von den Westzonen nach Berlin durch einen Truppenkonvoi aufzubrechen. Der Vorschlag wird vom Nationalen Sicherheitsrat abgelehnt.
- 18. Juli 1948: Künstler rufen in West-Berlin zum Widerstand gegen den Kommunismus auf. Beginn von Geheimverhandlungen zwischen den Botschaftern der Westmächte in Moskau und Aussenminister Molotow über die Währungsfrage in Berlin.
- 23. August 1948: Zweite Unterredung der Botschafter mit Stalin. Direktive an die Militärgouverneure, technische Einzelheiten des Moskauer Kompromisses zu regeln, der die Aufhebung der Blockade gegen die Zurückziehung der Westmark vorsieht.
- 25. August 1948: Die SED beginnt, die Bevölkerung gegen den Magistrat aufzuwiegeln.
- 26. August 1948: Erster Putschversuch kommunistischer Demonstranten im Stadthaus.
- 27. August 1948: Zweiter kommunistischer Putschversuch.
- 30. August 1948: Ende der Moskauer Geheimverhandlungen.
- 31. August 1948: Beginn der Beratungen der vier Militärgouverneure.
- 1. September 1948: Adenauer wird Präsident des Parlamentarischen Rates.

3. September 1948: Ulbricht bildet im Stadthaus einen «Demokratischen Block Berlin».
6. September 1948: Dritter kommunistischer Putschversuch im Stadthaus. Die Stadtverordnetenversammlung tritt im britischen Sektor zusammen.
7. September 1948: Letzte Sitzung der vier Militärgouverneure endet ergebnislos. Der Kompromiss von Moskau ist erledigt.
9. September 1948: Freiheitskundgebung der Dreihunderttausend vor der Reichstagsruine. Ein fünfzehnjähriger Junge wird von Volkspolizei erschossen. Das erste Opfer der Sektorengrenze.
10. September 1948: Sowjetische Luftmanöver rings um Berlin.

Dreizehntes Kapitel: Das Bündnis mit den Westmächten

- Oktober 1948: Sozialistische Einheitspartei wird «Partei neuen Typus».
22. Oktober 1948: «Volksrat» der Kommunisten nimmt Verfassung der «Deutschen Demokratischen Republik» einstimmig an.
 23. Oktober 1948: Führende demokratische Politiker werden vom sowjetischen Militärtribunal zu «feindseligen Politikern» erklärt, gegen die Material zur Anklageerhebung vorliege.
 24. November 1948: Konrad Adenauer spricht in Berlin.
 28. November 1948: Die Einheitspartei beschliesst, den legalen Magistrat abzusetzen.
 30. November 1948: Der «Demokratische Block Berlin», bestehend aus 1 616 Putschisten, erklärt den Magistrat für abgesetzt und ernennt einen «provisorischen Magistrat» mit Friedrich Ebert als «Oberbürgermeister von Gross-Berlin».
- Der rechtmässige Magistrat droht allen Putschisten Strafverfolgung an.
5. Dezember 1948: Wahlen in den Westsektoren ergeben absolute Mehrheit für die Partei Ernst Reuters, die SPD.
 7. Dezember 1948: Reuter wird zum zweiten Male zum Oberbürgermeister von Gross-Berlin gewählt.
- Ende 1948: Die Kommandantur nimmt ihre Tätigkeit ohne die Russen wieder auf. Ende der Viermächteverwaltung in Berlin.

Vierzehntes Kapitel: Ein Sieg, der nicht genutzt wurde

27. Januar 1949: Ulbricht erklärt, die Einheitspartei habe nicht die Absicht, Berlin in die Ostzone einzugliedern. Berlin sei die Hauptstadt Deutschlands.
4. März 1949: Stalin ersetzt Aussenminister Molotow durch Wyschinski. Marschall Sokolowski wird aus Berlin abberufen.
20. März 1949: Westmark wird einziges Zahlungsmittel in West-Berlin.
4. April 1949: Unterzeichnung des Atlantikpaktes.
11. April 1949: Die millionste Tonne Versorgungsgüter wird über die Luftbrücke eingeflogen.

8. Mai 1949: In Bonn wird das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland angenommen.
9. Mai 1949: Bekanntgabe des Jessup-Malik-Abkommens über die Aufhebung der Blockade.
12. Mai 1949: Nach 322 Tagen Ende der Blockade. Sowjets weihen Kriegerdenkmal in Berlin-Treptow ein.
15. Mai 1949: General Clay zum Armeegeneral befördert und abberufen.
19. Mai 1949: Beginn des Streikes der Westberliner Eisenbahner.

Fünfzehntes Kapitel: Jahre der Unsicherheit

1. Juli 1949: Wiederaufnahme des S-Bahn und Interzonenzug-Verkehrs nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks.
14. August 1949: West-Berlin wird in den Marshall-Plan einbezogen.
7. Oktober 1949: Ausrufung der «Deutschen Demokratischen Republik» im Berliner Ostsektor. Fackelzug der Kommunisten.
8. Oktober 1949: Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers in West-Berlin, dass nunmehr für Berlin und für Deutschland eine neue staatsrechtliche Situation entstanden sei.
- Pfingsten 1950: Eislers Plan, durch aufgehetzte Kinder aus der Ostzone West-Berlin stürmen zu lassen, scheitert.
25. Juli 1951: Volkspolizei errichtet erste Strassensperren an der Sektorengrenze, die als «vorübergehende Schuttablagerungen» ausgegeben werden.
1. August 1951: Vorübergehende Sperrung des Kraftwagenverkehrs zwischen Ost- und West-Berlin durch die Kommunisten. Einführung von Autobahngebühren.
20. September 1951: Interzonenhandelsabkommen mit Junktim für freien Berlinverkehr abgeschlossen.
10. März 1952: Die Sowjetregierung macht in einer Deutschlandnote an die Westmächte erhebliche Zugeständnisse.
29. April 1952: Sowjetischer Düsenjäger beschiesst französische Passagiermaschine im Luftkorridor.
26. Mai 1952: Unterzeichnung des Deutschlandvertrages in Bonn.
27. Mai 1952: Scharfe Abriegelungsmassnahmen des Ulbricht-Regimes führen zur Unterbrechung des Telefonverkehrs zwischen Ostsektor und Westsektoren sowie zu Strassensperren.
1. Juli 1952: Passierscheinzwang für Westberliner bei Reisen in die Ostzone. West-Berlin wird «Insel».
25. Dezember 1952: Sowjetsoldaten ermorden einen Westberliner Schutzpolizisten.
5. März 1953: Tod Stalins.
12. Juni 1953: Bekanntmachung einer Erklärung des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei über den «Neuen Kurs».

Sechzehntes Kapitel: Marsch zum Regierungssitz und Aufstand

- 16. Juni 1953: Marsch der Arbeiter von der Stalinallee zum Regierungssitz in der Leipziger Strasse. Ausrufung des Generalstreiks für den nächsten Tag.
- 17. Juni 1953: Volksaufstand in Ost-Berlin und der Ostzone, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wird.
- 23. Juni 1953: Staatsbegräbnis für die Opfer des Juniaufstandes in West-Berlin.
- 29. September 1953: Tod Ernst Reuters.

Siebzehntes Kapitel: Die «glücklichen» Jahre

- Ende Februar 1954: Berliner Aussenministerkonferenz der vier Grossmächte scheitert.
- 27. März 1954: «DDR» erklärt sich für «souverän».
- Frühling 1955: Bundesrepublik wird in die NATO aufgenommen, die «DDR» in den Warschauer Pakt.
- Juli 1955: Gipfelkonferenz in Genf.
- 12. August 1955: Ministerpräsident Grotewohl erklärt, von gesamtdeutschen Wahlen sei keine Rede mehr.
- 20. September 1955: Sowjetunion hebt das Amt des Hohen Kommissars für Deutschland auf.
- Ende November 1955: Der sowjetische Stadtkommandant erklärt, es bestünde kein Viermächtestatus mehr für Berlin.
- 5. November 1956: Von West-Berlin aus wird der Versuch junger Berliner verhindert, durch das Brandenburger Tor in den Ostsektor einzudringen und vor der sowjetischen Botschaft zu demonstrieren.
- Dezember 1956: Ulbricht setzt seine Gegner in der Einheitspartei fest, unter ihnen Wolfgang Harich.
- Januar 1958: Ulbricht beauftragt den Staatsrechtler Kröger, eine Argumentation zu finden, um am Status quo in Berlin rütteln zu können.
- 27. Oktober 1958: Ulbricht erklärt, ganz Berlin gehöre zum Hoheitsbereich der «DDR».

Achtzehntes Kapitel: Vom Ultimatum zur Mauer

- 10. November 1958: Chruschtschow stellt im Moskauer Sportpalast das Berlin-Ultimatum.
- 27. November 1958: West-Berlin-Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte.
Verzicht der UdSSR auf die Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland aus dem Kriege.
- 7. Dezember 1958: Vernichtende Niederlage der Einheitspartei bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus.
- September 1959: Chruschtschow besucht die Vereinigten Staaten von Amerika.

- Mai 1960: Gipfelkonferenz in Paris kommt nicht zustande.
30. August 1960: Passierscheinzwang für Bewohner der Bundesrepublik, die Ost-Berlin besuchen.
- Juni 1961: Wiener Begegnung Kennedy-Chruschtschow.
15. Juni 1961: Ulbricht erklärt, er habe nicht die Absicht, eine Mauer zu errichten.
25. Juli 1961: Präsident Kennedy erklärt, die Entscheidung über Krieg und Frieden liege in Moskau.
3. /5. August 1961: Die kommunistischen Parteichefs der Staaten des Warschauer Paktes beschliessen in Moskau die Abriegelung Ost-Berlins und der Ostzone vom Westen.
4. /7. August 1961: Pariser Aussenministerkonferenz der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik.
10. August 1961: Ulbricht vor Ostberliner Arbeitern. Marschall Konjew empfängt westalliierte Offiziere in Potsdam.
11. August 1961: «Volkskammer» der Zone beauftragt den Ministerrat, «Schutzmassnahmen» anzuordnen, die sich aus dem Beschluss der Warschauer-Pakt-Staaten ergeben.
12. August 1961: Ministerrat der Ostzone beschliesst, die Sektorengrenze in Berlin zur Staatsgrenze zu machen und militärisch zu sichern. Alarmierung sowjetzonaler Truppen und Polizeieinheiten.
13. August 1961: Gegen 2.15 Uhr militärischer Einsatz der Volksarmee und von Polizeiverbänden an der Grenze zwischen dem sowjetischen Sektor und den französischen, britischen und amerikanischen Sektoren. Sperrung der Sektorengrenze für alle Bewohner des Ostsektors von Berlin und der Ostzone.

Neunzehntes Kapitel: Auf die Folter gespannt

14. August 1961: Westberliner legen die Arbeit nieder und demonstrieren vor dem Schöneberger Rathaus für Gegenmassnahmen.
16. August 1961: Freiheitskundgebung in West-Berlin.
17. August 1961: Der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland wird am Brandenburger Tor von einem Wasserwerfer der Volkspolizei bedroht.
18. August 1961: Beginn des Baus einer Mauer an der Sektorengrenze.
19. August 1961: Freiheitskundgebung vor dem Schöneberger Rathaus mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Johnson.
22. August 1961: Ulbricht macht den Besuch des Ostsektors durch Westberliner von der Ausgabe von Passierscheinen abhängig, die von den Zonenbehörden in West-Berlin ausgestellt werden sollen. Der Senat schliesst die beiden bereits geöffneten Passierscheinstellen. Damit erlischt der Besucherverkehr von Westberlinern nach Ost-Berlin. Die Westberliner können nicht mehr nach Ost-Berlin, die Ostberliner dürfen seit dem 13. August nicht mehr nach West-Berlin.
24. August 1961: Die Garnisonen der Westmächte übernehmen die Sicherung der Sektorengrenze, nachdem der Innenminister der Zone verlangt hatte, dass sich die Westber-

liner hundert Meter entfernt von der Mauer aufhalten sollen. Die Westmächte erklärten diese Anordnung für nichtig.

25. August 1961: Washington warnt Moskau davor, die Verbindungswege nach West-Berlin anzutasten. Jeder Versuch hierzu wäre ein «aggressiver Akt».
2. September 1961: Sowjetnote an die USA, in der Präsident Kennedy aufgefordert wird, der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten Rechnung zu tragen.
25. September 1961: Präsident Kennedy, der erklärt hat, für die Freiheit West-Berlins bis zum Äussersten einzutreten, sagt vor den Vereinten Nationen in New York: «Wir erkennen an, dass Truppen und Panzer für einige Zeit eine Nation gegen ihren Willen geteilt halten können.» Beginn von amerikanisch-sowjetischen Kontakten.
27. Oktober 1961: Letztes militärisches Manöver Clays in der Friedrichstrasse. Auftreten sowjetischer Panzer, die in zweihundert Meter Entfernung amerikanischen Panzern gegenüberstehen.
28. Oktober 1961: Die sowjetischen Panzer werden zurückgezogen, darauf marschieren die amerikanischen Panzer ebenfalls in einen rückwärtigen Bereitstellungsraum.

Zwanzigstes Kapitel: Auch während des Waffenstillstandes wird geschossen

Ende November 1961: Ausbau von Panzerhindernissen am Brandenburger Tor und Potsdamer Platz.

24. Januar 1962: Allgemeine Wehrpflicht für Ost-Berlin und die Zone. Zerstörung der deutschen Zolleinheit durch Zollgesetz der «DDR».

März/April 1962: Pressionen sowjetischer Militärmaschinen gegen die Luftkorridore.

April 1962: Fortsetzung der Sondierungsgespräche in Moskau und Washington. Plan einer internationalen Kommission zur Überwachung der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin.

Mai 1962: Auseinandersetzung über diese Kommission. Ulbricht spricht erneut vom Abschluss eines Separatfriedensvertrages.

Einundzwanzigstes Kapitel: Vor einem Sonderfrieden

29. Juli 1962: Die Sowjetregierung erklärt, dass der Abzug der westlichen Besatzungstruppen die unbedingte Voraussetzung für ein Berlin-Abkommen sei.

Anfang August 1962: Sowjetregierung und Ulbricht-Regime warnen vor «westlichen Provokationen» an der Mauer anlässlich der ersten Wiederkehr des 13. August.

13. August 1962: Schweigend demonstrieren die Westberliner an der Mauer.

17. August 1962: Der Bauarbeiter Peter Fechter verblutet an der Mauer, hundert Meter entfernt vom Checkpoint Charlie.

19. August 1962: Nächtliche Demonstration empörter Westberliner an der Mauer und in der Stadt. Steinwürfe gegen sowjetischen Militärbus in der Westberliner Kochstrasse.
20. August 1962: Wiederum nächtliche Demonstrationen.
21. August 1962: Die Westberliner Polizei verhindert Durchbruch der Demonstranten zur Mauer.
22. August 1962: Aufhebung der sowjetischen Kommandantur in Berlin-Karlshorst.
23. August 1962: Einsetzung eines Generalmajors der «Volksarmee» als Stadtkommandant in Berlin-Karlshorst.
- Der Transportpolizist Wesa auf Westberliner Gebiet von Kameraden erschossen, als er flüchten will.
- Seit 22. August: Ein Zug sowjetischer Schützenpanzerwagen transportiert die Wachablösung für das Ehrenmal im Tiergarten, eskortiert von Truppen der Westmächte.
8. September 1962: Ulbricht erklärt in Leipzig, der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten sei der erste Schritt zur Wiedervereinigung. Er werde keinen Millimeter in Berlin zurückweichen.
11. September 1962: Die Sowjetregierung stellt ein Junktim zwischen Kuba und der Berlin-Frage her. Sie besteht auf dem Sonderfrieden mit dem Ulbricht-Regime, nennt keinen Termin, erklärt sich mit einem Aufschub der Geheimverhandlungen zwischen der amerikanischen und sowjetischen Regierung bis nach den amerikanischen Kongress wählen im November einverstanden.
12. September 1962: Chruschtschow bekräftigt gegenüber dem Botschafter der Bundesrepublik, Kroll, seine Entschlossenheit, den Sonderfrieden zu schliessen.
14. September 1962: Die Sowjets verzichten auf Schützenpanzerwagen für den Transport der Wachablösung zum Ehrenmal im Tiergarten. Ein Omnibus nimmt wie früher diese Aufgabe wahr.
- Durch Strafbefehle verurteilt das Westberliner Amtsgericht Tiergarten acht Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren, die Sprengstoffanschläge auf die Mauer der Schande verübten, zu Gefängnisstrafen von fünf Wochen bis zu drei Monaten mit Bewährungsfrist. Die Verurteilung erfolgte jedoch nicht wegen der Sprengstoffanschläge, sondern nach Ziffer 1, 6 und 7 des Befehls Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats (1945), der den Besitz von Feuerwaffen, Munition und Explosivstoff durch Deutsche unter Strafe («wobei bis zur Todesstrafe erkannt werden kann») stellt.
- Der Kommandeur des 2. motorisierten Schützenregiments der «Volksarmee», Oberstleutnant Martin Löffler, flieht nach West-Berlin.

OPFER DER MAUER

Der Senator für Inneres veröffentlicht über die bei Fluchtaktionen seit dem 4. August 1961 getöteten und verletzten Personen aus Ost-Berlin und aus der Sowjetzone eine Aufstellung. Danach sind bis zum 4. September 1962 insgesamt 39 Personen getötet worden bzw. den bei der Flucht erlittenen Verletzungen erlegen. 12 weitere Personen sind verletzt worden.

Getötet wurden

- 4. 8. 61 Unbekannter Grenzpolizist,
Bahndamm Griebnitzsee vom Postenkameraden bei angeblichem
Fluchtversuch erschossen.
- 19. 8. 61 Rolf Urban,
6. 6. 1914 geboren,
springt bei Flucht aus der 1. Etage seines Wohnhauses Bernauer
Straße und stirbt am 15. 9. 1961 im Krankenhaus.
- 22. 8. 61 Ida Siekmann,
23. 8. 1902 geboren,
springt bei Flucht aus der 3. Etage ihres Wohnhauses in der
Bernauer Straße 48 in den Tod.
- 24. 8. 61 Günter Litfin,
19. 1. 1937 geboren,
Berlin NW 21, Humboldthafen, bei Fluchtversuch erschossen.
- 29. 8. 61 Unbekannter Flüchtling,
Berlin-Lichterfelde, Teltowkanal,
bei Fluchtversuch erschossen.
- 3. 9. 61 Alex Brückner,
Güterglück, Kr. Zerbst, wohnhaft gewesen,
bei Flucht nach West-Berlin erschossen.
- 25. 9. 61 Olga Segler,
31. 7. 1881 geboren,
springt bei Fluchtversuch aus dem 2. Stock ihres Wohnhauses
Bernauer Straße 34 in den Tod.
- 29. 9. 61 Ida Zehnter,
3. 9. 1881 geboren,
wählt wegen einer in rücksichtsloser Form abgefaßten Ablehnung
eines Antrages auf Umzugsgenehmigung nach West-Berlin den
Freitod.
- 4. 10. 61 Bernd Lünser,
11. 3. 1939 in Berlin geboren,
springt nach Beschuß durch Grenzpolizei vom Dach des Hauses
Bernauer Straße 44 in den Tod.

5. 10. 61 Udo Düllick,
3. 8. 1936 in Werder geboren,
ertrinkt bei Fluchtversuch in der Spree.
- 13.-14. 10. 61 Unbekannter Flüchtling,
wird von Transportpolizei Potsdam, Bahndamm Babelsberg, von
fahrendem Güterzug herabgeschossen.
14. 10. 61 Werner Probst,
wird beim Durchschwimmen der Spree von Grenzpolizei er-
schossen.
18. 10. 61 Unbekannter männlicher Flüchtling,
18. 10. 1936 geboren,
wird von Transportpolizei Potsdam, Bahndamm Babelsberg, bei
Fluchtversuch mit Güterzug erschossen.
27. 10. 61 Unbekannter Mann,
wird in Reinickendorf, S-Bahnhof Wilhelmsruh, bei Fluchtver-
such erschossen.
31. 10. 61 Unbekannter Mann,
wird von Transportpolizei auf Bahndamm Potsdam - Babelsberg
erschossen.
- Okt. 61 Ein Mann,
wird bei Fluchtversuch aus Haftarbeitslager »Schwarze Pumpe«
in Hoyerswerda von Wachpersonal erschossen.
- Nov. 61 Lothar Lehmann,
1941 geboren, aus Falkensee,
wird bei Flucht durch den Jungfersee getötet.
9. 12. 61 Dieter Wohlfahrt,
27. 5. 1941 in Berlin geboren,
wird bei Fluchthilfe in Staaken, Berg-Ecke Hauptstraße, von
Grenzpolizei erschossen.
11. 12. 61 Ingo Krüger,
31. 1. 1940 in Berlin geboren,
findet bei Fluchtversuch in der Spree den Tod.
18. 1. 62 Alfred Bendt,
16. 1. 1907 geboren,
wird bei Flucht nach West-Berlin von Grenzpolizei erschossen.
19. 2. 62 Dorit Schmiel,
Niederschönhausen wohnhaft gewesen,
wird bei Fluchtversuch in Reinickendorf von Grenzpolizei er-
schossen.
27. 3. 62 Heinz Jercha,
1. 7. 1934 geboren,
wird bei Fluchthilfe in der Heidelberger Straße erschossen.
18. 4. 62 Klaus Brueske,
14. 9. 1938 in Berlin geboren,
wird bei Flucht mit Lkw von Grenzpolizei erschossen.
18. 4. 62 Peter Böhme wird bei Fluchtversuch in Kohlhasenbrück getötet.

- 9./11. 4. 62 Philipp Held,
2. 5. 1942 geboren,
Schönwalde bei Berlin wohnhaft gewesen,
ertrinkt bei Fluchtversuch durch die Spree.
29. 4. 62 Horst Frank,
etwa 1942 geboren, Berlin-Weißensee, Parkstraße 98 wohnhaft
gewesen,
wird bei Fluchtversuch von Grenzpolizei erschossen (Tatort:
Reinickendorf, Klemkestraße).
27. 5. 62 Unbekannter Mann,
etwa 30 Jahre alt,
wird bei Fluchtversuch in Berlin NW 21, Alexander Ufer an der
Sandkrugbrücke von Grenzpolizei erschossen.
5. 6. 62 Unbekannter männlicher Flüchtling,
wird in der Spree unweit der Marschallbrücke bei Fluchtversuch
von Grenzpolizei erschossen.
10. 6. 62 Bei einem Fluchtversuch auf dem Gebiet der Kolonie »Sorgen-
frei« in Treptow, Kieffholzstraße, wurde der 12jährige Schüler
Wolfgang Glöde von einem 19 Jahre alten Angehörigen der
1. Grenzbrigade 1. Abteilung angeschossen. Mit einem Lungen-
durchschuß mußte Glöde eine Stunde auf dem Vereinsplatz der
Kolonie auf seinen Abtransport in ein Krankenhaus warten. Auf
dem Transport ist er jedoch verstorben.
11. 6. 62 Erna Kelm,
geb. 21. 7. 1908, aus Sakrow (Kreis Potsdam),
ertrinkt bei Fluchtversuch durch die Havel in der Nähe der Sakro-
wer Fähre. Die Leiche wird in West-Berlin gelandet.
17. 6. 62 Eine männliche Leiche mit Strumpfmütze, vermutlich ein Flücht-
ling, wird in Berlin NW, Nähe Gotzkowskybrücke geborgen.
22. 6. 62 Ein unbekannter Mann,
wird 20 Meter vor der Grenze erschossen. Die Feuerwehr trans-
portiert die Leiche ab.
28. 6. 62 Siegfried Noffke,
geb. 9. 12. 1939,
wird beim Tunnelausstieg von Grenzpolizisten erschossen.
25. 7. 62 Werner Reumann,
27 Jahre alt, aus Berlin, Prenzlauer Berg, Erich-Weinert-Straße 1,
wird im Stacheldraht schwer verletzt von Ost-Feuerwehr ab-
transportiert. Er stirbt später.
29. 7. 62 Ein Mann,
wird am Eiskeller bei Spandau erschossen.
17. 8. 62 Peter Fechter,
18 Jahre alt, Bauarbeiter Unter den Linden, wird bei Fluchtversuch
über die Mauer nahe Checkpoint Charlie von Grenzpolizisten
niedergeschossen. Er verblutet, da er eine Stunde schwer verletzt
lieengelassen wird.

23. 8. 62 Hans Dieter Wesa,
19 Jahre alt, Unterwachtmeister der sowjetzonalen Transportpolizei, wird von eigenen Leuten bei Fluchtversuch an der Bösebrücke am S-Bahnhof Bornholmer Straße niedergeschossen. Der Schwerverwundete erreicht aus eigener Kraft noch Westberliner Gebiet und erliegt dort seinen schweren Verletzungen, die von mehreren Bauchschüssen und einem Kopfschuß herrühren.
4. 9. 62 Unbekannter Flüchtling,
etwa 40 bis 50 Jahre alt, wird beim Versuch, die Friedhofsmauer zu ersteigen, von Transportpolizisten durch zwei Kopfschüsse Ecke Bernauer Straße/Bergstraße getötet. Die Mütze des Erschossenen fällt über die Mauer auf Westberliner Gebiet.

Verletzt wurden

6. 8. 61 Wolfgang Eberhardt,
1938 geboren,
wird bei Fluchtversuch Oderberger Straße/Bernauer Straße durch Schüsse der Grenzpolizei schwer verletzt.
23. 9. 62 2 unbekannte Männer,
bei Fluchtversuch in Reinickendorf-Rosental angeschossen und festgenommen.
13. 10. 61 Klaus-Peter Eich,
31. 8. 1941 geboren,
wird bei Fluchtversuch schwer verletzt (Querschnittslähmung).
20. 11. 61 Georg Specht,
6. 12. 1938 geboren,
wird bei Flucht durch die Spree durch 9 Schüsse der Grenzpolizei verletzt.
26. 2. 62 Jürgen Büchmann,
26. 10. 1928 geboren,
wird bei Fluchthilfe angeschossen.
3. 4. 62 Grenzpolizist,
wird bei Fluchtversuch in Dreilinden angeschossen und festgenommen, evtl. tot.
18. 4. 62 Lothar Matschos,
22. 8. 1933 geboren,
wird bei Flucht mit Lkw von Grenzpolizei durch Schüsse verletzt.
18. 4. 62 Peter Gratkowski,
4. 10. 1942 geboren,
wird bei Flucht mit Lkw verletzt.
23. 5. 62 15jähriger Junge,
wird beim Fluchtversuch in Berlin NW 21, Spandauer Schiffahrtskanal, Nähe der Sandkrugbrücke von Grenzpolizei durch Schüsse schwer verletzt.

26. 5. 62 Unbekannter Mann,
wird bei Fluchtversuch in Berlin-Frohnau, Rosenplüter Weg, durch
Schüsse verletzt.
3. 4. 62 Unbekannter Grenzpolizist,
wird bei Fluchtversuch am Kontrollpunkt Dreilinden durch Hundeführer
der Grenzpolizei gestellt und schwer verletzt.
10. 6. 62 Helmut Pohl,
25. 9. 1943 in Lobris geboren,
Zepernick, Kastanienallee wohnhaft gewesen,
wird in Berlin N 65, Bernauer Straße, bei Fluchtversuch über die
Mauer von Grenzpolizei durch Schüsse verletzt.

*Bei Grenzzwischenfällen verletzt, die nicht im ursächlichen Zusammenhang
mit Fluchtversuchen stehen*

15. 9. 61 Hans Thomas,
21. 4. 1935 in Berlin geboren, Berlin-Friedenau, Nordmannzeile 8
wohnhaft,
wird bei Fahrt mit Motorboot Nähe Sakrower Fähre von Grenzpolizei
beschossen und verletzt. Zusammen mit Günter Kottich,
10. 9. 1921 in Königshütte geboren, Berlin-Britz, Juliusstraße 28
wohnhaft, wird T. festgenommen. K. befindet sich zur Zeit noch
in Haft.
8. 10. 61 Wolfgang Sykora,
28. 10. 1942 in Berlin geboren, Berlin-Buckow I, Straße 108 wohnhaft,
wird in Rudow, Wildmeisterdamm – Naturschutzwäldchen, von
Grenzpolizei angeschossen und zusammen mit Günter Bublitz,
15. 10. 1944 in Württemberg geboren, Berlin-Buckow I, Salmbacher
Straße 51 wohnhaft, auf Westberliner Gebiet festgenommen und
in die sowjetische Besatzungszone verschleppt.
9. 12. 61 Martin Sonnabend,
17. 6. 1942 geboren, Berlin N 65, Bristolstraße 23 wohnhaft,
wird in Berlin-Spandau, Nähe Seeburger Weg, von Grenzpolizei
auf Westberliner Gebiet angeschossen und zusammen mit Reiner
Schröter, 30. 4. 1944 in Baden bei Wien geboren, Berlin-Tiergarten,
Lessingstraße 6 wohnhaft, in die sowjetische Besatzungszone
entführt. Die Schüsse der Grenzpolizei erfolgten eindeutig von
Westberliner Gebiet aus.
1. 6. 62 Ursula Schubert,
27. 9. 1945 geboren, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 128 wohnhaft,
erhält nach Überschreiten der Demarkationslinie zur sowjetischen
Besatzungszone von Grenzpolizei einen Schuß in die Beckenweichteile.

NAMENSREGISTER

- Abusch, Alexander 97
Acheson, Dean 117, 211
Ackermann, Anton 36, 79, 80
Adenauer, Konrad 105 ff.
Anders, Peter 45
Annim, Hans von 24
Arnold, Karl 104
- Bach, Otto 168
Bahn, Roma 61
Barlog, Boleslaw 78
Bauer, Herbert 223
Becher, Johannes R. 36, 43, 50, 134, 254
Bechler, Bernhard 36
Bedell-Smith, Walter 120, 182
Beilke, Irma 30
Benn, Gottfried 175, 258, 259
Benjamin, Hilde 109
Berger, Erna 45
Bersarin, Nikolai E. 11, 29, 31 f.
Bidault, George 248
Bildt, Paul 43
Birkenfeld, Günther 95, 180
Blacher, Boris 134, 145
Blanvalet, Lothar 180
Borchard, Leo 30
Borchert, Wilhelm 85
Bohnen, Michael 62
Bourdin, Paul 95
Brammer, Karl 140
Brandt, Willy 165, 193, 255, 267 ff.
Brecht, Bertolt 97, 258, 260
Brentano, Heinrich von 277
Busch, Ernst 97
Byrnes, James F. 102
- Caspar, Horst 33
Celibidache, Sergiu 61
Chruschtschow, Nikita S. 253 ff.
Churchill, Winston S. 12 f., 33 ff., 201
Chwalek, Roman 42
- Clarke 287
Clay, Lucius D. 44f., 289f.
Conant, James B. 243
Couve de Murville 151
Cürlis, Hans 43
- Dahlem, Franz 77, 117
Dahrendorf, Gustav 40, 42, 204
Dertinger, Georg 139, 140
Derz, Wolfgang 50
Dibrowa 239
Dilschneider, Otto 42, 50
Dimitroff 37
Dönitz, Karl 25, 33
Döpfner, Julius 300
Doherr, Annamarie 271
Dovifat, Emil 41, 59, 143
Dovifat, Dorothee 140
Dratwin 149
Dulles, John Foster 248, 252
Dymschitz 98, 124
- Ebert, Friedrich 203
Eckard, Max 61
Eden, Anthony 248
Eich, Wilhelm 50
Eisenhower, Dwight D. 12 f., 33 f.
263, 268
Eisler, Gerhart 216
Erhard, Ludwig 155
Erpenbeck, Fritz 43
Even, Peter 50
- Fechner, Max 40
Fechter, Peter 315
Fehling, Jürgen 62, 124
Fiedler, Werner 140
Finck, Werner 213
Franck, Walther 23, 43
Friede, Dieter 136
Friedeburg, Hans-Georg von 24

Friedensburg, Ferdinand 41, 43,
59» 104 f*
Fritz, Bruno 62
Fürstenberg, Ilse 31
Furtwängler, Wilhelm 84, 124

Galadshijew 23, 27
Ganeval 160, 161
de Gaulle, Charles 263, 307
Gaze, Heino 33
Gebhardt, Hertha von 180
George, Heinrich 98, 124
Germer, Karl J. 81, 83, 88
Gerstenmaier, Eugen 288
Geschke, Ottomar 29, 185
Goebbels, Joseph 16
Gorbatow 51, 55
Göring, Bernhard 110
Göring, Hermann 103
Göttling, Willi 242
Gohrbandt, Erwin 29
Gordon, Wolff von 43
Gorvin, Joana-Maria 62, 144
Gries, Wilhelm 95, 140, 159
Gross, Walter 31
Grotewohl, Otto 40 f., 219f.
Grüber, Heinrich 29, 53, 145, 300
Gründgens, Gustaf 30
Gundelach, Gustav 27
Gyptner, Richard 41

Haack, Käthe 61
Hahn, Otto 56
Halverson, G. 198
Harich, Wolfgang 32, 144, 255
Hasse, O.E. 85, 144
Haushofer, Albrecht 16
Heinrich, Karl 58
Henneberg, Willi 301
Hermes, Andreas 23 ff., 28, 31, 33,
41, 59
Herrnstadt, Rudolf 231, 246
Hertz, Paul 301
Heuss, Theodor 84, 247
Hildebrandt, Rainer 180, 201
Hitler, Adolf 12, 17 ff., 55

Hörnle, Edwin 36
Hofer, Carl 43
Holzapfel, Friedrich 104
Howley, Frank 51, 99 f., 212
Huch, Ricarda 133

Ihering, Herbert 62

Jakubowsky 320 ff.
Jelisarow 157
Jendretzky, Hans 29
Jodl, Alfred 19, 180
Johnson, Lyndon 288

Kaiser, Jakob 40 ff., 271
Kanig, Hans 153
Kappus, Franz Xaver 50
Karsch, Walther 71, 180
Kasper, Hans 198 ff.
Kay, Ella 138
Kehler, Ernst 29
Keitel, Wilhelm 11
Kellermann, Bernhard 50
Kennedy, John F. 57, 271 ff.
Kessler, Heinz 71, 180
Klingelhöfer, Gustav 155 ff.
Klose, Margarete 45
Knef, Hildegard 97
Koch, Waldemar 41
Koestler, Arthur 218
Könitzer, Paul 49
Konjew 17, 279
Kortner, Fritz 153
Kotikow 123, 148
de Kowa, Victor 30, 61, 180
Kratyn 139
Kreuder, Peter 33
Krone, Heinrich 41, 139
Kröger, Herbert 261
Külz, Wilhelm 50, 94, 130, 137
Kümmel, Otto 17

Landsberg, Kurt 85, 185
Landwehr, Hermann 29, 58
Legal, Ernst 30, 42, 45
Leibelt, Hans 61

- Lemmer, Ernst 41, 59 ff., 262
 Lemnitz, Tiana 45
 Leonhard, Wolfgang 36
 Lieutenant, Arthur 50
 Ludwig, Leopold 30
 Lüders, Günther 33
- Macmillan, Harold 263
 Mahle, Hans 67
 Margerie, Rolande de 322
 Markgraf, Paul 32, 137, 163
 Maron, Karl 28, 31, 52, 59, 282, 299
 Marshall, George C. 15, 118
 Martin, Karl-Heinz 61
 Matern, Hermann 102, 145, 147
 McCloy, John 58, 213
 McNarney 117
 Meisel, Kurt 61, 144
 Mendelson, Franz 24
 Meyerinck, Hubert von 61
 Mikojan, Anastas 28
 Mira, Brigitte 33
 Molotow, W. 107, 182
 Montgomery, Bernard L. 33
 Müller-Jabusch, Maximilian 106
 Murphy, Robert 44, 210
- Neumann, Franz 81, 88, 153
 Neumann, Günther 206
 Nestriepke, Siegfried 30
 Nicklisch, Franz 61
 Noortwyck, Edmund 29, 60
 Nuschke, Otto 41, 138, 140
- Oelssner, Fred 36
 Ollenhauer, Erich 202
 Orlopp, Josef 29, 31
 Ostrowski, Otto 121ff.
- Parks, Floyd 44
 Pechei, Rudolf 41, 59
 Perwuchin 322
 Pewas, Peter 43
 Pieck, Arthur 29, 45, 60
 Pieck, Wilhelm 29, 36 ff.
 Poppe, Helmut 320 f.
- Prey sing, Konrad Graf von 53, 77, 89
- Rau, Heinrich 166
 Redslob, Edwin 71, 180
 Reger, Erik 71, 95
 Reif, Hans 187
 Reimann, Max 50, 146
 Richter, Rotraut 62
 Reuter, Ernst 112 ff., 247
 Robertson, Brian 151
 Roosevelt, Franklin D. 12, 13
 Rühmann, Heinz 43
- Sattler, Ernst 61
 Sartre, Jean Paul 144
 Sauerbruch, Ferdinand 29, 31, 41
 Schaeffers, Willi 30
 Schaufuss, Hans-Hermann 31
 Scharoun, Hans 29, 60
 Scheunemann, Wolfgang 194
 Schiffer, Eugen 50
 Schlimme, Hermann 110
 Schock, Rudolf 97
 Scholz, Arno 85, 95
 Schmid, Carlo 154
 Schmidt, Waldemar 165
 Schmitt-Walter, Karl 30
 Schönböck, Karl 33, 61
 Schreiber, Walther 41, 74, 205, 249
 Schröder, Louise 123 ff.
 Schukow, Gregori 17, 27, 44 ff.
 Schumacher, Kurt 72 ff.
 Schütz, Eberhard 235
 Schwennicke, Carl-Hubert 106, 185,
 205
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 25 f.
 Sintenis, Renée 62
 Sokolow 32
 Sokolowski, Wassili 33, 132, 145, 1481!.
 Spaatz, Carl 25
 Spranger, Eduard 42, 50
 Stahl-Nachbaur, Ernst 61
 Stalin, Josef W. 13, 33 ff., 224
 Staudte, Wolfgang 97
 Steinhoff, Karl 48
 Steltzer, Theodor 41, 59

Stimson, Henry Lewis 56
Strang, William 44
Strassmann, F. 56
Stroux, Karl Heinz 97
Stumm, Johannes 122, 282
Stumpff, Hans 24

Tanaka, Michi 33
Taube, Robert 61
Taylor, Maxwell 213
Tschechowa, Olga 97
Tschuikow 20, 208, 222
Tedder, Arthur 25
Teichs, Alf 43
Thomalla, Georg 33
Truman, Harry S. 33 ff., 164 ff.
Tulpanow 75 ff.

Ulbricht, Walter 19#.

Vockel, Heinrich 41, 250

Wäscher, Aribert 43
Wagner, Elsa 43
Wallenberg, Hans 63
Wandel, Paul 40
Wangenheim, Gustav von 40
Wegener, Paul 30, 42
Weeks 44
Weir, Cecil 160
Weisenborn, Günther 85
Weissgerber, Antje 43
Werner, Arthur 28, 29, 32, 96
Werner, Ilse 33
Wesa, Hans-Dieter 321
Winterstein, Eduard von 61
Winzer, Otto 29, 41, 43, 68, 96
Wolff, Jeanette 168
Wyschinski, Andrey 207

Zaisser, Wilhelm 218, 231, 246
Zuckmayer, Carl 134

LITERATURVERZEICHNIS

- Berlin, Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945-1946. Herausgegeben im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte. Gesamtleitung: Albrecht Lampe, zweite ergänzte und erweiterte Auflage, Berlin 1961
- Berlin, Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946-1948. Herausgegeben im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte. Gesamtleitung: Albrecht Lampe, Berlin 1959
- Berlin, Zahlen – Stichworte – Tabellen, Berlin 1961
- Berlin von 1945 bis 1960, Quellenleseheft über die Berliner Nachkriegsgeschichte, zusammengestellt von Alfred Berger, München 1961
- Benn, Gottfried: Die Stimme hinter dem Vorhang. Wiesbaden 1954
- Brandt, Willy – Richard Löwenthal: Ernst Reuter – Ein Leben für die Freiheit, München 1957
- Byrnes, James F.: In aller Offenheit, Frankfurt am Main 1949
- Churchill, Winston S.: Der Zweite Weltkrieg. Sechster Band, zweites Buch: Der Eiserne Vorhang. Stuttgart 1954
- Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950
- Dibelius, Otto: Reden an eine gespaltene Stadt, Stuttgart 1961
- Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin. Frankfurt a. Main 1962
- Eisenhower, Dwight D.: Kreuzzug in Europa. Amsterdam 1948
- Erfurt, Werner: Die Sowjetrussische Deutschlandpolitik. Esslingen a. N. 1956
- Haushofer, Albrecht: Moabiter Sonette. Berlin 1946
- Hillgruber, A.: Berlin-Dokumente 1944-1961. Darmstadt 1961
- Howley, Frank C.: Berlin Command. New York 1950
- Juni-Aufstand. Dokumente und Berichte über den Volksaufstand in Ost-Berlin und in der Sowjetzone. Bonn 1953
- Der 17. Juni. Die Volkserhebung in Ost-Berlin und in der Sowjetzone. Herausgegeben von Arno Scholz und Werner Nieke. Berlin 1953
- Kasper, Hans: Berlin. Berlin 1948
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940-1945. Band IV: 1944-1945. Zweiter Halbband. Herausgegeben von Percy Ernst Schramm, Frankfurt am Main 1961
- Kantorowicz, Alfred: Deutsches Tagebuch II. München 1961
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln – Berlin 1955 Merkur. Zeitschrift für Europäisches Denken. Heft 12. Stuttgart – Baden-Baden 1949
- Montgomery, Bernard Law: Memoiren. München 1958
- Paul, Wolfgang: Mauer der Schande. München – Esslingen am Neckar 1961
- Riess, Curt: Berlin – Berlin. 1945-1953. Berlin 1953
- Scholz, Arno: Berlin im Würgegriff. Berlin 1953
- Scholz, Arno (unter Mitarbeit von Gottfried Vetter): Stacheldraht um Berlin. Berlin 1961

Scholz, Arno, Werner Nieke und Gottfried Vetter: Panzer am Potsdamer Platz.
Berlin 1954

Die gespaltene Stadt. Sondernummer der Zeitschrift «Deutscher Städtetag». Heft 1/1962
Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Band I: Sein Weg
durch die Zeit. Herausgegeben von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski,
Berlin 1954

Der Viermächtestatus Berlins. Von Dr. Joachim Rottmann. Bonn – Berlin 1959 Wulffen,
Christian: Mitteldeutsches Tagebuch III 1958-1959. München –
Esslingen am Neckar 1960

QUELLENNACHWEIS DER ABBILDUNGEN

(Die Ziffern bezeichnen die gegenüberliegenden Seiten)

Ullstein-Bilderdienst: 16, 17, 32, 33, 48, 49, 64, 65, 80, 81, 96, 97, 112, 113, 128, 129,
144, 145, 160, 161, 176, 177, 192, 208, 209, 241 und Umschlagfotos berlin-bild: 240,
256, 272, 288, 321

Bildstelle Berlin (VWD): 193, 224, 225, 257, 273, 304, 305

Deutsche Presse-Agentur (dpa): 289, 320

WOLFGANG PAUL

Phantastische Augenblicke

Erzählungen • 152 Seiten • Englische Broschur • DM 7.80

In jeder dieser Erzählungen Wolfgang Pauls, der Mitarbeiter zahlreicher führender Zeitungen, Zeitschriften und des Rundfunks ist, erleben wir jenen Augenblick, da der Mensch an seinem eigenen oder einem anderen Schicksal erfährt, wer er ist. Achtzehnmal verdichtet sich ein vielverzweigtes Leben zu einem einzigen «phantastischen Augenblick», der vor eine Entscheidung stellt. Dieser Thematik entspricht der knappe Stil einer Erzählkunst, die den Blick schärfen möchte für ein Geschehen, das – obwohl in unserer Zeit angesiedelt – den Stempel des zeitlos Exemplarischen trägt.

«...es ist von einer so starken, beschwörenden und in sich gespannten Kraft, dass man unwillkürlich an kleistsche Anekdoten erinnert wird. Und noch eines in dieser Verwandtschaft: Das Dennoch des sich der Entwürdigung und Erniedrigung entgegenstellenden Menschen tritt immer wieder hervor als ein aufrüttelndes, humanes Element im Strom moderner, so oft von nihilistischen Substanzen getrübler Literatur.»

Esslinger Zeitung

MARION VON SCHRÖDER VERLAG

Jugend sieht Deutschland

Ein Bildband im Grossformat

*Mit einem Geleitwort von Bundespräsident Heinrich Lübke und einem Vorwort
von Wilhelm Wolfgang Schütz • Texte viersprachig, Deutsch, Englisch,
Französisch, Spanisch
208 Seiten • Leinen, DM 28.00*

Jetzt hat die Jugend der Bundesrepublik für die ganze Welt ein grossartiges und einzigartiges künstlerisches und politisches Dokument zur Tragik der deutschen Teilung geschaffen; sie hat ihr Weissbuch zusammengestellt, und sie hält es der Pankower Mauer entgegen als Aufruf und Anklage. Ein im besten Sinn des Wortes politisches Buch!

Die Welt, Hamburg

Es ist ein Dokumentband geworden, der die deutsche Not durch die jüngsten Bürger dokumentiert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Diese 100 Bilder können mehr sagen als viele gutgemeinte Leitartikel. Diese Bilder der Jugendlichen sind Ausdruck eines Wunsches, sie sind Hoffnung und Liebe in einem.

Bayerischer Rundfunk

Angesichts der Mauer in Berlin gewinnen diese Bilder und Plastiken – sie reichen vom aufrüttelnden Plakat bis zur rührenden Aussage der Kinderzeichnung – besondere Aktualität.

Neue Zürcher Zeitung

LANGEN-MÜLLER • MÜNCHEN-WIEN